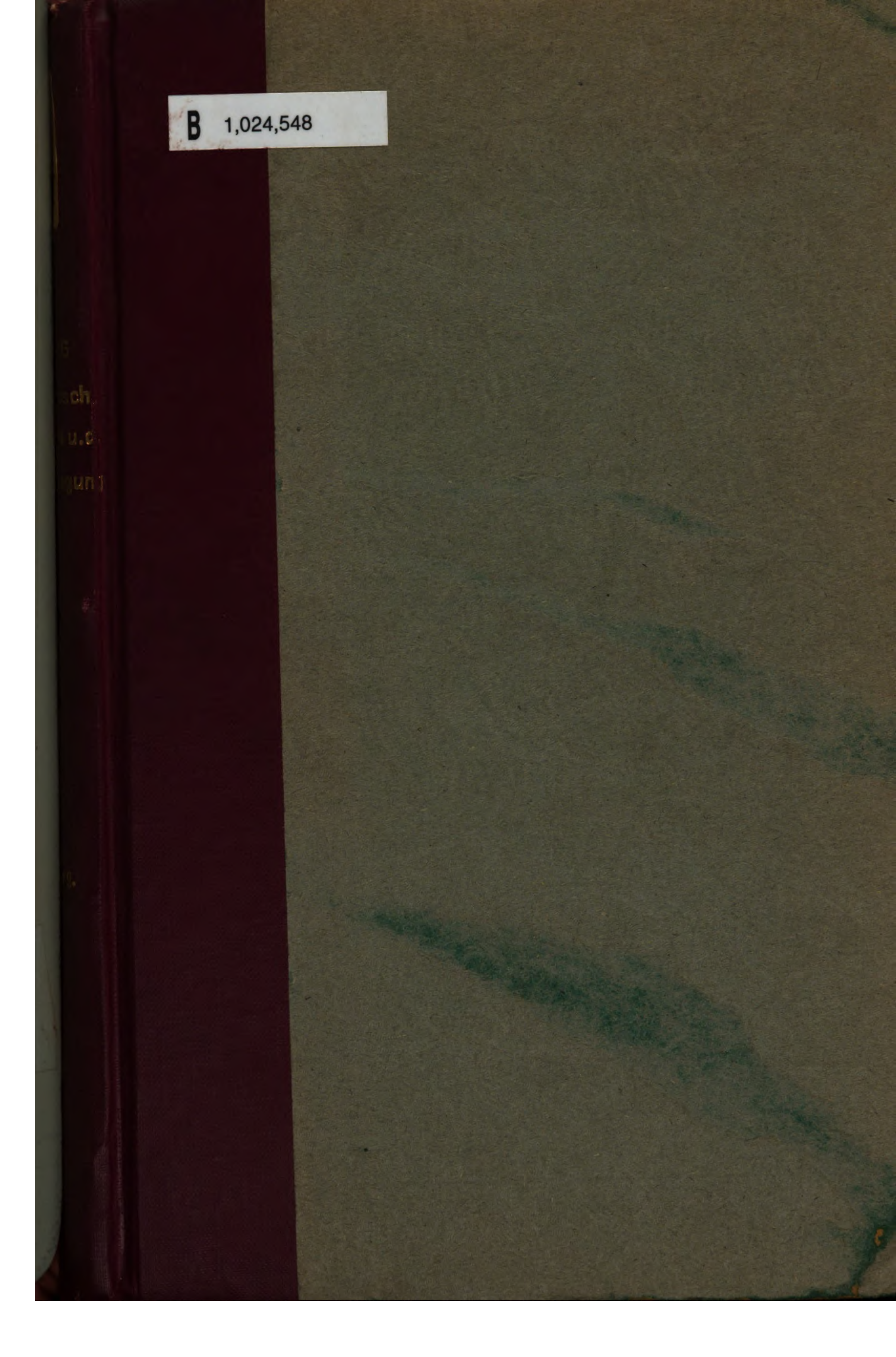
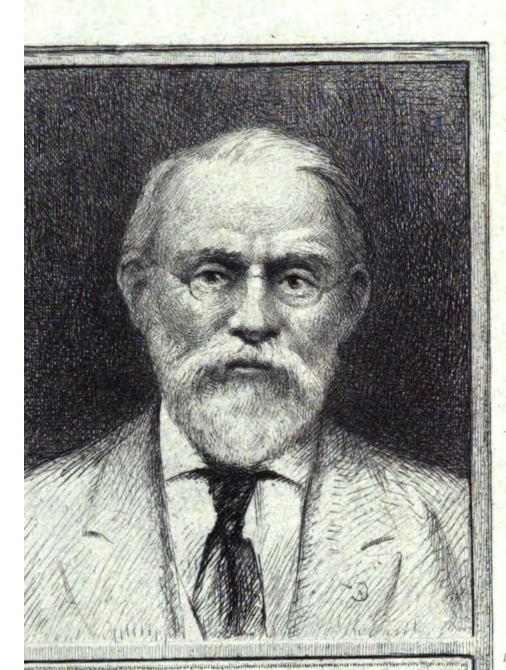
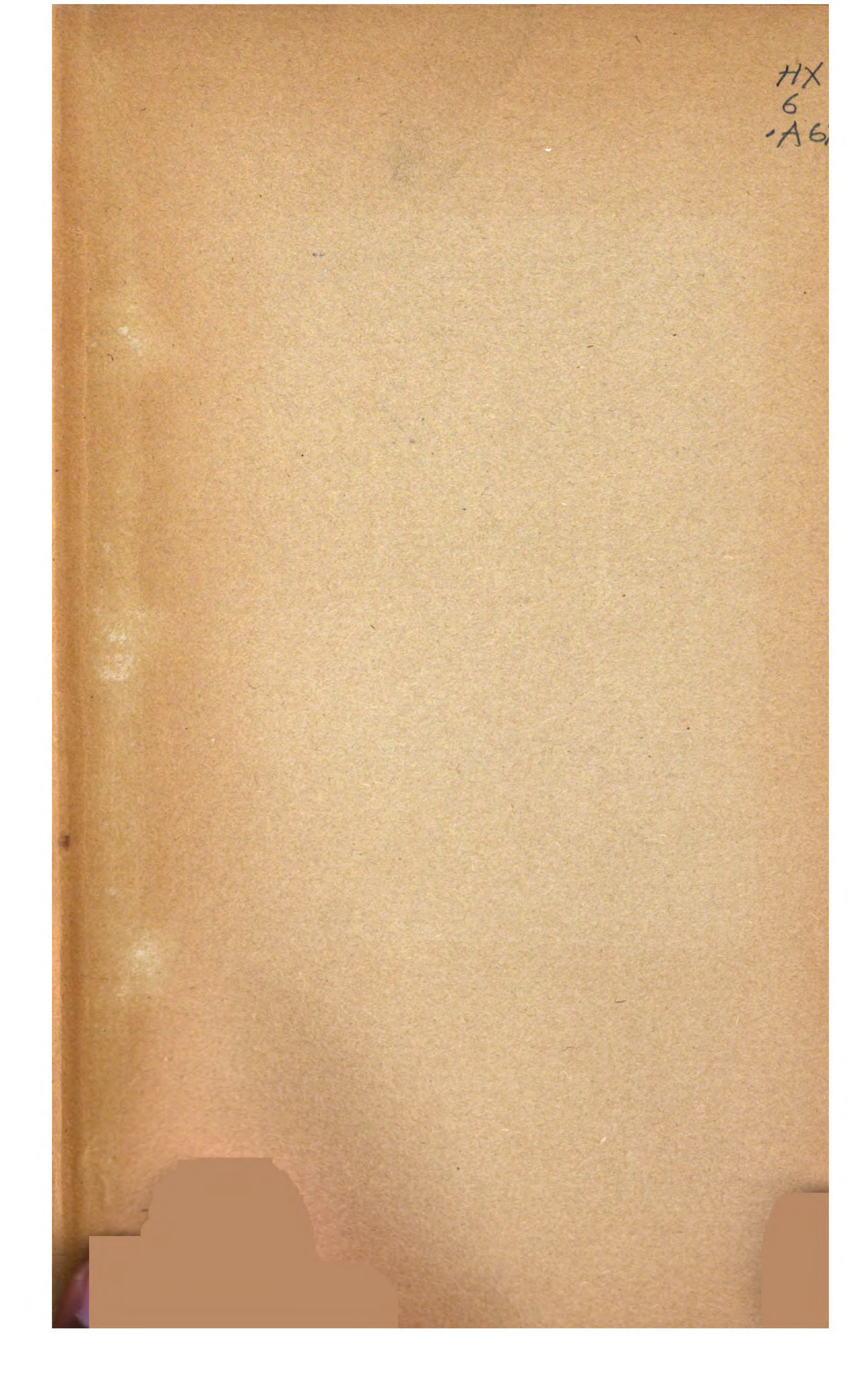

B 1,024,548


SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY





Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung
mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

herausgegeben von

Carl Grünberg

Neunter Jahrgang



Verlag von C. L. Hirschfeld · Leipzig · 1921

Druck von W. Kohlhammer in Stuttgart.

Printed in Germany

Inhalt des neunten Bandes.

I. Abhandlungen.

II. Urkundliche Mitteilungen.

III. Literatur.

Sozialismus und Staat.

Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus.

Von

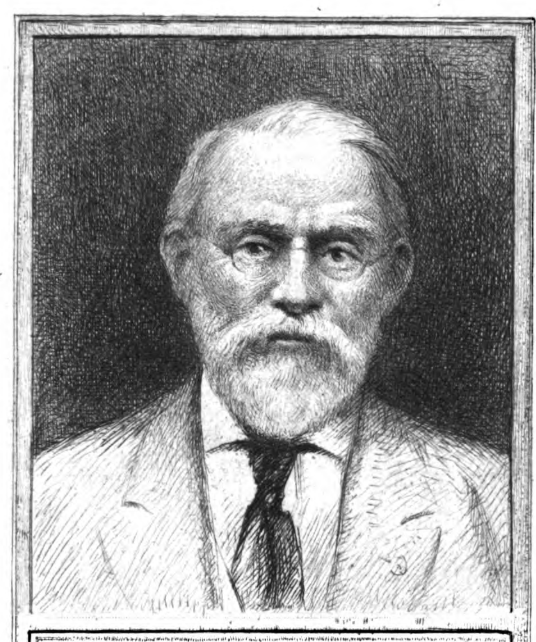
Hans Kelsen (Wien).

Einleitung.

§ 1. Das Problem und seine Methode im historischen Materialismus.

In dem Augenblick, da infolge des militärischen Zusammenbruchs in Rußland, Deutschland, Österreich und Ungarn die politische Macht dem Sozialismus in den Schoß fiel, erhob sich aus den Tiefen dieses so wohldurchdachten und wissenschaftlich so gründlich vorbereiteten politischen Systems ein gewaltiges Problem, das immer dringlicher nach einer klaren, eindeutigen Lösung ruft. Nicht um eine theoretische Zeit- und Streitfrage handelt es sich, deren befriedigende Beantwortung noch zum vollendeten Ausbau des sozialistischen Lehrgebäudes fehlt, sondern um eine prinzipielle Frage, deren praktische Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann, weil sie die sozialistische Partei schon nach ihrem ersten Schritt zur Macht verhängnisvoll gespalten hat. Es ist die Frage nach dem Verhältnis des Sozialismus zum Staat. Nicht nur die grundsätzliche Verneinung oder Bejahung des Staates, sondern auch, ob der Staat eine endgültige Organisationsform oder eine bloße Übergangserscheinung, und vor allem: welches die der sozialistischen Gesellschaftsordnung adäquate Staats- und Regierungsform sei, steht im Zweifel.

Daß dieses Problem, dessen Lösung die wichtigste Voraussetzung für die positive Arbeit am Tage nach der programmatischen Eroberung der politischen Macht zu sein scheint, gerade im kritischesten Augenblick erst zur Diskussion gestellt wird, das hat seinen letzten Grund in der Eigenart des an der materialistischen Geschichtsauffassung orientierten sozialistischen





Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung
mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

herausgegeben von

Carl Grünberg

Neunter Jahrgang



Verlag von C. L. Hirschfeld · Leipzig · 1921

Druck von W. Kohlhammer in Stuttgart.

Printed in Germany

Inhalt des neunten Bandes.

I. Abhandlungen.

II. Urkundliche Mitteilungen.

III. Literatur.

Sozialismus und Staat.

Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus.

Von

Hans Kelsen (Wien).

Einleitung.

§ 1. Das Problem und seine Methode im historischen Materialismus.

In dem Augenblick, da infolge des militärischen Zusammenbruchs in Rußland, Deutschland, Österreich und Ungarn die politische Macht dem Sozialismus in den Schoß fiel, erhob sich aus den Tiefen dieses so wohldurchdachten und wissenschaftlich so gründlich vorbereiteten politischen Systems ein gewaltiges Problem, das immer dringlicher nach einer klaren, eindeutigen Lösung ruft. Nicht um eine theoretische Zeit- und Streitfrage handelt es sich, deren befriedigende Beantwortung noch zum vollendeten Ausbau des sozialistischen Lehrgebäudes fehlt, sondern um eine prinzipielle Frage, deren praktische Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann, weil sie die sozialistische Partei schon nach ihrem ersten Schritt zur Macht verhängnisvoll gespalten hat. Es ist die Frage nach dem Verhältnis des Sozialismus zum Staat. Nicht nur die grundsätzliche Verneinung oder Bejahung des Staates, sondern auch, ob der Staat eine endgültige Organisationsform oder eine bloße Übergangserscheinung, und vor allem: welches die der sozialistischen Gesellschaftsordnung adäquate Staats- und Regierungsform sei, steht im Zweifel.

Daß dieses Problem, dessen Lösung die wichtigste Voraussetzung für die positive Arbeit am Tage nach der programmatischen Eroberung der politischen Macht zu sein scheint, gerade im kritischesten Augenblick erst zur Diskussion gestellt wird, das hat seinen letzten Grund in der Eigenart des an der materialistischen Geschichtsauffassung orientierten sozialistischen

Denkens. So klar und bestimmt das politische Programm war, das die sozialdemokratische Partei für ihren Kampf um die politische Macht im Gegenwartsstaat entwickelt hatte, so unklar und unbestimmt blieb alles, was sich auf den „Zukunftsstaat", d. h. auf die Zeit nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, bezog. Als mit den Prinzipien des „wissenschaftlichen" Sozialismus für unvereinbar und daher als „utopisch" wurde jeder Versuch einer näheren Darstellung desjenigen Gesellschaftszustandes abgelehnt, für den die Partei mit stetig wachsendem Erfolg kämpfte. Bekannt ist die Erklärung LIEBKNECHTS in der sog. „Zukunftsstaatsdebatte" des Deutschen Reichstags im Jahre 1893: Der Zukunftsstaat sei „in gewisser Beziehung" ein Ideal, aber die „Wissenschaft" habe niemals mit ihm etwas zu tun gehabt. „Unsere Partei, die sozialdemokratische Partei, hat niemals die Utopie eines Zukunftsstaates in ihr Programm aufgenommen." Gedanken darüber seien „Phantasiestücke und nichts weiter". Und zu dieser Position glaubte sich die sozialdemokratische Parteidoktrin durch die von MARX und ENGELS vertretene Lehre gedrängt: die sozialistische Gesellschaftsordnung könne nicht auf Grund eines vorgefaßten Planes geschaffen werden, sondern müsse sich gemäß den wirkenden Produktivkräften aus der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln; sie sei nicht ein aus sittlichen Gründen anzustrebendes Ideal, sondern das naturnotwendige resultierende Ergebnis eines gesetzmäßig ablaufenden sozialen Prozesses [1]. — Welch seltsame Vermengung eines

1) Vgl. z. B. die Bemerkung, mit der ENGELS den Unterschied des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Lehre PROUDHONS charakterisiert. „PROUDHON dagegen stellt an die heutige Gesellschaft die Forderung, sich nicht nach den Gesetzen ihrer eigenen Entwicklung, sondern nach den Vorschriften der Gerechtigkeit . . . umzugestalten. Wo wir beweisen, predigt und lamentiert PROUDHON." (Zur Wohnungsfrage, Sozialdem. Bibl. XIII, S. 61.) ENGELS verwirft hier zwar den Soll-Standpunkt PROUDHONS; aber in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates" (6. Aufl. 1894, S. 187) sagt er im Anschluß an die Behauptung, daß die moderne Zivilisation der einen Klasse alle Rechte, der anderen aber alle Pflichten zuweise: „Das soll aber nicht sein. Was für die herrschende Klasse gut ist, soll gut sein für die ganze Gesellschaft . . ." Das Gleichheitsideal bricht eben immer wieder durch. Auf den Widerspruch zwischen Moralismus und Amoralismus im Marxismus hat sehr treffend aufmerksam gemacht MASARYK, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus, 1899.

theoretisch-explikativen mit einem praktisch-politischen Gesichtspunkt! Es mag für eine die gesellschaftlichen Erscheinungen erklärende Soziologie durchaus richtig, ja im Grunde genommen selbstverständlich sein, daß sie einen gesetzmäßigen Ablauf der Erscheinungen aufzuzeigen versucht, ja sie ist gar nicht imstande, irgendeinen Zustand anders als naturnotwendig determiniert zu erkennen, sofern sich ihre Erkenntnis ausschließlich und allein in den Formen der Kausalität vollzieht; wenn auch schon prinzipielle Bedenken dagegen sprechen, über die Erklärung des naturnotwendig Gewordenen hinaus eine Vorhersage des künftig Werdenden zu wagen, zumal auf einem Gebiete, auf dem die determinierenden Elemente keineswegs so leicht zu übersehen sind, wie etwa auf dem der Astronomie. Allein es ist ein geradezu tragischer Methodensynkretismus, die radikalste Verwischung der Grenzen zwischen Wirklichkeit und Wert, wenn der Politiker für das Programm seines Wollens und Handelns, auf die Frage nach dem, was er soll, nach dem Zweck seines Strebens, sich bei einer Antwort beruhigt, die allein der erklärenden Wissenschaft auf ihre Frage nach dem Sein und Werden gegeben ist. Niemals kann die Frage nach dem richtigen Ziel des Handelns beantwortet werden durch die Erkenntnis dessen, was geschieht und vielleicht, mutmaßlich, wahrscheinlich geschehen wird. Es ist ein Zufall — und zwar ein Zufall, der zu einer gewissen Skepsis gegenüber einer „naturwissenschaftlichen“ Forschung veranlassen sollte — wenn das vom Standpunkte der sittlichen oder politischen Wertung gesetzte Ziel inhaltlich völlig übereinstimmt mit dem vom Standpunkt der Wirklichkeitserkenntnis als kausal determiniert angenommenen Ergebnis einer künftig naturnotwendigen Entwicklung. Man kann häufig beobachten, daß gerade die höchsten Werte der Menschen in ihrer Ideologie das Gewand der Wirklichkeit anlegen und den Schein des Widerspruches zur sicht- und greifbaren Gegenwart nur dadurch vermeiden, daß die behauptete Wirklichkeit in die Vergangenheit oder Zukunft verlegt wird. Dabei ist es im Grunde genommen nur eine Frage des Temperaments, die Frage einer pessimistischen oder optimistischen Lebensanschauung, ob man vom Ideal, vom goldenen Zeitalter mit den Worten spricht: Es war einmal, oder: Es wird einmal sein. So wie etwas wertvoll und erstrebenswürdig

bleibt, auch wenn seine Realisierung sich als unmöglich erweisen sollte, so ist es für den Wert und die Richtigkeit eines Zieles gleichgültig, ob seine Verwirklichung unvermeidlich erscheint. Selbst die Beobachtung der stärksten Entwicklungstendenzen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung — und wer könnte diese leugnen, wer aber sich der Erkenntnis verschließen, daß auch Gegenkräfte im Spiele sind und unvoraussehbare gesellschaftliche Kräfte noch künftig in die Erscheinung treten können — ist nicht imstande, den Sozialismus als politisches Programm, als Ziel des Wollens und Handelns zu rechtfertigen. Und auch dasjenige Wollen und Handeln, das sich in seiner Ideologie nach rein sittlichen Prinzipien orientiert, erscheint vom Standpunkt soziologisch-naturwissenschaftlicher Betrachtung als kausal determiniert.

Die Theorie des Sozialismus entstand in einer Zeit, da die Naturwissenschaft auf der Höhe ihrer Erfolge stand. Ihre Methoden wurden für die Methoden der Wissenschaft überhaupt, ja aller Wahrheit und Richtigkeit schlechtweg gehalten. Daraus erklärt sich die — heute schon seltsam anmutende — Tatsache, daß ein politisches System, in dessen Mittelpunkt ein der Wirklichkeit entgegengestellter Wert aufgerichtet und das aus der moralischen Empörung gegen die schmachvolle Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstanden ist, daß eine geistige Bewegung, deren gewaltiger, stetig wachsender Strom aus tief sittlichen Quellen gespeist wird, und deren Begründer — Marx und Engels — von einem seltenen sittlichen Pathos erfüllt waren, im Gewand einer „wissenschaftlichen", d. h. naturwissenschaftlichen und darum wertfreien Terminologie auftritt. Daraus erklärt sich auch, daß trotz der ängstlichen Zurückhaltung jedes Werturteils über den künftigen, anzustrebenden Zustand, den man womöglich vermied, als wünschenswert oder gar als ideal zu bezeichnen, die sozialistische Literatur durchtränkt ist von einer rückhaltlosen, vernichtenden Kritik des bestehenden Zustandes, einem negativen Werturteil, das ohne einen — wenn auch nur stillschweigend vorausgesetzten — positiven Wertmaßstab gar nicht denkbar wäre. Und darum ist es nicht ein Widerspruch, ist es nur das gelegentliche Zersprengen einer inhaltslos gewordenen Terminologie, wenn trotz des berühmten

Wortes von Marx: Die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu erfüllen [2]), Marxens getreuester Interpret Karl Kautsky in dem Buche „Das Erfurter Programm" das Kapitel über den „Zukunftsstaat" mit den begeisterten Worten schließt: Glücklich jeder, dem es beschieden, seine Kraft einzusetzen im Kampfe für die Verwirklichung dieses herrlichen Ideals" [3])!

Es ist müßig zu untersuchen, ob die Vorstellung von der naturnotwendigen Entwicklung zum Sozialismus wegen der darauf gegründeten felsenfesten Überzeugung von der einstigen Erfüllung der proletarischen Sehnsucht der politischen Bewegung mehr genützt als wegen der mit solcher Vorstellung verbundenen Gefahr der Passivität geschadet hat. Sicher ist, daß die „Wissenschaftlichkeit" des Sozialismus in seinem Aktionsprogramm eine sehr empfindliche Lücke offen ließ. Früher als die theoretische Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung annahm, hat diese die schöpferische Arbeit an der Grundlegung des „Zukunftsstaates" notwendig gemacht. Die Tatsachen zwingen heute den Sozialismus, sich zum Werte des Staates zu bekennen oder ihn als Unwert abzulehnen und im ersteren Falle zwischen verschiedenen Wertmöglichkeiten, die der Staat bietet, zu entscheiden.

§ 2. Der Begriff des Staates. Das politische Mittel und der ökonomische Klassengegensatz.

Bei der überaus schwankenden Bedeutung des Wortes „Staat" in der parteipolitischen Literatur und insbesondere auch in der Literatur des Sozialismus ist es unvermeidlich, einer Untersuchung über das Verhältnis des Sozialismus zum Staate eine Feststellung des fraglichen Begriffes vorauszuschicken. Nicht etwa, um eine neue Erkenntnis zu begründen, sondern um eine terminologisch fest umschriebene Grundlage der Diskussion zu schaffen.

2) Der Bürgerkrieg in Frankreich. 3. Aufl. S. 50. Der berühmte, vielzitierte Passus beginnt mit den Worten: „Sie (die Arbeiterklasse) hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen . . ., sie hat keine Ideale zu verwirklichen." Und noch in demselben Atemzuge, in dem jeder Wertgesichtspunkt abgelehnt und nur die historische Notwendigkeit betont wird, heißt es: „Im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung und mit dem Heldenentschlusse, ihrer würdig zu handeln, kann die Arbeiterklasse . . ." Und so rekurriert schließlich Marx selbst auf das Heldenideal.

3) 7. Aufl. 1906, S. 167.

Die moderne Staatslehre versteht unter „Staat“ einen Herrschaftsverband. Dass es sich um eine herrschaftlich organisierte Gebietskörperschaft handelt, kommt im folgenden nicht weiter in Betracht. Auch ist hier gleichgültig, ob diese Gebietskörperschaft als souverän vorausgesetzt werden muß oder nicht. Entscheidend ist allein der Herrschaftscharakter. Das bedeutet aber zunächst nichts anderes, als daß die Ordnung menschlichen Zusammenlebens, die man als Staat zu bezeichnen pflegt, eine Zwangsordnung ist, und daß diese Zwangsordnung — was allerdings die herrschende Lehre nicht klar erkannt und auch nicht ausgesprochen hat — mit der Rechtsordnung zusammenfällt.

Es ist selbstverständlich, daß jede Herrschaft, jeder Zwang von Mensch zu Mensch, nicht als Selbstzweck, sondern um eines Fremdzweckes willen geübt wird, dem gegenüber Herrschaft oder Zwang nur als Mittel in Betracht kommen; und dieses Mittel kann, weil mit dem Freiheitswert in Widerspruch, nur gerechtfertigt werden, sofern es als unvermeidbar, als zur Erreichung des über den Freiheitswert gestellten Ordnungszweckes für notwendig erkannt wird. Die „Staat“ oder „Rechtsordnung“ genannte Herrschaft, dieser sog. „Zwangsapparat“, ist also nicht durch seinen sozialen Zweck oder — was dasselbe ist — durch seinen Inhalt charakterisiert. Es handelt sich um eine spezifische Form des gesellschaftlichen Lebens, die sehr variable Inhalte aufnehmen kann, um ein Mittel gesellschaftlicher Technik, mit dem die verschiedensten Zwecke verfolgt werden können. Sicherlich kann der moderne Staat als ein Mittel zum Zweck wirtschaftlicher Ausbeutung einer Klasse durch die andere angesehen werden. Allein unrichtig wäre es, die wirtschaftliche Ausbeutung oder die Aufrechterhaltung des Klassengegensatzes als das Wesen des Staates überhaupt zu bezeichnen. Denn erstlich hat es Staaten, d. h. Herrschaftsorganisationen, gegeben, als deren wesentlicher Inhalt sich die wirtschaftliche Ausbeutung nicht nachweisen läßt; dann ist auch die wirtschaftliche Ausbeutung keineswegs der einzige Zweck des modernen Staates. Vor allem ist aber eine staatliche Organisation denkbar, die nicht nur einen ganz anderen Inhalt aufweist, als den der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern sogar die Verhinderung der wirtschaftlichen Ausbeutung be-

zweckt. Ja, es kann behauptet werden, daß nur eine Zwangsordnung jenen Zustand der Ausbeutung zu verhindern imstande ist. Man vergesse nicht, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung gerade auf dem Boden der staatsfeindlichen, hart an den Anarchismus grenzenden Theorie des Liberalismus entstanden und in der staatsfreien Sphäre ökonomischer Kräfteentfaltung am stärksten gediehen ist. Sicherlich hat auch die auf ein Minimum reduzierte Rechtsordnung des liberalen Staates die Funktion, eine herrschende Klasse in der Ausbeutung des Proletariates zu sichern. Allein je tiefer die staatliche Herrschaftsorganisation während des letzten Jahrhunderts in den Körper der Gesellschaft eindrang, je mehr gewisse, bisher der freien Willkür überlassene soziale Beziehungen zum Inhalte der rechtlichen Zwangsordnung wurden, desto größer wurde auch das Gegengewicht, das dem — im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte hemmungslos sich verschärfenden — Klassengegensatz geschaffen wurde. Gewiß hat auch die sozialpolitische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte den Klassengegensatz und die wirtschaftliche Ausbeutung nicht grundsätzlich beseitigen können. Aber sie zeigt, daß das politische Mittel, d. h. der Staat, geeignet ist, in der Richtung der Aufhebung des Klassengegensatzes zu wirken, daß es nur auf den Inhalt der staatlichen Zwangsordnung ankommt, bis zu welchem Grade die kapitalistische Wirtschaftsordnung — die ihrem Wesen nach außerstaatlicher Herkunft ist — verdrängt und durch eine andere ersetzt werden kann.

Es ist darum unzulässig, wenn in der sozialistischen Literatur der Begriff des Staates mit dem des Ausbeuterstaates, des Staates der Klassenherrschaft identifiziert wird. Dies widerspricht nicht nur dem Wesen der Sache, sondern kann — auch als bloße Terminologie — nicht aufrecht erhalten werden. Das wird im folgenden noch näher zu zeigen sein. Etwas anderes wäre es, wenn die materialistische Geschichtsauffassung die These vertreten könnte, daß politische Herrschaft, daß Zwangsordnung überhaupt nur unter der Bedingung der wirtschaftlichen Ausbeutung, nur bei Aufrechterhaltung des Klassengegensatzes möglich sei. Ob und inwieweit sie dies tut und mit welchem Erfolge, wird noch zu untersuchen sein.

I. Kapitel.

Das Kommunistische Manifest.

§ 3. Der proletarische Klassenstaat als vorläufiges Ziel der sozialistischen Revolution.

Bis vor kurzem noch war es allgemeine Lehrmeinung, daß sich der Sozialismus vom Anarchismus durch die prinzipielle Stellung zum Staat unterscheide. Während der erstere seine Gesellschaftsordnung auf irgendeine Art Rechtszwang begründe, lehne der letztere jeden solchen Rechtszwang grundsätzlich ab[4]). Stelle der eine das Gleichheitsprinzip, so stelle der andere das Freiheitsprinzip in den Vordergrund. Indes schon das Kommunistische Manifest von MARX und ENGELS, diese theoretische Grundlage des modernen Sozialismus — so wie er von der internationalen Sozialdemokratie vertreten wird —, rechtfertigt keineswegs diese prinzipielle Scheidung beider politischen Theorien. — Eine wesentliche Voraussetzung für den Begriff des Staates ist dessen deutliche Abgrenzung gegenüber dem der Gesellschaft. Es ist schon sehr bezeichnend, daß das Kommunistische Manifest — und mit ihm die ganze sozialistische Literatur — diese Grenzlinie zwischen Staat und Gesellschaft gerade dann zu verwischen geneigt ist, wenn vom Zukunftsstaat die Rede ist. Mehrmals spricht es von „Gesellschaft" oder „gesellschaftlichen Funktionen", wenn dabei offenbar an „Staat" und „staatliche" Funktionen, d. h. an eine Zwangsordnung, gedacht ist: so z. B. wenn gesagt wird, daß an Stelle der „häuslichen Erziehung die gesellschaftliche" zu setzen sei. Und ebenso verwendet das Kommunistische Manifest an Stelle des Begriffes „Staat" gelegentlich auch den der „Nation", so dort, wo ausgeführt wird, daß das Proletariat sich durch die Eroberung der politischen Macht zur „nationalen Klasse erheben und sich selbst als Nation konstituieren muß".

Die Eroberung der politischen, d. h. staatlichen Macht durch das Proletariat und die Errichtung eines Staates, in dem die

4) Vgl. dazu z. B. DIEHL, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 2. Aufl. 1911. S. 6, 173.

bisher beherrschte Klasse die Führung hat, das ist aber zweifellos als das Ziel der proletarischen Bewegung aufgezeigt. Allerdings nur als ein vorläufiges Ziel. Ausdrücklich sagt das Kommunistische Manifest, so oft es davon spricht, dass nur „der nächste Zweck der Kommunisten“ derselbe sei wie der aller übrigen proletarischen Parteien, nämlich die Eroberung der politischen Macht, daß das Proletariat nur „zunächst sich die politische Herrschaft erobern“ solle, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariates zur herrschenden Klasse“ sei. Was der nächste oder gar der letzte Schritt sei, darauf wird später zurückzukommen sein. Darüber läßt allerdings das Manifest keinen Zweifel, daß dieser erste Schritt zu einem Staate führt.

Der Weg zu diesem vorläufigen Ziele ist der Klassenkampf. „Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf“, sagt das Manifest, d. h. aber: ein Kampf um die Herrschaft im Staate. Und daß dieser Kampf im Sinne des Kommunistischen Manifestes nicht mit friedlichen Mitteln, sondern revolutionär, d. h. mit Gewaltanwendung, zu führen sei, kann ernstlich nicht bezweifelt werden. „Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder weniger versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkte, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.“ In dem Abschnitt, der der kritischen Auseinandersetzung mit der sozialistischen und kommunistischen Literatur gewidmet ist, stellt sich das Manifest in einen bewußten Gegensatz zu jenen kommunistischen und sozialistischen Systemen, die „alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion“ „verwerfen“ und „ihr Ziel auf friedlichem Wege“ durch die Macht des „Beispiels“ erreichen wollen. Und in den gewaltigen Schlußworten des Manifestes erklären die Kommunisten offen und unzweideutig, „daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern[5])“.

5) Die Bedeutung des Wortes „Revolution“ und „revolutionär“ schwankt allerdings außerordentlich; nicht nur in der sozialistischen Literatur über-

I. Kapitel.

Das Kommunistische Manifest.

§ 3. Der proletarische Klassenstaat als vorläufiges Ziel der sozialistischen Revolution.

Bis vor kurzem noch war es allgemeine Lehrmeinung, daß sich der Sozialismus vom Anarchismus durch die prinzipielle Stellung zum Staat unterscheide. Während der erstere seine Gesellschaftsordnung auf irgendeine Art Rechtszwang begründe, lehne der letztere jeden solchen Rechtszwang grundsätzlich ab[4]). Stelle der eine das Gleichheitsprinzip, so stelle der andere das Freiheitsprinzip in den Vordergrund. Indes schon das Kommunistische Manifest von MARX und ENGELS, diese theoretische Grundlage des modernen Sozialismus — so wie er von der internationalen Sozialdemokratie vertreten wird —, rechtfertigt keineswegs diese prinzipielle Scheidung beider politischen Theorien. — Eine wesentliche Voraussetzung für den Begriff des Staates ist dessen deutliche Abgrenzung gegenüber dem der Gesellschaft. Es ist schon sehr bezeichnend, daß das Kommunistische Manifest — und mit ihm die ganze sozialistische Literatur — diese Grenzlinie zwischen Staat und Gesellschaft gerade dann zu verwischen geneigt ist, wenn vom Zukunftsstaat die Rede ist. Mehrmals spricht es von „Gesellschaft" oder „gesellschaftlichen Funktionen", wenn dabei offenbar an „Staat" und „staatliche" Funktionen, d. h. an eine Zwangsordnung, gedacht ist: so z. B. wenn gesagt wird, daß an Stelle der „häuslichen Erziehung die gesellschaftliche" zu setzen sei. Und ebenso verwendet das Kommunistische Manifest an Stelle des Begriffes „Staat" gelegentlich auch den der „Nation", so dort, wo ausgeführt wird, daß das Proletariat sich durch die Eroberung der politischen Macht zur „nationalen Klasse erheben und sich selbst als Nation konstituieren muß".

Die Eroberung der politischen, d. h. staatlichen Macht durch das Proletariat und die Errichtung eines Staates, in dem die

4) Vgl. dazu z. B. DIEHL, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 2. Aufl. 1911. S. 6, 173.

bisher beherrschte Klasse die Führung hat, das ist aber zweifellos als das Ziel der proletarischen Bewegung aufgezeigt. Allerdings nur als ein vorläufiges Ziel. Ausdrücklich sagt das Kommunistische Manifest, so oft es davon spricht, dass nur „der nächste Zweck der Kommunisten" derselbe sei wie der aller übrigen proletarischen Parteien, nämlich die Eroberung der politischen Macht, daß das Proletariat nur „zunächst sich die politische Herrschaft erobern" solle, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariates zur herrschenden Klasse" sei. Was der nächste oder gar der letzte Schritt sei, darauf wird später zurückzukommen sein. Darüber läßt allerdings das Manifest keinen Zweifel, daß dieser erste Schritt zu einem Staate führt.

Der Weg zu diesem vorläufigen Ziele ist der Klassenkampf. „Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf", sagt das Manifest, d. h. aber: ein Kampf um die Herrschaft im Staate. Und daß dieser Kampf im Sinne des Kommunistischen Manifestes nicht mit friedlichen Mitteln, sondern revolutionär, d. h. mit Gewaltanwendung, zu führen sei, kann ernstlich nicht bezweifelt werden. „Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder weniger versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkte, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet." In dem Abschnitt, der der kritischen Auseinandersetzung mit der sozialistischen und kommunistischen Literatur gewidmet ist, stellt sich das Manifest in einen bewußten Gegensatz zu jenen kommunistischen und sozialistischen Systemen, die „alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion" „verwerfen" und „ihr Ziel auf friedlichem Wege" durch die Macht des „Beispiels" erreichen wollen. Und in den gewaltigen Schlußworten des Manifestes erklären die Kommunisten offen und unzweideutig, „daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern[5])".

5) Die Bedeutung des Wortes „Revolution" und „revolutionär" schwankt allerdings außerordentlich; nicht nur in der sozialistischen Literatur über-

Der Staat, der das nächste Ziel der proletarischen Revolution bildet, wird im Kommunistischen Manifest wiederholt deutlich gekennzeichnet. Er steht zunächst in bewußtem Gegensatz zum Staat der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, dem „modernen Repräsentativstaat“, in dem die Bourgeoisie die „ausschließliche

haupt, sondern auch im Sprachgebrauch des Kommunistischen Manifestes selbst. Ist Revolution in den oben zitierten Stellen gleichbedeutend mit gewaltsamem Umsturz und wird revolutionär in der neueren Literatur in einem positiv wertbetonten Sinne im Gegensatz zu reaktionär verwendet, findet es sich im Kommunistischen Manifest in einer ganz anderen als politischen, nämlich in einer wertfreien Bedeutung. So wenn von der Bourgeoisie gesagt wird, daß sie eine höchst „revolutionäre Rolle“ gespielt habe, daß sie nicht existieren könne, „ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse, fortwährend zu revolutionieren“. Hier scheint ein mehr ökonomischer Begriff der Revolution im Spiele. Dennoch wird jene Revolution, die der Bourgeoisie eigentümlich ist, als ein Übel charakterisiert: „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisie vor allem anderen aus . . .“ Diesem revolutionären Zustand der bürgerlichen Gesellschaft soll offenbar dadurch ein Ende bereitet werden, daß das Proletariat, das freilich „von allen Klassen“, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, „allein eine wirklich revolutionäre Klasse sei“, den Sozialismus verwirklicht. So steht eigentlich Revolution gegen Revolution, die Revolution des Proletariats gegen die Revolution der Bourgeoisie. Allerdings stand Deutschland nach Ansicht des Kommunistischen Manifestes „am Vorabend einer bürgerlichen Revolution“, einer bürgerlichen Revolution gegen — die Bourgeoisie, da eine Revolution doch offenbar nur gegen die herrschende Klasse gerichtet sein kann. Das wäre eigentlich eine Revolution der Bourgeoisie gegen sich selbst. Denn die zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehenden und infolge der „großen Industrie“ verkommenden und untergehenden Mittelstände „bekämpfen“ zwar die Bourgeoisie, „um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern“, aber: „sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ, noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“ Dennoch können sie auch revolutionär sein: „Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen“. Daß die Mittelstände um ihre Mittelstandsexistenz gegen das Großkapital kämpfen, ist begreiflich. Aber daß sie, deren Interessen denen des Proletariats entgegengesetzt sind, eine proletarische Revolution gegen die Bourgeoisie veranstalten und zugleich reaktionär das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, ist nicht ganz verständlich, zumal wenn man an die Bauern denkt.

politische Herrschaft" innehat. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet." Auch die den Bourgeoisiestaat verdrängende Zwangsordnung ist eine Klassenherrschaft; nur daß an Stelle der Bourgeoisie das Proletariat als herrschende Klasse tritt. „Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariates zur Klasse [6]), Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." „Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariates zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benützen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariates zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren." Der Zwangscharakter der neuen Gesellschaftsordnung steht außer jedem Zweifel, denn zu den ersten Maßregeln des siegreichen Proletariates gehört die Einführung des „gleichen Arbeitszwanges für alle".

Das Kommunistische Manifest betont den Unterschied des proletarischen Klassenstaates gegenüber dem bürgerlichen Staate auf das nachdrücklichste. „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinn der Bourgeoisie." Wenn damit — wie aus dem Zusammenhang geschlossen werden könnte — nicht mehr gemeint ist, als das Zurücktreten des nationalen Momentes im proletarischen Klassenstaate, so ließe es sich verstehen. Allein der hier verwendete Begriff der Nation fällt bei-

6) Die „Bildung" der Klasse des Proletariats kann nicht erst der nächste Zweck der Kommunisten sein, denn die Bildung dieser Klasse wird vom Kommunistischen Manifest wiederholt als eine vollendete Tatsache und als die Voraussetzung der proletarischen Revolution bezeichnet. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen dem ökonomischen und dem politischen Begriff der Klasse. Der erstere, eine Abstraktion, der Inbegriff aller Menschen des gleichen wirtschaftlichen Zustands, der letztere, ein Postulat, eine politische Organisation. Auf diese letztere kann sich allerdings der im Text erwähnte nächste Zweck der Kommunisten beziehen.

nahe ganz mit dem des Staates zusammen. Und da ist freilich nicht recht zu begreifen, worin eigentlich der Unterschied zwischen beiden Staaten bestehen soll, wenn das nationale, d. h. das staatliche, weil einen universalen Charakter arrogierende Herrschaftsmoment in Frage steht. Eine Klassenherrschaft ist nach dem Kommunistischen Manifest der proletarische ebenso wie der bürgerliche Staat. Was jenen gegenüber diesem unterscheiden muß, könnte nur der Umstand sein, daß die politisch herrschende Klasse nicht die wirtschaftlich herrschende, nicht die ausbeutende Klasse ist. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß es in dem proletarischen Staate überhaupt keine Ausbeutung geben werde. Mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist noch keineswegs der Kapitalismus ganz aufgehoben. Während die politische Macht mit einem einzigen revolutionären Schlag in den Besitz des Proletariates übergeht, ist die Auflösung des Kapitalismus ein längere Zeit dauernder Prozeß. Ausdrücklich betont das Manifest, daß das Proletariat seine politische Herrschaft benützen werde, um der Bourgeoisie alles Kapital „nach und nach" zu entreißen, und daß erst „im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwinden und alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert" sein werde. Trotz der politischen Herrschaft des Proletariates bleibt die Bourgeoisie somit noch durch eine gewisse Zeit als ausbeutende Klasse bestehen, ist das Proletariat zwar die politisch herrschende, aber noch immer die wirtschaftlich ausgebeutete, also wirtschaftlich beherrschte Klasse, wenn auch dieser Zustand immer mehr zusammenschrumpfen muß. Wie lange der Übergang dauern kann, darüber läßt sich aus dem Kommunistischen Manifest kein Schluß ziehen. Wenn man die zum Teil sehr milden Maßregeln berücksichtigt, die es für die Zeit nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den „fortgeschrittensten Ländern" vorschlägt, möchte man den Abbau des Kapitalismus im proletarischen Staate für einen recht langwierigen Prozeß halten [7]).

---

7) Expropriation lediglich des Grundeigentums; starke Progressivsteuern; Abschaffung des Erbrechts; Konfiskation des Eigentums, jedoch nur der Emigranten und Rebellen; bloße Vermehrung der Nationalfabriken, Beseitigung der Kinderarbeit usw.

Wenn ENGELS in der II. Vorrede zum Kommunistischen Manifest (vom 28. Juni 1883) den von MARX herrührenden Grundgedanken formuliert, dass die ausgebeutete und unterdrückte Klasse des Proletariates sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse der Bourgeoisie befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien, so ist diese ökonomische Befreiung von der Eroberung der politischen Macht deutlich zu unterscheiden. Die Konstruktion des proletarischen Klassenstaates zeigt das Bild einer politischen Herrschaft, die nicht die wirtschaftliche Ausbeutung der beherrschten durch die herrschende Klasse, sondern im Gegenteil die dauernde Verhinderung dieser Ausbeutung bezweckt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß das Wesen des Staates von der wirtschaftlichen Ausbeutung unabhängig sei, hier wäre er erbracht.

§ 4. Die staatsfreie kommunistische Gesellschaft.

Auf die Zwangsordnung des Staates glaubt jedoch das Kommunistische Manifest späterhin verzichten zu können. „Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert“ (nach seinen bisherigen Ausführungen müßte das Manifest, genau genommen, vom „Staate“ und nicht von den „assoziierten Individuen“ sprechen, denn nach seinen ausdrücklichen Erklärungen soll in den Händen des Staates die Produktion konzentriert werden), „so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen . . . die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.“ Hier wird der Staat, die „politische Gewalt“, mit Klassenherrschaft identifiziert. Dabei ist es nicht uninteressant, festzustellen, dass diese Klassenherrschaft auch ohne wirtschaftliche Ausbeutung, ja sogar mit der Funktion, diese auszuschalten,

nahe ganz mit dem des Staates zusammen. Und da ist freilich nicht recht zu begreifen, worin eigentlich der Unterschied zwischen beiden Staaten bestehen soll, wenn das nationale, d. h. das staatliche, weil einen universalen Charakter arrogierende Herrschaftsmoment in Frage steht. Eine Klassenherrschaft ist nach dem Kommunistischen Manifest der proletarische ebenso wie der bürgerliche Staat. Was jenen gegenüber diesem unterscheiden muß, könnte nur der Umstand sein, daß die politisch herrschende Klasse nicht die wirtschaftlich herrschende, nicht die ausbeutende Klasse ist. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß es in dem proletarischen Staate überhaupt keine Ausbeutung geben werde. Mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist noch keineswegs der Kapitalismus ganz aufgehoben. Während die politische Macht mit einem einzigen revolutionären Schlag in den Besitz des Proletariates übergeht, ist die Auflösung des Kapitalismus ein längere Zeit dauernder Prozeß. Ausdrücklich betont das Manifest, daß das Proletariat seine politische Herrschaft benützen werde, um der Bourgeoisie alles Kapital „nach und nach" zu entreißen, und daß erst „im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwinden und alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert" sein werde. Trotz der politischen Herrschaft des Proletariates bleibt die Bourgeoisie somit noch durch eine gewisse Zeit als ausbeutende Klasse bestehen, ist das Proletariat zwar die politisch herrschende, aber noch immer die wirtschaftlich ausgebeutete, also wirtschaftlich beherrschte Klasse, wenn auch dieser Zustand immer mehr zusammenschrumpfen muß. Wie lange der Übergang dauern kann, darüber läßt sich aus dem Kommunistischen Manifest kein Schluß ziehen. Wenn man die zum Teil sehr milden Maßregeln berücksichtigt, die es für die Zeit nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den „fortgeschrittensten Ländern" vorschlägt, möchte man den Abbau des Kapitalismus im proletarischen Staate für einen recht langwierigen Prozeß halten [7]).

7) Expropriation lediglich des Grundeigentums; starke Progressivsteuern; Abschaffung des Erbrechts; Konfiskation des Eigentums, jedoch nur der Emigranten und Rebellen; bloße Vermehrung der Nationalfabriken, Beseitigung der Kinderarbeit usw.

Wenn ENGELS in der II. Vorrede zum Kommunistischen Manifest (vom 28. Juni 1883) den von MARX herrührenden Grundgedanken formuliert, dass die ausgebeutete und unterdrückte Klasse des Proletariates sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse der Bourgeoisie befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien, so ist diese ökonomische Befreiung von der Eroberung der politischen Macht deutlich zu unterscheiden. Die Konstruktion des proletarischen Klassenstaates zeigt das Bild einer politischen Herrschaft, die nicht die wirtschaftliche Ausbeutung der beherrschten durch die herrschende Klasse, sondern im Gegenteil die dauernde Verhinderung dieser Ausbeutung bezweckt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß das Wesen des Staates von der wirtschaftlichen Ausbeutung unabhängig sei, hier wäre er erbracht.

§ 4. Die staatsfreie kommunistische Gesellschaft.

Auf die Zwangsordnung des Staates glaubt jedoch das Kommunistische Manifest späterhin verzichten zu können. „Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert“ (nach seinen bisherigen Ausführungen müßte das Manifest, genau genommen, vom „Staate“ und nicht von den „assoziierten Individuen“ sprechen, denn nach seinen ausdrücklichen Erklärungen soll in den Händen des Staates die Produktion konzentriert werden), „so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen . . . die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.“ Hier wird der Staat, die „politische Gewalt“, mit Klassenherrschaft identifiziert. Dabei ist es nicht uninteressant, festzustellen, dass diese Klassenherrschaft auch ohne wirtschaftliche Ausbeutung, ja sogar mit der Funktion, diese auszuschalten,

möglich sein soll. Ob im letzteren Falle noch eigentlich von einer Klassenherrschaft gesprochen werden kann, muss bezweifelt werden. Die Bourgeoisie wird ja vom siegreichen Proletariate nicht in dem Sinne „beherrscht“ oder „unterdrückt“, in dem die Bourgeoisie ihrerseits das Proletariat beherrscht und unterdrückt hat. Das Proletariat verhindert lediglich nach Möglichkeit — und auch nicht von vornherein vollständig — seine eigene Beherrschung und Unterdrückung; wobei „Beherrschung“ und „Unterdrückung“ im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung nur die ökonomische Bedeutung der Ausbeutung haben dürfte. In dem sog. proletarischen Klassenstaate werden die — stetig zusammenschmelzenden — Reste der Bourgeoisie doch nicht anders „beherrscht“ als die Angehörigen des Proletariates selbst. Die Zwangsnormen — die unter anderem und keineswegs ausschließlich die Ausbeutung verhindern oder vermindern wollen — richten sich gegen alle. Von der „Unterdrückung“ irgendeiner Gruppe kann keine Rede sein; am wenigsten von der Unterdrückung der als „Klasse“ nur allmählich verschwindenden Bourgeoisie, die ja — wenigstens durch eine gewisse Zeit, solange sie als Klasse überhaupt noch in Betracht kommt — selbst die Rolle der Unterdrückerin spielt, sofern sie eben die Ausbeutung des Proletariates fortsetzen kann. Es ist darum nicht eigentlich richtig, wenn das Kommunistische Manifest den Zustand nach der siegreichen Revolution als „Klassenherrschaft“ des Proletariates über die Bourgeoisie bezeichnet. Eine Klassenherrschaft ohne wirtschaftliche Ausbeutung ist ein Unding. Eine Gruppe von Menschen kann nicht als „Klasse“ herrschen und zugleich wirtschaftlich als Klasse beherrscht werden. Wäre nämlich letzteres nicht der Fall, dann wäre sie keine „Klasse“ mehr, Klasse ist eben ursprünglich ein ökonomischer Begriff; er erhält aber in der politischen Theorie des Marxismus eine ganz andere Bedeutung. Klasse ist: Inbegriff der Ausbeuter oder der Ausgebeuteten. Beschränkt sich in dem Staate, der auf den Bourgeoisiestaat folgt, die politische Herrschaft darauf, die wirtschaftlichen Vorrechte einer kleinen Gruppe zu eliminieren oder zu schmälern, ohne diese oder eine andere Gruppe von Menschen im Staate wirtschaftlich oder politisch schlechter zu stellen, dann sind vielleicht noch Reste einer alten, aus der früheren Gesell-

schaftsordnung stehen gebliebenen Klassenherrschaft vorhanden, aber die auf ihre gänzliche Vernichtung gerichtete Zwangsordnung kann nicht mehr als Klassenherrschaft bezeichnet werden; es wäre denn, daß unter Klasse nunmehr die politisch herrschende Partei verstanden würde.

Zumal, wenn die Staatsform für die durch die Revolution des Proletariates zu errichtende Herrschaft die Demokratie ist. Das ist aber zweifellos die Meinung des Kommunistischen Manifestes. „Die Erhebung des Proletariates zur herrschenden Klasse“ und die „Erkämpfung der Demokratie“ werden in engstem Zusammenhange als das Ziel der Arbeiterrevolution genannt. Und diese politische Theorie ist nur die Konsequenz einer prinzipiellen Voraussetzung, von der das Manifest — und mit ihm die ganze auf dieses Dokument gestützte sozialistische Literatur — ausgeht: der Annahme nämlich, daß das Proletariat, die von der Bourgeoisie unterdrückte und ausgebeutete Klasse, zahlenmäßig die überwiegende Mehrheit darstelle. „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“ In der Demokratie, in der alle Staatsbürger entweder unmittelbar oder mittelbar durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Volksvertretung an der Bildung des Staatswillens, an der Ausübung der politischen Herrschaft beteiligt sind, kann politisch eine Klassenherrschaft überhaupt nicht zum Ausdruck kommen, sofern alle — Arbeiter und Unternehmer, Proletarier wie Bourgeoisie — politisch gleichberechtigt sind. Nur eine wirtschaftliche Klassenherrschaft ist möglich, wenn die Partei, die in der Volksvertretung die Mehrheit hat — unter Wahrung der formalen politischen Gleichberechtigung —, durch den Inhalt der Rechtsordnung eine Ausbeutung ermöglicht. Ist auch das letztere nicht der Fall, dann kann von einer Klassenherrschaft überhaupt nicht gesprochen werden. Da politisch innerhalb der Demokratie nur eine Partei mit der Majorität die Herrschaft behaupten kann, ist es nicht die Klasse, sondern die Partei des Proletariates, die in der Demokratie die politische Macht erobert. Unter der Voraussetzung, daß das — klassenbewußte — Proletariat die Mehrheit der politisch berechtigten Bevölkerung bildet, sichert die demo-

kratische Staatsform der Partei dieses Proletariates die Herrschaft: allerdings nur dann, wenn das ganze Proletariat in einer Partei organisiert ist. Sobald es sich in mehrere Parteien spaltet, von denen keine über die absolute Majorität verfügt, ist die „Erkämpfung der Demokratie“ keineswegs ein Mittel, die Herrschaft des Proletariates zu begründen oder zu erhalten. Das gleiche gilt natürlich für den Fall, daß das Proletariat — wie z. B. in Agrarstaaten, aber mitunter auch in hoch entwickelten Industriestaaten — tatsächlich nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, oder große Teile des Proletariates sich nicht der sozialistischen Partei des Proletariates anschließen. Alles Möglichkeiten, mit denen das Kommunistische Manifest nicht gerechnet zu haben scheint, obgleich die tatsächliche Entwicklung in jenen Staaten, in denen es zu einer revolutionären Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gekommen ist, gerade diese Verhältnisse vorgefunden hat.

Ist in einer echten Demokratie, in der die proletarisch-sozialistische Partei die Majoritätsherrschaft innehat, der letzte Rest des Kapitalismus dadurch beseitigt, daß auch die gesamte Produktion in den Händen des Staates konzentriert ist, der außerdem natürlich auch die Rechtspflege und eine — im Sinne des Manifestes — sehr weitgehende soziale und kulturelle Verwaltung führt, dann verliert die öffentliche Gewalt keineswegs ihren politischen Charakter. Der „politische Charakter der öffentlichen Gewalt“ ist im Grunde genommen ein Pleonasmus. Politisch ist die öffentliche Gewalt, weil und insofern sie eine öffentliche Gewalt, d. h. eine Zwangsordnung ist. Die Behauptung des Manifestes: die öffentliche Gewalt verliere ihren politischen Charakter, müßte so viel bedeuten wie: die öffentliche Gewalt hört auf als solche zu existieren. Es scheint zunächst nicht, daß das Manifest diese Behauptung aufstellen wollte. Denn es deutet „politische Gewalt“ nur als Klassenherrschaft. Es wird zunächst nicht behauptet, daß die öffentliche Gewalt verschwinden, sondern bloß: daß sie eine bestimmte — vielleicht nicht einmal wesentliche — Eigenschaft, nämlich den Charakter einer Klassenherrschaft, verlieren werde. Diesen Charakter kann aber die Demokratie der sozialistischen Partei gar nicht verlieren, da sie, als echte Demokratie, ihn nie haben kann. Es gibt in ihr

durch eine gewisse Zeit wohl Reste eines Klassenunterschiedes und einer Ausbeutung der proletarischen Klasse durch die Bourgeoisie, aber niemals eine Klassenherrschaft des Proletariates über die Bourgeoisie in dem eigentlichen und einzig möglichen Sinne, in dem eine Klassenherrschaft gedacht werden kann. Wenn das Kommunistische Manifest solches behauptet, so bedient es sich nur einer paradoxen Terminologie, die aus der dialektischen Tendenz zu erklären ist: auf die Thesis einer Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat die Antithesis einer Klassenherrschaft des Proletariates über die Bourgeoisie folgen zu lassen.

Tatsächlich meint aber das Manifest gar nicht, daß die öffentliche Gewalt nur den Charakter einer Klassenherrschaft verliere, als solche jedoch bestehen bleibe. Denn die Schlußworte des entscheidenden Abschnittes lauten: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Damit soll auch die Antwort auf die Frage nach dem zweiten und letzten Stadium der sozialistischen Entwicklung gegeben werden, nach jenem Zustand, der auf die nur zunächst und bloß als erstes Stadium zu errichtende Demokratie der proletarischen Partei folgen wird oder folgen soll. Sehr klar ist ja diese Antwort nicht. Eine „Assoziation“ kann verschiedenes bedeuten. Auch der Staat ist eine Form menschlicher Assoziation; und die freie Entwicklung eines jeden ist wohl kaum etwas anderes als die freie Entwicklung aller. Wenn irgend etwas auf den Charakter dieser Assoziation schliessen läßt, so ist es die Tatsache der zweimaligen Betonung des Freiheitsmomentes: eine freie Assoziation im Gegensatz zu einer Zwangsordnung, zu einer Herrschaftsorganisation, zu dem System einer öffentlichen Gewalt, kurz zu einem Staat. Über die beiden Fehlprämissen, daß die Demokratie der sozialistischen Proletarierpartei eine Klassenherrschaft, und daß Klassenherrschaft mit Herrschaft oder politischer Gewalt überhaupt und daher mit „Staat“ identisch sei, gelangt das Kommunistische Manifest zu dem Schluß: wenn es keinen Klassengegensatz mehr gibt, kann es auch keinen Staat mehr geben. Daß diese im Manifest freilich nur angedeutete These

lediglich eine Konklusion aus den angegebenen Prämissen ist, geht schon daraus hervor, daß auch nicht die Spur eines Beweises dafür versucht wird, daß mit der wirtschaftlichen Ausbeutung und dem Klassengegensatze auch alle jene sozialen Erscheinungen verschwinden werden, die ganz unabhängig von der Aufrechterhaltung oder Ausschaltung des Klassengegensatzes und der Ausbeutung eine Zwangsordnung, eine öffentliche Gewalt oder politische Herrschaft notwendig machen. So fordert das Manifest — weil das arbeitslose Einkommen verschwinden soll — gleichen Arbeits z w a n g für alle. Freilich zunächst nur für das erste Stadium des Sozialismus, den sog. proletarischen Klassenstaat. Aber wird die Ausschaltung jeder Ausbeutung die menschliche Natur so grundstürzend verändern, daß jedermann freiwillig die Arbeit leisten wird, die ihm auf Grund eines offenbar doch nur zentralistisch ausgearbeiteten Arbeitsplanes und daher wahrscheinlich ohne sonderliche Rücksicht auf seine individuellen Bedürfnisse zugewiesen werden wird? Selbst wenn die freiwillige Unterwerfung unter die Arbeitsordnung als Regel angenommen werden darf, muß der Zwang für die — unter allen Umständen — unvermeidliche Ausnahme vorgesehen sein, sowie ja auch die Ordnung des bürgerlichen Staates sich mit ihren Zwangsmitteln meist nur gegen Ausnahmen richtet, dieser Ausnahmen wegen aber eine Zwangsordnung sein muss! Sollte eine Gesellschaftsordnung, die nicht bloß eine Wirtschaftsordnung sein kann, nicht durch Zwangsdrohungen gegen solche Störungen geschützt werden müssen, deren Motive in keiner Weise in den Produktionsverhältnissen wurzeln, oder sollten mit der wirtschaftlichen Ausbeutung und den Klassengegensätzen auch sexuelle und religiöse Affekte, Eifersucht und Ehrgeiz und damit zahlreiche außerwirtschaftliche Quellen sozialer Gleichgewichtsstörung verschwinden? Wäre solche Annahme nicht das Schulbeispiel einer „unwissenschaftlichen“, weil auf keine Erfahrung gestützten Utopie? Wenn zur Vernichtung der klassenmäßigen Ausbeutung eine politische Herrschaft, ein Zwangsapparat nötig ist, sollte er nicht ebenso nötig sein, um die Neubildung von Klassengegensätzen, um die primäre Entstehung von Ausbeuteverhältnissen dauernd zu verhindern? In einem Zustand der Freiheit von jedem staatlichen Zwange muss die natürliche Ungleichheit der Menschen — diese letzte sub-

jektive Quelle aller, nicht bloß der wirtschaftlichen Ausbeutung — hemmungslos zur Geltung kommen. Hat sich nicht die „unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung“, hat sich nicht die „gewissenlose Handelsfreiheit“ des vom Kommunistischen Manifest so treffend charakterisierten Kapitalismus um so wohler gefühlt, je staatsfreier sich die Gesellschaft entwickelte, je schrankenloseren Spielraum die vom kapitalistischen Liberalismus so gepriesene Freiheit der natürlichen Harmonie aller sozialen Kräfte ließ? Ist es nicht ein unbegreiflicher Widerspruch, wenn der Sozialismus die weitesten Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, die bisher der Anarchie, d. h. dem Belieben des einzelnen, überlassen waren, in seine feste Ordnung der Gleichheit spannt, und zugleich die Aussicht auf ein Ideal der Freiheit, d. h. aber gerade jener Anarchie, eröffnen möchte, der er vor allem die Wirtschaft entziehen will? Ist es möglich, daß eine planmäßige, rationale, eine keineswegs „natürliche“ Gesellschaftsordnung in demselben Maße, als sie an Inhalt und Umfang zunimmt und sich kompliziert, für ihre Realisierung des Zwanges entbehren kann? Ist es nicht mehr als paradox, daß der Staat, der bei seiner Umwandlung aus dem bürgerlichen in den proletarischen Zwangsapparat in ungeahnter Weise an Machtfülle und Kompetenz zunimmt, gerade in dem Augenblicke, wo er den Gipfelpunkt dieser Entwicklung erreicht, verschwinden, sich auf rätselhafte Weise in nichts auflösen soll? Hier schlägt die zu sich selbst gekommene Idee in ihr Gegenteil um? Nein, hier ist ein Wunder, glaubet nur! Aber es ist vielleicht vorsichtiger, sich auf dem Gebiete empirischer Sozialwissenschaft — zumal wenn es sich um eine Prophetie handelt — nicht auf die Spekulation der Dialektik, sondern auf die nüchterne Erfahrung zu stützen.

II. Kapitel.

Die politische Theorie in den Schriften von Marx und Engels.

§ 5. Die individualistische Idee der Freiheit in den Jugendschriften von Marx.

Die Stellungnahme des Kommunistischen Manifestes zum Problem des Staates war bestimmend für die Haltung der auf dieses historische Dokument gestützten sozialistischen Literatur. Ins-

besondere haben MARX und ENGELS wenigstens grundsätzlich an der im Manifest niedergelegten Theorie festgehalten. Sie haben sie gelegentlich in der einen oder anderen Richtung näher ausgeführt, das Grundschema aber: daß auf den Klassenstaat des Kapitalismus im Wege einer gewaltsamen Revolution zunächst der Klassenstaat des Proletariates folgen werde, aus dem dann erst die staatslose Gesellschaft des vollendeten Kommunismus sich entwickeln müsse, wird festgehalten. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß in den Schriften von MARX und mehr noch in denen von ENGELS die individualistisch-anarchistische Zukunftsperspektive noch klarer ausgesprochen und als eigentliches Ziel, als letzter Sinn der sozialistischen Idee noch nachdrücklicher betont wird als im Manifeste. Dies ist deshalb merkwürdig, weil es sich dabei um ein Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung handelt, das — schon wegen der unberechenbaren Dauer des mit der voraussichtlich siegreichen proletarischen Revolution beginnenden staatlichen Übergangszustandes — vom Standpunkt sowohl wissenschaftlicher Prophetie als praktisch-politischer Vorbereitung außerhalb des Bereiches realer, irgendwie exakter Erwägungen liegt, zumal bei so realistischen, aller utopistischen Spekulation abholden Denkern wie MARX und ENGELS, die dieser Frage im Manifest knappe drei Zeilen gewidmet hatten. Und es ist dies um so merkwürdiger, als beide Begründer des modernen Sozialismus persönlich eine ausgesprochene Kampfstellung gegen die Theorie des Anarchismus einnahmen und auch die von ihnen geleitete politische Bewegung, die internationale Sozialdemokratie, in bewußten und gewollten Gegensatz zu den verschiedenen politischen Strömungen des Anarchismus geriet.

Deutlich macht sich die individualistische Idee der Freiheit in den Jugendschriften von MARX geltend. Als ein Prinzip der Erlösung, als eine Emanzipation stellt sich dem jungen MARX der Sozialismus dar. Erst jüngst hat MAX ADLER — dieser dem Individualismus am nächsten stehende Theoretiker des Marxismus[8]) — „Die sozialistische Idee der Befreiung bei KARL MARX“ [9]) an der Hand einiger Stellen aus älteren Werken des Meisters darzustellen versucht. Es ist gewiß sehr charakteristisch, daß

8) Vgl. z. B. dessen Abhandlung über STIRNER in „Wegweiser“, 1914.
9) Marx-Studien IV. I. Halbbd. (Separatabd. Wien 1918)

Marx in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ [10]) als den Sinn der naturnotwendig zum Sozialismus führenden sozialen Entwicklung gerade die Befreiung der Gesellschaft erkennt, d. h. daß er eine historische Bewegung aus einem Zustand der Gebundenheit, und zwar offenbar der politischen wie ökonomischen Gebundenheit, in einen Zustand der — politischen wie ökonomischen — Freiheit annimmt. Marx unterscheidet ausdrücklich zwischen einer „bloß politischen“ und einer „sozialen“ oder „menschlichen“, d. h. offenbar auch ökonomischen Revolution und Emanzipation. „Nicht die radikale Revolution ist ein utopischer Traum für Deutschland, nicht die allgemeine menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt. Worauf beruht eine teilweise, eine nur politische Revolution? Darauf, daß ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft sich emanzipiert und zur allgemeinen Herrschaft gelangt, darauf, daß eine bestimmte Klasse von ihrer besonderen Situation aus die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft unternimmt. Die Klasse befreit die Gesellschaft aber nur unter der Voraussetzung, daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet, also z. B. Geld und Bildung besitzt oder beliebig erwerben kann“ [11]). Die hier angegebene Bedingung, unter der eine besondere Klasse die ganze „Gesellschaft“ befreien kann, ist nicht leicht zu verstehen, da es keinen Klassengegensatz, keine Revolution und keine Emanzipation geben kann, wenn die ganze Gesellschaft sich in der Situation einer Klasse befindet, zumal bei dem angeführten Beispiel, daß die Klasse und sohin die ganze Gesellschaft Geld und Bildung besitzt. Es handelt sich dabei wohl nur um die Formulierung desselben Gedankens wie in der II. Vorrede zum Kommunistischen Manifest: daß das Proletariat sich nicht befreien kann, ohne die ganze Gesellschaft zu befreien, was freilich auch nur eine auf Kosten der exakten Tatbestandschilderung zugespitzte Antithese ist. Die „herrschende“ Klasse — die auch ein Teil der Gesellschaft ist — wird ja nicht „befreit“, bedarf gar nicht der „Befreiung“. Wie die Worte zu deuten sind, daß sich die ganze Gesellschaft in der Situation der befreienden Klasse befinden müsse, geht aus den folgenden

10) Deutsch-franz. Jahrb. Paris 1844. S. 71 ff. 11) A. a. O. S. 81.

Worten MARXENS hervor: „Damit die Revolution eines Volkes und die Emanzipation einer besonderen Klasse der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfallen, damit ein Stand für den Stand der ganzen Gesellschaft gelte, dazu müssen umgekehrt alle Mängel der Gesellschaft in einer anderen Klasse konzentriert, dazu muß ein bestimmter Stand, der Stand des allgemeinen Anstoßes, die Inkorporation der allgemeinen Schranke sein, dazu muß eine besondere soziale Sphäre für das notorische Verbrechen der ganzen Sozietät gelten, so daß die Befreiung dieser Sphäre als die allgemeine Selbstbefreiung erscheint" [12]. „Alle Mängel" sind freilich nicht die „ganze Situation" der Gesellschaft. Und sind wirklich alle Mängel der Gesellschaft im Proletariat vereinigt? Gibt es nicht spezifische „Mängel" der Bourgeoisie, von denen gerade das Proletariat — die revolutionärste und in der Idee fortgeschrittenste Klasse, die den tiefsten Einblick in die gesellschaftliche Entwicklung hat — frei ist? Allein es kommt schließlich bei MARX gar nicht auf die Mängel, sondern auf die Leiden des Proletariates an. Die Frage nach der positiven Möglichkeit der deutschen Emanzipation beantwortet er: „In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einem historischen, sondern auf den menschlichen Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, eine Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Worte der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat [13]."

12) A. a. O. S. 82. 13) A. a. O. S. 84.

Das blendend Geistreiche dieser Gedankenführung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre eigentliche Wirkung auf einem Spiel mit Begriffen beruht, die zwar immer unter demselben Worte auftreten, ständig aber ihre Bedeutung ändern, insbesondere — wie der der „Gesellschaft" — bald erweitert, bald verengt, bald in einem realen, bald in einem idealen Sinne verwendet werden. Die individualistische Grundtendenz, die deutlich hinter den im Vordergrund agierenden Kollektiven wie Klasse, Stand, Gesellschaft etc. zu erkennen ist, bricht vollends durch, wenn Marx das Feuerbachsche Ideal der Humanität mit den Worten proklamiert: „Die einzig praktisch mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkt der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt" [14]).

Der Gedanke, daß eine Verallgemeinerung der politischen Rechte, ihre Loslösung von wirtschaftlichen, konfessionellen oder sonstigen einschränkenden Bedingungen, daß die Emanzipation, die mit der Demokratie verbunden ist, daß die formelle politische Gleichheit aller Bürger an und für sich keineswegs die wirtschaftliche Gleichheit, d. h. den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze, im Gefolge haben muß, wenn z. B. die Ausgebeuteten nicht über die Majorität verfügen oder, obgleich sie darüber verfügen, etwa mangels richtiger Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge das Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehen lassen, ist oft ausgesprochen worden. Sicherlich liegt er auch der Marxschen Unterscheidung zwischen der bloß politischen und der sozialen Revolution zugrunde. Aber die allgemeine Haltung, die Marx gegen den Staat überhaupt, gegen das politische Mittel als solches einnimmt, läßt diesen einfachen Gedanken nicht recht zum Durchbruch kommen. So wenn Marx in der Abhandlung „Zur Jugendfrage" sagt: „Die Grenze der politischen Emanzipation erscheint sogleich darin, daß der Staat sich von einer Schranke befreien kann, ohne daß der Mensch wirklich von ihr frei wäre, daß der Staat ein Freistaat sein kann, ohne daß der Mensch ein freier Mensch wäre." [15]) Marx setzt hier den Staat in einen Widerspruch zum Menschen, weil er zwischen dem Politischen und dem allgemein Menschlichen, der

14) A. a. O. S. 85. 15) A. a. O. S. 189.

bloß politischen und der allgemein menschlichen (sozialen) Emanzipation einen Gegensatz, und zwar einen Wertgegensatz, konstruieren will. Es ist darum gewiß nicht pedantisch, wenn diese gegen den Staat gerichtete Antithese als eine rein sprachliche konstatiert werden muß. Was soll es nämlich bedeuten, daß sich der „Staat" von Schranken befreie, in die der „Mensch" weiter eingeengt bleibt? Ist denn der Staat etwas anderes als die ihn bildenden Menschen? Wie sehr die unzulässige Hypostasierung des Staates, dieser Personifikation einer menschlichen Zwangsordnung, das MARX-ENGELSsche Denken beherrscht, zeigt gerade das vorliegende Beispiel. Der „Staat" befreie sich von der Religion, wenn er die Ausübung politischer Rechte von dem Religionsbekenntnis unabhängig mache, obgleich der Bürger trotzdem religiös bleibe. Als ob es mehr als ein Bild wäre, zu behaupten, der „Staat" habe eine Religion, wenn in der Verfassung politische Rechte nur den Bekennern eines bestimmten Glaubens verliehen sind. Und werden die Menschen nicht tatsächlich von einer Schranke befreit, wenn die Religion als Bedingung der politischen Berechtigung wegfällt, wenn Religion zur Privatsache wird? Kann der sozialistische Staat, oder, um alle Fälle zu berücksichtigen, kann die sozialistische „Gesellschaft", wenn sie nicht Gewalt gegen die Ausübung eines Religionsbekenntnisses anwenden und so die religiöse Freiheit aufheben will, etwas anderes tun? Ist nicht jeder Schritt über diese angeblich nur den Staat befreiende Aufhebung der religiösen Schranke in Wahrheit eine Einschränkung der Gewissensfreiheit?

Alle zulässige Paradoxie wird aber überschritten, wenn die Abschaffung des Zensuswahlrechtes als eine Emanzipation des Staates vom Privateigentum, als die „politische Annullation des Privateigentums" gedeutet wird, durch die das Privateigentum — offenbar als menschliche Institution —. „nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar vorausgesetzt" werde. Denn durch welch anderes Mittel will der Sozialismus das Privateigentum überhaupt aufheben als durch das politische, d. h. dadurch, daß der Staat, nämlich der sog. proletarische Klassenstaat, alles Eigentum allmählich an sich zieht, also geradezu zum alleinigen Eigentümer der Produktionsmittel wird? Gerade in der Abhandlung „Zur Judenfrage" scheint freilich diese Konsequenz MARX nicht sehr nahe

zu liegen, wenn er darauf abzielt, im „Widerspruch des Staates mit einer bestimmten Religion“ „den Widerspruch des Staates mit seinen Voraussetzungen überhaupt“ zu erkennen, wenn er — gegen BRUNO BAUERS Argumentationen, in denen „der politische Staat als notwendig anerkannt wird“ [16]), polemisierend — die Frage aufwirft: „Und warum will er (der Staat) sich nicht vollständig auflösen?“ [17])

Was kann es bedeuten, wenn MARX die menschliche Emanzipation erst dann für vollbracht erklärt, „wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt“. [18]) Ist der Staat etwas anderes als ein Ausdruck der Tatsache, daß der Mensch als Gattungswesen seine forces propres als gesellschaftliche Kräfte anerkannt und organisiert hat — sagt doch MARX selbst: dass im Staate „der Mensch als Gattungswesen gilt“ [19]) —, ist er etwas anderes als eine ganz bestimmte Organisation der gesellschaftlichen Kräfte des Menschen? Kann die Trennung der „politischen Kraft“ von der „gesellschaftlichen Kraft“ anderes bedeuten, als daß nur ein Teil der gesellschaftlichen Kräfte politisch organisiert wird, und kann die Trennung anders überwunden werden als dadurch, daß entweder alle gesellschaftliche Kraft zur politischen wird oder jede spezifisch politische Organisation der gesellschaftlichen Kräfte verschwindet, d. h. daß entweder die Gesellschaft zur Gänze verstaatlicht oder der Staat vergesellschaftet, nämlich jede Zwangsordnung aufgelöst wird? Daß MARX hier mehr an die letztere als an die erstere Möglichkeit gedacht hat, kann nicht zweifelhaft sein, wenn er dies auch nicht klar ausspricht. Dass er das Gattungswesen des Menschen betont und damit auf die gesellschaftliche Abhängigkeit hinweist, ist bei der gleichzeitigen Ablehnung des Staates nur

---

16) A. a. O. S. 192. 17) A. a. O. S. 196. 18) A. a. O. S. 207. 19) A. a. O. S. 191.

so zu erklären, daß ihm die freie Assoziation der souveränen Individuen vorschwebt.

Es ist mehr als das bloße Feuerwerk eines immer wieder an der Sprache sich entzündenden Geistes — und mancher zum Schlagwort gewordene Ausspruch MARXens ist nicht mehr —, wenn es in den „Kritischen Randglossen“ [20]) heißt: „Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen der Menschen“. Das ist das Bekenntnis eines extremen Individualismus, der in seiner Nutzanwendung auf das gesellschaftliche Problem vor der kühnen Konsequenz des Anarchismus keineswegs zurückschreckt, wenn als Zweck der noch politischen, weil gewaltanwendenden Revolution lediglich Zerstörung und Auflösung, als Sinn des auf die Revolution gegründeten Sozialismus das Ideal der vom politischen Mittel erlösten, vom Staatszwang befreiten Gesellschaft verkündet wird: „Die Revolution überhaupt — der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse — ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg“ [21]).

§ 6. Der Weg zur Macht: Friedliche Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz (Revolutionstheorie).

Zu jedem einzelnen Stadium der im Kommunistischen Manifest vorgezeichneten Entwicklung vom kapitalistischen Ausbeuterstaat bis zur kommunistisch-anarchischen Gesellschaft finden sich ergänzende Ausführungen in den Schriften von MARX und ENGELS. Was zunächst den Weg zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat betrifft, so ist zwar stets nur von einer „Revolution“ die Rede, aber bei der Vieldeutigkeit dieses Wortes kann dies nur wenig besagen. Sicher ist, daß gerade in der Frage, ob das Proletariat die politische Macht durch einen gewaltsamen Umsturz oder, gestützt auf die Tatsache, daß es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, mit friedlichen, gesetzlichen Mitteln durch die Erringung des allgemeinen und

20) MEHRING, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, II, 58. 21) Ebenda II, 59.

gleichen Wahlrechtes in die Volksvertretung anstreben solle, zwischen dem Manifest und gewissen gelegentlichen Bemerkungen MARXens und ENGELS ein Widerspruch besteht. Jenes hat — wie bereits hervorgehoben — sicherlich nur die Revolution im Sinne einer Gewaltanwendung im Auge. Jüngst hat aber KAUTSKY wieder an eine Rede erinnert, die MARX nach dem Schlusse des Haager Kongresses der Internationale von 1872 in einer Volksversammlung zu Amsterdam hielt und in der er sagte: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die Neuorganisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrechterhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das ‚Reich von dieser Welt' verzichten soll. Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und — wenn ich Eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen — Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall" [22]. Auch sonst finden sich wohl Stellen bei MARX, wo er, wie z. B. im „Elend der Philosophie" [23], davon spricht, daß „im Lauf der Entwicklung" der kapitalistische Staat durch eine klassenlose Assoziation ersetzt werden wird. Allein demgegenüber hat ENGELS geradezu mit Berufung auf ein Wort von MARX in seiner Streitschrift gegen DÜHRING die Gewalt als das revolutionäre Mittel κατ' ἐξοχὴν gefeiert. Es ist nur selbstverständlich, daß sich die Theorie und Praxis des Bolschewismus gerade auf diese Stelle gegenüber gewissen evolutionistischen Tendenzen der deutschen Sozialdemokratie beruft. Sie wird mit Nachdruck von LENIN [24]) zitiert und sei darum auch hier im Wortlaute wiedergegeben: „Für Herrn DÜHRING ist die Gewalt das absolut Böse . . . . Daß sie aber noch eine andere Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in MARX'

22) Zit. bei KAUTSKY, Die Diktatur des Proletariats. 3. Aufl. Wien 1918, S. 7.
23) 2. Aufl. 1892, S. 163. 24) Staat und Revolution, Verl. Die Aktion, 1918.

so zu erklären, daß ihm die freie Assoziation der souveränen Individuen vorschwebt.

Es ist mehr als das bloße Feuerwerk eines immer wieder an der Sprache sich entzündenden Geistes — und mancher zum Schlagwort gewordene Ausspruch MARXens ist nicht mehr —, wenn es in den „Kritischen Randglossen“ [20]) heißt: „Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen der Menschen“. Das ist das Bekenntnis eines extremen Individualismus, der in seiner Nutzanwendung auf das gesellschaftliche Problem vor der kühnen Konsequenz des Anarchismus keineswegs zurückschreckt, wenn als Zweck der noch politischen, weil gewaltanwendenden Revolution lediglich Zerstörung und Auflösung, als Sinn des auf die Revolution gegründeten Sozialismus das Ideal der vom politischen Mittel erlösten, vom Staatszwang befreiten Gesellschaft verkündet wird: „Die Revolution überhaupt — der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse — ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg“ [21]).

§ 6. Der Weg zur Macht: Friedliche Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz (Revolutionstheorie).

Zu jedem einzelnen Stadium der im Kommunistischen Manifest vorgezeichneten Entwicklung vom kapitalistischen Ausbeuterstaat bis zur kommunistisch-anarchischen Gesellschaft finden sich ergänzende Ausführungen in den Schriften von MARX und ENGELS. Was zunächst den Weg zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat betrifft, so ist zwar stets nur von einer „Revolution“ die Rede, aber bei der Vieldeutigkeit dieses Wortes kann dies nur wenig besagen. Sicher ist, daß gerade in der Frage, ob das Proletariat die politische Macht durch einen gewaltsamen Umsturz oder, gestützt auf die Tatsache, daß es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, mit friedlichen, gesetzlichen Mitteln durch die Erringung des allgemeinen und

20) MEHRING, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, II, 58. 21) Ebenda II, 59.



gleichen Wahlrechtes in die Volksvertretung anstreben solle, zwischen dem Manifest und gewissen gelegentlichen Bemerkungen MARXens und ENGELS ein Widerspruch besteht. Jenes hat — wie bereits hervorgehoben — sicherlich nur die Revolution im Sinne einer Gewaltanwendung im Auge. Jüngst hat aber KAUTSKY wieder an eine Rede erinnert, die MARX nach dem Schlusse des Haager Kongresses der Internationale von 1872 in einer Volksversammlung zu Amsterdam hielt und in der er sagte: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die Neuorganisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrechterhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das ‚Reich von dieser Welt' verzichten soll. Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und — wenn ich Eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen — Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall"[22]. Auch sonst finden sich wohl Stellen bei MARX, wo er, wie z. B. im „Elend der Philosophie"[23], davon spricht, daß „im Lauf der Entwicklung" der kapitalistische Staat durch eine klassenlose Assoziation ersetzt werden wird. Allein demgegenüber hat ENGELS geradezu mit Berufung auf ein Wort von MARX in seiner Streitschrift gegen DÜHRING die Gewalt als das revolutionäre Mittel κατ' ἐξοχὴν gefeiert. Es ist nur selbstverständlich, daß sich die Theorie und Praxis des Bolschewismus gerade auf diese Stelle gegenüber gewissen evolutionistischen Tendenzen der deutschen Sozialdemokratie beruft. Sie wird mit Nachdruck von LENIN[24] zitiert und sei darum auch hier im Wortlaute wiedergegeben: „Für Herrn DÜHRING ist die Gewalt das absolut Böse . . . . Daß sie aber noch eine andere Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in MARX'

22) Zit. bei KAUTSKY, Die Diktatur des Proletariats. 3. Aufl. Wien 1918, S. 7.
23) 2. Aufl. 1892, S. 163. 24) Staat und Revolution, Verl. Die Aktion, 1918.

Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn DÜHRING." „Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise" — DÜHRINGS, der Gewaltanwendung prinzipiell ablehnt — „macht Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?"[25]) Nun findet sich aber auch bei ENGELS eine Stelle, wo er — ganz ebenso wie MARX in seiner Amsterdamer Rede — die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung zur Herrschaft des Proletariats zugibt. In seiner Kritik des Entwurfes zum Erfurter Programm schreibt ENGELS — wesentlich anders als im Anti-Dühring: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland ..."[26]) KAUTSKY meint: MARX und ENGELS hätten „in ihrer Politik stets einen großen Unterschied gemacht zwischen demokratischen und nicht demokratischen Staaten"[27]). Das trifft freilich nicht von allen Schriften der beiden zu; allein ist diese Unterscheidung — wo sie gemacht wird — gerade in bezug auf die Frage gerechtfertigt, ob die politische Macht mit Gewalt oder auf friedlichem Wege erobert werden soll? Wenn irgendeine Erfahrung auf historisch-politischem Gebiet sicher steht, so ist es doch die, daß alle kapitalistischen Staaten, nachdem durch eine rein bürgerliche Revolution wenigstens die grundsätzliche Anerkennung des demokratischen Prinzipes erzwungen wurde, im Wege einer organischen Entwicklung die parlamentarische Demokratie immer weiter aus-

---

25) Herrn EUGEN DÜHRINGS Umwälzung der Wissenschaft, 3. Aufl. S. 193.
26) ENGELS, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes. 1891, (Neue Zeit, XX/1, 10). Diese Stelle zitiert natürlich wieder KAUTSKY in: Demokratie oder Diktatur, 2. Aufl. S. 11, für seine mehr evolutionistische Auffassung. 27) Ebenda S. 11.

gebaut haben. Auf diesem Wege sind England, Frankreich, Amerika dem Deutschen Reiche vor dem Weltkrieg gewiß ein gutes Stück voraus gewesen. Allein es läßt sich nicht leugnen, daß auch Deutschland im Begriffe war, diesen Weg fortzusetzen. Da die Entwicklung zur parlamentarischen Demokratie dort, wo das Proletariat im Wachsen ist und das allgemeine und gleiche Wahlrecht erringt, nur eine Frage der Zeit ist, müßte eigentlich vom Standpunkt der zuletzt von ENGELS vertretenen Auffassung das friedliche Hineinwachsen der alten in die neue Gesellschaft als die Regel angesehen werden; für die Annahme einer Methode der Gewaltanwendung wäre in einer auf Grund der bisherigen Erfahrung in allen Kulturstaaten abgegebenen Prognose der weiteren Entwicklung und daher vom Standpunkt des Marxismus aus auch in einem politischen Parteiprogramm des Proletariates kein hinreichender Anlaß. Warum hätte der unaufhaltsame politische Aufstieg des Proletariates etwa in Deutschland die echte parlamentarische Demokratie nicht ebenso friedlich erreichen können wie in Frankreich, Amerika und England, wo die kapitalistischen Produktionsverhältnisse doch grundsätzlich die gleichen sind? Wenn der Schritt von der noch kapitalistischen zur proletarischen Demokratie ein friedlicher sein kann, warum sollte dies nicht ebenso der Fall sein bei der infolge der Entwicklung des Proletariats scheinbar doch unvermeidlichen Umwandlung aller möglichen rückständigen Staatsformen des Kapitalismus in parlamentarische Demokratien?

§ 7. Die politische Form der Diktatur des Proletariats: Demokratisch organisierte Staatsgewalt; die Pariser Kommune als Vorbild.

Die Frage nach der Methode der Eroberung politischer Macht durch das Proletariat ist zum großen Teil schon präjudiziert durch die Entscheidung, welches die Staatsform für die von MARX und ENGELS mit Vorliebe als „Diktatur“ bezeichnete Herrschaft des Proletariats sein soll. Ist es die Demokratie, dann ist zu mindest dort, wo schon der kapitalistische Staat diese Form angenommen hat, nicht einmal eine prinzipielle Verfassungsänderung notwendig, dann vollzieht sich die Umwandlung in der sozialistischen Ausgestaltung der wirtschaftlichen Gesetzgebung. Und diese Wand-

lung muß in demselben Augenblicke eintreten, wo die proletarisch-sozialistische Partei die Mehrheit im Parlamente erringt. Das Kommunistische Manifest steht noch auf dem Standpunkt, daß die Demokratie mit Gewalt erobert werden müsse. Aber es kann kein Zweifel sein, daß das Manifest die Diktatur des Proletariates sich in der Staatsform der Demokratie vorstellt. Auch in den übrigen Schriften von MARX und ENGELS wird dieser Gedanke im allgemeinen bestätigt. In der zitierten Kritik zum Entwurf des Erfurter Parteiprogramms sagt ENGELS ausdrücklich: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollen, wie MIQUEL."[28]) Aber eine Kontinuität zwischen der Demokratie des Kapitalismus und jener des proletarischen Sozialismus lehnen MARX und ENGELS entschieden ab. In der I. Vorrede zum Kommunistischen Manifest vom 24. Juni 1872 findet sich das Eingeständnis, daß das Manifest „stellenweise veraltet sei"; namentlich habe die Pariser Kommune den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann". Dies ist eine Stelle aus dem MARXschen „Bürgerkrieg in Frankreich"[29]). Von bolschewistischer Seite, insbesondere von LENIN[30]), wird dieser Äußerung die größte Bedeutung beigelegt. Ob mit Recht, wird noch zu untersuchen sein. Tatsächlich hat MARX — worauf gleichfalls LENIN aufmerksam macht — schon in „Der achtzehnte Brumaire" anläßlich der Besprechung der Revolution von 1848—1851 die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in einer Weise dargestellt,

---

28) Neue Zeit XX/1, 11. Im Anschluß daran heißt es: „Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt . . . Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft." 29) 3. deutsche Aufl. S. 43. 30) A. a. O. S. 32f.

die mit der im Kommunistischen Manifest proklamierten „Erkämpfung der Demokratie" nicht ganz im Einklang zu stehen scheint. In der für die materialistische Geschichtsauffassung charakteristischen Methode, die zunächst nur eine Schilderung des tatsächlichen Geschehens und dabei doch zugleich die Aufstellung politischer Postulate ist, erklärte er, die Revolution „vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu können. Jetzt, wo sie dies erreicht, vollendet sie die Exekutivgewalt, reduziert sie auf ihren reinsten Ausdruck, isoliert sie, stellt sie sich als einzigen Vorwurf gegenüber, um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren." Nicht mit Unrecht schließt LENIN daraus auf die Ansicht MARX', daß nach den Erfahrungen der Revolution von 1848—1851 als Aufgabe des Proletariates bei der künftigen sozialen Revolution nicht etwa die Vervollkommnung der Staatsmaschinerie, sondern ihre Zerstörung angesehen werden müsse[31]. Überaus charakteristisch erklärt LENIN, die Frage, „was an Stelle der zu vernichtenden Staatsmaschinerie gesetzt werden soll", habe MARX nicht beantwortet. Er habe sich eben „streng an die tatsächliche Basis der geschichtlichen Erfahrung gehalten", und „die Erfahrung gab damals keine Unterlage für eine solche Frage". Daß MARX aber diese Frage schon vorher, nämlich im Manifest, beantwortet hatte, wird ignoriert. Offenbar, weil zwischen „Zerstörung der Staatsmaschinerie" und „Erkämpfung der Demokratie" eine erhebliche Differenz besteht. Daß ein nach der Methode der materialistischen Geschichtsauffassung in die Form historischer Darstellung gekleidetes politisches Programm, das mit der Vernichtung des Staatsapparates endet, als anarchistisch bezeichnet werden muß, ist wohl selbstverständlich. Dennoch lehnt LENIN den Vorwurf des Anarchismus mit Entrüstung ab. Offenbar, weil er — mit Recht — die Vernichtung des Staatsapparates nicht als das letzte Wort von MARX gelten lassen will. Nur daß dabei die Naivität bewundert werden muß, mit der die Vernichtung des Staates in ein politisches Programm aufgenommen wird, noch bevor man weiß oder auf Grund „wissenschaftlicher" Erkenntnis wissen zu können glaubt, welch weiterer Schritt zu erfolgen hat.

---

31) A. a. O. S. 26 ff.

Schon die Erfahrungen der Revolution von 1848—51 und nicht erst die Pariser Kommune haben MARX veranlaßt, seine im Manifest niedergelegte Anschauung über die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu modifizieren. In dem bekannten Brief an KUGELMANN vom 12. April 1871 schrieb er, er habe schon im ‚Achtzehnten Brumaire' „als nächsten Versuch der französischen Revolution" ausgesprochen: „Nicht mehr wie bisher die bureaukratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen"[32]). In diesen Worten erblickt LENIN[33]) „die Hauptlehre des Marxismus zur Frage über die Aufgaben des Proletariates in der Revolution gegenüber dem Staate". Da MARX an der Theorie vom proletarischen Klassen*staat*, der durch die soziale Revolution an Stelle des kapitalistischen Klassen*staates* gesetzt wird, prinzipiell festhält, ist eigentlich nicht leicht zu verstehen, warum er so entschieden gegen die Vorstellung polemisiert, daß durch die soziale Revolution lediglich ein Wechsel der herrschenden Partei im Staate stattfinde. Er betont: der Staat müsse vernichtet werden. Aber doch nur, um wieder als Staat, und zwar wiederum nur als Klassenstaat, aufgebaut zu werden! Ist es dann nicht bloß ein Streit um ein Wort, um ein anschauliches Bild, ob von einer „Vernichtung" des kapitalistischen Klassenstaates oder einer „Umwandlung" desselben gesprochen wird? Daß die radikalere Terminologie vom Standpunkte politischer Agitation mehr Anklang findet, ist gewiß begreiflich. Für die *Theorie* des Sozialismus ist sie bedeutungslos; das beweisen die Ausführungen MARXens in der „Adresse des Generalrates der internationalen Arbeiterorganisation" über den „Bürgerkrieg in Frankreich"[34]), wo er die Erfahrungen der Pariser Kommune verarbeitet. Sie liefern den Kommentar zu der angeblich die Hauptlehre des Marxismus über das Verhältnis von Revolution und Staat bildenden These vom „Zerbrechen" der Staatsmaschine.

Fragt man, was mit dem Bilde des Zerbrechens der Staatsmaschine überhaupt gemeint sein kann, so ist es, ohne jeden

32) MARX, Über die Pariser Kommune (Neue Zeit, XX/1, 707). 33) A. a. O. S. 34. 34) 3. Aufl., mit einer Einleitung von ENGELS. Berlin 1891.

Vergleich gesprochen, dies, daß entweder an Stelle der alten staatlichen Ordnung eine inhaltlich ganz verschiedene neue, aber doch auch staatliche Ordnung oder gar keine Ordnung bezw. ein Zustand der Anarchie gesetzt, oder daß lediglich an Stelle der die alte Ordnung realisierenden Organe andere Menschen als Exekutoren bestellt werden, oder daß mit einer neuen Staatsordnung, also mit einer prinzipiellen Änderung der staatlichen Organisationsnormen, auch ein vollständiger Wechsel der Staatsorgane verbunden wird. Was geschah nun in der Pariser Kommune, d. h. welches sind in der Darstellung von Marx die wesentlichen Vorgänge [34 a])? Sie lassen sich restlos dahin zusammenfassen, daß an Stelle einer monarchischen Staatsform eine mit gewissen Elementen der Unmittelbarkeit durchsetzte demokratisch-republikanische Verfassung gegeben und ein Wechsel der die Staatsordnung vollziehenden, d. h. die Staatsgewalt ausübenden Menschen durchgeführt wurde. Marx charakterisiert zunächst das napoleonische Kaisertum als „eine öffentliche Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse" und fügt — offenbar erläuternd — hinzu: als eine „Maschine der Klassenherrschaft" [35]). „Unterdrückung" will doch wohl nur sagen „Ausbeutung". Das geht auch daraus hervor, daß Marx die Kommune in einen direkten Gegensatz zur alten Monarchie stellt: „Der gerade Gegensatz zum Kaisertum war die Kommune" [36]). Er bezeichnet sie als die bestimmte Form einer „Republik", die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft, sondern die Klassenherrschaft selbst beseitigen sollte [37]), als eine „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Betreibung der Arbeit sich vollziehen konnte" [38]), d. h. eine „politische Form", eine „Regierung", eine „Republik", also ein Staat ohne wirtschaftliche Ausbeutung, ohne „Unterdrückung" einer Klasse durch

34 a) Über die tatsächliche Verfassung der Kommune vgl. Kautsky, Terrorismus und Kommunismus, 1919, S. 42 ff. 35) Bürgerkrieg S. 44. 36) Ebenda S. 45. 37) Ebenda S. 45. 38) Ebenda S. 4 .

die andere in wirtschaftlichem Sinne, wenn auch nicht ohne „Herrschaft", ohne öffentliche Gewalt. MARX erblickt in der Kommune durchaus die schon im Kommunistischen Manifest prognostizierte Antithese zum kapitalistischen Staat, den in der Geschichte realisierten Fall einer Diktatur des Proletariates. Als besonders charakteristische Maßregeln der Kommune aber hebt er hervor: Abschaffung des stehenden Heeres und „Ersetzung durch das bewaffnete Volk", also keineswegs Aufhebung jeder militärischen Gewalt, sondern nur einer besonderen Form derselben. „Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee los geworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk"[39]. Nach den Absichten der kommunistischen Regierung sollte „das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden"[40]. Besonders hebt MARX die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes hervor. „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten". Er betont, daß diese Stadträte „verantwortlich und jederzeit absetzbar" waren und daß „ihre Mehrzahl" — und nur ihre Mehrzahl, keineswegs alle — aus „Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse" bestand. Er macht darauf aufmerksam, daß die Kommune „nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft" sein sollte. Was er unter diesem zunächst befremdenden Gegensatz von „parlamentarisch" und „arbeitend" — „arbeitet" nicht auch das Parlament? — versteht, geht aus dem erläuternden Zusatz hervor, der besagt, die Kommune sei eine Körperschaft gewesen „vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit". Er betont also lediglich die für die Demokratie und insbesondere für die unmittelbare Demokratie charakteristische Aufhebung der der konstitutionellen Monarchie eigenen Gewaltentrennung. In einer — scheinbar gegen den Parlamentarismus überhaupt gerichteten — Terminologie wird eine bestimmte Form desselben, der gewaltentrennende, bloß ge-

39) Ebenda S. 46. 40) Ebenda S. 47.

setzgebende Parlamentarismus, abgelehnt. Es ist ein offenkundiges, wenn auch begreifliches Mißverständnis, wenn LENIN diese Äußerung als auf die „Beseitigung des Parlamentarismus" gerichtet deutet.[41]) LENIN sagt, er könne sich eine Demokratie zwar nicht ohne Vertretungskörper, müsse sie aber ohne Parlamentarismus vorstellen. Dieser Satz ist eben nur durch eine nicht gerechtfertigte Verengung des Begriffs „Parlamentarismus" möglich. Allerdings wird die LENINsche Auffassung auch durch die folgende Bemerkung MARXens[42]) scheinbar unterstützt: „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in der Kommune konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäfte auszusuchen." Hört ein Vertretungskörper auf, ein Parlament zu sein, weil er sich auf das allgemeine Stimmrecht gründet, weil die Legislaturperiode nicht drei oder sechs Jahre, sondern kürzer währt? Hört er auf, ein Parlament — auf deutsch, eine Volksvertretung — zu sein, wenn ihm neben der Gesetzgebung auch Funktionen der Vollziehung, nämlich die Auswahl der mit der Exekutive betrauten Menschen, obliegen? Hörte die Kommune auf, eine Demokratie zu sein, weil sie das demokratische Prinzip der Wahl für die Berufung von Beamten akzeptierte? Letzteres hat MARX im Auge, wenn er den zitierten Passus mit den Worten schließt: „Anderseits aber könnte nichts dem Geiste der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen."[43]) Freilich, die Parallelsetzung des allgemeinen Stimmrechtes, das ist des Wahlrechts zur Volksvertretung, mit dem als „Stimmrecht" bezeichneten freien Rechte des Unternehmers, Arbeitsverträge einzugehen, und der Vergleich der selbst „arbeitenden" Volksvertretung mit dem arbeitsloses Einkommen beziehenden ausbeutenden Unternehmer ist recht problematisch. Es wäre gewiß verfehlt, die nicht ohne agitatorischen Zweck geschriebenen Worte einer politischen Schrift auf die Goldwage zu legen. Nur weil dies von LENIN geschieht, der weitgehende Konsequenzen aus diesem

41) LENIN, a. a. O. S. 40. 42) Bürgerkrieg in Frankreich S. 47. 43) Ebenda S. 47.

MARXschen Vergleiche zu ziehen versucht, mußte hier darauf eingegangen werden. LENIN meint nämlich, man könne aus diesem Vergleiche darauf schließen, daß die Organe, die die Kommune und daher auch die proletarische Demokratie überhaupt benötigt, nur „Aufseher und Buchhalter" seien, denen gegenüber kein „Unterordnungsverhältnis" besteht. Also: kein Zwangscharakter, kein politisches Mittel. Allein zu dieser Annahme geben die von MARX dargestellten Verhältnisse der Kommune auch nicht den geringsten Anlaß, wenn auch seine Diktion mitunter diese Tendenz hat.

Nach der von MARX erwähnten „kurzen Skizze der nationalen Organisation", die die Kommune nicht Zeit hatte weiter auszuarbeiten, „sollten die Abgeordneten der Nationaldelegation an die Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein" [44]). Das ist nichts, was dieser Körperschaft den Charakter eines Parlamentes hätte nehmen können.

Von großer Wichtigkeit erscheint MARX, daß alle Beamten und Richter der Kommune durch Wahl berufen, verantwortlich und jederzeit absetzbar waren, was die Kommune als einen Organisationstypus nach Art der unmittelbaren Demokratie erscheinen läßt. Besonders hervorgehoben wird, daß der gesamte „öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden" mußte [45]); und ENGELS legt in seinem vom 18. März 1891 datierten Vorwort dieser Art der Beamtenorganisation die Bedeutung bei, daß die Kommune sich „gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten" „sichern" mußte, indem sie die „in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staates und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft" durch diese Maßregeln verhinderte. Das Charakteristische des Beamtentums im kapitalistischen Staate sei, daß die Organe des Staates, die „ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung" entstanden seien, und daß sohin „die Spitze" dieser Organe, „die Staatsgewalt", sich mit der Zeit im Dienste ihrer eigenen Sonderinteressen aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt habe [46]). Eine gewisse Vorzugsstellung der Beamten ist sicherlich ein Charakteristikum der militärisch-bureaukratischen Monarchie und bis zu einem gewissen Grade auch der kapitalistischen

44) Ebenda S. 47. 45) Ebenda S. 46 und S. 50. 46) Ebenda S. 12.

Demokratie. Allein, daß der kapitalistische Staat, d. h. ohne Hypostasierung gedacht: daß seine Staatsorgane „Herren“ der Gesellschaft seien, das ist wohl mit einer Vorstellung im Widerspruch, die den kapitalistischen Staat nur als ein Werkzeug der ausbeutenden Gesellschaftsklasse oder — wie sich MARX und ENGELS auszudrücken pflegen — geradezu der bürgerlichen Gesellschaft gelten lassen will. Auch muß ENGELS' Behauptung bezweifelt werden, daß mit der oben gekennzeichneten Beamtenorganisation der Kommune „der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben“ [47]) worden sei; als ob in der Bezahlung der Beamten und nicht in der ihnen eingeräumten sozialen Stellung der entscheidende Vorzug gelegen und als ob nicht die mit der Beamtenstellung unvermeidlich verbundene Machtstellung allein, d. h. also Ehrgeiz, Herrschsucht etc., ein hinreichender Grund für Stellenjägerei und insbesondere für Streberei wären. Zu der Annahme, daß diese Erscheinung im proletarischen Staate verschwinden werde, dazu gibt die kaum dreimonatliche Erfahrung des sozialistischen Pariser Stadtstaates keinen hinreichenden Grund. Ganz abgesehen von der Frage, ob die ökonomische Gleichstellung der qualifizierten geistigen Arbeiter des gerade im proletarischen Staate stark vermehrten Beamtentums mit den Handarbeitern zunächst überhaupt durchführbar ist. Die Erfahrungen der russischen Revolution scheinen das Gegenteil zu beweisen [48]).

Nicht verständlich ist es, wenn MARX behauptet: „Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche, jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt“ [49]). „Politischen“ Charakter hat die Polizei, weil sie Werkzeug, Zwangsmittel einer Staatsgewalt ist. War die Kommune nicht nach den eigenen Worten von MARX eine „politische“, d. h. eine Staatsform, war sie nicht eine „Regierung“? Hatte sie überhaupt eine Polizei — und die Kommune hatte eine sehr prompt funktionierende —, dann ist es einfach eine Selbsttäuschung, diesem Zwangsmittel den politischen Charakter abzusprechen. Der Grund für diese Ausdrucksweise ist ja klar. Die gegen den Staat über-

---

47) Ebenda S. 13. 48) Vgl. dazu LENIN, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht. Berlin, Verl. Die Aktion, 1919. S. 17 ff. 49) Bürgerkrieg S. 46.

haupt, gegen das politische Mittel als solches gerichtete Grundtendenz; sie veranlaßt MARX, das Verschwinden des politischen Charakters, das nach der Theorie des Kommunistischen Manifestes erst das Ergebnis einer längeren Entwicklung innerhalb des durchaus „politischen" proletarischen Klassenstaates sein soll, hier — zwar nicht hinsichtlich des ganzen Staates, aber doch einer seiner entscheidenden Zwangsfunktionen schon während der knapp dreimonatlichen Dauer der Kommune zu behaupten. Diese war aber eben wegen ihrer kurzen Herrschaft gar nicht imstande, irgendwelche wesentlichen Änderungen der kapitalistischen Wirtschaftverfassung — diese Grundvoraussetzung für die Aufhebung des Klassengegensatzes und sohin nach MARX auch des politischen Mittels — durchzuführen.

Und diese Grundtendenz macht sich auch sonst bei der MARX'schen Darstellung der Kommune, freilich mehr im sprachlichen Ausdruck als in dem dahinter feststellbaren widerspruchslosen Gedankeninhalt, geltend. So verteidigt MARX die Kommune gegen den Vorwurf des Föderalismus. Die Kommunalverfassung sei keineswegs ein Versuch, Frankreich im Widerspruch zu einem übermässigen Zentralismus in einen Bund kleiner Staaten aufzulösen. „Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung" — nicht der Staatsmacht überhaupt, sondern nur — „jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie ja doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht" — bloß „unterdrückend", das heißt: wirtschaftlich ausbeutend — „abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen" — die Funktionen einer Regierungsmacht! — „einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden"[50]). Daß diese Funktionen darum aufhören sollten, Regierungs-, Herrschaftsfunktionen zu sein, die ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Menschen darstellen, ist damit nicht gesagt; nur daß die neue Regierungsmacht nicht

50) Ebenda S. 47.

„über“ der Gesellschaft steht. Das kann aber nur heißen, daß ihre Organe keine Vorzugsstellung haben. Daß sie als Diener der Gesellschaft und nicht — was allein korrekt, weil allein unzweideutig wäre — als Diener des Staates (und darum auch als Diener der Gesellschaft, deren der Staat nur ein Organ ist) bezeichnet werden, ist ein Symptom der oben charakterisierten Abneigung gegen den Staat. In seinem Vorwort zur Marxschen Schrift sagt aber Engels — jeden Zweifel an dem demokratischen Staatscharakter der Kommune ausschließend: „Die Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische“ (d. i. Staats-) „Macht“ — „ist im dritten Abschnitt des ‚Bürgerkriegs‘ eingehend geschildert[51]).“ Nichtsdestoweniger polemisiert Engels gegen den in Deutschland herrschenden „Aberglauben an den Staat“. Das mag im Hinblick auf den am Ende der sozialistischen Entwicklung liegenden Zustand der freien kommunistischen Gesellschaft, nicht aber mit Bezug auf die Kommune verständlich sein.

Wenn die Verfassung der Kommune die Antwort auf die Frage nach dem Sinn der Marxschen Bemerkung vom Zerbrechen der Staatsmaschinerie geben, wenn die Kommune, wie Engels im Vorwort zum Bürgerkrieg sagt, eine Diktatur des Proletariats gewesen sein soll[52]), dann ist die Aufgabe der Arbeiterklasse nach Eroberung der politischen Macht die Einführung einer repräsentativen Demokratie mit Elementen weitgehender Unmittelbarkeit. Die Kommune, sagt Marx „verschafft der Republik die Grundlage wirklicher demokratischer Einrichtungen“[53]). Und gerade in der Verteidigung der Kommune gegen den Vorwurf des Föderalismus zeigt sich Marx — wie auch Lenin gegen Bernstein richtig hervorhebt — als „Zentralist“. Allein wenn Lenin behauptet: es handle sich bei der von Marx geschilderten Organisierung der Einheit der Nation durch die Kommunalverfassung um einen „freiwilligen Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zu einer Nation, um freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen etc.“, so entspricht das keineswegs den historischen Tatsachen. Marx gibt ausdrücklich zu, daß eine „Zentralregierung“ bestehen sollte, für die zwar wenige, aber wichtige Funktionen übrigblieben;

51) Ebenda S. 13. 52) Ebenda S. 14. 53) Ebenda S. 49.

die Zentralregierung sollte nicht abgeschafft werden, sondern ihre Funktionen „kommunalen"[54]), d. h. in diesem Zusammenhange nichts anderes als „streng verantwortlichen" Beamten übertragen werden. Wie diese Existenz einer Zentralregierung, die Organisation der Nation zur Einheit, mit dem Prinzip der Freiwilligkeit vereinbar sein soll, ist unverständlich. Ganz abgesehen davon, dass nach der Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung in dem auf den Bourgeoisiestaat folgenden Arbeiterstaat keineswegs Anarchie, sondern Zwang und Herrschaft, Klassenherrschaft bestehen soll. Allerdings — und das muß zur Rechtfertigung LENINS, soweit dieser auf dem Boden der MARXschen Lehre zu stehen behauptet, betont werden — es finden sich bei MARX auch Stellen, in denen er auf das unzweideutigste nicht etwa bloß den kapitalistischen Klassenstaat, sondern den Staat überhaupt, als „Schmarotzerauswuchs" der Gesellschaft gegenüberstellt, die Staatsmacht als solche für „überflüssig" erklärt und schon die Kommune als eine Ordnung schildert, in der eben dieser Schmarotzer beseitigt und die Staatsmacht überflüssig gemacht, d. h. die Kommune als „Gesellschaft", nicht aber als „Staat" konstituiert wurde; so z. B.: „. . . Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat', der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat."[55]) Und: „Das bloße Bestehen der Kommunen führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht."[56]) Daß die „lokale Selbstregierung" als Regierung eben auch eine, wenn auch demokratisch-dezentralisierte, Staatsmacht darstellt, wird durch diese Terminologie — die wieder einmal Staat mit Ausbeuterstaat identifiziert — gewiß nicht ohne Absicht verschleiert.

§ 8. Die Stellung zu den Anarchisten.

Diese Absicht tritt auch in den anderen Schriften von MARX und ENGELS hervor. Wenn ENGELS in seiner Abhandlung „Zur

---

45) Ebenda S. 47. 55) Ebenda S. 48. 56) Ebenda S. 48.

Wohnungsfrage" zwar ohne Zögern die Expropriation, d. i. die zwangsweise Enteignung, und die ebenso zwangsweise Einquartierung nach dem Muster des alten Staates als eine Maßregel bezeichnet, die — wenn sie das „öffentliche Wohl" fordert — auch nach der Eroberung der „politischen" Macht durch das Proletariat notwendig sein wird, was ja den Zwangscharakter dieser politischen Machtorganisation außer Zweifel stellt[57]), so verwendet er doch lieber das Wort „Staat" für diesen Zustand nicht und spricht davon, daß „das arbeitende Volk Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente" sein werde, daß die Grundrente nicht abgeschafft, sondern an die „Gesellschaft" übertragen werde[58]). LENIN freilich nennt bei der Interpretation dieser ENGELSschen Ausführungen die Dinge bei ihren richtigen Namen, wenn er ungescheut von dem „Arbeiterstaat" oder dem „Proletarierstaat" redet[59]). Da das erste Stadium nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die Kommune darstellt — und es ist wahrhaftig unverständlich, wie die lokal und zeitlich so überaus beschränkte, unter so besonderen politischen Bedingungen ausgebrochene, in ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen durch die allgemeine kapitalistische Entwicklung seither längst überholte Pariser Revolution von 1871 noch heute das Musterbild für die Diktatur des Proletariates sein kann! — ist es sehr charakteristisch, daß ENGELS, in einem Schreiben an BEBEL vom März 1875[60]) anläßlich der Kritik des Entwurfes zum Gothaer Parteiprogramm gegen die Phrase vom „freien Volksstaat" polemisierend, ausführt: „Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne war." Warum die Kommune, die ENGELS selbst als „wahrhaft demokratische Staatsmacht" bezeichnet hat, kein Staat gewesen sein soll, ist unverständlich, wenn man sich bloß an die Staatsdefinition hält, die ENGELS im Vorwort zum MARXschen Bürgerkrieg (S. 13) gegeben

57) A. a. O. S. 22. Ferner (S. 37): „Zunächst wird jede soziale Revolution die Dinge nehmen müssen, wie sie sie findet, den schreiendsten Übeln mit den vorhandenen Mitteln abhelfen müssen. Und da haben wir gesehen, daß der Wohnungsnot sofort abgeholfen werden kann durch Expropriation eines Teiles der den besitzenden Klassen gehörenden Luxuswohnungen und Bequartierung des übrigen Teils". 58) Ebenda S. 68. 59) Staat und Revolution, S. 58. 60) BEBEL, Aus meinem Leben, 1911, II, 322.

hat: „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik“, also auch in der Kommune — „nicht minder als in der Monarchie“ [61]). Im Anschluß an die Behauptung, die Kommune sei schon kein eigentlicher Staat gewesen, gibt er zu, daß sich das Proletariat in der Revolution des Staates bedienen müsse, jedoch nur vorübergehend und nur um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten. Ebendarum war die Kommune ein Staat im eigentlichsten Sinne des Wortes! Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Interpretation, wenn LENIN die ENGELSsche Behauptung — die er „die wichtigste theoretische Behauptung von ENGELS“ nennt [62]) — in folgender Weise umdeutet: „Die Kommune hörte auf ein Staat zu sein, soweit sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte“ [63]). Demnach wäre eine echte Demokratie kein Staat.

Wenn MARX und ENGELS, selbst auf die Gefahr hin, mit ihrem eigenen Schema der Entwicklung vom Kapitalistenstaat über den Proletarierstaat zu der — in noch unsichtbaren Fernen schwebenden — staatsfreien Gesellschaft des vollendeten Kommunismus in Widerspruch zu geraten, eine ausgesprochene staatsfeindliche Terminologie bevorzugten, so hat dies vor allem darin seinen Grund, daß sie — ganz abgesehen von der individualistischen Grundrichtung ihres politischen Denkens — den sachlichen Gegensatz (wenn vielleicht auch nicht so sehr den persönlichen) zu den Anarchisten nicht nur nicht verstärken, sondern eher abschwächen wollten. In dem zitierten Brief an BEBEL begründet ENGELS seinen Protest gegen den „Volksstaat“ im Entwurf des Gothaer Parteiprogramms auch mit folgendem: „Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift MARX' gegen PROUDHON und nachher das Kommunistische Manifest direkt

61) In der Schrift „Zur Wohnungsfrage“ sagt ENGELS im Anschluß an die Behauptung, daß der heutige Staat der Wohnungsplage nicht abhelfen könne: „Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtheit der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten, gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern“. Er bezeichnet den Staat — d. h. in diesem Zusammenhang nur den „heutigen“ Staat — im Gegensatz zu dem „einzelnen“ Kapitalisten als „Gesamtkapitalist“. A. a. O. S. 48, 49. 62) Staat und Revolution, S. 60. 63) Ebenda S. 60.

sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet[64]).“ Von einem prinzipiellen Unterschied zwischen dem Sozialismus der MARX-ENGELSschen materialistischen Geschichtsauffassung und dem Anarchismus kann somit gar keine Rede sein. Das zeigt sich besonders deutlich in zwei polemischen Aufsätzen, die MARX und ENGELS 1872/73 gegen den Anarchismus BAKUNINscher Richtung in der italienischen Zeitung „La plebe“ veröffentlichten[65]). MARX betont, daß die Diktatur des Proletariates, die an Stelle der „Diktatur der Bourgeoisie“ — also auch die kapitalistische Demokratie ist eine „Diktatur“! — trete, dem Staat eine revolutionäre und nur „vorübergehende“ Form gebe. ENGELS versucht zwar zunächst den Beweis zu erbringen, daß ein wirtschaftlicher und technischer Großbetrieb nicht möglich sei, ohne daß der einzelne seinen Willen der allgemeinen Ordnung unterstelle; er beantwortet die klipp und klar gestellte Frage: „Ist es nun möglich, eine Organisation ohne Autorität zu haben“, mit Nein und beweist diese Behauptung mit treffenden Beispielen, aber er schwächt sie dadurch ab, ja er gerät geradezu in die gegenteilige Behauptung, wenn er erklärt, die Organisation der Zukunft werde „die Autorität nur in den Grenzen zulassen“, „die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden“. Da die „Produktionsverhältnisse“ nach materialistischer Geschichtsauffassung für alles bestimmend sind, ist dies eine recht inhaltslose und nichtssagende Phrase. Bestimmter dagegen ist, wenn ENGELS weiter ausführt, daß zwar nicht alle und jede Autorität, daß aber „der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen.“ Auf diesen letzteren Gedanken, der tatsächlich für die Lehre vom Verschwinden des Staates die größte Bedeutung gewonnen hat, wird später noch zurückzukommen sein. Hier sei nur hervorgehoben, daß ENGELS in diesem Zusammenhange den Unterschied seiner und MARXens

---

64) A. a. O. S. 322. 65) Neue Zeit, XXXII, I. Bd. 1913—14, S. 40. (Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale, zwei unbekannte Artikel von FRIED. ENGELS und KARL MARX. Übersetzt und eingeleitet von N. RJASANOFF.)

hat: „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik", also auch in der Kommune — „nicht minder als in der Monarchie"[61]). Im Anschluß an die Behauptung, die Kommune sei schon kein eigentlicher Staat gewesen, gibt er zu, daß sich das Proletariat in der Revolution des Staates bedienen müsse, jedoch nur vorübergehend und nur um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten. Ebendarum war die Kommune ein Staat im eigentlichsten Sinne des Wortes! Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Interpretation, wenn LENIN die ENGELSsche Behauptung — die er „die wichtigste theoretische Behauptung von ENGELS" nennt[62]) — in folgender Weise umdeutet: „Die Kommune hörte auf ein Staat zu sein, soweit sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte"[63]). Demnach wäre eine echte Demokratie kein Staat.

Wenn MARX und ENGELS, selbst auf die Gefahr hin, mit ihrem eigenen Schema der Entwicklung vom Kapitalistenstaat über den Proletarierstaat zu der — in noch unsichtbaren Fernen schwebenden — staatsfreien Gesellschaft des vollendeten Kommunismus in Widerspruch zu geraten, eine ausgesprochene staatsfeindliche Terminologie bevorzugten, so hat dies vor allem darin seinen Grund, daß sie — ganz abgesehen von der individualistischen Grundrichtung ihres politischen Denkens — den sachlichen Gegensatz (wenn vielleicht auch nicht so sehr den persönlichen) zu den Anarchisten nicht nur nicht verstärken, sondern eher abschwächen wollten. In dem zitierten Brief an BEBEL begründet ENGELS seinen Protest gegen den „Volksstaat" im Entwurf des Gothaer Parteiprogramms auch mit folgendem: „Der ‚Volksstaat' ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift MARX' gegen PROUDHON und nachher das Kommunistische Manifest direkt

61) In der Schrift „Zur Wohnungsfrage" sagt ENGELS im Anschluß an die Behauptung, daß der heutige Staat der Wohnungsplage nicht abhelfen könne: „Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtheit der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten, gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern". Er bezeichnet den Staat — d. h. in diesem Zusammenhang nur den „heutigen" Staat — im Gegensatz zu dem „einzelnen" Kapitalisten als „Gesamtkapitalist". A. a. O. S. 48, 49. 62) Staat und Revolution, S. 60. 63) Ebenda S. 60.

sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet[64]."
Von einem prinzipiellen Unterschied zwischen dem Sozialismus der MARX-ENGELSschen materialistischen Geschichtsauffassung und dem Anarchismus kann somit gar keine Rede sein. Das zeigt sich besonders deutlich in zwei polemischen Aufsätzen, die MARX und ENGELS 1872/73 gegen den Anarchismus BAKUNINscher Richtung in der italienischen Zeitung „La plebe" veröffentlichten[65]. MARX betont, daß die Diktatur des Proletariates, die an Stelle der „Diktatur der Bourgeoisie" — also auch die kapitalistische Demokratie ist eine „Diktatur"! — trete, dem Staat eine revolutionäre und nur „vorübergehende" Form gebe. ENGELS versucht zwar zunächst den Beweis zu erbringen, daß ein wirtschaftlicher und technischer Großbetrieb nicht möglich sei, ohne daß der einzelne seinen Willen der allgemeinen Ordnung unterstelle; er beantwortet die klipp und klar gestellte Frage: „Ist es nun möglich, eine Organisation ohne Autorität zu haben", mit Nein und beweist diese Behauptung mit treffenden Beispielen, aber er schwächt sie dadurch ab, ja er gerät geradezu in die gegenteilige Behauptung, wenn er erklärt, die Organisation der Zukunft werde „die Autorität nur in den Grenzen zulassen", „die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden". Da die „Produktionsverhältnisse" nach materialistischer Geschichtsauffassung für alles bestimmend sind, ist dies eine recht inhaltslose und nichtssagende Phrase. Bestimmter dagegen ist, wenn ENGELS weiter ausführt, daß zwar nicht alle und jede Autorität, daß aber „der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen." Auf diesen letzteren Gedanken, der tatsächlich für die Lehre vom Verschwinden des Staates die größte Bedeutung gewonnen hat, wird später noch zurückzukommen sein. Hier sei nur hervorgehoben, daß ENGELS in diesem Zusammenhange den Unterschied seiner und MARXens

---

64) A. a. O. S. 322. 65) Neue Zeit, XXXII, I. Bd. 1913—14, S. 40. (Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale, zwei unbekannte Artikel von FRIED. ENGELS und KARL MARX. Übersetzt und eingeleitet von N. RJASANOFF.)

hat: „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik", also auch in der Kommune — „nicht minder als in der Monarchie"[61]). Im Anschluß an die Behauptung, die Kommune sei schon kein eigentlicher Staat gewesen, gibt er zu, daß sich das Proletariat in der Revolution des Staates bedienen müsse, jedoch nur vorübergehend und nur um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten. Ebendarum war die Kommune ein Staat im eigentlichsten Sinne des Wortes! Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Interpretation, wenn LENIN die ENGELSsche Behauptung — die er „die wichtigste theoretische Behauptung von ENGELS" nennt[62]) — in folgender Weise umdeutet: „Die Kommune hörte auf ein Staat zu sein, soweit sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte"[63]). Demnach wäre eine echte Demokratie kein Staat.

Wenn MARX und ENGELS, selbst auf die Gefahr hin, mit ihrem eigenen Schema der Entwicklung vom Kapitalistenstaat über den Proletarierstaat zu der — in noch unsichtbaren Fernen schwebenden — staatsfreien Gesellschaft des vollendeten Kommunismus in Widerspruch zu geraten, eine ausgesprochene staatsfeindliche Terminologie bevorzugten, so hat dies vor allem darin seinen Grund, daß sie — ganz abgesehen von der individualistischen Grundrichtung ihres politischen Denkens — den sachlichen Gegensatz (wenn vielleicht auch nicht so sehr den persönlichen) zu den Anarchisten nicht nur nicht verstärken, sondern eher abschwächen wollten. In dem zitierten Brief an BEBEL begründet ENGELS seinen Protest gegen den „Volksstaat" im Entwurf des Gothaer Parteiprogramms auch mit folgendem: „Der ‚Volksstaat' ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift MARX' gegen PROUDHON und nachher das Kommunistische Manifest direkt

61) In der Schrift „Zur Wohnungsfrage" sagt ENGELS im Anschluß an die Behauptung, daß der heutige Staat der Wohnungsplage nicht abhelfen könne: „Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtheit der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten, gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern". Er bezeichnet den Staat — d. h. in diesem Zusammenhang nur den „heutigen" Staat — im Gegensatz zu dem „einzelnen" Kapitalisten als „Gesamtkapitalist". A. a. O. S. 48, 49. 62) Staat und Revolution, S. 60. 63) Ebenda S. 60.

sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet[64])."
Von einem prinzipiellen Unterschied zwischen dem Sozialismus der Marx-Engelsschen materialistischen Geschichtsauffassung und dem Anarchismus kann somit gar keine Rede sein. Das zeigt sich besonders deutlich in zwei polemischen Aufsätzen, die Marx und Engels 1872/73 gegen den Anarchismus Bakuninscher Richtung in der italienischen Zeitung „La plebe" veröffentlichten[65]. Marx betont, daß die Diktatur des Proletariates, die an Stelle der „Diktatur der Bourgeoisie" — also auch die kapitalistische Demokratie ist eine „Diktatur"! — trete, dem Staat eine revolutionäre und nur „vorübergehende" Form gebe. Engels versucht zwar zunächst den Beweis zu erbringen, daß ein wirtschaftlicher und technischer Großbetrieb nicht möglich sei, ohne daß der einzelne seinen Willen der allgemeinen Ordnung unterstelle; er beantwortet die klipp und klar gestellte Frage: „Ist es nun möglich, eine Organisation ohne Autorität zu haben", mit Nein und beweist diese Behauptung mit treffenden Beispielen, aber er schwächt sie dadurch ab, ja er gerät geradezu in die gegenteilige Behauptung, wenn er erklärt, die Organisation der Zukunft werde „die Autorität nur in den Grenzen zulassen", „die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden". Da die „Produktionsverhältnisse" nach materialistischer Geschichtsauffassung für alles bestimmend sind, ist dies eine recht inhaltslose und nichtssagende Phrase. Bestimmter dagegen ist, wenn Engels weiter ausführt, daß zwar nicht alle und jede Autorität, daß aber „der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen." Auf diesen letzteren Gedanken, der tatsächlich für die Lehre vom Verschwinden des Staates die größte Bedeutung gewonnen hat, wird später noch zurückzukommen sein. Hier sei nur hervorgehoben, daß Engels in diesem Zusammenhange den Unterschied seiner und Marxens

64) A. a. O. S. 322. 65) Neue Zeit, XXXII, I. Bd. 1913—14, S. 40. (Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale, zwei unbekannte Artikel von Fried. Engels und Karl Marx. Übersetzt und eingel[illegible] Rjasanoff.)

Anschauung zu der der Anarchisten treffend darauf reduziert, daß die letzteren den „politischen Staat“ „mit einem Schlage abschaffen“ wollen, während er nach der Lehre der materialistischen Geschichtsauffassung infolge der — noch politischen, d. h. Staatscharakter tragenden — Diktatur des Proletariats von selbst und allmählich verschwindet. ENGELS spricht von einem „politischen Staat“, und dieser Pleonasmus hat tatsächlich einen tieferen Sinn. Denn wie sollte man jene überaus komplizierte, das Verhältnis der Über- und Unterordnung, also Macht und Herrschaft auf öffentlichem Gebiete (könnte es einen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Gebiete geben, ohne daß der Staat von der Gesellschaft geschieden wird?) keineswegs ausschließende, sondern in hohem Maße einschließende Gesellschaftsordnung bezeichnen, nachdem sie angeblich ihren politischen Charakter verloren hat? Es ist ein unpolitischer Staat, das ist ein Staat, der kein Staat ist, jene Zwangsordnung, die die ökonomische Theorie des Marxismus postuliert und die seine politische Theorie ablehnt. Diesem inneren Widerspruch gibt LENIN unverhüllten Ausdruck: „Den absterbenden Staat kann man auf einer gewissen Stufe des Absterbens als unpolitischen Staat bezeichnen“ [66]). Aus dem ENGELSschen Pleonasmus wird die vollendetste contradictio in adjecto!

§ 9. Das anarchistische Ideal des Kommunismus: der Widerspruch zwischen der politischen und der ökonomischen Theorie des Marxismus.

Zur Frage der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und zum Problem der Organisation des proletarischen Klassenstaates finden sich in den Schriften von MARX und ENGELS immerhin genügende Äußerungen, um sich wenigstens ein ungefähres Bild von diesen Stadien der Zukunftsentwicklung zu machen. Hat doch die Pariser Kommune von 1871 die Erfahrungstatsachen geliefert; ob sie dies in einem auch nur annähernd

---

66) A. a. O. S. 57. Von einem „politischen Staat“ spricht auch MARX, so z. B. in seiner Abhandlung „Zur Judenfrage“, und dort stigmatisiert er diese Wortverbindung selbst als Pleonasmus, in dem er mit Beziehung auf den christlichen Staat sagt: „In Deutschland, wo kein politischer Staat, kein Staat als Staat existiert . . .“ A. a. O. S. 187.

hinreichenden Maße tun konnte, bleibt hier dahingestellt. Dagegen finden sich über die eigentliche und letzte Phase des Kommunismus, über die staatsfreie, das Gleichheitsideal verwirklichende klassenlose Gesellschaft nur sehr vage Andeutungen. Denn dieser Teil der sozialen Prognose kann sich auf keinerlei empirisches Material stützen. Man muß auf die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ greifen, die MARX in einem Briefe an BRACKE vom 5. Mai 1875 über den Entwurf des Gothaer Parteiprogramms schrieb und die erst 1891 [67]) veröffentlicht wurden, um die Lehre — richtiger: um einige dürftige Bemerkungen des Begründers der materialistischen Geschichtsauffassung über einen Gegenstand zu erfahren, der, im Grunde genommen, das tiefste Wesen und den letzten Sinn der sozialistischen Idee ausmacht. MARX polemisiert dort gegen den Passus des Programms, in dem gesagt wird, die sozialistische Partei erstrebe „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“. Er fragt: „Welche Umwandlungen wird das Staatswesen in der kommunistischen Gesellschaft erleiden?“ [68]) Man könnte meinen, darin sei der Gedanke ausgesprochen, die kommunistische Gesellschaft werde ein, wenn auch umgewandeltes Staatswesen aufweisen. Allein diese Frage wird sofort dahin erläutert: „Welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind?“ An Stelle von staatlichen, d. h. Herrschaftsfunktionen sollen also gesellschaftliche treten, das kann offenbar nur heißen, Funktionen, die keinen Zwangscharakter haben. Sehr klar ist freilich der Gedanke nicht ausgedrückt. Wenn die künftigen „gesellschaftlichen Funktionen“ jetzigen „Staatsfunktionen“ analog sein sollen, so soll das offenbar besagen, daß nicht der Inhalt oder der Zweck der Ordnung, sondern nur ihre Form als Zwangsordnung sich ändern, ihr spezifisch politisches Mittel der Realisierung verschwinden werde. Es wird nach wie vor eine planmäßige und einheitlich geordnete Eisenbahn-, Unterrichtsverwaltung etc. stattfinden, es wird aber kein Zwang oder Herrschaftsverhältnis konstituiert sein, um diese Ordnung durch-

67) Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Aus dem Nachlasse von KARL MARX, Neue Zeit, IX. Jahrg., I. Bd., 1890—91, S. 561 ff.

68) A. a. O. S. 573.

zusetzen und aufrechtzuerhalten. Ist es dann aber richtig zu fragen, welche Staatsfunktionen als Gesellschaftsfunktionen „übrigbleiben“ werden? Zu den jetzt als Staatsfunktionen geübten Kompetenzen werden ja wahrscheinlich zahlreiche Kompetenzen hinzutreten. Indes kann man gespannt sein, welche Antwort Marx auf diese Frage gibt. Er begnügt sich zunächst mit der Versicherung: „diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher“[69]. Diese „wissenschaftliche“ Antwort hat aber Marx nicht gegeben.

Er stellt für das unmittelbar auf den kapitalistischen Staat folgende Stadium der kommunistischen Gesellschaft fest, daß sie „noch behaftet ist mit den Muttermerkmalen der Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“.[70] Sie habe daher auch noch eine Rechtsordnung, zwar schon das „gleiche Recht“, aber: „trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird.“ Die tatsächliche Verschiedenheit der einzelnen — der eine ist stärker, klüger als der andere, kann daher mehr leisten und erhält daher auch mehr — hat zur Folge: „Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit.“ „Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ Wie alles Recht, sagt Marx, und nicht etwa bloß wie das bürgerliche Recht. Dies sei ein „Mißstand“, denn offenbar setzt Marx die wahre Gleichheit als Ideal voraus. Dieser Mißstand sei „in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“ unvermeidbar. „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“ Da nach dem Inhalt der Rechtsordnung die Frage ist, und dieser Inhalt nichts anderes ist als ein Niederschlag der jeweiligen Kulturentwicklung, ist dieser Lehrsatz über den Zusammenhang von Recht und Wirtschaft eine Tautologie.

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die

69) A. a. O. S. 573. 70) A. a. O. S. 566.

Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit, verschwunden ist, nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden, nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen'“[71]).

Auf die Darstellung der ökonomischen Bedingungen für die volle Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft braucht hier nicht eingegangen zu werden. Nur soviel sei bemerkt, daß es nicht ganz verständlich ist, wie die Aufhebung der Arbeitsteilung die Produktionskräfte verstärken kann, und daß kein Grund für die Annahme gegeben ist, die Arbeit werde aus einer Last zu einem Bedürfnis werden, zumal die in einen höchst komplizierten, nur bei weitestgehender Arbeitsteilung funktionierenden Wirtschaftsplan eingeordnete Arbeit des einzelnen. Doch vergesse man nicht, daß hier MARX als Politiker, nicht als theoretischer Ökonom spricht.

Keineswegs ganz klar ist, was MARX darunter verstanden wissen will, daß der „enge bürgerliche Rechtshorizont“ in der höheren Phase des Kommunismus ganz überschritten sein werde. An Stelle einer Rechtsordnung, deren Grundprinzip ist, der gleichen Arbeitsleistung die gleiche Entlohnung zuzusprechen, tritt doch wieder eine Rechtsordnung, die jedermann verpflichtet, sich nach seinen Fähigkeiten zu betätigen, und jedermann berechtigt, sich aus der — in unbegrenzter Fülle vorausgesetzten — Gütermenge der Gemeinschaft nach Bedürfnis zu befriedigen; eine Rechtsordnung, deren Produktionsnormen zu mindest um so genauer und peinlicher beobachtet werden müssen, je geringer das Arbeitsquantum des einzelnen und je größer das gesamte Arbeitsprodukt sein soll; eine Ordnung, die eben darum als Rechts-, d. h. als Zwangsordnung funktionieren muß! Denn wenn auch die Arbeit — aus irgendwelchen Gründen — zum Bedürfnis

71) A. a. O. S. 567. Vgl. dazu auch die Darstellung, die ENGELS von der Entstehung der Rechtsordnung und deren Zusammenhang mit der Wirtschaft in seiner Abhandlung „Zur Wohnungsfrage“ S. 64 gibt.

aller geworden ist, ist noch immer die Möglichkeit offen, daß einem gerade die zugewiesene Arbeit nicht Bedürfnis ist, daß zwischen den von jedem einzelnen angenommenen „Fähigkeiten" und den Bedürfnissen der genossenschaftlichen Produktion erhebliche Differenzen bestehen, deren Ausgleich schließlich und endlich nur autoritär, d. h. durch Zwang, erfolgen kann, wenn nicht eine prästabilierte Harmonie der natürlichen, d. h. frei sich entfaltenden Kräfte vorausgesetzt wird. Und auch bei noch so reichlichem Fließen aller Springquellen des Reichtums kann das Recht, sich nach seinem Bedürfnis zu befriedigen, nicht so weit gehen, daß keine Gefahr eines Überschreitens, eines Mißbrauchs bestünde.

Allein es ist sehr wahrscheinlich, daß Marx unter „bürgerlichem Recht" das Recht überhaupt verstand — er spricht sich gelegentlich sehr abfällig dagegen aus, die Partei durch „ideologische Rechtsflausen" zu „verdrehen" — und daß er mit den oben zitierten Worten — wie Lenin behauptet — zum Ausdruck bringen wollte, daß in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft die Menschen fähig sein würden, „ohne irgendwelche Rechtsnormen für die Gesellschaft zu arbeiten", und daß sie sich „so an die Innehaltung der Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. Der enge Horizont des bürgerlichen Rechts, der veranlaßt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock darauf bedacht zu sein, daß man nur ja nicht eine halbe Stunde länger als der andere arbeitet, keine geringere Bezahlung erhält als der andere, dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Konsumptionsmittel wird dann die Normierung der jedem einzelnen zukommenden Mengen durch die Gesellschaft unnötig machen; jeder wird frei nehmen ‚nach seinen Bedürfnissen'" [72]).

Ausführlicher als Marx geht Engels auf die Frage nach dem Verschwinden des Staates ein. In seinem Werke „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" [73]) entwickelt er die schon im Kommunistischen Manifeste niedergelegte Theorie, daß der Staat ein Produkt des Klassengegensatzes sei. Sein Zweck ist, den Konflikt der Klassen zu „dämpfen", innerhalb der Schranken der Ordnung zu halten. Er nennt den Staat —

72) Staat und Revolution, S. 90. 73) A. a. O. S. 178.

dem er doch offenbar den Charakter einer gesellschaftlichen Erscheinung nicht absprechen will — eine „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht". Daß ENGELS hier den Begriff der Gesellschaft sichtlich verengt, um ihn dem des Staates gegenüberstellen zu können, ist sehr bezeichnend, besonders wenn man an die ihm in anderem Zusammenhange unterlaufende Identifizierung von Staat und Gesellschaft denkt. Der Staat soll hier als ein — gleichsam aus dem Körper der Gesellschaft auszuscheidendes — Übel gekennzeichnet werden. Dabei sind die Bemerkungen von Interesse, die ENGELS über den angeblich vorstaatlichen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft, über die Periode der sog. Gentilverfassung, macht. Es ist offenkundig, daß nicht so sehr das Prinzip objektiver Beschreibung als vielmehr subjektiver Wertung die ENGELSsche Darstellung dieser Gentilverfassung leitet. ENGELS steht sichtlich unter dem Einfluß MORGANS, der ja auch aus einem Beschreiber ein Apologet der Gentilverfassung wurde, wenn er ihr zuerkennt, das politische Ideal der französischen Revolution verwirklicht zu haben, und alles Heil der Zukunft in einer „Wiederbelebung" „der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der alten Gentes" erblickt[74]). In demselben Geiste ruft ENGELS aus: „Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten; Träger einer der Gesellschaft entfremdeten Macht, müssen sie in Respekt gesetzt werden durch Ausnahmegesetze, kraft deren sie eine besondere Heiligkeit und Unverletzlichkeit genießen. Der lumpigste Polizeidiener hat mehr ‚Autorität' als alle Organe der Gentilverfassung zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird. Der eine steht eben mitten in der Gesellschaft; der andere ist genötigt, etwas vorstellen zu wollen außer und über ihr"[75]). Wir sind wohl — auch heute noch — über die Einzelheiten der alten Gentilver-

74) Vgl. das Zitat bei ENGELS a. a. O. S. 138. 75) A. a. O. S. 179, 180.

hat: „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik", also auch in der Kommune — „nicht minder als in der Monarchie" [61]). Im Anschluß an die Behauptung, die Kommune sei schon kein eigentlicher Staat gewesen, gibt er zu, daß sich das Proletariat in der Revolution des Staates bedienen müsse, jedoch nur vorübergehend und nur um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten. Ebendarum war die Kommune ein Staat im eigentlichsten Sinne des Wortes! Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Interpretation, wenn LENIN die ENGELSsche Behauptung — die er „die wichtigste theoretische Behauptung von ENGELS" nennt [62]) — in folgender Weise umdeutet: „Die Kommune hörte auf ein Staat zu sein, soweit sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte" [63]). Demnach wäre eine echte Demokratie kein Staat.



Wenn MARX und ENGELS, selbst auf die Gefahr hin, mit ihrem eigenen Schema der Entwicklung vom Kapitalistenstaat über den Proletarierstaat zu der — in noch unsichtbaren Fernen schwebenden — staatsfreien Gesellschaft des vollendeten Kommunismus in Widerspruch zu geraten, eine ausgesprochene staatsfeindliche Terminologie bevorzugten, so hat dies vor allem darin seinen Grund, daß sie — ganz abgesehen von der individualistischen Grundrichtung ihres politischen Denkens — den sachlichen Gegensatz (wenn vielleicht auch nicht so sehr den persönlichen) zu den Anarchisten nicht nur nicht verstärken, sondern eher abschwächen wollten. In dem zitierten Brief an BEBEL begründet ENGELS seinen Protest gegen den „Volksstaat" im Entwurf des Gothaer Parteiprogramms auch mit folgendem: „Der ‚Volksstaat' ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift MARX' gegen PROUDHON und nachher das Kommunistische Manifest direkt

61) In der Schrift „Zur Wohnungsfrage" sagt ENGELS im Anschluß an die Behauptung, daß der heutige Staat der Wohnungsplage nicht abhelfen könne: „Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtheit der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten, gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern". Er bezeichnet den Staat — d. h. in diesem Zusammenhang nur den „heutigen" Staat — im Gegensatz zu dem „einzelnen" Kapitalisten als „Gesamtkapitalist". A. a. O. S. 48, 49. 62) Staat und Revolution, S. 60. 63) Ebenda S. 60.

sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet[64])."
Von einem prinzipiellen Unterschied zwischen dem Sozialismus der MARX-ENGELSschen materialistischen Geschichtsauffassung und dem Anarchismus kann somit gar keine Rede sein. Das zeigt sich besonders deutlich in zwei polemischen Aufsätzen, die MARX und ENGELS 1872/73 gegen den Anarchismus BAKUNINscher Richtung in der italienischen Zeitung „La plebe" veröffentlichten[65]). MARX betont, daß die Diktatur des Proletariates, die an Stelle der „Diktatur der Bourgeoisie" — also auch die kapitalistische Demokratie ist eine „Diktatur"! — trete, dem Staat eine revolutionäre und nur „vorübergehende" Form gebe. ENGELS versucht zwar zunächst den Beweis zu erbringen, daß ein wirtschaftlicher und technischer Großbetrieb nicht möglich sei, ohne daß der einzelne seinen Willen der allgemeinen Ordnung unterstelle; er beantwortet die klipp und klar gestellte Frage: „Ist es nun möglich, eine Organisation ohne Autorität zu haben", mit Nein und beweist diese Behauptung mit treffenden Beispielen, aber er schwächt sie dadurch ab, ja er gerät geradezu in die gegenteilige Behauptung, wenn er erklärt, die Organisation der Zukunft werde „die Autorität nur in den Grenzen zulassen", „die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden". Da die „Produktionsverhältnisse" nach materialistischer Geschichtsauffassung für alles bestimmend sind, ist dies eine recht inhaltslose und nichtssagende Phrase. Bestimmter dagegen ist, wenn ENGELS weiter ausführt, daß zwar nicht alle und jede Autorität, daß aber „der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen." Auf diesen letzteren Gedanken, der tatsächlich für die Lehre vom Verschwinden des Staates die größte Bedeutung gewonnen hat, wird später noch zurückzukommen sein. Hier sei nur hervorgehoben, daß ENGELS in diesem Zusammenhange den Unterschied seiner und MARXens

64) A. a. O. S. 322. 65) Neue Zeit, XXXII, I. Bd. 1913—14, S. 40. (Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale, zwei unbekannte Artikel von FRIED. ENGELS und KARL MARX. Übersetzt und eingeleitet von N. RJASANOFF.)

Anschauung zu der der Anarchisten treffend darauf reduziert, daß die letzteren den „politischen Staat“ „mit einem Schlage abschaffen“ wollen, während er nach der Lehre der materialistischen Geschichtsauffassung infolge der — noch politischen, d. h. Staatscharakter tragenden — Diktatur des Proletariats von selbst und allmählich verschwindet. ENGELS spricht von einem „politischen Staat“, und dieser Pleonasmus hat tatsächlich einen tieferen Sinn. Denn wie sollte man jene überaus komplizierte, das Verhältnis der Über- und Unterordnung, also Macht und Herrschaft auf öffentlichem Gebiete (könnte es einen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Gebiete geben, ohne daß der Staat von der Gesellschaft geschieden wird?) keineswegs ausschließende, sondern in hohem Maße einschließende Gesellschaftsordnung bezeichnen, nachdem sie angeblich ihren politischen Charakter verloren hat? Es ist ein unpolitischer Staat, das ist ein Staat, der kein Staat ist, jene Zwangsordnung, die die ökonomische Theorie des Marxismus postuliert und die seine politische Theorie ablehnt. Diesem inneren Widerspruch gibt LENIN unverhüllten Ausdruck: „Den absterbenden Staat kann man auf einer gewissen Stufe des Absterbens als unpolitischen Staat bezeichnen“[66]. Aus dem ENGELSschen Pleonasmus wird die vollendetste contradictio in adjecto!

§ 9. Das anarchistische Ideal des Kommunismus: der Widerspruch zwischen der politischen und der ökonomischen Theorie des Marxismus.

Zur Frage der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und zum Problem der Organisation des proletarischen Klassenstaates finden sich in den Schriften von MARX und ENGELS immerhin genügende Äußerungen, um sich wenigstens ein ungefähres Bild von diesen Stadien der Zukunftsentwicklung zu machen. Hat doch die Pariser Kommune von 1871 die Erfahrungstatsachen geliefert; ob sie dies in einem auch nur annähernd

66) A. a. O. S. 57. Von einem „politischen Staat“ spricht auch MARX, so z. B. in seiner Abhandlung „Zur Judenfrage“, und dort stigmatisiert er diese Wortverbindung selbst als Pleonasmus, in dem er mit Beziehung auf den christlichen Staat sagt: „In Deutschland, wo kein politischer Staat, kein Staat als Staat existiert . . .“ A. a. O. S. 187.

hinreichenden Maße tun konnte, bleibt hier dahingestellt. Dagegen finden sich über die eigentliche und letzte Phase des Kommunismus, über die staatsfreie, das Gleichheitsideal verwirklichende klassenlose Gesellschaft nur sehr vage Andeutungen. Denn dieser Teil der sozialen Prognose kann sich auf keinerlei empirisches Material stützen. Man muß auf die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" greifen, die MARX in einem Briefe an BRACKE vom 5. Mai 1875 über den Entwurf des Gothaer Parteiprogramms schrieb und die erst 1891[67]) veröffentlicht wurden, um die Lehre — richtiger: um einige dürftige Bemerkungen des Begründers der materialistischen Geschichtsauffassung über einen Gegenstand zu erfahren, der, im Grunde genommen, das tiefste Wesen und den letzten Sinn der sozialistischen Idee ausmacht. MARX polemisiert dort gegen den Passus des Programms, in dem gesagt wird, die sozialistische Partei erstrebe „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft". Er fragt: „Welche Umwandlungen wird das Staatswesen in der kommunistischen Gesellschaft erleiden?"[68]) Man könnte meinen, darin sei der Gedanke ausgesprochen, die kommunistische Gesellschaft werde ein, wenn auch umgewandeltes Staatswesen aufweisen. Allein diese Frage wird sofort dahin erläutert: „Welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind?" An Stelle von staatlichen, d. h. Herrschaftsfunktionen sollen also gesellschaftliche treten, das kann offenbar nur heißen, Funktionen, die keinen Zwangscharakter haben. Sehr klar ist freilich der Gedanke nicht ausgedrückt. Wenn die künftigen „gesellschaftlichen Funktionen" jetzigen „Staatsfunktionen" analog sein sollen, so soll das offenbar besagen, daß nicht der Inhalt oder der Zweck der Ordnung, sondern nur ihre Form als Zwangsordnung sich ändern, ihr spezifisch politisches Mittel der Realisierung verschwinden werde. Es wird nach wie vor eine planmäßige und einheitlich geordnete Eisenbahn-, Unterrichtsverwaltung etc. stattfinden, es wird aber kein Zwang oder Herrschaftsverhältnis konstituiert sein, um diese Ordnung durch-

67) Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Aus dem Nachlasse von KARL MARX, Neue Zeit, IX. Jahrg., I. Bd., 1890—91, S. 561 ff.
68) A. a. O. S. 573.

zusetzen und aufrechtzuerhalten. Ist es dann aber richtig zu fragen, welche Staatsfunktionen als Gesellschaftsfunktionen „übrigbleiben“ werden? Zu den jetzt als Staatsfunktionen geübten Kompetenzen werden ja wahrscheinlich zahlreiche Kompetenzen hinzutreten. Indes kann man gespannt sein, welche Antwort MARX auf diese Frage gibt. Er begnügt sich zunächst mit der Versicherung: „diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher“[69]. Diese „wissenschaftliche“ Antwort hat aber MARX nicht gegeben.

Er stellt für das unmittelbar auf den kapitalistischen Staat folgende Stadium der kommunistischen Gesellschaft fest, daß sie „noch behaftet ist mit den Muttermerkmalen der Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“.[70]) Sie habe daher auch noch eine Rechtsordnung, zwar schon das „gleiche Recht“, aber: „trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird.“ Die tatsächliche Verschiedenheit der einzelnen — der eine ist stärker, klüger als der andere, kann daher mehr leisten und erhält daher auch mehr — hat zur Folge: „Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit.“ „Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ Wie alles Recht, sagt MARX, und nicht etwa bloß wie das bürgerliche Recht. Dies sei ein „Mißstand“, denn offenbar setzt MARX die wahre Gleichheit als Ideal voraus. Dieser Mißstand sei „in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“ unvermeidbar. „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“ Da nach dem Inhalt der Rechtsordnung die Frage ist, und dieser Inhalt nichts anderes ist als ein Niederschlag der jeweiligen Kulturentwicklung, ist dieser Lehrsatz über den Zusammenhang von Recht und Wirtschaft eine Tautologie.

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die

69) A. a. O. S. 573. 70) A. a. O. S. 566.

Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit, verschwunden ist, nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden, nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen'"[71]).

Auf die Darstellung der ökonomischen Bedingungen für die volle Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft braucht hier nicht eingegangen zu werden. Nur soviel sei bemerkt, daß es nicht ganz verständlich ist, wie die Aufhebung der Arbeitsteilung die Produktionskräfte verstärken kann, und daß kein Grund für die Annahme gegeben ist, die Arbeit werde aus einer Last zu einem Bedürfnis werden, zumal die in einen höchst komplizierten, nur bei weitestgehender Arbeitsteilung funktionierenden Wirtschaftsplan eingeordnete Arbeit des einzelnen. Doch vergesse man nicht, daß hier Marx als Politiker, nicht als theoretischer Ökonom spricht.

Keineswegs ganz klar ist, was Marx darunter verstanden wissen will, daß der „enge bürgerliche Rechtshorizont" in der höheren Phase des Kommunismus ganz überschritten sein werde. An Stelle einer Rechtsordnung, deren Grundprinzip ist, der gleichen Arbeitsleistung die gleiche Entlohnung zuzusprechen, tritt doch wieder eine Rechtsordnung, die jedermann verpflichtet, sich nach seinen Fähigkeiten zu betätigen, und jedermann berechtigt, sich aus der — in unbegrenzter Fülle vorausgesetzten — Gütermenge der Gemeinschaft nach Bedürfnis zu befriedigen; eine Rechtsordnung, deren Produktionsnormen zu mindest um so genauer und peinlicher beobachtet werden müssen, je geringer das Arbeitsquantum des einzelnen und je größer das gesamte Arbeitsprodukt sein soll; eine Ordnung, die eben darum als Rechts-, d. h. als Zwangsordnung funktionieren muß! Denn wenn auch die Arbeit — aus irgendwelchen Gründen — zum Bedürfnis

71) A. a. O. S. 567. Vgl. dazu auch die Darstellung, die Engels von der Entstehung der Rechtsordnung und deren Zusammenhang mit der Wirtschaft in seiner Abhandlung „Zur Wohnungsfrage" S. 64 gibt.

aller geworden ist, ist noch immer die Möglichkeit offen, daß einem gerade die zugewiesene Arbeit nicht Bedürfnis ist, daß zwischen den von jedem einzelnen angenommenen „Fähigkeiten" und den Bedürfnissen der genossenschaftlichen Produktion erhebliche Differenzen bestehen, deren Ausgleich schließlich und endlich nur autoritär, d. h. durch Zwang, erfolgen kann, wenn nicht eine prästabilierte Harmonie der natürlichen, d. h. frei sich entfaltenden Kräfte vorausgesetzt wird. Und auch bei noch so reichlichem Fließen aller Springquellen des Reichtums kann das Recht, sich nach seinem Bedürfnis zu befriedigen, nicht so weit gehen, daß keine Gefahr eines Überschreitens, eines Mißbrauchs bestünde.

Allein es ist sehr wahrscheinlich, daß MARX unter „bürgerlichem Recht" das Recht überhaupt verstand — er spricht sich gelegentlich sehr abfällig dagegen aus, die Partei durch „ideologische Rechtsflausen" zu „verdrehen" — und daß er mit den oben zitierten Worten — wie LENIN behauptet — zum Ausdruck bringen wollte, daß in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft die Menschen fähig sein würden, „ohne irgendwelche Rechtsnormen für die Gesellschaft zu arbeiten", und daß sie sich „so an die Innehaltung der Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. Der enge Horizont des bürgerlichen Rechts, der veranlaßt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock darauf bedacht zu sein, daß man nur ja nicht eine halbe Stunde länger als der andere arbeitet, keine geringere Bezahlung erhält als der andere, dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Konsumptionsmittel wird dann die Normierung der jedem einzelnen zukommenden Mengen durch die Gesellschaft unnötig machen; jeder wird frei nehmen ‚nach seinen Bedürfnissen'" [72]).

Ausführlicher als MARX geht ENGELS auf die Frage nach dem Verschwinden des Staates ein. In seinem Werke „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" [73]) entwickelt er die schon im Kommunistischen Manifeste niedergelegte Theorie, daß der Staat ein Produkt des Klassengegensatzes sei. Sein Zweck ist, den Konflikt der Klassen zu „dämpfen", innerhalb der Schranken der Ordnung zu halten. Er nennt den Staat —

72) Staat und Revolution, S. 90. 73) A. a. O. S. 178.

dem er doch offenbar den Charakter einer gesellschaftlichen Erscheinung nicht absprechen will — eine „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“. Daß ENGELS hier den Begriff der Gesellschaft sichtlich verengt, um ihn dem des Staates gegenüberstellen zu können, ist sehr bezeichnend, besonders wenn man an die ihm in anderem Zusammenhange unterlaufende Identifizierung von Staat und Gesellschaft denkt. Der Staat soll hier als ein — gleichsam aus dem Körper der Gesellschaft auszuscheidendes — Übel gekennzeichnet werden. Dabei sind die Bemerkungen von Interesse, die ENGELS über den angeblich vorstaatlichen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft, über die Periode der sog. Gentilverfassung, macht. Es ist offenkundig, daß nicht so sehr das Prinzip objektiver Beschreibung als vielmehr subjektiver Wertung die ENGELSsche Darstellung dieser Gentilverfassung leitet. ENGELS steht sichtlich unter dem Einfluß MORGANS, der ja auch aus einem Beschreiber ein Apologet der Gentilverfassung wurde, wenn er ihr zuerkennt, das politische Ideal der französischen Revolution verwirklicht zu haben, und alles Heil der Zukunft in einer „Wiederbelebung“ „der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der alten Gentes“ erblickt [74]). In demselben Geiste ruft ENGELS aus: „Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten; Träger einer der Gesellschaft entfremdeten Macht, müssen sie in Respekt gesetzt werden durch Ausnahmegesetze, kraft deren sie eine besondere Heiligkeit und Unverletzlichkeit genießen. Der lumpigste Polizeidiener hat mehr ‚Autorität‘ als alle Organe der Gentilverfassung zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird. Der eine steht eben mitten in der Gesellschaft; der andere ist genötigt, etwas vorstellen zu wollen außer und über ihr“ [75]). Wir sind wohl — auch heute noch — über die Einzelheiten der alten Gentilver-

74) Vgl. das Zitat bei ENGELS a. a. O. S. 188. 75) A. a. O. S. 179, 180.

fassung nicht hinreichend orientiert, um die Achtung, die einem Gentilvorsteher gezollt wurde, mit der Autorität eines modernen Staatsleiters vergleichen zu können. Allein wir sind hinreichend orientiert, um behaupten zu können, daß die Gentilverbände durchaus nicht anarchische Assoziationen waren, deren Ordnung ohne die Mittel äußeren Zwanges realisiert wurde. Ob man die Gentes als „Staaten“ bezeichnen darf, mag eine Frage der Terminologie sein. Ihnen den Charakter von Zwangsordnungen, von autoritären Organisationen abzusprechen, haben wir keinen historischen Grund. Gerade die — in diesem Punkte recht lückenhafte — ENGELSsche Darstellung zeigt dies deutlich, wenn auf die strengen Eheverbote, die Blutrachebestimmungen, die Gerichts- und Straffunktion der Gentes hingewiesen wird[76]). Zweifelhaft ist, bis zu welchem Grade die arbeitsteilige Organisation des Zwanges vorgeschritten, in welchem Maße die Realisierung des Zwanges, die Strafe, die vermögensrechtliche Exekution, die Pfändung als spezifische Funktion von dem Verletzten auf besondere Organe übergegangen war. Wenn ENGELS als für die gens charakteristisch behauptet, daß „noch keine vom Volk getrennte öffentliche Gewalt, die ihm hätte entgegengesetzt werden können“ [77]), bestanden habe, so muß demgegenüber betont werden, daß in der gens zu mindest schon starke Ansätze zu einer solchen arbeitsteiligen Organisation zu konstatieren sind und daß die Entwicklung von besonderen, die Aufrechterhaltung der Zwangsordnung garantierenden Organen, z. B. Gerichten, mit der Klassenbildung keinen unmittelbaren Zusammenhang hat; daß, wenn es zur Ausbildung von besonderen Organen der öffentlichen Gewalt gekommen ist, diese nicht, wie es ENGELS hier tut, als außerhalb oder überhalb der Gesellschaft stehende Funktionäre bezeichnet werden können. Der wegen Tötung seines Bruders an dem Mörder Blutrache übende Gentilgenosse ist ebenso Organ des Gemeinwesens wie der die gemeinsame Blutrache in seiner Hand konzentrierende Richter. Beide sind es nur, weil und sofern sie die das Gemeinwesen konstituierende Rechtsordnung erfüllen. Und wenn man den Richter — mit Rücksicht auf den Inhalt dieser Rechtsordnung — als ein Organ der herrschenden Klasse auffaßt, so steht auch er nicht außerhalb, sondern ganz

76) Vgl. a. a. O. S. 77, 78, 79, 102, 120, 133. 77) A. a. O. S. 100.

ebenso wie der „Gentilvorsteher“ mitten in der Gesellschaft, die nur jetzt in zwei Teile zerfällt, von denen aber keiner einen Anspruch hat, allein als „Gesellschaft“ zu gelten.

Im Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ führt ENGELS die Bildung von Staatsorganen und sohin der Staatsgewalt, die er nur als die Spitze der Staatsorgane bezeichnet, ausdrücklich auf die Arbeitsteilung zurück[78]). Und es ist sehr bezeichnend, daß er hier die Tatsache, daß dieser Staatsapparat in einem gewissen Gegensatz zu der von ihm verwalteten Gesellschaft tritt, mit den „Sonderinteressen“ erklärt, die die Staatsorgane verfolgen[79]). Das ist aber eine ganz allgemeine, im Wesen der Menschen begründete Tatsache, ein psychologisches Moment, das mit der Klassenbildung nichts zu tun hat. Denn es müssen ja nicht gerade wirtschaftliche Interessen sein und sind es ja auch meist gar nicht, sondern Machtinteressen, die — wohl auch im proletarischen Klassenstaate und auch in der vollendeten kommunistischen Gesellschaft — dazu führen, daß Menschen die einmal errungene Herrschaftsposition, die soziale Höherstellung zu behaupten und zu vertiefen bestrebt sind.

Wenn ENGELS auf die „unerzwungene Achtung“, die dem Gentilvorsteher angeblich gezollt wird, besonderen Wert legt, so geschieht dies deshalb, weil die Gentilverfassung der Beweis dafür sein soll, daß die Gesellschaft auch ohne Zwangsordnung, d. h. ohne Staat, leben könne, und weil diese Gentilverfassung nur das in die Vergangenheit verlegte Gegenstück, das „Es war einmal“ der guten alten Zeit im Verhältnis zu der ebenso staatsfreien Zukunftsgesellschaft sein soll.

Nach ENGELS' Ansicht steht und fällt der Staat mit dem wirtschaftlichen Klassengegensatz. „Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein posi-

78) Ebenso auch MARX im „Bürgerkrieg“ S. 43. 79) A. a. O. S. 12.

tives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt"[80]). Der für die ganze Staatstheorie des Marxismus so charakteristische Widerspruch, daß der Staat dadurch aufgehoben wird, daß man die Kompetenz des Staates ins Ungemessene erweitert, tritt bei ENGELS besonders deutlich hervor, wenn er — im Anti-Dühring — erklärt: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat"[81]). Dieser Widerspruch löst sich nur unter der einen Voraussetzung, die ENGELS in diesem Zusammenhange auch ausspricht: Daß eine Zwangsgewalt nur notwendig sei, um eine Klasse mit Gewalt zu unterdrücken, daß eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens mit Zwangsmitteln nur gegen Störungen gesichert werden müsse, die ihr seitens der wirtschaftlich Ausgebeuteten drohen, daß eine Ordnung, die wirtschaftliche Ausbeutung nicht zum Inhalt hat, den Zustand wirtschaftlicher Gleichheit herstellen will, auf den Charakter einer Zwangsordnung verzichten kann, ja muß. „Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die

80) A. a. O. S. 182. 81) A. a. O. S. 301/2.

Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit, hieran ebenfalls die Forderung der sog. Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden“ [82]).

Es mutet fast wie eine Ironie an, daß ENGELS den von allem Klassengegensatz und aller Ausbeutung erlösten Zustand der kommunistischen, staats- und zwangsfreien, d. h. aber anarchischen Produktion in demselben Atemzug verkündet, in dem er den ausbeuterischen Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft in der „Anarchie der Produktion“ für begründet erklärt. In seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ [83]) sagt ENGELS: „In dem Maße, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staates ein“ [84]). Gewiß, Anarchie muß nicht Unordnung, Ordnungslosigkeit heißen, heißt nur Zwangs- und Herrschaftslosigkeit. Auch die — der erklärenden Wissenschaft gegebene oder aufgegebene — Natur ist eine Ordnung, ist nur als Ordnung zu begreifen. Aber diese „natürliche“ Ordnung, das ist ja gerade der Zustand, in dem die Ungleichheit der Individuen sich restlos auswirkt; und wer eine solche „natürliche“ Ordnung auch für die Gesellschaft fordert, weil er sie für die Gesellschaft für nützlich hält, der lehnt jeden Eingriff durch menschlich organisierten, auf menschlich planmäßigem Wollen gegründeten Zwang im Vertrauen auf eine „natürliche“ Harmonie ab. Das tut der Anarchismus. Der polemisiert nicht gegen die „Anarchie der Produktion“, der fordert sie. Und der ist nicht gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, weil sie ihm zu viel, sondern weil sie ihm zu wenig anarchisch ist. ENGELS setzt der natürlichen Ordnung der Gesellschaft, die in Wahrheit die Anarchie, d. h. eine anarchistische Ordnung der Natur ist, deutlich die „planmäßige bewußte Organisation“ entgegen. „Damit erst scheidet der Mensch in gewissem Sinn endgültig aus dem Tierreich“; das ist doch wohl aus dem Reich der natürlichen

---

82) A. a. O. S. 302. 83) 3. Aufl. S. 48. 84) Vgl. dazu auch MARX, Bürgerkrieg, S. 50.

Anarchie. Und ist es nicht geradezu eine Apotheose des Staates, wenn ENGELS damit von den Menschen sagt: daß sie „nun zum erstenmal bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer Vergesellschaftung werden.“[85]) Kann man Herr der Vergesellschaftung sein, ohne dass die Vergesellschaftung aus der Anarchie der Freiheit in die Zwangsordnung gebannt wird, die auf dem — der Natur entgegengesetzten — Geist und Willen des Menschen beruht? Es ist eine verhängnisvolle Unklarheit, die das MARX-ENGELSsche System in einem entscheidenden Punkte trübt. Seine ökonomische Theorie, durch die es sich klar und deutlich von den naiven Vorstellungen PROUDHONS und des Anarchismus kraft wissenschaftlicher Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge unterscheidet, drängt zu der Vorstellung, daß in der kommunistischen Gesellschaft von einer Zentralstelle aus der Produktionsprozeß — und nicht nur dieser, sondern auch zahlreiche andere soziale Funktionen — für ein möglichst weites Gebiet nach einem gigantischen Einheitsplane geordnet und geleitet werden. Wenn nicht die tausendfältigen Meinungen und Wollungen der einzelnen über das, was für die Gesamtheit und für jeden einzelnen zweckmässig und notwendig ist, mit eiserner Energie und mit unerbittlichem Zwange unter ein Denken, unter einen herrschenden Willen gebeugt werden, muß nach menschlichem Ermessen und aller bisherigen Erfahrung mit der Menschennatur der kommunistische Wirtschaftsplan und die auf ihn begründete Gesellschaftsordnung scheitern. Wenn die politische Theorie des Marxismus sich über die Notwendigkeit des Zwanges zur Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaftsordnung getäuscht hat, so liegt das nicht zuletzt auch in einer Vorstellung, deren bestechender Schein näherer Prüfung nicht die innere Haltlosigkeit verbergen kann: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen, die Leitung von Produktionsprozessen“[86]). Diese Vorstellung

85) Anti-Dühring S. 305. 86) PLECHANOW, Anarchismus und Sozialismus 1911, S. 41, macht anläßlich einer sehr treffenden Kritik des PROUDHONschen Anarchismus darauf aufmerksam, daß der Vater von PROUDHONS Anarchie niemand anderer sei als SAINT-SIMON. „SAINT-SIMON hat es ausgesprochen, daß das Ziel der sozialen Organisation die Produktion sei, und daß folglich die politischen Wissenschaften sich auf die Ökonomie reduzieren, die Kunst, die ‚Menschen zu beherrschen‘, der Kunst, die ‚Dinge zu verwalten‘,

war von großem Einfluß auf die indifferente oder gar ablehnende Haltung gewisser sozialistischer Theoretiker zum Staat. Und doch ist der ganze Gegensatz, auf den sich ihre Ablehnung des Staates, des politischen Mittels stützt, nur ein scheinbarer. Denn es gibt keine Verwaltung von Sachen, die nicht Verwaltung von Menschen, d. h. die Bestimmung des einen menschlichen Willens durch den anderen, es gibt keine Leitung von Produktionsprozessen, die nicht Regierung über Personen, d. h. Motivation des einen menschlichen Willens durch den anderen wäre[87]). Sachen und Produktionsprozesse fügen sich nicht als solche der Wirtschaftsordnung. Deren Objekt sind allein: die menschlichen Wollungen und Handlungen. Indem die Wirtschaft für den Marxismus zu einem unpersönlichen Produktionsprozeß, zu einer Bewegung hypostasierter „Produktionskräfte" und „Produktionsverhältnisse" wird, löst sie sich — in dieser zu einer fiktiven Realität verdichteten Abstraktion — von den Menschen und deren Motivations-, d. h. Herrschaftsverhältnissen ab, die als ein politisches System, als Recht und Staat scheinbar eine gesonderte Existenz führen. Hier liegt die gedankliche Wurzel der für den Marxismus so charakteristischen, wenngleich zu seiner prinzipiellen Grundthese im Widerspruch stehenden Isolierung seiner politischen von seiner ökonomischen Theorie und der Grund für den Gegensatz, in den beide Theorien schließlich geraten sind, wenn die ökonomische Lehre von Marx zu einer straffen, kollektivistisch-zentralistischen Organisation der Wirtschaft — d. h. aber doch der wirtschaftenden Menschen führt, während die politische Doktrin offenbar einem anarchistisch-individualistischen Ideal zustrebt.

Eine Beherrschung der Natur durch den Menschen ist nicht

Platz machen muß." Offenbar ist hier auch die Quelle des Engelsschen Gedankens zu suchen. Vgl. Engels, Anti-Dühring, S. 277. Wenn Plechanow mit Beziehung auf die oben zitierten Ausführungen Engels, meint, der moderne wissenschaftliche Sozialismus habe es besser als Proudhon verstanden, die Ideen Saint-Simons weiter zu entwickeln, so mag das hinsichtlich der ökonomischen Theorie richtig sein; hinsichtlich der politischen Theorie aber — das beweist der Engelssche Ausspruch — unterscheidet sich der Marxismus nicht wesentlich von den Anschauungen Proudhons. Vgl. dagegen Kautsky, Terrorismus und Kommunismus S. 60. 87) Vgl. dazu die Polemik, die Engels in seiner Streitschrift gegen Dühring wider dessen (von Engels so formulierte) These führt: „Die Beherrschung der Natur (durch den Menschen) setzt die Beherrschung des Menschen (durch den Menschen) voraus." A. a. O. S. 182.

möglich ohne eine Beherrschung des Menschen durch sich selbst, d. h. die Unterordnung des Menschen unter menschliche Ordnung. Die „Beherrschung" des Menschen muß natürlich nicht ausbeutende „Knechtung" sein. Fraglich könnte nur bleiben, ob es möglich ist, die Menschen, und zwar — im Sinne des sozialistischen Endziels — eine ungeheure Vielheit von Menschen, nämlich die ganze Menschheit, nach einem einheitlichen Plan zu leiten, ohne sich dabei des äußeren Zwanges als eines Mittels zu bedienen, die Ordnung dauernd aufrechtzuerhalten. Das aber ist keine Frage der Ökonomie, sondern der Psychologie. Und diese Frage muß — wenn sie empirisch, d. h. gestützt auf die bisherige soziale Erfahrung, beantwortet werden soll, verneint werden. Wer mit anderen Menschen rechnet, als sie die geschichtliche und soziale Erfahrung zeigt, der mag zu anderen Schlüssen gelangen. Aber wenn etwas Utopismus ist, so ist es das Vertrauen auf eine radikale Änderung der menschlichen Natur.

Wenn man will, so kann man bei Engels eine Andeutung finden, die darauf schließen läßt, daß auf dem Grunde seiner von sozialem Optimismus erfüllten Seele auch dieses durch und durch utopische Vertrauen auf eine Verbesserung der menschlichen Natur schlummerte. In dem bereits wiederholt zitierten Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich" bezeichnet er den Staat als „ein Übel, das dem im Kampfe um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebenso wenig wie die Kommune, umhin können wird sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun"[88]. Aber auch bei Marx finden sich ähnliche Andeutungen. In dem viel zitierten Passus, der den Standpunkt des Ideals für die Arbeiterklasse verwirft und auf die geschichtliche Notwendigkeit hinweist, heißt es „. . . daß die Arbeiterklasse lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden"[89]. Auch an die bereits früher zitierte Stelle in dem Brief an Kugelmann sei erinnert, wo ein künftiger Zustand vorausgesagt wird, in dem die allseitige Entwick-

88) A. a. O. S. 13. 89) Bürgerkrieg in Frankreich, S. 50.

lung der Individuen die Arbeit zu einem Bedürfnis gemacht haben wird. Diese Andeutungen einer Hoffnung auf ein neues Geschlecht als Voraussetzung für das Überflüssigwerden des Staates ist für die von der bolschewistischen Theorie versuchte Fortbildung der Marx-Engelsschen Lehre geradezu grundlegend geworden. Begreiflicherweise, denn ohne eine solche psychologische Hypothese hängt die Theorie vom Absterben des Staates in der Luft.

III. Kapitel.

Die Parteidoktrin der deutschen Sozialdemokratie; die Bejahung des Staates.

§ 10. Kautsky.

Angesichts dieser unzweifelhaften Tendenz zum Anarchismus, die sich in den Schriften von Marx und Engels gerade bei der Darstellung der für das Wesen des Sozialismus entscheidenden Phase der gesellschaftlichen Entwicklung geltend macht, ist es auffallend, aber nicht unbegreiflich, daß die sozialdemokratische Parteiliteratur in einem fast unmerklich zunehmenden Gegensatz zu den Schriften von Marx und Engels keinerlei Neigung zeigte, auf das letzte und höchste Stadium der staatslosen kommunistischen Gesellschaft näher einzugehen. Und weil der Frage nach dem, was nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geschehen werde oder solle, lieber ausgewichen wurde, mußte die Idee einer demokratischen Republik — auf deren Errichtung der politische Tageskampf mit allem Nachdruck eingestellt war — das politische Denken so sehr erfüllen, daß die Möglichkeit einer anderen politischen Form oder gar die Negation jeder solchen politischen Form als schließliches Ziel nicht eigentlich in ernstliche Erwägung gezogen wurde. Dazu kommt die aus der historischen Entwicklung, insbesondere der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und aus der Eigenart des deutschen Volkstums erklärliche, trotz aller individualistischen Neigungen dennoch auch in der Gefühls- und Vorstellungswelt des deutschen Arbeiters festgewurzelte Wertung der Staatsidee, die letzten Endes den — aus der Theorie des Marxismus nicht verständlichen — Gegensatz zu dem mehr slawischen und roma-

nischen Anarchismus verursachte. Dies mag vielleicht auch ein Grund dafür sein, daß die hauptsächlich von Deutschen vertretene sozialdemokratische Doktrin so beharrlich zögerte, ihre doch sonst nicht übervorsichtige wissenschaftliche Forschung und ihr doch sonst so kühnes politisches Denken in ein Zukunftsgebiet zu lenken, auf dem die Spuren ihrer weit vorausgeeilten Führer, MARX und ENGELS, in eine — vielleicht nur unbewußt — abgelehnte, innerlich fremde und ungewisse Richtung wiesen.

Aus der Fülle des zur Verfügung stehenden literarhistorischen Materials können in diesem Zusammenhang nur einige typische Proben gegeben werden. Dabei muß in erster Linie auf parteioffizielle oder offiziöse Dokumente und auf Schriftsteller Rücksicht genommen werden, deren Übereinstimmung mit der herrschenden Richtung in der sozialdemokratischen Bewegung unzweifelhaft ist.

Von dem „freien Staat", den das Gothaer Parteiprogramm als das Ziel der sozialdemokratischen Partei Deutschlands proklamierte, ist schon anläßlich der Polemik MARX' und ENGELS' gegen dieses Bekenntnis zum Staat die Rede gewesen. Im Erfurter Programm ist zwar der freie Staat verschwunden; aber in dem Buch, das KAUTSKY als Kommentar zum Erfurter Programm — „aufgefordert" — schrieb, ist dem „Zukunftsstaat" ein ganzer Abschnitt gewidmet, dessen Ausführungen keineswegs dem Beweise dienen, daß der Staat in der kommunistischen Gesellschaft absterben werde. Im Gegenteil! KAUTSKY betont, daß die Forderung, an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln das genossenschaftliche Eigentum zu setzen, keine dem Sozialismus spezifische sei, daß auch der Anarchismus diese Überzeugung teile[90]). Er zeigt als das Wesen der *sozialistischen* Produktionsweise „die Zusammenfassung aller der Betriebe, die nach dem gegebenen Stande der Produktion zur Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse einer Gesellschaft benötigt sind, zu einer einzigen großen Genossenschaft"[91]) auf und erklärt: „Von den heute bestehenden gesellschaftlichen Organisationen gibt es nur eine, die den nötigen Umfang besitzt, daß man sie als Rahmen benützen könnte, um innerhalb desselben die sozialistische Genossenschaft zu entwickeln, dies ist der moderne Staat"[92]). Der moderne Staat ist

90) A. a. O. S. 112. 91) A. a. O. S. 117. 92) A. a. O. S. 119.

aber nicht bloß die einzige der heute bestehenden genossenschaftlichen Organisationen, die genügend Ausdehnung besitzt, um den Rahmen für eine sozialistische Genossenschaft zu bieten, er ist auch die „einzige natürliche Grundlage derselben“. Selbstverständlich glaubt KAUTSKY nicht, daß der Staat diese Aufgabe erfüllen könne, „ohne daß sich im Wesen des Staates etwas zu verändern brauche“ [93]. „. . . Wenn die arbeitenden Klassen im Staate die herrschenden geworden sind, wird der Staat aufhören, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein; erst dann wird es möglich werden, ihn zu einer sozialistischen Genossenschaft umzugestalten. — Dieser Erkenntnis ist die Aufgabe entsprungen, welche die Sozialdemokratie sich gesetzt hat: sie will, daß die arbeitenden Klassen die politische Macht erobern, damit sie mit deren Hilfe den Staat in eine große, im wesentlichen sich völlig selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft verwandeln“ [94]. Also: der Staat wird aufhören, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein, aber kein Wort davon, daß der Staat als solcher aufhören werde. Der Staat wird — dem Inhalte seiner Ordnung nach — umgewandelt werden, aber nichts läßt darauf schließen, daß er absterben werde. Indem KAUTSKY rechtfertigt, warum die Partei das Verlangen nach Aufstellung eines Planes des „Zukunftsstaates“ zurückweisen muß, sagt er: „Was wir wollen, ist die Umwandlung des Staates in eine sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft. Darüber herrscht innerhalb der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit. Wie diese Genossenschaft sich entwickeln und welche Tendenzen sie erzeugen wird, darüber nachzudenken ist keineswegs überflüssig; aber was bei diesem Nachdenken herauskommt, ist Privatsache jedes einzelnen, ist nicht Parteisache und braucht es nicht zu sein, weil die Parteitätigkeit dabei unmittelbar nicht beeinflußt wird“ [95]. Daß zu den Tendenzen des die sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft beinhaltenden oder tragenden Staates das Absterben des Zwangselementes, das Abstreifen des politischen Charakters und sohin die Selbstaufhebung des Staates möglicherweise gehören kann, bleibt durch diese Formulierung allerdings offen. Allein KAUTSKY läßt darüber keinen Zweifel, daß die sozialistische Produktion nur im Rahmen einer Zwangsordnung möglich sei. Gegen die

93) A. a. O. S. 129. 94) A. a. O. S. 130. 95) A. a. O. S. 145.

Anarchisten und ihre „Furcht vor der Knechtschaft des Kommunismus“ führt er aus: „Es ist richtig, wenn gesagt wird, die sozialistische Produktion sei unvereinbar mit der vollen Freiheit der Arbeit, d. h. der Freiheit des Arbeiters, zu arbeiten, wann, wo und wie er wolle. Aber diese Freiheit des Arbeiters ist unvereinbar mit jedem planmäßigen Zusammenarbeiten mehrerer, in welcher Form immer dasselbe stattfinde, ob auf kapitalistischer oder genossenschaftlicher Grundlage“ [96]). Das ist wohl etwas wesentlich anderes als die „freie und gleiche Assoziation der Produzenten“, die nach ENGELS den Staat ins Museum der Altertümer versetzen wird. Überaus treffend zeigt KAUTSKY die Wurzel der anarchistischen Freiheitsidee und ihre historische Gebundenheit an längst überwundene wirtschaftliche Verhältnisse des Kleinbetriebes. Und er reduziert das unveräußerliche Freiheitsbedürfnis im sozialistischen Gemeinwesen auf das Maß, in dem es allein vereinbar ist mit einer umfassenden und tiefgreifenden Produktions- und Gesellschaftsordnung, wenn er ausführt: „Aber die Unfreiheit der Arbeit verliert in einem sozialistischen Gemeinwesen nicht nur ihren drückenden Charakter, sie wird auch die Grundlage werden der höchsten Freiheit, die im Menschengeschlecht bisher möglich gewesen,“ „die Freiheit des Lebens“, „die Freiheit künstlerischer und wissenschaftlicher Betätigung, die Freiheit des edelsten Genusses“ [97]).

In seiner Abhandlung „Am Tage nach der sozialen Revolution“ sagt KAUTSKY: „Kommunismus in der materiellen Produktion, Anarchismus in der geistigen: das ist der Typus einer sozialistischen Produktionsweise, wie sie aus der Herrschaft des Proletariates, mit anderen Worten, aus der sozialen Revolution durch die Logik der ökonomischen Tatsachen entwickelt wird, welches immer die Wünsche, Absichten und Theorien des Proletariates sein mögen [98]).“ Vielleicht ist gerade dieser Ausspruch besonders geeignet, das innerste Wesen jenes Kommunismus zu erhellen, den die sozialdemokratische Partei im Zukunftsstaate anstrebt. Er ergibt sich aus dem scharfen Gegensatz zum Anarchismus, zu mindest auf dem Gebiete der für die Gesellschaft entscheidenden materiellen Produktion.

96) A. a. O. S. 167. 97) A. a. O. S. 175. 98) Die soziale Revolution, 2. Aufl. 1907, S. 109.

§ 11. Bebel, Plechanow, Bernstein, Pannekoek, Renner.

Angesichts jener Wendung, die die politische Theorie des Marxismus neuestens genommen hat, ist es vielleicht nicht überflüssig, aus einer der bekanntesten und verbreitetsten Schriften des deutschen Sozialismus, aus Bebels „Unsere Ziele“ [99]), jene Stelle in Erinnerung zu bringen, die wohl als der treffendste Ausdruck der sozialdemokratischen Durchschnittsmeinung über das Verhältnis des Sozialismus zum Staat angesehen werden darf. Bebel legt dar, daß der heutige Staat ein Klassenstaat sei und daß die unterdrückte Arbeiterklasse — die Lohnarbeiter, Handwerker, Kleinbauern, geistigen Arbeiter, kleinen Beamten etc. — die „ungeheure Mehrheit“ bilden. Eben darum könne es sich dem Proletariate bei seinem Kampfe um die politische Macht „nicht um Unterdrückung der Minorität durch die Majorität handeln“, sondern um Gleichberechtigung und Gleichstellung aller, so kann also nicht von einer Klassen- oder Standesherrschaft, welche die Arbeiterklasse wolle, die Rede sein. Es ist im Gegenteil eine so vernünftige demokratische Gesellschaft, die sie erstrebt, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Ich habe diesen letzten Punkt ausführlich wiedergegeben, weil die ‚demokratische Korrespondenz‘ — und alle unsere Gegner, so etwas wie eine Standes- und Klassenherrschaft wittert . . . Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden, in einen Staat, in dem es keine Privilegien irgendeiner Art gibt, und in diesem Staate soll alsdann die Gesamtheit mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften die genossenschaftliche Produktion an Stelle der einzelnen Privatunternehmungen treten lassen. In einem solchen Staat ist Selbsthilfe Volkshilfe, Volkshilfe Staatshilfe, Selbsthilfe und Staatshilfe also identisch; einen Gegensatz gibt es nicht. Der Volksstaat soll zunächst herbeizuführen gesucht werden durch Aufklärung der Massen etc. . . . [100]).“

---

99) Sozialdemokratische Bibliothek, V., 1886. 100) A. a. O. S. 14, 15. Allerdings hat Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ die Marx-Engelssche Lehre vom Absterben des Staates akzeptiert. Dort erscheint der Staat als eine „Das Eigentum schützende und es aufrechterhaltende Organisation und Gewalt“, die mit der Aufhebung des Privateigentums ihre „Existenznotwendigkeit und Existenzmöglichkeit“ verliert und daher

Daß diese Anschauung in einem vollendeten Widerspruch zur MARX-ENGELSschen Lehre vom Staat steht, ist zweifellos, und es muß LENIN durchaus zugestimmt werden, wenn er diesen Widerspruch hervorhebt[101]). Offenbar stand die sozialdemokratische Bewegung und insbesondere BEBEL in der Frage der politischen Theorie viel stärker unter dem Einflusse LASSALLES als unter dem von MARX und ENGELS. LASSALLE aber war auch in seinem Verhältnis zum Staate — nicht nur zum Gegenwartsstaat, sondern zum Staat an sich — weit mehr Hegelianer als MARX, der gerade in diesem Punkt die radikale Überwindung Hegels bedeutet.

Aus diesem — später vielleicht nur mehr latenten — Einfluß LASSALLES ist es zu erklären, daß ein sonst so getreuer Marxist wie PLECHANOW in einer eigenen Schrift den Sozialismus gegen den Anarchismus verteidigt[102]). Freilich beschränkt er sich mehr darauf, die Position des Anarchismus zu widerlegen, ohne den eigenen Standpunkt der Marxistischen Theorie deutlich zu präzisieren. Was er aber gegen den Anarchismus anführt, das könnte sehr gut auch gegen die MARX-ENGELSsche Vorstellung von der höchsten Phase der kommunistischen Gesellschaft geltend gemacht werden. So wenn PLECHANOW auf den Widerspruch aufmerksam macht, der darin besteht, daß die Anarchisten — speziell KRAPOTKIN — eine bestimmte rationale Ordnung des gesellschaftlichen Lebens postulieren, aber dennoch — weil sie die Freiheit des Individuums fordern — keine Garantien dafür geben, daß diese Ordnung beobachtet wird. „Solchermaßen werden wir von den ersten Tagen der Revolution an eine Organisation besitzen; die Launen der souveränen ‚Individuen' werden durch die Bedürfnisse der Gesellschaft, durch die Logik der Sachlage in vernünftigen Grenzen gehalten werden. Und dennoch wird man sich in der vollen und ganzen Anarchie befinden, die individuelle Freiheit wird gerettet und gesund sein. Das erscheint unglaublich und ist doch wahr! Es gibt eine Anarchie, und es gibt

---

„verschwindet". (25. Aufl. S. 335/36). Warum zum Schutze und zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Eigentums, wie überhaupt der ganzen kommunistischen Ordnung, die nach BEBEL eine zentralistische ist und die „Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen" statuiert, kein Zwangsapparat nötig sein soll, wird nicht begründet. 101) A. a. O. S. 61. 102) Anarchismus und Sozialismus. Berlin 1911.

eine Organisation, es gibt bindende Regeln für jedermann, und trotzdem tut jeder, was er will. Ihr begreift das nicht? Die Sache ist höchst einfach. Diese Organisation wird nicht das Werk sein der „autoritären“ Revolutionäre; diese alle verpflichtenden und doch anarchistischen Vorschriften wird das Volk, der große Verkannte, proklamiert haben, und das Volk ist sehr klug; wer — was KRAPOTKIN nie Gelegenheit zu sehen hatte — Tage des Barrikadenkampfes gesehen, weiß davon zu erzählen“ [103]).

Für die Durchschnittsmeinung, die über das Verhältnis zum Staate innerhalb der deutschen Sozialdemokratie festzustellen ist, kann zwar nicht als entscheidend, aber doch als symptomatisch bezeichnet werden, was auch von revisionistischer Seite darüber ausgeführt wurde. Hier kommt vor allem die klare Darstellung in Betracht, die BERNSTEIN in seinen „Problemen des Sozialismus“ [104]) gegeben hat. Er unterscheidet deutlich „zwei Hauptströmungen“ im sozialistischen Lager; „die einen suchen den gegebenen Staat nach bestimmten Grundsätzen umzugestalten, um ihn so zum Hebel der Gesellschaftsreform zu machen, bis er schließlich ganz und gar einen sozialistischen Charakter erhielte, während die anderen den Staat gänzlich aufzuheben, ihn in eine Reihe völlig unabhängiger Gemeinden oder freier Gruppen zu zerschlagen suchen, denen es freistehen soll, sich nach Laune oder Bedürfnis zu organisieren und zu verbünden“ [105]). BERNSTEIN charakterisiert überaus treffend die Zweideutigkeit des Begriffes „Gesellschaft“, hinter den sich die sozialistische Doktrin unter dem Einfluß der ENGELSschen Lehre vom Absterben des Staates flüchtet, und läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß — seiner Ansicht nach — auch die sozialistische Gesellschaft nicht einer Zwangsordnung werde entbehren können [106]). Und dieses Bekenntnis zum Staat kann an Wert nicht etwa darum verlieren, weil es von einem Autor herrührt, der dem Marxismus gegenüber auch sonst eine gewisse kritische Haltung bewahrt; denn gerade in dem entscheidenden Punkte ist eigentlich kein prinzipieller Gegensatz zwischen Revisionisten und orthodoxen Marxisten festzustellen.

Das zeigt sich deutlich auch in der Art, in der seitens KAUTSKYS

---

103) A. a. O. S. 63. 104) Neue Zeit, XV. Jahrg., II. Bd., 1896/97, S. 100 ff. (Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl.) 105) A. a. O. S. 101. 106) Vgl. insbesondere a. a. O. S. 106.

einem Versuche begegnet wurde, der — als ein schüchterner Vorläufer der bolschewistischen Theorie — die Marx-Engelsschen Äußerungen vom „Zerbrechen“ der Staatsmaschine durch die soziale Revolution und dem schließlichen Verschwinden der Zwangsgewalt scheinbar wörtlich nahm. Diesen Versuch unternahm Pannekoek in seiner Abhandlung „Massenaktion und Revolution“[107]). Er stellte dort — allerdings ohne sich dabei auf Zitate aus Marx und Engels ausdrücklich zu berufen — die Behauptung auf: „Der Kampf des Proletariats ist nicht einfach ein Kampf gegen die Bourgeoisie um die Staatsgewalt als Objekt, sondern ein Kampf gegen die Staatsgewalt. Das Problem der sozialen Revolution lautet in kurzer Zusammenfassung: Die Macht des Proletariates so hoch steigern, daß sie der Macht des Staates überlegen ist; und der Inhalt dieser Revolution ist die Vernichtung und Auflösung der Machtmittel des Staates durch die Machtmittel des Proletariates“[108]). Das Endresultat des proletarischen Kampfes ist nach Pannekoek „die völlige Zerstörung der staatlichen Organisation“. Das wichtigste Machtmittel des Proletariates in diesem Kampfe ist seine Organisation. „Die Organisation der Mehrheit hat ihre Überlegenheit dadurch erwiesen, daß sie die Organisation der herrschenden Minderheit vernichtet hat“[109]). Der Einwand läge nahe, daß eben an Stelle der einen eine andere Zwangsordnung tritt, wenn Pannekoek nicht — freilich in sehr unklarer Weise — die proletarische Organisation als eine ideelle, von jedem äußeren Zwangsapparat befreite, schildern würde. Er meint, die äußere Form der Organisation des Proletariates könne zwar in diesem Kampfe gegen den kapitalistischen Staat zerstört werden. Das treffe aber nicht ihr eigentliches Wesen. „Die Organisation des Proletariates, die wir als sein wichtigstes Machtmittel bezeichnen,“ — und die doch offenbar nach Vernichtung des Staates rein und ungetrübt an dessen Stelle treten wird — „ist nicht zu verwechseln mit der Form der heutigen Organisation und Verbände, worin sie sich unter den Verhältnissen einer noch festen bürgerlichen Ordnung äußert. Das Wesen dieser Organisation ist etwas Geistiges, ist die völlige Umwälzung des Charakters der Prole-

107) Neue Zeit. XXX. Jahrg., II. Bd., 1912, S. 541 ff. 108) A. a. O. S. 544. 109) A. a. O. S. 548.

tarier" [110]). Mit dieser Umwälzung der Charaktere meint PANNEKOEK die Umwandlung der Arbeiter aus individualistischen, nur durch die eigene Laune, das eigene Interesse bewegten Egoisten zu solidarischen, von der Gewohnheit organisierten Handelns geleiteten Menschen. Allerdings scheint er anzunehmen, daß diese Umwandlung sich bereits unter der Klassenherrschaft des kapitalistischen Staates vollzogen habe und daß sie auch durch eine Zerstörung der äußeren Organisation des Proletariates nicht gefährdet werden könne. Doch kann diese Annahme — ihre Richtigkeit dahingestellt — den utopischen Charakter der Konzeption nicht abschwächen, die verstärkt in der Theorie des Bolschewismus wiederkehrt, der begreiflicherweise die PANNEKOEKschen Ausführungen für sich reklamiert [111]).

KAUTSKY aber nimmt prinzipiell gegen sie Stellung. Die Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat könne nimmer „zu einer Zerstörung der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt führen" [112]). „Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt daher das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlamentes zum Herrn der Regierung. Nicht aber Zerstörung der Staatsgewalt" [113]). KAUTSKY leugnet die Möglichkeit, nach dem Sieg der proletarischen Revolution „die staatliche Funktion der Beamten aufzulösen" [114]), er zerstört die Illusion, auf einen Verwaltungsapparat verzichten zu können, und verweist dabei auf die Notwendigkeit eines Unterrichts-, Finanz-, Justiz- und Kriegsministeriums, ja er betont sogar die Wahrscheinlichkeit einer Erweiterung der Verwaltungsfunktionen [115]). Allerdings fügt er hinzu: „Hier ist nicht die Rede von der Gestaltung des Zukunftstaates durch die siegreiche Sozialdemokratie, sondern von der des Gegenwartsstaates durch die Opposition". Allein es ist charakteristisch genug, daß er hier die MARX-ENGELSsche

110) A. a. O. S. 548. 111) LENIN, a. a. O. S. 105 ff. RADEK (Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Herausg. von der kommunist. Partei Deutschösterr. Wien), nennt PANNEKOEK den „klarsten Kopf des westeuropäischen Sozialismus". A. a. O. S. 14. 112) Neue Zeit, XXX. Jahrg., II. Bd., 1912, S. 727. 113) A. a. O. S. 732. 114) A. a. O. S. 725. 115) A. a. O. S. 725.

Theorie vom Absterben des Staates nicht mit einem Worte berücksichtigt. Darum ist auch der Vorwurf begreiflich, der ihm wegen seiner Haltung in dieser Frage von LENIN gemacht wird[116]. Und in einer seiner jüngsten Schriften, die bereits nach dem Siege der bolschewistischen Partei in Rußland erschienen und vor allem gegen deren Theorie und Praxis gerichtet ist, erklärt KAUTSKY auch für den Zustand des vollendeten Sozialismus die demokratische Staatsform für unumgänglich: „Zwischen beiden Stadien der Vorbereitung für den Sozialismus und dem durchgeführten Sozialismus, die beide der Demokratie bedürfen, steht jedoch ein drittes Stadium, steht das des Überganges, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert . . ."[117]. Ist auch die höchste Phase des Kommunismus eine Demokratie, dann ist sie eben auch nur in Form einer staatlichen Zwangsordnung vorgestellt.

In der Darstellung des Parteiprogramms, das der österreichische Sozialdemokrat DANNEBERG geliefert hat[118], werden zwar die bekannten Ausführungen von ENGELS über das Absterben des Staates zitiert; aber die Lehre wird in einer Weise dargestellt, daß man ihr kaum den Sinn abgewinnen kann, es werde in Zukunft jede Zwangsordnung fehlen. Den Gegnern der Sozialdemokratie, die von einem „Zukunftstaat" sprechen, wird die Frage entgegengehalten: „Aber wird es denn in der sozialistischen Gesellschaftsordnung überhaupt einen Staat geben?" Die Frage erscheine im ersten Augenblick „lächerlich", denn das Proletariat wolle doch die Staatsgewalt erobern. DANNEBERG identifiziert hierauf „Staat" mit „Ausbeutung" und schließt: „Nach Befreiung aus der Lohnknechtschaft, wenn die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit gebracht sind, „ist die Ausbeutung

---

116) A. a. O. S. 105 ff. 117) Die Diktatur des Proletariates. 2. Aufl., Wien 1918, S. 20. Allerdings führt auch bei KAUTSKY die gelegentliche Betonung des Freiheitsprinzipes zu einer Verdunklung in der Frage der Zwangsordnung. Den Inhalt des Sozialismus formuliert er einmal: „Freiheit und Brot für alle" (a. a. O. S. 39) und bemerkt von der sozialistischen Zukunftsgesellschaft, sie setze „zahlreiche freie Organisationen ökonomischer wie politischer Art voraus und bedarf vollster Organisationsfreiheit". (A. a. O. S. 24.) Das wäre Liberalismus. 118) Das sozialdemokratische Programm. 8. Aufl., Wien 1919.

aufgehoben und auch der Staat selbst". Diese Argumentation ist hier um so seltsamer, als auf eine Unterscheidung von Klassenherrschaft und Ausbeutung verzichtet ist und der Staat — die wirtschaftliche Ausbeutung! — in der Hand der Arbeiter als das Mittel bezeichnet wird, die Ausbeutung aufzuheben, offenbar also doch nicht mit der Ausbeutung identisch sein kann. Dann wird gesagt: „Wenn der Staat abstirbt, bleibt aber eine Reihe von Funktionen bestehen, die er heute ausführt. Er ist nicht nur Herrschaftsinstrument, sondern auch Verwaltungsapparat. Diese Funktionen werden gerade in der sozialistischen Gesellschaft eine starke Vermehrung erfahren. Die soziale Fürsorge, die heute nur in kümmerlichen Anfängen vorhanden ist, wird in hohem Grade ausgedehnt werden, der ungeheuere Apparat, der hiezu erforderlich ist, wird aber nur der Verwaltung, nicht der Herrschaft dienen, da es keine Herrschaft geben wird, weshalb er auch nicht den Charakter des Staates haben wird"[119]). „Herrschaft" heißt hier offenbar „wirtschaftliche Ausbeutung", aber keineswegs überhaupt „Zwang". Daß dieser „ungeheuere Apparat" keine Zwangsordnung darstellen werde, ist nicht gesagt und auch nach dieser Darstellung offenbar nicht gemeint.

Bis zu welchem Grade innerhalb der Sozialdemokratie die Tendenz der Staatsbejahung sich besonders während des Weltkrieges geltend machte, dafür können die Schriften Renners angeführt werden[120]). Dieser Österreicher gehört in die erste Reihe jener sozialistischen Schriftsteller, die den Staat als ein unentbehrliches Mittel sozialer Technik erkennen und dieser Erkenntnis unumwunden Ausdruck geben. Es ist sehr charakteristisch, daß Renner die von Marx und Engels vertretene Auffassung des Staates als eines Instrumentes klassenmäßiger Ausbeutung als die einseitige Auffassung der klassenbewußten Bourgeoisie kennzeichnet. „Der Staat erscheint dem klassenbewußten Bourgeois als sein Werkzeug, als Zuchtmittel in jedem Sinne des Wortes." Allein objektiv sei der Staat „etwas Höheres". Renner scheut sich nicht, zu erklären: „Die Ökonomie dient immer ausschließlicher der Kapitalistenklasse, der Staat immer vorwiegender dem

---

119) A. a. O. S. 186, 187. 120) Vgl. insbesondere: Marxismus, Krieg und Internationale, Stuttgart 1917, S. 26 ff.

Proletariat". Er meint sogar: „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden"; er stellt fest, „daß der Kern des Sozialismus heute schon in allen Institutionen des kapitalistischen Staates steckt"; und er behauptet: „Das Proletariat ist in seiner Praxis weit entfernt vom Staatsnihilismus". So zutreffend all diese Behauptungen sein mögen, so unrichtig ist, wenn sich Renner dabei auf Marx selbst beruft. Nur schwer dürfte er den Satz beweisen können: „Karl Marx war eine ganze Fixsternweite entfernt von der Negation des Staates, von der Verachtung des Staates, von der abergläubischen Furcht vor dem Staate, von dem Staatsnihilismus, mit dem heute der Vulgärmarxismus kokettiert". Das Gegenteil ist erweislich. Und so hat Renner wohl vollkommen recht, wenn er „die Unentbehrlichkeit einer sozialistischen Staats- und Rechtslehre" hervorhebt, aber es ist ein aussichtsloses Beginnen, wenn er den Nachweis versucht, daß alle seine Aufstellungen „sich mit Karl Marx' Lehren vollständig decken".

IV. Kapitel.

Die Theorie des Bolschewismus (Neokommunismus).

§ 12. Die Restitution und Fortbildung der Marx-Engelsschen Lehre vom Absterben des Staates und die Leninsche Theorie der „Gewöhnung" als Bedingung für das Ausschalten jeglichen sozialen Zwanges.

Bakunin, der Begründer des sogenannten „kollektivistischen Anarchismus", hat gegen den Kommunismus und die deutsche Sozialdemokratie den Einwand erhoben, daß „der Kommunismus alle Kräfte der Gesellschaft im Staat konzentriert und von ihm absorbieren läßt, weil er notwendigerweise auf die Zentralisation des Eigentums in den Händen des Staates hinausläuft", und daß die deutsche Sozialdemokratie „die Erhaltung und Stärkung des Staates um jeden Preis" anstrebe, während auf die revolutionär-sozialistische Fahne in blutigen, in feurigen Lettern geschrieben sei: „Abschaffung alles und jeden Staates, Zerstörung der Bourgeoisiezivilisation, freie Organisation von unten nach oben mit

Hilfe der freien Assoziationen"[121]). Es sind ganz ähnliche Vorwürfe, die der sog. „Bolschewismus", jene eigenartige Form, die der marxistische Kommunismus in Rußland unter dem Einflusse spezifischer Entwicklungsbedingungen neuestens angenommen hat, gegen Theorie und Praxis der nicht minder auf Marx und Engels fußenden Sozialdemokratie Deutschlands sowie der von ihr beeinflußten sozialdemokratischen Parteien in anderen Staaten erhebt. Da sich hier der seltene Fall ereignet, daß die literarischen Vorkämpfer einer Bewegung zugleich die Führung im politischen Machtkampfe behaupten und heute an der Spitze des ersten proletarischen Klassenstaates, der ersten in der Geschichte verwirklichten „Diktatur des Proletariates" stehen — die Pariser Kommune kommt ja neben der russischen Sowjet-Republik kaum in Betracht —, verdient die Lehrmeinung dieser zu größter historischer Bedeutung gelangten Männer nicht nur vom Standpunkte der Geistesgeschichte, sondern auch der praktischen Tagespolitik die aufmerksamste Beachtung; zumal dafür gesorgt wurde, daß ihre Schriften, in alle Kultursprachen übersetzt, in unzähligen Exemplaren überall Verbreitung finden.

Die Besonderheit der sozialistischen Theorie und Praxis, die die von Lenin und Trotzki geführte russische Partei der Bolschewiki vertritt, macht sich gegenüber der offiziellen sozialdemokratischen Parteidoktrin vornehmlich nach zwei Richtungen geltend. Vor allem — und das ist eine rein theoretische Differenz — betont der Bolschewismus die Marx-Engelssche Lehre vom schließlichen Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaft. Wenn Lenin in seiner hier wiederholt zitierten, für die Theorie des russischen Neokommunismus grundlegenden Schrift „Staat und Revolution" die „Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staate" sich zur Aufgabe gesetzt hat, so muß die im vorigen an der Hand der zumeist auch von Lenin angeführten Äußerungen Marx' und Engels' versuchte Nachprüfung bestätigen, daß Lenin in einem theoretisch entscheidenden Punkte die von der offiziellen sozialdemokratischen Parteidoktrin meist ignorierte oder doch sehr vernachlässigte These der materialistischen Geschichtsauffassung über das Verhältnis des

---

121) Zitiert bei Plechanow, a. a. O. S. 44 und 57.

Sozialismus zum Staat restituiert hat. Das ist ein unbezweifelbares literarhistorisches Verdienst LENINS.

Damit soll und kann jedoch nicht mehr gesagt sein, als daß LENIN die Ansichten von MARX und ENGELS über die höchste und letzte Phase der sozialistischen Entwicklung richtig wiedergegeben hat. Ob diese Ansicht aber selbst richtig sei, richtig im Sinne einer Prognose künftiger naturnotwendiger Entwicklung oder im Sinne der Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit eines politischen Postulates, diese Frage ist damit nicht beantwortet. Da die Theorie des Bolschewismus die von ihr gleichsam neu entdeckte MARX-ENGELSsche Lehre vom Absterben des Staates weiter auszuführen und näher zu begründen versucht, hat sie selbst sehr erwünschtes Material zur Beantwortung dieser Frage geliefert.

Um die in ihrer ganzen theoretischen Tragweite erkannte Lehre vom schließlichen Absterben des Staates weiter zu entwickeln, muß LENIN an eine nur sehr beiläufige Redewendung ENGELS' anknüpfen, nämlich an die schon oben zitierte gelegentliche Bemerkung in der Vorrede zum „Bürgerkrieg in Frankreich", daß das siegreiche Proletariat den ihm als ein Übel der alten kapitalistischen Gesellschaft vererbten Staat nach Tunlichkeit in seinen schlimmsten Seiten beschneiden werde, „bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen aufgewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun". LENIN erkennt ganz richtig — wie bereits in anderem Zusammenhange hervorgehoben wurde —, daß mit dem „neuen Geschlecht" ein psychologischer Faktor in die soziale Rechnung eingeführt wird. Und er bezeichnet — in der Annahme, ENGELS zu interpretieren, in Wahrheit aber die ENGELSsche Lehre fortführend — „das Element der Gewöhnung", den Umstand, daß die Menschen sich gewöhnen werden, „die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Vergewaltigung und ohne Unterordnung innezuhalten"[122]) als die entscheidende Bedingung für die Verwirklichung der staatsfreien kommunistischen Gesellschaft. Viel mehr als die nackte Behauptung, daß sich diese „Gewohnheit" ausbilden werde, liegt freilich bei LENIN nicht vor. Er führt

---

122) A. a. O. S. 75/76.

aus, der Staat werde aus dem „einfachen“ Grunde absterben, „weil die von der kapitalistischen Sklaverei, den unzähligen Schrecken, Tollheiten, Unsinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, seit Jahrhunderten bekannten und seit Jahrtausenden in allen Überlieferungen wiederholten Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben innezuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne einen besonderen Zwangsapparat, Staat genannt, zu beachten. Der Ausdruck ‚der Staat stirbt ab‘ ist sehr treffend gewählt, denn er verweist sowohl auf das Allmähliche wie auf das Elementare des Prozesses. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir können rings um uns millionenmal beobachten, wie leicht sich Menschen an die Innehaltung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wo es keine Ausbeutung gibt, wo sie nichts empört, nichts zu Protesten und Aufständen anreizt und die Anwendung von Gewalt nötig macht“[123]).

§ 13. Die neuen, „freien“ Gesellschaftszustände während des Übergangs vom kapitalistischen Staat zur staatsfreien kommunistischen Gesellschaft.

Die wichtigste Voraussetzung für das Entstehen der den staatslosen Zustand ermöglichenden „Gewöhnung“ der Menschen ist ihr Heranwachsen in „neuen, freien Gesellschaftszuständen“, die offenbar in jenem Übergangszustand verwirklicht werden müssen, den die auf den kapitalistischen Klassenstaat unmittelbar folgende Diktatur des Proletariates, der Arbeiterstaat darstellt. Dieser Übergangszustand ist aber auch nach der bolschewistischen Theorie eine Zwangsordnung, die zwar ihrem Inhalte nach neu, aber ihrer Form nach keineswegs frei ist. Schon der Umstand, daß gerade der Bolschewismus stärker als die sozialdemokratische Parteidoktrin die Gewalt als Mittel für die Eroberungen der politischen Macht betont, und zwar deshalb, weil es sich in Ruß-

123) A. a. O. S. 83. In der deutschen Übersetzung heißt es zum Schlusse offenbar irrig: unnötig macht.

Proletariat". Er meint sogar: „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden"; er stellt fest, „daß der Kern des Sozialismus heute schon in allen Institutionen des kapitalistischen Staates steckt"; und er behauptet: „Das Proletariat ist in seiner Praxis weit entfernt vom Staatsnihilismus". So zutreffend all diese Behauptungen sein mögen, so unrichtig ist, wenn sich RENNER dabei auf MARX selbst beruft. Nur schwer dürfte er den Satz beweisen können: „KARL MARX war eine ganze Fixsternweite entfernt von der Negation des Staates, von der Verachtung des Staates, von der abergläubischen Furcht vor dem Staate, von dem Staatsnihilismus, mit dem heute der Vulgärmarxismus kokettiert". Das Gegenteil ist erweislich. Und so hat RENNER wohl vollkommen recht, wenn er „die Unentbehrlichkeit einer sozialistischen Staats- und Rechtslehre" hervorhebt, aber es ist ein aussichtsloses Beginnen, wenn er den Nachweis versucht, daß alle seine Aufstellungen „sich mit KARL MARX' Lehren vollständig decken".

IV. Kapitel.

Die Theorie des Bolschewismus (Neokommunismus).

§ 12. Die Restitution und Fortbildung der MARX-ENGELSschen Lehre vom Absterben des Staates und die LENINsche Theorie der „Gewöhnung" als Bedingung für das Ausschalten jeglichen sozialen Zwanges.

BAKUNIN, der Begründer des sogenannten „kollektivistischen Anarchismus", hat gegen den Kommunismus und die deutsche Sozialdemokratie den Einwand erhoben, daß „der Kommunismus alle Kräfte der Gesellschaft im Staat konzentriert und von ihm absorbieren läßt, weil er notwendigerweise auf die Zentralisation des Eigentums in den Händen des Staates hinausläuft", und daß die deutsche Sozialdemokratie „die Erhaltung und Stärkung des Staates um jeden Preis" anstrebe, während auf die revolutionär-sozialistische Fahne in blutigen, in feurigen Lettern geschrieben sei: „Abschaffung alles und jeden Staates, Zerstörung der Bourgeoisiezivilisation, freie Organisation von unten nach oben mit

Hilfe der freien Assoziationen" [121]). Es sind ganz ähnliche Vorwürfe, die der sog. „Bolschewismus", jene eigenartige Form, die der marxistische Kommunismus in Rußland unter dem Einflusse spezifischer Entwicklungsbedingungen neuestens angenommen hat, gegen Theorie und Praxis der nicht minder auf MARX und ENGELS fußenden Sozialdemokratie Deutschlands sowie der von ihr beeinflußten sozialdemokratischen Parteien in anderen Staaten erhebt. Da sich hier der seltene Fall ereignet, daß die literarischen Vorkämpfer einer Bewegung zugleich die Führung im politischen Machtkampfe behaupten und heute an der Spitze des ersten proletarischen Klassenstaates, der ersten in der Geschichte verwirklichten „Diktatur des Proletariates" stehen — die Pariser Kommune kommt ja neben der russischen Sowjet-Republik kaum in Betracht —, verdient die Lehrmeinung dieser zu größter historischer Bedeutung gelangten Männer nicht nur vom Standpunkte der Geistesgeschichte, sondern auch der praktischen Tagespolitik die aufmerksamste Beachtung; zumal dafür gesorgt wurde, daß ihre Schriften, in alle Kultursprachen übersetzt, in unzähligen Exemplaren überall Verbreitung finden.

Die Besonderheit der sozialistischen Theorie und Praxis, die die von LENIN und TROTZKI geführte russische Partei der Bolschewiki vertritt, macht sich gegenüber der offiziellen sozialdemokratischen Parteidoktrin vornehmlich nach zwei Richtungen geltend. Vor allem — und das ist eine rein theoretische Differenz — betont der Bolschewismus die MARX-ENGELSsche Lehre vom schließlichen Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaft. Wenn LENIN in seiner hier wiederholt zitierten, für die Theorie des russischen Neokommunismus grundlegenden Schrift „Staat und Revolution" die „Wiederherstellung der wahren MARXschen Lehre vom Staate" sich zur Aufgabe gesetzt hat, so muß die im vorigen an der Hand der zumeist auch von LENIN angeführten Äußerungen MARX' und ENGELS' versuchte Nachprüfung bestätigen, daß LENIN in einem theoretisch entscheidenden Punkte die von der offiziellen sozialdemokratischen Parteidoktrin meist ignorierte oder doch sehr vernachlässigte These der materialistischen Geschichtsauffassung über das Verhältnis des

121) Zitiert bei PLECHANOW, a. a. O. S. 44 und 57.

land nicht darum handelt, einer überwiegenden Majorität die Herrschaft über eine verschwindende Minorität, sondern umgekehrt: einer kleinen Minderheit des industriellen Proletariats und der besitzlosen Feldarbeiter die Herrschaft über eine starke Mehrheit zu verschaffen, muß während der Diktatur des Proletariats das Zwangsmoment besonders in den Vordergrund treten lassen. Es wäre gewiß nicht angebracht, die zum großen Teile übertriebenen und aus Partei- und Klasseninteresse erlogenen Nachrichten der bürgerlichen Tagespresse über die Vorgänge unter dem bolschewistischen Regime in Rußland als Beweis dafür anzuführen, daß die Diktatur des Proletariats faktisch alles eher als „freie Gesellschaftszustände“ mit sich bringe. Es genügt vollkommen, sich auf die Darstellung zu stützen, die LENIN und insbesondere BUCHARIN in seiner Schrift „Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki)“ [124]) von dem proletarischen Übergangsstaat gibt. Schon LENIN — der über den Zwangscharakter der proletarischen Diktatur keinen Zweifel läßt, wenn er auch immer mit Nachdruck hervorhebt, daß es sich dabei nur um einen Übergangszustand handelt — erklärt: „Alle Bürger verwandeln sich hier (in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft) in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden“. „Die ganze Gesellschaft wird eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohne. Aber diese Fabrikdisziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturze der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter über die gesamte Gesellschaft ausdehnen will, ist nichts weniger als unser Ideal, unser Endziel. Sie ist nur eine kleine, zur radikalen Beseitigung des Schmutzes und der Gemeinheit der kapitalistischen Ausbeutung und für den weiteren Fortschritt notwendige Stufe [125]).“ LENIN täuscht sich durchaus nicht über die Notwendigkeit strengster Disziplin in diesem Großbetrieb, zu dem sich die Gesellschaft zu organisieren hat: „In allen solchen Unternehmungen (Großbetrieben) erfordert die Technik unbedingt die strengste Disziplin, die größte Gewissenhaftigkeit bei Ausführung der dem einzelnen übertragenen Arbeiten, da sonst die Stillegung des ganzen Be-

---

124) Verlag der Zeitschrift „Die soziale Revolution“, Wien, 1918.
125) A. a. O. S. 95.

triebes, eine Schädigung des Mechanismus, eine Schädigung der Produktionsartikel zu befürchten ist[126])". „Bis zum Eintritt der höheren Phase des Kommunismus fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle durch die Gesellschaft und durch den Staat[127]) über das Maß von Arbeit und Konsumtion. Diese Kontrolle soll jedoch mit der Expropriation der Kapitalisten durch die Arbeiter beginnen und nicht von Staatsbeamten ausgeführt werden, sondern vom Staate der bewaffneten Arbeiter" [128]). Die „Bewaffnung" des Proletariates ist nach LENIN ein Wesensmerkmal des Staates, der den Übergang zur staatslosen Gesellschaft bilden soll; LENIN sagt, der kapitalistische Staat sei durch „eine Staatsmaschine zu ersetzen, die von den bewaffneten Arbeitermassen gebildet wird und auf eine Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz hinausläuft" [129]). Das bedeutet aber die Aufrichtung eines ganz ungewöhnlichen militärischen Zwangsapparates, dessen Größe und Wirkungsmöglichkeit weit über die des bürgerlichen Staates hinausreicht. Gäbe es nicht viel zu erzwingen, gälte es nicht, gegen sehr viele einen Zwang zu richten, wäre ein solches Aufgebot von Bewaffneten kaum nötig. Noch viel deutlicher als bei LENIN tritt der Zwangscharakter des Arbeiterstaates in der programmatischen Schrift BUCHARINS hervor. Hier wird das Moment der Gewalt immer wieder mit Nachdruck unterstrichen. Hierfür einige Proben: „Wie soll man die kommunistische Gesellschaftsordnung gründen? Wie soll man dazu gelangen? Darauf antwortet die Partei der Kommunisten: Durch die Diktatur des Proletariates, Diktatur — das bedeutet die eiserne Macht, die ihre Feinde nicht verschont, Diktatur der Arbeiterklasse, das bedeutet die Staatsmacht der Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie und die Grundbesitzer erwürgt" [130]). „Was folgt hieraus? Hieraus folgt, daß die Arbeiterklasse vor der kommunistischen und nach der kapitalistischen Ordnung im Zeitraume zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sogar nach der sozialistischen Revolution in einigen Ländern einen sehr heftigen Kampf mit ihren äußeren und inneren Feinden bestehen muß. In einem solchen Kampfe bedarf es einer festen, großen, wohlerbauten Organisation, der

---

126) A. a. O. S. 103. 127) von LENIN selbst gesperrt! 128) A. a. O. S. 91. 129) A. a. O. S. 94. 130) A. a. O. S. 14.

alle Mittel des Kampfes zur Verfügung stehen. Eine solche Organisation der Arbeiterklasse ist der proletarische Staat, die Macht der Arbeiter. Wie jeder andere Staat ist der proletarische Staat eine Organisation der herrschenden Klasse (und die herrschende Klasse ist hier die Arbeiterklasse) und eine Organisation der Gewalt, aber einer Gewalt gegen die Bourgeoisie, ein Mittel, sich gegen die Bourgeoisie zu wehren und sie völlig zu schlagen"[131]). „Aus der Natur der Übergangszeit erwächst die Notwendigkeit eines Arbeiterstaates. Sogar wenn die Bourgeoisie in der ganzen Welt bezwungen ist, wird sie, die an Müßiggang gewöhnt ist, gegen die Arbeiter murren, sich der Arbeit entziehen und auf jede Weise dem Proletariate schaden. Man muß sie zwingen, dem Volke zu dienen. Das können nur Macht und Zwang tun"[132]). Es macht zwar den Eindruck, als ob sich die Gewalt nur gegen die Bourgeoisie und die besitzenden Bauern richte, daß der Zwang von einer überwiegenden Mehrheit gegen eine verschwindende Minderheit geübt würde; BUCHARIN stellt das Verhältnis der Klassen selbst mit den Worten dar: „ein kleines Häuflein Leute — Bankiers, Gutsbesitzer und Fabrikanten" — „ein Häuflein Parasiten auf der einen Seite, „Millionen fleißiger Arbeiter auf der anderen Seite", und er rechtfertigt die Gewalt geradezu damit, daß sie nur gegen eine Minorität geübt werde[133]). Allein ganz abgesehen davon, daß ein solches Kräfteverhältnis nicht die ungeheure Verstärkung eines Machtapparates begreiflich machen würde, der — als bürgerlicher Staat — mit weit weniger Mitteln das umgekehrte Verhältnis: Herrschaft einer verschwindenden Minorität über eine gewaltige Majorität — aufrecht hielt, ganz abgesehen auch von der notorischen Tatsache, daß speziell in Rußland das Proletariat keineswegs die Mehrheit der Bevölkerung bildet — was ja sehr wichtige Konsequenzen für die politische Theorie und Praxis des Bolschewismus hatte; ganz abgesehen von all dem, geht aus der BUCHARINschen Darstellung klar hervor, daß die staatliche Exekution sich keineswegs nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen Angehörige des Proletariates richten kann und muß. Das ist ja im Grunde schon der Fall bei den ehe-

---

131) A. a. O. S. 16. 132) A. a. O. S. 17. 133) A. a. O. S. 15.

maligen Bourgeois, denen „nach Bezwingung der Bourgeoisi ein der ganzen Welt" — was immerhin auch geraume Zeit dauern wird — das Privateigentum an den Produktionsmitteln entzogen ist und die daher aus Kapitalisten zu Proletariern geworden sind. (Daß diese ehemaligen Kapitalisten an Müßiggang gewöhnt seien, ist wohl eine gelinde Übertreibung, da ja die Unternehmertätigkeit, wie immer man sie ethisch einschätzen mag, gewiß nur in einem proletarischen Märchen vom „faulen Kapitalisten" und „fleißigen Proletarier" als bloßes Nichtstun bezeichnet werden darf.) Aber auch die ursprünglichen Proletarier können mit der Zwangsgewalt in Konflikt kommen. Bucharin schildert in sehr anschaulicher Weise die gigantische, durchaus zentralistische Organisation der Produktion im proletarischen Staate: Nationalisierung, d. h. Verstaatlichung der Banken[134]), der Industrien[135]), Kommunisierung der Landwirtschaft[136]), dazu „Verwaltung der Armee, der Gerichte, der Schulen und anderer Angelegenheiten"[137]) durch den Arbeiterstaat, eine ungeheure Ausdehnung der staatlichen Kompetenz! Dazu fordert Bucharin die „Einführung der Arbeitspflicht", allerdings zunächst nur „für die reichen Klassen"[138]), doch betont er sofort, „daß dies nur der Übergang zur allgemeinen Arbeitspflicht sein soll"[139]). Er meint zwar, daß „die Arbeiter selbst durch ihre eigenen Organisationen auf Grundlage der Selbstverwaltung der Arbeit die Arbeitspflicht einführen und durchführen sollen; allein das ändert nichts an dem Charakter der Pflicht, deren Härte schon durch die Erkenntnis der Notwendigkeit erhellt, eine große Arbeitsarmee zu organisieren, „wo Arbeitsdisziplin waltet und jedermann sich seiner schweren Pflichten bewußt ist"[140]). Man müsse sich in der allerersten Zeit auf genaue Registration der Arbeitshände mit Angaben der Profession und Spezialität und Einführung eines obligatorischen Dienstes beschränken. „Die Sektion der Registration der Arbeitskräfte sieht die Berufsregisterverzeichnisse durch, findet dort entsprechende Personen, und sie sind als Registrierte verpflichtet, zu fahren, wohin die oben erwähnten Sektionen sie schicken"[141]). Bucharin sagt zwar nicht, was im allgemeinen

134) A. a. O. S. 27 ff. 135) A. a. O. S. 30 ff. 136) A. a. O. S. 34 ff. 137) A. a. O. S. 39. 138) A. a. O. S. 39. 139) A. a. O. S. 40. 140) A. a. O. S. 40/41. 141) A. a. O. S. 41.

mit jenen zu geschehen habe, die sich der „obligatorischen gesellschaftlichen Arbeit" entziehen, die den Anordnungen der hierzu Befugten nicht Folge leisten. Aber er sagt es in besonderen Fällen. So gesteht er, es gäbe „bei uns leider auch viele nicht klassenbewußte Arme", die die Verpflegungsorganisation verletzten und „dadurch auch den allgemeinen Plan stören"[142]). Er sagt, daß „Nachlässigkeit und Prellerei bei der Arbeit nun ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse selbst" sei[143]). „Die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Gewerkschaften, bestimmen selbst die Norm der Produktion, d. h. die Menge des Produkts, die jeder im Laufe des Arbeitstages produzieren muß. Wer nicht diese Menge produziert (hier ist natürlich nicht Krankheit und unnormale Schwäche in Betracht gezogen), der sabotiert, der sprengt das Werk der Einrichtung der neuen, freien sozialistischen Ordnung in die Luft, der hindert die Arbeiterklasse, den Weg zum völligen Kommunismus zu gehen"[144]). Die Möglichkeit einer Störung der Ordnung ist also zugegeben. Welches ist aber die Reaktion? Es ist überaus bezeichnend, daß von dieser wichtigen Frage nur bei einem verhältnismäßig nebensächlichen Anlasse gesprochen wird: bei der Verstaatlichung des auswärtigen Handels. Kein Privater hat das Recht, mit ausländischen Kapitalisten Handelsgeschäfte abzuschließen. „Wenn Jemand dabei ertappt wird, harrt seiner Strafe oder Kerker"[145]). Man muß wohl annehmen, daß Strafe auch die Rechtsfolge für Übertretung anderer staatlicher Normen, für die als „Verbrechen" qualifizierten Verletzungen anderer, wichtigerer, die Existenz des sozialistischen Arbeiterstaates, weil die ganze Produktionsordnung garantierender Pflichten ist, für Pflichtverletzungen, die von jedermann, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen, begangen werden können, zumal dann, wenn die Klassenunterschiede verschwunden sind.

Es ist wahrhaftig kein Einwand, der hier gegen die sozialistische Ordnung des Arbeiterstaates gemacht wird, wenn auf Grund all dieser Momente behauptet wird, daß sie jeden Ehrentitel, nur nicht den einer „freien" verdient, und daß man der sozialistischen Idee gewiß nicht nützt, wenn über diese Tatsache

142) A. a. O. S. 43. 143) A. a. O. S. 46. 144) A. a. O. S. 47. 145) A. a. O. S. 56.

mit zweideutigen Phrasen hinweggetäuscht wird. Es ist auch unerfindlich, wie dieser gewaltige Zwangsapparat, den gerade die bolschewistische Theorie für notwendig hält, jene neuen und freien Gesellschaftszustände in seinem Schoße bergen soll, die zu der von LENIN behaupteten Gewöhnung an den staatslosen Zustand führen. Tatsächlich hat ja auch LENIN schließlich selbst nicht die Freiheit, sondern den Zwang als Mittel bezeichnet, der die psychologische Voraussetzung für die anarchische Gesellschaft des Kommunismus — die Gewöhnung — herbeiführen wird. Er sagt: Wenn die Beteiligung an der staatlichen Verwaltung eine allgemeine sein wird — weil es eben alle gelernt haben —, dann wird die Umgehung der „vom ganzen Volk getätigten Registrierung und Kontrolle" — darin besteht nach LENIN die Verwaltung des Zukunftsstaates — „so ungeheuer schwierig werden, eine so seltene Ausnahme bilden, wird eine so rasche und ernste Bestrafung zur Folge haben (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und nicht sentimentale Intellektuelle; sie lassen nicht mit sich spotten), daß die Innehaltung der einfachen Grundregeln für jedes menschliche Zusammenleben sehr bald infolge der Notwendigkeit zur Gewohnheit werden wird"[146]. Infolge der „Notwendigkeit", infolge der „raschen und ernsten Bestrafung", aber nicht infolge der „neuen, freien Gesellschaftszustände"! Gerade in diesem Zusammenhange besorgt LENIN eine Verletzung der staatlichen Ordnung nur seitens der Kapitalisten, richtiger der ehemaligen Kapitalisten, die als „Nichtstuer, Junker, Betrüger und andere Schützer der Traditionen des Kapitalismus" charakterisiert werden. Es hat fast den Anschein, als ob nur diese Menschen durch Bestrafung, die Arbeiter und besitzlosen Bauern aber durch die „neuen, freien Gesellschaftszustände" in eine staatslose Gesellschaft eingewöhnt werden sollen. Doch kann dies wohl nur ein durch die agitatorische Darstellung herbeigeführter Schein sein, denn ernstlich wird ein an der materialistischen Geschichtsauffassung geschulter Denker, wie LENIN, nicht eine Anschauung vertreten, die aus den ökonomischen Klassen des Proletariats und der Bourgeoisie sittliche Kategorien, aus den

146) A. a. O. S. 96.

mit jenen zu geschehen habe, die sich der „obligatorischen gesellschaftlichen Arbeit" entziehen, die den Anordnungen der hierzu Befugten nicht Folge leisten. Aber er sagt es in besonderen Fällen. So gesteht er, es gäbe „bei uns leider auch viele nicht klassenbewußte Arme", die die Verpflegungsorganisation verletzten und „dadurch auch den allgemeinen Plan stören"[142]. Er sagt, daß „Nachlässigkeit und Prellerei bei der Arbeit nun ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse selbst" sei[143]. „Die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Gewerkschaften, bestimmen selbst die Norm der Produktion, d. h. die Menge des Produkts, die jeder im Laufe des Arbeitstages produzieren muß. Wer nicht diese Menge produziert (hier ist natürlich nicht Krankheit und unnormale Schwäche in Betracht gezogen), der sabotiert, der sprengt das Werk der Einrichtung der neuen, freien sozialistischen Ordnung in die Luft, der hindert die Arbeiterklasse, den Weg zum völligen Kommunismus zu gehen"[144]. Die Möglichkeit einer Störung der Ordnung ist also zugegeben. Welches ist aber die Reaktion? Es ist überaus bezeichnend, daß von dieser wichtigen Frage nur bei einem verhältnismäßig nebensächlichen Anlasse gesprochen wird: bei der Verstaatlichung des auswärtigen Handels. Kein Privater hat das Recht, mit ausländischen Kapitalisten Handelsgeschäfte abzuschließen. „Wenn Jemand dabei ertappt wird, harrt seiner Strafe oder Kerker"[145]. Man muß wohl annehmen, daß Strafe auch die Rechtsfolge für Übertretung anderer staatlicher Normen, für die als „Verbrechen" qualifizierten Verletzungen anderer, wichtigerer, die Existenz des sozialistischen Arbeiterstaates, weil die ganze Produktionsordnung garantierender Pflichten ist, für Pflichtverletzungen, die von jedermann, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen, begangen werden können, zumal dann, wenn die Klassenunterschiede verschwunden sind.

Es ist wahrhaftig kein Einwand, der hier gegen die sozialistische Ordnung des Arbeiterstaates gemacht wird, wenn auf Grund all dieser Momente behauptet wird, daß sie jeden Ehrentitel, nur nicht den einer „freien" verdient, und daß man der sozialistischen Idee gewiß nicht nützt, wenn über diese Tatsache

142) A. a. O. S. 43. 143) A. a. O. S. 46. 144) A. a. O. S. 47. 145) A. a. O. S. 56.

mit zweideutigen Phrasen hinweggetäuscht wird. Es ist auch unerfindlich, wie dieser gewaltige Zwangsapparat, den gerade die bolschewistische Theorie für notwendig hält, jene neuen und freien Gesellschaftszustände in seinem Schoße bergen soll, die zu der von LENIN behaupteten Gewöhnung an den staatslosen Zustand führen. Tatsächlich hat ja auch LENIN schließlich selbst nicht die Freiheit, sondern den Zwang als Mittel bezeichnet, der die psychologische Voraussetzung für die anarchische Gesellschaft des Kommunismus — die Gewöhnung — herbeiführen wird. Er sagt: Wenn die Beteiligung an der staatlichen Verwaltung eine allgemeine sein wird — weil es eben alle gelernt haben —, dann wird die Umgehung der „vom ganzen Volk getätigten Registrierung und Kontrolle“ — darin besteht nach LENIN die Verwaltung des Zukunftsstaates — „so ungeheuer schwierig werden, eine so seltene Ausnahme bilden, wird eine so rasche und ernste Bestrafung zur Folge haben (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und nicht sentimentale Intellektuelle; sie lassen nicht mit sich spotten), daß die Innehaltung der einfachen Grundregeln für jedes menschliche Zusammenleben sehr bald infolge der Notwendigkeit zur Gewohnheit werden wird“[146]). Infolge der „Notwendigkeit“, infolge der „raschen und ernsten Bestrafung“, aber nicht infolge der „neuen, freien Gesellschaftszustände“! Gerade in diesem Zusammenhange besorgt LENIN eine Verletzung der staatlichen Ordnung nur seitens der Kapitalisten, richtiger der ehemaligen Kapitalisten, die als „Nichtstuer, Junker, Betrüger und andere Schützer der Traditionen des Kapitalismus“ charakterisiert werden. Es hat fast den Anschein, als ob nur diese Menschen durch Bestrafung, die Arbeiter und besitzlosen Bauern aber durch die „neuen, freien Gesellschaftszustände“ in eine staatslose Gesellschaft eingewöhnt werden sollen. Doch kann dies wohl nur ein durch die agitatorische Darstellung herbeigeführter Schein sein, denn ernstlich wird ein an der materialistischen Geschichtsauffassung geschulter Denker, wie LENIN, nicht eine Anschauung vertreten, die aus den ökonomischen Klassen des Proletariats und der Bourgeoisie sittliche Kategorien, aus den

146) A. a. O. S. 96.

Besitzlosen eine Gemeinschaft von Heiligen, aus den Privateigentümern der Produktionsmittel ein Rudel Bösewichter macht.

Seine Theorie der Gewöhnung sucht LENIN dadurch plausibel zu machen, daß er immer wieder hevorhebt, es handle sich bei der Ordnung der kommunistischen Gesellschaft ja nur um die „einfachen" elementaren, „seit Jahrhunderten bekannten und seit Jahrtausenden in allen Überlieferungen wiederholten Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben" [147]), an deren Beobachtung die Menschen gewöhnt werden müssen. Nun, als „einfach" kann man gerade die kommunistische Wirtschaftsordnung nicht bezeichnen. Soweit sie überhaupt schon bekannt, d. h. ausgedacht ist, muß sie im Gegenteil als außerordentlich kompliziert bezeichnet werden. Dafür liefert den besten Beweis die nur skizzenhafte Schilderung, die BUCHARIN in seinem „Programm der Kommunisten" von der Zukunftsgesellschaft gibt; ein ungeheurer, womöglich das ganze Wirtschaftsgebiet der Erde und die ganze menschliche Gesellschaft umfassender, streng zentralistisch geleiteter Produktionsorganismus. Bei den „elementaren" Regeln LENINS möchte man beinahe an den „ordre naturel", an die natürliche, angeborene, aus dem Zustand der Freiheit und dem Wesen der Dinge sich von selbst ergebende Gesellschaftsordnung des individualistischen Naturrechtes denken! Was aber die bekannten, bisher überlieferten Regeln menschlichen Zusammenlebens betrifft, so haben sie neben der Achtung des fremden Lebens zu ihrem Hauptinhalt: die Achtung des Privateigentums. Die jahrhundertelange Herrschaft des Kapitalismus hat diese Vorstellungen — nicht zuletzt durch das Mittel der staatlichen Zwangsordnung — so sehr in die Seelen der Menschen eingebrannt, so sehr zu allgemeinen Denk- und Willensgewohnheiten gemacht, daß es — wie die Erfahrungen der jüngsten sozialen Revolution gelehrt haben — schwere Mühe machen wird, gerade den Arbeitern und besonders den Bauern die tiefwurzelnde kapitalistische Anschauungsweise, die trotz aller sozialistischen Schulung immer wieder durchbrechende individualistische Schätzung des Privateigentums abzugewöhnen. Hat nicht die russische Revolution gezeigt, daß der Eigentumstrieb den Arbeiter wie den

147) A. a. O. S. 83.

Bauer mit unwiderstehlicher Gewalt dazu drängt, die Produktionsmittel — den einen die Fabrik, den andern das Land — an sich zu reißen, und steht nicht die sozialistische Aufklärungsarbeit immer wieder vor der heute noch ungelösten Aufgabe, das Proletariat aus den geistigen Fesseln des Kapitalismus zu befreien, ihm die Überzeugung beizubringen, daß die Fabrik nicht dem dort zufällig beschäftigten Arbeiter, das Land nicht dem Bauer, sondern beides der organisierten Gesamtheit gehört? Es wäre gewiß kurzsichtig, anzunehmen — und nur ein Wunsch, ein Glaube an den Segen des Kommunismus ist der Vater dieses Gedankens —, daß der Eigentumstrieb künstlich durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung im Menschen erzeugt wurde. Sicherlich handelt es sich hier um einen elementaren Instinkt des Menschen, nicht um eine Folge, sondern umgekehrt um eine Voraussetzung, eine seelische Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das kann keine Rechtfertigung des Privateigentums oder gar der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein. Alle Kultur schreitet nur im Kampf, in der Verdrängung oder Einschränkung menschlicher Instinkte vorwärts. Aber diese Erkenntnis macht den Schluß unvermeidlich, daß nur eine Zwangsordnung einen gesellschaftlichen Zustand ermöglicht, in dem für einen Urtrieb des Menschen — wenn auch vielleicht zu seinem Heile — so wenig Raum ist. Nur der Staat ist stark genug, das Eigentum an allen Produktionsmitteln an sich zu ziehen, das Eigentum aller anderen auszuschließen; und diese Personifikation ist nur der bildhafte Ausdruck dafür, daß, wenn keinem Einzelmenschen die ausschließliche Verfügung über die Produktionsmittel zustehen soll, mächtige Dämme gegen den unverwüstlichen Drang der menschlichen Natur, gegen den Willen zur Macht auf wirtschaftlichem Gebiete errichtet werden müssen.

Gewiß wird eine die kommunistische Produktion garantierende Zwangsordnung nach geraumer Zeit ganz ebenso kommunistische Denk- und Willensgewohnheiten erzeugen, wie der Staat des Kapitalismus den Respekt vor dem Privateigentum in Fleisch und Blut hat übergehen lassen. Aber wie die kapitalistische Wirtschaft dennoch niemals des Staates entbehren kann, weil ihre Ordnung immer durch einzelne, wenn auch nur ausnahmsweise, die gewohnheitlichen Hemmungen durchbrechende Affekte

gefährdet ist, so wird auch die kommunistische Wirtschaftsordnung einen schützenden Zwangsapparat nicht überflüssig machen, weil sie die zahlreichen, heute noch gar nicht übersehbaren Antriebe nicht wird ausschalten können, die die Menschen immer wieder zu einer Störung der sozialen Ordnung veranlassen, gegen die diese Ordnung — will sie sich selbst erhalten — dadurch Hemmungen schafft, daß sie sich als eine Zwangsordnung konstituiert.

Freilich, LENIN schildert die kommunistische Wirtschaftsordnung als eine solche, bei der es keine Ausbeutung gibt, wo daher die Menschen nichts empört, nichts zu Protesten und Aufständen anreizt. Kann man wirklich dessen so sicher sein? Besteht nicht die Möglichkeit, besteht nicht die größte Wahrscheinlichkeit, daß die kommunistische Wirtschaftsordnung als Menschenwerk, bei allen Vorzügen gegenüber der heutigen, doch auch mit unvermeidlichen Schwächen und vielleicht drückenden Mängeln verbunden sein wird? Selbst wenn sie — was ja auch keineswegs so sicher ist und erst die Erfahrung lehren wird, eine Erfahrung, auf die eben wegen der in ihr ruhenden Möglichkeit einer Verbesserung der unerträglichen Zustände des Kapitalismus nicht verzichtet werden soll —, selbst wenn die kommunistische Produktion die erhoffte unbegrenzte Steigerung des materiellen Reichtums zur Folge haben wird, ist es nicht denkbar, daß der Erfolg nur auf Kosten anderer Lebensgüter erzielt werden kann, zumal wenn man den innigen Zusammenhang berücksichtigt, in dem die wirtschaftlichen mit allen anderen sozialen Funktionen stehen, ein Zusammenhang, den gerade die kommunistische Gesellschaftsordnung noch viel inniger gestalten muß? Sollte die Entwicklung zu höheren, besseren Formen der Gesellschaft im allgemeinen und der Wirtschaft im besonderen mit dem Kommunismus endgültig abgeschlossen sein? Und warum sollte sich diese Entwicklung anders als bisher, anders als in Gegensätzen der Meinungen und Wollungen, Gegensätzen der Parteien und Gruppen vollziehen — mögen diese Gruppen auch nicht mehr Klassen heißen, auch nicht mehr Klassen sein. Gibt es wirklich keinen anderen Widerstand gegen eine Gesellschaftsordnung als einen klassenmäßigen im engen Sinne der heutigen historisch bedingten Zustände?

Zwar gibt Lenin zu, daß im Zustande des Kommunismus der Staat nur insoferne überflüssig sein wird, als keine Klasse systematisch zu bekämpfen ist und fügt hinzu: „Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen, sowie die Notwendigkeit gegen solche Ausschreitungen vorzugehen“[148]). Aber ist es nicht unverständlich, wenn Lenin behauptet, daß es hiezu keiner „besonderen Maschine“ bedürfe; es werde dies „das bewaffnete Volk so einfach und so leicht bewerkstelligen, wie dies ein beliebiger Haufe zivilisierter Menschen selbst in der heutigen Gesellschaft gegenüber Leuten besorgt, die sich herumschlagen oder einer Frau Gewalt antun wollen“[149]). Sollte die Bewaffnung des Volkes auch in der höheren Phase des Kommunismus aufrecht bleiben? Bloß um gelegentlichen Ausschreitungen zu begegnen? Und sollte ernstlich an Stelle geordneter Rechtspflege durch Gerichte und Verwaltungsbehörden schließlich und endlich ein beliebiger Haufen zivilisierter Menschen treten? Bedarf solch' eine Behauptung besonderer Widerlegung? Etwas anderes ist es, wenn Lenin geltend macht, daß „die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, die Ausbeutung der Massen, die Not und Armut bilden“ und daß mit Beseitigung dieser Hauptursache die Ausschreitungen „aussterben“ müssen. Dagegen ist vorzubringen, daß die wirtschaftliche Ausbeutung wohl eine Hauptursache, aber keineswegs die einzige Ursache der Ordnungsstörung ist, und daß auch in der kapitalistischen Gesellschaft — eben wegen der Gewohnheit bildenden Kraft jeder Zwangsordnung — der Staat sich normalerweise nur gegen Ausschreitung einzelner richtet, die systematische Bekämpfung eines „bestimmten Teiles der Bevölkerung“ — um mit Lenin zu sprechen — nur im Augenblicke der Revolution, d. i. des bewaffneten Widerstandes dieses Teiles, in die Erscheinung tritt. Ist der Zukunftsstaat oder die Zukunftsgesellschaft vor Revolutionen sicher[150])? Dann

148) A. a. O. S. 84. 149) A. a. O. S. 85. 150) Allerdings meint Marx, in der klassenlosen Gesellschaft „werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören politische Revolutionen zu sein“ (Elend der Philosophie, 2. Aufl. 1892, S. 164). Allein es ist nicht einzusehen, warum diese „Evolutionen“ auf keinen Widerstand stoßen können, der eventuell nur mit Gewalt zu überwinden ist; und warum solche „Evolutionen“ nicht mehr „Revolutionen“ heißen sollen.

aber hat LENIN im ersten Teile seiner oben zitierten Ausführungen die systematische Bekämpfung einer Klasse in einen Gegensatz gestellt zu dem Vorgehen gegen Ausschreitungen einzelner Personen und hat diese letztere Möglichkeit gerade für den Zustand zugegeben, wo es — weil es keine Klassen geben — auch keines Apparates zu ihrer systematischen Bekämpfung bedürfen wird. Diese Ausschreitungen können also ihren Grund nicht in dem Klassengegensatze haben und können daher auch mit dem Wegfalle des Klassengegensatzes nicht „absterben". Da es sich ja um Zukunftsentwicklungen handelt, die nicht mehr vom festen Standpunkte der Erfahrung aus beurteilt werden können, ist einer Auffassung, die die künftigen Störungsmöglichkeiten einer noch gar nicht übersehbaren Gesellschaftsordnung nur nach den heutigen Verhältnissen bemißt, zu mindest Mangel an Phantasie vorzuwerfen. Bei der Schilderung der höheren Phase des Kommunismus verfällt LENIN ebenso wie BUCHARIN in einen unkritischen Dogmatismus, der sich von einem utopischen Optimismus auch dann nicht unterscheidet, wenn er versichert, die „Voraussehung" des goldenen Zeitalters habe „nicht die heutige Arbeitsleistung und nicht den heutigen Spießer zur Voraussetzung".[151]).

§ 14. Die Umwandlung der „politischen" Funktionen des Staates in verwaltungstechnische; „Registrierung und Kontrolle".

Die ENGELSsche Lehre vom „Absterben" des Staates wird von LENIN noch in einer anderen Richtung fortgeführt. Neben der „Gewöhnung" bezeichnet er als eine Bedingung für die Beseitigung des Staates „die Umwandlung der Funktionen des Staatsdienstes in so einfache Funktionen wie Kontrolle und Registrierung", „die von der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt werden können und späterhin von der gesamten Bevölkerung werden getätigt werden können" [152]). Man sollte meinen, daß der zentralistisch organisierte, womöglich die ganze Welt und Menschheit umfassende, weil nur so die rationalste Arbeitsteilung garantierende Verwaltungsapparat der kommunistischen

151) A. a. O. S. 91. 152) A. a. O. S. 71.

Genossenschaft dem heutigen Staatsapparate gegenüber eher eine Komplizierung als eine Vereinfachung erfahren muß, und daß — eben im Zuge der zum Zwecke der Produktionssteigerung unvermeidlichen, stetig fortschreitenden Arbeitsteilung — auch die Bedienung des zentralen Verwaltungsapparates immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte erfordern wird, die je nach dem Zweige der Verwaltung eine spezifische Vor- und Ausbildung erhalten haben. Das Beispiel eines kapitalistischen Großbetriebes muß hier maßgebend sein. Seltsamerweise läuft der LENINsche Gedankengang auf das gerade Gegenteil hinaus! Die Leitung und Verwaltung des Staates — wenn von einer solchen im Sinne LENINS noch die Rede sein kann — wird angeblich vereinfacht und von der gesamten Bevölkerung ausgehen. In dieser Vereinfachung der staatlichen Funktionen, in ihrer Reduktion auf Kontrolle und Registrierung, in dem Verschwinden eines arbeitsteilig funktionierenden Beamtentums erblickt LENIN die Eliminierung des spezifischen Vorgesetztenverhältnisses und damit des politischen Charakters des Gemeinwesens. Es ist nicht leicht, sich dabei etwas Konkretes vorzustellen. Die bezüglichen Ausführungen LENINS sind überaus unklar. So sagt er, er sei keineswegs ein Utopist und träume durchaus nicht davon, daß man plötzlich „ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte". Das sei Anarchismus und dem Marxismus wesensfremd. „Wir wollen die sozialistische Revolution mit den heutigen Menschen durchführen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne ‚Aufseher und Buchhalter' nicht auskommen können". Unterzuordnen habe man sich aber „dem bewaffneten Vortrupp aller Ausgebeuteten und Werktätigen — dem Proletariate". Doch müsse „mit der Beseitigung des spezifischen Vorgesetztentums der Staatsbeamten sofort begonnen werden"[153]. Aber das Vorgesetztentum des Proletariates und — da dies als solches doch nicht alles selbst besorgen kann — seiner Organe bleibt doch bestehen? Denn es bleibt doch zunächst ein Staat, eine Zwangsordnung, ein Über- und Unterordnungs-, d. h. ein rechtliches Befehls- und Gehorsamsverhältnis? Nein. „An deren (Staatsbeamten) Stelle müssen die einfachen Funktionen von Aufsehern und Buchhaltern treten, zu denen bei dem heutigen Ent-

153) A. a. O. S. 44, 45.

wicklungsniveau die Städter schon jetzt befähigt sind, und die sie durchaus zu dem ‚Arbeiterlohne‘ auszuüben vermögen“. Im nächsten Satze werden freilich die Staatsbeamten und eine Staatsgewalt mit eiserner Disziplin wieder eingeführt. „Wir, die Arbeiter selbst, organisieren den Großbetrieb, indem wir das, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, ausbauen, gestützt auf die eigene Erfahrung der Arbeiter.“ — Woher diese eigene Erfahrung der Arbeiter bei der Leitung eines Großbetriebes oder gar des Staates kommen soll, ist allerdings rätselhaft; konsequent wäre nur die Behauptung, daß die Arbeiter diese Leitung, obgleich sie sie bisher nicht geführt haben, darum übernehmen können, weil dazu keine Erfahrung nötig ist. Diese Behauptung stellt Lenin in einem anderen Zusammenhange allerdings auch auf. — „Wir verwirklichen eine, durch die Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter unterstützte, strenge, eiserne Disziplin und machen die Staatsbeamten“ — die doch eben beseitigt wurden —, „zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten ‚Aufsehern und Buchhaltern‘ (natürlich mitsamt den Technikern jeder Art, jedes Ranges und Grades)“ [154]); als ob die Staatsbeamten nicht auch in der kapitalistischen Demokratie, wenigstens de jure, die einfachen Vollstrecker des im Parlamente geäußerten Willens wären, als ob sie nicht auch dort verantwortlich, absetzbar — wenn auch nicht nach Willkür — und als ob nicht zum allergrößten Teil die Beamten nur sehr bescheiden bezahlt wären. Gewiß, de facto wird die Bürokratie zu einer selbständigen, mit der Volksvertretung konkurrierenden, diese nicht selten verdrängenden Macht. Sicherlich ist alle Bürokratie ihrem innersten Wesen nach autokratisch und darum der gefährlichste Gegner der Demokratie. Allein das gilt nicht bloß für die Bürokratie der kapitalistischen Demokratie, sondern ganz ebenso für diejenige des proletarischen Arbeiterstaates. Oder sollten dessen Beamte keinerlei Imperium, d. h. keinerlei Vollmacht haben, zur Wahrung der ihnen anvertrauten Interessen, zur Realisierung der in ihre Kompetenz fallenden Normen verbindliche Befehle an andere Menschen zu erteilen? Wird es in dieser Übergangszeit keine Richter geben, die einen Mörder verurteilen, Gefängnisbeamte, die ihm eventuell gewalt-

154) A. a. O. S. 45.

sam die Freiheit entziehen, Sanitätsbeamte, die unter Umständen mit Zwangsanwendung eine Wohnung desinfizieren und deren Anordnungen man sich bei Strafe zu fügen hat? LENIN meint, das von ihm charakterisierte Beginnen müsse schließlich zu einer Ordnung führen, „bei der die sich immer einfacher gestaltenden Funktionen der Aufsicht und Abrechnung abwechselnd von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und allmählich als Sonderfunktion einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen" [155]). Diese „besondere Schicht von Menschen", diese „Staatsbeamten" bestehen heute aus: Richtern, Lebensmittelkommissären, Gemeindeärzten, Veterinärbeamten, Staatsbahnbeamten, Beamten der sozialen Fürsorge, Straßenbauingenieuren usw. usw. Es gibt kaum einen menschlichen Beruf, der bei der außerordentlichen Ausdehnung der Kompetenz des modernen Staates und bei der noch viel gewaltigeren Ausdehnung der Kompetenz des proletarischen Staates nicht als Staatsfunktion in Betracht käme. Die Funktionäre sind Staatsbeamte und sind um so bessere Staatsbeamte, je besser sie geschult, je spezialisierter ihre Ausbildung ist. Im Zukunftsstaate werden alle diese Funktionen abwechselnd von allen besorgt werden. Dieser Staat muß allerdings absterben.

Es ist ja möglich, daß LENIN das nicht gemeint hat, was aus seinen — vielleicht schlecht ins Deutsche übersetzten — Worten herausgelesen werden muß. Allein es ist unmöglich zu erraten, was er eigentlich meint. So, wenn er den Gedanken ausspricht, das nächste Ziel der Kommunisten sei, „die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren" [156]). Wie sollte das zum Absterben jedweden Beamtentums führen? Ist das nicht gerade eine beispiellose Verbeamtung des Wirtschaftslebens? Vielleicht ist für LENIN das Beispiel der Postverwaltung deshalb so anziehend, weil diese kein — oder doch nur ausnahmsweise und dann nur ein bescheidenes — Imperium nach außen, gegenüber der Partei hat. Allein gerade dieses Verhältnis nach außen kommt nicht in Betracht, wenn eben die ganze Volkswirtschaft zu einer Postanstalt wird, wenn — nach LENIN, der für das Absterben des Beamtentums ist — alle Bürger zu Staatsbeamten werden. Dann kommt eben nur mehr das innere Verhältnis in

155) A. a. O. S. 45. 156) A. a. O. S. 45/46.

Betracht, in dem die Organe der Postverwaltung zueinander stehen; und das ist gerade das von LENIN so verpönte „spezifische Vorgesetztentum“, das straffe Gehorsamsverhältnis einer Hierarchie, wie es eben erfahrungsgemäß zur Erreichung eines Verwaltungszweckes notwendig ist, zu dem eine große Zahl von Menschen nach einem einheitlichen Plane zusammenarbeiten müssen.

Auf die Frage, wie es eigentlich möglich werden soll, daß „wirklich alle an der Leitung des Staates teilnehmen“ [157]) — worunter offenbar nicht bloß die Wahl zu einer Volksvertretung, sondern die unmittelbare Exekutive verstanden wird — kommt LENIN noch einmal zurück, und auch diese Ausführungen sind dunkel. Schon der Kapitalismus habe gewisse Vorbedingungen geschaffen: allgemeine Schulbildung, Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen „komplizierten“ (!) vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen und Großbetriebe etc. „Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen ist es durchaus möglich, sofort von heute auf morgen dazu überzugehen, nach Beseitigung der Kapitalisten und Beamten sie auf dem Gebiete der Produktions- und Verteilungskontrolle, der Arbeits- und Produktionsregistrierung durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen.“ Da LENIN immer wieder die verhältnismäßig untergeordneten Funktionen der Kontrolle und Registrierung betont, muß doch gefragt werden, was es denn eigentlich mit dem Entwerfen des Produktionsplanes, der Organisation der Arbeitskräfte, Maschinen und Rohstoffe, mit der Erteilung der zur Durchführung dieses Planes notwendigen Aufträge oder Befehle sei, zweifellos doch wichtigeren Funktionen als kontrollieren und registrieren? Darauf scheint LENIN Antwort zu geben, wenn er — in Parenthese — von dem wissenschaftlich vorgebildeten Personal, Ingenieuren und Agronomen u.a.m. bemerkt: „Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen“. Abgesehen davon, daß sich diese Voraussage nicht ganz erfüllt hat — sind das aber nicht in der verstaatlichten Wirtschaft der Proletarierdiktatur B e a m t e, deren Funktionen die bewaffneten Arbeiter nicht abwechselnd übernehmen können?

157) A. a. O. S. 94.

LENIN fährt fort: „Registrierung und Kontrolle sind das Wichtigste, was notwendig ist, um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft in Funktion zu bringen". Als das „Wichtigste" könnte man Registrierung und Kontrolle selbst dann nicht bezeichnen, wenn die Diktatur des Proletariates sich darauf beschränkte, die ganze alte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des kapitalistischen Staates prinzipiell aufrecht zu erhalten und nur durch Vertreter des Proletariates — denn die große Masse muß doch in den Betrieben bleiben — zur Verhinderung der Verschleppung von Werten zu registrieren, zur Abnahme des Kapitalgewinnes und der Grundrente zu kontrollieren. Jeder Eingriff, jede Strukturänderung der Wirtschaft macht natürlich einen neuen Verwaltungsapparat notwendig, der nicht ohne Imperium, nicht ohne Fachmänner und Arbeitsteilung, nicht ohne zahlreiche Verwaltungsakte geführt werden kann, die weit über ein bloßes Registrieren und Kontrollieren hinausgehen. Geradezu eine Umstürzung der Wirtschaftsorganisation beabsichtigt aber LENIN, wenn er „alle Bürger in entlohnte Angestellte des Staates", eines „Staatssyndikates" verwandeln will[158]). Und nun legt er Wert darauf, neuerlich zu betonen, daß „diese Registrierung und Ausübung dieser Kontrolle auf das äußerste vereinfacht" sei. Der Kapitalismus habe sie „in außerordentlich einfache, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, für deren Ausübung die Kenntnis der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt". Auch in seiner Schrift über „die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht" wird LENIN nicht müde, die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Rechnungslegung und Kontrolle zu betonen. Sie sind der „Schwerpunkt im Kampfe gegen die Bourgeoisie"[159]), die „Kernfrage für die sozialistische Revolution"[160]) usw. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, daß unter dieser „Rechnungslegung und Kontrolle" — speziell in der letztzitierten Schrift — eigentlich die gesamte Oberaufsicht des Staates über den Produktionsprozeß und darüber hinaus die ganze Leitung dieser und aller anderen Staatsfunktionen verstanden wird. Dabei darf man nicht vergessen, daß es sich nach LENIN um jene Funktionen handelt, in die der „ganze Staats-

158) A. a. O. S. 95. 159) A. a. O. S. 20. 160) A. a. O. S. 23.

dienst", die Tätigkeit des ganzen Beamtentums überführt werden soll! LENIN sagt schon in seiner Schrift „Staat und Revolution" wörtlich: „Wenn der Staat am wichtigsten Teile seiner Funktion auf eine solche Registrierung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst hinausläuft, hört er auf ein ‚politischer' Staat zu sein. Die gesellschaftlichen Funktionen verwandeln sich dann aus politischen in gewöhnliche verwaltungstechnische Funktionen" [161]).

Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man hinter diesen rätselhaften Funktionen des Registrierens und Kontrollierens, sofern sie ursprünglich an Stelle der obrigkeitlichen Beamtentätigkeit treten und den Staat zu einem „unpolitischen" Gemeinwesen machen sollten, den Saint-Simon-Engelsschen Gedanken vermutet, daß an Stelle der Herrschaft über Personen die Verwaltung von Sachen treten werde. Dieser Zusammenhang tritt besonders bei BUCHARIN deutlich hervor. Daß es in der kommunistischen Gesellschaftsordnung „keine Vorgesetzten und Untergebenen" gibt, das sagt BUCHARIN in unmittelbarster Verbindung mit der fast wörtlichen Wiedergabe des schon früher zitierten ENGELSschen Ausspruches. „Deshalb gibt es keine solchen Organisationen wie den Staat: denn es gibt ja keine herrschende Klasse, die einer besonderen Organisation bedürfte, um ihre Klassengegner im Zaume zu halten. Es gibt keine Verwaltung der Menschen und keine Macht von Mensch über Mensch; es gibt nur eine Verwaltung der Dinge, der Maschinen, eine Macht der menschlichen Gesellschaft über die Natur" [162]). Freilich tritt bei BUCHARIN auch der Widerspruch zwischen diesem angeblich anarchischen Zustande und seiner stramm zentralistischen, Welt und Menschheit umfassenden Wirtschaftsorganisation besonders deutlich hervor. BUCHARIN schildert die ökonomische Produktion folgendermaßen: Man arbeitet gemeinsam nach einem einheitlichen Arbeitsplan, in dem genau bestimmt ist, wieviel Stiefel, Beinkleider, Weizen etc. im Laufe des Jahres produziert werden „müssen", welche Anzahl von Genossen auf den Feldern oder in den Fabriken arbeiten „müssen"; die Arbeitshände werden in entsprechender Weise verteilt. BUCHARIN stellt die kommunistische Gesellschaftsordnung mit ihrem einheitlichen, auf den Großbetrieb eingestellten, radikal zentralistischen Arbeitsplan der anarchi-

161) A. a. O. S. 95. 162) A. a. O. S. 11.

stischen Ordnung entgegen, die „die ganze Produktion in kleine Arbeitsgenossenschaften — Kommunen — verteilen“ will, wobei er nicht unterläßt, hervorzuheben, daß die Bildung dieser Kommunen auf „freiwilliger Vereinbarung“ beruht[163]), während bei der Weltorganisation des Kommunismus mit seiner die Menschheit umspannenden Arbeitsgenossenschaft von Freiwilligkeit begreiflicherweise keine Rede ist, wenn freilich auch das Gegenteil nirgends ausdrücklich gesagt wird, nämlich, daß es sich dabei um eine Zwangsordnung handeln muß, weil eine solche Riesenorganisation auf Grundlage freiwilliger Vereinbarung nicht zustande kommen kann.

Dieser innere Widerspruch zwischen Anarchie und Organisation, Freiheit und Gleichheit, zwischen politischer und ökonomischer Theorie, in den der Marxismus um so sicherer geraten muß, je konsequenter seine Prinzipien nach beiden Richtungen fortgeführt werden, ein Widerspruch, den erst die Theorie des Bolschewismus ins volle Licht gerückt, weil erst sie die — von MARX und ENGELS selbst vernachlässigte — politische Theorie ausgebaut hat, findet letztlich seine Begründung, wenn auch keineswegs seine Auflösung in der Eigenart einer vielleicht überspannten Dialektik, die den Zustand der vollkommenen kommunistischen Gesellschaft als das Ergebnis einer Entwicklung — der Tatsachen sowohl wie der Begriffe — zu erkennen sucht, die eine höhere Synthese der in ihr zur Entfaltung kommenden Gegensätze bedeutet. Daß die kommunistische Gesellschaft vor allem kein Staat und dabei doch eine Organisation sein soll, die erfahrungsgemäß nur als eine Zwangsordnung, d. h. aber als Staat möglich ist, aus diesem Widerspruch führt jedoch nicht die Dialektik, sondern — und gerade das zeigt die Weiterentwicklung der Theorie durch LENIN und seine Anhänger — ein kühner Sprung in die Utopie des Glaubens an eine radikale Änderung der Menschennatur.

In dieser widerspruchsvollen Verbindung des politischen Ideales der Staatslosigkeit mit der ökonomischen Forderung straffster Organisation liegt letztlich der ganze Unterschied zum Anarchismus. Denn darin, daß die Anarchisten den Staat — von heute

163) A. a. O. S. 12.

auf morgen — beseitigen wollen, kann um so weniger ein Gegensatz zur MARX-ENGELSschen Lehre vom Absterben des Staates zugegeben werden, als ja die Theorie des Anarchismus es mit diesem „von heute auf morgen" nicht allzu wörtlich nimmt; zumal jene des „revolutionären" Anarchismus, der sich — ganz ebenso wie der Marxismus — der Gewalt, also eines politischen Mittels, zur Erreichung seines Zieles bedient, das politisch mit dem des Sozialismus prinzipiell übereinstimmt. Auch der revolutionäre Anarchismus kann und will nicht auf jenen Übergangszustand verzichten, in dem die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihr Staat durch eine mehr oder weniger organisierte Gewaltherrschaft vernichtet wird. Ob dieser Zustand nur eine kurze Zeit oder ob er eine ganze Generation oder noch länger aufrecht erhalten werden muß, um die freie kommunistische Gesellschaft zu ermöglichen, ist im Grunde nur eine taktische Frage, deren Beantwortung auch für den Anarchismus lediglich von den tatsächlichen Umständen abhängt. Daß der Staat in der anarchistischen Theorie durch bewußte energische Aktion beseitigt wird, in der MARX-ENGELSschen Darstellung aber — scheinbar — von selbst „abstirbt", „einschläft", automatisch verschwindet, das ist in Wahrheit keine sachliche Differenz, sondern reduziert sich auf eine hier aus Gründen der Wissenschaftlichkeit bevorzugte, mehr evolutionistische Terminologie des historischen Materialismus. Auch nach MARX und ENGELS kann — sofern ihre politische Theorie befragt wird — die Beseitigung des Staates und die Aufrichtung der freien kommunistischen Gesellschaft nur durch planmäßige Tat der Menschen erfolgen. Es ist sehr bezeichnend, daß LENIN den Anarchisten vorwirft, sie seien sich „völlig unklar" darüber, „was das Proletariat an Stelle der vernichteten Staatsmaschinerie des Kapitalismus setzen" und wie es die revolutionäre Macht „gebrauchen solle" [164]). Allein die Anarchisten wissen das sehr wohl oder glauben es doch zu wissen, und es ist ganz dasselbe, was MARX und ENGELS wollen: nämlich die freie kommunistische Gesellschaft; nur daß eben die revolutionären Anarchisten — eben weil sie ihr schließliches Ziel im Auge haben — die „Diktatur" nicht als einen Dauerzustand

---

164) A. a. O. S. 107.

gelten lassen möchten und wohl auch nicht für notwendig halten; ob mit Recht, ist eine andere Frage. Und fast möchte es scheinen, daß die revolutionäre Gewalt, die notwendig ist, um den Staat des Kapitalismus zu „zerbrechen", wenn sie nicht sehr rasch ihr Werk vollendet und abdankt, nach eben jenen Gesetzen der „Gewöhnung", auf die sich LENIN beruft, nach der ganzen uns zur Verfügung stehenden sozial-psychologischen Erfahrung kaum zu veranlassen sein wird, sich zu verflüchtigen. Solchen Bedenken wird sich nicht verschließen, wer durch den Schleier der Hypostasierung, durch das Bild von der „Staatsmaschinerie" hindurch die Menschen sieht, die Macht begehren und die einmal erlangte Führerrolle festhalten wollen, und wer auch die vielen nicht übersieht, die geführt, vergewaltigt zu werden wünschen. — Aber abgesehen davon, ist es sowohl nach der Theorie des revolutionären Anarchismus wie nach der politischen Theorie des ebenso revolutionären Sozialismus die menschliche Tat, die zu dem — für beide gleichen — Ziele führen soll; wenngleich der eine sich die Realisierung dieses Zieles als unmittelbare, der andere nur als mittelbare Wirkung seiner revolutionären Tat vorstellt. Nur vom Standpunkte der ökonomischen Theorie des Sozialismus ergibt sich eine prinzipielle Differenz zum Anarchismus, weil dieser konsequent genug ist, sein politisches Prinzip der Freiheit auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens aufrecht zu erhalten.

Der Anarchismus freilich, der — etwa nach den Lehren TOLSTOIS — mit jedem Zwang, mit jeder Herrschaft von Mensch über Mensch auch den gewaltsamen Umsturz als Mittel für seinen Zweck ablehnt, und der allein den Namen eines Anarchismus verdient, weil er mit dem sittlichen auch den logischen Widerspruch vermeidet, Gewalt durch Gewalt zu verneinen, dieser Anarchismus unterscheidet sich wesentlich auch von der politischen Theorie des revolutionären Sozialismus, freilich nicht weniger, als von jener des revolutionären Anarchismus. Wenn der letztere — worauf LENIN als auf eine wesentliche Differenz zum Marxismus hinweist — die Vorbereitung des Proletariates zur Revolution durch die Ausnutzung des Gegenwartstaates, d. h. den Kampf um die politischen Rechte,

um Vertretung im Parlament, kurz um die demokratische Staatsform als einen Schritt zum endgültigen Ziele ablehnt und sich nur auf den Terror einer entschlossenen Minderheit beschränkt, so mag das immerhin ein Unterschied zur Taktik der sozialdemokratischen Partei sein. Allein gerade der LENINsche Bolschewismus ist nicht imstande, diesen Unterschied aufrecht zu erhalten. Denn in der politischen Form, die der Neokommunismus in Rußland der Diktatur des Proletariates gegeben hat, gerät er in einen unverhüllbaren Widerspruch zu jenem Kampf um die Demokratie, der den Anarchismus von der Sozialdemokratie scheidet.

V. Kapitel.

Demokratie und Räteverfassung.

§ 15. Das Proletariat als Majorität der Bevölkerung Voraussetzung für die demokratische Verfassung des Arbeiterstaates.

Wenn die Sozialdemokratie ihre politische Aktion im kapitalistischen Staate auf die Erlangung einer möglichst starken Vertretung im Parlamente konzentriert, wenn sie zunächst die Demokratie und dann ihre möglichste Erweiterung anstrebt, um das Proletariat gleichsam in die Hülle des kapitalistischen Staates hineinschlüpfen zu lassen, dann hat dies nur einen Sinn, wenn das Proletariat — als herrschende Klasse — die Staatsform der Demokratie beibehalten kann und will. Und dies ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß seine Partei über eine sichere Mehrheit der politisch überhaupt Berechtigungsfähigen verfügt. Natürlich ist damit nichts über die Methode des Kampfes gesagt, den das Proletariat um die Demokratie oder ihre Erweiterung im kapitalistischen Staate führen muß. Auch gewaltsamer Umsturz ist keineswegs ausgeschlossen, wenn auf friedlichem Wege die Reform nicht durchzusetzen ist, die der Majorität des Volkes die gebührende Geltung verschafft. Nur lehrt eben die Erfahrung, daß wohl die Demokratie überhaupt, ihre erstmalige Einführung, nicht aber ihre Erweiterung und Ausgestaltung revolutionärer Mittel bedarf.

Die prinzipielle Voraussetzung, unter der allein die Demokratie als Staatsform für das die Herrschaft anstrebende oder

behauptende Proletariat in Betracht kommt, war zweifellos in Rußland nicht gegeben, als es der Partei, richtiger: einer Partei des Proletariates gelang, die Macht im Staate an sich zu reißen. Das Proletariat — und speziell das industrielle — bildete gegenüber der Gesamtbevölkerung nur eine verschwindende Minorität; und auch diese Minorität war in mehrere, einander befehdende Parteien gespalten, die freilich alle die Interessen des Proletariates zu vertreten beanspruchten. Wenn es zu einer dauernden Herrhscaft des Proletariates oder einer proletarischen Partei und nicht bloß zu einer Koalition der demokratischen Bürger- und Bauernpartei mit der Arbeiterpartei, also nur zu einem schwachen Schein einer proletarischen Regierung kommen sollte, dann war die Demokratie indiskutabel. Dann war nur eine Staatsform möglich, die die Herrschaft einer Minorität garantiert. Diese Konsequenz hat der Bolschewismus aus den ihm unverrückbar gegebenen Tatsachen mit eiserner Energie gezogen. Diese Konsequenz hat ihn, der in einem entscheidenden Punkte gegenüber der Parteidoktrin der deutschen Sozialdemokratie die Restitution der marxistischen Theorie bedeutet, zu dieser in einen offenbaren Widerspruch gebracht. Und dieser Widerspruch ist um so bedeutsamer, als er sich auf die zunächstliegende und daher praktisch, realpolitisch allein in Betracht kommende Phase der sozialistischen Entwicklung bezieht. Ob MARX und ENGELS, wenn sie die Diktatur des Proletariates als eine Demokratie der proletarischen Partei vorstellten und die Eroberung der politischen Macht erst für den Augenblick vorsahen, wo das in seinem Klassenbewußtsein geeinte und organisierte Proletariat die überwiegende Majorität darstellt, auch das politisch Richtige getroffen haben, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß, wer die Eroberung der Macht durch das Proletariat von dieser Voraussetzung unabhängig macht, nicht nur in einer taktischen, sondern in einer prinzipiellen Frage zur MARX-ENGELSschen Theorie in Widerspruch gerät. Das zeigen deutlich die Ausführungen RADEKS, der zum Unterschied von anderen bolschewistischen Theoretikern ausdrücklich feststellt: „in Rußland bildet das Proletariat ganz gewiß eine Minderheit der Bevölkerung“ [165]), dennoch aber die Ergreifung der Herrschaft

165) Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Herausgegeben von der kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien, S. 18.

durch das Proletariat zu rechtfertigen sucht. Er bezeichnet es als eine „verballhornte Auffassung“ der marxistischen These, der Sieg des Sozialismus sei von der Entwicklung der Produktionskräfte abhängig, wenn man meine, „die sozialistische Revolution sei nur dann möglich, wenn der Kapitalismus die ganze Wirtschaftsweise einer Nation erfaßt hat, wenn er sie sozusagen restlos in einen kleinen Haufen von Kapitalisten und in die erdrückende proletarische Mehrheit gespalten hat“. Diese — wohl echt marxistische — Anschauung von der organischen Entwicklung ist nach Radek eine „mechanische Auffassung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“; sie mache aus dem Marxismus „ein mechanisches Rechenexempel“[166]). Was bringt aber Radek zur Begründung seiner mit dem bekannten Marxschen Worte: eine Nation könne „Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren“, offenbar in Widerspruch stehenden Behauptung vor, „daß die sozialistische Revolution keineswegs dort anfangen werde, wo der Kapitalismus am höchsten entwickelt sei“?[167]) „Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beginnt dann, wenn die kapitalistische Gesellschaft solche Leiden über das Volk gebracht hat, daß es mit dem ruhigen Trott des Lebens bricht und sich gegen die Herrschaft des Kapitalismus aufbäumt, wenn die Massen die von der kapitalistischen Wirtschaft geschaffenen Verhältnisse nicht länger ertragen können“[168]). Die Tatsachenfrage bleibe hier völlig ausgeschaltet: Ob der kapitalistische Druck nicht vor der russischen Revolution in Rußland wie in den anderen Staaten zu Zeiten, in denen keine Revolution zustande kam, viel ärger war, und ob gerade unter den von Radek angegebenen Bedingungen eine Revolution mit Aussicht auf Erfolg möglich ist. Hier sei nur festgestellt, daß an Stelle einer ökonomischen Revolutionstheorie — die in Wahrheit eine Evolutionstheorie ist — eine psychologische tritt. Nicht die Produktionsverhältnisse, nicht die Konzentration des Kapitales, die gewaltige Entwicklung des Großbetriebes, sondern die „Leiden des Volkes“ sind die Demiurgen der kommunistischen Gesellschaft. Allerdings läßt Radek diese Anschauung gleich wieder fallen und erklärt — in der üblichen marxistischen Terminologie:

---

166) A. a. O. S. 17. 167) A. a. O. S. 20. 168) A. a. O. S. 15.

„Ist in einem Lande die kapitalistische Entwicklung so weit vor sich gegangen, daß die wichtigsten Zweige der Industrie, des Kredits und Verkehrs sich in den Händen kapitalistischer konzentrierter Gruppen befinden, dann wird das Proletariat etc. . . ." [169]). Also ist doch der Grad der kapitalistischen Entwicklung maßgebend; dann ist aber wahrhaftig nicht zu begreifen, warum die sozialistische Revolution keineswegs dort anfangen werde, wo der Kapitalismus am höchsten entwickelt ist!

Es mag RADEK ohne weiteres zugestimmt werden, wenn er erklärt: „Nirgends, in keinem Lande, wird die Revolution als Tat der Mehrheit der Bevölkerung beginnen . . . Man könnte sagen, jede Revolution wird von der Minderheit angefangen, die Mehrheit schlägt sich auf ihre Seite erst in ihrem Prozeß und beschließt so ihren Sieg" [170]). Allein diese revolutionierbare „Mehrheit" muß vorhanden sein und kann in einer sozialistischen Klassenrevolution eben nur von dem Proletariat gebildet werden. Das war die Anschauung von MARX und ENGELS. Ob sie die „richtige" ist, kommt hier nicht in Frage. Jedenfalls scheint gerade RADEK die Möglichkeit eines Irrtums bei den Begründern der „Wissenschaft" des Sozialismus (den er zur „Tat" weiterentwickeln will) für ausgeschlossen zu halten, wenn er die rhetorische Alternative stellt: „Entweder ist also die MARXische Aufstellung von der Unumgänglichkeit der proletarischen Diktatur als des Weges zum Sozialismus wirklich überholt, oder diese Diktatur ist in Rußland ebenso berechtigt, wie in jedem anderen Lande". In Rußland, wo nach RADEKS Zeugnis „das Proletariat ganz gewiß eine Minderheit der Bevölkerung" bildet?

Es ist darum durchaus im Geiste jenes Evolutionismus gesprochen, der hinter der revolutionären Terminologie des historischen Materialismus steckt, wenn KAUTSKY die Frage nach den Bedingungen der Eroberung politischer Macht durch das Proletariat folgendermaßen stellt und beantwortet: „Ist das Proletariat stark und intelligent genug, diese gesellschaftliche Regelung selbst in die Hand zu nehmen?" Das heißt: „Besitzt es die Kraft und die Fähigkeit, die Demokratie aus der Politik in die Ökonomie zu übertragen? . . ." „Es läßt sich nicht bestimmt sagen, er (der

169) A. a. O. S. 18. 170) A. a. O. S. 23.

Zeitpunkt der Reife) sei schon da, wenn das Proletariat die Mehrheit im Volke bildet und dieses in seiner Mehrheit den Willen zum Sozialismus bekundet. Dagegen kann man allerdings mit Bestimmtheit annehmen, ein Volk sei zum Sozialismus noch nicht reif, solange die Mehrheit der Volksmasse dem Sozialismus feindlich gegenübersteht, von ihm nichts wissen will" [171]). Und des weiteren sagt KAUTSKY in dem gleichen Sinn: „Vor allem ist das einzig Rationelle vom Standpunkte des Proletariates, als unterster Klasse der Bevölkerung, dessen wirksamste Waffe seine „Zahl" ist, das sich erst dann befreien kann, wenn es auch zur zahlreichsten Klasse der Bevölkerung geworden ist, wenn die kapitalistische Gesellschaft so weit entwickelt ist, daß nicht mehr Bauern und Kleinbürger in den arbeitenden Klassen überwiegen" [172]).

Nicht übersehen werden darf aber, daß gerade die Vorstellung: das geknechtete, ausgebeutete Proletariat bilde die erdrückende Mehrheit des Volkes, nicht nur eine Voraussetzung für die Forderung der Demokratie, sondern zugleich auch eines der wichtigsten sittlichen Motive für den Willen zum Sozialismus überhaupt bildet. Wenn das mit der kapitalistischen Struktur verbundene Elend nur auf eine Minorität beschränkt bliebe, wenn die dem Kapitalismus nicht abzusprechenden Fortschritte auf technischem, wissenschaftlichem, künstlerischem Gebiete mit dem verhältnismäßig kleinen Opfer an Glück und Wohlbefinden einer Minderheit erkauft würde, dann wäre ein Kampf gegen diese Wirtschaftsform schon darum nicht ohne weiteres gerechtfertigt, weil nicht von vornherein feststünde, ja, weil es geradezu unwahrscheinlich wäre, daß die Kräfte, die den Kapitalismus befähigten, die Mehrheit des Volkes zu befriedigen, bei gewissen Reformen, bei verbesserter Organisation nicht ausreichen sollten, auch den übrigen Rest in die Segnungen der Kultur einzubeziehen. Der Grundgedanke des Kommunistischen Manifestes, daß das Proletariat sich nicht selbst befreien könne, ohne die ganze Gesellschaft zu befreien, diese Proklamation einer sittlichen Mission für das Proletariat, das keine egoistischen Gruppen oder Parteiinteressen, sondern

171) Die Diktatur des Proletariates, S. 12. 172) A. a. O. S. 14.

die Gesamtinteressen des Volksganzen zu verwirklichen berufen sei, dieser Gedanke eines ethischen Universalismus wäre völlig sinnlos, wenn das zu befreiende Proletariat eine Minorität und der größte Teil des Volkes einer „Befreiung" gar nicht bedürftig wäre. Nur wenn das Proletariat die „zahlreichste Klasse" ist, kann ernstlich davon die Rede sein, daß das gesellschaftliche Gesamtinteresse zusammenfällt mit seinem dauernden Klasseninteresse [173]).

§ 16. Lenins Kritik der Demokratie.

Das nur aus der zahlenmäßigen Entwicklung des Proletariats in Rußland begreifliche Mißtrauen gegen die Demokratie und der Zweifel an ihrer immanenten Entwicklungsmöglichkeit veranlaßt die Leninsche Theorie des Bolschewismus schon in der Frage nach dem Weg zur Macht, von gewissen Anschauungen Marx' und Engels' abzuweichen, wenn das Dogma aufgestellt wird: „die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich" [174]); während doch Marx sowohl wie Engels unter gewissen Umständen auch ein friedliches Hineinwachsen in den proletarischen Arbeiterstaat auf dem Wege einer Ausgestaltung, einer Erweiterung der kapitalistischen Demokratie für möglich gehalten haben.

Daß Marx und Engels die Demokratie für die politische Form angesehen haben, in der die Diktatur des Proletariates zu verwirklichen sei, kann nach den im vorhergehenden gebrachten Zitaten nicht zweifelhaft sein. Gewiß mag das Wort „Diktatur" nicht sehr glücklich, wenn auch nicht absichtslos gewählt sein; allein auch hier steht hinter einer revolutionären Terminologie ein evolutionistischer Inhalt. Im übrigen kann die Vereinbarkeit von „Diktatur" im Sinne des Marx-Engelsschen Sprachgebrauches mit „Demokratie" schon im Hinblick auf die „Diktatur" der Bourgeoisie, von der Marx spricht, nicht in Frage gezogen werden. Gerade die Art und Weise, in der die Theorie des Bolschewismus die Demokratie wegzuargumentieren bemüht ist, zeigt die großen Schwierigkeiten und Verlegenheiten, in die sie zum Marxismus gerät.

---

173) Kautsky, Die Diktatur des Proletariates, S. 15. 174) Lenin, a. a. O. 21.

In seiner Schrift „Staat und Revolution" hält LENIN die Forderung nach einer demokratischen Staatsform für die Herrschaft des Proletariates scheinbar aufrecht, richtiger: er ist bestrebt, die demokratische Terminologie zu wahren. „Wir alle wissen," meint er, „daß die politische Form des ‚Staates' in einer solchen Zeit (Epoche nach der sozialistischen Revolution) die vollkommenste Demokratie ist"[175]). Er wirft den anderen sozialistischen Parteien „Verstöße gegen die Demokratie" vor[176]), bezeichnet den „Ausbau der Demokratie bis ans Ende" als eine der Aufgaben der Revolution[177]). Allein es ist schon auffallend, daß er den klaren und unzweideutigen Ausspruch von ENGELS: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen können unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariates, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat," nur dahin interpretiert, „daß die demokratische Republik der nächste Weg zur Diktatur des Proletariates" sei[178]), nicht aber unzweideutig erklärt, daß dies nach ENGELS auch die Form der bereits erlangten Herrschaft des Proletariates sei. Vielmehr sucht LENIN an dem Begriffe der Demokratie zu deuteln. Er behauptet: „Demokratie ist nicht identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit". Man kann gespannt sein, was Demokratie dann eigentlich sei. „Demokratie ist der Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch die andere, eines Teiles der Bevölkerung durch den andern, der die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennt." Daß Demokratie eine Form des Staates ist, ist richtig, ob darum eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung etc., zweifelhaft. Warum aber die Unterordnung einer Minderheit unter eine Mehrheit nur von der herrschenden Gruppe, also der Mehrheit, anerkannt sein soll, ist unverständlich, noch unverständlicher aber, wenn LENIN — sich in einen Widerspruch verwickelnd — fortfährt: „Wir verfolgen als Endziel die Beseitigung des Staates, einer jeden organisierten und systematischen Gewalt, jeder Vergewaltigung der Menschen über-

175) A. a. O. S. 17. 176) A. a. O. S. 67. 177) A. a. O. S. 72.
178) A. a. O. S. 64.

haupt." Das ist die bekannte Theorie des Marxismus. LENIN fügt aber hinzu: „Wir erwarten keine solche Gesellschaftsordnung, bei der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht geachtet werden sollte." LENIN glaubt offenbar, es sei eine Organisation möglich, in der die Minderheit der Mehrheit sich unterordnen muß, die aber keine Demokratie, weil kein Staat, sei. Die Frage, was eine solche Gesellschaftsordnung für den Fall vorsieht, daß die Minderheit trotz der bezüglichen Vorschrift sich tatsächlich nicht unterordnet, wird ignoriert; besser: sie beantwortet sich von selbst, denn LENIN fährt fort: „Aber zum Sozialismus strebend, sind wir überzeugt, daß er zum Kommunismus hinüberwachsen muß und im Zusammenhange damit jede Notwendigkeit einer Vergewaltigung der Menschen überhaupt, eine Unterordnung eines Menschen unter den anderen, eines Teiles der Bevölkerung unter den andern, wird verschwinden müssen, denn die Menschen werden sich gewöhnen ..."[179]); das heißt also: Wir erwarten doch eine solche Gesellschaftsordnung, bei der es keine Unterordnung geben wird, denn wir sehen ja schließlich doch ein, daß auch die Unterordnung einer Minderheit unter die Mehrheit eine Vergewaltigung, d. h. ein Staat, d. h. eine Demokratie ist. Und Demokratie ist schließlich doch identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit!

Das alles ist im Grunde genommen nur ein Versuch, sich aus der Klemme zu befreien, in die man durch die Theorie des Marxismus geraten ist. An deren Worten zu rütteln ist natürlich ausgeschlossen. Man muß versuchen, wenn es nicht mehr anders geht, ihren Worten eine entsprechende Deutung abzugewinnen. Und dieser Versuch wird bei LENIN fortgesetzt. Vor allem wird die kapitalistische Demokratie als Scheindemokratie entlarvt. Sie sei eine „Demokratie der Minderheit", eine Demokratie der „besitzenden Klassen, der Reichen". Denn die Arbeiter, die „modernen Sklaven, bleiben angesichts der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Armut bedrückt, daß sie weder an Demokratie noch an Politik zu denken Zeit haben, so daß bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die

179) A. a. O. S. 75

Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten wird"[180]). Angesichts der intensiven und erfolgreichen politischen Bewegung der Arbeiterschaft, die unvergleichlich mehr Zeit der Politik widmet als das politisch zum großen Teil indifferente Bürgertum, ist das allerdings eine recht kühne Behauptung. Wenn LENIN darauf hinweist, daß in Deutschland nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Lohnarbeiter politisch und gewerkschaftlich organisiert sei, so ist das doch gewiß nicht auf den Druck der Ausbeutung zurückzuführen. Wenn man schon nicht das gerade Gegenteil behaupten und — im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung — mit dem zunehmenden Klassendruck eine Verstärkung des Klassenbewußtseins und daher der Klassenorganisation annehmen will, so müssen doch die Ursachen der politischen Indifferenz großer Teile des Proletariates in gewissen menschlichen Qualitäten gesucht werden, die von der Klassenbildung unabhängig sind. Die große Masse der Menschen läuft eben der jeweils herrschenden Gruppe nach, und diese Tatsache wird auch der herrschenden Partei im sozialistischen Arbeiterstaat zugute kommen. Dabei sollen gewiß nicht die Mittel unterschätzt werden, die der herrschenden Gruppe im Staate zur Beeinflussung der Stimmung in der großen Masse des Volkes zur Verfügung stehen. Das ist aber kein Wesensmerkmal der kapitalistischen Demokratie, sondern jeder Herrschaftsform, auch des proletarischen Klassenstaates, und das Entscheidende bleibt immer, ob wirkliche Allgemeinheit und Gleichheit der politischen Rechte sowie Freiheit der politischen Betätigung garantiert und somit auch die Möglichkeit oppositioneller Bewegungen offengelassen ist. LENIN spricht diese Eigenschaft der kapitalistischen Demokratie ab. Er behauptet — freilich ohne jeden positiven Nachweis — daß die kapitalistische Demokratie zahlreiche „Beschränkungen" aufweise, und zwar in gewissen „Einzelheiten des Wahlrechtes", in der Technik der Vertretungskörperschaften und in der Praxis der „Versammlungsfreiheit". Solche Mängel bestehen zweifellos sehr häufig. Indes sind sie nicht von entscheidender Bedeutung und können, wenn einmal der Grund-

180) LENIN, a. a. O. S. 80 ff.

satz der Allgemeinheit und Gleichheit der politischen Berechtigung durchgedrungen ist — und dies ist in den großen Demokratien mit noch kapitalistischer Wirtschaftsordnung der Fall — leicht behoben werden. Die Behauptung LENINS: „Alle diese Beschränkungen zusammengenommen halten jedoch die Armen von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie fern“, entspricht jedenfalls nicht den Tatsachen. Aber selbst wenn sie den Tatsachen entspräche, selbst wenn es keine maßlose Übertreibung wäre, daß die kapitalistische Demokratie formalrechtlich „unvermeidlich beschränkt sein muß, die Armen im geheimen beiseiteschiebt und daher durch und durch erheuchelt und erlogen sein muß“, ist die Konsequenz, die LENIN zieht, unbegründet. Im Sinne der Lehre von MARX und ENGELS kann es nur darauf ankommen, die Demokratie — sei es auch mit Gewalt — von diesen Beschränkungen zu befreien und sie durch Verallgemeinerung der politischen Rechte und Gewährleistung voller politischer Freiheit zu einer wirklichen, echten Demokratie auszugestalten, die dann von selbst der Majorität des Volkes — dem Proletariat — die Herrschaft sichert. Im Geiste dieses Marxismus sagt auch KAUTSKY in seiner Abhandlung „Am Tage nach der sozialen Revolution“[181]): „Nehmen wir also an, der schöne Tag sei angebrochen, der dem Proletariat mit einem Male alle Gewalt in den Schoß wirft. Was wird es damit anfangen? Nicht anfangen wollen auf Grund dieser oder jener Theorie oder Stimmung, sondern anfangen müssen, getrieben durch seine Klasseninteressen und den Zwang der ökonomischen Notwendigkeit[182])? Zunächst ist es selbstverständlich, daß es nachholen wird, was die Bourgeoisie versäumt hat. Es wird alle Reste des Feudalismus wegfegen und das demokratische

181) Die soziale Revolution, 2. Aufl., 1907, S. 69. 182) Man beachte, wie ängstlich alles vermieden wird, was den Schein eines Programmes, eines Zieles für das politische Wollen und Handeln hervorrufen könnte: KAUTSKY untersucht nur — als Soziologe gleichsam —, was naturnotwendig geschehen muß, aber sagt beileibe nicht, was geschehen soll! Und das noch im Jahr 1907 — kaum ein Dezennium vor der tatsächlichen Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat im größten Staate Europas. Der Ton der Eingangsworte klingt allerdings ganz so, als ob nicht von unmittelbar bevorstehenden politischen Möglichkeiten, sondern von einem Zukunftstraum ferner Tage die Rede wäre.

Programm, welches auch die Bourgeoisie einmal vertreten hat, zur Wahrheit machen. Als unterste aller Klassen ist es auch die demokratischeste aller Klassen. Es wird das allgemeine Wahlrecht zu allen Körperschaften einführen, die volle Preß- und Vereinsfreiheit verleihen. . . .“ Lenin aber erklärt, daß nur die Diktatur des Proletariates, die er hier als die „Organisation des Vortrupps . . . der Geknechteten“, also offenbar nur einer Minorität, bezeichnet, imstande sei, „den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen“. Und diese Diktatur des Proletariates „zur Niederdrückung der Ausbeuter kann nicht einfach nur zu einer Erweiterung der Demokratie führen“. Zwar meint er, daß es sich doch um eine „ungeheuere Ausbreitung der Demokratie“ handle, die jetzt — also doch eine Demokratie! — zum erstenmal „eine Demokratie für die Armen, für das Volk“, „eine Demokratie für die überwältigende Mehrheit des Volkes“ sei. Allein: „Die Diktatur des Proletariates trifft eine Reihe von Ausnahmen in bezug auf die Freiheit der Ausbeuter, Unterdrücker, Kapitalisten. Wir müssen sie unterdrücken, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien. Ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß, wo eine Unterdrückung stattfindet, wo Vergewaltigung geübt wird, es keine Freiheit, keine Demokratie gibt“[183]). Also ist die Diktatur des Proletariates doch keine Demokratie! Das ist gewiß klar, unklar nur, warum es zur „Unterdrückung“, zur „Vergewaltigung“ der Kapitalisten kommen muß. Wenn die Mehrheit des Volkes — und an der Annahme, daß das Proletariat die Mehrheit bilde, hält Lenin formell fest[184]) — in der Volksversammlung oder im Parlamente beschließt, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben sei, und die Verstaatlichung der Produktion durchgeführt wird, gibt es nicht nur keine Kapitalisten mehr, sondern es ist auch ein Widerstand der ehemaligen Kapitalisten gegen eine so ungeheuere Übermacht kaum denkbar. Jedenfalls aber ist Zwangsanwendung nur im Falle des Widerstandes gegen die Gesetze nötig, und dies nicht nur, wenn der Widerstand von einem ehemaligen Kapitalisten ausgeht, sondern auch, wenn ein

---

183) A. a. O. S. 82. 184) Vgl. auch a. a. O. S. 35 u. 38.

ursprünglicher Proletarier die Rechtsordnung verletzt. Deren Gleichheit darf gerade jetzt um so ruhiger betont werden, als sie nicht nur eine formelle, sondern auch eine materielle ist; von „Ausnahms"maßregeln gegen eine Gruppe, von einer „Unterdrückung" kann doch nicht die Rede sein, wenn ihre Angehörigen nicht schlechter gestellt werden als alle. Ist der Arbeiterstaat nicht imstande, die Verstaatlichung der Produktion sofort durchzuführen, so daß private Unternehmer noch bestehen bleiben müssen, dann ist erst recht nicht zu begreifen, weshalb gegen diese Gewalt angewendet werden soll. Am allerwenigsten ist aber zu rechtfertigen, daß gegen diese — für die Wirtschaft bis zur völligen Verstaatlichung doch notwendigen — Kapitalisten geradezu mit der „Ausschließung aus der Demokratie" vorgegangen werden soll, wie LENIN schließlich behauptet, zumal wenn er immer wieder versichert, zur Niederhaltung dieser Handvoll „Unterdrücker" sei gar kein besonderer Apparat nötig[185]). — Es ist nur der harmonische Abschluß dieser seltsamen Gedankenfolge, wenn LENIN erklärt, erst „wenn die Kapitalisten verschwunden sein werden, wenn es keine Klassen mehr geben wird, ... erst dann hört der Staat zu bestehen auf, und man kann von Freiheit reden". Und er fügt — die Verwirrung vollendend — hinzu: „Erst dann ist die Demokratie möglich und kann eine wirkliche volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden". Die Demokratie, die — wie wir schon gehört haben — ein Staat, d. h. „eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch die andere ist", und von der LENIN — allerdings viel früher — behauptet, daß sie „auch ein Staat ist und daß somit auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet"[186]), „daß die Beseitigung des Staates auch die Beseitigung der Demokratie bedeutet und daß das Absterben des Staates auch ein Absterben der Demokratie ist"[187]). Nunmehr soll aber die volle unbeschränkte Demokratie erst eingeführt werden, wenn der Staat aufgehört hat zu bestehen! Allerdings nur zu dem Zwecke, damit auch sie beginne, „abzusterben"[188]). Wohlgemerkt, erst „beginne" abzusterben, nachdem der „Staat" — mangels jedes

185) A. a. O. S. 84. 186) A. a. O. S. 18. 187) A. a. O. S. 75.
188) A. a. O. S. 83.

Klassengegensatzes — bereits abgestorben ist und man nach dessen Beisetzung die — bereits dem Tode geweihte — Demokratie erst durchzuführen hat.

§ 17. Das Fallenlassen der Demokratie und die Eigenart der Räteverfassung. (BUCHARIN, TROTZKI, RADEK.)

Was hier in unklaren und widerspruchsvollen Worten nach Ausdruck ringt und zugleich sich noch verbergen will, das ist in der weiteren Entwicklung der bolschewistischen Idee klar und widerspruchslos zum Durchbruche gelangt. Die Logik der Tatsachen — nicht aber die Theorie des Marxismus — hat die Diktatur des Proletariates in Rußland zur strikten Ablehnung der Demokratie und zur Annahme einer aristokratischen Staatsform gezwungen, wenn so die Sowjetverfassung charakterisiert werden kann, die mit ihrem System der Arbeiterräte einen gewaltigen Einfluß auf die ganze Ideologie der sozialistischen Bewegung auch in den anderen Staaten geübt hat.

In den nach Übernahme der Regierung durch die Bolschewiki erfolgten Publikationen ihrer Wortführer wird vor allem auch mit der demokratischen Terminologie gebrochen, die nur LENIN noch glaubt aufrecht erhalten zu sollen. BUCHARIN proklamiert den „Kampf gegen die veraltete Form der parlamentarisch-bürgerlichen Republik“ und fügt in Parenthese hinzu: „man nennt sie bisweilen auch ‚demokratisch‘“. Er stellt ihr eine „neue Form der Staatsordnung — die Macht der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“ — entgegen[189]). TROTZKI bezeichnet die „Institutionen der Demokratie“ als einen „noch unvollkommenen Apparat zum Ausdrucke des Klassenkampfes ... unter den Bedingungen der Revolution“[190]). „Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt dieser Entwicklung um so weniger nach, je größer das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist.“ Allerdings sucht er auch die neue Theorie marxistisch zu rechtfertigen. Im großen und ganzen sei ja die von KAUTSKY vertretene Ansicht richtig, daß für die arbeitende

189) A. a. O. S. 18. 190) Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrage, Bern, 1918, S. 93.

Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaues schließlich stets von Nutzen sei. Aber „wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft sei, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in den Rahmen demokratischer Institutionen zu leiten, so bedeutet das noch keineswegs, daß die Geschichte dem Proletariat immer eine solche Kombination ermöglicht“. Das ist zweifellos richtig, unrichtig aber, wenn TROTZKI sagt: „Die marxistische Theorie ergibt noch keineswegs, daß die Geschichte stets solche Bedingungen schaffe, die für das Proletariat am ‚günstigsten‘ seien“. Denn die marxistische Theorie behauptet — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — als das Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung: den Eintritt ganz bestimmter Bedingungen, unter denen das Proletariat die Herrschaft — nicht ergreifen soll, sondern — ergreifen muß, und diese Bedingungen zwingen nach der Theorie des Marxismus zur Demokratie. Wenn TROTZKI behauptet: „Der wirkliche Klasseninhalt der Revolution war unversöhnlich gegen ihre demokratische Schale gestoßen“ [191]), so mag er recht haben, allein nicht die marxistische Theorie, sondern die bolschewistische Praxis hat den „Ausweg aus dem Widerspruch“ gezeigt, und es ist nur ein Höflichkeitsopfer, das TROTZKI dem Fatalismus der marxistischen Doktrin bringt, wenn er versichert, dieser Ausweg sei „nicht von uns“, d. h. nicht nach dem freien Willen der Bolschewiki, „sondern vom ganzen vorhergehenden Lauf der Ereignisse geschaffen worden“.

Ganz unzweideutig erklärt aber RADEK: „Die Räteregierung ist keine demokratische Staatsform, ist die Form der Arbeiterregierung“ [192]). Demokratie ist nach RADEK, „konkret genommen, die Herrschaft des Kapitales . . . eine Kulisse der Kapitalherrschaft“ [193]).

Das Wesen der Räteverfassung gegenüber der als „parlamentarische Republik“ bezeichneten Demokratie sieht BUCHARIN darin, „daß die nicht arbeitenden Klassen in der Räterepublik kein Stimmrecht haben und keinen Anteil an der Staatsverwaltung nehmen. Über das Land herrschen die Räte. Diese Räte werden aber vom Arbeitervolk an den Orten der Arbeit gewählt: in

191) A. a. O. S. 96. 192) A. a. O. S. 29. 193) A. a. O. S. 26.

den Fabriken, Hüttenwerken, Werkstätten, Bergwerken, in den großen und kleinen Dörfern. Bourgeoisie, frühere Gutsbesitzer, Bankiers, Handelsleute, Spekulanten, Kaufleute, Krämer, Wucherer, die bürgerliche Intelligenz, Pfaffen, Bischöfe, mit einem Wort, die ganze schwarze Rotte, hat kein Stimmrecht, hat keine fundamentalen politischen Rechte" [194]), vor allem keine Preßfreiheit, keine Vereins- und Versammlungsfreiheit. „Wir sehen nun, daß eine Verletzung jeglicher Freiheit in Beziehung der Gegner der Revolution notwendig ist. Es kann in der Revolution keine Freiheiten für die Feinde des Volkes und der Revolution geben." „Die Partei der Kommunisten fordert keinerlei Freiheiten (der Presse, des Wortes, der Vereine, der Versammlungen usw.) für die bürgerlichen Volksfeinde, im Gegenteil, sie fordert, daß man immer bereit sei, die bürgerliche Presse zu sistieren, die Vereine aufzulassen, ihnen verbietet, zu lügen, zu verleumden und Panik zu säen, aufs schonungsloseste alle Versuche zur Rückkehr zur Macht zu unterdrücken. Darin besteht eben die Diktatur des Proletariates. Wenn also von der Presse die Rede ist, fragen wir vor allen Dingen, von welcher Presse man spricht — von der bürgerlichen oder von der Arbeiterpresse; wenn von Versammlungen die Rede ist, fragen wir, von welchen Versammlungen — der Arbeiter oder der Gegenrevolutionäre; wenn die Streikfrage berührt wird, ist für uns in erster Linie wichtig, ob es ein Streik der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist oder Sabotage der Bourgeoisie oder der bürgerlichen Intelligenz gegen das Proletariat. Wer diese Dinge nicht unterscheidet, der versteht nichts" [195]).

Die Einschränkung der politischen Rechte in der von der Partei der Bolschewiki geschaffenen Sowjetverfassung und in der von ihrer Regierung geübten Verwaltungspraxis geht noch viel weiter, als es nach diesen Ausführungen des „Programmes der Kommunisten" scheinen möchte. Zwar bedeutet die Sowjetverfassung nach einer gewissen Richtung eine ganz außerordentliche Erweiterung des Prinzips der Allgemeinheit der politischen Rechte, indem diese nicht nur den Staatsbürgern, sondern gemäß § 20, II. Abschnitt auch allen Ausländern gewährt sind,

---

194) A. a. O. S. 18, 19. 195) A. a. O. S. 24, 25.

die sich zu Arbeitszwecken in Rußland aufhalten. Das ist ein **Akt von welthistorischer Bedeutung** und ein gewaltiger Schritt zur politischen Realisierung des — durchaus demokratischen — Menschheitsgedankens. Allein die Einschränkungen des demokratischen Prinzips sind nach anderer Richtung um so empfindlicher. Gemäß der „Erklärung der Rechte des werktätigen Volkes" vom 10. Juli 1918 (Abschnitt I der Verfassung) erfolgt lediglich „die Bewaffnung der werktätigen Arbeiter und Bauern" (Art. 2, § 3, g.), aber „die Entwaffnung der besitzenden Klassen". In dem II. Abschnitt (Allgemeine Bestimmungen der Verfassung) wird „die russische Republik" als „die freie sozialistische Gesellschaft aller Werktätigen Rußlands" bezeichnet (§ 10). Allein schon im IV. Abschnitt (Aktives und passives Wahlrecht) werden von dem aktiven und passiven Wahlrecht in die Sowjets mehrere Kategorien von Personen ausgeschlossen, denen der Charakter von „Werktätigen" nicht abgesprochen werden kann: 1. Personen, welche gemietete Arbeit annehmen, um daraus einen Zuwachsgewinn zu ziehen. 2. Personen, welche ein Einkommen ohne Arbeit haben, wie: Prozente vom Kapital, Eingänge vom Eigentum usw. 3. Private Kaufleute, Handels- und kommerzielle Vermittler. 4. Angestellte der religiösen Kultusgemeinden. 5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmeriekorps und der Ochrana. Desgleichen die Mitglieder der früher in Rußland regierenden Dynastie. 6. Personen, die in legaler Form als irrsinnig oder geistig minderwertig erklärt sind, ebenso Taubstumme. 7. Personen, die wegen eigennütziger oder entehrender Vergehen verurteilt wurden (§ 65).

Bei den unter Punkt 1, 3 und 4 Genannten ist der Ausschluß um so problematischer, als es sich dabei nicht um verbotene Erwerbstätigkeiten, sondern um solche handelt, die gestattet werden müssen, weil die Sozialisierung der Wirtschaft nicht sofort durchzuführen ist. Die Ausgeschlossenen leisten somit eine — wenigstens einstweilen noch — gesellschaftlich notwendige Arbeit, und es ist nicht ihre Schuld, wenn sie noch nicht überflüssig sind. Besonders drückend erscheint die Entrechtung der unter Punkt 4 Genannten, denn die Betätigung einer religiösen Überzeugung ist nicht untersagt, sondern — wenn auch als Privatangelegenheit — gestattet. Die Verfassung gewährt ausdrücklich Glaubens- und

Gewissensfreiheit (Abschnitt II, § 13). Die unter Punkt 2 Genannten bleiben scheinbar auch dann ausgeschlossen, wenn sie neben dem arbeitslosen Einkommen auch ein solches aus eigener Arbeit beziehen. Die Bestimmung ist wörtlich kaum durchführbar, wo der Großteil der Arbeiter kleine Ersparnisse hat, die zinsbringend angelegt sind.

Die politische Entrechtung der Bourgeoisie ist als Rechtssatz in der russischen Sowjetverfassung ausdrücklich normiert; § 7 des I. Abschnitts bestimmt, daß „den Ausbeutern in keinem der Regierungsorgane ein Platz eingeräumt werden darf", aber die gesetzlich statuierte Arbeitspflicht trifft auch — nach BUCHARIN allein — die Angehörigen der Bourgeoisie. Dabei hat natürlich der Begriff der Bourgeoisie seinen ursprünglichen Sinn verloren, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich aufgehoben ist. „In der Sowjetrepublik wurden den ‚Bourgeoisie' nicht bloß ihre Produktions- und Konsumptionsmittel ohne jede Entschädigung genommen, nicht bloß alle politischen Rechte, man unterwarf sie gleichzeitig, und nur sie, der Arbeitspflicht. Sie sind die einzigen in Rußland, die verpflichtet sind zu arbeiten, und doch diejenigen, die entrechtet sind, weil sie nicht arbeiten! In die Kategorie der Arbeiter oder Bourgeois wird man in Sowjetrußland aber nicht eingereiht nach den Funktionen, die man augenblicklich versieht, sondern nach denen, die man vor der Revolution versah. Die Bourgeois erscheinen in der Sowjetrepublik als eine besondere Menschengattung, deren Kennzeichen unverwischbar sind. So wie ein Neger ein Neger bleibt, ein Monogole ein Monogole, wo immer er sich zeigen und wie er sich kleiden mag, so bleibt der Bourgeois ein Bourgeois auch wenn er zum Bettler wird oder von seiner Arbeit lebt. Und wie er lebt! — Die Bourgeois haben die Pflicht zu arbeiten, aber sie haben nicht das Recht, diejenige Arbeit zu suchen, die sie verstehen und die ihnen am besten entspricht. Sondern sie werden gezwungen, die schmutzigsten und widerlichsten Arbeiten zu verrichten. Und dafür erhalten sie nicht erhöhte, sondern die niedrigsten Rationen an Nahrung, die ihnen nicht einmal gestatten, ihren Hunger zu stillen. Ihre Lebensmittelrationen machen nur ein Viertel derjenigen der Soldaten und der von der Sowjetrepublik in ihren Fabriken unterhaltenen Arbeitern." So

Urteil und Zeugnis nicht eines Gegners des Sozialismus, sondern eines seiner größten Führer: KARL KAUTSKY[195a])! Dieser sagt im selben Zusammenhange sehr treffend: „Die Abgrenzung des Bourgeois vom Arbeiter ist nirgends genau zu ziehen, ihr haftet stets etwas Willkürliches an, was den Rätegedanken sehr geeignet macht zur Grundlage für eine diktatorische Willkürherrschaft, aber sehr ungeeignet zum Aufbau einer klaren und systematisch aufgebauten Staatsverfassung".

Von größter Wichtigkeit aber ist, daß auch die politischen Rechte der den Arbeitern angeblich gleichgestellten Bauern eine Einschränkung erfahren. Natürlich kommen schon gemäß Punkt 1 nur die sog. „ärmeren" der Bauern in Betracht. Allein auch diese sind mit den Arbeitern keineswegs gleichberechtigt. Das oberste Organ der Räterepublik, das die gesetzgebende Gewalt ausübt und die Regierung bestellt, ist der Rätekongreß, die „allrussische Tagung der Sowjets". Dieses Parlament wird im Wege indirekter Wahlen aus den städtischen und ländlichen Sowjets zusammengesetzt, die ihre Vertreter in den Kongreß entsenden. Dabei entfällt für die städtischen Sowjets auf je 25 000 „Wähler", für die bäuerlichen Sowjets aber auf je 125 000 „Einwohner" ein Abgeordneter.

Ist diese Unterscheidung zwischen „Wählern" und „Einwohnern" als Maßeinheit bei der Vertretung der städtischen und ländlichen Sowjets im Art. 6, § 24 und 25 der Verfassung nicht eine Ungenauigkeit der deutschen Übersetzung, dann bedeutete dies, unter der Voraussetzung, daß tatsächlich alle wahlberechtigten Bauern, nämlich alle Werktätigen über 18 Jahre, die kein arbeitsloses Einkommen genießen, zur Wahl zugelassen werden: daß in den ländlichen Sowjets auf etwa 75 000 Wähler ein Abgeordneter fällt, während in den städtischen Sowjets schon ein Drittel dieser Zahl einen Abgeordneten in die gesetzgebende Körperschaft entsendet; das wäre zu mindest eine dreifache Pluralität zugunsten des industriellen Proletariats. Bestünde dieser Unterschied zwischen „Wähler" und „Einwohner" nicht — und es ist

---

195a) Terrorismus und Kommunismus, S. 116. Festgestellt sei diesen Ausführungen KAUTSKYS gegenüber nur, daß die russische Sowjetverfassung formell eine allgemeine Arbeitspflicht „sämtlicher Bürger der Republik" statuiert (Abschnitt II, § 18). Vgl. dagegen BUCHARIN, a. a. O. S. 39.

von vornherein nicht recht verständlich, warum die Verfassung in dem einen Fall die Anzahl der Wähler, in dem anderen die Anzahl der Einwohner zur Grundlage nehmen soll —, so läge eine fünffache Pluralität vor[196]). Aber selbst wenn dem Industriearbeiter nur das doppelte Stimmrecht eingeräumt wäre, könnte dies doch nichts an der Tatsache einer völligen politischen Entrechtung der Bauernschaft ändern, da ja der größte Teil der unzweifelhaft „werktätigen" Bauern des Wahlrechtes aus den verschiedensten Titeln beraubt ist. In Wahrheit liegt gar keine Diktatur des ganzen Proletariates, sondern eine Diktatur der industriellen Arbeiter vor, was in einem überwiegend agrarischen Lande wie Rußland seine besondere Bedeutung hat.

Nach den Nachrichten, die man über die Regierungs- und Verwaltungspraxis der Sowjetrepublik hat, ist es wahrscheinlich, daß auch das industrielle Proletariat nicht als solches, nicht uneingeschränkt im Vollgenusse der politischen Rechte ist, daß dies vielmehr nur von den Angehörigen der Partei der Bolschewiki gilt. Es ist natürlich eine recht mißliche Sache, sich auf die im allgemeinen sehr unzuverlässigen Presseberichte aus Rußland zu stützen. Darum soll lediglich ein Dokument herangezogen werden, das einen zu mindest offiziösen Charakter hat, die offenbar von der kommunistischen Partei Rußlands herstammenden „Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariates während seiner Diktatur in Rußland"[197]). Nachdem in These 17 und 18 erklärt wird, die Forderung nach allgemeiner Freiheit sei unter der Herrschaft des bürgerlichen Staates richtig gewesen, weil der Arbeiter die ihm schädliche bürgerliche Presse nicht hätte aufheben können, in der Epoche der Diktatur des Proletariates aber sei zu einer solchen Haltung keine Veranlassung mehr, sagt These 19: „Das gilt auch für die Presse, die führenden Organisationen der Sozialverräter (das sind die sozialistisch-

---

196) Das nimmt z. B. die anonym erschienene Propagandaschrift „Rätediktatur oder Demokratie", Sozialistische Bücherei, Heft 2, Wien 1919, S. 6, an. Ebenso HIRSCHBERG, Bolschewismus, 1919, S. 32, eine Darstellung der Räteverfassung von sozialistischer Seite. 197) Es war mir leider nicht möglich, ein vollständiges Exemplar zu beschaffen. Ich bin daher auf die Auszüge angewiesen, die KAUTSKY in seiner Broschüre „Die Diktatur des Proletariates" veröffentlicht.

proletarischen Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre). Die letzteren haben sich als die aktivsten Faktoren der Gegenrevolution demaskiert ... deshalb müssen sie auch dementsprechend behandelt werden"[198]).

Angesichts solcher Tatsachen muß dem objektiven Urteile KAUTSKYS beigepflichtet werden, daß diese Diktatur einer Klasse in Wahrheit „die Diktatur einer Partei" sei und schließlich — nach dem Zeugnis LENINS selbst — zur Diktatur einzelner Personen werden muß. Dessen am 29. April 1918 an den Allrussischen zentralen Vollzugsausschuß der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten erstatteter Bericht über die nächstliegenden Aufgaben der Sowjetmacht[199]) ist darum bezeichnend, weil er noch im Paroxismus der Gewaltherrschaft eine Verbeugung vor der sittlichen Idee der Demokratie bedeutet. Was anders könnte der Grund dafür sein, daß LENIN hier noch immer darauf Wert legt, die russische Räterepublik als „Demokratie", ja sogar als den „höheren Typus des Demokratismus"[200]), als „die höchste Form der Demokratie"[201]) zu bezeichnen, und sich zu dem tollkühnen Versuche versteigt, die Diktatur einzelner Personen mit der Demokratie für vereinbar zu erklären? Neben sehr interessanten Angaben über die Verwaltungsmaximen der russischen Räterepublik wird insbesondere die Frage erörtert, „ob die Ernennung von einzelnen Personen, die mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet sind, von Diktatoren, mit den Grundprinzipien der Sowjetmacht vereinbar sei[202]). Um diese Frage zu bejahen, bedient sich LENIN einer für die politische Theorie des Absolutismus sehr charakteristischen Fiktion: Auch der Autokrat „repräsentiert" unter Umständen das „Volk", wenn er nämlich dessen wahren Willen — sei es auch mit Gewalt — verwirklicht. Auf dieses autokratische Repräsentationsprinzip, das sich vom demokratischen nur dadurch unterscheidet, daß es darauf verzichtet, das Volk seinen wahren Willen durch Abstimmung etc. selbst aussprechen zu lassen, beruft sich LENIN, wenn er ausführt: „Daß die Diktatur von einzelnen Personen in der Geschichte

---

198) Zitiert nach KAUTSKY, a. a. O. S. 62. 199) Publiziert in der Schrift, LENIN, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1919. 200) A. a. O. S. 49. 201) A. a. O. S. 42. 202) A. a. O. S. 42.

der Revolutionsbewegungen sehr oft der Sprecher, der Träger und der Führer der Diktatur der revolutionären Klassen war, darüber spricht die unwidersprochene Erfahrung der Geschichte"[203]). Nachdem er den Gegensatz zum Anarchismus betont, ja den Kampf gegen ihn erklärt, anerkennt er „die Notwendigkeit eines Staates, d. h. eines Zwanges zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die ‚Form' dieses Zwanges bestimmt sich nach dem Grade der Entwicklung der betreffenden revolutionären Klasse." Gerade den Zwang zum „Übergang" lehnen ja auch die revolutionären Anarchisten nicht ab. Und die „Form des Zwanges" scheint bestimmend für die Frage: ob Demokratie oder nicht. Allein LENIN kommt zu dem Schlusse: „Darum gibt es entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjet- d. h. sozialistischen Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht von einzelnen Personen"[204]).

Der Bericht LENINS wurde vom Vollzugsausschuß genehmigt, seine Grundsätze in Thesen zusammengefaßt und diese in einem Erlasse allen Gouvernements-, Kreis- und Gemeinde-Sowjets bekanntgegeben. In der 6. These heißt es: „. . . die Unterordnung, und zwar eine unverweigerliche während der Arbeit gegenüber den einzelpersönlichen Verfügungen der Sowjetleiter, Diktatoren, ob sie nun gewählt oder durch Sowjet-Institutionen ernannt sind, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet (wie das z. B. das Dekret über Eisenbahnwesen verlangt), ist bei weitem noch lange nicht genügend gesichert . . . Eine eiserne Disziplin und die bis ans Ende durchgeführte Diktatur des Proletariats gegen die kleinbürgerlichen ungewissen Schwankungen — so lautet die allgemeine und endgültige Losung des Moments"[205]).

Wie die in der bolschewistischen Theorie nur als Übergangszustand gedachte Periode der Zwangsordnung in der Praxis aussieht, und wie demnach das schließliche anarchistische Ideal des Bolschewismus hinsichtlich seiner realpolitischen Bedeutung zu beurteilen ist, das zeigt deutlich die 9. und 10. These über die sozialistische Revolution: „9. Bisher lehrte man die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Form dieser

203) A. a. O. S. 42. 204) A. a. O. S. 43. 205) Abgedruckt in der Schrift LENINS „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", S. 61.

Diktatur untersucht zu haben. Die russische sozialistische Revolution hat diese Form entdeckt. — Es ist die Form der Sowjetrepublik als Form der dauernden Diktatur des Proletariates und (in Rußland) der ärmeren Schicht des Bauerntums. Dabei ist es wichtig, folgendes zu bemerken: Hier ist die Rede nicht von einer vorübergehenden Erscheinung im engeren Sinne des Wortes, sondern von der Staatsform während einer ganzen historischen Epoche ... 10. Der Sinn der proletarischen Diktatur besteht also sozusagen im permanenten Kriegszustand gegen die Bourgeoisie. Es ist also ganz klar, daß alle, die über Gewalttaten der Kommunisten schreien, vollkommen vergessen, was eigentlich Diktatur heißt. Die Revolution selbst ist ein Akt der ‚rohen Gewalt'. Das Wort Diktatur bedeutet in allen Sprachen nichts anderes als Gewaltregime. Wichtig ist hier der Klasseninhalt der Gewalt. Damit ist die historische Rechtfertigung der revolutionären Gewalt gegeben . . ." [206]).

Die keineswegs „vorübergehende" Erscheinung dieser „dauernden Staatsform während einer ganzen Geschichtsepoche" steht freilich einigermaßen mit dem von LENIN so betonten MARXschen Wort von der „revolutionären und vorübergehenden Form" in Widerspruch, die das siegreiche Proletariat dem Staate geben werde. Allein, MARX kann sich hierin vielleicht geirrt haben. Dürfte das eine Theorie behaupten, die unter Strömen von Blut dem Volke eine Gewaltherrschaft aufzwingt, die sie zu mindest in ihren Reden mit nichts anderem zu rechtfertigen weiß als mit der Berufung auf ein Wort, auf ein offenbar ungenau verwendetes Wort von MARX-ENGELS? Gewiß bedeutet „Diktatur" streng genommen das, was die 10. bolschewistische These behauptet. Sicherlich sprechen MARX und ENGELS von einer „Diktatur" des Proletariates. Aber nichts ist charakteristischer für die Mentalität des marxistischen Sozialismus als diese Wortgläubigkeit, nichts aber auch charakteristischer für die Terminologie der politischen Tagesschriften von MARX und ENGELS als die Tatsache, daß eine politische Bewegung, die im krassen Widerspruch zu den eigentlichsten Absichten der beiden Begründer des modernen Sozialismus steht, sich mit Erfolg an ihre Worte klammern kann.

---

206) Zitiert bei KAUTSKY, a. a. O. S. 61.

§ 18. Die demokratischen Elemente der Räteverfassung.

In den Vorzügen der Räteverfassung, die die bolschewistische Theorie gegenüber der abgelehnten Demokratie hervorhebt, liegt zum großen Teile eine unfreiwillige Anerkennung der verschmähten Staatsform. LENIN sowohl wie BUCHARIN halten an der Fiktion von der überwiegenden Majorität des Proletariates fest und sind daher bemüht, der Sowjetverfassung die gleiche Qualität nachzuweisen, die den eigentlichen Wert, ja den ganzen Sinn der echten Demokratie bildet: den Volkswillen — so wie er in der Mehrheit der Volksgenossen zum Ausdruck kommt — zur Geltung zu bringen. Vielleicht liegt die sinnfälligste Anerkennung des demokratischen Prinzipes darin, daß die bolschewistische Theorie die von ihr postulierte Gewaltanwendung nicht zuletzt damit rechtfertigt, daß die größere Zahl auf seiten der „Unterdrücker" sei. So begegnet BUCHARIN dem Einwand der Gewalt: „. . . eine solche Gewalt, Gewalt gegen diejenigen, die Millionen zählende Massen der Arbeitenden unterdrücken, eine solche Gewalt ist nicht schlecht, sie ist heilig"[207]).

Wenn darauf hingewiesen wird, daß die indirekte Wahl durch die in den Betrieben täglich versammelten Personen geeigneter sei, den in der Revolution schnell sich verändernden Anschauungen der Massen Ausdruck zu geben, als der schwerfällige, nur in längeren Zwischenräumen in Bewegung zu setzende Apparat der allgemeinen und direkten Wahlen[208]), so ist das sicher richtig. Der Vorteil der größeren Anpassungsfähigkeit wiegt vielleicht den Nachteil auf, der zweifellos darin gelegen ist, daß der in den Betrieben erzeugte Urwille des Volkes nicht unmittelbar, sondern erst — vielleicht sogar mehrfach — gebrochen, im Parlamente des Rätekongresses mündet, wohin er durch mehrere Schichten pyramidisch übereinander aufgetürmter Vertretungskörper — die Räte der einzelnen Betriebe, Bezirke und Territorien — durchdringen muß, um sich aktiv gesetzgebend wie verwaltend entfalten zu können. Indes ist diese Art der Mittelbarkeit nichts mit der Demokratie, d. h. mit der Allgemeinheit und Gleichheit der politischen Rechte und mit der schließlichen Herrschaft des Majoritätsprinzipes Unvereinbares. Nicht darum ist die Räte-

---

207) A. a. O. S. 15. 208) Vgl. TROTZKI, a. a. O. S. 31.

verfassung die Verneinung der Demokratie, weil ihr Parlament durch indirekte Wahlen aus den Betrieben zustande kommt, sondern weil ihre Grundlage, die politische Berechtigung der Bürger, eine wesentlich beschränkte und ungleiche ist. Vom Standpunkte der Allgemeinheit kann nur fraglich sein: ob der „Betrieb" als Wahlkörper eine vollständige Erfassung der politisch Berechtigten gewährleistet. Das ist aber selbst dann fraglich, wenn das Wahlrecht nur auf die „Werktätigen" eingeschränkt bleibt. Der ausschließlich von seiner eigenen Arbeit lebende und keine Lohnarbeiter beschäftigende Handwerker, der — für den Verteilungsprozeß in der Übergangszeit zum Kommunismus unentbehrliche — kleine Händler, die Heimarbeiter, die meist isolierten, nicht in „Betrieben" tätigen geistigen Arbeiter, wie Ärzte, Privatlehrer etc., sie alle müssen entweder zu besonderen territorialen Wahlkörpern zusammengefaßt oder einzelnen, ihren Interessen fremden industriellen Betrieben zum Zwecke der Wahl angegliedert werden, was natürlich eine gewisse Verfälschung des Rätesystems bedeutet. Vor allem aber ist der „Betrieb" eine für die Verhältnisse der Landwirtschaft gänzlich unbrauchbare Organisationseinheit, solange hier nicht die genossenschaftliche Großbetriebsorganisation Platz gegriffen hat. Gerade der „arme" Bauer, der Kleinhäusler, der ohne Knecht nur mit Weib und Kind seinen Zwergbesitz bearbeitet, fällt überhaupt bei einer konsequent durchgeführten Rätewahlordnung aus dem System heraus. Darum scheint auch in der russischen Sowjetverfassung die Dorfgemeinde — also eine territoriale Organisation — und nicht der landwirtschaftliche Betrieb den ländlichen Wahlkörper zu bilden[209]. Eine Wahlordnung, die den „Betrieb" zur Grundlage hat, muß daher, um alle Wahlberechtigten zu erfassen, auch andere Einheiten zur Ergänzung heranziehen. Dabei ist die Gefahr eines — nicht beabsichtigten — doppelten und mehrfachen Wahlrechtes einzelner Personen kaum zu vermeiden, zumal wenn das Bestreben besteht, auch gewissen wirtschaftlichen und politischen Organisationen als solchen, Gewerkschaften, landwirtschaftlichen Genossenschaften etc., Einfluß auf die Wahl oder gar ein direktes Wahlrecht zu gewähren. Diese Gefahr wird vergrößert durch

209) Vgl. BUCHARIN, a. a. O. S. 18. TROTZKI, a. a. O. S. 32.

die Bestimmung des Art. 14, § 70 der russischen Sowjetverfassung, der lautet: „Der genaue Wahlmodus sowie die Teilnahme der Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen an den Wahlen wird von den **lokalen** Sowjets gemäß den Instruktionen des allrussischen Zentralexekutivkomitees festgesetzt." Wie die Praxis verläuft, kann man vielleicht aus der Darstellung LENINS beurteilen, der als einen Hauptunterschied zwischen Demokratie und Sowjetverfassung hervorhebt, „daß alle bureaukratischen Formalitäten und Wahleinschränkungen wegfallen. Die Massen bestimmen selbst die Wahlordnung und Termine . . ." [210]). Wenn TROTZKI zwar zugibt: „Hier fehlen natürlich jene juristischen Garantien für die Genauigkeit der Wahl, wie sie bei der Schaffung der demokratischen Semstwo- oder Stadtratinstitutionen vorhanden sind", dagegen aber die „ungleich ernsthafteren und tiefgehenderen Garantien für die direkte und unmittelbare Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern" [211]) in die Wagschale wirft, so ist dieses letztere Argument angesichts der indirekten Wahl der Abgeordneten wohl nur mit Vorsicht zu beurteilen. Nur dadurch wird die von bolschewistischer Seite immer wieder als Vorzug der Sowjetverfassung gegenüber der Demokratie betonte innige Verbindung der Abgeordneten mit den Volksmassen hergestellt, daß die Mandatsdauer eine sehr kurze, daß das Mandat vermutlich kein freies sondern ein imperatives und daß der Abgeordnete jederzeit abberufbar ist. Die Verfassung vom 10. Juli 1918 enthält über diese Punkte sehr spärliche Bestimmungen. Nur hinsichtlich der „Deputiertensowjets" bestimmt Art. 11, § 57: „Die Vollmachten der Deputierten gelten für die Dauer von 3 Monaten". Es ist zweifelhaft, ob dies auch für die Mitglieder der Sowjetkongresse, insbesondere für die Mitglieder des als Legislative fungierenden allrussischen Sowjetkongresses und des von diesem gewählten, mit der Exekutive betrauten „Zentralexekutivkomitees" gilt. Die Bindung des Abgeordneten an die Instruktion seiner Wähler ist in der Verfassung zwar nicht ausgesprochen, allein sie ist die notwendige Konsequenz des im Art. 15, § 78 ganz allgemein aufgestellten Grundsatzes: „Den Wählern, die einen Deputierten in einen Sowjet abgeordnet haben,

210) „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", S. 48. 211) A. a. O. S. 82.

steht das Recht zu, jederzeit diesen Deputierten abzuberufen und den allgemeinen Bestimmungen gemäß Neuwahlen vorzunehmen". Diese — offenbar gegenüber den Mitgliedern aller Sowjets bestehende — Möglichkeit jederzeitiger, nach freiem Ermessen erfolgender, an keine gesetzlichen Gründe gebundener Abberufung durch die Wähler macht im Grunde eine zeitliche Begrenzung der Mandate ebenso wie die Statuierung eines gebundenen Mandates überflüssig. Gerade in diesem Punkte realisiert die russische Räteverfassung ein durchaus demokratisches Prinzip. Sie überwindet die im Repräsentativsystem ganz unabhängig von seinem kapitalistischen Inhalt entstandenen, nur aus allgemein psychologischen Gründen begreiflichen Entartungen der Demokratie, die durch langjährige Legislaturperioden und Mandatsfreiheit herbeigeführte Isolierung des Vertretungskörpers und den damit verbundenen Gegensatz zwischen Wählern und Gewählten. Sie schränkt die mit dem Repräsentativsystem unvermeidliche Abschwächung des demokratischen Prinzipes auf ein Minimum ein. Allein ganz ebenso wie das Repräsentativsystem nicht aus dem spezifischen Momente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nämlich dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern aus der auch für die kommunistische Gesellschaft wesentlichen Tendenz nach möglichst großem Wirtschaftsgebiet zu erklären ist, so hat auch die Entwicklung noch unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Weg zur reinen, d. h. aber unmittelbaren Demokratie gesucht, soweit dies mit den technischen Bedürfnissen der modernen Verwaltung überhaupt vereinbar ist. Abkürzung der Mandatsdauer, Referendum, imperatives Mandat etc. sind — zum Teil schon erfüllte — Forderungen auch der bürgerlichen Demokratie oder müssen es doch — soweit dies noch nicht der Fall ist — mit dem Fortschreiten des demokratischen Gedankens werden, der sich nur allmählich und schrittweise gegen das monarchisch-bureaukratische Prinzip durchsetzt.

Die Vorstellung, daß die Freiheit des Abgeordneten von den Instruktionen seiner Wähler irgendwie für die Demokratie wesentlich sei, ist der gleiche Irrtum, wie die ebenso häufige Vorstellung, die das Prinzip der Trennung der Gewalten mit dem demokratischen Gedanken in einen begrifflichen Zusammenhang bringt. Die auf dem Grundsatze der Volkssouveränität ge-

gründete Forderung der Volksherrschaft hat historisch auf dem Kontinent gegen die absolute Monarchie dadurch Raum gewonnen, daß es den zu Vertretern des Volkes umgewandelten Ständen gelang, zunächst die Gesetzgebung zu erobern, und zwar vorerst auch nur, ohne die Macht des Monarchen hier ganz ausschalten zu können. Während das moderne Parlament den schwächlichen, bloß steuerbewilligenden Ständen gegenüber durch die Behauptung der gesamten legislativen Kompetenz einen Fortschritt der Demokratie darstellt, bedeutet die Einführung des freien Mandats, von welcher die Umwandlung der Stände in das moderne Parlament begleitet war: daß auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung die „Herrschaft" des „Volkes" nur sehr beschränkt, nur in der periodischen Parlamentswahl zur Geltung kam. Und wenn als politische Doktrin die organisatorische Trennung von Legislative und Exekutive verkündet wurde, so war eine solche „Theorie" lediglich ein Mäntelchen für das Bestreben, der zurückweichenden Macht des Monarchen eine Position zu sichern, die — je unabhängiger die dem König unterstellte Exekutive von der Legislative geführt werden konnte — um so mehr geeignet war, der Macht der Volksvertretung ein Gegengewicht zu bieten[212]). Die Lehre von der Trennung der Gewalten ist zum großen Teil — wenn auch nicht ausschließlich — zu dem Zwecke mißbraucht worden, den Prozeß der Demokratisierung des Staates auf die Gesetzgebung zu beschränken.

Die immanente Entwicklung der Demokratie führt aber notwendigerweise auch zu der schrittweisen Demokratisierung der Verwaltung und Rechtsprechung und Hand in Hand damit zu einer Überwindung des Prinzipes der Gewaltentrennung. Die autonome Gemeinde- und Provinzial(Landes)verwaltung, die Geschworenengerichte des kapitalistischen Staates zeigen deutlich diese stets fortschreitende Tendenz. Darum ist es kein prinzipieller Gegensatz zu der angeblichen Scheindemokratie des kapitalistischen Staates, wenn die ganze bolschewistische Literatur mit allergrößtem Nachdruck als den Hauptvorzug der Räteverfassung

---

212) Die sogenannte gewaltentrennende Demokratie, speziell diejenige Verfassung, die das Prinzip der Gewaltentrennung am weitesten getrieben hat, die der Vereinigten Staaten von Nordamerika, ist eine bewußte Nachahmung der englischen Monarchie.

hervorhebt, daß nur diese die unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Exekutive, deren schöpferische Verbindung mit der Legislative gewährleiste. „In der bürgerlichen Republik“, so führt z. B. BUCHARIN aus, „fühlt sich der Staat um so wohler, je weniger Tätigkeit die Masse selber entwickelt. Denn das Interesse der Masse widerspricht dem Interesse des kapitalistischen Staates ... Der bürgerliche Staat beruht auf dem Betruge der Massen, auf ihrer Einschläferung, darauf, daß die Massen von jeglichem Anteil an der alltäglichen Staatsarbeit beiseitegeschoben sind, daß sie nur einmal im Laufe einiger Jahre gerufen werden, abzustimmen und durch ihre Abstimmung sich selbst zu betrügen. Ganz anders ist es in der Räterepublik. Die Räterepublik kann, da sie die Diktatur der Volksmassen verkörpert, keinen Augenblick leben, wenn sie sich von den Massen losreißt; sie ist um so stärker, je selbsttätiger die Massen sind, je mehr Energie sie äußern, je mehr an Ort und Stelle — in den Fabriken und Hüttenwerken, in den einzelnen Städten, in großen und kleinen Dörfern — geleistet wird. Deshalb war es durchaus kein zufälliger Umstand, daß sich die Räteregierung bei der Veröffentlichung ihrer Dekrete an die Masse selbst wendete mit der Forderung. daß die Arbeiter und die ärmsten Bauern sie selbst durchführen ... Die Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern sie nehmen als Organe der Arbeitermacht, als Teile der Räteregierung auch Anteil an der Organisation der Produktion, an der Verwaltung der Industrie; ebenso führen die Dorf- und die Bauernräte nicht nur den Kampf gegen die Blutsauger, die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, sondern sie beschäftigen sich auch mit der Feststellung der neuen Ordnung auf dem Agrargebiete, d. h. sie verwalten als Organe der Arbeiterregierung die Agrarangelegenheiten; sie arbeiten als Schrauben der kolossalen Maschine der Staatsverwaltung, wo die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ruht. So werden nach und nach durch die Arbeiterorganisationen, durch die Organisationen der Bauern die tiefsten Schichten des arbeitenden Volkes zur Verwaltung des Landes herangezogen“ [213]). Und LENIN führt in dem Kapitel über die

213) A. a. O. S. 21, 22.

„Entwicklung der Sowjetorganisation" als drittes Merkmal des „Sowjetdemokratismus" an, „daß die beste Massenorganisation der Avantgarde der Werktätigen, des großindustriellen Proletariates gebildet wird, die ihm erlaubt, die breitesten Massen der Ausgebeuteten zu leiten, sie in das selbständige politische Leben hineinzuziehen, sie politisch an ihren eigenen Erfahrungen zu erziehen, damit auf diese Weise zum erstenmal in Angriff genommen wird, daß die Bevölkerung ohne Ausnahme tatsächlich zu verwalten lernen soll und zu verwalten beginnen soll ... Die Sektionen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die sich allmählich mit den Kommissariaten verschmelzen. Als unser Ziel erscheint die allgemeine Heranziehung der Armen zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung"[214]).

Man kann dem bürgerlichen Staate nicht ernstlich entgegenhalten, er sei darum keine wahre Demokratie, weil die arbeitende Bevölkerung von der Leitung des Produktionsprozesses gänzlich ausgeschlossen sei und die bloß politische Selbstverwaltung in Gemeinde, Provinz (Land) und Staat die wesentlichen Belange des gesellschaftlichen Lebens unberührt lasse, d. h. der Autokratie der Unternehmer überlasse. Demokratie als Staatsform ist nur die Organisationsform staatlicher Funktion. Erst wenn die wirtschaftliche Produktion zur staatlichen Funktion geworden ist, ist Demokratie auch eine Aufgabe der Organisation der Wirtschaftsbetriebe geworden. Dabei darf gewiß nicht übersehen werden, daß Demokratie ein rein formales Organisationsprinzip ist, das an und für sich gar keinen allgemeinen und unbedingten Wert für jeden Organisationszweck beanspruchen kann. Ob überhaupt und wie weit im Einzelfalle eine demokratische Verfassung vorteilhaft sei, das muß quaestio facti bleiben. Gewiß wäre es verfehlt, in der Demokratie einen absoluten Wert, ein Allheilmittel, die Organisationsform schlechtweg zu erblicken. Vor allem dürfen gewisse Grenzen nicht vernachlässigt werden, die der Leistungsfähigkeit dieser Organisationsform gesetzt sind. Das die Demokratie charakterisierende Prinzip der Allgemeinheit und Gleichheit der Berechtigung zur Teilnahme an der Bildung des Gemein-

---

214) Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, S. 49.

schaftswillens geht von der Voraussetzung der Allgemeinheit und Gleichheit der Befähigung zur Teilnahme an der Bildung des Gemeinschaftswillens aus. Diese Voraussetzung trifft jedoch, wenn überhaupt, so doch nur innerhalb sehr enger Grenzen zu, richtiger: kann nur bei der Organisation ganz bestimmter Gemeinschaftsfunktionen ohne empfindliche Schädigung der Gemeinschaftsinteressen gemacht werden. Um das Wahlrecht zum Parlament auszuüben, bedarf man sicherlich nicht aller jener Kenntnisse und Eigenschaften, die bei der Verfassung eines zweckentsprechenden Gesetzes zur Bekämpfung von Epidemien und zur Durchführung eines solchen Gesetzes unbedingt notwendig sind. Weil Fachkenntnisse sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Gesetzesvollziehung unentbehrlich sind, Fachkenntnisse und Facherfahrung, überhaupt rationelle Interessenwahrung nicht möglich ist ohne Fachausbildung und eine darauf beruhende arbeitsteilige Berufsfunktion, wird die Demokratie — soll sie nicht ein Zurücksinken in wirtschaftlich-technischen Primitivismus bedeuten — niemals eines Berufsbeamtentums, d. h. spezifisch ausgebildeter und berufsmäßiger Organe, entbehren können. Es liegt nur in der Natur der Demokratie, daß ihr spezifisches Organisationsprinzip sich vornehmlich in der Führung, Leitung, in dem Richtunggeben, nicht aber in der Ausführung, in der letzten Konkretisierung der sozialen Ordnung bewährt. Natürlich hängt der Grad, bis zu welchem die Demokratisierung möglich ist, auch von dem allgemeinen Bildungsniveau ab. Von diesem Gesichtspunkte aus ist zu beurteilen, daß die bolschewistische Forderung nach unmittelbarer Verwaltung durch das Volk regelmäßig mit einem Kampfruf gegen die Bureaukratie verbunden wird.

Daß im proletarischen Staate die Bureaukraten des alten Regimes beseitigt werden sollen, ist unabhängig von der Frage, ob der neue Staat, ob überhaupt ein Staat ohne Bureaukraten auskommen kann. Schon anläßlich der Untersuchung der Leninschen Theorie von der Umwandlung der politischen Funktion des Staates in verwaltungstechnische und der damit im Zusammenhange stehenden Forderung nach Abschaffung des Staatsbeamtentums und des ihm spezifischen Vorgesetztenverhältnisses wurde die völlige Beseitigung der Bureaukratie als Postulat des

Bolschewismus erkannt. Im jetzigen Zusammenhange, unter dem Gesichtspunkte des demokratischen Organisationsplanes muß vor allem die Vieldeutigkeit des Wortes „Bureaukratie" berücksichtigt werden. Ist damit lediglich die Art der Berufung des Organes gemeint: einseitige Ernennung durch eine vorgesetzte höhere Stelle im Gegensatz zur Wahl durch diejenigen, deren Interessen das Organ zu versorgen hat, so handelt es sich in Wahrheit nicht um einen Kampf gegen die Bureaukratie, sondern gegen eine autokratisch-zentralistische und für eine demokratisch-dezentralistische Organisation; ebenso wenn an Stelle des — mitunter als bureaukratisch bezeichneten — Ministerial das Kollegialsystem gesetzt werden soll. Doch darf nicht vergessen werden, daß, wenn überhaupt die Verwaltung durch fach- und berufsmäßige, d. h. also arbeitsteilig tätige Organe geführt werden soll, die Art der Berufung keinen sehr wesentlichen Unterschied bedeutet, da — wenn nur fachlich qualifizierte Kandidaten in Frage kommen — schon wegen der geringen Zahl der zur Verfügung Stehenden und des Umstandes, daß es sich dabei um Lebensberufe handelt, das zur Wahl berufene Kollegium erfahrungsgemäß nach den gleichen Prinzipien vorgeht, wie die mit dem Ernennungsrecht ausgestattete Einzelperson. Und ebenso bedeutet das Prinzip der Verwaltung durch fachmäßige Berufsorgane speziell in den untersten Schichten der Ordnungsverwirklichung schon aus Gründen der Ökonomie ein Zurücktreten des kollegialen gegenüber dem ministerialen Organisationstypus.

Indes gerade gegen das Berufsbeamtentum richten sich — wie ja bereits die früher zitierten Äußerungen LENINS zeigen — die Angriffe der bolschewistischen Theorie. Zwar ist aus den vorliegenden Dokumenten nicht klar zu ersehen, wie die regelmäßige Verwaltung der Sowjetrepublik beschaffen ist. Den Andeutungen, die LENIN in seiner Schrift „Staat und Revolution" macht, fügt er in seiner Publikation „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" einige Bemerkungen hinzu, die darauf schließen lassen, daß die gesamte Staatsverwaltung sozusagen im Nebenamt von den hauptamtlich im Produktionsprozeß beschäftigten Arbeitern und Bauern besorgt werden soll. „Als unser Ziel erscheint die unentgeltliche Erfüllung der Staatspflichten jedes einzelnen Arbeitenden — nach Ableistung der

achtstündigen ‚Aufgabe‘ der Produktionsarbeit“[215]). Die in solcher Anschauung gelegene gänzliche Verkennung des aus der fortschreitenden Arbeitsteilung sich ergebenden, aus Berufsorganen bestehenden staatlichen Verwaltungsapparates ist bereits früher hervorgehoben worden. Hier bleibt auch die Tatsache außer Diskussion, daß die Sowjetrepublik nicht auf „Fachleute“ verzichten konnte und daß die Eingliederung dieser berufsmäßig tätigen Funktionäre in den Staatsorganismus der Sowjetrepublik zu erheblichen Schwierigkeiten führte[216]). Worauf es in diesem Zusammenhang allein ankommt, ist die Feststellung, daß das von Lenin formulierte Ziel der Räterepublik ein typisches Requisit der unmittelbaren Demokratie, und zwar die Konsequenz ihres auf die Spitze getriebenen Gleichheitsprinzips ist. Es war im Grunde der gleiche Gedanke — nur noch etwas realpolitischer gefärbt — wenn in der Athenischen Demokratie die Beamten gewisser Verwaltungszweige für eine kurze Periode durch das Los bestimmt wurden.

§ 19. Die aristokratisch-autokratische Natur der Räteverfassung; Rückbildung zur ständischen Verfassung.

Die russische Sowjetverfassung wäre eine Demokratie, wäre — wenigstens der Idee nach — sogar eine vollkommene Demokratie, wenn vielleicht auch nicht ein besser verwalteter Staat als die Demokratie des kapitalistischen Staates, wenn sie nicht nur das Prinzip der Gleichheit, sondern auch das der Allgemeinheit der politischen Rechte verwirklichen wollte, wenn sie

215) A. a. O. S. 50/51. 216) Vgl. dazu z. B. Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung. Rede, gehalten auf der Städtekonferenz der russischen kommunistischen Partei in Moskau am 28. März 1918. Revolutionsbibliothek, Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, Berlin 1919, S. 11: „Die Demokratisierung besteht gar nicht darin (das ist das A-B-C für jeden Marxisten), die Bedeutung der qualifizierten Kräfte, die Bedeutung der Personen, die Fachkenntnisse besitzen, abzuschaffen, sondern darin, sie überall und stets durch gewählte Kollegien zu ersetzen«. Daß das Wahlprinzip als Berufungsart der öffentlichen Organe in der Sowjetrepublik nicht ausnahmslos aufrecht erhalten werden konnte, dafür liefert auch die eben zitierte Schrift Trotzkis einen Beleg, wenn erklärt wird: „Unter dem jetzigen Regime in der Armee — ich sage es Ihnen vollkommen offen — erscheint das Wahlprinzip politisch zwecklos, technisch aber unzweckmäßig, und in dem Dekrete ist es bereits faktisch aufgehoben“. A. a. O. S. 22.

nicht von vornherein nur die Minderheit des industriellen Proletariates als herrschende Klasse der überwiegenden Mehrheit aller anderen Klassen als einer mehr oder weniger rechtlosen Masse gegenüberstellen würde. Eine Staatsform, die die politische Herrschaft einer Gruppe oder Klasse durch deren formelle Bevorrechtung garantiert, bezeichnet man — soweit sie nicht äußerlich mit einer monarchischen Spitze auftritt — als Aristokratie. Daß es sich dabei nicht gerade — wie das griechische Wort sagt — um eine Herrschaft der Besten oder Besseren handelt, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich, daß die jeweils Herrschenden nie darauf verzichten, zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft sich in irgendeinem Sinne als die Besseren zu bezeichnen. Auch die bolschewistische Doktrin verabsäumt nicht, das industrielle Proletariat sowohl gegenüber der rechtlosen Bourgeoisie als auch gegenüber der minderberechtigten Bauernschaft mit mannigfachen Wertqualitäten auszustatten und so deutlich zu differenzieren. Der „fleißige" Proletarier steht dem „faulen", „nichtstuenden", ja „betrügerischen" Kapitalisten, der in der politischen Organisation und im jahrelangen Parteikampf geschulte und erfahrene Industriearbeiter dem ungebildeten und unerfahrenen Bauern gegenüber, der sich naturgemäß der Führung des ersteren anzuvertrauen hat[217]).

In ihrer Ideologie entkleidet sich jede herrschende Klasse ihres bloßen Klassencharakters und tritt mit dem Anspruche auf, die ganze Gesellschaft, die „Gesellschaft" schlechtweg zu sein oder doch kraft ihrer besonderen Qualifikation die ganze Gesellschaft zu repräsentieren. Gerade die sozialistische Gesellschaftskritik hat der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft immer wieder die Maske der Universalität herabgerissen und als bloße Fiktion entlarvt, wenn der von dieser Klasse beherrschte Staat

217) Vgl. dazu die Darstellung bei BUCHARIN. Daß dem Industrieproletariate — RADEK spricht gelegentlich von einer „Arbeiteraristokratie" — gegenüber dem bäuerlichen Proletariate die Führung zukommt: auch in diesem Punkte ahmt die russische Sowjetverfassung nur das Beispiel der Pariser Kommune von 1871 nach, von der MARX sagt: sie hätte „die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort in den städtischen Arbeitern die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert". Vgl. dazu SOMBART, Sozialismus und soziale Bewegung, 8. Aufl., S. 159.

sich als Organisation der Gesamtinteressen, als Ausfluß eines Gemeinwillens ausgab. Es mutet darum so seltsam an, wenn der Sozialismus bei der Apologie des proletarischen Klassenstaates sich der gleichen Fiktionen bedient, die er erst kürzlich erbarmungslos zerpflückt hat. Schon Marx hat ja den universellen Charakter des Proletariates damit zu begründen gesucht, daß er die ganze Gesellschaft in dem Zustande dieser Klasse stehend, alle Leiden der Gesellschaft in den Leiden dieser Klasse konzentriert behauptete. Nunmehr wird, um die Einschränkung der politischen Rechte auf die Klasse des Proletariates, ja schließlich auf die oder eine Partei desselben zu rechtfertigen, geltend gemacht, daß das Proletariat eigentlich gar keine beschränkte Klasse, sondern die ganze Gesellschaft, zu mindest die Gesellschaft der Zukunft, darstelle, ja daß der Sozialismus — sofern man das Bekenntnis zu ihm als Bedingung für die politische Berechtigung setze — „nicht bloß politische Partei, sondern darüber hinaus Vertretung des Ganzen der Gesellschaft ist, freilich einer Gesellschaft, die erst im Werden ist“ [218]). Es steckt ein gutes Stück der früher gekennzeichneten autokratischen Repräsentationstheorie in der Behauptung, daß die — politisch allein berechtigte — Arbeiterklasse, daß die sozialistische Partei, deren Mitgliedern allein das aktive und passive Wahlrecht vorbehalten wird — nicht Klassen-, Arbeiter-, oder Parteiinteressen, sondern Gemeininteressen vertrete [219]). „Und was bloß als politische Partei erscheint, weil es sich im Kampfe um die Macht auf denselben Boden mit anderen Parteien stellen muß, das ist in Wirklichkeit die Organisation aller gesellschaftserneuernden Kräfte gegenüber dem gesellschaftlichen Stillstand ja Rückschritt“ [220]). Nein, das ist die dogmatische Verabsolutierung des politischen Ideales einer bestimmten Gesellschaftsanschauung, das ist die typische Fiktion jedes aristokratischen und autokratischen Regimes, das ist vor allem die Ideologie der Theokratie. Daß man als Vorzug eines Vertretungskörpers, der verfassungsmäßig nur aus Angehörigen sozialistischer Organisationen gewählt wird, hervorheben zu dürfen glaubt, daß er „nicht mehr von Klassengegen-

---

218) Max Adler, Demokratie und Rätesystem. Sozialistische Bücherei, Heft 8, 1919, S. 34. 219) Derselbe, a. a. O. S. 35. 220) Derselbe, a. a. O. S. 35.

sätzen gespalten"[221]) sei, soll unwidersprochen bleiben. Aber daß erst eine solche „Volksvertretung" „einen wirklichen Gemeinwillen darstellen" werde, darf wohl, ganz abgesehen von dem Umstande, daß eine solche Volksvertretung nur eine Minorität des Volkes vertritt, schon angesichts der gewaltigen Meinungs- und Willensdifferenzen innerhalb der sozialistischen Parteien ernsthaft bezweifelt werden.

Die demokratische Staatsform trifft der Vorwurf, daß sie eine soziale Einheit voraussetzt, die in Wirklichkeit gar nicht existiert. Als Einheit wählt das Volk in einem einheitlichen Wahlakt, der nur aus technischen Gründen sich aus einer Reihe von Teilwahlakten rein territorialer Wahlkörper zusammensetzt, einen einheitlichen Vertretungskörper, der einen einheitlichen Volkswillen produziert, obgleich das „Volk", von wirtschaftlichen, nationalen und religiösen Gegensätzen gespalten, soziologisch eher ein Bündel gesellschaftlicher Gruppen als eine zusammenhängende Masse eines und desselben Aggregatzustandes darstellt. Die von der Demokratie vorausgesetzte Gleichheit der Individuen und das darauf aufgebaute Majoritätsprinzip bei der Willensbildung bedeutet eine radikale Mechanisierung des sozialen Organisationsprozesses und schafft eine Form, in der die organische Gliederung des sozialen Körpers und die große Verschiedenheit des Wertes, den die einzelnen Glieder für die Gesamtfunktion haben, nicht zum Ausdrucke kommen kann. Dieser Einwand ist von jeher gegen die Demokratie von der Autokratie und der Aristokratie erhoben worden. Sicherlich klingen die Argumente für die Räteverfassung sehr deutlich an jene scheinbar längst überholten, als reaktionär verschrienen Gedankengänge an. Sicherlich haben sie gerade in dieser Richtung eine gewisse Berechtigung. Daß die absolute Gültigkeit des reinen Majoritätsprinzipes wieder in Zweifel gezogen wird, ist ja nur darum verwunderlich, weil es von einer Seite geschieht, die bisher gerade in diesem Prinzipe ihre Hauptstütze erblickt hat. Gewisse Tendenzen, die der Gedanke der Räteorganisation außerhalb Rußlands, speziell in Deutschland, zeigt, und mehr noch die politischen Wirkungen, die von der Räteverfassung auf die Organisation der nicht proletarischen

---

221) Derselbe, a. a. O. S. 34.

Klassen ausgehen, erwecken den Anschein, als ob die Entwicklung des Sowjetsystems die Rückbildung zu gewissen vordemokratischen Organisationsformen, die Wiederbelebung der Ständeverfassung[222]) anbahnte. Neben den Arbeiterräten beginnen Bürger- und Bauernräte sich zu bilden. Es ist anzunehmen, daß es sich dabei nur um vorübergehende Erscheinungen handelt; dennoch soll nicht unterlassen werden, auf die schweren Mängel einer ständischen Organisation hinzuweisen. Soll nicht ein steter Kampf der einzelnen Gruppen um die entscheidende, d. h. ausschließliche Macht im Staate dessen Grundlagen dauernd erschüttern, können die gemeinsamen, d. h. also staatlichen Angelegenheiten nur in Übereinstimmung aller ständisch organisierten Gruppen besorgt werden. Die ungeheure Schwerfälligkeit dieses Apparates, seine geradezu auflösende Tendenz machen ihn für moderne Verhältnisse unmöglich. Gerade darin liegt ja der Vorzug der Demokratie und ihres Majoritätsprinzipes, daß sie bei größter Einfachheit der Organisation eine weitgehende politische Integration der Staatsgesellschaft gewährleistet. Sicherlich wäre es verfehlt, die Wirkung dieser Integration zu überschätzen oder sich gar von der demokratischen Fiktion der geschlossenen Volkseinheit täuschen zu lassen. Wenn für irgendeinen Staat, so gilt auch für die Demokratie das Wort, das NIETZSCHE vom „neuen Götzen" sagt. „Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk". Daß der auf juristischem Wege erzeugte Wille des Staates der „Wille des Volkes" sei, ist auch dann eine Fiktion, wenn das Willensbildungsverfahren demokratisch organisiert ist. Nicht, weil die Demokratie den wahren Willen des Volkes zutage zu fördern außerstande wäre und eine andere politische Form dies besser vermöchte, sondern weil das politische Grundphänomen des Volkswillens an und für sich im höchsten Grade problematisch ist[223]). Unbefangener, von den juristischen Formen abstrahierender Betrachtung der tat-

222) Vgl. dazu VERDROSS, Die ideologischen Wurzeln des Rätesystems. „Deutsche Politik" vom 4. Juli 1919, S. 18 ff. 223) Daß neuestens auch von sozialistischer Seite die Realität des „Volkswillens" bezweifelt wird, dafür ist symptomatisch die Schrift von TÄUBLER, Abgeordneten- und Bürokratenabsolutismus und die Rätedemokratie, Wien, 1919, S. 8.

sächlichen Vorgänge bei der sozialen Willensbildung kann nicht verborgen bleiben, daß die niemals automatisch, niemals aus sich selbst bewegliche Masse die dem Wollen spezifische, initiativ schöpferische Funktion nicht zu leisten vermag. Das für die Richtung und den Inhalt des „Volkswillens" entscheidende Stadium liegt meist vor dem demokratischen Verfahren, in dem der Volkswille — vielmehr seine politische Ausdrucksform: der Staatswille — gebildet wird, und hat durchaus autokratischen Charakter: Der Führerwille eines einzelnen wird dem Willen der vielen aufgezwungen.

Schluß.

§ 20. Die Demokratie als Form des politischen Relativismus im Gegensatze zum politischen Absolutismus.

Der unbezweifelbare Gewinn der demokratischen Organisation liegt vielmehr darin, daß durch das Prinzip der Gleichheit und Allgemeinheit der politischen Rechte die breiteste Grundlage für den Kampf um die politische Führerschaft und so die relativ beste Auslesemöglichkeit geschaffen wird. Dabei tritt innerhalb dieses politischen Prinzips mehr die Allgemeinheit als die Gleichheit in den Vordergrund.

Und an die Allgemeinheit knüpft sich auch derjenige Vorzug, den die Demokratie allen anderen politischen Organisationsformen voraus hat: die Möglichkeit jeder politischen Überzeugung, sich zu äußern und im freien Wettbewerb um die Gemüter der Menschen sich geltend zu machen. Die Herrschaft der Majorität unterscheidet sich von jeder anderen Herrschaft dadurch, daß sie ihrem innersten Wesen nach eine Minorität nicht nur begrifflich voraussetzt, sondern auch politisch anerkennt und — in konsequenter Verfolgung des demokratischen Gedankens bis zum Prinzipe der Proportionalität — schützt. Die Relativität des Wertes, den ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntnis aufrichtet, die Unmöglichkeit, für ein politisches Programm, für ein politisches Ideal bei aller subjektiven Hingebung, bei aller persönlichen Überzeugung absolute Gültigkeit zu beanspruchen, zwingt gebieterisch zu einer Negation auch des politischen Absolutismus, mag das nun der Absolutismus eines Monarchen,

einer Priester-, Adels- oder Kriegerkaste, einer Klasse oder sonst einer privilegierten, jede andere ausschließenden Gruppe sein [224]). Wer sich in seinem politischen Wollen und Handeln auf göttliche Eingebung, auf überirdische Erleuchtung berufen kann, der mag das Recht haben, sein Ohr der Stimme des Menschen zu verschließen und seinen Willen, als den Willen des absolut Guten, auch gegen eine Welt von Ungläubigen, Verblendeten, weil anders Wollenden durchzusetzen. Darum konnte die Losung des Gottesgnadentums christlicher Monarchie sein: Autorität, nicht Majorität, jenes Losungswort, das der konservative Rechtsphilosoph STAHL geprägt hat und das zum Angriffsziel für alles geworden ist, was für geistige Freiheit, für wunder- und dogmenbefreite, auf dem menschlichen Verstande und dem Zweifel der Kritik begründete Wissenschaft, politisch aber für Demokratie ist. Denn wer sich nur auf irdische Wahrheit stützt, wer nur menschliche Erkenntnis die sozialen Ziele richten läßt, der kann den zu ihrer Verwirklichung unvermeidlichen Zwang kaum anders rechtfertigen, als durch die Zustimmung wenigstens der Mehrheit derjenigen, denen die Zwangsordnung zum Heile gereichen soll; und diese Zwangsordnung darf nur so beschaffen sein, daß auch die Minderheit — weil nicht absolut im Unrecht — nicht absolut rechtlos, jederzeit selbst zur Mehrheit werden kann. Das ist der eigentliche Sinn jenes politischen Systems, das wir Demokratie nennen und das nur darum dem politischen Absolutismus entgegengestellt werden darf, weil es der Ausdruck eines politischen Relativismus ist.

224) Vgl. dazu GAWRONSKY, Die Bilanz des russischen Bolschewismus, 1919, S. 79.

Drei Briefe von Karl Marx an Heinrich Heine.

Mitgeteilt von

Gustav Mayer (Berlin).

Die folgenden drei Briefe von MARX an HEINE, die sich zuletzt im Besitz verschiedener Autographenhändler befanden, sind meines Wissens bisher ungedruckt geblieben. Bei einem dieser Händler hatte FRANZ MEHRING sie, wie er mir bei unserer letzten Begegnung sagte, vor Jahren eingesehen, und einige seiner gedruckten Bemerkungen bezeugen, daß er sie in der Tat gekannt hat[1]). Obgleich ihr Inhalt kein zu bedeutender ist, rechtfertigen die Bedeutung des Schreibers wie des Empfängers dieser flüchtigen Blätter ihren Abdruck an einer der Wissenschaft zugänglichen Stelle. Andere Briefe von MARX an HEINE sind mir nicht bekannt, von HEINE an MARX besitzen wir nur den in Hamburg geschriebenen Brief vom 21. September 1844, den die Neue Zeit (XIV/1, S. 14 ff.) im Faksimile veröffentlichte. Ursprünglich hatte FRIEDRICH ENGELS beabsichtigt, an jener Stelle diesen Brief mitzuteilen und dort einleitend das Verhältnis zwischen HEINE und MARX darzulegen. Aber er starb, bevor er sein Vorhaben ausführte, und nahm die Ausführungen, die er dort gemacht hätte, mit sich ins Grab. Statt seiner hatte MEHRING bei dieser Gelegenheit in der Neuen Zeit über die Beziehungen zwischen dem Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und dem von ihm bewunderten Dichter die notwendigen Mitteilungen gemacht, und in dem oben erwähnten Essai hat er später in diesem Archiv den Gegenstand noch einmal auf so glänzende Weise behandelt, daß es genügen darf, für das Allgemeine, das darüber zu sagen wäre, auf jene beiden Aufsätze zu verweisen.

Vieler Worte bedarf es auch im einzelnen nicht, um die nachfolgenden drei Briefe, die alle undatiert sind, verständlich zu machen. Der erste ist im Januar 1844, noch in Paris, geschrieben, ganz kurz bevor MARX, wie man weiß, höchst unfreiwillig, von hier nach Brüssel übersiedelte. Das Vierteljahrbuch, für das er den Dichter zu interessieren sucht, sind natürlich die Rheinischen Jahrbücher; am Ende aber hat MARX selbst — man weiß nicht genau den Grund — so wenig wie der Dichter einen Beitrag dazu gestiftet.

---

1) Verwiesen sei hierfür auf seine Ausgabe des literarischen Nachlasses von MARX und ENGELS II, 355, auf seinen schönen Essai: Sozialistische Lyrik, in diesem Archiv IV, 219 und auf seine MARXbiographie S. 118. (Der betreffende Abschnitt wurde erstmals in diesem Archiv VII abgedruckt, vgl. besonders S. 285.)

In seinem Hauptstück auf den gleichen Inhalt wie der erste bezieht sich der zweite Brief, aus dem HEINE MARX' früheste Brüsseler Adresse erfährt und den nach allem von dem ersten nur eine kurze Zeitspanne trennen kann. Mit dem Gedicht „Deutsche Flotte" kann MARX auf kein anderes abzielen als auf das bekannte „Wir träumten von einer Flotte jüngst", das in den Werken „Unsere Marine" heißt. Von ihm behauptet ELSTER in seiner HEINEausgabe, daß es zuerst 1846 im Pariser Vorwärts, den dieser Herausgeber HEINES freilich nicht aufzutreiben vermochte, erschienen sei. Im III. Band dieses Archivs habe ich auf Grund der Akten des Berliner Geheimen Staatsarchivs das Schicksaal des Pariser Vorwärts erzählt; es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser 1846 bereits der Vergangenheit angehörte. Bei der genauen Durcharbeitung eines nicht ganz, aber nahezu vollständigen Exemplars der seltenen Zeitung bin ich, von „Deutschland· ein Wintermärchen" abgesehen, auf elf HEINEsche Gedichte gestoßen, die dort zum ersten Mal, teilweise in anderer Fassung als später in den Gesammelten Werken, veröffentlicht wurden. Doch „Die deutsche Flotte" fand ich nicht darunter. Es ist auch nicht recht einzusehen, weshalb MARX gerade dieses Gedicht, wenn es im Vorwärts bereits erschienen wäre, in den Rheinischen Jahrbüchern noch einmal hätte abgedruckt sehen wollen. Man möchte annehmen, daß es dem Verleger LESKE und dem Herausgeber PÜTTMANN um einen ungedruckten Beitrag des berühmten Dichters zu tun war. Die neueste kritische Ausgabe von HEINES Werken, die des Inselverlages, hebt denn auch richtig hervor, daß das Gedicht nicht zuerst im Vorwärts erschien, sondern daß noch unbekannt sei, wo es zuerst gedruckt wurde.

Über ANNENKOFFS Beziehungen zu MARX orientiert am besten die Abhandlung N. RJASANOFF's, Marx und seine russischen Bekannten in den vierziger Jahren, Neue Zeit XXXI/1 (1913), besonders S. 763. ANNENKOFFS eigene Auszeichnungen über seine Beziehungen zu MARX in dieser Zeit, („Der europäische Bote" [russ.] 1880, der betreffende Abschnitt deutsch in Neue Zeit I [1883], S. 236), nach Jahrzehnten entstanden, sind mit Vorsicht zu lesen. Dauernden Wert hat aber dort seine prächtige Schilderung von MARX' äußerer Erscheinung, wie sie ihm in der Erinnerung geblieben war. HEINES Buch über BÖRNE ist bekanntlich schon 1840 erschienen. Die Absicht, es so viel später noch in einer deutschen Zeitschrift ausführlich zu kritisieren, hat Marx nicht ausgeführt. Übrigens haben damals nicht etwa nur „die christlich-germanischen Esel" an der schonungslosen Art Anstoß genommen, in der HEINE hier mit dem namhaftesten Vorkämpfer des deutschen Demokratismus umgesprungen war. Selbst FRIEDRICH ENGELS, den MARX füglich für keinen „christlich-germanischen Esel" halten konnte, urteilte 1842 in den Deutschen Jahrbüchern: „HEINES Buch über Börne ist das Nichtswürdigste, was jemals in deutscher Sprache geschrieben wurde" [1]).

1) Mit anderen, teils anonym erschienenen, teils noch unveröffentlichten Kundgebungen werde ich demnächst auch diesen Aufsatz in einem die frühesten Arbeiten des jungen ENGELS zusammenfassenden Band bei JULIUS SPRINGER in Berlin zum Abdruck bringen.

I.

Lieber Freund!

Ich hoffe Morgen noch Zeit zu haben, Sie zu sehen. Meine Abreise findet Montag statt.

Der Buchhändler Leske war eben bei mir. Er gibt ein Vierteljahrbuch in Darmstadt zensurfrei heraus. Ich, Engels, Heß, Herwegh, Jung etc. — arbeiten mit. Er hat mich gebeten, Sie um Ihre Mitwirkung — Poesie oder Prosa — anzusprechen. Sie schlagen das gewiss nicht ab, da wir jede Gelegenheit benutzen müssen, uns in Deutschland selbst anzusiedeln.

Von Allem, was ich hier an Menschen zurücklasse, ist mir die Heinesche Hinterlassenschaft am unangenehmsten. Ich möchte Sie gern mit einpacken. Grüßen Sie von mir und meiner Frau Ihre Frau Gemahlin.

Ihr

K. Marx.

II.

Bruxelles. Rue Pachecho visavis du hopital St. Jean No. 35.

Lieber Heine!

Sie entschuldigen mich mit einer Masse Douanenplackereien, wenn ich Ihnen heute nur einige Zeilen schreibe.

Püttmann in Köln lässt Sie durch mich ersuchen, doch ja einige Gedichte (vielleicht auch Ihre deutsche Flotte?) für das c e n s u r f r e i erscheinende Jahrbuch in Darmstadt einzuschicken. Sie können die Sache an mich adressieren. Der längste Termin — Sie werden wohl aber gleich was bei der Hand haben — ist 3 Wochen.

Meine Frau lässt Sie und Ihre Gemahlin vielmals grüßen. Vorgestern war ich auf der hiesigen Administration de la sûreté publique, wo ich schriftlich erklären musste, in Belgien nichts über Tagespolitik drucken zu lassen.

Der Renouard und Boernstein haben Ihr Wintermärchen mit dem Druckort New York in Paris drucken und hier in Brüssel zum Verkauf ausbieten lassen. Dieser Nachdruck soll überdem von Druckfehlern wimmeln. Ein andermal mehr.

Ihr

Marx.

III.

Mein lieber Heine!

Ich benutze die Durchreise des Überbringers dieser Zeilen, des Herrn Annenkoff, eines sehr liebenswürdigen und gebildeten Russen, um Ihnen meine besten Grüße zukommen zu lassen.

Vor einigen Tagen fiel mir zufällig eine kleine Schmähschrift gegen Sie in die Hand — Hinterlassene Briefe Börnes. Ich hätte ihn nie für so fad,

kleinlich und abgeschmackt gehalten, als es da schwarz auf weiss zu lesen ist. Und welch elendes Gekohl nun gar der Nachtrag von Gutzkow, etc. Ich werde in einer deutschen Zeitschrift eine ausführliche Kritik Ihres Buchs über Börne schreiben. Eine tölpelhaftere Behandlung als dies Buch von den christlich-germanischen Eseln erfahren hat, ist kaum in irgend einer Literaturperiade aufzuweisen und doch fehlt's keiner deutschen Periode an Tölpelei.

Haben Sie mir vielleicht noch „Spezielles" über Ihre Schrift mitzuteilen, so tun Sie's rasch.

Ihr

K. Marx.

Rue de l'Alliance 5. Hors de la Porte de Louvain. Bruxelles.

Ein verschollener Nachklang der Internationale: The International Labour Union (London, 1877—78).

Von

Max Nettlau (Wien).

Wenn je eine sozialistische Bewegung einen dem gänzlichen Versiegen beinahe identischen Tiefstand erreichte, gilt dies von der englischen Bewegung der Jahre 1875—1879. Die Führer der Internationale hatten von Anfang an für gut befunden, dem Kontinent gegenüber die großen Massen der ihnen vag affiliierten Tradesunionisten auszuspielen, statt, wie es überall sonst geschah, durch mühsame Propaganda eine wirklich sozialistische Bewegung allmählich aufzubauen. Als letzteres nach Jahren, auf das Drängen vieler, doch begonnen wurde, waren viele Kräfte durch ihre Führerrollen im Generalrat längst verwöhnt und verbraucht, Streit- und Personenfragen wurden sofort in die neue Bewegung getragen und bald öffnete sich diese, der alten Großmannssucht nachgebend, populäreren Nebenbewegungen, wie der republikanischen; kurz es folgte 1873 und 1874 ein Verfall und Zerfall [1]), der, so viel ich je bemerken konnte, für ungefähr fünf Jahre (zwischen 1874 und 1879 gelegen) das Verschwinden jeder organisierten Bewegung herbeiführte [2]). — Die neue Bewegung, die bald nach 1880 durch den Protest gegen Irlands Unterdrückung durch die liberale Regierung und durch HENRY GEORGES erste englische Landnationalisierungs-Kampagne mächtig gefördert hervortrat [3]), hatte ihre ersten Quellen in kleinen, jetzt vergessenen Londoner Gruppen, die von einigen wenigen energischen Männern inspiriert wurden. Diese Männer hatten ihren Sozialismus, der ein ausgesprochen revolutionärer war (und manche von ihnen schon damals zum Anarchismus führte), sich gewissermaßen selbst gebildet durch Kontakt mit alten Chartisten, Owenisten, Anhängern BRONTERRE O'BRIEN's usw., fest überzeugten, aber einseitigen Leuten, und durch eine

1) Vgl. MAX BACH, Die Spaltung der englischen Internationale (Neue Zeit XX./2); The International Herald (London, 1872—73), seit Nr. 82 The Republican Herald (1873—74) etc.

2) Kleinere Bewegungen wie die zur Erhaltung der Commons, u. a. von De Morgan's Monthly (seit 1876) vertreten, die Tichborneagitation (Magna Charta Association) etc. gaben manchen älteren und neu auftauchenden Kräften Betätigung.

3) The Radical (1881—82) verzeichnet die Anfänge dieser zur Democratic Federation führenden Bewegung.

wesentliche Modernisierung dieser Ideen im Verkehr mit einzelnen deutschen Sozialisten und mit Kommuneflüchtlingen etc. Der Einfluß der so kläglich in nichts verflüchtigten englischen Internationale auf sie war der denkbar geringste und die Führer derselben galten ihnen als abgetane Größen, die viel verschuldet hatten[1]). So kann man nur eine wirkliche Trennung beider Bewegungen durch eine beinahe leere Pause von fünf Jahren konstatieren.

Und doch wurde in diesen Jahren, von November 1877 ab bis mindestens Ende 1878 (ob noch länger, ist unbekannt), ein Versuch gemacht, die alte Bewegung der Internationale zu erneuern, ja, es waren die alten Männer der Internationale selbst (die Richtung MARX ausgenommen), die sich dazu zusammenfanden, und selbst der Wunsch, den alten Namen der Internationale wieder anzunehmen, fehlte nicht. Wenn diese Bemühungen zu nichts führten und fast lautlos verklangen, war die Ursache jedenfalls die, daß diese alten Führer die Fehler der alten Taktik wiederholten, daß sie nur führen und nicht arbeiten wollten. So bewegen sie sich im luftleeren Raum oder sie erscheinen wie die Geister gefallener Krieger der Sage, die ihre alten Kämpfe allnächtlich wieder ausfechten; — nichts gelernt und nichts vergessen. Immerhin mag dieses letzte Echo der Internationale in London der Vergessenheit entrissen werden, der es ohne einen ganz besonderen Zufall verfallen gewesen wäre[2]).

Folgendes Manuskript lag mir vor:

Minutes of the Council of the International Labour Union Occidental Rooms, Fountain Court, Strand [London], from Dec. 11, 1877. 60 Bl., fol.[3]).

---

1) Ich schildere hier die ersten Anfänge dieser Bewegung, etwa seit 1879 auf Grund vieler eingehender mündlicher Mitteilungen der hauptsächlichsten dieser Männer, der ältesten Publikationen (geheim gedruckter Flugblätter etc.) und anderer Quellen. Im Druck erschienen darüber längere Erinnerungen von FRANK KITZ, in Freedom (London), 1911 oder 1912.

2) Mitglied des Council der Organisation war FRITZ SCHUMANN, vielleicht ein Däne, da er am 16. IV. 1878 zum korrespondierenden Sekretär für Skandinavien gewählt wurde und Korrespondent des Kopenhagener Sozialdemokraten war (nach La Guerre sociale, London, 2. X. 1878). Er entwarf die Zeichnung der Mitgliedskarten (30. IV.; 14. V. 78). Später lebte er in Amerika und schrieb dort vor seinem Tode auf das mitgenommene Protokollbuch der Gesellschaft: *„This book to be given to Mr. Axel Staal when I am dead. He never to use it against the philosophy of Anarchist-Communism. Nov. 28. 09. Fritz Schumann“.* — Darunter steht: *„Staal sender den til Kropotkin“*, d. h. das Buch wurde an P. KROPOTKIN geschickt, der dazu notierte: *„Received at Rapallo on Dec. 27. 1910. P. Kropotkin“.* — Dieser lieh mir das Buch und ich kopierte oder exzerpierte alles wesentliche im Dezember 1911. — Ich glaube nicht, daß ich dies Material in einem den Intentionen SCHUMANNS zuwiderlaufenden Sinn verwende, da ja das Buch ein im Sinn seiner und meiner Ideen lehrreiches Beispiel dafür liefert, wie man nicht organisieren und daß man nicht führen soll.

3) Das im Mai 1878 von F. SCHUMANN entworfene Briefpapier zeigt eine

Der Bericht über die Gründung der Organisation im November 1877 ist nicht vorhanden[1]). Die von FLETCHER PAPE, dem Sekretär (vom 9. VII. 78 ab von J. S. HOWELL) geschriebenen Protokolle beginnen mit folgender Liste der Mitglieder des provisorischen Council[2]): CHARLES BRADLAUGH — JOHN HALES — HODGSON PRATT — J. ACKRELL — VICTOR DELAHAYE — FRITZ SCHUMANN — ALSAGER HAY HILL — J. FOSTER — Rev. STEWART D. HEADLAM — C. KEEN — J. GROUT — J. G. ECCARIUS — JOHN WESTON — VAN DER HOUT — BARROIS — MRS. ANNIE BESANT — MISS EDITH SIMCOX — MRS. HARRIET LAW — MISS A. BROWN.

Am 18. XII. 77 erscheint noch J. S. HOWELL, während HODGSON PRATT, HERMANN JUNG, BARROIS und G. SHIPTON resignieren. JUNG wird um Zurücknahme gebeten und nimmt dann großen Anteil; er präsidierte dem Inaugural Meeting (Occidental Hall, Strand) 29. I. 78, das auch PRATT brieflich begrüßte. Dort wurde der definitive Council von 35 gewählt:

JUNG — HALES — WESTON — PAPE — DE JONG — VAN DER HOUT — ECCARIUS — SCHUMANN — G. BENNET — BRADLAUGH — MRS. BESANT — EMMANUEL HOPES — MRS. LAW — ROUSSEAU — LEONARD ENTERS — DAYS — HILL — BAZIN — J. S. HOWELL — WHEATLEY — STEWART HEADLAM — READ — KEEN — ACKRELL — J. DE WALSHE — MOORE — TH. MOTTERSHEAD — C. KING — R. MC. GIFFEN — P. FERRAUT — ROACH — MERMOD — W. W. NIGHTINGALE — CARL HENZE — LIONEL ROBINSON.

Von diesen wird FLETCHER PAPE Sekretär (5. II. 78), nach seinem mit Bedauern aufgenommenen Rücktritt provisorisch J. S. HOWELL (9. VII.);

---

aufgehende Sonne, darüber: *No Rights without Duties, no Duties without Rights*, und: *The International Labour Union. Established in London, Nov. 1877. Occidental Rooms, Fountain Court, London, W. C.*

1) Ich kann leider jetzt nicht feststellen, ob sich in Zeitschriften ein solcher Bericht findet; der BRADLAUGHsche National Reformer enthält wahrscheinlich Näheres, da BRADLAUGH selbst am 11. XII. 100 Exemplare davon zur Verfügung stellt, um die Anbahnung von Korrespondenzen zu erleichtern.

Da von den beiden Delegierten eines englischen Vereins (Commonwealth Club) und des deutschen kommunistischen Arbeiterbildungsvereins zum Genter Kongreß (Sept. 1877) der eine, JOHN HALES, das dort Geleistete geringschätzte und der andere, MALTMAN BARRY, von allen verabscheut wurde — s. im folg. —, so ist von dieser Seite aus eine Anregung durch den Genter Kongreß ausgeschlossen. Daß aber das von den flämischen, deutschen, englischen und einigen anderen Delegierten dieses Kongresses außerhalb desselben (s. J. GUILLAUME, L'Internationale, IV, 1910, S. 275) beschlossene Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen Richtung einige Leute von früher anregte, die Londoner Generalratsinternationale wieder auf die Füße zu bringen, ist nicht unwahrscheinlich. Zu beachten ist, daß speziell H. JUNG für den alten Namen eintritt (s. u.).

2) Bei der ersten Anführung ergänze ich nach Möglichkeit die Vornamen etc. später führe ich die Namen möglichst kurz an.

LIONEL ROBINSON treasurer (20. III.). TITO ZANARDELLI[1]) und L. GOLDENBERG[2]) werden in den Council kooptiert (14. V. und 15. X.). Am 16. IV. werden als korrespondierende Sekretäre gewählt: SCHUMANN (Skandinavien), DE JONG (Flandern), HENZE (Deutschland), HALES (Amerika); am 14. V. VAN DER HOUT (Holland); am 21. V. ZANARDELLI (Italien); am 4. VI. JUNG (Schweiz). FLETCHER PAPE empfiehlt am 14. V. einen englischen Sekretär (that it woud facilitate the establishment of a Federation in this country); HALES befürchtet Konflikt mit dem allgemeinen Sekretär, aber J. S. HOWELL wird gewählt.

Eine Analyse der 22, respektive 35 Namen des Council — der sich manche Namen ganz Vergessener allerdings entziehen — ergibt für die 22 vom November—Dezember 1877: 1. alte Internationale: JOHN HALES, ECCARIUS, WESTON, VAN DER HOUT, MRS. HARRIET LAW. — 2. Radikale Freidenker: BRADLAUGH, MRS. BESANT, J. GROUT. — 3. Rev. STEWART HEADLAM, christlicher Sozialist; HODGSON PRATT, liberaler Pazifist; G. SHIPTON, professioneller Gewerkschaftspolitiker; ALSAGER H. HILL (Beehive-Mitarbeiter, Landfrage)[3]); V. DELAHAYE, französischer Sozialist (mit JOFFRIN u. a. näher liiert, der Berliner Arbeitskonferenz-Delegierte von 1890); F. SCHUMANN (dänischer Sozialist?). — 4. Die nicht erkennbaren: FLETCHER PAPE, J. ACKRELL, J. FOSTER (Bermondsey), C. KEEN (Stepney Green), J. S. HOWELL (Hackney), von Londoner Gewerkschaften oder Clubs?; BARROIS (Islington)?; Miss SIMCOX (Kennington)?; Miss A. BROWN (Old Kent Road)?

Die 35 definitiven Mitglieder ergeben an Zuwachs nach der gleichen Einteilung: 1. alte Internationale: HERMANN JUNG, THOMAS MOTTERSHEAD, ROACH; 3. 4. DE JONG (flämischer Zigarrenmacher, Commercial Road, E.); G. BENNET (Woodgreen)?; E. HOPES (Trades Unionist); ROUSSEAU?; LEONARD ENTERS?; DAYS (Adresse Patriotic Club, Clerkenwell Green)?; BAZIN?; WHEATLEY?; READ (dieselbe Adresse wie DAYS)?; J. DE WALSHE (Mile End Road); MOORE (Adresse Commonwealth Club, Bethnal Green Road); C. KING?; R. MC. GIFFEN?; O. FERRANT?; MERMOD?; W. W. NIGHTINGALE, Trades Unionist; CARL HENZE (deutscher Sozialist, bald in der MOSTschen Bewegung und Anarchist, dann erblindet); LIONEL ROBINSON (ein wohlhabender Herr, der Schatzmeister wurde). Diese vielen, nicht erkennbaren sind im wesentlichen Trades Unionisten oder (resp. und) Mitglieder radikaler Clubs.

---

1) TITO ZANARDELLI hatte zu den der italienischen Internationale feindlichen, aber der Richtung ENGELS-BIGNAMI ebenso fernstehenden Sozialisten gehört und lebte dann in Brüssel und London.

2) L. GOLDENBERG, ein russischer Sozialist, seit 1872 oder 73 in Zürich, Genf, Paris lebend, Drucker mancher russischer Bücher, später durch viele Jahre Verwalter des Schriftenvertriebs des Fonds der freien russischen Presse in London (STEPNIAK, F. VOLKHOVSKI etc.).

3) Dies und einige ähnliche Angaben nach Mitteilungen (1911) eines im radikalen politischen Leben jener Jahre viel bewanderten Engländers, der aber auch eine Anzahl Namen nicht mehr kannte.

Die Verhandlungen zeigen übrigens eine sehr ungleiche Teilnahme dieser Mitglieder, meist von 8 bis 12. Zu den häufigsten Besuchern gehören — neben SCHUMANN, HENZE, DE JONG — ACKRELL, BENNET, FERRANT, HILL, MOORE, PAPE, NIGHTINGALE, HOWELL und JUNG, ECCARIUS, MOTTERSHEAD, WESTON. BRADLAUGHS Gruppe erscheint nur selten, aber die ganze Zeit hindurch, ebenso STEWART HEADLAM [1]).

BRADLAUGH war stets so antisozialistisch, als man nur sein kann, meinte aber dabei mit seinem Programm nach jeder Richtung hin auf dem radikalsten Standpunkt zu stehen. Er kannte übrigens die noch vorhandenen Politiker der englischen Internationale durch und durch und versah sich von ihnen einer energischen sozialistischen Propaganda gewiß nicht. Deshalb konnte er ruhig ein Stück mit ihnen zusammengehen, wie sie ihrerseits sich seine recht platonische Hilfe gern gefallen ließen. Die eigentliche Arbeit taten schließlich doch einige ernstere Sozialisten und Trades Unionisten und wohlmeinende Leute im allgemeinen. Da der Ertrag ein magerer war, da es keine Beute gab, so gab es auch noch keinen Kampf um die Beute, eher ein langsames Dahinschwinden oder ein plötzliches Abbrechen — wir wissen nicht, welches von beiden. Zunächst aber betrachten wir den Entwicklungsgang der Organisation, wie er von den Leuten gelenkt wurde, die zum Teil das innere und äußere Leben der Internationale mitgelebt hatten. Leider liegen mir die Address und Rules nicht vor, die in 1100 Exemplaren gedruckt wurden (1878); vgl. Sitzung vom 28. V.

Der Provisional Council unter BRADLAUGHS, HALES', ACKRELLS Vorsitz diskutierte die Statuten (11. 18. XII. 77; 8. I. 78). In der Diskussion über die Kooptierung von Mitgliedern „*Mr. Hales was strongly in favour of it, for he held that it might be the means of bringing intelligent foreigners on to the Council who could do useful work . . . It was resolved that the Members of the Council be empowered to open up correspondence with every country.*“

Erste Statutenvorschrift: „*That all societies and individuals adhering to the Union acknowledge truth, justice and morality as the basis of their conduct towards each other and towards all men without regard to sex, colour, creed or nationality*“: „*that it acknowledges no rights without duties, no duties without rights*“, — wobei morality definiert wird als „*the unwritten law by which personal conduct is properly regulated.*“

Der Council „*elected annually by the General Congress and shall have power to add to its members*“ (wogegen Eccarius sprach)[2]); „*branches and affiliated societies shall have the right (subject to the Councils approval) to send a delegate or delegates to the Council. Also that it shall form a Bureau of Correspondence, and be charged with the collection and collation of statistics*“ . . . (die alten Wünsche!).

---

1) Am 28. V. 78 wird von diesem die Zusendung einer Broschüre: The Grammar of Socialism, berichtet, die ich sonst nicht kenne.

2) Am 29. I. 78 angenommen: *that it be only in the power of three fourths of the Council to add to its number.*

Das Inaugural Meeting (29. I. 78) (JUNG Vorsitzender; *very crowded and representative attendance*).

„*On the first rule Mr. Weston proposed that we adopt the old title* [also *International Workingmens' Association*] *which was supported by Jung and Weiler*[1]), *while the original resolution in favour of the rule [International Labour Union] was supported by Hill, Hales and Miss Simcox and Eccarius. After considerable discussion the first rule was affirmed.*"

Am 5. II. 78: die „Section 26 of the late International in Philadelphia erklärt ihren Beitritt (adhesion). Man diskutiert „*opening up communications with the continent*".

„*Mottershead did not see how we could ally ourselves with the Jurassians [Fédération jurassienne der Internationale], seeing they practised complete abstention from politics, while we looked upon politics as one of the chief instruments for the emancipation of labour. Jung thougt that France, and where possible, other countries should have a voice in the nomination of their corresponding secretaries.*

„*Mottershead then proposed that before entering into corresponding relations with either organized bodies or individuals, the secretary shall obtain the instruction of the Council, and that all correspondence not of a formal character be submitted to the Council before being replied to and in cases where the Council may deem it essential, it be imperative that the reply be submitted to the consideration of the Council. Passed.*" (Man sieht, wie bitter man die „geheime Diplomatie" in der alten Internationale empfand, durch die MARX, ENGELS und die andern Sekretäre glücklich den „Weltkrieg" in der Organisation zustandegebracht hatten).

SCHUMANN schlug einen Brief an die Trades Councils und anderen Gewerkschaftsorganisationen in England vor, den PAPE, MOTTERSHEAD, HALES und JUNG entwerfen sollen (circular letter). Der am 26. II. von HALES vorgelegte Brief „*gave rise to considerable comment in which Mr. Jung spoke about our obligation to the Ghent [international] Congress* [Herbst 1877] *which drew from Mr. Hales the expression of opinion that personally he thought it might be superseded seeing that it broke up in confusion and came to no resolution with regard to organisation.*" — Hierzu bemerkt JUNG am 5. III.: „*that it would be highly impolitic and fatal to us as an international body, if we attempted to ignore or supersede the Ghent Congress. He thought we ought to make it understood that this was the Council for England and he also thought there should be a national congress here as soon as practicable.*"

„*Eccarius affirmed that there was not a shred of local character about our movement. He thought that in the very first instance we should have committed our intentions to the continent.*"

---

1) ADAM WEILER, ein deutscher Tischler, Trades Unionist und, so viel ich weiß, ein Genosse LESSNER's in der Internationale, ohne daß mir aber sein Verhältnis zu MARX nach dessen Bruch mit den meisten deutschen Sozialisten in London näher bekannt wäre; er starb Mitte der Achtziger.

„Jung said we were justified in our movement, for it was expressly resolved at the late [Ghent] Congress that local or national organisation under any name — provided it observed the principles — was not only justifiable but necessary.“

VAN DER HOUT meint *„that we should send an exact account of our movement to Ghent“* [1]).

Diese Diskussion greift am 13. III. 78 auf die Entstehung der Internationale zurück, vielleicht durch die Weltausstellungen von 1878 und 1862 angeregt. ECCARIUS meint, der Entwurf *„ought to have referred more than anything to the labour struggles in this country during the last twelve months. He denied that it [die Internationale] was the outcome of the exhibition of 1862* (was der Entwurf, als Vorbild für 1878, jedenfalls behauptet hatte) ... *„Ackrell affirmed that it was in his recollection that some Frenchmen came over here at the time of the Exhibition and he thought they were among the originators of the late International.“*

„Eccarius after giving an outline of the early stages of the late movement“ beantragt folgende Abänderung: *„actuated by this necessity the French and English workmen brought together by their sympathy for Poland in 1863 entered into an alliance for social as well as for political purposes. The result of this alliance was the inauguration of the I. W. M. A., September 1864.“* (JUNG bleibt dabei, 20. III., *„that the late I. W. M. A. did result from the Exhibition of 1862“*.)

Dieses Zirkular ist die mit den RULES veröffentlichte, von Ende März 1878 ab verschickte Address, die man als Broschüre oder in Zeitschriften wiederfinden wird (1100 Exemplare).

Am 5. II. 78 JUNG *„gave an outline of our action with regard to the German society in Marshal Street, stating that some members of that society had made overtures to him touching the possibility of our coalescing and working together. After the secretary had read their rules, Messrs Neve and Busch who were present unofficially stated their desire to act in unison with us and most emphatically repudiated any connection with Maltman Barrie; they took a copy of our Rules and promised to lay them before their body“* [2]).

---

1) Am 13. III. wird der Sekretär beauftragt, in diesem Sinn an VAN BEVEREN in Gent zu schreiben. — Über den Genter Kongreß erschien kein Protokoll. Der Bericht des Jura-Bulletins (13. IX. 77) ist in J. GUILLAUMES Internationale, IV, 1910, S. 265—279 wiedergedruckt und kommentiert.

2) Ich kann jetzt nicht feststellen, ob dies der später viel genannte alte Rose Street Club war und ob er identisch war mit dem Klub, dessen Statuten erschienen als: Statuten des sozialdemokratischen Arbeiterklubs in London, gegründet 1877. (London, s. a., 14 S.); dasselbe englisch: Rules of the Social Democratic Working Men's Club established 1877 (s. a., 12 S.).

Dies ist die erste Erwähnung, der Zeit nach, des unglücklichen JOHN NEVE (damals 5 Nassau Street, Middlesex Hospital, W. C.), die ich kenne. Derselbe wurde ein Jahr später der Expedient der MOSTschen „Freiheit“ und

Man erhält allmählich einige Erwiderungen auf das Zirkular, versucht durch Besuche bei einzelnen Trades Unions und dem Londoner Trades Council nachzuhelfen; einiges wird aus der Provinz erwidert. Die Amalgamated Society of Tailors, die Amalgamated Ironworkers' Society, die Amalgamated Labour League, die London Branch der Amalgamated Carpenters' Society, die British United Hammermen's Society, die Alliance Cabinet makers geben Lebenszeichen. Leeds und Bristol werden genannt, die Zeitschriften The Labour Standard und The Miner's Watchman. Man schreibt an van Patten in Amerika und erhält Antwort vom Bureau fédéral von Gent. Glasgow schreibt und John Weston, der schon Marx 1865 zu einer recht gründlichen theoretischen Erwiderung (Value, Price and Profit, 26. Juni 1865) zu bringen verstand, *„thought we should have a wider platform and that the Council should devote more time to the discussion of principles"*; die alten Internationalen kannten aber ihren Weston und „nach einiger Diskussion wurde der Gegenstand fallen gelassen", sagt das Protokoll (14. V.).

Hales teilt mit (21. V.), *„that letters had been sent to all the late secretaries of the sections of the British Federation of the late International with a view to reestablish the said Federation under the auspices of this union"*, aber man findet keine Spuren einer solchen Wiederbelebung der Toten.

---

dann durch Jahre der unermüdliche Verbreiter anarchistischer Literatur über die deutsche Grenze, bis ihn 1887 ein dunkler Schurkenstreich dahinstreckte, den vielleicht das Licht der neuen Zeit jetzt endlich ganz aufklären wird; er starb Mitte der Neunziger zu Halle im Kerker.

Maltman Barrie war jener den Sozialismus ganz genau kennende und intelligent vertretende Mann (man lese die von ihm geschriebenen Teile des Labour Elector noch in den Neunzigern), der es fertigbrachte, dabei ein Toryagent zu sein, und die in der Arbeiterbewegung hervortretenden Talente den Tories zuzuführen suchte und wußte. Deshalb wurde er wie die Pest gemieden, und wer in den Verdacht einer Berührung mit ihm kam, hatte seinen guten Ruf verloren. Seine vieljährigen Bemühungen trugen trotzdem Früchte, wie viele Erscheinungen in der Arbeiterbewegung der letzten 25 Jahre zeigten. Marx hatte bekanntlich ein faible für diesen Barrie, und die Ursache, daß, bei aller Achtung vor ihren intellektuellen Leistungen, der moralische Einfluß von Marx und Engels auf die englischen Arbeiter ein so geringer blieb, liegt darin, daß in unfaßbarer Weise Marx dem Maltman Barrie, Engels dem Dr. E. B. Aveling die Stange zu halten für gut fanden. Daß dem ehrlichen Neve eine solche Frage gestellt wurde, beweist nur, wie wenig die Herren jener Gesellschaft die revolutionären deutschen Kreise kannten. Neve ist auch nicht wiedergekommen.

Zufällig zeigt der Brief von Marx an F. A. Sorge vom 27. IX. 77 (zu dem Guillaumes Bemerkungen, Int. IV, S. 279—280 zu vergleichen sind), daß Marx selbst den Barrie „veranlaßt" hatte, den Genter Kongreß zu besuchen, und ihn als sein Faktotum betrachtete. Durch nichts konnte er sich in tieferen Gegensatz zu dem Gefühl jedes englischen Sozialisten setzen als durch letztere Äußerung.

Inzwischen wird die finanzielle Lage schlecht (Einnahmen: 7 £ 2 s. 10 d.; Ausgaben: 11 £ 1 s. 11 d. Defizit 3 £ 19 s. 1 d.) und die üblichen Mittel zur Verbesserung werden besprochen (28. V.); LIONEL ROBINSON streckt 5 £ vor.

Man beschließt, in den Klubs Vorträge zu halten (28. V.; 13. VIII.); speziell BRADLAUGH, JUNG, ECCARIUS, STEWART HEADLAM, HILL, MOTTERSHEAD, HALES, J. S. HOWELL und Miss SIMCOX werden dazu aufgefordert (17. IX.). ECCARIUS gibt als Gegenstand an: The Organisations of the Working People throughout the world, STEWART HEADLAM: The International Idea; HOWELL: The Structure and Object of the International (24. XI.), BRADLAUGH: Labour; long ago, its struggles since, its position to-day, what for tomorrow?, HALES: Socialism [das Wort wird sonst sehr selten gebraucht].

Man will eine kurze Prinzipienerklärung verbreiten, einen Propagandafonds errichten (28. V.). Auf Briefe an bekannte Männer erwidert SIR CHARLES DILKE mit seiner gewohnten Vorsicht, *„that he could not give his name except where he could work and know all being done"*; — Mr. LEONARD COURTNEY *„expressing sympathy with labour organisation, but stating he would not place himself in a position which ‚might be constructed into one of opposition to capitalists';"* — BRADLAUGH *„placing his name on the voluntary pledge subscription list and profering six months subscription in advance"* (16. VII.).

Das Urteil gegen Mrs. BESANT, *„the iniquitous decision of the Master of the Rolls by which she has been deprived of the custody of her daughter because of her advocacy of anti-theological and malthusian views"* wird verurteilt; *„at the same time the Council expresses no opinion upon these principles, it protests against the decision on the ground that liberty of opinion should be absolutely free"* (21. V. 78).

DE WALSHE und NIGHTINGALE schlugen vor (18. VI.) *„that the Council takes this the earliest opportunity of expressing its disapproval of the recent endeavours to assassinate the Emperor of Germany, but at the same time emphatically protests against the nefarious attempts to connect such acts with socialism which it holds to be an essentially humanising doctrine, altogether opposed to assassination. Carried."*

Französische Flüchtlinge, für die CLÉMENT (wohl JEAN-BAPTISTE) sprach, fragen, wie sie den ausgesperrten Lancashire Textilarbeitern Geld schicken können. VAN PATTEN, Sekretär der amerikanischen sozialistischen Partei, schreibt, die North of England Society of Woolsorters wünscht die Statuten, einzelne schreiben aus Birmingham usw., aber der Londoner Trades Council lehnt ab *„stating unability to join though approving the objects"* (18. VI.), und ein Comité des Trades Council von Birmingham *„did not feel themselves justified in recommending to their Council for sympathy or support"* (16. VII.).

JUNG und HENZE beantragen, dem ‚Vorwärts' eine Sympathieadresse für die deutschen Sozialisten anläßlich der Wahlen zu schicken (23. VII.).; HENZE schreibt einen Brief für die deutschen Zeitungen[1]).

1) Am 5. III. 78 war noch HIRSCH als Besucher erschienen, jedenfalls der Sozialdemokrat CARL HIRSCH.

George Howells Artikel The History of the International Association" (Nineteenth Century, July 1878, S. 19—39) *„was generally condemned as inaccurate and injust";* Jung wird ersucht, eine Erwiderung zu verfassen, und akzeptiert (23. VII.); Mottershead und Hales sollen zu Knowles (dem Redakteur) gehen, ob er eine Erwiderung aufnehmen wolle oder nicht (6. VIII.). Weiteres wird hierüber nicht berichtet (eine Erwiderung von Karl Marx vom 4. VIII. 1878 erschien in dem Organ der Mrs. Harriet Law, übersetzt in ‚Neue Zeit' XIX/1, S. 585—589).

Nun beginnen Kongreßfragen, in denen die schwache Organisation keinen Einfluß hat, aber doch ein Abenteuer erlebt. Jung korrespondiert mit einem Pariser Comité zum Empfang von Arbeitern, die die Weltausstellung besuchen (30. IV.; 28. V.; 4. VI.). Ein internationaler Kongreß in Paris ist beabsichtigt; aber an van Beveren (Gent) wird der Vorschlag geschrieben, wenn in Belgien kein solcher Kongreß stattfinde, ihn in London abzuhalten (23. VII.). van Beveren antwortet, in Belgien finde kein Kongreß statt, und fordert alle zum Kongreß in Paris (2.—4. September) auf. Zanardelli und Schumann beantragen Einladung der Trades Unions zu diesem Kongreß und Wahl von drei Delegierten am 6. August (30. VII.). Unter Bradlaughs Vorsitz werden Jung, Eccarius, Mottershead, Hales vorgeschlagen und zwischen den beiden letzteren mit 8 gegen 4 Stimmen für Mottershead entschieden; Hales und Nightingale werden dann als supplementary delegates, für Ersatzfälle, gewählt, eine Idee von Schumann und Hopes. Der Kongreß wird verboten und van Beveren wird gefragt, was zu tun sei (13. VIII.). Jules Guesde schrieb aber, die Minorität sei zur Abhaltung des Kongresses entschlossen. E. Hopes erhält ein Mandat (Antrag Jung, de Walshe, 20. VIII.). Am 30. VIII.: da Hopes und Schumann ohnedies nach Paris reisen, wäre es nicht besser *„to allow them to represent the Union and save the money"*, worauf Hill und Mottershead beantragen, *„that Mr. Eccarius proceed to Paris to represent the Council and receive 5 £ for his expenses." „Credentials were given to Mr. Schumann as a delegate to Paris".*

Am 10. IX. 78 erschien *„Mr. Hopes (und) stated that whilst in Paris he had made every effort in his power to obtain information relative to the place of meeting of the Int. Workmen's Congress with a view of presenting his credentials and attending as a delegate, but had failed to do so and had therefore been unable to make himself acquainted with any matter on which to make a report."*

F. Schumann dagegen schrieb aus Paris, daß er am 5. IX. verhaftet wurde, und ersucht Hill und Bradlaugh, *to communicate with the French authorities, with a view of disabusing their minds of the idea that the society which he proceeded to Paris to represent was the „I. W. M. Society"* [sic], und wünschte Howells Nineteenth Centuryartikel.

Nun begann eine großzügige Rettungsaktion. Stewart Headlam, Eccarius, van der Hout beantragen ein Komitee (Jung und Zanardelli), das für Schumanns Frau und Kinder sammle. Eccarius und Nightingale schlugen Deputationen (Jung, Eccarius, Headlam) zu Lionel Robinson,

FREDERICK HARRISON, Professor BEESLEY, Mr. SHANE [sic; W. SHAEN?] vor für die Befreiung von SCHUMANN. — Am 17. IX. wird von ECCARIUS berichtet, Professor BEESLEY denke, *„that nothing more than expulsion could happen to Mr. Schumann, as the delegates had appeared to have kept within the limits of the law“. Frederick Harrison „simply wished to know if Edouard Finance was the man who had spoken so well at Lyons“* [1]). LIONEL ROBINSON versprach, die Sache mit HILL zu besprechen. JOSEPH COWEN schrieb, wenn er in London wäre, *„he would have been glad to have the Marquis of Salisbury or Mr. Burke“*, aber so meint er, daß sich DILKE der Sache wohl annehmen würde; DILKE ist aber gerade für Briefe unerreichbar (1. X.). JUNG und ECCARIUS sahen BROADHURST (den liberalen Arbeiterpolitiker), um durch ihn die Hilfe des Marquis von SALISBURY für SCHUMANN zu erlangen —; in Bow Street wollte auch JUNG ein affidavit über Name und Ziel der I. L. Union abgeben — aber SCHUMANN war freigelassen worden und in der Sitzung vom 1. Oktober schon anwesend. Es wird noch eine Protestresolution (HALES, HEADLAM) an das französische Ministerium geschickt.

VAN DER HOUT und HOPES beantragen am 29. X. (vgl. 8. X.) eine Spezialsitzung zur Vorbereitung eines „International Labour Congress“ in London. Unter BRADLAUGHS Vorsitz wird dazu am 5. XI. ein Komitee gewählt (HALES, SCHUMANN, JUNG, HEADLAM, HOPES, HENZE, VAN DER HOUT); hierüber ist bis Ende 1878 keine weitere Nachricht vorhanden. — L. GOLDENBERG, der in Paris gewesen war, berichtete am 17. XII. bei seinem Besuch der eingesperrten französischen Kongreßdelegierten [in St. Pélagie], *„they had desired to know the reason of the delegate from the I. L. U. attending the said Congress not as a Socialist but only as an Internationalist, and whether the Union was a socialist society or not; and that he had informed them that though most of the members were socialists, the society itself was merely an International Society of Working Men and thus interested in Internationalism“*, wofür GOLDENBERG Dank ausgesprochen wird (Antrag HEADLAM—SCHUMANN).

Die I. L. Union machte sich noch dem Trades Union Congress in Bristol bemerkbar, wo über sie gesprochen zu worden sein scheint (vgl. 17. und 24. IX.). Die erwähnte lecture propaganda schien sich vorzubereiten (17. XI.). HILL, NIGHTINGALE, ACKRELL regen mehrfach einen International Club an (3., 17. IX.; 8. X.). J. S. HOWELL beantragt sogar ein Komitee *„to consider the possibility of establishing an organ“*, eine Zeitschrift also (SCHUMANN, ACKRELL, HILL, WESTON, Mrs. LAW gewählt; 19. XI.) [3]).

---

1) FINANCE war Positivist wie HARRISON. In Lyon hatte der französische Kongreß stattgefunden.

2) Über den Pariser Kongreß von 1878 vgl. Le Collectivisme devant la dixième Chambre (Affaire du Congrès ouvrier international socialiste) . . ., Paris 1878, 84 S., und: Le Congrès ouvrier international socialiste devant la dixième Chambre (Bibliothèque révolutionnaire), Paris 1879, 128 S.

3) HENRY GLASSE legt am 13. VIII. das Manuskript einer Brochüre vor

Sonst wurde noch eine Resolution über die Verfolgungen der deutschen Sozialdemokratie beschlossen (15. X. 78); ein Berliner Ausgewiesener, BREUEL, schilderte diese Vorgänge und wurde freundlich begrüßt (10. XII.). GOLDENBERG wünschte einen in Rußland erschienenen Artikel *„in defence of the actions of the Russian nihilists“* vom Council herausgegeben zu sehen, was abgelehnt wurde (29. X.).

Hiermit ist das im Protokollbuch Berichtete so ziemlich resumiert. Am 17. XII. 78 wurde die nächste Sitzung für den 7. I. 79 anberaumt *„and that then should be fixed the date of the general meeting“*.

„The meeting then adjourned“.

Die folgenden Blätter sind ausgerissen, ob sie nun beschrieben waren oder nicht? Das Ende der Gesellschaft ist mir unbekannt und niemand, den ich fragte, wußte auch nur von ihrer Existenz. Sie hatte zuletzt anscheinend allerlei Eisen im Feuer, allerlei Pläne, aber es wurde nichts durchgeführt, nichts erreicht. Immerhin scheint diese Geschäftigkeit die Mitglieder ihres Council (von sonstigen Mitgliedern ist nie die Rede) befriedigt zu haben und sie vertrugen sich gut, obgleich man, wenn es der Mühe wert wäre, zwischen den Überresten der alten Internationale allerlei alten Groll nachweisen könnte. Wann und wie also das Ende eintrat, ist nicht zu erraten — die kleinste Ursache konnte dazu genügen.

Ein Dokument enthält das Protokollbuch noch — 188 Namen und Adressen, welche den für die Korrespondenz in dieser oder jener Weise in Betracht kommenden Kreis umfassen. Eine für die kleine sozialistische und arbeiterfreundliche Welt jener noch so einfachen Zeit sehr charakteristische Liste — durch die Namen, die sie enthält und die, die fehlen. Schon wer die Zeit von nur wenigen Jahren später, Mitte der Achtziger, aus eigener Anschauung kennt, wird sich in dieser alten Liste fremd fühlen; so verschieden waren die lebendigen Kräfte von damals und der Zeit seit 1880 von den für diese Gruppe gewiß politisch erfahrener Männer in Betracht kommenden Kräften von 1878. Einzelne Berührungspunkte sind natürlich vorhanden. Eine nähere Bearbeitung der Liste schließt sich von selbst aus, da ich manche Zusammenhänge nur auf Grund längst weggelegter alter Schriftstücke etc. herausfinden könnte und dies hier keinem allgemeineren Interesse entgegenkäme.

Wie ein Satyrspiel manche Einblicke in den Mythus gewährt, die dem Betrachter der Tragödie zunächst versagt sind, so hilft die hier geschilderte Episode zur Beurteilung wichtigerer Vorgänge vor und nach ihr. Dieser Beurteilung will ich durch keine weitere Bemerkung vorgreifen.

7. April 1919.

(Caste, Capital and Social Democracy), deren schon beschlossener Druck schließlich abgelehnt wird (19. XI.). Hier erscheint zum erstenmal HENRY GLASSE, der sich bald zum Sozialrevolutionär, dann zum Anarchisten entwickelte. Er übersiedelte nach Afrika (Natal) und förderte dort und von dort aus beständig die Propaganda seiner Ideen.

Literaturbericht.

Ernest Belfort Bax: **Reminiscences and Reflexions of a mid and late Victorian.** London, George Allen 1918. S. 288.

Die Memoiren von Ernest Belfort Bax bilden ein wertvolles Stück im Mosaikbild der zeitgenössischen Literatur des internationalen Sozialismus. Der Rechtsanwalt (barrister at law, Midle Temple) E. B. B. gehört zu der geringen, aber hochwertigen Zahl der englischen Schüler des Londoner Marx-Engelsschen Kreises. Außer dem Juristen und dem Sozialisten steckte in B. aber der Philosoph, und dieser letztere ist es, der schriftstellerisch in ihm sogar überwiegt. Engels ärgerte sich über diese Note des „sehr braven Kerls", der nur sehr zu Unzeit Kant ochst (an Sorge 1848, vgl. Briefe und Auszüge aus Briefen von Becker etc. S. 193). So wurde B. zwar mit Henry Myers Hyndman zusammen der Begründer der englischen Sozialdemokratie, indes sein unabhängiger Charakter sowie seine philosophischen Neigungen führten ihn häufig zu Konflikten mit den orthodoxen Lehrmeinungen der Marxjünger und zur Zusammenarbeit mit mehr künstlerisch gerichteten Elementen wie William Morris, mit dem zusammen er auch eine Geschichte des englischen Sozialismus schrieb. Im übrigen trägt auch das Memoirenwerk den Charakter der Eigenart der englischen Sozialistengruppe, der B. angehört und die als reinpolitische kleine Minderheit sowohl der großen Parlamentspolitik, in die sie nicht hineinzuwachsen vermochte, als auch der praktischen Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik, von der sie prinzipiell geschieden war, völlig fern steht. Insofern ist die Politik der Social Democratic Federation etwas „luftleerer Raum"; freilich sehr geschwängert mit Geist, Wissen und versehen mit weitem Blick!

Unter solchen Umständen ist denn auch im vorliegenden Band nicht allzu viel zu finden über die Arbeiterbewegung und die Reformgesetzgebung Englands in der entsprechenden Periode. Fast die einzigen Ereignisse, über die B. zu berichten weiss, bestehen in einigen gestörten Umzügen und Zusammenstössen (riots) mit der Polizei, an denen die englische Parteigeschichte mit ihren meetings in the open air bekanntlich reich ist (S. 80 ff.)

In einem Punkte des Parteiprogramms und der Parteipolitik unterscheidet sich B. grundsätzlich von den landläufigen Ansichten der Sozialisten. Er ist in weitem Umfange Gegner der Frauenemanzipation. Ihm zufolge ist die Frau dem Manne gegenüber heute schon bevorrechtet, da sie sich vor Gericht, in der öffentlichen Meinung usw. einer Vorzugsstellung erfreut und zwar

wegen des Geschlechtsduselс des Mannes, der ihn befangen macht. Ich habe diese Behauptung B.s, die er schon an anderen Orten ausgesprochen, richtig zu stellen versucht (Zeitschrift Mutterschutz 1907/IV, S. 172 ff.) und verweise darauf. Im vorliegenden Werke kommt der Verfasser mehrfach auf seine Thesen zurück. Den Anschuldigern Deutschlands, die in der schlechten Behandlung der Frau den Beweis für die Minderwertigkeit der deutschen Kultur erblicken, hält B., der die These, wenigstens für Neudeutschland, nicht ablehnt (vgl. auch seine 1916 erschienenen Schrift German Culture Past and Present, S. 269 ff.), die in seinen Augen schädliche Erscheinung, daß umgekehrt in gewissem Sinn die Frauenbewegung in Deutschland fortgeschrittener sei als in England, entgegen (S. 271).

Erfreulicher als die Erörterungen zu diesem Thema und interessant, wenn auch mehr episodenhaft, sind die Charakteristiken, die B. von einer Reihe von Persönlichkeiten gibt, mit denen er in nähere Berührung kam und z. T. sich in Freundschaft verband: Bernard Shaw, Friedrich Engels, August Bebel, Jean Jaurès, Paul Lefargue, Jules Guesde, Stephan Bauer, Schreiber dieses und andere. An Bebel tadelt er den stark chauvinistischen Zug seiner letzten Lebensjahre, hebt aber lobend eine gewisse Größe und Vornehmheit des Charakters hervor (S. 42); Victor Adler kommt weniger gut davon; er wird als in seinen Fehlern bezeichnend für die deutsche Mentalität gekennzeichnet (S. 146). Der deutschen Sozialdemokratie gegenüber hat die Beurteilung des englischen Sozialisten und Philosophen offenbar sehr verschiedene Phasen durchgemacht, von der lebhaftesten Bewunderung bis zur ebenso lebhaften Abneigung. Die Tatsache, daß die Partei im internationalen Verband längste Zeit (1889—1914) die fast unumschränkte Hegemonie ausgeübt hat, stellt auch B. fest; daneben auch, daß sie zum Schluß dieser Periode had degenerated into a favourable nest for political intriguers and adventurers of the worst type (S. 13 f.). Für den englischen Imperialismus ist B. Bax ebenfalls nicht zärtlich. Er verurteilt nochmals, seinem damaligen Verhalten entsprechend, den Burenkrieg und seine Führung (S. 183) und spricht an anderer Stelle auch die Befürchtung aus, der Weltkrieg (dessen Ausgang B. in seinem Werke natürlich nicht einmal kennen konnte) möge den naiven Glauben in die Allherrlichkeit Albions im Volke noch bestärken (S. 184). Hierbei macht B. übrigens eine interessante Bemerkung, die empirisch betrachtet vielleicht richtig ist, nämlich daß, während die kolonialen Kriege Englands ungerecht, seine kontinentalen Kriege gerecht, d. h. im Interesse Europas liegend gewesen seien.

Zum Schlusse sei mir noch gestattet, darauf aufmerksam zu machen, daß die von B. erwähnte größere Abhandlung von mir, die kurz vor dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongreß 1907 erschien und die deutschen Sozialdemokraten, einige wenige Einsichtigen wie Eisner, Bernstein und andere abgerechnet, zu ebenso großer Entrüstung (die auch von Adler geteilt wurde) entfachte, wie sie im Lager der französischen und englischen Sozialisten sowie bei den unabhängigen Sozialwissenschaftlern aller Länder Beifall auslöste. Die deutsche Sozialdemokratie im Internationalen Verbande betitelt war und im

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIV/1 erschien. In ihr versuchte ich die politischen Schwächen des deutschen Sozialismus in der Außenpolitik und die daraus für den europäischen Frieden entstehenden Gefahren einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Leider hat der Weltkrieg ergeben, dass diejenigen Recht hatten, die wie B. von der Richtigkeit meiner damals gegebenen Darstellung, die heut vielleicht dokumentarischen Wert bekommen hat, überzeugt waren.

ROBERT MICHELS, Basel.

JEAN WINTZSCH, Un artiste lausannois: Steinlen. Notice biographique, avec quinze reproductions de dessins. Lausanne, Armand Lapie, 1919, 23 S. (2 fr.).

Eine inhaltlich und äusserlich gleich geschmackvolle Publikation, die das Wesen des zu einem integralen Bestandteil des künstlerischen modernen Paris gewordenen Walliser Künstlers mit treffender Sachkenntnis und Liebe zum Gegenstand schildert. STEINLEN hat die französische Arbeiterbewegung mit seinem Stift begleitet; liebevoll und lebensvoll. Der überwiegende Teil seiner zeichnerischen Leistungen hängt ursächlich mit ihr zusammen. Selbst ein bibliophiles, teures, für reiche Bourgeois bestimmtes Sammelwerk stattete der Künstler mit dem proletarischen Leben entnommenen Zeichnungen aus. Das geistige Wesen STEINLENS steht ganz in Übereinstimmung mit seinem künstlerischen Schaffen. Dabei steht das eudämonistische Endziel im Vordergrund: à chacun du plaisir dans sa besogne! Daneben ist zu verweisen auf die grundlegende Anschauung STEINLENS von der Aufgabe der Kunst für die soziale Entwicklung, die er in die Worte zusammenfasst: „Pour rendre à la vie sa beauté, il faut que l'art à son tour aide à transformer la société, et c'est ainsi que l'art social devient un art révolutionnaire" (S. 18). Eine gute Auswahl von Illustrationen vervollständigt den Text.

ROBERT MICHELS, Basel.

KARL KAUTSKY, Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Mit einem Anhang: Der Bauer als Erzieher von A. HOFER, Berlin, Paul Cassirer 1919. 133 S. (6 Mk.).

Die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft ist heute politisch aktuell. Sozialistische Literatur zu diesen Problemen ist aber spärlich und datiert zumeist sehr weit zurück. Die Bedeutung des KAUTSKY'schen Buches, das von mir für die Schriften „Zur Revolution" zusammengestellt wurde, liegt darin, dass hier auf knappem Raum die wichtigsten theoretischen Ansichten des Agrartheoretikers des „orthodoxen" Marxismus dargestellt sind, und dass durch die Einfügung des Abschnittes aus den „Sozialdemokratischen Bemerkungen zur Übergangswirtschaft", die beiden Kapitel über Kapitalismus und Land-

wirtschaft, sowie Sozialismus und Landwirtschaft, die dem Buche „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft“ entnommen sind, eine organische Verbindung erhalten, die zu den Problemen des Tages überleitet. Es ist bezeichnend für den langsamen Gang der Entwicklung zum Sozialismus auf dem Gebiete der agrarischen Produktion, dßa die vor einigen Jahren niedergeschriebenen Ausführungen KAUTSKYS sich vielfach lesen, wie für den heutigen Tag abgefaßt.

Die besonderen Schwierigkeiten der Entwicklung zum Sozialismus in der Landwirtschaft liegen nicht nur in der Eigenart dieser Produktion, sondern auch in dem starken, politisch organisierten Widerstand der herrschenden Großgrundbesitzer, in der neutralen Passivität oder antisozialistischen Haltung der Bauernschaft und dem oft mangelnden Verständnis für diese Fragen in der Industriearbeiterschaft. Es erschien daher umso notwendiger, das Verständnis für die wissenschaftlich umstrittene und komplizierte Frage der Konkurrenz von Groß- und Kleinbetrieb der Landwirtschaft an anschaulichen konkreten Beispielen darzulegen. Dies bestimmte den Anhang des größten Teiles jener polemischen Artikelserie, die vor Jahren der sozialistische Gutsbesitzer A. HOFER gegen einen der nahmhaftesten Vertreter der ins sozialistische übersetzten Theorien SERINGS, ARTHUR SCHULZ, richtete.

„Der Bauer als Erzieher“ bildet eine Illustration zu den mehr theoretischen Darlegungen KAUTSKYS. HOFER weist die technische Überlegenheit des ländlichen Großbetriebes selbst in seiner heutigen kapitalistischen Form nach in einem anschaulichen Vergleich der Arbeiterverrichtungen in allen Produktionsstadien der beiden Betriebskategorien. Der Zukunftsausblick berührt sich vielfach mit den technischen Vorschlägen in BALLODS „Zukunftsstaat“, obgleich bei BALLOD noch neuere Poduktionsverfahren, künstliche Beregnung usw. herangezogen sind.

Im Vorwort zur „Sozialisierung der Landwirtschaft“ bemerkt KAUTSKY, dass er leider zur oft geplanten Neubearbeitung seiner „Agrarfrage“ nicht Zeit finden dürfte und dieses Buch als historisches Dokument neu drucken lassen wolle. So bedauerlich dieser Verzicht ist, so wird er verständlich bei dem ungeheuren Material, das sich seit Beginn der 90er Jahre zur Beurteilung der agrarischen Probleme angesammelt hat. Zudem ist die welt-wirtschaftliche Situation gegenüber der Zeit vor 1914 heute völlig verändert, wir haben ständig steigende Getreidepreise und eine agrarische Erschöpfung Europas. Zwar werden noch neue Rohstoffgebiete in den Tropen erschlossen, aber nicht in jenem rapiden Tempo der 70er und 80er Jahre. Was KAUTSKY daher über die tropische Landwirtschaft und ihre Hebung durch den Sozialismus sagt, ist heute zutreffender denn je, denn wir brauchen eine allseitige Stärkung der agrarischen Produktion zur Wiederherstellung der Arbeitskraft der gesamten Menschheit.

KAUTSKYS nicht erschöpfende, aber doch alles Wesentliche berührende Darlegungen zeigen auch, daß diese Frage nicht nur eine technische Betriebsfrage, sondern auch eine ökonomische und politische Machtfrage ist. Gerade in der Landwirtschaft richtet der Kapitalismus Schranken auf zur Hemmung

der Produktionssteigerung. Einer der wichtigsten Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft im Kapitalismus, und der den Widerspruch der ökonomischen Entwicklung auf beiden Gebieten zum Teil erklärt, ist: daß die technischen Errungenschaften und die wissenschaftliche Erkenntnis, zu deren rapider praktischer Anwendung in der Industrie die Konkurrenz treibt, in der Landwirtschaft nicht oder nicht schnell in die Praxis übersetzt werden. Das Privateigentum an Boden, die Zersplitterung der Betriebe, die mangelnde oder gemilderte Konkurrenz, das niedere Kulturniveau der Bauern und vieles andere wirken hier hemmend.

Aus praktischen und auch aus theoretischen Gesichtspunkten ist daher das Büchlein KAUTSKYS, obgleich es schon Gedrucktes enthält, heute wichtig für den Theoretiker und für den Praktiker des Sozialismus. Es ist nur zu wünschen, dass wir gerade auf dem Gebiet der Agrarfrage endlich eine reichere, wertvolle marxistisch-sozialistische Literatur erhalten.

O. JENSSEN, Berlin.

FRIEDRICH ADLER, Vor dem Ausnahmegericht, Berlin, Paul Cassirer, 1919. 8°. 200 S., (geh. 8, geb. 10 Mk.

KURT EISNER, Gesammelte Schriften, 2 Bde., Berlin, Paul Cassirer, 1919. 8°. I. Bd. 524, II. Bd. 364 S., (geh. 28, geb. 34 Mk.).

Die parteigeschichtliche Bedeutung der vorstehend angezeigten Schriften ist bei aller Verschiedenheit des Inhalts und des Charakters ihrer Verfasser die sprachliche Objektivierung von Gefühlen und Stimmungen, wie sie während des Weltkrieges in einer verstreuten Schicht von marxistischen Theoretikern und politisch denkenden Arbeitern lebten. Die wenigen auch am 4. August nüchtern Gebliebenen oder nach einigen Kriegsmonaten Ernüchterten empfanden den lähmenden Druck des Krieges schwer und bitter. Nicht nur den Druck des Staatsmechanismus, sondern tiefschmerzlich die geistige Wandlung im Proletariat, die Anpassungspolitik der Führer und die eigene politische und wirtschaftliche Ohnmacht gegenüber Strömungen und Tendenzen, deren Wurzeln und Stärke man klar erkannte, ohne sich mit vollem Einsatz der Persönlichkeit dagegen auflehnen zu können. Diese Grundstimmung: klare Beobachtung, Erkenntnis der augenblicklichen Schwäche und die Notwendigkeit einer Führung des Kampfes in allerhand Verkleidungen und mit zensurgerechten Umschreibungen, kommt in ADLERS großer Verteidigungsrede mit jener fast mathematischen Präzision und logischen Gedankenentwicklung eines Schülers von MARX und MACH zum Ausdruck. Die gleiche Stimmung offenbaren die Kriegstagebuchblätter und politischen Aufsätze EISNERS. Hier spricht der Künstler, der politische Feuilletonist in des Wortes wahrer Bedeutung, hier erkennt man den an KANT und NIETZSCHE gebildeten Philosophen.

Dieser Vergleich zeigt, in wie verschiedener Form eine ähnliche Grundstimmung sich offenbart und wie verschieden auch sie sich politisch auswirkt. FRIEDRICH ADLER gibt bei der augenblicklichen Aussichtslosigkeit, einen

Massenkampf zu eröffnen, den Alarmschuss durch die Ermordung STÜRGKHS, während EISNER nach dem ersten und daher anscheinend verfehlten Revolutionsversuch, im Gefängnis das Vorwort zu seinen Schriften verfaßt. Diese gewinnen naturgemäß an geschichtlichem Interesse auch durch die politische Rolle ihres Verfassers in der Revolution und sein tragisches Ende, des Mannes, der vom begabten Parteijournalisten zu einer der führenden Persönlichkeiten der deutschen Revolution wurde.

Parteigeschichtlich im engeren Sinne ist besonders für uns Reichsdeutsche die Kritik an Österreich und an den österreichischen Parteiverhältnissen wertvoll, wie sie in ADLERS Rede mit einer offenen Rücksichtslosigkeit geübt wird, die man nur aufbringt, wenn man zum letztenmal zu sprechen glaubt. EISNERS Schriften enthalten in der abgedruckten Polemik mit KAUTSKY, die allerdings heute noch recht historisch anmutet, und vor allem in den Bruchstücken aus dem „Sultan des Weltkrieges" und der sehr wichtigen Einleitung EISNERS zu diesem Neuabdruck, Beiträge zur Parteigeschichte, die den künftigen Historiker der Sozialdemokratie manche Hinweise auf die Wandlung der Auffassung innerhalb der Partei geben werden. Es ist zu bedauern, dass der „Sultan des Weltkriegs", der inzwischen vollständig neu gedruckt wurde, nicht in den Gesammelten Schriften unverkürzt erschien, da er eine der wenigen kritischen Untersuchungen amtlicher Dokumente ist, die sich bemühen, dem Beispiel MARX' auf diesem Gebiet zu folgen. EISNER gehörte zu den wenigen Publizisten der deutschen Sozialdemokratie, die die Bedeutung der äußern Politik für das Proletariat schon früh erkannten und das Wesen des Imperialismus, besonders seiner Ideologie nicht nur kritisierten, sondern auch in seiner geistigen Gefährlichkeit voll würdigten.

EISNER mangelte jene theoretische Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die zum Weltkrieg führten in jener Vollständigkeit und Klarheit, wie sie die Werke der Austromarxisten offenbaren. Aber die Winkelzüge der Diplomatie, die verlogene Umdeutung privater in allgemeine Interessen und den Wahnwitz besonders der deutschen Weltpolitik wußte er zu entlarven und in glänzender stylistischer Darstellung taghell zu beleuchten.

Der 1. Band der EISNERschen Schriften ist vorwiegend dem Weltkrieg gewidmet und sein Gegenstück sind jene Aufsätze von FRIEDRICH ADLER aus dem „Kampf" und österreichischen Parteizeitungen, die unter dem Titel „Die Erneuerung der Internationale"[1]) gesammelt erschienen und ein Vergleich dieser Bände gibt Aufschluß über die Wesensverschiedenheit beider Männer. „Die Heerstrasse zum Abgrund", der II. Teil des ersten Bandes von EISNERS Schriften, enthält jene wichtigen parteigeschichtlichen Beiträge und unpolitischen Tagesartikel, die geschichtlich wertvoll sind zur Erkenntnis des Kulturgefühls sozialistischer Intellektueller unserer Zeit. Die starke Beeinflussung durch klassische Dichtung und Philosophie ist nicht nur für EISNER kennzeichnend, sondern charakteristisch für Deutschland. Diese Auffassung offenbart sich bei Gedenktagen, Festen in der Satyre der preußisch-deutschen politischen und geschichtlichen Ideologie in Anekdoten und Aphorismen. Die

1) Wien, Volksbuchhandlung 1918, 232 S.

Verwirklichung aller Ideale der klassischen Philosophie und des Humanismus der Aufklärungszeit kann nur das Proletariat vollenden. Doch wird dieses Ideal erhöht durch den Realismus und die weltumspannende Solidarität der Arbeiterklasse. Bei FRIEDRICH ADLER gewinnen diese Gedanken exakteren Ausdruck und sind weniger mit klassischen Erinnerungen verquickt. Sie entspringen hier der Erkenntnis der ökonomischen und sozialen Lage des Proletariats und seiner aus seinen Dauerinteressen mit mathematischer Geradlinigkeit abgeleiteten Politik. Parteigeschichtlich von höchster Wichtigkeit und kennzeichnend für die Ausnahmelage sowohl der Klasse wie des politisch wissenden, aber nicht politisch führenden Individuums ist die Stellungnahme zum Terror, zur individuellen Aktion, zur Einzeltötung. Die Begründung, die FRIEDRICH ADLER seiner individuellen Handlung gibt, die Ausführlichkeit, mit der er persönliche Motive und soziale Ursachen dieses politisch moralischen Aktes darlegt, gehören zu dem Wertvollsten, was zur Frage des Terrors gesagt wurde. ADLERS Standpunkt ist nicht nur von parteigeschichtlichem Interesse, sondern heute politisch aktuell, da die Frage des Terrors in Russland praktische Bedeutung gewann und auch in andern Ländern aufhört, nur Gegenstand akademischer Diskussion zu sein.

Mit Absicht lasse ich den tagespolitischen Wert und die Bedeutung als menschliche Dokumente beider Schriften unberücksichtigt. Ich wollte versuchen, schon jetzt beide Schriften geschichtlich zu werten. Eine solche Betrachtung ist zwar im heutigen Fluss der Ereignisse nicht leicht, aber der schnelle Wandel der Dinge, den wir durchleben, läßt ADLERS Prozeßbericht und die gesammelten Artikel EISNERS schon heute wie geschichtliche Dokumente erscheinen. Das soll nicht heißen, daß sie nur Material für den Geschichtsschreiber sind, im Gegenteil in beiden glüht soviel Leben, soviel proletarisch sozialistisches Empfinden, aus beiden spricht der Beginn eines wirklich sozialistischen Lebensstyls, dass sie gerade in unserer Zeit des ökonomisch politischen Umbaus und des Ausblicks auf neue Gemeinschaftsbildung mit neuen Werten gelesen werden müssen.

O. JENSSEN, Berlin.

E. FEIGENWINTER, Der Kampf um den gerechten Lohn und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. 2. Aufl. (Heft X der Sammlung „Volksbildung“, hrsg. von DR. A. HÄTTENWILLER). Luzern, Räber & Cie. 1918.

Die kleine Schrift ist von einem im praktischen Leben stehenden Politiker und Sozialpolitiker geschrieben. Sie macht kaum Anspruch auf tiefgründigere Wissenschaftlichkeit, sondern sie versucht vielmehr das ihre beizutragen zur Entspannung des heute mehr als je scharfen Gegensatzes zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum durch liebevolle Erörterung der neuerdings viel erörterten Frage einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in industriellen und gewerblichen Betrieben, als eines möglichen Weges zur Überbrückung

dieses Gegensatzes. Was die Schrift im Rahmen der Gewinnbeteiligungsliteratur immerhin als beachtenswert erscheinen läßt, das ist die Menge des fleißig zusammengetragenen, wenn auch wenig gesichteten Materials und die anregende lebensfrische Art seiner Beleuchtung.

Vorausgeschickt sei, daß der Verf. sich als ein entschiedener Anhänger der Gewinnbeteiligung bekennt und auch im schweizerischen Parlament, als dessen Mitglied, mit Nachdruck für die Förderung dieser sozialpolitischen Maßnahme eingetreten ist. Er geht, wie schon der Titel seiner Untersuchung zeigt, von einer hohen sittlichen Forderung aus und zwar stützt er sich vor allem auf die katholisch-kanonische Zinslehre. Er streift die Fragen des ehernen Lohngesetzes, der Tarifverträge und des Arbeiterschutzes, der Wucherlöhne und der Wuchergesetze, der Mindestlöhne und des Existenzminimums und gelangt dann zum eigentlichen Problem der „Beteiligung der Arbeiter am Geschäftsgewinn". Wohl haben, meint er, die verschiedenen staatlichen Maßnahmen im Sinne des Arbeiterschutzes viel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters beigetragen, aber es gebe einen Weg, auf dem dieses Ziel „besser und sicherer" erreicht werden könne, eben die Beteiligung des Arbeiters am Geschäftsgewinn. Er skizziert die praktischen Ergebnisse vieler einschlägiger Versuche aus den verschiedensten Ländern auf Grund von fleißig gesammelten Material und verhehlt dabei nicht, daß die Berichte vielfach ungünstig lauten. Er gelangt aber trotzdem zu weitgehender Befürwortung der Maßnahme und zwar stellt er unter anderm folgende konkrete Forderungen auf: Jede Aktiengesellschaft, die eine grössere Anzahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigt, sei zu verpflichten, die Arbeiterschaft korporativ zu organisieren. Der Arbeiterkorporation soll eine bestimmte Anzahl von Genußscheinen (Arbeitsaktien) zugewiesen werden; ihr auch sollen die allfälligen Gewinnanteile zufließen und sie erst diese dann von sich aus entweder an die einzelnen Arbeiter verteilen oder als Ersparnisse kapitalisieren oder für Wohlfahrtseinrichtungen verwenden.

F. hat darauf verzichtet, die hauptsächlichsten Einwände, die gegen das System der Gewinnbeteiligung erhoben werden, zu widerlegen, weshalb eine eingehendere Kritik der Schrift überflüssig erscheint.

Hans Honegger, Bern.

Otto Neurath, Wesen und Weg der Sozialisierung. Gesellschaftstechnisches Gutachten, vorgetragen in der 8. Vollsitzung des Münchner Arbeiterrates am 25. Januar 1919. II. unveränd. Aufl. München, D. W. Callwey. 8°. 21 S.

Die Revolution in Deutschland und Österreich hat die Frage der Sozialisierung der wirtschaftlichen Unternehmungen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Der Stein ist ins Rollen gekommen und wird sich nicht mehr aufhalten lassen. Auch in anderen Ländern werden die öffentlichen Korporationen unter dem Druck der finanziellen Not und dem Einfluss der

sozialen Entwicklung die Sphäre der öffentlichen Wirtschaft zu erweitern gezwungen sein (vgl. die sozialpolitischen Ereignisse in England). Von diesem Standpunkte aus bietet das angezeigte „Gutachten" aktuelles Interesse. Privatdozent Dr. N., Direktor des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Leipzig, wollte in ihm dem Münchener Arbeiterrat, der im Januar 1919 am Ruder war, zeigen, „wie man gewisse gesellschaftliche Konstruktionen durchführen kann". Die Machtmittel, die zur Verwirklichung dieser „Konstruktionen" (d. h. der Sozialisierung der Gesamtwirtschaft) notwendig sind, will der Verf. nicht erörtern: sein Gutachten soll „unpolitisch" sein.

Nach Umschreibung des Begriffs Sozialisierung wendet sich N. der Frage der praktisch-technischen Durchführung der sozialen Umgestaltung zu. Er will kein phantastischer Umstürzler sein: er ist sich dessen bewußt, daß eine so tiefgehende Umwälzung wie die Sozialisierung aus der alten Ordnung organisch emporwachsen muß, wenn sie lebensfähig sein soll. Er betont deshalb: „Gesellschaftstechnisch wäre es naheliegend, Genossenschaften, Kartelle, Banken, gemischte Werke, Gewerkschaften, Konsumentenverbände, Handelskammern, Landwirtschaftskammern und andere Großorganisationen neben dem Staat als Diener der Sozialisierung zu verwenden. Es wäre durchaus denkbar, daß man diesen Gebilden in ihrer Gesamtheit gewissermaßen das Mandat übertrüge, die Sozialisierung nach gewissen allgemeinen Grundsätzen durchzuführen. Dies hätte unter der Leitung und nach der Anweisung einer machtvollen Volksregierung zu geschehen, welche durch Kommissare und besondere, neu einzurichtende staatliche Stellen diese Wirtschaftsmassnahmen dem Staatsbetrieb einzugliedern hätte. Das Ziel würde vor allem dadurch erreicht werden, daß das System der Verbände ausgestaltet, Produktion und Konsum möglichst unmittelbar miteinander verbunden werden" (S. 5/6). Die „fähigen Köpfe" und der technisch ausgebildete Apparat der kapitalistischen Ordnung sollen in die neue Welt übertragen werden und dem sozialistischen Staat dienen.

Was die innere Organisation der sozialisierten Betriebe anbelangt, so bekennt sich N. als Gegner der Übergabe der Betriebe in die Hände der Arbeiterräte. (Offenbar waren hier die Erfahrungen der Sowjetrepublik in Rußland für den Verf. maßgebend.) Sehr belehrend sind die diesbezüglichen Ausführungen des Gutachtens: „Eine Demokratisierung der Betriebe, die so weit geht, daß die technische Leitung durch Arbeiterräte, die Verwaltung ganzer Betriebsgruppen durch Ausschüsse höherer Ordnung erfolgt, bedeutet gesellschaftstechnisch eine Lähmung der Produktion. Die gesamte gesellschaftliche und geschichtliche Erfahrung zeigt, daß Ausschüsse für eine derartige Leitung ungeeignet sind. . . . Falsch ist es, wenn man vom Rätesystem produktionstechnisch eine Verbesserung der Lebenslage erwartet (S. 7).

Ein zuweitgehender Einfluß der Arbeiterräte würde aber nicht nur vom Standpunkte der Produktion aus sich als hemmend erweisen, sondern könnte auch im sozialpolitischen Sinne zu verhängnisvollen Resultaten führen. Lassen wir aber N. selbst sprechen: „Das als politische Einrichtung ge-

schaffene Rätesystem führt durch sein Hervorheben des Einzelbetriebes im Wirtschaftlichen leicht zu einer Pflege des Streikwesens, das mit einer durchsozialisierten Gesellschaft völlig unvereinbar ist: für sie ist der Streik eine Form des Bürgerkrieges. Würde das Streiken innerhalb einer sozialisierten Wirtschaft anerkannt werden, so könnte das nur einer Bevorrechtung der in den lebenswichtignn Betrieben beschäftigten Arbeiter gleichkommen. Die Arbeiter des Verkehrswesens, der Elektrizitätswerke, der Wasserwerke usw. könnten jederzeit an ihren Volksgenossen Erpressung ausüben, welche zufällig in weniger lebenswichtigen Betrieben beschäftigt sind (S. 7). Hinsichtlich dieser Gefahr des Streikwesens für die Interessen der Gesamtheit sollen nach N. in der sozialisierten Wirtschaft die Arbeitsbedingungen durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen reguliert, aber nicht von der Arbeiterschaft der Gesellschaft diktiert werden.

Für die Gesamtorganisation der sozialisierten Wirtschaft soll ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet werden, u. zw. auf Grund einer universellen Statistik. Die Wirtschaft soll geleitet werden von einer Naturalrechnungszentrale, die, jedem merkantilistischen Kniffe fernstehend, von den natürlichen Bedürfnissen der Gesellschaft ausgehend, Wirtschaftspläne für die Zukunft aufstellt und das Zusammenarbeiten verschiedener Landesteile regelt. Die sozialisierte Wirtschaft soll bestrebt sein, eine große Naturalwirtschaft zu werden, mit dem Zweck, nicht einen möglichst hohen Profit herauszuschlagen, sondern die Bedürfnisse der Gesellschaft in rationeller Weise zu befriedigen. Den Arbeitern soll ein Naturallohn gesichert werden. N. weist darauf hin, daß große industrielle Werke bereits während des Krieges mit landwirtschaftlichen Betrieben Pacht- und Lieferungsverträge abschlossen oder sogar Landgüter erwarben, um die Lebensmittelversorgung ihrer Arbeiter zu sichern. So würde die Industrie an der Organisation der Landwirtschaft interessiert sein und die letztere durch Kapitalinvestitionen unterstützen: „Selbstverständlich würde auf diese Weise eine unmittelbare Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft entstehen, der ähnlich, welche innerhalb eines gemischten Werkes zwischen Gruben, Hüttenwerken und den arbeitenden Betrieben besteht". Zwischen Industrie und Landwirtschaft würde ein Naturaltausch entstehen. Ebenso soll zwischen einzelnen Staaten ein naturalwirtschaftlicher Kompensationsverkehr angebahnt werden, wie er teilweise während des Krieges gepflegt wurde. Der Geldverkehr soll tunlichst beschränkt und womöglich durch uneinlösliches „Girogeld" ersetzt werden, d. h. „Zahlungen über eine bestimmte Summe dürften nur durch Überweisung auf ein Bank- oder Postkonto beglichen werden, Abhebungen wären unzulässig".

Die Privatunternehmer, deren Betriebe sozialisiert werden sollen, würden entschädigt werden, aber nicht in der Form von „Arbeitslosen-Renten", sondern in der Form eines „erhöhten Arbeitseinkommens"; die führenden Köpfe der Privatindustrie sollen in der neuen Wirtschaftsordnung für ihre Kräfte Verwendung finden. Im allgemeinen meint N., „sozialisiert kann mit Erfolg nur im ganzen und von oben her werden".

Sonderbarerweise geht er auf die Gestaltung der bäuerlichen Landwirtschaft und auf das Verhältnis zwischen städtischem Proletariat und Bauerntum nicht ein. Zum Schluß betont er: „Der augenblickliche Zeitpunkt ist zur Sozialisierung besonders geeignet, weil die Kriegsorganisationen noch bestehen, die Not nach einer planmäßigen Verwaltung aller Kräfte geradezu schreit und die Unterbrechung der internationalen Beziehungen die selbständige Inangriffnahme der Sozialisierung erleichtert" (S. 21).

Ns. Thesen geben zu folgenden Einwendungen Anlass. Vor allem mutet schon die Tatsache befremdend an, dass ein gelehrter Volkswirt es für möglich hält, in einer Frage von eminenter Wichtigkeit für das gegenwärtige und künftige Wohl eines ganzen Volkes ein „gesellschaftstechnisches Gutachten" abzugeben, das auf 21 Seiten mit allgemeinen Schlagworten ohne jegliche, irgend statistische Unterlagen operiert. Die statistische Sorglosigkeit Ns. ist desto verwunderlicher, als die Staats- und Kommunalwirtschaftswissenschaft es sich schon längst zur Gewohnheit gemacht hat, jedes Postulat einer noch so kleinen Reform mit reichem faktischem Material zu begründen. Gar nicht stichhaltig sind die Schlußfolgerungen des Gutachtens. Die gegenwärtig in Deutschland herrschende Not scheint uns für die Sozialisierung der Volkswirtschaft nicht günstig. Gerade infolge dieser Not ist der gesamte Wirtschaftsapparat zerstört, und wenn keine vernünftige Gemeinde sich entschliessen würde, ein ruiniertes Gaswerk zu munizipalisieren, so kann von einer Übernahme des gesamten volkswirtschaftlichen Apparates in seinem heutigen Zustande durch den Staat u. E. erst recht keine Rede sein. Ferner scheint uns, daß N. die erzieherische und organisatorische Bedeutung der bestehenden Kriegsorganisationen weit überschätzt. Man soll doch nicht vergessen, daß diese Kriegsorganisationen hauptsächlich auf die Regelung des Konsums, nicht aber der Produktion eingestellt sind. Auch scheinen uns die volkspsychologischen Voraussetzungen der Sozialisierung noch nicht erfüllt. Der objektive Leser muß daher Ns. Gutachten jede wissenschaftliche Bedeutung absprechen. Vom praktischen Standpunkte aus ist beachtenswert sein Urteil über das Rätesystem. Jedenfalls wird die Schrift ein interessantes geschichtliches Dokument darstellen.

M. Gitermann, Zürich.

Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Berlin, Verlag Neues Vaterland 154 S. (4 Mk.)

Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. Berlin-Wilmersdorf. Verlag der Wochenschrift „Die Aktion" (Franz Pfemfert) 1919. 8°. 76 S. (2 Mk.)

E. O. Walter, Marxismus oder Bolschewismus? Olten, W. Trösch 1919. 62 S.

Paul Olberg, Briefe aus Sowjetrußland. Stuttgart, Dietz 1919. 146 S. (3.50 Mk.)

Die Münchener Tragödie. Berlin, Verlagsgenossenschaft „Freiheit" 1919. 62 S. (1.25 Mk.)

Die politisch sehr umstrittene Studie KAUTSKYS kann hier nur kurz gewürdigt werden aus dem Gesichtspunkte des Archivs. Sie ist ein bedeutsamer Beitrag zur Parteigeschichte, besonders zur Beurteilung der Kommune von 1871, zugleich aber auch ein wichtiger Beitrag zur Theorie und Praxis der Kommunisten unserer Tage, d. h. zur Beurteilung der Methoden und Resultate des Bolschewismus in Rußland.

Es ist eine echt marxistische Gelegenheitsschrift, wie die historischen Arbeiten unserer Altmeister: Vereinigung von geschichtlichem Rückblick mit politischer Gegenwartskritik, die in eine Zukunftsprognose ausmündet. Die politisch-wissenschaftliche Tendenz beeinflußt die Linienführung und die Hervorhebung gewisser Strömungen in der Vergangenheit. Es ist aber der Vorzug des historischen Materialismus und einer auf ihm sich gründenden Geschichtschreibung und wissenschaftlichen Politik, daß zur Begründung von Gegenwartsforderungen und Zukunftszielen keine Verzerrung der Vergangenheit notwendig ist. Jede Epoche wird aus ihrer Produktionsweise begriffen und die Traditionen vergangener Zeiten können nur als Hemmungen oder fördernde Momente in Rechnung gesetzt werden. Gerade die Geschichte der Kommune von 1871 beweist, daß die terroristischen Überlieferungen der ersten Pariser Kommune von 1792 zwar vielleicht Ton und Inhalt mancher ihrer Proklamation bestimmten, auf die Praxis aber kaum Einfluß übten, weil inzwischen die Produktionsverhältnisse und die Klassengruppierung sich gewandelt hatten. Es ist daher auch völlig verfehlt und unmarxistisch, wenn das Proletariat es dem Bürgertum nachtut und sich in historischen Maskeraden gefällt. Es ist ja erklärlich, daß angesichts der geistigen Autorität von MARX und ENGELS alle Richtungen „bei Marx schwören" (SOMBART). Man klebt aber leider mehr an Worten und vergißt die Methode, nach der die soziale Revolution unserer Tage wissenschaftlich zu analysieren ist. Vor allem hat das krampfhafte Zurückgreifen auf frühere proletarische Erhebungen bei dem völligen Wandel aller Verhältnisse wenig Zweck, wenn es in der Weise geschieht, wie bürgerliche Historiker mit geschichtlichen Analogien arbeiten. Man sollte sich vielmehr bei derartigen Untersuchungen jene Worte von MARX aus dem 18. Brumaire zur Richtschnur dienen lassen: „Die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des 19. Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus."

K. hält sich von derartig glorifizierenden Rückerinnerungen fern. Seine historischen Vergleiche wollen gerade zur Erkenntnis der gewaltigen Differenzen der Vergangenheit und Gegenwart beitragen. Sie sind das Gegenteil von jener MARXphilologie, wie sie mit Talent und Fleiß LENIN in seinem vielgelesenen „Staat und Revolution" treibt — einer Schrift, zu der WALTER

in seiner im August 1919 abgeschlossenen Broschüre, auf die hier nur kurz hingewiesen werden mag, eine Antikritik zu bieten versucht. Eine eingehendere Kritik der LENINschen Zitatensammlung wäre erwünscht.

K., um auf ihn zurückzukommen, will aber nicht nur den Aberglauben der Vergangenheit bekämpfen, sondern auch die Gesetze der Entwicklung aufdecken, um den Fortschritt des proletarischen Klassenkampfes auch in dessen Methode und Kampfmitteln aufzuzeigen. Dann ergibt sich von selbst ein Maßstab für die neuesten bolschewistischen Kampfmethoden, die aber nicht nur an höheren Formen des Klassenkampfes gemessen, sondern in ihrer historischen Bedingtheit und inneren ökonomischen und psychischen Logik dargestellt und erkannt werden.

Diese allgemeinen methodologischen Bemerkungen sind notwendig, um die richtige Einstellung zum überreichen Inhalt der K.schen Schrift zu gewinnen, und eine fruchtbare Kritik einzelner Meinungen und Gedankenreihen zu ermöglichen. Es hat keinen Zweck, hier das Inhaltsverzeichnis abzudrucken. Man wird in den verschiedensten Zusammenhängen auf die K.sche Untersuchung zurückkommen müssen. Sie wird hoffentlich zu eingehendem Studium der Kommune anregen. Denn diese proletarische Erhebung, fast vergessen von der heutigen Generation, kann nur zu leicht mißbraucht werden, um Gegenwartsziele zu decken.

Sehr erfreulich und zu begrüßen ist es daher, daß die klassische Schrift über die kurze Herrschaft des Pariser Proletariats „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von MARX und ENGELS jetzt einen Neudruck erlebt. Es ist nur zu bedauern, daß diesem ein Vorwort fehlt, das die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte skelettiert und vor allem jene genialen Rückblicke auf die Entwicklung des Staates ergänzt, die MARX in der Adresse der Internationale gibt und die ENGELS im Vorwort fortsetzt. Das ebenbesprochene Buch K.s kann in mancher Beziehung dieses Vorwort ersetzen, obgleich K. die Stellung zum Staat und die Lehren, die MARX aus den Erfahrungen der Kommune in dieser Beziehung zog, kaum streift. Die rein ethische Vorrede des Herausgebers PFEMFERT ist jedenfalls völlig unzulänglich. Hebt er ja nicht einmal die genialen Weltkriegsprophezeiungen und Vorhersagen der Gestaltung der auswärtigen Politik der europäischen Großmächte infolge des Sieges der Preußischen Heere heraus.

Als Muster rücksichtsloser Darstellung des Geschehenen, rückhaltloser Kritik auch der proletarischen Taktik und ihrer Fehler, sofortiger praktischer Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse sowohl in politischer Prognose als auch zur Formulierung taktischer Richtlinien, bleibt der „Bürgerkrieg in Frankreich“ unerreicht. Und etwas vom Geiste dieser MARXschen Schrift atmen auch die Schlußkapitel von K.s neuem Werk. Unbekümmert um Tagesrücksichten kurzsichtiger Realpolitik, nicht achtend falscher Auslegung von rechts und links, zieht K. hier das Fazit aus Erfahrungen der Herrschaft des Bolschewismus und der Taktik der kommunistischen Parteien anderer Länder. Er bietet, unter kurzer Wiederholung des in seiner „Diktatur des Proletariats“ gegebenen Darstellung des ökonomischen Mechanismus der russischen Wirt-

schaft unter dem Einfluß der Bolschewiki, vor allem eine ergänzende Untersuchung über die seelische Struktur und der sich aus ihr ergebenden Kampfmethoden der Diktatur einer Parteigruppe. Diese Schilderung in ihrer unerbittlichen Folgerichtigkeit und sachlich schonungslosen Kritik mag manchem Leser zu hart, zu einseitig erscheinen. Es ist aber dabei zu bedenken, daß es sich hier um Kennzeichnung einer Richtung handelt, und daß hierfür gilt, was K. selbst bei der Feststellung der verschiedenen Parteirichtungen innerhalb der Kommune sagt. Es kommt darauf an, das Unterscheidende scharf herauszuarbeiten, wobei selbstverständlich ist, daß es Übergänge gibt und daß die Menschen oft besser sind wie ihr System. Leider sind, wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht die Vorbedingungen schafft, die Menschen weit mangelhafter als ihre Absichten, oder richtiger: die Ergebnisse ihres Handelns stehen im schroffen Gegensatz zu ihren Motiven und ihren Wünschen. Man kann wirtschaftliche Gesetze nicht durch reinen Willen und rücksichtslose Energie überwinden. Das erfuhren die radikalen Jakobiner von 1792 und das erfahren heute die Bolschewiki in Rußland. Schlagend ist der Nachweis von K. geführt, wie die Ideologie und Wirklichkeit immer mehr in krassen Widerspruch geraten, wie die Logik der Dinge zu einer widerstrebenden Anpassung der Gedanken an die Tatsachen treibt und wie wir zur Verherrlichung des Massenterrors gelangen, zu einem Rückfall in militärisches Denken, wie ihn nur vier Jahre Weltkrieg bewirken konnten. Die Tiefe dieses Rückfalls zeigt eben ein Vergleich mit 1789, der deshalb so lehrreich ist, nicht weil die Dinge sich wiederholen, sondern weil ähnliche, verzweifelte Verhältnisse ähnliche Irrwege als Auswege erscheinen lassen. Die Dinge wiederholen sich nicht. Wir können heute aus der Geschichte lernen, da wir ja ihre Gesetze kennen. Das zeigt der Ausblick, den K. gibt. Er tritt rückhaltslos ein für die Demokratie, gegen die Diktatur als Willkürherrschaft einer Partei, einer Gruppe oder einer Einzelperson. Er verwirft als politisch verfehlt, ökonomisch unwirksam den Terror, besonders den organisierten Massenterror. Dies Urteil wird nicht gefällt im Namen einer überirdischen Ethik, sondern begründet mit den geschichtlichen Erfahrungen von zwei Jahrhunderten und mit den besonderen Ergebnissen des proletarischen Klassenkampfea. Geschichtliche Erfahrung und tief eingewurzelte sittliche Wertung stimmen hier zusammen, weil das eine nur der Niederschlag des anderen ist.

Kritische Bemerkungen im einzelnen werden sich vor allem zu jenen sozial-psychologischen Ausführungen machen lassen, in denen die Wandlungen der Sitten im Laufe des 19. Jahrhunderts skizziert werden. In dem weitgespannten Rahmen historisch-materialistischer Erklärung lassen sich neben den von K. aufgezeigten vorwiegend ökonomischen und militaristischen Ursachenreihen auch noch Erfahrungen allgemein psychologischer Natur einfügen, die durch den Namen Freud gekennzeichnet sind. Besonders die Reaktionen unorganisierter Massen, wie sie unsere Nachkriegszeit und auch 1789 aufweist, sind neben ökonomischen Bedingungen sicher auch durch Affektverdrängungen und ihre explosive Entladung zu erklären. Doch handelt es sich hier um

Ergänzungen und Verfeinerungen des Studiums, die auf dem von K. gezeichneten Grundriß weiterzubauen haben.

Ein besonderes Verdienst der K.schen Schrift und sicher eine ihrer fruchtbarsten Anregungen bildet ihre scharfe Definierung des so oft mißbrauchten vieldeutigen Begriffs der „Diktatur" und ihre Polemik gegen den mechanistisch angewendeten Begriff „Weltrevolution". Gerade das letztere Wort ist in der politischen und besonders in der bolschewistischen Literatur zu einem Fetisch geworden. Man sucht sich keine klare Vorstellung von dem ganz andersartigen Charakter der proletarisch-sozialistischen Revolution im Vergleich mit der bürgerlichen zu machen, und interpretiert das Wort Revolution im Verschwörersinne. Wohin die Praxis dieser konspirativen Propaganda zur künstlichen Beschleunigung der Revolution führt, das haben München und Budapest gezeigt, und es wäre sehr erwünscht, daß eine möglichst objektive Darstellung der Räterepubliken in Bayern und Ungarn versucht würde.

Ein Anfang in dieser Richtung ist die an dritter Stelle genannte anonyme Schrift der Münchener Tragödie, die in den Abschnitten „Die Räterepublik", „Die Militarisierung Bayerns", „Die Lehren aus der Tragödie" die innere Verkettung der Ereignisse zu ermitteln sucht.

Die ausführliche Darstellung des „weißen Schreckens" ist angesichts der Haltung der bürgerlichen Presse politische Notwendigkeit und auch geschichtlich unerläßlich. Der „weiße Schrecken" in Finnland, München und Budapest weist überall die gleichen Züge auf und ist mindestens dem „roten Schrecken" auch in seinen abschreckendsten Formen gleichwertig, zumeist aber überlegen durch kalte Grausamkeit und wahllose Rachgier.

Wie diese Schreckensherrschaft, die Herrschaft von Erschreckten (Engels), sich aus der Diktatur einer Minderheit logisch ergibt, das zeigt auch Olberg in den Kapiteln seiner ruhig-sachlichen, anspruchslosen Schrift, die von den außerordentlichen Kommissionen zur Bekämpfung der Gegenrevolution handelt. Diese furchtbare Institution ist nur möglich in dem Rahmen jener Gruppendiktatur, wie sie O. in seinen Darlegungen über Theorie und Wirklichkeit des russischen Rätesystems beschreibt. O.s Briefe über das Alltagsleben und den Zustand der russischen Volkswirtschaft lesen sich wie Illustrationen zu den theoretischen Ausführungen K.s, obgleich diese und jene ganz unabhängig von einander niedergeschrieben wurden.

Die geschichtliche Analyse der ersten Pariser Kommune als Produkt der großen französischen Revolution, die K. mit gewohnter Meisterschaft in leicht lesbarster Darstellung gibt und seine eingehende Beschreibung der ökonomischen und politischen Triebkräfte der ersten und zweiten Kommune mußten hier unberücksichtigt bleiben. Diese Kapitel werden sowohl dem Politiker und dem Historiker von Fach viele Anregungen im einzelnen und neue Einblicke in das Getriebe des historischen Geschehens geben. Sie verdienen in diesen Blättern von berufener Seite behandelt zu werden.

O. Jenssen, Berlin.

WALLY ZEPLER, Sozialismus und Frauenfrage. Berlin, Paul Cassirer 1919. 8°. 106 S. (3.50. Mk.)

Die sozialistische Literatur zur Frauenfrage ist zum Teil sozialpolitischen Inhalts. In Broschüren werden einzelne Fragen der Sozialreform behandelt vom Standpunkt des sozialistischen Gegenwartsprogramms und der Grundanschauungen, wie sie in BEBELS vielgelesenem Werk „Die Frau und der Sozialismus" populär-wissenschaftlich dargestellt sind. Die sozialistischen Abhandlungen unterscheiden sich vorteilhaft von den Veröffentlichungen aus den Kreisen der bürgerlichen Frauenbewegung, durch ihre Einstellung auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge, durch die Erkenntnis der Abhängigkeit der Stellung der Frau von der Wirtschaftsform, wie sie zuerst ENGELS in seinem „Ursprung der Familie" großzügig geschildert hat. Neben diesen Schriften wird oft aus agitatorisch-propagandistischen Rücksichten die Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft gegenübergestellt und verglichen mit der Lage der Frauen, besonders aus der Arbeiterklasse, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Sehr spärlich sind die Beiträge, in denen die Übergangsstufen zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt des ökonomischen und geistigen Wandels des Frauenlebens untersucht werden. Die sozialreformerische Literatur denkt an Sicherung und Besserstellung der proletarischen Frau im Lohnverhältnis, während die Darstellung „der Frau im Zukunftsstaat" schon die Aufhebung der Warenproduktion voraussetzt.

Dieser Mangel ist erklärlich, da die Arbeiterin jene zahlreichen Probleme der in einem qualifizierten Berufe tätigen Frau, die sich vor allem aus dem Psychischen wandeln, nicht so intensiv empfindet, wie das Weib aus der „intellektuellen Shpäre", während wieder die Angehörigen der freien Berufe keine Sozialisten sind und diese Fragen naturrechtlich behandeln oder nur Einzelreformen anstreben. Dazu kommt die ungeheure Rolle, welche auf dem Gebiete aller Familien- und Geschlechterfragen die Überlieferung spielt, eine Überlieferung, von der sich auch die „radikalen" Frauenrechtlerinnen und Sozialisitinnen sehr oft nicht freizumachen vermögen.

Der Weltkrieg mit seiner ungeheuren Ausdehnung der Frauen-Erwerbsarbeit, mit dem Eindringen der Frau in die Bureaukratie und zahlreiche bisher den Frauen verschlossene Berufe, mit der Proletarisierung der geistigen Arbeit und der Erschütterung nicht nur der kapitalistischen Wirtschaft, sondern aller überkommenen Anschauungen, hat auch das Frauenproblem völlig verändert. Es ist heute nicht mehr eine Frage der grauen Theorie, sondern praktischer Politik, ob sich die Entwicklung in der Richtung der Auflösung des alten Familienhaushaltes vollziehen und zu einer Sozialisierung der Kinderaufzucht führen soll, oder ob die Gesellschaft im Interesse der Bevölkerungsvermehrung und der Qualitätserhöhung des Nachwuchses die Frauen möglichst von der Erwerbsarbeit befreien soll, damit sie völlig der Mutterschaft leben können. Fragen der mutmaßlichen seelischen Wandlung der modernen Frau, Fragen der Beeinflussung feinster erotischer Regungen durch wirtschaftliche Umwälzungen, Zusammenhänge von Psychologie, Biologie und

Soziologie greifen hier ineinander, so daß endgültige Lösungen hier nicht geboten werden können.

Es sind aber keine grundsätzlich neuen Probleme, die heute zur Debatte stehen. Alte Streitfragen sind verschärft und von theoretischen Meinungsverschiedenheiten zu praktischen Tagesfragen geworden. Wie wenig sich im Grunde die prinzipiellen Fragen gewandelt haben, beweist der Neudruck einer Aufsatzreihe, die vor mehr als zehn Jahren in den Sozialistischen Monatsheften erschienen ist. Diese Diskussion, eingeleitet durch einen die herrschende kleinbürgerliche Auffassung des üblichen Sozialdemokraten scharf herausarbeitenden Aufsatz von Edmund Fischer, zog alle Fragen des modernen Frauenlebens in ihren Bereich und wurde durch die bedeutendsten Vertreterinnen der sozialistischen Frauen über den Rahmen einer Gelegenheitspolemik gehoben. Deshalb verlieren diese Ausführungen trotz ihrer Lückenhaftigkeit und des polemischen Charakters heute nichts von ihrer Frische, Zeitgemäßheit und Wissenschaftlichkeit. Sie zeigen nicht nur die Differenzen zwischen dem Vertreter der heutigen Kleinfamilie und den Verfechterinnen genossenschaftlichen Großhaushalts, sie lassen erkennen, wie zahlreich die Nüancen in Fragen der Gestaltung der künftigen Erziehung der Kinder und des Verhältnisses der Geschlechter sind unter Frauen, die in der Grundauffassung von der Entwicklung der Familie übereinstimmen.

Das Kernproblem des angezeigten Buches der Frauenfrage der Zukunft legt W. Z. in ausgezeichneter Weise, mit seltener Klarheit und logischer Konsequenz in ihrem Aufsatz „Das Mutterschaftsproblem“. Das Ergebnis, zu dem sie gelangt, lautet: „So, scheint mir, vereint sich vollkommen das Interesse der Mutter mit dem des Kindes, wenn nach dessen allerersten Lebensjahren die rein mütterliche Pflege in weitem Umfange zugunsten anderer gesellschaftlicher Institutionen zurücktritt, die in vollkommenerer Weise als das Haus dem Kindesleben angepaßte Entwicklungsbedingungen schaffen könnten. Die Frau aber gewänne volle Muße für eine Berufstätigkeit, die allerdings nicht, wie heute, ein wahnsinniges und ruheloses Hetzen bedeuten kann, und — weit entfernt, daß dadurch die naturgegebene Zärtlichkeit zwischen Mutter und Kind ertötet werden müßte, würde die Liebe zwischen ihnen in den selteneren Stunden des Miteinanderseins, den Feststunden des Lebens, nur um so voller erblühen. Und ebensowenig brauchte dadurch der Einfluß der mütterlichen Persönlichkeit auf die geistige und seelische Entwicklung des Kindes geringer zu werden.“ (S. 81/82.)

Bei der Bedeutung, die der soziologisch-psychologische Fragenkomplex, den wir als Frauenfrage bezeichnen, für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft besitzt, ist zu wünschen, daß die Gesichtspunkte des angezeigten Buches eifrige Erörterung und Vertiefung durch die Theoretiker finden. Es handelt sich heute um Fragen, die im Klassen- und im Lebensinteresse zahlreicher sozial sehr wertvoller Persönlichkeiten untersucht und gelöst werden müssen, im Geiste jener Vorurteilslosigkeit, des zukunftsfreudigen Optimismus, der die jüngst verstorbene Hedwig Dohm beseelte. Ihr ist das Buch gewidmet und der Schlußaufsatz gegen die Idea-

listen des Antifeminismus spiegelt die Gesinnung wider, aus der fruchtbare Anregungen und praktische Lösungsversuche geboren werden müssen.

O. Jenssen, Berlin.

Robert Liefmann, Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation. III., stark erweit. Aufl. Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz 1918. 315 S. (6.70 Mk.)

Die neue Auflage von L.s bekanntem Werk bringt vor allem eine Erweiterung über das kapitalistische Organisationsproblem. Zur Beleuchtung dieser Frage zieht der Verf. nunmehr auch einige der interessanteren Ergebnisse seines seither erschienenen umfang- und inhaltsreichen Werkes über „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften" (Jena 1913) herbei. Eine wesentliche Neubearbeitung haben auch erfahren: das III. Kapitel über die „Wirkungen der Kartelle auf die Abnehmer" und das V. Kapitel über die „Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation unter dem Einfluß der Kartelle und Trusts". In letzterem ist besonders der 6. Abschnitt: „Zusammenfassende Betrachtungen des Konkurrenz- und Monopolprinzips in der heutigen Volkswirtschaft" neu hinzugekommen, auf den wir noch näher zu sprechen kommen werden. Im VI., dem Schlußkapitel über „Die staatliche Regelung des Kartellwesens" befaßt sich L. nunmehr eingehender mit der im Kriege akut gewordenen Frage der staatlichen Kontrolle und Regelung des ganzen Kartellwesens und im weiteren Sinne mit der, gerade heute sehr zeitgemäßen, Frage des Vorrangs der staatssozialistischen Zwangswirtschaft gegenüber der freien Wirtschaft.

Nachfolgend möchte ich nur einige mehr zwanglose Betrachtungen zu diesem, ein schier unabsehbares Stoffgebiet umfassenden und verarbeitenden Werke des wissenschaftlich so produktiven Volkswirts anstellen. Die Weite des Aufgabenkreises, die sich L. damit gestellt hat, erhellt schon aus den Worten der Vorrede. L. will von einem gewissen Gesichtspunkte aus eine entscheidendere Charakterisierung der ganzen neuesten Entwicklung des „modernen Kapitalismus" geben.

Inwiefern ist ihm das gelungen? Da muß deutlich ein Zwiefaches unterschieden werden: erstens die Darstellung und konkretere Erklärung der jüngsten wirtschaftlich-organisatorischen Phänomene unserer Wirtschaftsepoche, also der höheren kapitalistischen Organisationsformen, und zweitens deren letzte „rein-theoretische" Interpretation. Man darf wohl sagen, daß L. die erste Aufgabe mustergültig gelöst hat, während sein (eben im 6. Abschnitt des V. Kapitels) kurz angedeuteter Lösungsversuch der zweiten durchaus nicht befriedigt.

Zum ersten Punkt sei allgemein betont, daß in der ganzen volkswirtschaftlichen Literatur kaum ein anderes Werk existiert, das ohne Schulmeisterhaftigkeit so knapp und leicht übersichtlich ein so reichhaltiges, an-

schauliches Bild von den modernen, höheren Formen des Zusammenschlusses kapitalistischer Unternehmungen gibt, wie das vorliegende. Ganz abgesehen von den Kartellen und Trusts, diesen beiden elementaren Typen all der verschiedenartigen „höheren kapitalistischen Organisationsgebilde", führt L. eine ganze Menge weiterer solcher Gebilde vor, wie z. B. die Syndikate, als Weiterbildung der Kartelle, die Kombinationsunternehmungen, als vielleicht interessanteste organisatorische Neubildung der modernen Unternehmensentwicklung, ferner die Interessengemeinschaften, die Beteiligungen, die Kontrollgesellschaften, die Fusionen und schließlich die Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. — Besonders ausführlich handelt aber L. von den deutschen Kartellen und von den amerikanischen Trusts. Man vermißt in gewisser Hinsicht in diesem Zusammenhang etwa eine kurze Darstellung der verwandten Entwicklung in England.

Unter der Fülle des Gebotenen erscheinen uns, wie gesagt, besonders bedeutsam die Ausführungen L.s über die Kombinationsunternehmungen und deren Verhältnis zu den Kartellen. Die ersteren versuchen auf grundsätzlich verschiedenem, aber nicht weniger beachtenswertem Wege, eine Höherbildung der volkswirtschaftlichen Organisation anzustreben als die Kartelle. Während diese „nur eine bloße Verständigung zwischen den Organisationen der einzelnen Wirtschaften" darstellen, erstreben jene einen eigentlichen „Umbildungsprozeß der Einzelunternehmung (S. 209), und zwar in dem Sinne, daß sie die Produktion technisch wirtschaftlicher ausgestalten wollen, eben durch „Kombination", d. h. durch „Umfassung der verschiedenen Produktionsstadien" (ebenda), durch „Angliederung weiterverarbeitender Stadien" (S. 211). Man könnte sagen, daß während die Kartelle mehr horizontal zu organisieren trachten (Unternehmungen gleicher Produktionsstadien, aber verschiedener Produkte), die Kombinationsunternehmungen mehr vertikal wirken (Unternehmungen verschiedener Produktionsstadien, aber des gleichen Endproduktes). Die bekanntesten Beispiele für Kombinationen sind die Verbindung von Zechen, Hochöfen, Stahlwerken und Konstruktionswerkstätten, oder bloß einzelner dieser Glieder. L. zeigt nun sehr instruktiv, daß diese Gebilde vertikaler Organisation darin die Grenzen ihrer Ausdehnung haben, daß sie „konstanten Massenbetrieb" erfordern. Darum werden die „reinen" Werke, die anpassungsfähiger sind, von den „gemischten" nicht völlig verdrängt. In den Kombinationsunternehmungen liegt jedoch ein nicht unerhebliches auflösendes Moment den Kartellen gegenüber. Kombinationsunternehmungen sind nämlich, von den Lieferanten und von den Abnehmern, viel unabhängiger als reine Werke. Im Gegensatz dazu stellen ja bekanntlich die Kartelle heute vielfach gerade einen Schutz der Schwachen dar. Es ist wahrscheinlich nicht zuletzt der besonderen Ausgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung zuzuschreiben, wenn die Kombinationsunternehmungen relativ zu den Kartellen noch so schwach entwickelt sind, worauf L. vielleicht etwas zu wenig Gewicht legt. Die Gründe dafür sind einmal die Unstabilität der heutigen Wirtschaftsordnung und anderseits die Zollpolitik der deutschen Kartelle mit ihren billigen Auslandverkäufen. Die

hochbedeutsame Dumpingmöglichkeit bildete doch letzten Endes den eigentlichen Kitt für die ganze mächtige Entwicklung des deutschen Kartellwesens, was von anderer Seite jedenfalls stärker betont worden ist als von L. (wobei auf die hübsche Monographie „Die Außenpolitik der deutschen Eisenkartelle und ihr Einfluß auf die Schweiz" von Dr. EDUARD FEER, „Zürcher Volkswirtschaftliche Arbeiten", Heft 4, Zürich 1918, hingewiesen werden soll). — Um L. gerecht zu werden, muß allerdings erwähnt werden, daß auch er ausdrücklich sagt, daß die Kombinationsunternehmungen das Kartellwesen stark zu beeinflussen berufen sind, indem sie eine neue übergeordnete Form von Kartellen auf den Plan rufen. „Auch die Kartellbildung selbst wird durch die Kombinationsunternehmungen auf eine höhere Stufe gehoben, indem sie dahin wirken, daß an Stelle der Spezialkartelle für nur ein bestimmtes Produkt Gruppenkartelle oder Generalkartelle, wie man sie nennen kann, für die gesamten Erzeugnisse der betreffenden Industrie, welche in den kombinierten Werken hergestellt werden, sich bilden." (S. 214.)

Im 5. Abschnitt des IV. Kapitels über „Die Zukunftsaussichten des ‚modernen Kapitalismus'" tritt L. besonders nachdrücklich der noch vielfach verbreiteten Ansicht entgegen, daß diese „ungeheuren Kapitalzusammenballungen" (S. 248, dieser Ausdruck dünkt uns überdies etwas irreführend), die besonders durch die Entwicklung des „Effektenkapitalismus" gekennzeichnet sind, unbedingt ein bedrohliches Symptom in unserem Wirtschaftsleben darstelle. Diese gewaltige „Mobilisierung des Kapitals trägt wohl einiges zur Ausdehnung arbeitsloser reiner Einkommen bei" (S. 249) und damit zur Entfaltung des Kapitalismus im üblen Sinne des Wortes, aber im ganzen bedeutet diese tiefgreifende Umgestaltung doch eine bedeutsame Höherentwicklung der Organisation. Man könnte sogar weiter gehen und in der durch sie bedingten gesteigerten Interdependenz unserer großen kapitalistischen Unternehmungen in gewissem Sinne bereits die Anbahnung eines „inneren Abbaues" unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung erblicken! Alles in allem, L. ist die erste Aufgabe jener Darstellung und konkreteren Erklärung der höheren kapitalistischen Organisationsformen in der jüngsten Vergangenheit glänzend gelungen.

Wie steht es nun aber mit der „rein-theoretischen", der letzten synthetischen Interpretation dieser ganzen Entwicklung, in der „Zusammenfassenden Betrachtung des Konkurrenz- und Monopolprinzips in der heutigen Wirtschaft" (Kap. V, 6. Abschn.)? Ich erachte diesen Exkurs als völlig mißglückt. Insbesondere glaube ich, daß L. eine ganz irrige Auffassung vom Wesen des Monopols, im Sinne eines eigentlich theoretischen Begriffs hat. Monopol scheint ihm „absolut zweckmäßige Regelung" zu bedeuten. Eine genaue Definition dieses wichtigen Begriffes gibt er nicht, aber er wirft die Frage auf, welches „die rationelle Organisationsform" sei, die freie Konkurrenz oder das Monopol (S. 251)? Offenbar glaubt er also den Begriff „monopolistisch" auf den Begriff „einheitlich" reduzieren und beide gleichsetzen zu können. Nun ist nicht zu bestreiten, daß in der täglichen Umgangssprache häufig diese Identifizierung erfolgt; in aller guten nationalökonomischen Theorie hat aber der Begriff „monopolistisch" von jeher

einen ganz andern Sinn gehabt, nämlich den von „ausschließlich". So z. B schon bei RICARDO. Wie L. richtig erkennt, hängt der Monopolbegriff aufs engste zusammen mit dem Begriff der „Konkurrenz". Allerdings sind das Korrelativbegriffe. Man kann sie aber nur dann als solche annehmen, wenn man „Monopol" im Sinn von „ausschließlichem Besitz" (eines Gutes) nimmt. „Freie Konkurrenz" herrscht überall dort, wo kein „Monopol", kein „ausschließlicher Besitz" an einem Gute besteht. „Monopol" im Sinne von „einheitlicher Organisation" oder von „organisierter Einheit" steht in gar keinem Gegensatz, überhaupt in keiner direkten Beziehung zu „Konkurrenz". Auch die freie Konkurrenz kann hypothetischerweise zu „einheitlicher Organisation", zu „organisierter Einheit" führen. In dem besagten Abschnitt von L. schillert nun der Begriff „Monopol" in der Bedeutung bald von „einheitlich", bald von „ausschließlich", wodurch eine heillose Verwirrung angerichtet wird. — Dieser ganze neue Abschnitt trägt also nicht nur nichts zur Klärung der Meinungen bei, sondern er ist im Gegenteil dazu geeignet, sie stark zu trüben.

HANS HONEGGER, Bern.

KARL BÜCHER, Die Sozialisierung. 2. stark erweit. Aufl. Tübingen, H. Laupp 1919. 8°. 128 S. (3.— Mk.)

Der bekannte Volkswirtschaftslehrer will in der vorliegenden Schrift, die einen erweiterten Vortrag darstellt, die Leser mit dem Wesen der Sozialisierung bekannt machen.

Einleitend bemerkt er, daß er persönlich „von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt" war, niemals aber geglaubt habe, daß er die Zeit „noch erleben werde, wo er Wirklichkeit werden wolle" (S. 21). Als Wissenschaftler vertritt aber B. den Standpunkt: „Noch keine neue Wirtschaftsordnung ist im Laufe der Jahrtausende auf einen Schlag durch obrigkeitliche Anordnung in die Welt gekommen." Die Sozialisierung versteht B. im Sinne des alten, von WAGNER besonders ausdrücklich und erfolgreich verfochtenen Staatssozialismus „etwa so, wie sie die ältern unter uns bei den Eisenbahnen sich haben vollziehen sehen". Die in der kapitalistischen Gesellschaft bestehenden Lohnformen würden vom sozialistischen Staat übernommen werden: „also Stücklohn und Zeitlohn, unter Umständen auch Anteil am Reingewinn, Prämien u. dgl." — Mit dem bekannten sozialdemokratischen Ökonomen HILFERDING stimmt B. darin überein, daß die sozialisierten Betriebe nicht an die Arbeiterschaft übergeben werden sollen, „denn damit käme man zur Produktivgenossenschaft, die in Deutschland längst abgewirtschaftet" habe. Die expropriierten Kapitalisten sollen entschädigt werden.

Welche Betriebe sollen der Sozialisierung unterworfen werden? — Gleichwie HILFERDING antwortet B.: Solche Zweige der Wirtschaft, die infolge der Kartellisierung für die Sozialisierung reif sind, d. h. Betriebe monopolistischen Charakters, wie die Kohlen- und Eisenindustrie. B. fügt hinzu:

überhaupt Bergwerke und Privatwaldungen. Von der Sozialisierung will er ausgeschlossen sehen: Exportindustrie, auswärtigen Handel, Handwerk. Große Schwierigkeiten bietet die Landwirtschaft. Hier solle nur der Großbetrieb verstaatlicht werden, der Kleinbetrieb dagegen solle im Privateigentum bleiben, da er erwiesenermaßen einen höheren Ertrag liefere und deshalb auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus vorteilhaft sei.

B. verschießt sich auch den mit der Sozialisierung verbundenen Schwierigkeiten nicht. Er sieht voraus den volkswirtschaftlichen Schaden, der daraus entstehen würde, daß in der Übergangszeit in allen für die Sozialisierung in Betracht kommenden Produktionszweigen die Errichtung neuer Betriebe und die Erweiterung der bestehenden verboten werden müßte. Auf dem Wege zur Sozialisierung sieht er folgende schwerwiegende Hindernisse: Erstens, Deutschland sei kein isolierter Staat, sondern stehe in engen Beziehungen mit der Weltwirtschaft; zweitens, die Sozialisierung (mit Entschädigung der Privatunternehmer) würde das schon ohnehin stark verschuldete Deutschland mit neuen Schulden belasten; drittens, eine politische Gefahr liege darin, daß Staatsbetriebe von der Entente als Pfänder beansprucht werden könnten; viertens, die Sozialisierung müßte eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten herbeiführen. — Der sozialdemokratische Führer Hue bemerkte trefflich, daß eine weitgehende Sozialisierung heute die „Konkursverwaltung des Kapitalismus“ bedeuten würde.

In einem Anhang wird interessantes Material gebracht: Resolutionen, Gutachten usw.

Die Broschüre von B. zeichnet sich zwar durch wissenschaftliche Tiefe oder Originalität der Gedanken nicht aus, sie stellt aber eine populäre Orientierung in den einschlägigen Fragen dar.

M. Gitermann, Zürich.

einen ganz andern Sinn gehabt, nämlich den von „ausschließlich". So z. B schon bei RICARDO. Wie L. richtig erkennt, hängt der Monopolbegriff aufs engste zusammen mit dem Begriff der „Konkurrenz". Allerdings sind das Korrelativbegriffe. Man kann sie aber nur dann als solche annehmen, wenn man „Monopol" im Sinn von „ausschließlichem Besitz" (eines Gutes) nimmt. „Freie Konkurrenz" herrscht überall dort, wo kein „Monopol", kein „ausschließlicher Besitz" an einem Gute besteht. „Monopol" im Sinne von „einheitlicher Organisation" oder von „organisierter Einheit" steht in gar keinem Gegensatz, überhaupt in keiner direkten Beziehung zu „Konkurrenz". Auch die freie Konkurrenz kann hypothetischerweise zu „einheitlicher Organisation", zu „organisierter Einheit" führen. In dem besagten Abschnitt von L. schillert nun der Begriff „Monopol" in der Bedeutung bald von „einheitlich", bald von „ausschließlich", wodurch eine heillose Verwirrung angerichtet wird. — Dieser ganze neue Abschnitt trägt also nicht nur nichts zur Klärung der Meinungen bei, sondern er ist im Gegenteil dazu geeignet, sie stark zu trüben.

HANS HONEGGER, Bern.

KARL BÜCHER, Die Sozialisierung. 2. stark erweit. Aufl. Tübingen, H. Laupp 1919. 8°. 128 S. (3.— Mk.)

Der bekannte Volkswirtschaftslehrer will in der vorliegenden Schrift, die einen erweiterten Vortrag darstellt, die Leser mit dem Wesen der Sozialsierung bekannt machen.

Einleitend bemerkt er, daß er persönlich „von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt" war, niemals aber geglaubt habe, daß er die Zeit „noch erleben werde, wo er Wirklichkeit werden wolle" (S. 21). Als Wissenschaftler vertritt aber B. den Standpunkt: „Noch keine neue Wirtschaftsordnung ist im Laufe der Jahrtausende auf einen Schlag durch obrigkeitliche Anordnung in die Welt gekommen." Die Sozialisierung versteht B. im Sinne des alten, von WAGNER besonders ausdrücklich und erfolgreich verfochtenen Staatssozialismus „etwa so, wie sie die ältern unter uns bei den Eisenbahnen sich haben vollziehen sehen". Die in der kapitalistischen Gesellschaft bestehenden Lohnformen würden vom sozialistischen Staat übernommen werden: „also Stücklohn und Zeitlohn, unter Umständen auch Anteil am Reingewinn, Prämien u. dgl." — Mit dem bekannten sozialdemokratischen Ökonomen HILFERDING stimmt B. darin überein, daß die sozialisierten Betriebe nicht an die Arbeiterschaft übergeben werden sollen, „denn damit käme man zur Produktivgenossenschaft, die in Deutschland längst abgewirtschaftet" habe. Die expropriierten Kapitalisten sollen entschädigt werden.

Welche Betriebe sollen der Sozialisierung unterworfen werden? — Gleichwie HILFERDING antwortet B.: Solche Zweige der Wirtschaft, die infolge der Kartellisierung für die Sozialisierung reif sind, d. h. Betriebe monopolistischen Charakters, wie die Kohlen- und Eisenindustrie. B. fügt hinzu:

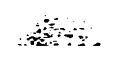
überhaupt Bergwerke und Forstverwaltungen. Von der Sozialisierung soll er ausgenommen sein: Exportindustrie, [illegible] [illegible], Handwerk. [illegible] Schwierigkeiten bietet die Landwirtschaft. Hier solle nur der Großbesitz vergesellschaftet werden, der Kleinbesitz dagegen solle im Privateigentum bleiben, da er erwiesenermaßen einen höheren Ertrag liefere und deshalb auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus vorteilhaft sei.

B. verschließt sich auch den mit der Sozialisierung verbundenen Schwierigkeiten nicht. Er sieht voraus den volkswirtschaftlichen Schaden, der daraus entstehen würde, daß in der Übergangszeit in allen für die Sozialisierung in Betracht kommenden Produktionszweigen die Errichtung neuer Betriebe und die Erweiterung der bestehenden verboten werden müßte. Auf dem Wege zur Sozialisierung sieht er folgende schwerwiegende Hindernisse: Erstens, Deutschland sei kein isolierter Staat, sondern stehe in engen Beziehungen mit der Weltwirtschaft; zweitens, die Sozialisierung (mit Entschädigung der Privatunternehmer) würde das schon ohnehin stark verschuldete Deutschland mit neuen Schulden belasten; drittens, eine politische Gefahr liege darin, daß Staatsbetriebe von der Entente als Pfänder beansprucht werden könnten; viertens, die Sozialisierung müßte eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten herbeiführen. — Der sozialdemokratische Führer Hue bemerkte trefflich, daß eine weitgehende Sozialisierung heute die „Konkursverwaltung des Kapitalismus" bedeuten würde.

In einem Anhang wird interessantes Material gebracht: Resolutionen, Gutachten usw.

Die Broschüre von B. zeichnet sich zwar durch wissenschaftliche Tiefe oder Originalität der Gedanken nicht aus, sie stellt aber eine populäre Orientierung in den einschlägigen Fragen dar.

M. Gitermann, Zürich.



Aus der Literatur über die soziale Frage und über die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Von

P. Mombert (Freiburg i. B.).

Wir besitzen bis heute noch keine, wissenschaftlichen Anforderungen genügende Darstellung der deutschen Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, also gerade für die Zeit, in welcher mit dem stärkeren Aufkommen und dem Wachstum der Großindustrie eine Arbeiterfrage zu entstehen und dann vor allem auch unter dem Einfluß des englischen und französischen Sozialismus eine Arbeiterbewegung langsam einzusetzen begann. Das Gesagte gilt in gleicher Weise von der Lage der Arbeiterklasse, wie auch von der Entstehung und Entwicklung dieser Arbeiterbewegung. Wir haben auch keine zeitgenössische Schrift, die hierfür einigen Ersatz böte, und gleichwertig neben die Darstellungen von Friedrich Engels und Eugène Buret über die Lage der Arbeiterklasse in England und Frankreich gestellt werden könnte.

Wohl gibt es, an den verschiedensten Stellen zerstreut, mannigfache Einzeluntersuchungen und Vorarbeiten darüber. Es sei für die Lage der Arbeiterschaft auf die bekannten Schriften von Thun[1]), Sax[2]) und Anton[3]) verwiesen. Eine sehr brauchbare Zusammenstellung älterer Lohndaten, auch die dafür in Betracht kommenden Quellen, hat Fr. J. Neumann in einem Aufsatz „Zur Lehre von den Lohngesetzen"[4]) gegeben. Auch in H. Fechners „Wirtschaftsgeschichte Schlesiens"[5]) finden sich im letzten Abschnitte mancherlei wertvolle Mitteilungen. Für die politischen

1) Die Industrie am Niederrhein. Leipzig 1891. 2) Die Hausindustrie in Thüringen. Jena 1882—1888. 3) Geschichte der preuß. Fabrikgesetzgebung. Leipzig 1891. 4) Jahrbücher für Nationalökonomie. III. Folge. Band 4. 1892. 5) Breslau 1907.

und sozialen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft, auch für die Stellung, welche andere Kreise dazu eingenommen haben, finden sich brauchbare Übersichten bei TREITSCHKE [1]) und SYBEL [2]), ferner mancherlei bei HARTMANN [3]), BRANDENBURG [4]) ZENKER [5]) und SCHMIDT [6]), um nur einige der wichtigsten Autoren hervorzuheben. In anderen, großangelegten Geschichtswerken, wie z. B. in STERNS „Geschichte Europas von 1830—1848" [7]) findet sich so gut wie nichts über die hier in Frage kommenden deutschen Verhältnisse. In dem Abschnitt „Sozialismus und Kommunismus" werden fast nur die englischen und französischen Verhältnisse dargestellt.

Für die Kenntnis der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit kommt dann noch vor allem MEHRINGS „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" [8]) in Frage, in der sich auch noch manch andere, hier nicht erwähnte Literatur, findet. Auch die kleine Schrift von KAHLER [9]) über WILHELM WEITLING, verdient hier genannt zu werden.

Das 1885 erschienene bekannte Buch GEORG ADLERS: „Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der auf sie einwirkenden Theorien" ist die einzige Spezialarbeit, die wir bis heute in Deutschland über diesen Gegenstand besitzen und infolgedessen durchaus unentbehrlich. Das Buch besitzt aber doch mancherlei beträchtliche Mängel. Einmal war doch die dem Verfasser für jene Zeit zu Gebote stehende Literatur eine recht lückenhafte,

1) Deutsche Geschichte. IV. Auflage. 1897. Band 5, vor allem S. 507—523.
2) Die Begründung des deutschen Reiches. Volksausgabe 1901. Band 1, passim.
3) Die Volkserhebung im Jahre 1848. Berlin 1900. 4) Die deutsche Revolution 1848. Leipzig 1912. 5) Die Wiener Revolution 1848 und ihre sozialen Voraussetzungen und Beziehungen. Wien 1897. 6) Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz und die erste deutsche Arbeiterbewegung 1833—1836. Zürich 1899. 7) Stuttgart 1911. 8) 2. Auflage. Stuttgart 1903. 9) Hottingen-Zürich 1887. Weiter kommen dafür in Frage: VALLENTIN, Der Wohlstand in Westpreußen. Tübingen 1892; KAMPFMEYER, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. Berlin 1910; BERNSTEIN, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Band 1. Berlin 1907, und LAUFENBERG, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg-Altona. I. Teil. Hamburg 1911. Auch bei SOMBART, Der moderne Kapitalismus, finden sich mancherlei Ausführungen über die Lage der Arbeiterschaft in der damaligen Zeit. Vgl. dazu ferner H. SCHLÜTER, Beiträge zur sozialen Geschichte des Jahres 1848, in D. Neue Zeit III 1885 S. 28 ff.

dann ist aber auch m. E. der soziale und wirtschaftliche Hintergrund zu wenig berücksichtigt, auf dem sich diese ganze Bewegung abgespielt hat und auf dem sie groß geworden ist. So vielerlei Wertvolles nun die genannten Arbeiten und noch manche anderen, die hier nicht erwähnt worden sind, über die Lage der Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts enthalten, so handelt es sich dabei doch immer nur um einzelne Ausschnitte und einige Hauptzüge, die aus der gesamten Frage zur Darstellung gelangen. Eine Darstellung der Lage der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung jener Zeit muß erst noch geschrieben werden. Es ist dies die Zeit, die nicht nur in dieser Hinsicht, sondern ganz allgemein bis heute das Stiefkind der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung in Deutschland gewesen ist. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß wir über diese Seiten für das deutsche Mittelalter zum Teil wesentlich besser unterrichtet sind als für diese Periode, welche erst wenige Dezennien hinter uns liegt.

Die folgenden Seiten sollen für eine solche Darstellung eine Vorarbeit, nicht mehr geben. Jeder, der sich in der eben genannten Weise mit der sozialen Frage und Arbeiterbewegung in Deutschland in jener Zeit beschäftigt, wird mit der schon von Georg Adler beklagten Schwierigkeit zu kämpfen haben, daß die in Betracht kommende zeitgenössische Literatur überaus zerstreut und schwer erhältlich, zum Teil überhaupt unbekannt und nur durch Zufall auffindbar ist. Der folgenden Darstellung liegen die Schriften aus einer privaten Sammlung zugrunde, die mancherlei enthält, was heute so gut wie unbekannt ist. Nur 5 Schriften (Nr. 15, 18, 88, 141, 201), stammen aus der Freiburger Universitätsbibliothek.

Diese Schriften sollen im folgenden ganz kurz in ihrem wesentlichsten Inhalte und in ihrer Bedeutung für die soziale Geschichte dieser Zeit charakterisiert werden. Da es mir darauf ankommt, vor allem nur auf die unbekannteren Schriften jener Periode hinzuweisen, so ist im folgenden die sozialistisch-kommunistische Zeitschriftenliteratur, als im wesentlichen bekannt, unberücksichtigt geblieben. Das gleiche gilt von zahlreichen Schriftstellern, die damals in der Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt oder doch zur sozialen Frage Stellung genommen haben.

Ich nenne hier: Lorenz Stein, Rodbertus, Hildebrand, Stirner, Weitling, Hess, Marx, Engels u. v. a., deren Schriften aus dem genannten Grunde unberücksichtigt bleiben. Das gleiche gilt von den damals erschienenen Lehr- und Handbüchern der Nationalökonomie und Polizeiwissenschaft. Aus dem gleichen Grunde werden auch die zahlreichen, aus fremden Sprachen ins Deutsche übersetzten Schriften nicht erwähnt. Die folgende Darstellung beruht auch, von der einen genannten Ausnahme abgesehen, lediglich auf den in dieser Sammlung vorhandenen Schriften. Sie erhebt also keinen Anspruch darauf, vollständig zu sein. Aber trotzdem mag es sein, daß damit doch einiges Bedeutsame und Wichtige zutage gefördert wird und daß damit, was mein Hauptzweck ist, dem künftigen Geschichtschreiber der Arbeiterfrage in Deutschland eine nützliche Vorarbeit geleistet ist.

Im Anhange sind alle diese Schriften mit durchlaufender Nummer versehen, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt und entsprechende Nummern im Text verweisen auf diese Titel. Zur Ergänzung ist vor allem das Literaturverzeichnis heranzuziehen, das sich in dem zit. Buche Georg Adlers findet und das auch mancherlei Schriften nennt, die mir nicht vorgelegen haben. In einem zweiten Teile des im Anhange befindlichen Schriftenverzeichnisses werden dann eine Reihe von Arbeiten angeführt, welche mir nicht zugänglich gewesen sind. Da sie auch bei Adler nicht genannt sind, so habe ich es für nützlich gehalten, wenigstens den Titel derselben anzugeben.

Wir wollen uns zunächst jenen Schriften zuwenden, welche für die Lage der Arbeiterklasse Material beibringen oder sich wenigstens vorwiegend mit ihr beschäftigen.

Die ältesten mir bekannt gewordenen Arbeiten des deutschen Sprachgebietes, die sich unmittelbar mit der Lage der Arbeiterklasse, u. zw. der Fabrikarbeiter beschäftigen, stammen beide aus der Schweiz. Die eine ist ein Aufsatz über die nachteiligen Wirkungen des Fabrik- und Maschinenwesens (13), die andere ein Bericht über die Fabrikarbeiterverhältnisse in der Baseler Industrie (56). Der erstgenannte Aufsatz gibt keine konkrete Schilderung der Lage der Arbeiterklasse, wenn auch diese Seite der Frage berührt wird, sondern sucht vornehmlich die Einwände zu entkräften, welche von den verschiedensten Seiten gegen Fa-

briken und Maschinen vor allem deshalb erhoben worden sind, weil dadurch Arbeiter überflüssig würden, der Lohn gedrückt werde, die Jugend verwahrlose, die Abhängigkeit der Arbeiter vermehrt und ihr Gesundheitszustand ungünstig beeinflußt werde. Es handelt sich also hier um eine Apologie des Fabrik- und Maschinenwesens, aber immerhin eine recht selbständige Arbeit, die nicht uninteressante Gedankengänge aufweist. Dem an zweiter Stelle genannten Bericht liegt die Beantwortung der Frage zugrunde: „Sind in unserem Vaterlande zwischen Fabrikherren und ihren Arbeitern neben den bloßen Vertragsverhältnissen noch besondere freundschaftliche und vorsorgliche Einrichtungen vorhanden? Was für? Und was wäre in dieser Hinsicht noch weiter zu tun möglich?“ Die kleine Schrift gibt also für die Baseler Industrie ein Bild der dort bestehenden Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Daneben finden sich noch Angaben über die Höhe der damals gezahlten Löhne und manche anderen Bemerkungen, welche zur Beurteilung der damaligen Arbeiterverhältnisse wichtig sind. Wir hören z. B., daß in der Bandfabrikation der feste Wochenlohn 6 bis höchstens 7 Franken beträgt, daß daneben jedoch Mehreinnahmen durch Überstunden oder Extraarbeiten zu Hause vorkommen. Wir hören Klagen über die Steigerung der Preise, so z. B., daß seit 40 Jahren die Mietzinse um fast das Doppelte gestiegen seien. Kinder werden schon vom 6 bis 7ten Jahre an bei 3—4 Franken Wochenlohn in den Fabriken beschäftigt.

Kurze Zeit darauf erschien in Deutschland die bekannte Schrift von Schneer, die sich mit der Not der Leinenarbeiter in Schlesien beschäftigte (72). Sie gehört mit zu den wertvollsten Arbeiten über die Lage der Arbeiterschaft aus jener Zeit. Ein Jahr später hat der gleiche Verfasser die Zustände der arbeitenden Klassen in Breslau geschildert (102). Beide Schriften, denen amtliches Material zugrunde gelegen hat, haben schon öfters literarische Verwertung gefunden, so daß sich ein genaueres Eingehen auf sie an dieser Stelle erübrigt.

Ebenfalls der Lage der Arbeiter in einem speziellen Berufe ist der Aufsatz von Dietfurth über die Fürsorge für das Los der Eisenbahnarbeiter (131) gewidmet. Auch hier finden sich wertvolle Angaben über die ungünstigen Arbeiterverhältnisse in der damaligen Zeit. Die Schrift des Chemnitzer Fabrikanten

DÖRSTLING (132) stellt die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter in den Mittelpunkt. Wir finden auch Angaben über die Wochenverdienste von Arbeitern in einer Kattunfabrik und in einer Spinnerei. Ein großer Teil dieser Arbeiter konnte bei den damals herrschenden Teuerungsverhältnissen mit ihren Löhnen nicht auskommen und mußte öffentlich unterstützt werden. Eine Besserung der Verhältnisse erwartet der Verfasser lediglich aus handelspolitischen Maßnahmen, um dem Inland die Arbeitsgelegenheit zu erhalten und die Ausfuhr zu vermehren.

In den Jahren 1847 und 1848 sind dann noch zahlreiche weitere, recht lehrreiche Darstellungen über die Lage der Arbeiterklasse erschienen: Alle in der von REDEN herausgegebenen Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik. DAEL (126) hat über die Arbeitslöhne der handarbeitenden Klassen in Hessen, FLOR (124) über die Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in Altona geschrieben. Der Aufsatz von BACHMEIER (127) behandelt neben den Arbeitslöhnen in Niederbayern auch die Gehaltsverhältnisse bei der Lehrerschaft und Geistlichkeit und eine auf amtlichen Akten beruhende Darstellung von REDENS (128) schildert die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung in Hohenzollern-Sigmaringen. Ein anonym erschienener Aufsatz gibt ein Bild der Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise (129) in einer Reihe größerer deutscher Städte und ein weiterer, welcher die materiellen Zustände in Württemberg schildert (125), bietet manche wertvolle Angaben für die damaligen Verhältnisse der unteren Volksklassen. Der zweite, im Jahre 1848 erschienene Band der Zeitschrift enthält einen Aufsatz über die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung in Wien (184).

Alle diese Arbeiten sind natürlich von recht verschiedenem Wert für die Erkenntnis der damaligen Zustände innerhalb der Arbeiterschaft. In ihrer Gesamtheit enthalten sie aber doch recht viel wertvolles Material und geben ein ganz brauchbares Bild der damaligen Verhältnisse. Es sei hier nur hervorgehoben, daß DAEL und BACHMEIER bereits mit Arbeiterhaushaltungsrechnungen operieren, und daß z. B. der letztere auf dieser Grundlage zum Ergebnis kommt, daß in den gewöhnlichen Verhältnissen die Löhne der Taglöhner nicht ausreichen, um sich den Unterhalt für die notwendigsten Bedürfnisse verdienen zu können.

Aus dem Jahre 1848 stammt dann auch die sehr warmherzige Schrift über die Hungerpest in Oberschlesien (175), welche eine äußerst scharfe Kritik an den damaligen preußischen Zuständen übt. Recht wertvolles Material über die Organisation der Arbeiterverhältnisse, wie z. B. über Arbeitsordnungen, Krankenfürsorge usw., enthält dann die Schrift des Obersten v. PRITTWITZ über die Schanzer in Ulm (221). Die Jahre 1851 und 1852 haben dann noch zwei weitere Schriften gebracht, aus denen mancherlei Interessantes über die ungünstige Lage der Arbeiterschaft zu entnehmen ist. Die eine von MINUTOLI (234), die auf amtlichem Material beruht, beschäftigt sich mit der Lage der Weber im schlesischen Gebirge, die andere ist die bekannte Schrift von VIRCHOW über die Not im Spessart (236). Der Aufsatz von VOLZ (228) über die Fabrikbevölkerung im Oberelsaß schildert diese als sehr verworfen und verkommen, betont aber auch ausdrücklich, daß daran die Fabrikherren zum großen Teile schuld seien. Es finden sich für die Jahre 1835 und 1850 z. T. auf französischen Quellen, den bekannten Arbeiten VILLERMÉS, aufbauend, für die verschiedenen Arbeiterkategorien die Löhne angegeben. Wir erhalten ferner in recht anschaulicher Form Berechnungen und Angaben über die täglichen Mindestausgaben von Arbeiterfamilien und einzelnen Arbeitern und ebenso eine Reihe von Bilanzen von Arbeiterhaushalten. Es werden dann weiter die gerade in der elsäßischen Textilindustrie so häufigen Wohlfahrtseinrichtungen beschrieben. Ein tieferes Verständnis für das Zweischneidige dieser Einrichtungen, ebenso wie für die ganze Arbeiterfrage, fehlt jedoch.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Schriften, welche über die Lage der Arbeiterklasse berichten, nicht reinlich von jenen scheiden lassen, welche die Ursache der Notlage innerhalb der Arbeiterschaft schildern, oder die eigentliche Arbeiterbewegung zum Gegenstande haben. In zahlreichen Schriften geht die Behandlung dieser Fragen in einander über, sodaß sich auch in denjenigen, die in folgendem besprochen werden, mitunter mancherlei über die Lage der Arbeiterschaft vorfindet, wenn auch dabei diese Seiten der Fragen mehr zurücktreten.

Alle diese eben genannten Schriften zeugen von einer großen Notlage und einem großen Elend bei den arbeitenden Klassen

der damaligen Zeit. Sie beruhte nicht nur auf den schlechten Löhnen, den gesundheitsschädlichen Zuständen in den Fabriken, sie wurde vielmehr noch wesentlich verschärft durch die in den 40er Jahren herrschende Teuerung, die dann zu der großen Auswanderung, zu einem Rückgang der Eheschließungen, zu einer Zunahme der Sterblichkeit, ja, zu einem Rückgang der Bevölkerung in manchen Gebieten Deutschlands geführt hat. So hat z. B. die Bevölkerung Württembergs von den Jahren 1849—1852 um 11332, von den Jahren 1852—1855 sogar um 65543 Personen abgenommen, um erst im Jahre 1864 wieder den Stand von 1849 zu erreichen[1]). Damit hängt es zusammen, daß in jener Zeit die Literatur über die Lage der Arbeiterschaft und ganz allgemein über die Zustände in den unbemittelten Schichten, sehr enge verquickt ist mit den Fragen, wie sie durch diese Teuerung aufgeworfen worden sind. Man begegnet manchen Schriften, die in den Mitteln gegen die Teuerung auch Hilfsmittel sehen, um der Notlage der Arbeiterschaft abzuhelfen. In diesen Jahren hat die Erörterung dieses Problems in Deutschand eine ganz besonders große Rolle gespielt. So hat die Deutsche Vierteljahrsschrift damals eine ganze Reihe von Aufsätzen darüber gebracht. Eine zusammenfassende Schrift hat dann 1848 der bekannte Nationalökonom G. F. Schulze (178) darüber veröffentlicht. (Vgl. auch Nr. 110[2]).

Ganz besonders reichhaltig ist auch die Literatur über die Lage und die Stellung der ländlichen Arbeiter. Die älteste, mir vorliegende ist die von Lindemann aus dem Jahre 1832 (20). In den folgenden Jahren sind dann noch zahlreiche andere über den gleichen Gegenstand erschienen, auf die aber aus Raumgründen hier nicht im einzelnen eingegangen werden soll. Ihre Aufzählung mag an dieser Stelle genügen: 20, 28, 111, 130, 144—146, 174, 185, 187, 203, 268. Auch das Buch von Nebbien (17) ist fast gänzlich der Landwirtschaft gewidmet und behandelt fast nur die Möglichkeiten, den Ertrag des Landbaues zu steigern und damit auch letzten Endes dem Gewerbe zu helfen.

Man kann nun unschwer die Beobachtung machen, wie sich in der deutschen Literatur dieser Zeit die Arbeiterfrage als selb-

1) Vgl. darüber eingehender Mombert, Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland. Karlsruhe 1908. S. 106—120. 2) Ein großer Teil dieser älteren Schriften findet sich bei Roscher, Über Kornhandel- und Teuerungspolitik. 3. Aufl. 1852 genannt.

ständiges Problem erst langsam und nach und nach aus der Frage des allgemeinen Pauperismus und den Erörterungen über das Armenwesen loszulösen beginnt. Zuerst wird aller Notstand und alle Notlage der unbemittelten Schichten vom Standpunkte des Armenwesens aus behandelt und mit den üblichen Mitteln desselben: Bekämpfung der Bettelei, Wohltätigkeit, Arbeitshäusern usw., bekämpft. Es ist bekannt, daß schon in der zweiten Hälfte des 18.[1]) Jahrhunderts zahlreiche Schriften über die Armut und das Armenwesen erschienen sind und auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts findet sich eine überaus große Zahl von Schriften über diesen Gegenstand. Erst langsam beginnt sich dann aus dem allgemeinen Armutsproblem, oder dem Pauperismus, wie man sich damals ganz allgemein ausdrückte, so etwa vom Beginn der 40er Jahre ab, eine Lohnarbeiterfrage loszulösen, und in dem Maße, in dem dies geschieht, nehmen die Schriften über den Pauperismus wesentlich ab, diejenigen über die Arbeiterfrage erheblich zu. Dabei ist es keineswegs leicht, die Schriften, welche in das eine oder andere Gebiet zu rechnen sind, von einander zu trennen. Denn beide Gruppen gehen, vor allem in der ersten Hälfte der 40er Jahre noch sehr stark ineinander über und die Titel geben nicht immer ein richtiges klares Bild von dem Inhalte und der Problemstellung.

Wenn sich vor allem auch in den 40er Jahren, auch in der zweiten Hälfte derselben, noch zahlreiche Schriften finden, in denen die Frage des Pauperismus mehr oder weniger offen behandelt wird, so scheint dies in erster Linie damit zusammenzuhängen, daß gerade in dieser Zeit als Folge der Mißernten und Teuerung und auch der sonstigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, auch noch bei anderen Schichten der Bevölkerung als bei der Lohnarbeiterklasse ein großer Notstand geherrscht hat.

1) So hat z. B. die Hamburg. Gesellschaft zur Beförderung der Künste und Gewerbe im Jahre 1790 eine Preisfrage gestellt, welche die zweckmäßige Beschäftigung der faulen und widerspenstigen Armen betraf. Den Preis erhielt F. W. Wilke für seine 1792 in Halle erschienene Schrift (1). In dieser ganzen älteren Literatur handelt es sich jedoch nur um Maßnahmen der sogenannten Armenpolizei, welche auch in den zahlreichen, damals erschienenen Lehrbüchern der Polizeiwissenschaft eingehend erörtert worden sind. Eine gute Übersicht über diese ältere Literatur bietet der Wegweiser von Ristelhuber (15).

Es soll nicht die Aufgabe der folgenden Zeilen sein, diese massenhafte Literatur über die Frage des Pauperismus auch nur einigermaßen erschöpfend darzustellen. Nur an einigen wenigen Schriften soll gezeigt werden, worin das Wesentliche dieser Literatur besteht und welchen Zusammenhang sie mit den Problemen der Arbeiterfrage haben. Wenn die Zahl dieser Schriften während der napoleonischen Kriege und in den ersten Jahren nach ihrer Beendigung besonders groß ist, so hat dies eine Ursache darin, daß gerade damals aus naheliegenden Gründen sehr viel Not und Elend in Deutschland geherrscht haben. So teilt z. B. Krug (5) mit, daß allein in Berlin im Jahre 1810 25000 Arme unterstützt und verpflegt worden sind. Diese ersten Schriften, denen wir in dieser Zeit begegnen, haben es mit der allgemeinen Armut und mit nichts anderem zu tun. Er sind die mannigfaltigsten Ursachen, auf welche der Notstand damals zurückgeführt wird. Von Nebenursachen abgesehen, spielt dabei vor allem die schlechte Erziehung der Menschen und die Übervölkerung eine Rolle. Daneben finden sich eine Reihe von Schriften, in denen auf die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abgehoben und eine Abhilfe in handelspolitischen Maßnahmen gesucht wird. Er scheint auch tatsächlich der Fall zu sein, daß der schlechte Gang der Geschäfte und die dadurch herbeigeführte Arbeitslosigkeit damals eine große Rolle gespielt haben. Manchmal wird auch als Ursache der Notlage auf die schlechte und unfähige stattliche Verwaltung hingewiesen. Nur ganz vereinzelt wird dabei, wie z. B. bei Lüttwitz (22) die Arbeiterfrage gestreift und der Arbeitslohn und auch die Reformbestrebungen des Sozialismus behandelt.

Mit den 40er Jahren setzt hierin, wie bereits hervorgehoben, ein deutlicher Wandel ein. Zwar treffen wir auch noch hier zahlreiche Schriften an, welche das Armutsproblem im alten Stile weiter behandeln. Hierher gehören z. B. die Schriften von Moll (98) diejenige über die Zustände in Österreich (133), diejenigen von Zehnder (176) und Abegg (188). Ihnen gegenüber finden wir aber nun auch eine ganze Reihe anderer, die zwar auch noch das Armutsproblem als solches behandeln, aber dabei doch bereits mehr oder weniger auf die Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung Bezug nehmen. Schon Woeniger (54) betont den politischen Charakter des Pauperismus und stellt der Armut

den großen Reichtum und die Tatsache gegenüber, daß dieser Reichtum sich in immer weniger Händen zusammenballe. Er erkennt ganz deutlich den sozialen Hintergrund der Frage: „Mit Notwendigkeit wird der Reiche immer reicher, der Arme immer ärmer. Das Kapital, seiner Natur nach zum „ewigen Fließen bestimmt, stagniert, Elend bildet die Kehrseite der Goldberge." Man sieht, daß man es hier in gewissem Sinne mit einem Vorläufer der Verelendungstheorie zu tun hat. In der Schrift von E. R. (43) ist als Mittel gegen den Pauperismus davon die Rede, eine Teilung der Arbeit im großen zum gemeinschaftlichen Zweck des Gütererwerbes durchzuführen. Der Aufsatz von C. F. G. (71) stellt die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Mittelpunkt und eine ähnliche Betrachtungsweise finden wir auch in den Schriften von Hofmann (99) und Irenäus (100). Der Erstere, damals königlicher Fabrikenkommisarius, beschäftigt sich weniger mit der Lage der Fabrikarbeiter als solcher, behandelt vielmehr vor allem die Frage, inwieweit das Aufkommen der Fabriken zur Vermehrung der Not beigetragen habe. Auch Irenäus beschäftigt sich mit diesem Zusammenhange in dem Sinne, daß er die zunehmende Armut der arbeitenden Klassen auf die wachsende Konkurrenz von Maschinen und Fabriken zurückführt. Er erörtert bereits den Plan einer Organisation der Arbeit, der damals von Frankreich aus nach Deutschland vorzudringen begann.

Ähnliches gilt auch von der Schrift Schmitthenners (177). Auch in ihr werden bereits die Fragen von Sozialismus und Kommunismus besprochen. Das gleiche gilt auch von der Arbeit Bülaus (109), die sich eingehend mit der Arbeiterfrage und den Plänen des französischen Kommunismus auseinandersetzt. Die kleine Schrift des Grafen Moltke (179) beschäftigt sich nur mittelbar mit dem Pauperismus. Sie verdient vor allem deshalb Erwähnung, weil sie dem Sozialismus und Kommunismus in sehr ruhig abwägender Weise gegenübertritt und sehr viel inneres Verständnis für diese Gedankenwelt zeigt. Sie ist ferner dadurch bemerkenswert, daß sie für die damalige Zeit sehr tief einschneidende Mittel zur Besserung der Notlage der unbemittelten Schichten vorschlägt. Der Verfasser fordert eine einmalige Vermögenssteuer, deren Ertrag den Zweck haben soll, dazu geeigneten, aber unbemittelten Personen die ökonomischen Mittel zu geben,

sich eine eigene Existenz zu gründen; die Steuersätze, die er vorschlägt, sind sehr hohe und bleiben nicht wesentlich hinter den Sätzen zurück, welche für das Reichsnotopfer in Anwendung kommen sollen. Bei einem Vermögen von 100 000 Talern soll die Steuer 12 % betragen und bei noch größeren Vermögen bis auf 33 % ansteigen.

Auch das gründliche Buch von WOHLFAHRT (97) verdient Erwähnung, weil es auch die soziale Seite der Frage wenigstens z. T. erkannt hat und auch die damalige Arbeiterbewegung berücksichtigt. Die kleine Schrift von LIESE (181) ist dadurch interessant, daß sie wohl als eine der ersten einen eingehend ausgearbeiteten Vorschlag enthält zur Errichtung von Arbeiterversorgungsanstalten in Tagen der Krankheit und Not, u. zw. in Form von allgemeinen Versicherungskassen, zu denen die Arbeiter, die Angehörigen der wohlhabenden Schichten, Staat und Gemeinde, regelmäßige Beiträge zahlen sollen. Auf dieser Grundlage sollen dann die Arbeiter im Krankheitsfalle freie Kur und Arznei und einen Krankenlohn von ½—¾ des täglichen Verdienstes und im Falle der Arbeitsunfähigkeit für sich einen sog. Gnadenlohn erhalten, dem dann im Todesfalle auch ein Gnadenlohn für die Hinterblicbenen entsprechen soll. Wir haben es also in dieser kleinen Schrift mit einer Art von Vorläuferin der Gedankengänge zu tun, aus denen in unserer Zeit die soziale Versicherung des Reiches erwachsen ist.

Ähnlich wie beim Pauperismus liegt auch der Zusammenhang zwischen Handwerker- und Arbeiterfrage. Auch auf diese so reichhaltige Handwerkerliteratur aus jener Zeit soll hier aus Raumgründen nicht näher eingegangen werden. Nur ganz kurze Bemerkungen sollen genügen, um das Wesentliche anzudeuten. Will man diese Literatur richtig verstehen, so muß man ebenfalls davon ausgehen, daß damals in Deutschland ein sehr großer Notstand geherrscht hat, unter dem auch der Handwerkerstand sehr zu leiden hatte. Zahlreiche Schriftsteller jener Tage, die über den Pauperismus geschrieben haben, auch Manche, die sich speziell mit der Arbeiterfrage beschäftigten, gehen dabei auch auf die ganzen Verhältnisse des Kleingewerbes ein und umgekehrt. Sehr häufig werden dabei Änderungen in der Gewerbeverfassung oder in den zollpolitischen Verhältnissen

zur Bekämpfung des allgemeinen Notstandes in Vorschlag gebracht.

Schon das Buch von FRANZ (4) gehört in den Kreis dieser Schriften, wenn es sich auch sonst vorwiegend mit der gewerblichen Ausbildung der Handwerker, der beruflichen Erziehung der Landwirte, überhaupt vor allem mit den Fragen der Landeskultur befaßt. Typisch für das Gesagte ist dagegen das umfangreiche Buch von FR. SCHMIDT aus dem Jahr 1837 (34). In ihr hat man es in gewissem Sinne mit einem Handbuch der Wirtschaftspolitik zu tun, in dem dann auch ganz besonders das Handwerkerproblem und der Gegensatz von Zunftzwang und Gewerbefreiheit erörtert werden, Probleme, die ja damals die öffentliche Meinung sehr stark beschäftigt haben. Andere Schriften, wie die von NIEBLER und RAU (7 und 8), behandeln dagegen lediglich diese letztgenannten Fragen. Bei RAU wird der Einfluß der Aufhebung der Zünfte auf die Lage der Arbeiter bereits eingehender erörtert. Auch in dem Buche von F. BÜLAU (26) werden diese beiden Probleme nebeneinander besprochen (vgl. dazu weiter Nr. 12, 19 u. 233).

Aber neben diesen Schriften, die über den Pauperismus und die Handwerkerfrage handeln, und die Lage der Arbeiter und die Arbeiterbewegung nur nebenbei abtun, treten doch schon frühe manche Schriftsteller auf, die sich mit der Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung als selbständigem Problem beschäftigen. Mitunter sind es freilich Äußerlichkeiten, welche sie dazu geführt haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, ist ja auch bekannt, daß dies in ganz besonders hohem Maße unter dem Einfluß der Lehren des französischen und englischen Sozialismus geschehen ist, dessen Anschauungen schon recht früh in mancherlei Gestalt in Deutschland bekannt worden sind. Es waren ja die deutschen Handwerksburschen vor allem, durch deren Vermittlung diese Ideen zu uns gebracht worden sind.

In einer Schrift von TZSCHIRNER (11) über die Gefahr einer deutschen Revolution aus dem Jahre 1823 ist noch mit keinem Worte von der sozialen Seite des Problems die Rede. Es wird in ihr im wesentlichen nur von den staatsrechtlichen Ideen ROSSEAUS, von politisch Mißvergnügten und studentischen Schwärmern gesprochen. Das beginnt sich in dem Jahrzehnt

1830—40 zu ändern[1]). 1832 erschien die Schrift eines Geistlichen, K. G. BRETSCHNEIDER (18), die sich mit dem Saint-Simonismus und dem Christentum beschäftigte, also den Zweck verfolgte, das politisch-religiöse System der Saint-Simonisten darzustellen, das falsche und bedenkliche daran aufzuklären und seine Entstehung auf die damaligen Zustände in Frankreich zurückzuführen. Ein umfangreiches Kapitel behandelt jedoch auch die politisch-industrielle Seite der Lehre. Sie wird von dem Verfasser bekämpft, weil er glaubt, daß die Ungleichheit für die gesellschaftliche Bildung sehr nützlich sei, und weil er meint, daß auch der Simonismus mit seinen Mitteln diese Ungleichheit nicht beseitigen könne.

Das zwei Jahre später erschienene Buch von VEIT (23) über SAINT-SIMON steht wissenschaftlich weit höher und zeigt weit größeres Verständnis für die Lehren des großen Sozialisten. 1838 ist dann ein Bericht über die revolutionären Komplotte der neuen Zeit erschienen (38). In diesem ist schon in ganz erheblichem Umfange von dem Zusammenhange mit den entsprechenden Bewegungen in Frankreich die Rede, ebenso wie von der bekannten Tätigkeit der deutschen Flüchtlinge im Auslande. In der Schrift ist angegeben, daß nach einem amtlichen Bericht für das Jahr 1838 die Zahl der deutschen Flüchtlinge in Frankreich allein auf 13000 geschätzt wird.

Im Jahre 1840 ist dann eine deutsche Übersetzung einer Darstellung der Lehre FOURIERS[2]) und zwei Jahre später LORENZ STEINS bekanntes Buch über den Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich erschienen[3]). Von dieser Zeit ab zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen der französischen und der deutschen Arbeiterbewegung. Wenige Jahre später sind zahlreiche Schriften über die Bewegung in Frankreich erschienen und eine große Zahl französischer Schriften, weniger

1) Die erste Nachricht über die Pläne OWENS scheint sich in dem von H. LUDEN herausgegebenen Bericht über die Reise des Herzogs BERNHARD v. SACHSEN-WEIMAR-EISENACH durch Nord-Amerika in den Jahren 1825 und 1826 Band 2 zu finden (Weimar 1828). Die erste deutsche Schrift über FOURIER war wohl die TEPPENBORNS (252) aus dem Jahre 1834. Beide Schriften lagen mir nicht vor. — 2) CHUROA, Kritische Darstellung der Sozialtheorie Fouriers. Hrsg. von G. BACHERER, Braunschweig 1840. — 3) Leipzig 1842.

englische, sind ins Deutsche übersetzt worden [1]). Ich benutze die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß auch 1840 bereits ein kleiner englischer Bericht über den deutschen Kommunismus erschienen ist [2]).

Die weitere deutsche Literatur über die soziale Frage und Arbeiterbewegung wollen wir nun in chronologischer Reihenfolge betrachten. Auch hierbei haben wir es immer wieder, wie bereits oben betont, mit Schriften zu tun, in denen mehr oder weniger auch die Probleme des Handwerkerstandes oder die allgemeine Armutsfrage, berührt werden. Ähnlich wie in den Schriften über die letztgenannten Gegenstände, mitunter auch die eigentliche Arbeiterfrage mitbehandelt wird, so sehen wir auch umgekehrt wie die Schriften, die ganz oder vorwiegend dieser Arbeiterfrage gewidmet sind, auch die anderen Gegenstände mit einbeziehen. Wir haben es eben hier mit einer Zeit zu tun, in der diese verschiedenen Fragen dem Bewußtsein noch nicht immer getrennt erscheinen. Es sei dabei nochmals ausdrücklich betont, daß die bekannteren Schriften hierüber aus dieser Zeit im Folgenden unberücksichtigt bleiben. Vielmehr ist meine Hauptaufgabe gerade auf die weniger bekannten hinzuweisen.

Zunächst ist also die Notlage als Problem einer bestimmten Klasse etwas durchaus Unbekanntes. Wenn wir auch sehen, daß in älteren Schriften auch auf die Lage der „Fabrikarbeiter“ eingegangen wird, wie es z. B. Krug in seinem bekannten Buche über den Nationalreichtum des preußischen Staates (6) tut, so

1) Eine große Zahl derselben ist in dem zit. Buche G. Adlers im Anhange aufgezählt. Ich füge dem noch von älteren Übersetzungen hinzu: Zwei Reden über die Erziehung der unteren Volksklassen nach Channing. Zürich und Winterthur, 1843. Eine genaue Übersetzung dieser Reden erschien, Leipzig 1847; ferner P. E. Turnbull, Österreichs soziale und politische Zustände. Aus d. Engl. übersetzt von E. A. Moriarty, Leipzig 1840; Audiganne, Die Organisation der Arbeit und Industrie. Aus dem Französ., Leipzig 1848; I. Gaume, Europa im Jahre 1848 oder: Betrachtungen über die Organisation der Arbeit, den Kommunismus und das Christentum. Aus d. Französ., Regensburg 1849; Oochut, Die Arbeiterorganisationen, Geschichte and Theorie d. Versuche einer Reorganisation d. Gewerbe ... Aus d. Französ. übersetzt von A. Wagner, Tübingen 1852. — 2) Young Germany. An Account of the Rise, Progress and present position of German communism with a memoir of Wilhelm Weitling, its founder, and a report of the proceedings at the banquet given by the English Socialists, London 1844.

finden wir doch, daß er einen Fabrikarbeiterstand als solchen noch nicht kennt. Denn dort, wo er von dem Wohlstande der „Industriösen Klassen“ im Staate spricht (5. Kap., II. Abschnitt), nennt er nur die Handwerksgesellen und rechnet noch zu der industriösen Klasse Schäfer, Hirten, Häusler, Einlieger usw. Die umfangreiche Schrift des Grafen Herberstein (14), deren Entwurf aus den Jahren 1821—22 stammt, beschäftigt sich nur mit dem gesunkenen Reinertrag der Gewerbe, denen er vor allem durch Herabsetzung der Steuern und Abgaben helfen will. Von einem besonderen Arbeiterstand, einer Arbeiterklasse, weiß auch er noch nichts.

Die erste, mir vorliegende Schrift, welche auch den sozialen Hintergrund des Notstandes, wenn auch noch sehr dürftig, betont, ist 1833 anonym erschienen (21). In ihr ist schon davon die Rede, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb zerstöre. „Die Besitzlosen stehen dann einer geringen Zahl von Reichen gegenüber und diese Arbeiter werden anfangen, ihr Übergewicht in der Zahl und in der Stärke zu fühlen.“ Der kleine Aufsatz von Hundeshagen (25) dagegen sieht die Ursache des Notstandes vor allem in den zu hohen Zöllen, die er beseitigt wissen will. Ein Jahr später hat der bekannte Jurist Zachariä in einer Abhandlung „Über die Regeneration der bürgerlichen Gesellschaft durch eine Umgestaltung des Eigentumsrechtes“ (27), desjenigen Rechtes, nach welchem bewegliche und unbewegliche Sachen erworben werden können und besessen werden, zu den Lehren des Sozialismus, vor allem zu denjenigen von Saint-Simon und Owen Stellung genommen.

Ein preußischer Ingenieuroffizier hat ein Jahr darauf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Fabrikwesen untersucht (29). Er erkennt an, daß das Wachstum der Fabriken Arbeitslosigkeit für einzelne Klassen und Individuen zur Folge haben könne. In enger Anlehnung an die bekannte Schrift des Engländers Ure legt er jedoch dar, daß es sich dabei um ein notwendiges, aber vorübergehendes Übel handle. In einem anderen Aufsatze (30) behandelte er im gleichen Jahre das Verhältnis der menschlichen Arbeit zu den übrigen der Industrie dienstbaren Kräften. In beiden Aufsätzen gelangen nur die wirtschaftlichen Seiten der Fragen zur Darstellung. Der Vf. steht zu stark unter

dem Einfluß der klassischen Nationalökonomie, als daß er der sozialen Seite dieser Probleme tieferes Verständnis abgewinnen könnte. Ergänzend sei nur noch hervorgehoben, daß sich in dem letztgenannten Aufsatze ziemlich eingehende Erörterungen über die Möglichkeit einer weiteren Zunahme der Frauenberufsarbeit finden.

Für DIESTERWEG (32) ist die Arbeiterfrage zum großen Teil auch ein Erziehungsproblem. Er hat aber bereits volles Verständnis dafür und zitiert zustimmend den Satz CHATEAUBRIANDS: „Es wird eine Zeit kommen, wo man es nicht mehr begreifen wird, daß es eine Zeit gab, als einige Hunderttausende und Millionen (Taler) kommandierten, während — andere, die neben und mit ihnen lebten, nicht wußten, womit sie ihre Blöße decken und ihren Hunger stillen sollten." D. hält die bestehende Ungleichheit des Besitztums für ein Unglück der Menschheit. Er fordert eine öffentliche Beaufsichtigung des Verhältnisses zwischen Fabrikherren und Fabrikarbeitern. „Dass jene die Not und das Elend dieser benutzen dürfen, um den kärglichen Lohn nach Willkür herabzusetzen, streitet mit den gemeinsten Postulaten menschlicher Gerechtigkeit."

Das umfangreiche Buch von F. SCHMIDT (31) über Bevölkerung, Arbeitslohn und Pauperismus, nebenbei gesagt, ein recht wertvoller Beitrag zur Bevölkerungslehre, behandelt ziemlich eingehend auch die soziale Seite des Problems. Zunächst in einem Abschnitt über die Zustände der Bevölkerung, dann in zwei Schlußkapiteln über den Arbeitslohn und den Pauperismus, all das, in dieser Zeit eine große Ausnahme, mit genauer Kenntnis der ausländischen Literatur. Es finden sich hier weniger Angaben über die Lage der Arbeiterklasse und die Höhe des Lohnes selbst, als z. B. nach französischen Quellen interessante Mitteilungen über das Verhältnis von fixem- und Betriebskapital in Unternehmungen. Wo Lohnverhältnisse dargestellt werden, beziehen sich die Angaben fast regelmäßig auf England und Frankreich. Nur eine internationale Lohnstatistik, welche er nach SENIOR wiedergibt, enthält auch typische Löhne für eine Reihe deutscher Gebiete.

1837 hatte dann die königliche Akademie gemeinnütziger Wissenschaften in Erfurt ein Preisausschreiben veranstaltet: „Ist

die Klage über die zunehmende Verarmung und Nahrungslosigkeit gegründet, welche Ursachen hat das Übel und welche Mittel bieten sich zur Abhilfe dar?" Soweit ich feststellen kann, sind dadurch die drei Schriften von Kolb (35), Baur (37) und S. Justus (253) veranlaßt worden. Alle drei führen den eben genannten Titel der Preisfrage; die beiden erstgenannten liegen mir vor. Die von Baur ist preisgekrönt worden. Kolb kommt nicht wesentlich über das Niveau der älteren Schriften über den Pauperismus hinaus. Baurs Schrift steht wohl etwas höher, dringt etwas tiefer in die Zusammenhänge ein, ohne aber größeres Verständnis für den sozialen Hintergrund der Notlage an den Tag zu legen. Die Ursachen des Notstandes liegen für ihn in der Hauptsache in dem Feudal- und Kastenwesen, der Ausländerei, dem Luxus, dem Krieg, der Dienstbarkeit auf deutschem Boden und der strengen Gebundenheit des Wirtschaftslebens.

Die kleine, im gleichen Jahre erschienene Schrift von Rosch (36) bietet ebenfalls nicht mehr. Sie geht auch auf die Notlage nur ganz allgemein ein. Man muß sich eigentlich darüber wundern, daß in solchen Schriften nicht in größerem Umfange auch von den speziellen Notständen der Fabrikarbeiterklasse die Rede ist. Man denke nur daran, was Anton in seinem obengenannten Buche über die preußische Fabrikgesetzgebung, über die Lage der Arbeiterschaft in diesen Zeiten mitteilt. Man kann dies wohl nicht anders als damit erklären, daß der Notstand in Deutschland allgemein so groß war, daß darunter in den Augen vieler die Beschwernisse und die Notlage der eigentlichen Fabrikarbeiter gar nicht als besondere Erscheinung zur Geltung kommen konnten.

Der 1840 erschienene Aufsatz von S. (39) über die Veränderung im Organismus der Arbeit, ist vor allem deshalb interessant, weil er, um den Zusammenhang zwischen Organismus, Arbeit und sozialen Zuständen festzustellen, sich in umfassender Weise der historischen Methode bedient. Am Schluß wird auch das Fabrikarbeiterproblem besonders abgehandelt. In den Abhandlungen von Knapp (40) finden sich Aufsätze über den Zweck der Arbeit im allgemeinen und über Fabrik und Manufakturen. Es kommt darin bereits ein ziemlich weitgehendes Verständnis für die Lage der Fabrikarbeiter zum Ausdruck. Das ist vor

allem nach der Seite hin der Fall, daß vom Staate verlangt wird, er solle Unterstützungsanstalten für Arbeitslose und Arbeitsunfähige einrichten, für Einschränkung der Kinderarbeit sorgen und verhindern, daß die Abhängigkeit der Arbeiter vom Fabrikherren zu unerträglichen Zumutungen mißbraucht werde.

Sehr interessant ist der Aufsatz über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie (41). Dabei gibt der Titel nicht genau den Inhalt wieder, da es sich mehr um die Zukunft der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, als um diejenige der politischen Ökonomie handelt. Nach Ausführungen, die sich vor allem mit dem industriell-technischen Fortschritt und seinen Wirkungen beschäftigen, wendet sich der ungenannte Verfasser der Betrachtung der sozialen Probleme zu, welche diese neuere Entwicklung geschaffen hat, vor allem der Lohnarbeiterfrage. Er wendet sich hier scharf gegen die klassische Nationalökonomie und tadelt die Unmenschlichkeit, mit der ihre Güterlehre „die Arbeiter in mehr als einer Beziehung behandelt, oder richtiger gesagt, keines Blickes würdigt“. Die Nationalökonomie betrachtet den Arbeiter nur als Wert erzeugende Kraft, ohne auf die rein menschliche Seite Bezug zu nehmen und ohne die wirklich klägliche Lage zu berücksichtigen, in der sich die große Masse der Arbeiter befindet. Entschieden wendet sich der Verfasser gegen die Armenversorgungsanstalten, welche dieses Problem nie und nimmer lösen können. Er bespricht dann die Vorschläge der französischen und englischen Sozialisten und kommt selbst zum Ergebnis, daß zunächst durch staatlichen Zwang alle Kinderarbeit abgeschafft werden müsse. Er selbst schlägt eine Organisation der Arbeit vor, entweder freiwillig oder, besser noch, unter staatlichem Druck, mit dem Zwecke, die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit dadurch auszugleichen, daß die Arbeiter zur Teilnahme an Kapitalbesitz und am Gewinn herangezogen werden. Sie sollten das Recht haben, sich mit ihren Ersparnissen am Unternehmen zu beteiligen, und bei Vergrößerung des Kapitals wäre ihnen ein Vorzugsrecht einzuräumen. Ein von den Arbeitern zu wählender Ausschuß hätte ein Kontrollrecht über die richtige Durchführung dieser Bestimmungen. Freilich sollten auch Maßnahmen getroffen werden, um der wachsenden Konkurrenz der Unternehmungen vorzubeugen.

Im Jahre 1842 hat dann der Statistiker FALLATI (44) in einer akademischen Rede in Tübingen auch den Sozialismus mit behandelt und denselben in sehr warmer Weise gewürdigt. „Dennoch bleibt ihm der Ruhm, die soziale Aufgabe der Gegenwart scharf erfaßt, und ihrem Zeitalter voraneilend, zum Teil die Kraft ihres Lebens an deren Entzifferung gesetzt zu haben.“ Die Schrift von L. SCHRECK (45) gibt nur eine Beschreibung einiger bewährter Anstalten zur Unterstützung ärmerer Volksklassen. Das kleine Buch von J. G. HOFFMANN (46), über das Verhältnis der Staatsgewalt zu den Vorstellungen ihrer Untergebenen setzt sich aus verschiedenen Abhandlungen zusammen, welche der preußischen Akademie der Wissenschaften vorgelegen haben. Es beschäftigt sich unter anderem mit den Wirkungen des Mangels an Eigentum auf die Lohnarbeiter und behandelt dabei auch das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Als strengem Individualisten liegt ihm vor allem daran, die Arbeiter zu solcher Einsicht und Willenskraft zu erziehen, daß sie jegliche Bevormundung von irgend einer Seite entbehren können. Die kleine unter Nr. 47 genannte Schrift geht nicht weiter auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme ein.

Mit dem Ablauf des Jahres 1842 beginnen die Schriften über den Sozialismus und die Organisation der Arbeit häufiger zu werden. Das Buch von LORENZ STEIN, die Schriften WEITLINGS waren erschienen, von der Schweiz und Frankreich gingen in dieser Hinsicht sehr starke Einflüsse nach Deutschland hinüber. Die öffentliche Meinung begann sich in Deutschland in steigendem Maße mit der kommunistischen Bewegung zu beschäftigen (vgl. 48). Gestützt auf historische Untersuchungen hat sich dann 1843 ein Doktor KAISER (49) gegen die Forderungen des Sozialismus gewandt. Im gleichen Jahre erschien ein kleiner Artikel von L. BUHL: „Das Arkanum der Spenerschen Zeitung gegen die Not der unteren Volksklassen“ (50). In der Zeitung war die Meinung vertreten worden, daß die Neigung zu Unzufriedenheit und zu Unruhen daher rühre, daß die Pflege christlicher Gesinnung vernachlässigt worden sei. Gegen diese Auffassung wendet sich BUHL mit sehr scharfen Bemerkungen, die volles Verständnis für die soziale Seite des Problemes zeigen: „Nein, es gibt ein besseres Mittel, Ausbrüche der Unzufriedenheit unter

den Proletariern zu verhüten, es ist sehr einfach und besteht darin, daß sie eine befriedigende Stellung gewinnen oder vielmehr, daß sie aufhören, Proletarier zu sein.“

Ebenfalls 1843 ist eine kleine Schrift eines Doktor KIRSCHBAUM (51) erschienen mit dem viel versprechenden Titel: „Vorschläge zu den radikalsten sozialen Reformen.“ Sie zeichnet sich jedoch nur durch recht abenteuerliche Vorschläge aus. Der Verfasser ist ein Anhänger von MALTHUS und betrachtet die Übervölkerung als die Ursache alles sozialen Übels. Er schlägt vor, es solle keinem Staatsgliede, selbst nicht dem gekrönten, gestattet sein, mehr als zwei Kinder im Hause zu behalten und als die Seinen anzusehen. Alle übrigen Kinder sollen dem Staate anheimfallen und von ihm aufgezogen werden. Eine besondere Seite der Fabrikarbeiterfrage behandelt der ebenfalls 1843 erschienene Aufsatz PERTHALERS (52). Es ist hier vor allem von dem Zusammenhang zwischen Maschinenwesen und Arbeiterfrage die Rede. Die hierdurch hervorgerufenen Mißstände können nach PERTHALERS Ansicht einzig durch eine staatliche Organisation der Arbeit gelöst werden. Der Staat muß den „antisozialen Interessen der Arbeitgeber“ entgegentreten. Der Verfasser verlangt eine Art der Vergesellschaftung im Betriebe — man denkt unwillkürlich an das jetzt vorgeschlagene System der Betriebsräte. „Eine Verbindung aller in einer Fabrik beteiligten Personen durch ein korporatives Band und durch ein gemeinsames Interesse . . . So würde sich organisch verbinden, was jetzt sich widerstrebt. Es muß ein Mittel gefunden werden, durch welches es zur Sache des individuellen Interesses des Arbeiters gemacht wird, daß er an dem Gedeihen des Ganzen an der Fabrik Anteil nehme.“ Dazu muß der Arbeiter zur Teilnahme am Kapitalbesitz und am Gewinn, aber auch an dem Gange der Unternehmung herangezogen werden. In diesen Vorschlägen lehnt sich PERTHALER an den oben erwähnten Aufsatz der deutschen Vierteljahrsschrift an (41), auf den er auch ausdrücklich Bezug nimmt.

WILHELM SCHULZ gibt in seinem, heute leider ganz in Vergessenheit geratenen, Buche (53) in einem Abschnitt über die materielle Produktion recht wertvolle und selbständige Beobachtungen über den Zusammenhang von Arbeit und Maschinenwesen, der ja in dieser Zeit aus naheliegenden Gründen so

häufig erörtert worden ist. Die kleine Schrift von Kreyher (56) soll deshalb kurz erwähnt werden, weil in ihr ganz eingehend von der Verwaltung der Berg- und Hüttenwerke usw. die Rede ist, ohne daß aber das Verhältnis zu den Arbeitern und Angestellten mit einem Worte gestreift würde.

Aus dem Jahre 1844 liegen eine recht große Zahl von Schriften über die Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung vor. Da ist zunächst eine anonyme Schrift „Über den vierten Stand und die sozialen Reformen" (57). Sie war erstmals in Artikeln in der Magdeburger Zeitung erschienen. Im Mittelpunkte steht für den Verfasser die Erscheinung des Proletariats, unter dem er sehr zutreffend eine Menschengruppe versteht, die arbeiten will und kann, der es aber bei Gelegenheit an Arbeit und an ordentlicher Verwertung derselben fehlt. Der Proletarier braucht deshalb im Augenblick noch nicht zu darben, aber er ist immer in Gefahr, bei ungünstiger Wendung der Dinge dem Elend anheimzufallen. Es finden sich dann noch kritische Erörterungen über den Sozialismus und Kommunismus, die beide, was damals nicht allzu häufig der Fall war, streng begrifflich voneinander geschieden werden. Nach der Ansicht des Verfassers kann man die Notlage nur durch Assoziation, durch gute Volksbildung und durch Beteiligung des ganzen Volkes am politischen Leben mit Erfolg bekämpfen. Der in dem gleichen Jahre in den preußischen Provinzialblättern erschienene und unter Nr. 58 im Anhang genannte Aufsatz enthält nichts Bemerkenswertes. Wesentlich tiefer hat schon Suederus (59) in seinem Buche über Industrialismus und Armut die sozialen Zusammenhänge erkannt. Es darf sich nicht darum handeln, den Armen zu versorgen. „Denn der Mensch soll sich nicht versorgen lassen, er soll es selbst tun; ohne diese Tätigkeit wird die menschliche Freiheit in ihm aufgehoben." Suederus wendet sich vor allem gegen den sogenannten Industrialismus, worunter er die Richtung in der Wirtschaft eines Volkes versteht, bei welcher die größte Masse der Produktion ohne jede andere Rücksicht erzielt werden soll. Mit Nachdruck weist er darauf hin, welch ungünstige Wirkungen dies für die Lage der Arbeiter habe. Als Hauptfehler des Industrialismus erscheint ihm, daß die Produktion nicht nach den Bedürfnissen bemessen wird, sondern daß die Bedürfnisse auch

da, wo sie noch nicht vorhanden sind, hervorgerufen werden müssen, um der grenzenlosen Produktion Raum zu geben. „Dadurch entsteht eine neue Potenz der Bedürfnisse, nämlich das Bedürfnis, Bedürfnisse zu schaffen.“ Man sieht, daß Suederus wesentliche Eigenheiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung klar erkannt und ihre sozialen Nachteile auch vollkommen gewürdigt hat. Das Ideal ist für ihn eine Bedarfsdeckungswirtschaft, wie wir es heute ausdrücken würden.

Das von A. Heller bearbeitete Buch Preußen der Beamtenstaat (60) bespricht neben anderen Ländern auch die sozialen und politischen Zustände Preußens. Es werden dabei mancherlei gesellschaftliche Probleme erörtert, die jedoch mit der sozialen Frage kaum zusammenhängen. Eingehender ist dies der Fall im Buche: „Das Volk und die Partheien“ (61). Hier werden in einem besonderen, dem Radikalismus gewidmetem Abschnitt dessen Zusammenhänge mit der Revolution behandelt, und dabei wird auch die Frage des Kommunismus erörtert. Im gleichen Jahre ist dann auch die schon bekanntere Schrift von F. Harkort (62) über die Hindernisse der Zivilisation und Emanzipation der unteren Klassen erschienen. Er tritt vor allem für einen ausgiebigen Arbeiterschutz ein, wie für das Verbot der Fabrikarbeit für Schulkinder, Einführung eines Maximalarbeitstages für Erwachsene und einer Krankenversicherung. Es ist eine der wenigen Schriften dieser Zeit, in der das Truck-System behandelt und scharf kritisiert wird. Er wünscht ferner eine Gewinnbeteiligung, um das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer zu bessern. Harkort hat ein ungemein warmes Empfinden für das Elend der Proletarier, wie es sich damals vor allem bei den schlesischen Webern zeigte. Dem Sozialismus und Kommunismus gegenüber hat er sich bekanntlich stark ablehnend verhalten. Auch der Aufsatz von W. M. (63) beschäftigt sich mit der Lage dieser schlesischen Weber. Das Buch Herweghs (64) ist so bekannt, daß an dieser Stelle nur darauf hingewiesen zu werden braucht, daß sich in ihm vor allem ein bemerkenswerter Aufsatz über Sozialismus und Kommunismus vorfindet. Auch in diesem Jahre hat sich Fallati wieder mit den Problemen der Arbeiterbewegung beschäftigt (65). Hier behandelt er das Vereinswesen der Fabrikarbeiter; das Heilmittel

der Notlage erblickt er darin, daß sich mittels solcher Vereine ein neuer Stand der Arbeiter aus dem Proletariat bilden möge. Diese Vereine müssen von den besten ihrer Klasse ins Leben gerufen werden, um dann allmählich auch die anderen zu sich heraufzuziehen. Fallati glaubt, daß es so möglich sei, den Arbeiter aus seiner Lage, in der er nichts hat und nichts gilt, herauszureißen. Freilich verlangt er eine Beaufsichtigung dieser Vereine, weil die Arbeiter noch nicht die Stufe erreicht hätten, um sie sich ganz allein überlassen zu können. Den wirtschaftlich-sozialen Hintergrund der Arbeiterfrage hat er freilich nicht erkannt.

Die Wahlpredigt des Predigtamtskandidaten Berend über „Jesus bei den Zöllnern und Sündern" (66) wendet sich recht entschieden gegen die sozialen Mißstände seiner Zeit. Er geißelt vor allem das Streben nach Besitz und Vermögen und wendet sich dagegen, daß der Mensch dies ausschließlich für sich erwirbt und nun, was Gemeingut aller Menschen sein sollte, ausschließlich das Eigentum eines einzigen wird. „Mit dem umfangreichen Werke Stromeyers über die Organisation der Arbeit (67) haben wir es auch wohl wieder mit einer bekannteren Schrift zu tun. Die Probleme der Arbeiterfrage finden hier eine ganz eingehende Behandlung. Es fehlt hier an Raum, um diese, wenigstens nach manchen Seiten hin, gedankenreiche Schrift eingehender zu würdigen. Nur wenige Hinweise müssen genügen, ihren Hauptinhalt, vor allem ihre Ergebnisse, kurz anzudeuten. Strohmeyer sieht in der Einrichtung und Ausübung des Eigentumsrechtes eine Kränkung des Urrechtes der nichtbesitzenden Klassen, ohne dabei doch dem Standpunkte der Kommunisten hinsichtlich der Gleichheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen beizupflichten. Eigentum soll nur durch eigene Arbeit entstehen dürfen. Die Früchte der Arbeit sind unter alle Mitglieder der Gesellschaft in genauem Verhältnis ihres Beitrages an Kräften und Fähigkeiten entsprechend zu verteilen. In der herrschenden Wirtschaftsordnung gilt vor allem das Recht des Stärkeren, das von den Machthabern der Gesellschaft zugunsten der reichen Besitzer ausgeübt wird, Ausführungen, in denen, wie man sieht, der Gedanke des Klassenstaates angedeutet wird. Demgegenüber muß die Gesellschaft Vorkehrungen treffen, um jedem ihrer bedürftigen Mitglieder Arbeit und hinreichenden Lohn zu sichern.

Das Buch von Mundt (68) über die Geschichte der Gesellschaft ist heute nicht mehr sehr bekannt. Es ist historisch angelegt und beschäftigt sich ganz eingehend mit den Problemen des Sozialismus und Kommunismus, denen er zwar keineswegs beipflichtet, für die er jedoch sehr warmes Verständnis an den Tag legt. Es ist vor allem der Gedanke der Assoziation, für den er sich begeistert und von dem er glaubt, daß er an die Stelle des Gesetzes der Autorität unter der Völkern treten werde. Auch das Buch Ölkers (69) über den Sozialismus und Kommunismus gehört nicht zu den ganz unbekannten Schriften jener Zeit. Er gibt zunächst eine recht gute Darstellung der damaligen sozialistischen und kommunistischen Lehren, um dann demgegenüber seine eigenen, stark religiös gefärbten Anschauungen darzulegen. Er tritt dem Sozialismus und Kommunismus ohne Voreingenommenheit gegenüber und nähert sich auch deren Anschauungen in manch wichtigen Punkten, so vor allem hinsichtlich der Frage von Besitz und Eigentum. „Aber ein absoluter, persönlicher Besitz des Reichtums ist so wenig natürlich und vernunftgemäß als ein absolutes Herrschen.“ Die kleine Schrift über das preußische Bürgertum (75) enthält nicht viel über die sozialen Zustände. Neben rein politischen Fragen wird in der Hauptsache nur das Handwerkerproblem erörtert.

Im Jahre 1845 sind dann zahlreiche Veröffentlichungen über die Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung erschienen, von denen aber ein Teil so bekannt ist, daß es genügt, an dieser Stelle darauf hinzuweisen. So das Buch von Grün über die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien (76), der von Moses Hess herausgegebene Gesellschaftsspiegel (77) und die von Püttmann herausgegebenen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform (78). In ihnen allen ist sehr viel Wertvolles über die damaligen sozialen Zustände und die damalige soziale Bewegung in Deutschland zu finden.

Daneben aber gab es auch in diesem Jahre eine große Zahl kleinerer Schriften, die heute wohl so gut wie unbekannt sind und die deswegen in der bisherigen Weise kurz charakterisiert werden sollen. Auch hier treffen wir solche an, die in der älteren Weise auch die Lohnarbeiterfrage nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Notlage und Armut betrachten. Hierher gehört z. B.

die Schrift des Kriegsrates VON HATTORF (79). Der Verfasser versteht unter Notstand, daß es den einzelnen an demjenigen mehr oder weniger wirklich fehlt, was sie zu ihrem Wohlbefinden notdürftig gebrauchen. Er spricht auch kurz von den Nachteilen der Ausdehnung des Fabrikbetriebes, für den eigentlichen Kern der Arbeiterfrage aber hat er kein Verständnis. Einen nicht viel anderen Charakter trägt die Schrift des Berliner Armenkommissionsvorstehers LIEDKE (80). Sie enthält mancherlei interessante Angaben über die Armenpflege in Berlin in den Jahren 1829—40. Bei 331 663 Einwohnern in diesem letzten Jahre erhielten insgesamt 9 478 Personen Armenunterstützung. Die Ursache der großen Armut sieht er nicht in dem Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebenskosten, auch nicht in der unsicheren Existenz des Arbeiters im Alter und bei Krankheit usw., sondern vor allem in mangelnder Sparsamkeit für den Mehrbedarf an Lebenskosten im Winter.

Die umfangreiche Schrift von FISCHER über „Des Teutschen Volkes Noth und Klage (81) geht ganz allgemein auf den Notstand ein, widmet auch der Notlage der Fabrikarbeiter einige kurze Bemerkungen, ohne aber hierbei etwas Beachtenswertes vorzubringen. Die im gleichen Jahre erschienene Schrift von KELL „Die Noth der Armen" (82) ist, wenn man so will, einer der ersten sozialen Romane, die wohl in deutscher Sprache erschienen sind. Es ist eine gut gemeinte, wenn auch etwas rührselige Geschichte, deren Grundgedanke in den Worten sich ausdrückt: „Wenn man die Armen, diese Feinde der menschlichen Gesellschaft, diese Furcht aller Reichen, erst zu Menschen werden, Menschen sein läßt, so werden sie zu Freunden der Menschheit werden." Der Verfasser war 5 Jahre lang Volksschullehrer in einer sächsischen Stadt, wo er die Armennot, vor allem nach ihrer geistigen Seite hin, kennen lernte. „Noch steht's uns vor Augen — sagt er in der Vorrede — wie ich in den letzten Tagen meines Schullehrerlebens einen hohen Regierungsbeamten durch meine Schule führte und ihn mit tiefen Seelenschmerzen auf die geistlosen und dumpfen Gesichter einer großen Zahl blutarmer Kinder der Stadt aufmerksam machte und ihm die Schwierigkeiten schilderte, jetzt das bereits verwahrloste Seelenleben zu wecken und umzubilden."

Heinzens Buch (83) über die preußische Bureaukratie gehört deshalb hierher, weil in ihm auch der schlesische Aufruhr erörtert wird. Der Verfasser wirft Regierung und Bureaukratie ihr verhängnisvolles Vertuschungssystem vor, das an dem schlesischen Elend ein gutes Teil der Schuld trage. Bei freier Presse und Volksrepräsentation, wodurch die armen Weber öffentlich hätten zu Worte kommen können, wäre das Unglück verhütet worden. Die umfangreiche Schrift von Bettziech (84) sieht in dem Geld und seiner Despotie die Grundursache alles Übels. Dagegen müsse vor allem angekämpft werden. Um die Lage der Fabrikarbeiter zu bessern, schlägt er eine Organisation der Arbeit vor, wenn er auch davon einen ziemlich merkwürdigen Begriff hat. Jede Fabrik soll sich so organisieren, daß sie ihre eigenen Arbeiter verköstigt. Damit kann sich die Lebenshaltung der Arbeiter verbilligen, ohne daß daraus der Fabrik Mehrkosten erwachsen. Die kleine Schrift von Buhl (85) über die Not der arbeitenden Klassen ist von sehr warmem Verständnis für das soziale Elend erfüllt und enthält mancherlei bemerkenswerte Züge über den damals herrschenden Notstand unter den Arbeitern[1]). „So sagte mir der 67 Jahre alte Weber Anton Berner, wohnhaft Nr. 107 in Schöneberg, mit Freudentränen in den Augen, er hätte bei der mangelnden Arbeit das Glück gehabt, daß in der Nähe 2 Pferde krepiert wären, deren Fleisch ihn, sein Weib Antonie und seine 3 Kinder eine Zeitlang erhalten hätte.“ Die Schrift nimmt auch Bezug auf die bekannte königliche Kabinettsorder vom 25. Oktober 1844, die den Anstoß zur Stiftung von Vereinen für das Wohl der arbeitenden Klasse geben sollte. Die kleine Schrift zeichnet sich auch dadurch aus, daß sie das Problem der Arbeiterfrage von dem der Armut streng geschieden haben will. Das Elend dieser Proletarier hat nichts mit der Armut als solcher zu tun; es ist vielmehr das Prinzip der freien Konkurrenz, das mit der Zunahme von Fabriken und Maschinen Arbeiter überflüssig gemacht und lohndrückend gewirkt hat. Dagegen können aber diese Vereine zum Wohl der arbeitenden Klassen mit Erfolg nichts ausrichten. Sie müßten höchstens in der Lage sein, neue und lohnende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. So wendet

1) Der gleiche Verfasser hat auch in anderer Hinsicht an den damals in Preußen herrschenden Zuständen scharfe Kritik geübt (vgl. N. 70).

sich BUHL also entschieden gegen diese Vereine, da sie Erhebliches zugunsten der Arbeiterklasse nicht erreichen könnten.

Die kleine Schrift von BÄUERLEIN und SCHULTZE (86), die es ebenfalls mit der Armut und der Arbeitslosigkeit zu tun hat, wird bereits durch ihr Motto „Was meine Kinder machen können, brauche ich von Fremden nicht fertigen zu lassen" charakterisiert. Der Aufsatz von JACHMANN (87) sieht ein, daß die Frage des Pauperismus nur zu lösen ist, wenn es gelingt, allen Menschen Arbeit zu verschaffen. In diesem Zusammenhange beschäftigt er sich auch mit dem Sozialismus. Wesentlich interessanter ist die kleine Schrift von BODEMER, einem Kattunfabrikanten, über die Zustände der arbeitenden Klassen (88). Sie ist aus einem Vortrag in einer Versammlung deutscher Gewerbetreibender hervorgegangen und will die Frage vom praktischen Standpunkt des Fabrikanten aus betrachten. Wir haben es hier mit einer sehr vorurteilslosen und für die damaligen Zeitverhältnisse recht verständigen Schrift zu tun. Es wird in ihr ohne weiteres anerkannt, „daß die arbeitenden Klassen zum großen Teile einer Verbesserung ihrer Lage bedürftig und als vernünftig freie Wesen auch zu fordern berechtigt sind". Dabei werden, was in der damaligen Literatur recht selten der Fall war, Fabrikarbeiter und Heimarbeiter scharf voneinander geschieden. Für die ersteren empfiehlt er in erster Linie gegenseitige Unterstützungskassen. Dagegen kann er sich mit dem Gedanken einer Organisation der Arbeit oder einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter nicht befreunden. Das Heilmittel gegen die Notlage der Heimarbeiter sieht er in dem Übergang der Hausindustrie in geschlossene Etablissements, also zum Fabrikbetrieb, und nimmt damit Vorschläge voraus, die ja auch in der neueren Zeit gemacht worden sind. Er verlangt auch die Aufstellung von Fabrikinspektoren, „um die Interessen der Fabrikherren sowohl als die der Arbeiter mit den Erwartungen und Ansprüchen der übrigen Staatsangehörigen im Einklange zu erhalten".

In dem gleichen Jahre sind dann noch manche andere Schriften erschienen, die sich mit den eben erwähnten Vereinen für das Wohl der arbeitenden Klassen befassen. Man sieht aus der damaligen Literatur, daß der königliche Erlaß von 1844 ziemliches Aufsehen gemacht hat und mannigfach erörtert worden ist. Da-

hin gehört einmal eine Schrift des Historikers A. SCHMIDT (89). Sie ist dadurch nützlich, daß sie unter den Beilagen einige amtliche Urkunden abdruckt, welche für die soziale Geschichte jener Zeit von Wichtigkeit sind: das Patent über die Wiederbelebung des Schwanenordens; die bereits erwähnte Order über die Zentralvereine für das Wohl der arbeitenden Klasse; das Statut der Berliner Lokalvereine usw. Im Mittelpunkt der Schrift steht, wie damals so häufig, das Assoziationswesen, worunter SCHMIDT die freie Verbrüderung mit dem Zwecke der wechselseitigen Unterstützung oder der gegenseitigen Assekuranz, also eine Verbrüderung der Interessen, versteht. Diese Gedanken wurden damals vor allem auch von CHEVALIER in seinen bekannten Arbeiten vertreten. SCHMIDT macht ins einzelne gehende Vorschläge, wie diese Assoziation auszugestalten sei. In den Dienst dieser Ideen will er die genannten Vereine gestellt wissen. In einem Punkte geht er wesentlich über seine Zeit hinaus, indem er einen Vorschlag macht, der eine gewisse Ähnlichkeit mit den modernen Tarifverträgen aufweist. Er hält es nämlich für billig, daß permanente Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitern bei der Festsetzung des Arbeitslohnes mitwirken.

Für JACOBI (90) handelt es sich in seiner Schrift über die arbeitenden Klassen vor allen Dingen um ein Erziehungsproblem. Er betont aber daneben doch mit allem Nachdruck, daß es ganz besonders notwendig sei, dem Erwachsenen dauernd Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, die ihm einen redlichen und hinreichenden Erwerb ermöglichen. Zu diesem Zweck will er vor allem Arbeitsnachweise eingerichtet wissen, und wenn damit das Ziel nicht genügend erreicht werden sollte, dann muß der Staat für weitere Arbeit sorgen. Die Schrift des Fabrikenkommissarius J. G. HOFFMANN, den wir oben schon kennen gelernt haben, wendet sich vor allem gegen die eben besprochene Schrift BAUMSTARKS, der ihm hinsichtlich der Interessen der Arbeiter viel zu weit geht. Die kleine, anonyme Schrift „Was uns not tut“ (92) stellt einen Sonderabdruck von 6 Artikeln aus der Königsberger Allgemeinen Zeitung dar. Sie beschäftigt sich zunächst in ablehnendem Sinne mit dem Kommunismus und Sozialismus und bezeichnet den letzteren, den damaligen Zeitverhältnissen durchaus entsprechend, als eine Organisation der bürgerlichen

Gesellschaft, mit dem Zwecke, „allen Gliedern derselben eine nach ihren Fähigkeiten und nach ihrer Wahl geeignete Tätigkeit für das Gesamtwohl zuzuweisen“. Die Ursachen der Notlage des Proletariates erblickt er erstens in einer „widerrechtlichen Vermehrung der Bevölkerung“, zweitens in der frühzeitigen Ertötung und dauernden Unterdrückung des Sittlichkeitsgefühls und drittens in der eingetretenen Störung des richtigen Verhältnisses der subjektiven und objektiven Erwerbsfähigkeit und der hiervon abhängigen Lebenstätigkeit der einzelnen Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft.

Sehr eingehend hat KARL HAGEN (93) die Fragen des Proletariates und des Kommunismus behandelt. Er spricht dabei auch von den Kirchen- und Staatsbeamten, von den Schullehrern und dem Gelehrtenstand, die von ihm alle infolge ihrer unzureichenden Bezahlung zu den proletarierhaften Existenzen gerechnet werden. Er spricht ausdrücklich von den Proletariern der höheren Stände, denen man bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt habe. Seine Darlegungen über den Kommunismus, dem gegenüber er eine ablehnende Stellung einnimmt, beginnen mit einer eingehenden historischen Erörterung, um dann in eine Besprechung des gesellschaftlichen Systems der Gegenwart, wie er es nennt, auszumünden. Auch für ihn ist der Gedanke der Assoziation das Allheilmittel. Er versteht darunter Einrichtungen, die es den Ärmeren und den Unbemittelten ermöglichen, ihre Kräfte, Talente und ihren Fleiß zu vereinigen, um gemeinsam ein Geschäft zu betreiben, dessen Gewinn dann unter die Teilnehmer verteilt wird. Es ist also der Gedanke der Produktivassoziation, dem wir hier begegnen.

Das Werk von OTTO LÜNING (94), das wohl schon etwas bekannter ist, enthält von dem Herausgeber einen Aufsatz mit Verbesserungsvorschlägen über die Lage der arbeitenden Klassen, von I. MEYER einen Artikel über die Arbeit und dann von einem ungenannten Verfasser kurze Bemerkungen über den Sozialismus und schließlich noch eine Darstellung der Lehren LOUIS BLANCS über die Organisation der Arbeit. LÜNING erklärt, daß der Notstand vor allem hervorgeht durch die Trennung des Arbeiters, welcher die Sache produziert, und des Fabrikherrn, welcher sie verwertet. MEYER will die Notlage der Arbeiter

durch eine Organisation der Arbeit beheben. Die Arbeit muß ein gemeinsames Wirken zu einem gemeinsamen Zwecke werden, wobei der Zweck die Beförderung der Glückseligkeit der Menschen ist. Träger einer solchen Organisation der Arbeit sollen die Gemeinden werden. Sie sollen sich zu einem gemeinsamen Verbande, zu einer Gesellschaft, umgestalten, die allen ihren Mitgliedern Arbeit verbürgt und dem Arbeiter die Früchte seiner Tätigkeit zufließen läßt. Man erkennt deutlich den Einfluß der Gedanken LOUIS BLANCS.

Im gleichen Jahre hat dann I. G. HOFFMANN zwei weitere Arbeiten veröffentlicht, die sich mit dem Arbeiterproblem beschäftigen (95—96). Die erstere enthält einen Vortrag in der Kgl. Akademie der Wissenschaften und geht ziemlich eingehend auf die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein, um die wirtschaftlichen Bestrebungen der letzteren zur Verbesserung ihrer Lage gegen mannigfache Vorurteile dieser Zeit in Schutz zu nehmen. Die zweite Schrift beschäftigt sich vorwiegend mit dem Zustand der Fabrikarbeiter, den er als die wunde Stelle der Bevölkerung in dieser Zeit bezeichnet. In eingehenden Darlegungen über Steuerbelastung und Steuerdruck sucht HOFFMANN die damals so weit verbreitete Meinung zu widerlegen, daß der Pauperismus seine Hauptursache in der Höhe der Abgaben habe.

Im Jahre 1846 erscheint, von H. PÜTTMANN herausgegeben, der Prometheus, Organ zur sozialen Reform (103), auf das aber, als bekannter, hier nicht genauer eingegangen werden soll. Es sei nur auf den dort enthaltenen, sehr instruktiven Aufsatz von E. WELLER „Die soziale deutsche Presse“ verwiesen, eine Arbeit, die heute als wichtige Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wohl verdient, wieder einmal abgedruckt zu werden. Auch das kleine Buch von F. BALTISCH (Pseudonym für HEGEWISCH) (104) „Eigentum und Vielkinderei“ scheint etwas bekannter zu sein. BALTISCH, dem wir ja auch eine Übersetzung des betreffenden MALTHUS'schen Werkes verdanken, steht vollkommen auf dessen Standpunkt und erklärt den Pauperismus restlos aus dem zu starken Wachstum der Bevölkerung. Die kleine Schrift von RICK (105) enthält nichts bemerkenswertes.

Wesentlich interessanter ist STEINMANNS Schrift „Über Pauperis-

mus und Kommunismus (106). Sie geht von dem Gegensatze zwischen Besitzlosen und Besitzenden und der Tatsache aus, daß sich diese materielle Ungleichheit immer mehr steigere, „indem der Besitz von Tag zu Tag mehr einzelnen zufällt, das Vermögen immer mehr in weniger Hände kommt“. Der Verfasser spricht eingehend, vor allem auf Grund englischer und französischer Zustände, von der fortdauernden Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Wir lernen ihn auch in gewissem Sinne als Anhänger einer ökonomischen Geschichtsauffassung kennen. Er meint nämlich, daß die gegenwärtige Stufe der Entwicklung vor allem an dem Fehler leide, „daß das Recht unserer Gegenwart nicht dem Stande ihrer Industrie hinlänglich entspricht“. Die Leitung und Verteilung von Nationalvermögen und Nationaleinkommen sei nicht genügend geordnet. Unter den Besserungsmitteln, die er vorschlägt, sei vor allem hervorgehoben, daß der Arbeitslohn durch positive Gesetze fixiert werden müsse.

Der tiefgründige Aufsatz von L. STEIN über das Verhältnis des Arbeitslohnes zum Sozialismus und Kommunismus (107) geht durchaus von dem Grundgedanken des Proletariates, „der Berechtigung der Einzelpersönlichkeit“, aus. Es werden zuerst das Wesen von Sozialismus und Kommunismus und die Eigentümlichkeiten ihrer Literatur dargestellt, die STEIN in der neuartigen Lehre von der Verteilung des Nationaleinkommens sieht. Diese Verteilung, dieses Verhältnis von Arbeit und Lohn, scheint ihm viel wichtiger als die Negierung des Privateigentums. Dabei hebt er die beiden Tatsachen, Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, als ganz besonders wichtig hervor und behandelt die letztere Frage eingehend im Zusammenhang mit dem Maschinenproblem. Es sei dann noch auf die kleine Schrift von STROHMEYER (108) hingewiesen, die sich in ihrem ersten Abschnitt besonders stark mit der Lage der Arbeiterklasse beschäftigt und die herrschenden Zustände lebhaft kritisiert.

Das Jahr 1847 brachte dann aus der Feder von B. BAUER (113) die erste geschichtliche Darstellung der sozialen und politischen Verhältnisse der eben besprochenen Jahre, ein Buch, das auch reiches Material über die Arbeiterbewegung dieser Zeit enthält. Die umfangreiche Schrift von DITTRICH (114) über die Erlösung des Proletariates durch eine Organisation der Arbeit

ist sehr unklar und verworren geschrieben, aber trotzdem kann man sie in gewissem Sinne, vom Standpunkte jener Zeit aus, als eine Art Handbuch der Sozialpolitik bezeichnen. Die Darlegungen über die Verhältnisse der Arbeiter beginnen mit einem fiktiven Arbeiterbudget, um festzustellen, was eine Arbeiterfamilie von 5 Köpfen mindestens verbrauchen muß, um ihre Kraft immer in gleicher Frische zu erhalten. Dem Buche fehlt aber jedes tiefere Verständnis für die Tendenzen der damaligen Arbeiterbewegung. Es trägt in dieser Hinsicht auch ein recht patriarchalisches Gepräge. Ähnlichen Charakter zeigt die kleine Schrift des Grafen DOHNA (115). Sie erkennt die Notlage der arbeitenden Klassen als unbestreitbare Tatsache an, sieht aber eine Hauptursache derselben in der Genußsucht und der zu geringen Sparsamkeit der Arbeiter selbst. Immerhin betont DOHNA anderseits wieder, daß der gewöhnliche Tagelohn, vor allem auch durch die Konkurrenz der Arbeiter, herabgedrückt werde, weil sie nicht organisiert seien. Seine positiven Vorschläge gehen schon weiter. Er steht einem Recht auf Arbeit nicht ablehnend gegenüber und wünscht, daß der Staat, dem Wunsche der Arbeiter nach Vereinigung nachgebend, dieselben organisieren solle. Die Schrift, die sich daraus auf staatssozialistischen Ideen aufbaut, enthält den vollständigen Entwurf für eine Organisation der Arbeit.

Der Vortrag eines Schweizer Pfarrers über den Kommunismus (116) kommt zu einer ablehnenden Haltung diesem gegenüber, weil ihm eine zu sinnlich materielle Auffassung zugrunde liege. Dagegen mißt er dieser Arbeiterbewegung sehr große Wichtigkeit bei, weil sie einem tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse entspräche und weil ihr unbestreitbar große tatsächliche Mißstände zugrunde lägen. LIEDKE (117), den wir schon einmal erwähnt haben, berichtet in der Schrift über die Hebung der Not der arbeitenden Klassen über den Grundgedanken einer damals bestehenden, ganz eigenartigen Spargesellschaft, die eine Art von Konsumverein darstellte. Im Frühjahr und Sommer erfolgten die Spareinlagen der Mitglieder, und mit diesen Beträgen kaufte dann die Gesellschaft im großen, vor allem Kartoffeln und Brennmaterial, um sie zu Beginn des Winters an die Mitglieder entsprechend der Höhe ihrer Einlage zu verteilen.

Berends verspricht sich in der Schrift über die Not der arbeitenden Klassen (119) vor allem viel von den neu gegründeten Vereinen zum Wohle der letzteren. Er legt aber doch den Hauptnachdruck darauf, daß es diesen Vereinen gelingt, den Arbeitern Arbeit zu verschaffen, und daß vor allem diese auch an der Verwaltung beteiligt sind. Die kleine Schrift von Sulzberger (120) behandelt nur die Industrieverhältnisse, ohne die Arbeiterfrage näher zu berühren. Der Aufsatz von Fallati (121) über Begriff und Wesen des Sozialismus und Kommunismus beschäftigt sich auch kritisch mit diesen Anschauungen. Im gleichen Jahre ist dann das bekannte Buch von Bensen über die Proletarier (122) erschienen. Die ersten Abschnitte sind rein historischer Natur und behandeln die Verhältnisse im Altertum und Mittelalter, erst der letzte Abschnitt geht auf die Gegenwart ein.

Ein Zeichen für das damals allerorts allgemeine, große Interesse an diesen Fragen sind die in Leipzig und Dresden gehaltenen Vorlesungen von Biedermann über den Sozialismus und die soziale Frage (135). Der Verfasser bringt der Arbeiterbewegung ein für jene Zeit recht tiefes Verständnis entgegen, wenn er auch noch sehr stark im Banne der Lehre des deutschen Manchestertumes steht. Er betont, welch tiefe Wahrheiten dem Sozialismus zugrunde liegen und welch edle, erhabene Ziele er verfolge. Freilich muß man dabei immer im Auge haben, daß der damalige Sozialismus im Gegensatz zum Kommunismus ein sehr stark bürgerliches Gepräge getragen hat. Biedermanns Haupteinwand gegen ihn ist sehr bemerkenswert: es sei erforderlich, daß die politische Reform der sozialen vorausgehe. Das Umgekehrte hält er für ein großes Unglück; man müsse deshalb vor allem die politische Bildung und Reife des Volkes dadurch fördern, daß man es an der Regierung und am Staatsleben teilnehmen lasse und in allen Fragen des öffentlichen Lebens die freieste Debatte und Aussprache gestatte. Erst durch solche politische Freiheit werde das Volk reif genug, um auch sachgemäß an der notwendigen sozialen Umgestaltung mitarbeiten zu können.

Die Jahre 1848 und 1849 haben dann, wohl vor allem unter dem Eindruck auch der politischen Ereignisse, eine Hochflut von Schriften über die soziale Frage und über die Arbeiterbewegung gebracht. Das ziemlich umfangreiche Buch von Thei-

SOHN (136) beschäftigt sich entgegen seinem Titel eigentlich gar nicht mit der Arbeiterfrage, sondern vorwiegend mit handelspolitischen Problemen. Es handelt sich hier um eine Beantwortung der Preisfrage der Gesellschaft des Ackerbaues, des Handels und der Künste in Chalons: L'abaissement de nos tarifes de Douanes, soit de protection, soit d'impôts, et la suppression des prohibitions, sont-ils utiles à l'agriculture, à l'industrie et aux classes ouvrières de France? Die kleine Schrift des bekannten Nationalökonomen und Manchestermannes KARL ARNDT (137) geht von der MALTHUSschen Bevölkerungslehre, auf deren Boden der Verfasser steht, aus. Er führt darauf die Notlage der Arbeiterklasse zurück und lehnt alle Besitzgleichheit als der menschlichen Freiheit widerstrebend ab. Die Schrift von BENNO (139) zeichnet sich für die heutige Zeit als besonders wertvoll aus, da sie eingehend über die soziale Literatur der Jahre 1845—48 berichtet. Erst wird die Arbeiterbewegung im Ausland und in einem weiteren Abschnitte diejenige in Deutschland dargestellt. Besonders dieser letztere Abschnitt ist literarhistorisch recht wertvoll. Ein dritter Abschnitt befaßt sich mit der sozialen Poesie und dem sozialen Roman jener Zeit.

ESCHNERS Schrift „Die neue Phönix-Periode der Staatswissenschaft (138) setzt sich in sehr allgemeiner Form mit dem Sozialismus auseinander. Sie wirft ihm vor allem vor, daß er keine Ahnung davon habe, daß ganz ohne Rücksicht auf die Gesellschaftsordnung das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Existenzmitteln unabwendbar einen Notstand in der Bevölkerung hervorbringen müsse. Sie erkennt die Schattenseiten der bürgerlichen Gesellschaft durchaus an, vor allem, daß die Ungleichheit der Vermögen und die freie Konkurrenz vielerlei Mißstände zur Folge habe, ohne aber irgendwie brauchbare Heilmittel selbst vorzuschlagen. ESCHNERS Anschauungen gruppieren sich alle um die MALTHUSsche Bevölkerungslehre. Dagegen will er vor allem den krassen Gegensatz zwischen arm und reich bekämpfen: Er spricht von einer großen, kostspieligen Gesellschaft und sagt: „Die Summe, welche der Putz jedes einzelnen kostet, bestimmt, an einem einzigen Abend zu repräsentieren, würde auf immer die Existenz einer Haushaltung sichern.“ „Hunderttausend Menschen müssen fünf lange Tage hindurch für einen Durchschnittslohn

von 5—6 Groschen täglich 14 Stunden arbeiten, damit dieser Glanz eines Abends geschaffen werden kann."

Die Schrift des Pastors ARMKNECHT über den Kommunismus (140) steht dieser Bewegung ohne jedes Verständnis gegenüber, und das gleiche gilt auch von SCHEIDTMANNS Schrift (142) über den gleichen Gegenstand. Die Schrift eines Arztes, Dr. EIMERS (141), sieht die Ursachen der sozialen Bewegung nicht in Besitzungleichheit und Armut, sondern im Bewußtsein der ungleichen Verteilung von Rechten und Pflichten. Die Hilfe sieht er demgemäß nur in politischen Reformen nach der demokratischen Seite hin, während er die soziale Notlage, wie so viele andere damals, auf die zu starke Bevölkerungszunahme zurückführt.

Einen weiteren Gegner von Sozialismus und Kommunismus finden wir dann, seinen sonstigen allgemeinen Anschauungen entsprechend, in dem bekannten Staatsrechtslehrer F. W. STAHL (143). Die Schrift von STÜCKER über die politisch-soziale Reform in Preußen (147) geht von den allgemeinen Idealen der klassischen Philosophie und dem Humanitätsgedanken aus und kommt auf dieser Grundlage zu sehr weitgehenden sozialen Forderungen. Die allgemeine Wohlfahrt soll in Zukunft als der alleinige Maßstab auch für die ganze Entwicklung des Privatlebens gelten, wie er es ausdrückt. Die Staatsgemeinschaft soll verpflichtet sein, jedem seinen Fähigkeiten entsprechend angemessene Beschäftigung zu sichern und die unverschuldet Arbeitsunfähigen vor Mangel zu schützen. Dem Kapital muß eine Richtung gegeben werden, welche der allgemeinen Produktionsfähigkeit weniger feindlich ist, als dies heute durch die Exploitation der Arbeitskraft mittels freier Konkurrenz der Fall ist. Ein Generalkongreß der Arbeitenden, repräsentiert durch außerordentliche Bevollmächtigte, die aus direkten Urwahlen hervorgehen, soll zusammentreten, um mit den Ministern eine Körperschaft zu bilden, deren Beschlüsse Gesetzekraft erlangen, wenn sie von der zweiten Kammer genehmigt sind.

Die kleine anonyme Schrift „Wohin führt die Organisation der Arbeit" (148) verwirft alle diese neuartigen Vorschläge, indem sie darauf hinweist, daß es sich bei der Hebung der Notlage der Lohnarbeiterschaft weniger um ein Verteilungs- als um ein Produktionsproblem handle. „Mit einem Worte, der Reich-

tum, den unsere scharfsinnigsten Neuerer dem Volke versprechen, ist nicht auf der Erde vorhanden, er muß erst erzeugt werden, und solange man nicht bewerkstelligen kann, daß 2 mal 2 fünf machen, kann man auch nicht die Menschen mit mehr Gütern dieser Erde beglücken, als sie selbst erzeugen." Die Schrift von CLEMENS-SIMON (149) bringt einen neuen Vorschlag zur Organisation der Arbeit, Vorschläge wie sie gerade in diesen Jahren in so großer Zahl aufgetaucht sind. Bei diesem Vorschlag soll jedoch die Rolle des Privatkapitals in der Güterproduktion unberührt bleiben. Der Kern des eingehend ausgearbeiteten Projektes liegt darin, an Stelle der Privatunternehmungen ausgedehnte Gesellschaftsunternehmungen zu errichten, die alle miteinander in harmonischem Zusammenhange stehen sollen. Die Preise sollen vom Staate kontrolliert und die Arbeiter sollen anstatt willenloser Diener Gesellschafter werden, je nach dem Werte der von ihnen geleisteten Arbeit. LÜCHOW (150) behandelt den gleichen Gegenstand, ist aber von ganz anderem Geiste beseelt. Es sind vor allem zwei Grundsätze, die er durchgeführt haben will. Einmal das Recht auf Arbeit und dann „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Die Schrift ist wohl unmittelbar aus der Berliner Arbeiterbewegung hervorgegangen. Um diese Grundsätze durchzuführen, sollen staatliche Nationalwerkstätten errichtet werden.

Aus den gleichen Kreisen wohl stammen dann die „Betrachtungen eines deutschen Proletariers" (180), eine kleine, sehr kluge Schrift, die wesentlich über das meiste hinausragt, was in der damaligen Zeit über diese Fragen geschrieben worden ist. Auch dem Verfasser schwebt eine Organisation der Arbeit in Anlehnung an die Ideen LOUIS BLANCS vor. Diese Organisation soll den Arbeitern einen Anteil am Gewinn sichern. Außerdem sollen zur Besserung ihrer Lage Mindestlöhne eingeführt werden. Sehr viel verspricht sich der Verfasser von Produktivassoziationen, die unter Garantie des Staates einzurichten seien. Ein eingehender Entwurf ist von ihm für die Art der Gewinnbeteiligung ausgearbeitet worden. Auch das Buch von TEBELDI (151) berührt sich nach manchen Seiten hin mit den Problemen des Sozialismus. Die Menschen stehen an Zahl nicht hinter den Subsistenzmitteln zurück. Ein jeder Mensch hat das Recht, zu existieren. Diese Existenz ist aber für jeden nur

dann möglich, wenn keiner mehr hat, als er verbraucht, da sonst ein anderer zu wenig haben muß. Es ist die Aufgabe der Staatsgewalt, diesen Zustand herbeizuführen. Erst wenn alle Menschen, unabhängig von der Gunst einzelner Privater, gewonnen haben werden, was sie brauchen, werden sie frei sein, weil nur frei ist, wer eine gesicherte Existenz hat.

Die im gleichen Jahre erschienene anonyme Schrift über der Pariser Arbeiter Traum und Erwachen (153) warnt vor dem Sozialismus und Kommunismus, ohne aber irgendwie Tieferes in dieser Hinsicht zu bieten. Die Schrift eines Arbeiters an die Arbeiter und Arbeitgeber (152) will lediglich auf die Beziehungen beider Gruppen beruhigend und versöhnend einwirken. Eine andere kleine Schrift (154), die sich ebenfalls mit der Abhilfe des Notstandes unter der Arbeiterklasse beschäftigt, wendet sich vor allem gegen die Vorzugsstellung, welche der große Unternehmer dem Lohn- und Heimarbeiter gegenüber durch seinen Kapitalbesitz habe. Die daraus hervorgehende Macht desselben müsse der Staat einschränken, denn „unbeschränkte Anwendung des Kapitals zum Vorteile des Besitzes ist unmoralisch, sobald daraus ein Nachteil für die weniger Wohlhabenden entspringt“. Für den Verfasser der ebenfalls anonymen Schrift „Zur Arbeiterfrage“ (155) liegt der Kernpunkt derselben weniger in der Lohnhöhe und Arbeitszeit, als darin, daß es so häufig an Arbeitsgelegenheit für den arbeitswilligen Arbeiter fehlt. Abhilfe für diesen Mißstand sieht die Schrift, in der deutlich der Unternehmerstandpunkt zum Ausdruck kommt, ganz allein in vollständiger Handelsfreiheit nach außen und innen. Die Schrift von BLEIBTREU (156) wendet sich unmittelbar an Deutschlands Industrielle. Sie geht davon aus, daß die Industrie die Schuld an der Vermehrung des Proletariats trage, und daß es deshalb notwendig sei, dadurch einen Ausgleich zu schaffen, daß immer wieder eine entsprechende Zahl von Proletariern in den Stand selbständiger Gewerbsleute aufrückten. Das soll durch die Gründung von Hilfskassen, zu denen auch die Arbeitgeber beizutragen hätten, erreicht werden. Die Arbeiter sollen in diese Kassen jährlich pro Kopf 3—6, die Arbeitgeber 1—2 Taler einlegen. Mit Zinsen ständen dann nach 10 Jahren für jeden Arbeiter 80, nach 20 Jahren sogar 200 Taler zur Verfügung, die

ihm dann zur Begründung einer selbständigen Existenz auszuhändigen wären. Einen recht eigenartigen und unklaren Vorschlag macht der Kaufmann A. Moritz (157). Nach ihm hat hochwertige Scheidemünze hohe Lebensmittelpreise, kleine Scheidemünze niedere zur Folge. Er will dementsprechend durch eine Änderung der deutschen Münzverfassung den herrschenden Notstand bekämpfen.

In einer Schrift über die soziale Frage (158) verlangt ein Tuchfabrikant Arbeit vom Staat für jeden Müßigen, Brot für jeden Invaliden und freien Unterricht für jedes Arbeiterkind. Er fordert aber weiter auch, daß der Staat Minimallöhne einführe, damit jeder Arbeiter neben seinem täglichen Brote noch einen Notgroschen für die Zeiten von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. habe. Die Schrift von Kruse (159), die sich ebenfalls mit der Frage des Proletariates beschäftigt, steht in ihren Anschauungen erheblich hinter ihrer Zeit zurück. Die Ursachen des Notstandes liegen für ihn in der Teilung des Grundbesitzes, in der unbeschränkten Gewerbefreiheit und der Vielkinderei der unteren Klassen. Das Heilmittel sieht er in einer organisierten Auswanderung nach Amerika. Die Schrift eines Arbeitgebers (160) über Arbeit und Geld erblickt den Kernpunkt des Problems darin, daß der allgemeine Volkswohlstand vermehrt werde, bespricht die Wege, die dazu führen, ohne jedoch auf die Arbeiterfrage genauer einzugehen. Die Schrift eines Ostpreußen (161) über den Notstand der unteren Volksklassen sieht die Ursachen desselben vor allem in politischen Faktoren, schlägt also vor allem politische Reformen vor, ohne die soziale und wirtschaftliche Seite der Arbeiterfrage tiefer zu berühren. Held (162) geht bei Betrachtung der Lösung der sozialen Frage davon aus, daß in allen Ständen der Bevölkerung ein Notstand vorhanden sei. Er will eine ziemlich tief eingreifende Reorganisation des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens: erstens, kein arbeitsfähiger Staatsbürger darf ohne Arbeit erwerben; zweitens, keinem erwerbsfähigen Staatsbürger darf es an Gelegenheit zum Erwerbe durch Arbeit fehlen; drittens, der Erwerb muß dem Erwerbenden die zur Existenz notwendigen Mittel bieten.

Friedrich Rohmer, der bekannte Verfasser der Lehre von den politischen Parteien, hat in seiner kleinen Schrift über den

vierten Stand und die Monarchie (163) in gewissem Sinne ein soziales Königtum proklamiert. Die Initiative für den vierten Stand ist für ihn die Grundlage der Monarchie. M. Leidesdorf (164) will Arbeitsnachweise und Arbeiterversorgungsvereine einrichten, Wagner (165) vor allem den Landbau heben und damit der Auswanderung vorbeugen. Die anonyme Schrift über die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen (166) sieht neben einer Art von Gewinnbeteiligung ein wichtiges Ziel vor allem darin, daß die Arbeiter durch billige Preise und bessere Beschaffenheit der Waren mehr für ihr Geld erhalten. Gemeinsame Siedelungen der Arbeiter mit gemeinsamem Einkauf der wichtigsten Bedarfsartikel und gemeinsame Mahlzeiten der Arbeiter sind einzurichten. Die Schrift bietet eingehende Berechnungen, um die Durchführbarkeit eines solchen Projektes nachzuweisen.

Auf die verschiedensten Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens geht die Emanzipation überschriebene Schrift (167) ein. Für den Verfasser besteht die Hauptgefahr der sozialen Entwicklung darin, daß die Kluft zwischen Besitzern und Nichtbesitzern immer größer wird, daß der Arbeiter allen seinen Fleiß, sein Streben nach Verbesserung seiner Lage, vergeblich aufwendet, daß er sich überall, wohin er sich wendet, hinter den Besitzenden zurückgedrängt sieht. Nur eine gründliche Reorganisation der Arbeit kann diese Mißstände beheben. „Die Gesellschaft muß dem nützlichen Arbeiter durchaus die Mittel garantieren, die erforderlich sind, um ihm einen frohen und heiteren Lebensgenuß zu verschaffen.“ Der Verfasser schlägt eine Assoziation vor, aber nicht eine einseitige der Kapitalien für Privatzwecke wie bisher, sondern eine solche der Arbeiter und Handwerker, um die Errichtung eigener Betriebe zu ermöglichen. Der bekannte Statistiker Dieterici (168) behandelt vor allem die Zusammenhänge zwischen Kapital und Arbeit und geht auch auf die Angriffe des Sozialismus gegen Besitz und Eigentum ein. Er steht restlos auf dem Standpunkte des ökonomischen Individualismus und wendet sich gegen alle diese Reformvorschläge. „Wenn volle Freiheit gewährt wird . . ., dann muß der Arbeiter sich von selbst organisieren und dann kann er sich auch in genügender Weise selbst helfen.“ Aber alles, was das Eigentum antastet, ist ein Eingriff in diese Freiheit und deswegen ohne weiteres zu ver-

werfen. Die kleine Schrift von Bülow-Cummerow (169) will vor allem durch Änderungen auf dem Gebiete des Realkredits mildernd auf den Gegensatz von Besitzlosen und Besitzenden einwirken. Der Fabrikbesitzer M. Libbert (170) will zinslose Pfandbriefe auf Grundlage des vorhandenen Grundbesitzes ausgeben, diese als bares Geld zirkulieren lassen und hofft damit, die vorhandene Notlage in eitel Wohlstand und Reichtum verwandeln zu können. Burchardt will auch durch recht kindliche Veränderungen im Geldumlauf und in der Besteuerung den Notstand beheben, und ein Anonymus (172) eine Verbesserung der Arbeiterzustände durch den Abbau der Schutzzölle erreichen.

Die kleine geistreiche Schrift von Regner (173), die in Form eines Briefwechsels mit fingierten Personen geschrieben und dem Gesindel der ganzen Welt, insbesondere dem von Wien, gewidmet ist, ist im wesentlichen nur eine sarkastische Schilderung der vorhandenen sozialen Mißstände unter der Herrschaft des Geldsystems, mit der Besprechung verschiedener Möglichkeiten, hier bessernd einzuwirken. In diesem Jahre treten auch die Arbeitervereine, vor allem auch diejenigen für das Wohl der arbeitenden Klassen, mit eigenen Veröffentlichungen hervor. Von den Mitteilungen des Zentralvereins (242) beginnt im Jahre 1848 der erste Band zu erscheinen, der z. T. recht interessante Beiträge enthält. Das Programm des Vereins für sozialpolitische Reform (189) ist auf sozialem Gebiete überaus bescheiden. Es will die Grundgedanken der Stein-Hardenbergschen Reform restlos verwirklichen helfen, vor allem also vollste politische Freiheit. Auf wirtschaftlichem Gebiete wird eine progressive Einkommensteuer, sowie der Schutz des kleinen und mittleren Gewerbes gegen die Übermacht des Großkapitals gefordert. Was zugunsten der ärmeren Klassen vorgeschlagen ist, bewegt sich dagegen so gut wie alles im Rahmen armenpolizeilicher Maßnahmen. Die Beschlüsse des Arbeiterkongresses zu Berlin (183), aus dem dann die deutsche Arbeiterverbrüderung[1]) hervorgegangen ist, sind wieder bekannter, so daß sich ein genaueres Eingehen darauf an dieser Stelle erübrigt. Die Beschlüsse bauen sich vor allem auf dem Gedanken einer

1) Vgl. dazu Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Hrsg. und eingeleitet von M. Quarck. Frankfurt a. M. 1900.

Selbsthilfe der Arbeiter in Assoziationen auf. Von den Forderungen an den Staat sei, abgesehen von rein politischen, nur die genannt, daß die Werkführer in den Fabriken unter Hinzuziehung der Arbeiter zu wählen seien. Die Beschlüsse beschäftigen sich auch ganz eingehend mit den Fragen der Volksbildung.

In den Jahren 1849 und 1850 sind dann eine ganze Reihe von Schriften über die Arbeiterfrage erschienen, die durch das bekannte Preisausschreiben des Königs MAX von Bayern angeregt waren: „Durch welche Mittel kann der materiellen Not der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insbesonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden? Nach einem Bericht von GREGER (216) sind damals 656 Schriften eingegangen, die sich um den Preis beworben haben. Wie viele davon gedruckt worden sind, ist mir nicht bekannt. Von den veröffentlichten liegen mir 11 vor (Nr. 189/94 und 217/21). In der Beilage zur Augsburger Postzeitung Nr. 106 vom 26. August 1849 ist der „Bericht der zur Beurteilung der eingekommenen Elaborate über die Königl. Preisfrage niedergesetzten Kommission“ an den König veröffentlicht. Von den 656 eingegangenen Schriften stammten 547 von bayerischen Bewerbern, 101 aus den anderen deutschen Staaten einschließlich Österreich und 8 aus dem Auslande.

Preisgekrönt wurde die Schrift des Freiherren von HOLZSCHUHER (217). Sie behandelt in einleitenden, ziemlich an der Oberfläche bleibenden geschichtlichen Betrachtungen die Ursachen des Notstandes im allgemeinen, sodann diejenigen, die mit der modernen Staatsverfassung zusammenhängen. Eine Hauptursache der Notlage sieht H. im Gegensatze zwischen Kapital und Arbeit. Er frägt deshalb: „Wie kann dieser Herrschaft des Geldes ein Ende gemacht werden, oder doch allmählich eine innere Einheit, eine Ausgleichung der Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft herbeigeführt werden?“ Die Mittel, die er vorschlägt, sind alle mehr oder weniger den Gedankengängen der alten Armenpolizei entnommen. Eine Ausnahme davon macht nur der Vorschlag, daß die Arbeiter sich zu Vereinen organisieren sollen, um gegenüber ihren Fabrikherren ein beständiges und wirksames Organ zu besitzen. Das Buch von I. M. MAIER (189), einem Pfarrer und Schulinspektor, legt ebenso, wie es auch HOLZSCHUHER ge-

tan hat, der Übervölkerung und ihrer Bekämpfung zur Hebung des Notstandes große Bedeutung bei. Unter den Maßnahmen zugunsten des Proletariates werden vor allem solche zur Gründung von Versorgungsanstalten für alte und invalide Arbeiter, Schutzbestimmungen gegen willkürliche Entlassung und staatliche Bestimmungen über die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit hervorgehoben. Wir finden in dieser Schrift, wie in so manchen anderen dieser Zeit, einen scharfen Unterschied zwischen Fabriks- und Eisenbahnarbeitern gemacht. Das hängt einmal damit zusammen, daß der Eisenbahnbau damals in Deutschland eine sehr große Rolle spielte, dann aber auch damit, daß der Eisenbahnarbeiter durch den dauernden Wechsel des Arbeitsortes mit dem Fortschreiten des Bahnbaues in einer ganz besonders ungünstigen Lage war. Mußte er doch jedes geregelten Wohnsitzes und jedes geregelten Familienlebens entbehren.

Die Schrift von Escherich, einem Gerichtsarzte (218), geht davon aus, daß es ein ausreichendes Heilmittel gegen die materielle Notlage nicht gäbe. „Die Not und ihre Wirkung, der Stand der Armut, sind unsterblich in der menschlichen Gesellschaft.“ Als Arzt legt er besonderen Wert auf Lebenshaltung und Ernährung und verwirft deshalb alle Konsumsteuern. Von Interesse ist sein Vorschlag, nach dem Muster der englischen, französischen und belgischen Enqueten eine, sich über ganz Deutschland erstreckende und von einem volkswirtschaftlichen Zentralausschuß geleitete Untersuchung über die Verhältnisse der handarbeitenden Volksklassen durchzuführen. Der Kernpunkt der Notlage liegt für ihn in der fehlenden Arbeitsgelegenheit, der man vor allem durch handelspolitische Maßnahmen abhelfen müsse. Unter den zahlreichen Vorschlägen, die er zur Verbesserung der Notlage macht, verdient Hervorhebung, daß er sich einem zuerst von Theodor Hildegard (265) ausgesprochenen Gedanken anschließt. Es handelt sich darum, die Intestaterbfolge zugunsten eines Erbfonds für Unbemittelte zu ändern. Für nahe Verwandte soll zu diesem Zwecke eine Erbschaftssteuer eingeführt, für Verwandte entfernteren Grades das Erbrecht gänzlich zugunsten eines solchen Fonds aufgehoben werden.

Die kleine Schrift von H. C. Brunner (219) behandelt die Notlage in den verschiedensten Ständen und Schichten. Nur ein

ganz kurzer Raum ist der Lohnarbeiterklasse gewidmet. Irgendwelches Verständnis für den tieferen Kern der Arbeiterfrage, wie wir es wenigstens in den beiden erstgenannten Schriften in etwas antreffen, fehlt bei BRUNNER ganz. Die Schriften: über die Preisfrage des Königs (191), von SCHLICHTEGROLL (192), über die Arbeiterfrage in Bayern (193) und von GREGER (194) können alle das Problem der Armut nicht von dem der Lohnarbeiter trennen. Die letzteren und ihre besonderen Verhältnisse werden überall nur mehr nebenbei erwähnt. Wesentlich bedeutender ist die kleine Schrift von PRITTWITZ (221). In ihr steht die Lohnarbeiterfrage im Mittelpunkt, was wohl damit zusammenhängt, daß der Verfasser als Ingenieuroberst und Baudirektor der Bundesfestung Ulm durch seine Tätigkeit vielfach mit den Arbeitern beim Festungsbau in Berührung kam und vieles mit eigenen Augen sehen konnte, was den anderen entging. Er hat ja auch den Schanzern in Ulm (221) eine eigene kleine Schrift gewidmet, von der oben bereits die Rede gewesen ist. In seiner Beantwortung der Preisfrage finden sich, wenn auch in enger Anlehnung an die Lehren des ökonomischen Individualismus, eingehende Erörterungen der Faktoren, von denen Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkte und die Höhe des Arbeitslohnes abhängen. Seiner Meinung nach ist aber der Unternehmer nie imstande, den Arbeitslohn zu drücken, sondern die Menge der vorhandenen Arbeiter drückt sich den Lohn gegenseitig selbst herunter. Er erkennt die Bedeutung der Arbeitervereine durchaus an, solange sie auf gesetzlichem Wege Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erringen wollen. Als Anhänger des ökonomischen Individualismus wendet er sich jedoch gegen alle Maßnahmen, um den Arbeitslohn gesetzlich zu regeln.

Die Schrift von KARLSON (190), einem Literaten, wie er sich selbst nennt, steht ebenfalls nach mancherlei Richtung hin wesentlich höher als die ebengenannten Arbeiten. Er geht von allgemeinen ökonomischen Gesichtspunkten aus und behandelt die Arbeitsteilung und das Maschinenproblem im Zusammenhange mit dem Notstand der Arbeiterklasse. Die Hauptursache desselben erblickt auch er in der mangelnden Gelegenheit zu nützlicher Arbeit und sieht es als eine der Hauptaufgaben des Staates an, für die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu sorgen, wenn-

gleich er ein Recht auf Arbeit ablehnt. Die Schrift von MERZ (220) ist eine der wenigen dieser Preisschriften, die sich eingehender mit dem Sozialismus, vor allem wieder mit SAINT-SIMON, FOURIER und L. BLANC, beschäftigen. MERZ macht die verschiedenartigsten Vorschläge, vor allem zur Hebung von Handel und Gewerbe und zur Unterstützung der Auswanderer. Seine Stärke liegt in für die damalige Zeit sehr beachtenswerten Vorschlägen zur Durchführung einer großzügigen inneren Kolonisation. Für die eigentliche Lohnarbeiterfrage fehlt ihm das Verständnis.

Überblickt man diese, eben kurz charakterisierten 11 Schriften, die sich um den Preis des Königs beworben haben, so ergibt sich, daß sie sich alle, mit Ausnahme der von PRITTWITZ, weniger mit der Lage der Arbeiterklasse und der Arbeiterfrage als mit der allgemeinen, damals herrschenden Notlage beschäftigen. Zum Teil sind sie darauf bereits durch die Formulierung der Preisfrage hingewiesen worden, zum Teil hängt dies aber auch damit zusammen — diesen Eindruck hat man deutlich —, daß den Verfassern die Lohnarbeiterfrage als besonderes Problem noch nicht voll zu Bewußtsein gekommen ist.

Für 1849 liegen dann noch mancherlei Schriften über die gleichen Fragen vor, die unabhängig von der bayerischen Preisfrage entstanden sind. Die von DEGENKOLB (212) verlangt ausreichende Arbeit und den menschlichen Bedürfnissen angemessenen Lohn. Das erklärt er als die Losung und das gerechte Verlangen der arbeitenden Klassen. Als Mittel zur Durchführung dieser Idee schlägt er eine Förderung des Landbaus und der Industrie vor und betrachtet dabei ganz eingehend die Produktionsverhältnisse seiner Zeit. Dabei kommt er aber nicht genauer darauf zu sprechen, wie nun den Arbeitern wirklich geholfen werden könne. Die kleine Schrift zur Lösung der sozialen Frage (213), anscheinend ein Sonderabdruck aus der Neuen preußischen Zeitung, führt wieder die ganze Notlage auf die Übervölkerung zurück, wobei allein eine große Auswanderung helfen kann. Auch dieser Autor hat den Kern der Arbeiterfrage noch nicht gesehen. LEVINSTEIN (195) beschäftigt sich vorzugsweise mit den allgemeinen Industrieverhältnissen in Deutschland und sieht die Ursachen der „sozialen Störungen“ darin, daß die Industrie

durch Schutzzölle zu stark und zu schnell angewachsen sei, während man der Entwicklung des Ackerbaues zu geringes Interesse gewidmet habe. Graf VON BRESSLER (196) sieht die Ursache des Notstandes, mit manchen anderen Schriften jener Periode, im ungenügenden Vorrat an Geld und seiner mangelhaften Zirkulation, auf welche die damals vorhandene Teuerung allenthalben zurückgeführt werden müsse. Der Pastor GEITHNER (197) behandelt die soziale Frage in durchaus patriarchalisch-caritativem Sinne. Der Wiener Advokat WILDNER-MAITHSTEIN (198) wendet sich vor allem gegen den Sozialismus und will zeigen, daß an der bestehenden Ordnung nichts gebessert werden könne. WETSKE (199) ist durchaus rechtsgeschichtlich orientiert, ohne auf die derzeitigen Probleme der Arbeiterfrage einzugehen. Im gleichen Jahre ist dann auch der bekannte Brief von FR. HARKORT an die Arbeiter erschienen (200), der sich, ohne für die Lohnarbeiterfrage tieferes Verständnis an den Tag zu legen, mit sehr flachen Argumenten gegen den Sozialismus und Kommunismus wendet und vor allem keinerlei deutlichen Begriff vom Wesen des Proletariates, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Schriften jener Zeit, besitzt. „Nicht aber rechne ich zu den Proletariern den braven Arbeiter, dem Gott durch die Kraft seiner Hände und den gesunden Menschenverstand ein Kapital verlieh, welches ihm niemand rauben kann, es sei denn Krankheit und Alter. Der wird schon durchkommen, wenn jene böse Buben die Ruhe und die öffentliche Wohlfahrt nicht stören. Diesen ehrenwerten Leuten muß geholfen werden durch Hebung der Gewerbe, Vorschußkassen, guten Unterricht für die Kinder und Sicherstellung gegen Krankheit und Invalidität."

Das Buch von MICHELET: „Die Lösung der gesellschaftlichen Frage" (201) stellt das soziale Problem wieder in einen größeren Zusammenhang hinein und zeigt sofort sein tiefes Verständnis dafür dadurch, daß es Eigentum und Arbeit einander gegenüberstellt. „Habe ich kein Eigentum, so kann ich nicht arbeiten und muß verhungern." M. beschäftigt sich eingehend mit dem Recht auf Arbeit und macht darauf aufmerksam, daß schon das allgemeine preußische Landrecht (Teil II, Tit. XIX, § 2) ein solches statuiert habe. Es heißt hier nämlich: „Denjenigen, welchen es an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst

zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden." Die Ursache des Elends sieht auch er in der Übervölkerung. Er sagt vom Menschengeschlechte sehr schön: „Liebe und Arbeit sind die Bedingungen seines Glückes. Aber die Liebe geht zu schnell und die Arbeit zu langsam." Auf die Lehren der Kommunisten kommt er eingehend zu sprechen. Der Kern seiner Vorschläge liegt darin, daß es die erste Aufgabe der Gesellschaft sei, dem Arbeiter lohnende Arbeit zu verschaffen, „also den Wert der Arbeit der Zufälligkeit zu entreißen".

Mit der Schrift von S. Bähler über die Entstehung der Arbeitslosigkeit (202) ergreift ein Mann aus dem Arbeiterstande das Wort. Sie warnt die Begüterten, vor den dringenden Rufen der Arbeiter nicht hartnäckig die Ohren zu verschließen und gleichsam in brutaler und drohender Stellung den Gang der Dinge abzuwarten. Denn dadurch würden sie den Kommunismus nur gewaltsam heraufbeschwören. Bähler will zwar nicht Eigentum und Besitz antasten, schätzt aber den Kommunismus, weil er die Bedürfnisse mit gemeinsamen Kräften produzieren will, so daß damit die Arbeitszeit auf 6—7 Stunden herabgesetzt und mehr Zeit für die Entwicklung des geistigen Lebens gewonnen werden könne. Er versteht es nicht, daß wir uns nicht so einigen können, daß jeder Arbeitswillige beschäftigt werden kann. Seine positiven Vorschläge gipfeln jedoch darin, daß vor allem die Maschinen entfernt werden und die Gewerbe durch Zölle gegen fremde Einfuhr geschützt werden müssen, um diese doppelte, für Handwerker und Arbeiter so gefährliche Konkurrenz zu beseitigen. Die kleine, anonyme Schrift über die Theorie des Sozialismus (204) bekennt sich zwar als Gegnerin desselben, erkennt aber doch eine Reihe von Grundtatsachen desselben als richtig und beherzigenswert an. Ein umfangreiches Buch, das von den Mitteln, den Zustand der Arbeiter zu verbessern, handelt (205) und ebenfalls 1849 erschienen ist, bleibt in wesentlichen Punkten hinter seiner Zeit zurück, indem das Grundproblem der Arbeiterfrage dem Verfasser noch nicht recht zu Bewußtsein kommt. Er spricht von der Vermehrung der Arbeit, von der Gelegenheit für den Arbeiter, Eigentum zu erwerben, von den Mitteln, um zu verhüten, daß der Arme seine Waren teurer bezahlen muß als

der Begüterte und noch von mancherlei anderem mehr, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, auf den inneren Zusammenhang aller dieser Mißstände hinzuweisen. Das Buch der nächsten Zukunft (206) hat es entgegen seinem Titel nicht mit den sozialen Verhältnissen zu tun, sondern enthält nur absurde, politische Prophezeiungen: über künftige Kriege oder, daß z. B. im Jahre 1850 Türkenpferde im Kölner Dom stehen werden. Das Buch des bekannten Nationalökonomen F. G. Schulze über die Arbeiterfrage (207) ist auch zu bekannt, als daß eine genauere Charakteristik desselben an dieser Stelle notwendig wäre. Es ist sehr geeignet für eine kurze Orientierung über die sozialen Anschauungen jener Zeit.

Ganz unbekannt scheint dagegen der Antrag des bekannten volkswirtschaftlichen Schriftstellers Lavergne-Péguilhen (208) aus dem Jahre 1849 in der ersten preußischen Kammer zu sein. „Die Kammer wolle beschließen: Die Regierung zur Errichtung eines sozialpolitischen Zentralinstitutes aufzufordern, dessen Aufgabe es sein wird, in ununterbrochener Beobachtung die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erforschen; die darauf bezüglichen Gesetzentwürfe oder praktischen Unternehmungen vorzubereiten oder zu begutachten; für die Ausbildung der Gesellschaftswissenschaft zu einer Erfahrungswissenschaft als Unterlage zu dienen allen auf Erkenntnis und Reform der Gesellschaft gerichtete Bestrebungen einen Mittelpunkt darzubieten und die Staatsregierung mit der Entwicklung der Gesellschaft in stetem gegenseitigen Rapport zu erhalten." In der Begründung zu diesem Antrag wird ganz besonders auch auf die Zustände der Arbeiterklasse und den Pauperismus und die Notwendigkeit ihrer Erforschung hingewiesen.

Zwei Schriften dieses Jahres beschäftigen sich speziell mit der Revolution. Die von Stahl (209) behandelt nur ihre politisch-staatsrechtliche Seite, während die Wagners (210) auch ihren sozialen Hintergrund eingehender darstellt und vor allem auch die Arbeiterfrage mit einbezieht. Aber alle diese Ausführungen bleiben zu sehr an der Oberfläche haften. Auch W. fehlt eben das Verständnis für den tieferen sozialen Kern der Arbeiterbewegung. Die Schrift von Ruge (211) über die Gründung der Demokratie ist so bekannt, daß sie hier nur erwähnt zu

werden braucht. Es liegen mir aus dem Jahre 1849 ferner noch vor: die Statuten des Berliner Bezirks der deutschen Arbeiterverbrüderung (214) und ein Bericht über seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Gesundheitspflege (215).

Was 1846/49 vor allem eine solche Hochflut von Schriften über den allgemeinen Notstand, die soziale Frage und die Arbeiterbewegung hervorgebracht hatte, war, neben der wachsenden Entwicklung dieser letzteren Bewegung selbst, vor allem auch die politische Gärung und ganz besonders die wirtschaftliche Notlage gewesen. Mit dem Beginn der 50er Jahre wurden die politischen Verhältnisse zwar ruhiger, aber der wirtschaftliche Notstand besserte sich nur ganz vorübergehend und setzte von neuem ein. Man kann diese Entwicklung am besten aus einigen Zahlen der Bevölkerungsbewegung, in denen sich ja symptomatisch die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung widerspiegelt, erkennen.

Im Durchschnitt der Jahre:	Es kamen im deutschen Reiche auf 1000 Einwohner		Es beträgt der berechnete Wanderverlust
	Eheschließungen	Sterbefälle	
1841—43	8,3	28,3	65 373
1844—46	8,1	27,2	101 414
1847—49	7,8	29,6	305 955
1850—52	8,2	27,9	294 468
1853—55	7,2	28,4	474 313
1856—58	8,1	27,9	133 170
1859—61	8,0	26,4	136 831.

Man sieht deutlich, daß die Jahre 1847/49 und 1853/55 die Höhepunkte des wirtschaftlichen Notstandes gebildet haben. Aus diesem Grunde gehört auch die sozialpolitische Literatur in der ersten Hälfte der 50er Jahre noch durchaus in den Kreis der Schriften, von denen bisher die Rede gewesen ist. Hat ja auch noch das Jahr 1850 Beantwortungen der Preisfrage des Königs von Bayern erlebt. So sollen im folgenden wenigstens einige dieser Schriften noch kurz charakterisiert werden. Soweit die mir vorliegende Literatur dabei ein allgemeineres Urteil erlaubt, flaut die Zahl dieser Schriften mit dem Beginne der 50er Jahre ganz erheblich ab. Es mag dies wohl damit zusammenhängen, daß die politischen Verhältnisse ruhiger geworden sind.

Das 1850 erschienene Buch: Leben und Meinungen eines Proletariers (222) ist in gewissem Sinne ein Tendenzroman mit dem Zwecke, auf dem Umwege einer einfachen Erzählung den Leser von Kommunismus, Atheismus und Demokratie fernzuhalten. Es ist auch ausdrücklich als Eigentum des Vereins zur Verbreitung guter und wohlfeiler Volksschriften bezeichnet. Die im gleichen Jahre erschienene Schrift des bekannten konservativen Staatsrechtlers VON HALLER (223) wendet sich in erster Linie gegen alle, welche das Eigentum und die Grundlage der gegenwärtigen Ordnung angreifen wollen. Er sieht das einzige Heilmittel gegen diesen Notstand in der Rückkehr zu früheren Verhältnissen. Es ergibt sich für ihn, „daß der gegenwärtige, sonst unerhörte Notstand der ärmeren und geringeren Klassen nur allein von der natur- und rechtswidrigen Gleichmacherei, d. h. von der Schwächung, Beraubung und Vernichtung aller derjeniger Personen und Kommunitäten herrührt, die durch ihr höheres und gesicherteres Vermögen allen übrigen Klassen eben fortdauernde Nahrungs- und Erwerbsquellen öffnen, ihnen Arbeit und Verdienst geben“. Man sieht, die Sozialpolitik der Romantik kommt in dieser Schrift noch einmal zu vollem Ausdruck.

Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich von VIOLAND (224) geht auch genauer auf die Arbeiterbewegung und die sonstigen sozialen Faktoren dieser Zeit ein. Im gleichen Jahre hat auch RIEHL (225) seinen bekannten Aufsatz über den vierten Stand erscheinen lassen, der nicht lange darauf in ziemlich der gleichen Gestalt in sein Buch über die bürgerliche Gesellschaft (Stuttgart 1851) übergegangen ist. Es sei an dieser Stelle nur bemerkt, daß bei RIEHL nicht nur von dem materiellen, sondern auch ganz eingehend von dem geistigen Proletariat die Rede ist. Am 5. Juni 1849 hatte der Zentralausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche ein Preisausschreiben erlassen, um vom evangelisch-christlichen Standpunkte aus mit Vermeidung politischer Parteifärbung die sozialen Zeitfragen zu beleuchten. Von 22 eingegangenen Schriften hat die des Generalsuperintendenten VON KAPFF (226) den Preis erhalten. Ihr fehlt aber alles Verständnis für den ökonomischen Hintergrund der sozialen Bewegung. Das Hauptheilmittel gegen die Revolution liegt in der Hand von Kirche und Schule und die

Aufgabe des Staates besteht darin, in erster Linie die innere Mission zu stärken. Die kleine Schrift von SURINGAR (227) ist ein Zeichen dafür, wie es auch in dieser Zeit noch Arbeiten gibt, die bei Betrachung der sozialen Frage vollständig in den Gedankenkreis des älteren Armenwesens zurückverfallen. Die kleine Schrift des Grafen ARNIM-BLUMBERG (229) kommt zu einer scharfen Verurteilung des bisherigen Lebens der höheren Stände, ohne aber die sozialen Zusammenhänge allgemeiner zu berühren. In diesem Jahre hat auch FR. HARKORT seine kleine, bekanntere Schrift über die Volksbanken (230) erscheinen lassen. Auch das umfangreiche Buch von ZYRO (231) ist so ziemlich im Stile der älteren Schriften über das Armenwesen gehalten. Die kleine Schrift von BORN (233), einem Berliner Kaufmann, bewegt sich ganz in den Gedankengängen von SMITH und SAY und kommt zu dem manchesterlichen Ergebnis, daß die viel angefeindete Herrschaft des Kapitals „die sogenannte Ausbeutung des Menschen durch die Menschen“ ihren genügenden Regulator in der Freiheit des Erwerbes und der des Austausches finde.

Das umfangreiche Buch von A. WIDMANN über die Gesetze der sozialen Bewegung (235) stellt das Wesen der Persönlichkeit, der Gesellschaft und des Staates und dann deren Zusammenwirken dar, einmal im statischen und dann im dynamischen Sinne. Dabei werden auch die verschiedenen sozialistischen Richtungen dargestellt und kritisch besprochen. WIDMANN ist einer der wenigen deutschen Schriftsteller jener Zeit, der sich literarisch auch eingehender mit PROUDHON und dem christlichen Sozialismus, wie z. B. LAMENNAIS und P. LEROUX, beschäftigt hat. Für ihn liegen die sozialen Gegensätze in der unnatürlichen Kluft zwischen Kapital und Arbeit begründet. Die Fragen des Eigentums gehören für ihn zu den allerbrennendsten und er erkennt das Verlangen des Sozialismus als gerechtfertigt an, daß „die Gleichheit vor der allen alles und jedem das gleiche gewährenden Natur und die richtige Errettung vor dem Fluche des Privateigentums die Grundartikel der sozialen Religion sein sollen“. Er bestreitet jedoch nur, daß damit etwas Neues gesagt sei, denn die Sozialisten predigten nur, was das Christentum überall predigt.

1852 ist dann ein weiterer sozialer Roman erschienen (237). Auch hierbei handelt es sich um eine Tendenzschrift mit dem

Ziel, gegen die destruktiven Tendenzen der neueren Zeit, besonders ihre Philosophie, anzukämpfen und somit „aus dem Leben für das Leben Nützliches und Heilsames zu bieten“. Der zweite Bürger- und Bauernbrief von HARKORT (238) beschäftigt sich nur mit innerpolitischen und landwirtschaftlichen Fragen. Im Jahre 1853 hat der Nationalökonom E. BAUMSTARK in einer Rede zur Geschichte der arbeitenden Klasse (239) auch die Arbeiterbewegung der 40er Jahre behandelt. Man kann aber nicht sagen, daß er für diese neue Ideenwelt beträchtliches Verständnis an den Tag legt. Er spricht von den „unsinnigen französischen Nationalwerkstätten“, den „bodenlosen OWENschen Gütergemeinschaften“, von einem „bodenlosen Recht auf Arbeit“ usw. Ebenfalls 1853 ist eine recht interessante Schrift über die Arbeiterwohnungen in Basel erschienen. Sie enthält brauchbare Schilderungen der damaligen Wohnungszustände und recht anschauliche Kostenberechnungen für Arbeiterwohnhäuser jener Zeit. Ein Zweifamilienhaus aus Stein hat damals rund 4000 Franks gekostet, die Kosten für ein 8familienhaus werden auf 15000 Franks veranschlagt. Dabei wissen wir, daß gerade in dieser Zeit Wohnungs- und Mietpreise sehr stark gestiegen sind (vgl. Nr. 56). Eine gute, zusammenfassende Darstellung mancher damaligen sozialen Bestrebungen bietet MUNDT (241). Seine Darlegungen beziehen sich jedoch fast nur auf die Wohnungsfrage, bieten aber in dieser Hinsicht recht Beachtenswertes. Brauchbare Angaben über die damaligen sozialen Zustände und sozialen Anschauungen enthalten dann die oben schon einmal erwähnten Mitteilungen des Zentralvereins (242). Es sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, daß sich in dem letzten Jahrgange, S. 351/388, das Bücherverzeichnis des Vereins abgedruckt findet, das eine recht wertvolle Quelle für die soziale Literatur jener Zeit darstellt. Es finden sich darunter auch zahlreiche Schriften, die mir für den Zweck der vorliegenden Betrachtungen nicht zur Verfügung standen.

Die Schrift eines Arbeiters über die Lage der schweizerischen Fabrikbevölkerung (243) enthält eine recht lehrreiche Darstellung des Lebens des Arbeiters in seiner Familie und in der Fabrik, über seine Lage in Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Ein umfangreiches Buch hat 1855 L. BESSER über

Armut oder Arbeit (244) veröffentlicht. Die ausschlaggebende Ursache für den Notstand und die Höhe des Lohnes ist für ihn das zu starke Volkswachstum. Die Schrift des Grafen Dohna (245) enthält nichts Bemerkenswertes. Wesentlich interessanter ist auch noch heute das Buch von Bodemer über die industrielle Revolution (246). Nach einer Darstellung der Entwicklung der erzgebirgischen Industrie werden die industrielle Frage, die soziale Frage und die Verbesserung der Zustände besprochen. Es handelt sich jedenfalls um ein Buch, das Verständnis für die neuaufkommende Großindustrie an den Tag legt, wenn auch der Verfasser mit dem tieferen Kern der Arbeiterbewegung noch nicht vertraut ist. Beschoren (247) beschäftigt sich ebenfalls mit den Verhältnissen des Erzgebirges. Er geht auch auf die Arbeiterverhältnisse ein, behandelt aber doch mehr die wirtschafts- als die sozialpolitische Seite der Frage.

1857 hatte in Frankfurt a. M. ein internationaler Wohltätigkeitskongreß getagt, dessen geschäftsführender Ausschuß für jedes Land eine gedrängte Schilderung des Zustandes der Arbeiter- und der Armenbevölkerung gefordert hatte. Die entsprechende Darstellung für Preußen liegt in der Schrift von Lette (248) vor. Sie geht nicht sehr in die Tiefe, bewegt sich auch stark im Charakter der Schriften über Armenwesen, bietet aber doch auch manches brauchbare Material über die damaligen Zustände, wie z. B. über die typischen Löhne in mancherlei Gewerben. Die Einrichtungen zum Wohle der Arbeiterklasse finden sich besonders eingehend dargestellt. Eine weit wichtigere Quelle für die Lage der Arbeiterschaft geben die umfangreichen Mitteilungen der Züricherischen Fabrikkommission (249). Im Mittelpunkte der Darstellung steht die Fabrikgesetzgebung anderer Kantone und Staaten sowie die des Kantons Zürich selbst. Daneben finden sich aber auch Erhebungen über den Einfluß der Fabriken auf den Gesundheitszustand der Arbeiter und das Armenwesen, Angaben über Fabrikordnungen, Krankenkassen usw.

Um nun zum Schlusse das Ergebnis dieser Übersicht in wenige Worte zusammenzufassen, so scheint es mir vor allem bemerkenswert zu sein, worauf oben schon hingewiesen worden ist, wie spät und langsam sich in Deutschland die eigentliche Arbeiterfrage aus dem allgemeinen Pauperismusproblem losgelöst

hat; aber auch, wie lange sie noch mit der Notlage der Handwerker vielfach zusammen behandelt worden ist. Beide Tatsachen hängen wohl in erster Linie mit dem damals in Deutschland ganz allgemein herrschenden Notstand und der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, vor allem auch unter den Handwerkern, zusammen. Bildeten doch die Fragen: Gewerbefreiheit oder Zunftzwang, Schutzzoll oder Freihandel, Belastung durch zu hohe Steuern usw., damals stehende Kapitel innerhalb der Erörterungen, mit denen man nicht nur dem Handwerker helfen, sondern überhaupt den allgemeinen Notstand beheben wollte.

Es verdient ferner Hervorhebung, in welch weitgehendem Maße damals die Übervölkerung als Ursache der Notlage hingestellt worden ist und wie häufig man durch Unterstützung der Auswanderung, aber auch durch innere Kolonisation diesen Notstand bekämpfen wollte. Ist das ja doch auch die Zeit, in der die deutschen Regierungen durch Erschwerung der Eheschließungen oder staatlich unterstützte Auswanderung das gleiche Ziel zu erreichen suchten. Nicht weniger häufig aber als dieser Zusammenhang zwischen Volkswachstum und Unterhaltsmitteln findet sich dann in dieser Zeit des schnell anwachsenden Großbetriebes das Maschinenproblem in seinem Zusammenhange mit der Arbeitsgelegenheit erörtert. Scheint doch, diesen Schriften nach zu schließen, Mangel an Arbeitsgelegenheit eine der wichtigsten Ursachen der damaligen Notlage in der Arbeiterschaft gewesen zu sein. Spezifisch deutsch ist es, jedenfalls auch eine Nachwirkung der klassischen Philosophie, daß sowohl die Armuts- wie auch die eigentliche Arbeiterfrage so häufig als sittliches und als Erziehungsproblem behandelt werden. Man findet überhaupt gar nicht so selten in diesen sozialen Schriften deutliche Anklänge an die Lehren der PESTALOZZI und BASEDOW, oder der großen deutschen Philosophen.

Einzelne bürgerliche Schriftsteller haben sich schon recht frühe mit den Gedankengängen und Bestrebungen von Sozialismus und Kommunismus vertraut gemacht, und treten ihnen z. T. sehr unbefangen und verständnisvoll gegenüber. Das ist aber nur bei einem kleineren Teile der Fall. Die meisten bürgerlichen Schriftsteller jener Tage haben noch nicht den ideologischen und gesellschaftlichen Kern der Lohnarbeiterfrage gesehen. Die meisten

kennen wohl den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und suchen ihn in irgendeiner Weise auszugleichen.

Man macht ferner die Beobachtung, daß in all diesen Schriften von den deutschen Vertretern des Sozialismus und vor allem des Kommunismus nur in sehr geringem Maße die Rede ist. SAINT-SIMON, FOURIER, CONSIDÉRANT, auch OWEN, sind sehr gut bekannt und stehen in der Regel im Mittelpunkte der Erörterungen. Von deutschen Vertretern dieser Richtung wird damals nur hie und da WEITLING erwähnt. Die übrigen hört man kaum nennen. Nur das Buch von FRIEDRICH ENGELS über die Lage der arbeitenden Klassen in England wird hie und da anerkennend zitiert, während in dieser ganzen Literatur bis hinein in die 50er Jahre die Namen von RODBERTUS und KARL MARX so gut wie nicht vorkommen.

Eine ganz besonders große Rolle spielt in dieser ganzen Zeit der Gedanke der Assoziation der Arbeit, worunter aber so ziemlich jeder etwas anderes versteht. Die einen verstehen darunter den freiwilligen Zusammenschluß der Arbeiter zum Zwecke der Gründung von Hilfskassen und Gewerkvereinen, aber auch zur genossenschaftlichen Gründung eigener Unternehmungen. Andere begreifen darunter den Zusammenschluß von Arbeitern und Unternehmern, z. B. in Form von Gewinnbeteiligung oder Beteiligung der Arbeiter am Unternehmungskapital, also den Versuch einer Aussöhnung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Die einen wollen diese Ziele nur auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft erreichen, andere glauben, daß dies nur durch staatlichen Zwang möglich sei. Der Gedanke der Assoziation ist also in dieser Zeit ein leeres Schlagwort gewesen, hinter dem sich die mannigfaltigsten Ideen und Vorschläge verborgen haben.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß man schon recht frühe manchen Schriftstellern begegnet, bei denen sich wichtige spätere Anschauungen mehr oder weniger deutlich ausgesprochen finden. Ich hebe nur hervor, daß es gar nicht so wenige sind, die darauf hingewiesen haben, daß der Gegensatz zwischen arm und reich immer mehr zunehme und daß sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtere. Es handelt sich hier eben um Zusammenhänge und Tatsachen, auf die, möchten sie nun zutreffen oder nicht, ein unbefangener, aufmerksamer Beobachter der Zeitverhältnisse nur zu leicht stoßen mußte.

Anhang.

I.

1. F. W. Wilke, Über Entstehung, Behandlung und Erwehrung der Armut. Eine Preisschrift. Halle 1792. 312 S.
2. Fr. Graf Spauer, Über die Pflicht des Staates, die Arbeitsamkeit zu befördern, die Bettelei abzustellen und die Armen zu versorgen. Straßburg 1802. 387 S.
3. J. E. von Koch Sternfeld, Versuch über Nahrung und Unterhalt in zivilisierten Staaten: insbesondere über Wohlfeilheit und Teuerung. Gekrönte Preisschrift. München 1805. 416 S.
4. F. Ch. Franz, Vorschläge zur Erhöhung des Nationalwohlstandes und Völkerglücks. Ein Versuch zur allgemeinen Beherzigung und zur Veredelung der unteren Volksklassen. Dresden 1806. 256 S.
5. Leopold Krug, Die Armenassekuranz, das einzige Mittel zur Verbannung der Armut aus unserer Kommune. Berlin 1810. 174 S.
6. Ders., Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner. 2 Bde. 487 u. 709 S.
7. G. B. Nibler, Über das Zunftwesen und über die Gewerbsfreiheit. Erlangen 1816. 133 S.
8. K. H. Rau, Über das Zunftwesen und die Folgen seiner Aufhebung. Gekrönte Preisschrift. 2. verm. Aufl. Leipzig 1816. 180 S.
9. L. F. von Meseritz, Über die gegenwärtige Volksnot in Deutschland und die Mittel zu deren Abhilfe. Stuttgart 1822. 244 S.
10. Carl Gerber, Über die Quellen der Armut und die Mittel sie versiegen zu machen. Schmalkalden 1822. 72 S.
11. H. G. Tzschirner, Die Gefahr einer deutschen Revolution. Leipzig 1823. 142 S.
12. I. I. H. Ebers, Über Gewerbe und Gewerbefreiheit in Breslau. Breslau 1825. 65 S.
13. Untersuchungen über die nachteiligen Wirkungen, die in ökon. und sittlicher Beziehung die stet. Erweiterung des Fabrik- und Maschinenwesens haben soll. Schweiz. Archiv f. Statistik u. Nationalökonomie II. 1828.
14. I. H. Graf zu Herberstein, Deutschlands Wünsche bezüglich auf seinen gesunkenen Wohlstand. Berlin 1830. 259 S.
15. I. B. Ristelhuber, Wegweiser zur Literatur der Waisenpflege, des Volkserziehungswesens, der Armenfürsorge, des Bettlerwesens und der Gefängniskunde. Köln 1831. 230 S.
16. S. P. Gans, Über die Verarmung der Städte und des Landmanns und der Verfall der städtischen Gewerbe im nördl. Deutschland, besonders im Königreich Hannover. Braunschweig 1831. 68 S.

17. C. M. NEBBIEN, Radikaler Liberalismus, Volksnoth und Verwandlung derselben in Volkswohlstand. Königsberg 1831—32. 100 S.
18. K. G. BRETSCHNEIDER, Der Simonismus und das Christentum. Leipzig 1832. 215 S.
19. Was tut hauptsächlich noth, wenn der so hochwichtige Gewerbsstand nicht noch tiefer sinken und ganz zu Grunde gehen soll? Freimüthig und wahr erörtert vom Verfasser des treuen Rathgebers für Handwerksgesellen u. Lehrlinge. Leipzig 1832. 121 S.
20. LINDEMANN, Die Eigenthumslosen im Amte Eutin. Eutin 1832. 31 S.
21. Die Unzufriedenheit der Völker u. die Ursachen u. Mittel, derselben abzuhelfen. München 1833. 54 S.
22. FREIHERR V. LÜTTWITZ, Über Verarmung, Armen-Gesetze, Armen-Anstalten, und ins Besondere über Armen-Colonieen, mit vorzügl. Rücksicht auf Preußen. Breslau 1834. 98 S.
23. M. VEIT, Saint Simon und der Saintsimonismus. Allgemeiner Völkerbund und der ewige Friede. Leipzig 1834. 331 S.
24. DEWIS'sche Skizze und Kritik v. G. RAPP's neuester Colonie: genannt „Economy", in Pennsylvanien. Glossiert v. W. R. RIEDLEN (D. Nationalökonom. 1834).
25. I. C. HUNDESHAGEN, Über die Ursachen des europäischen Nothstandes seit 1815 u. 1820. Ebenda.
26. F. BÜLAU, Der Staat und die Industrie. Leipzig 1834. 306 S.
27. K. S. ZACHARIÄ, Abhandlungen aus dem Gebiete der Staatswirtschaftslehre. Heidelberg 1835. 206 S.
28. I. W. NEUMANN, Die Verhältnisse der Niederlausitzschen Landbewohner und ihre Güter von der frühesten bis auf d. neusten Zeiten. Lübben 1835. 72 S.
29. Über Nahrungs- u. Arbeitslosigkeit als Folge eines hoch gesteigerten Fabrikwesens. Von einem k. preuß. Ingenieuroffizier (D. Nationalökonom. 1836).
30. Über das Verhältnis der menschl. Arbeit zu den übrigen der Industrie dienstbaren Kräfte. Von demselben. Ebenda.
31. FR. SCHMIDT, Untersuchungen über Bevölkerung, Arbeitslohn u. Pauperismus in ihrem gegenseitigen Zusammenhange. Leipzig 1836. 501 S.
32. F. A. W. DIESTERWEG, Die Lebensfrage der Civilisation. Oder: über die Erziehung der unteren Klassen der Gesellschaft. Essen 1836. 46 S.
33. F. H. BODZ REYMOND, Staatswesen und Menschenbildung umfassende Betrachtungen über die jetzt allgemein in Europa zunehmende National- u. Privat-Armuth, ihre Ursachen, ihre Folgen, die Mittel, ihr abzuhelfen, und besonders ihr vorzubeugen. Berlin 1837. 4 Bde.
34. FR. SCHMIDT, Über die Zustände der Verarmung in Deutschland, ihre Ursachen und die Mittel, ihnen abzuhelfen. Zittau 1837. 304 S.
35. G. FR. KOLB, Ist die Klage über zunehmende Verarmung u. Nahrungslosigkeit gegründet; welche Ursachen hat das Übel und welche Mittel zur Abhülfe bieten sich dar? II. Ausg. Speyer 1837. 96 S.
36. BOSCH, Über die Noth im Volke, die Unzufriedenheit und die Auswanderungen. Nürnberg 1838. 75 S.
37. F. BAUR, „Ist die Klage über zunehmende Verarmung u. Nahrungs-

losigkeit i. Deutschland gegründet, welche Ursachen hat das Übel, und welche Mittel bieten sich zur Abhülfe dar?" Gekrönte Preisschrift. Erfurt 1838. 159 S.

38. Darlegung der Hauptresultate aus d. wegen d. revolutionären Complotte der neueren Zeit in Deutschl. geführten Untersuchungen. Auf d. Zeitabschnitt mit Ende Juli 1838. 4°. Frankfurt a. M. o. J. 75 S.

39. S., Die Veränderungen im Organismus der Arbeit und ihr Einfluß auf d. sozialen Zustände. Deutsche Vierteljahrsschrift 1840. 98 S.

40. F. Knapp, 14 Abhandlungen über Gegenstände d. Nationalökonomie und Staatswirtschaft. Darmstadt 1840. 221 S.

41. Die Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft der politischen Ökonomie (Deutsch. Vierteljahrsschrift 1840).

42. J. Gotthelf, Die Armennoth. Berlin 1841. II. Aufl. Ebenda. 167 S.

43. E. R., Die Quellen der Armuth und des Verbrechens. Stuttgart 1841. 107 S.

44. J. Fallati, Über die sogen. materielle Tendenz der Gegenwart. Tübingen 1842. 31 S.

45. L. Schreck, Beitrag z. Förderung der Volkswohlfahrt. Leipzig 1842. 80 S.

46. J. G. Hoffmann, Das Verhältniß der Staatsgewalt zu den Vorstellungen ihrer Untergebenen. Berlin 1842. 184 S.

47. Von einem Preußen, Zustände u. Wünsche am Schlusse des Jahres 1842. Danzig 1842. 27 S.

48. Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Wörtl. Abdruck des Kommissionalberichtes an die H. Regierung des Standes Zürich. Zürich 1843. 130 S.

49. H. W. Kaiser, Die Persönlichkeit des Eigenthums in Bezug auf den Sozialismus und Communismus im heutigen Frankreich. Bremen 1843. 75 S.

50. L. Buhl, Fragen der inneren Politik und Verwaltung. Zürich 1843. 76 S.

51. Kirschbaum, Vorschläge zu den radicalsten sozialen Reformen bei der größten Schonung des Bestehenden. Zürich 1843. 60 S.

52. J. H. Perthaler, Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Mißstände im Fabriksbetriebe. (Zeitschr. f. österr. Rechtsgelehrsamkeit. 1843.) 36 S.

53. W. Schulz, Die Bewegung der Produktion. Eine geschichtlich-statistische Abhandlung z. Grundlegung einer neuen Wissenschaft des Staats und der Gesellschaft. Zürich 1843. 179 S.

54. A. Th. Wöniger, Publiz. Abhandlungen. Berlin 1843. 191 S.

55. W. Kreyher, Untersuchungen über den Gewerbs-Betrieb, wie über die vorzüglichste Verwaltung von Berg- u. Hütten-Werken usf. Gleiwitz 1843. 134 S.

56. Über die Fabrikarbeiter-Verhältnisse der Baseler Industrie. Basel 1843. 68 S.

57. Über den vierten Stand und die sozialen Reformen. Magdeburg 1844. 80 S.

58. L-o-z, Von der unerläßlichen Mitwirkung des Arbeiters zu seiner eigenen Erhebung. (Preuß. Provinzialblätter Nobember 1844.)

59. G. Suederus, Über Industrialismus und Armuth. Charlottenburg. 162 S.

60. Preußen, der Beamtenstaat, in seiner polit. Entwicklung u. seinen social-ökon. Zuständen. Dargest.

durch B. CONSTANT u. S. LAING. Bearb. von A. HELLER. Mannheim 1844. 165 S.

61. Das Volk und die Partheien. Nebst einem Anhange über die freie Presse. Heilbronn 1844. 330 S.

62. F. HARKORT, Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation u. Emanzipation der unteren Klassen. Elberfeld 1844. 146 S.

63. W. M., Aus Anlaß der Fabrikemeuten. (Deutsche Vierteljahrsschrift 1844.)

64. GEORG HERWEGH, Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz. 2. Aufl. Glarus 1844. 1. Teil. 334 S.

65. FALLATI, Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter. Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft. 1844.

66. J. BEREND, Jesus bei den Zöllnern und Sündern. Predigt. Leipzig 1844. 15 S.

67. F. STROMEYER, Die Organisation der Arbeit. Belle-Vue bei Konstanz 1844. 474 S.

68. TH. MUNDT, Die Geschichte der Gesellschaft in ihren neueren Entwicklungen und Problemen. Berlin 1844. 435 S.

69. TH. OELKERS, Die Bewegung des Socialismus und Communismus. Leipzig 1844. 152 S.

70. L. BUHL, Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen. Mannheim 1844. 316 S.

71. C. F. G., Der Pauperismus und dessen Bekämpfung durch eine bessere Regelung der Arbeitsverhältnisse. (Deutsche Vierteljahrsschrift 1844.)

72. A. SCHNEER, Über die Noth der Leinen-Arbeiter in Schlesien und die Mittel ihr abzuhelfen. Berlin 1844. 168 S.

73. Von einem Manne aus dem Volke. Die Armuth und die Mittel, ihr entgegen zuwirken. Leipzig 1844 40 S.

74. CONSTANTIN FRANTZ, Versuch über die Verfassung der Familie. Ein Mittel gegen den Pauperismus. Berlin 1844. 63 S.

75. Das preuß. Bürgertum. Dargestellt von einem Mann aus dem Volke. Charlottenburg 1844. 216 S.

76. K. GRÜN, Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien. Darmstadt 1845. 471 S.

77. Der Gesellschaftsspiegel. Organ z. Vertretung d. besitzlosen Volksklassen. Herausg. von M. HESS. Elberfeld 1845—46.

78. H. PÜTTMANN, Rhein. Jahrbücher zur gesellschaftl. Reform. Bd. 1. Darmstadt 1845; Bd. 2. Belle-Vue bei Constanz 1846.

79. VON HATTORF, Ist Verarmung u. dauernde Noth für einen Theil unserer Bevölkerung mit Grund zu besorgen, und was können wir thun, um einer etwaigen derartigen Befürchtung desto sicherer zu begegnen? Hannover 1845. 119 S.

80. G. S. LIEDKE, Hebung der Noth der arbeitenden Klassen durch Selbsthilfe. Berlin 1845. 73 S.

81. L. H. FISCHER, Des teutschen Volkes Noth und Klage. Frankfurt a. M. 1845. 154 S.

82. J. KELL, Die Noth der Armen. Leipzig 1845. 165 S.

83. K. HEINZEN, Die preuß. Büreaukratie. Darmstadt 1845. 323 S.

84. H. BETTZIECH (BETA), Geld und Geist. Versuch einer Sichtung u. Erlösung der arbeitenden Volks-Kraft. Berlin 1845. 196 S.

85. L. BUHL, Andeutungen über die Noth der arbeitenden Klassen und über die Aufgabe der Vereine zum Wohl derselben. Berlin 1845. 36 S.

86. Bäuerlein u. Schultze, Unmaßgebliche freimütige Vorschläge d. Beschränkung d. zeitigen Armuth durch reelle Beschäftigung brotloser Arbeiter betreffend. Berlin 1845. 15 S.
87. Jachmann, Über Armuth und Verarmung. Ostpreuß. Bürgerblatt VIII. Königsberg 1845. 16 S.
88. H. Bodemer, Über die Zustände der arbeitenden Klassen. Grimma 1845. 48 S.
89. A. Schmidt, Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für ihr Wohl. Berlin 1845. 118 S.
90. L. Jacobi, Über Verarmung und Entsittlichung der arbeitenden Klassen. Leipzig 1845. 32 S.
91. J. G. Hoffmann, Betrachtung der gemachten Vorschläge für d. Wohl der arbeitenden Klassen. Berlin 1845. 44 S.
92. Was uns nothtut! Zur Beherzigung für Alle, welche sich für das Elend ihrer Mitbrüder und das Gemeinwohl interessieren. Königsberg 1845. 31 S.
93. K. Hagen, Über das Proletariat und den Communismus. (Fragen der Zeit. Bd. II. Stuttgart 1845.)
94. O. Lüning, Dieß Buch gehört dem Volke. Bielefeld 1845. 208 S.
95. J. G. Hoffmann, Übersicht der allgemeinsten staatswirtschaftl. Verhältnisse, welche die Verschiedenheit der Bildung und des Besitzstandes unter den Staatsangehörigen erzeugt. Berlin 1845. 4°. 29 S.
96. Ders., Bemerkungen über die Ursachen d. entsittlichenden Dürftigkeit oder des sogen. Pauperismus. (Med. Ztg. d. Vereins f. Heilkunde i. Preußen. 1845.)
97. Th. Wohlfarth, Der Pauperismus. Weimar 1845. 282 S.
98. H. Moll, Die Armuthsnoth in ihrer Entstehung und sicheren Bekämpfung. Solingen 1845. 72 S.
99. J. G. Hoffmann, Die Macht des Geldes. Eine Aufsuchung der Ursachen der Verarmung. Leipzig 1845. 56 S.
100. Irenäus, Über Pauperismus und Schwanenorden. Leipzig 1845. 40 S.
101. W. S., Theorie u. Praxis zur Bewältigung des Pauperismus. Deutsche Vierteljahrsschrift 1845.
102. A. Schneer, Über die Zustände der arbeitenden Klassen in Breslau. Berlin 1845. 106 S.
103. Prometheus, Organ zur sozialen Reform. Herisau 1846. Heft I u. II.
104. F. Baltisch, Eigentum u. Vielkinderei. Kiel 1846. 191 S.
105. C. Rieck, Über Arbeit, Capital u. Association. Hannover 1846. 60 S.
106. F. Steinmann, Pauperismus und Communismus. Solingen 1846. 90 S.
107. L. Stein, Der Begriff der Arbeit und die Prinzipien des Arbeitslohnes in ihrem Verhältnisse zum Sozialismus und Kommunismus. (Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft 1846.)
108. F. Stromeyer, Die Folgen der Aufhebung der englischen Korngesetze für Deutschland und die deutsche Industrie. Stuttgart 1846. 100 S.
109. F. Bülau, Der Pauperismus. (Zeitfragen aus d. Gebiete d. Politik u. Volkswirtschaft.) Leipzig 1846. 316 S.
110. G. Scheidtmann, Der sog. Kornwucher und die Noth der Zeit. Düsseldorf 1846. 56 S.
111. Über parzellenweise Verpachtung größerer Güter und ... über die für die daraus für die ärmere arbeitslose Gewerken- und Tage-

löhner-Klasse entspringenden Vortheile. Weimar 1846. 88 S.

112. J. von Deresényi, Studien über ein humanes Mittel gegen den Communismus. Pest 1846. 123 S.

113. B. Bauer, Vollständige Geschichte der Partheikämpfe in Deutschland während der Jahre 1842—46. 3 Bde. Charlottenburg 1847.

114. J. J. Dittrich, Unsere Übergangszeit, betr. die Erlösung des Proletariats durch die Organisation der Arbeit und des Armenwesens. Breslau 1847. 319 S.

115. H. Graf zu Dohna, Die freien Arbeiter im preuß. Staate. Leipzig 1847. 123 S.

116. J. P. Romang, Die Bedeutung des Communismus. Aus dem Gesichtspunkte des Christentums und der sittlichen Kultur gewürdigt. Bern 1847. 95 S.

117. G. S. Liedke, Zweiter Beitrag z. Hebung der Noth der arbeitenden Klassen durch Selbsthilfe. Berlin 1847. 68 S.

118. R. H. Neumann, Die Aufhebung des Proletariats mit Rücksicht auf Credit-Gesetze, Wucher-Gesetze und Armen-Verwaltung. Leipzig 1847. 76 S.

119. J. Berends, Wie ist der Noth der arbeitenden Klassen abzuhelfen? 2. Aufl. Leipzig 1847. 88 S.

120. J. Sulzberger, Betrachtungen über die wohlthätigen Wirkungen und Folgen der Arbeit im Allgemeinen. namentl. der Manufaktur-Industrie m. besonderer Beziehung auf die Schweiz. Zürich 1847. 55 S.

121. Fallati, Zur Verständigung über Begriff und Wesen des Socialismus und Communismus. (Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss. 1847.)

122. H. W. Bensen, Die Proletarier. Stuttgart 1847. 495 S.

123. von Reden, Erwerbsmangel, Massenverarmung, Massenverderbnis; deren Ursachen u. Heilmittel. (Zeitschr. d. Vereins f. deutsche Statistik. 1. Jahrgang. Berlin 1847.)

124. A. Flor, Arbeitslöhne u. Lebensmittelpreise, auch Wohltätigkeitsanstalten in Altona. Ebenda.

125. Blicke auf die materiellen Zustände in Würtemberg. Von einem Würtemberger. Ebenda.

126. Fr. Dael, Über die Arbeitslöhne der arbeitenden Volksklassen in Rheinhessen. Ebenda.

127. A. Bachmaier, Arbeitslöhne und Gehalte in der Landwirtschaft u. den Gewerben, beim Lehrerpersonal und bei der Geistlichkeit in Niederbayern. Ebenda.

128. von Reden, Die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung im Fürstentum Hohenzollern—Sigmaringen. Ebenda.

129. Vgl., Zusammenstellung der Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise von Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt. Ebenda.

130. E. Pelz, Die Stellung der Arbeiter bei der Landwirtschaft. Breslau 1847. 20 S.

131. von Ditfurth, Die Fürsorge für das Los der Eisenbahnarbeiter. (Deutsch. Vierteljahrsschrift 1847.)

132. G. Dörstling, Der Arbeitgeber und die Löhne der Arbeiter. Betrachtung mit Rücksicht auf die Zustände in Chemnitz. Chemnitz 1847. 15 S.

133. Soziale und polit. Zustände Österreichs mit besonderer Beziehung auf den Pauperismus. Leipzig 1847. 322 S.

134. Pauperismus u. Industrie. (Deutsche Vierteljahrsschrift 1847.)

135. K. Biedermann, Vorlesungen üb.

Sozialismus und soziale Fragen. Leipzig 1847. 283 S.

136. P. D. Theysohn, Die Grundursache des Arbeitmangels, der zunehmenden Verarmung und des Verderbens der Europäer. Zweibrücken 1848. 355 S.

137. Karl Arnd, Die naturgemäße Vertheilung der Güter gegenüber dem Communismus u. der Organisation der Arbeit des Louis Blanc. Frankfurt a. M. 1848. 59 S.

138. H. Escher, Die neue Phönix-Periode der Staatswissenschaft. Zürich 1848. 83 S.

139. Benno, Die Bewegung des Socialismus, Humanismus und Democratismus unserer Tage. Bautzen 1848. 123 S.

140. F. Armknecht, D. Communismus nach seinem Ursprunge, Wesen u. einzig untrügl. Heilmittel geschildert. Celle 1848. 33 S.

141. Eimer, Der heutige Sozialismus und seine prinzipielle Verdorbenheit. Freiburg 1848. 31 S.

142. Scheidtmann, Der Communismus und das Prolétariat. Leipzig 1848. 127 S.

143. F. W. Stahl, Kritik der socialen Reformen Frankreichs und ihrer Folgen. Erlangen 1848. 58 S.

144. H. Schumacher, Vorschläge zu gesetzl. Bestimmungen über die Stellung der ländl. Arbeiter in Mecklenburg. Schwerin 1848. 48 S.

145. Settegast, Anleitung zur Wirtschaftsführung auf größeren Landgütern mit bes. Berücksichtigung der Lage des ländlichen Arbeiters. Oppeln 1848. 143 S.

146. H. Schumacher, Verhandlungen über die Stellung der Tagelöhner auf den Höfen. Schwerin 1848. 24 S.

147. Stücker, Beitrag zur Lösung der Frage politisch-sozialer Reform in Preußen. 4°. Dresden 1848. 47 S.

148. Wohin führt die sog. Organisation der Arbeit? Leipzig 1848. 15 S.

149. Clemens-Simon, Theorie einer Arbeits-Organisation im Staate. Wien 1848. 18 S.

150. Lüchow, Die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit. Berlin 1848. 15 S.

151. A. Fehedi, Das Eigentum. Stuttgart 1848. 148 S.

152. An die Arbeiter und Arbeitsgeber. Ein wahres Wort in ernster Zeit von einem Arbeiter. Berlin 1848. 15 S.

153. Der Pariser Arbeiter Traum und Erwachen. Ein Wort der Warnung an die Deutschen. Stuttgart 1848. 15 S.

154. Vorschläge zur Abhülfe des Nothstandes d. Arbeiterklasse. Bockenheim 1849. 8 S.

155. Zur Arbeiterfrage. Berlin 1848. 12 S.

156. G. Bleibtreu, Industrie u. Proletariat. Ein Wort zur Beherzigung an Deutschlands Industrielle. Frankfurt a. M. 1848. 12 S.

157. A. Moritz, Ein Vorschlag z. Verbesserung der socialen Zustände mittelst einer Finanz-Operation. Stettin 1848. 8 S.

158. Die soziale Frage i. Vordergrunde? Oder die drei Hauptforderungen der Arbeiter an den Staat: Arbeit für jeden Müßigen, Brot für jeden Invaliden, freier Unterricht für jedes Arbeiter-Kind, in ihrer Ausführbarkeit nachgewiesen von einem Tuchfabrikanten. Grünberg 1848. 21 S.

159. A. W. Kruse, Zur Abhülfe des Proletariats. Elberfeld 1848. 20 S.

160. Arbeit und Geld. Von einem Arbeitgeber. Leipzig 1848. 16 S.

161. Der Nothstand der unteren Volksklassen mit seinen augenfälligen, nahen u. entfernten Ursachen u. den ausführbaren sicheren Mitteln zu seiner radikalen Bekämpfung. Von einem Ostpreußen. Königsberg 1848. 84 S.
162. HELD, Lösung der sozialen Frage. Berlin 1848. 43 S.
163. F. ROHMER, Der vierte Stand und die Monarchie. München 1848. 24 S.
164. M. LEIDESDORF, Vorschläge für Arbeiter und Arbeitgeber, sowie zur Verbesserung der sittlichen Erziehung u. Bildung der Jugend. Leipzig 1848. 20 S.
165. J. P. WAGNER, Was ist die Ursache des Nothstandes der Arbeiterklasse und in welcher Weise kann demselben entgegengewirkt werden? Frankfurt a. M. 1848. 21 S.
166. Die Selbsthülfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedelung. Berlin 1848. 86 S.
167. Emanzipation. Betrachtungen üb. die sozialen Verhältnisse. Von dem Verfasser d. Freiherrn v. Eulen-Spiegel. Breslau 1848. 102 S.
168. W. DIETERICI, Über preußische Zustände über Arbeit und Kapital. Berlin 1848. 76 S.
169. BÜLOW-CUMMEROW, Über die gegenwärtige allgem. Kreditlosigkeit und über die Mittel, sie gründlich z. beseitigen. Berlin 1848. 35 S.
170. M. LIBBERT, Wie ist der gegenwärtigen Geldkrisis sofort und auf immer kräftig entgegenzuwirken? Schwedt 1848. 15 S.
171. B. BURCHARDT, Entwurf eines Finanz-Planes zur Beseitigung des allgem. herrschenden Geldmangels. Berlin 1848. 14 S.
172. Ist von Schützzöllen oder von freiem Verkehr die Verbesserung der Arbeiterzustände zu erwarten? Frankfurt a. M. 1848. 16 S.
173. TH. REGNER, Die Welt ohne Geld. Buch für die Arbeiter. Wien 1848. 69 S.
174. A. SCHNEER, Was verlangt der deutsche Landmann im gegenw. Zeitpunkt? Breslau 1848. 15 S.
175. Die Hungerpest in Oberschlesien. Beleuchtung oberschlesischer und preuß. Zustände. Mannheim 1848. 172 S.
176. U. ZEHNDER, Die Not der Verarmung oder der Pauperismus u. die Mittel dagegen. Mit besond. Rücksicht auf den Kanton Zürich. Zürich 1848. 74 S.
177. F. SCHMITTHENNER, Über Pauperismus und Proletariat. Frankfurt a. M. 1848. 91 S.
178. F. G. SCHULZE, Über den deutschen Kornhandel u. die deutsche Volksbildung mit besond. Beziehung auf die Sicherung der Armen gegen Brotteurung. Jena 1848. 160 S.
179. GRAF M. MOLTKE, Einige Bemerkungen über eine zu versuchende Ausgleichung zwischen Hülfsbedürftigkeit u. Wohlstand. Hamburg 1848. 16 S.
180. Betrachtungen eines deutschen Proletariers. München 1848. 80 S.
181. E. LIESE, Über öffentl. Versorgung der arbeitenden Volksklasse in Tagen der Krankheit und Not. Arnsberg 1848. 100 S.
182. Programm des Vereins für sozialpolit. Reform. Berlin 1848. 43 S.
183. Beschlüsse d. Arbeiter-Kongresses zu Berlin vom 23. Aug. bis 3. Sept. 1848. Berlin 1848. 26 S.
184. Die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung in Wien. Von einem Bewohner Wiens. Zeitschr. d. Vereins f. deutsche Statistik II. Berlin 1848.

185. Die Emancipation der Tagelöhner. Güstrow 1849. 32 S.
186. C. F. Riecke, Einige Beobachtungen und Erfahrungen über die Quellen der zunehmenden Armut bei den Landbewohnern. Quedlinburg 1849. 45 S.
187. J. Schiffert, Gedanken über die sozialen Zustände u. Verhältnisse der Landbewohner u. vornehmlich die der Arbeiter. Königsberg 1849. 40 S.
188. D. Abegg, Zur Verarmungsfrage, mit besond. Berücksichtigung des Großherzogthums Baden. Rastatt 1849. 60 S.
189. J. M. Maier, Die Noth der untersten Volksklassen und ihre Abhilfe. Erlangen 1849. 182 S.
190. Karlson, Betrachtungen über den Nothstand der niederen Volksklassen in Deutschland und vornehmlich in Bayern. München 1849. 70 S.
191. Die Preisfrage des Königs, beantwortet nach Vernunft und Wahrheit. München 1849. 55 S.
192. N. von Schlichtegroll, Beitrag z. Lösung der Preisaufgabe: Durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Teutschlands und insonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden? München 1849. 24 S.
193. Über die Arbeiterfrage in Bayern aus Anlaß der Preisfrage des Königs. München 1849. 48 S.
194. J. B. Greger, Durch welche Mittel kann der materiellen Noth der unteren Klassen der Bevölkerung Deutschlands u. insonderh. Bayerns am zweckmäßigsten u. nachhaltigsten abgeholfen werden. München 1849. 63 S.
195. Levinstein, Zur Geschichte uns. Zeit. III. Zur Arbeitsfrage. Berlin 1849. 16 S.
196. Graf v. Bressler, Die sozialen Fragen und ihre Beantwortung. Berlin 1849. 39 S.
197. F. Geittner, Brodt für die Arbeiter! Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage vom praktisch-religiös-sittl. Standpunkte. Breslau 1849. 63 S.
198. Wildner-Maithstein, Populäre Gespräche über menschliche Bestimmung u. Würde, über Recht u. Freiheit, Eigentum, Güterverteilung, Reichtum u. Armut, Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit u. Maschinengebrauch, rote Republik u. Brüderlichkeit. Wien 1849. 48 S.
199. J. Weiske, Das deutsche Recht, der Schutz der Arbeit. Leipzig 1849. 42 S.
200. F. Harkort, Brief an die Arbeiter. Berlin 1849. 4 S.
201. C. L. Michelet, Die Lösung der gesellschaftlichen Frage. Frankfurt a. d. O. 1849. 149 S.
202. S. Bähler, Die Entstehung der Arbeitslosigkeit und das zerstörte Handels-Gewerbe und Verkehrsleben . . . oder die Völker am Vorabend einer 3fachen fürchterl. Erschütterung. Bern 1849. 96 S.
203. K. F. Schnell, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse, namentlich auf dem Lande. Gekrönte Preisschrift. Berlin 1849. 63 S.
204. Die Theorie des Socialismus und die erfahrungsmäßige Praxis des gesunden Menschen-Verstandes. Leipzig 1849. 42 S.
205. Von den Mitteln, den Zustand der Arbeiter gründlich und auf die Dauer zu verbessern. Berlin 1849. 172 S.

206. Das Buch der nächsten Zukunft. Oder Vorgesichte (Vorgeschichten) u. Prophezeiungen aus dem Volke über die nächsten polit. u. sozialen Verhältnisse des Jahres 1850. Berlin 1849. 24 S.

207. F. G. SCHULTZE, Die Arbeiterfrage nach den Grundsätzen der deutschen Nationalökonomie. Jena 1849. 188 S.

208. LAVERGNE-PEGUILHEN, Antrag an die Kammer die Regierung zur Errichtung eines sozial-politischen Zentralinstitutes aufzufordern. Drucksachen der I. Kammer. 4°. Berlin 1849. 8 S.

209. J. STAHL, Die Revolution und die constitutionelle Monarchie. 2. vermehrte Aufl. Berlin 1849. 113 S.

210. E. FR. WAGNER, Kritische Bemerkungen u. Enthüllungen über viele Vorgänge und Verhältnisse der neuesten Zeit, oder die europ. Revolutionspropagande in ihren Wirkungen. Berlin 1849. 133 S.

211. A. RUGE, Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat u. der sozial-demokrat. Freistaat. Leipzig 1849. 78 S.

212. DEGENKOLB, Arbeits-Verhältnisse. Frankfurt a. M. 1849. 82 S.

213. Zur Lösung der soz. Frage. Berlin 1849. 37 S.

214. Statuten des Berliner Bezirks der deutschen Arbeiter-Verbrüderung. Berlin 1849. 11 S.

215. Bericht über die Wirksamkeit des Berliner Bezirks der deutschen Arbeiter-Verbrüderung. I. Gesundheitspflege. Berlin 1849. 22 S.

216. J. GREGER, Urtheil über die Frhr. v. Holzschuher'sche Preisschrift u. d. Vertheidigung meines Mittels für Armenhilfe. München 1850. 150 S.

217. A. v. HOLZSCHUHER, Die materielle Noth d. unteren Volksklassen und ihre Ursachen. Gekr. Preisschrift. Augsburg 1850. 148 S.; II. unveränderte Aufl. 1850.

218. ESCHERICH, Vorschläge z. Milderung d. materiellen Noth d. unteren Volksklassen. Stuttgart 1850. 70 S.

219. H. C. BRUNNER, Über Noth und Hülfe in allen Ständen u. Klassen. Landshut 1850. 102 S.

220. L. MERZ, Über die Linderung d. herrschenden Nothstandes, mit Benützung der über die Preisfrage des Königs Max II. von Bayern erschienenen Schriften. Regensburg 1850. 116 S.

221. M. VON PRITTWITZ, Die Schanzer in Ulm. Ein Beitrag zur prakt. Volkswirtschaft. Nebst einer Abhandlung über die Not der arbeitenden Klassen und deren Abhilfe. Ulm 1850. 94 S.

222. Leben u. Meinungen eines Proletariers. Ein Buch für arme Leute u. armer Leute Freunde. Zwickau 1850. 222 S.

223. C. L. v. HALLER, Die wahren Ursachen und die einzig wirksamen Abhülfsmittel der allgem. Verarmung und Verdienstlosigkeit. Schaffhausen 1850. 112 S.

224. VIOLAND, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich. Leipzig 1850. 280 S.

225. W. H. RIEHL, Der vierte Stand. (Deutsch. Vierteljahrsschrift 1850.)

226. S. C. VON KAPFF, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel. Gekr. Preisschrift. Hamburg 1851. 151 S.

227. W. H. SURINGAR, Betrachtungen über die Organisation der unteren Klassen der Gesellschaft, mit bes. Rücksicht auf das Armenpatronat. Öhringen 1851. 45 S.

228. VOLZ, Die Fabrikbevölkerung des Ober-Elsasses im Jahre 1851.

(Zeitschr. für d. ges. Staatswiss. 1851.)

229. Graf Arnim-Blumbekg, Die höheren Stände, wie sie sein sollten, und wie sie sind. 1851. Ohne Verlagsort. Gedr. in Berlin. 29 S.

230. Fr. Harkort, Über Volksbanken. Berlin 1851. 24 S.

231. F. F. Zyro, Anti-Pauperismus oder prinzipielle Organisation aller Lebensverhältnisse zu Unterstützung der Bedürftigen u. zu Verminderung menschlichen Elends. Bern 1851. 397 S.

232. A. K., Die Ursachen des Pauperismus unter den deutschen Handwerkern. (Deutsche Vierteljahrsschrift 1850.)

233. D. Born, Über die Freiheit des Gewerbes und der Wirksamkeit des Kapitels auf die Lage der arbeitenden Klassen. Berlin 1851. 23 S.

234. A. von Minutoli, Die Lage der Weber und Spinner im schles. Gebirge u. die Maßregeln der preuß. Staatsregierung zur Verbesserung ihrer Lage. Berlin 1851. 124 S.

235. A. Widmann, Die Gesetze der soz. Bewegung. Jena 1851. 326 S.

236. R. Virchow, Die Noth im Spessart. Würzburg 1852. 56 S.

237. G. K. (G. Kloth), Der Fabrikherr. Eine Geschichte der jüngeren Zeit. Aachen 1852. 500 S.

238. Fr. Harkort, Zweiter Bürger- u. Bauernbrief. Elberfeld 1852. 22 S.

239. E. Baumstark, Die Geschichte der arbeitenden Klasse. Greifswald 1853. 54 S.

240. J. B. (J. Balmer), Über Arbeiter-Wohnungen in und um Basel. Im Auftrage der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse. Basel 1853. 64 S.

241. Th. Mundt, Neuere Bestrebungen zu einer wirtschaftl. Reform der unteren Volksklassen, bes. in norddeutschen Verhältnissen. (Deutsch. Vierteljahrsschrift 1855.)

242. Mitteilungen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. I.—III. Jahrgang u. neue Folge. 1848—55. Berlin 4 Bde. 1849—55.

243. Von einem Arbeiter, Die Lage der schweizerisch. Fabrikbevölkerung und Vorschläge zur Hebung derselben. Winterthur 1855. 52 S.

244. L. Besser, Armut oder Arbeit. Leipzig 1855. 342 S.

245. B. Graf zu Dohna, Analyse der socialen Not. Berlin 1856. 32 S.

246. H. Bobemer, Die industrielle Revolution mit bes. Berücksichtigung auf die erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse. Dresden 1856. 136 S.

247. L. Beschoren, Die Neubelebung des Eisenhüttenwesens als Mittel gegen den Nothstand im Ober-Erzgebirge. Freiberg 1856. 28 S.

248. A. Lette, Über den Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung im preuß. Staate und die Gesetzgebung zur Verbesserung dieses Zustandes. Berlin 1856. 102 S.

249. Mitteilungen aus den Akten der züricherischen Fabrikkommission. Zusammengest. und bearb. von J. J. Treischler. 2 Bde. Zürich 1858. 295 u. 68 S.

II.

250. FR. HEUSINGER, Deutschlands Wohlstand an Stelle des durch die Übervölkerung hervorgebrachten Notstandes. Frankfurt a. M 1830.
251. I. B. KASTNER, Der Revolutionismus unserer Tage. Sulzburg 1831.
252. TEPPENBORN, Die vollkommene Assoziation. Ein Beitrag zur ruhigen Lösung aller groß. Fragen dieser Zeit. Augsburg 1834.
253. S. JUSTUS, Ist die Klage über die zunehmende Verarmung u. Nahrungslosigkeit in Deutschland gegründet? Leipzig 1836.
254. Der Kommunismus in seiner prakt. Anwendung. Schaffhausen 1843.
255. A. STILCH, Die schlechte Zeit, oder Geld, Spekulation und Arbeit. Breslau 1844.
256. F. HARKORT, Der Verein zur Hebung der unteren Volksklassen. Elberfeld 1845.
257. KARL ARND, Die naturgemäße Volkswirtschaft gegenüber dem Monopoliengeist und Kommunismus. Hanau 1845.
258. Abbruch und Neuzeit oder Jetztzeit und Zukunft. Von Michael (Dr. Grieb). Stuttgart 1846.
259. F. SASS, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung. Berlin 1846.
260. (H. GELZER), Die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1832. Ein Beitrag zur Geschichte des modernen Radikalismus und Kommunismus. Basel 1847.
261. LAFAURIE, Die philosophische u. soziale Bewegung der Zeit. (Jahrbücher der Gegenwart. Herausg. von SCHWEGLER 1847.)
262. HASEMANN, Die Armutsfrage. Ursachen u. Heilmittel des Pauperismus unserer Zeit. Halle 1847.
263. Die Zustände der arbeitenden Klassen. Beleuchtet von einem Proletarier. Düsseldorf 1847.
264. MAX, Die französ. Volkslitteratur seit 1832. Leipzig 1847.
265. TH. HILDEGARD D. ÄLT., 12 Paragraphen über Pauperismus u. die Mittel, ihm zu steuern. Heidelberg 1847.
266. Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen. 1. Bericht über die Beratungen der vorbereitenden Kommission. 548 S. 2. Fragepunkte über die Ausschüsse der Gewerbetreibenden und Arbeiter. 564 S. 3. Mitteilungen über die Verhandlungen der Kommission. 370 S. Dresden 1848—49.
267. Fährmann, hol' über! Bilder in festen Umrissen. Berlin 1848.
268. A. VON BERG, Über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter und die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage. Oldenburg 1848.
269. JOHANN LÖWE, Was fehlt noch? Vorschläge zur sozialen Reform. Leipzig 1848.
270. J. C. FRENZEL, Praktische Ratschläge z. Verminderung des Proletariates auf dem Lande und in den Städten. Breslau 1849.
271. C. F. KREYSSIG, Denkschrift über die Not der Arbeiter u. gewerbl. Klassen. Berlin 1849.
272. FR. J. HOFGÄRTNER, Über Proletariat, Landwirtschaft und Auswanderung. Augsburg 1849.
273. VINET, Der Sozialismus in seinem Prinzip betrachtet. Aus dem Französischen. Berlin 1849.

274. H. Merz, Armut u. Christentum. Bilder u. Winke zum christlichen Kommunismus und Sozialismus. Stuttgart 1849.

275. E. D. Fabry, Der Notstand unserer Zeit und seine Hebung. Leipzig 1850.

276. Harkort, Anklage, Verteidigung u. Freisprechung d. erst. Bürger- u. Bauernbriefes vor d. kgl. Kriminalgerichte z. Berlin. Elberfeld 1851.

277. C. W. Hoffmann, Die Wohnungen der Arbeiter und Armen. Berlin 1852.

Die neueste Sozialpolitik in North Dakota.

Von

Halvdan Koht (Kristiania).

Sozialismus ist beinahe ein verpöntes Wort in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Staate New York sind die sozialistischen Mitglieder aus der Legislatur eben jüngst verwiesen worden, aus keiner anderen Ursache als weil sie ihren Sozialismus offen bekennen. Der Weltkrieg ist schuld daran, daß die Sozialisten wie wahre Landesfeinde betrachtet werden, weil sie dem Eintreten Amerikas in den Krieg prinzipiellen Widerstand entgegengesetzt haben; deswegen befinden sich die sozialistischen Führer, so z. B. auch der Präsidentschaftskandidat EUGENE V. DEBS, augenblicklich im Zuchthaus, und die sozialistische Agitation wird in jeder Weise gehemmt und verfolgt. Es ist aber auch leicht verständlich, daß der Sozialismus von vornherein der amerikanischen Gesellschaft und Denkweise fremd und feindselig gegenübertrat. Die gesamte Entwicklung hat dem Charakter des amerikanischen Volkes einen Zug starken Individualismus aufgeprägt und fast nirgends ist dem Kapitalismus so freier Spielraum gewährt worden wie in Amerika. Die organisierte sozialistische Bewegung hat darum dort mit überaus großen Schwierigkeiten kämpfen müssen und ist nur spät und langsam herangewachsen. Dennoch wagte ich es, als ich vor zehn Jahren, nach längerem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten, die dortigen gewaltigen Gegensätze zwischen Großkapital und Arbeit schilderte [1]), darauf hinzuweisen, daß sozialistische Ideen tatsächlich in hohem Maß die innere Politik der Staaten beherrschen, und zu prophezeien, daß die Sozialisierung in Amerika vielleicht rascher in Erscheinung treten möchte als in manchen anderen Ländern. In der Tat erzielten damals im nächstfolgenden Herbste die Sozialisten einen bei den Staatswahlen bedeutenden Erfolg, und

---

[1]) Vgl. mein Buch: Pengemagt og arbeid i Amerika, Kristiania 1910.

als noch bemerkenswerter erschien mir, daß der Gedanke öffentlicher Regelung der kapitalistischen Wirtschaft in den alten Parteien, besonders bei den Republikanern, immer kräftigeren Widerhall fand. Geschichtlich ist es ja weniger wichtig, daß die Menschen sich Sozialisten nennen, als daß sie sozialistisch handeln. In meiner Geschichte der Sozialdemokratie[1]) glaubte ich dann auch, gestützt auf die späteren Ereignisse, wiederholen zu können, daß der Sozialismus — wenngleich nicht unter dieser Etikette — in der aktuellen amerikanischen Politik stetig bedeutsamer hervortritt und den Problemen der Gegenwart sein Gepräge aufdrückt. Ich habe nun ein neues Geschehnis zu verzeichnen, das diese meine Auffassung zu bestätigen scheint und das eben aus diesem Gesichtspunkte lebhaftes Interesse gewinnt. Ich meine die Bauernpolitik von North Dakota.

Dieser Staat, einer der jüngsten innerhalb der Union, weil erst seit einem Menschenalter, seit 1889, konstituiert, hat auf besondere Teilnahme von europäischer Seite Anspruch, da mehr als zwei Drittel seiner Bevölkerung direkt europäischer (darunter zu 30 % norwegischer, zu 15 % deutscher) Herkunft sind. Die Deutschen wie die Skandinavier bilden in Amerika im allgemeinen ein stark konservatives Element der Gesellschaft. Man sollte also meinen, daß ihr Konservatismus noch Steigerung erfahren müßte, wo sie sich, wie in North Dakota, als Bauern niedergelassen haben. Geschichtliche Erfahrung lehrt aber, wie ich glaube, daß eine bäuerliche Gesellschaft, gerade kraft ihres natürlichen Konservatismus, unter gewissen Bedingungen zu einer ausgesprochenen radikalen Politik hingetrieben wird; dann nämlich, wenn sie sich gegen fremde Wirtschaftsformen, besonders gegen einen städtischen Kapitalismus, wehren muß. Eine derartige Umwandlung des bäuerlichen Konservatismus tritt uns z. B. gleichermaßen im alten Attika wie im modernen Norwegen entgegen, in besonders scharfer Ausprägung aber in Amerika.

Während des letzten halben Jahrhunderts sind über die Vereinigten Staaten mächtige Wellen eines Radikalismus gerollt, der Forderungen mehr oder weniger sozialistischen Gehaltes erhoben hat, und die Träger solcher Forderungen sind eben die

1) Sosialdemokratie, historisk yversyn, Kristiania 1915.

Bauern gewesen. Ich erinnere an die Grange-Bewegung der 70er Jahre, die Farmer's-Alliance der 80er, die Populisten der 90er. Alle diese Strömungen zogen ihre Stärke hauptsächlich aus der bäuerlichen Bevölkerung, namentlich des Nordwestens, und richteten sich offenkundig gegen den vordringenden Kapitalismus, die Eisenbahnkompagnien und die mächtigen Trustkorporationen. Zu ihren Zielen gehörten die Überleitung aller Kommunikationsmittel in den Besitz der Regierung, die gesetzliche Regelung der Preise der industriellen Massenartikel, die Rettung der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft aus den Wirbeln der Spekulation, sei es durch öffentliche Kaufpflicht und öffentliche Niederlagen, sei es durch freiwillige Kooporation. Tatsächlich gelang es auch, diese Forderungen teilweise durchzusetzen: einige durch Unionsgesetze (wie den Interstate Commerce Act von 1887), einige wieder durch staatliche Maßnahmen. Allerdings jedoch nur teilweise. Niemals ist es gelungen, eine neue politische Partei auf Grund solcher radikaler Wirtschaftspolitik mit Dauercharakter zu organisieren und innerhalb der alten Parteien siegte immer wieder der soziale Konservatismus, der kapitalistische Freiheitsbegriff. All die geplanten Eingriffe in das Wirtschaftsleben erschienen als allzu sozialistisch und als gar zu un-amerikanisch. Der Kampf gegen den Kapitalismus hat jedoch immer aufs neue die Bauern auf den Plan gerufen. Während der letzten fünf Jahre hat er in North Dakota ein neues Zentrum gefunden, und die dortigen Bauern haben bewußt ein Bündnis mit den Arbeitern für ihre radikale Politik gesucht.

North Dakota ist ein fast reiner Bauernstaat. Die Quelle seines Reichtums ist hauptsächlich der Weizenbau und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus selbständigen Farmern. Der prächtige Ackerboden, besonders im Red River-Tal, hat einen steten Strom von Einwanderern angelockt und die Einwohnerzahl ist in den zwei Jahrzehnten von 1890 bis 1910 von kaum 180 000 auf 580 000 angewachsen, hat sich also mehr als verdreifacht. Der Gesamtwert der Höfe hat im Jahre 1910 fast 1 Milliarde Dollars erreicht, und ihr Ertrag wurde gleichzeitig mit 180 Mill. Dollars angeschlagen, wovon auf den Weizen 109, auf den Hafer 24 und auf den Leinsamen $15^{1}/_{2}$ Mill. entfielen.

Der Überschuß dieser Produkte wird gröstenteils nach den großen Märkten in Minnesota, namentlich nach Minneapolis und Duluth ausgeführt. Doch hat man während der letzten Jahre immer mehr begonnen, die Rohprodukte innerhalb des Staates selbst zu bearbeiten. Besonders in der Stadt Grand Forks sind große Mühlen entstanden und auch andere Industrien, für die die einheimische Urproduktion die nötigen Rohstoffe bietet, sind im Aufblühen. Insbesondere fehlt es auch nicht an Kohlen und Petroleum. Das Land wird bereits nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen; und so entwickelt sich neben der Bauern- eine immer zahlreichere Arbeiterklasse.

Lange hatten sich die Bauern ökonomisch und politisch als freie Herren im Lande gefühlt. Sie hatten den Boden kostenfrei erhalten, er warf bedeutenden Ertrag ohne großen Aufwand an Arbeit und Kapital ab und die Erzeugnisse fanden leicht und sicher Absatz. Allmählich aber wurde es anders. Es zeigten sich die Schwierigkeiten, die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu sein pflegen. Der Betrieb forderte immer mehr Arbeit, immer mehr Maschinen, immer mehr Geld, Kredit mußte in Anspruch genommen werden, und im Jahre 1910 war bereits mehr als die Hälfte der Farmen hypothekarisch belastet. Früher schon hatten viele Wirte von der eigenen Scholle weichen müssen und 1910 wurde bereits ein Siebentel aller bäuerlicher Betriebe von Nichteigentümern bewirtschaftet. In dem Maße, in dem die Farmer in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaft hineingezogen wurden, drängte sich ihnen immer stärker die Erkenntnis auf, daß sie keineswegs so frei und selbständig lebten, wie sie sich eingebildet hatten, daß sie vielmehr von den großen Eisenbahngesellschaften und den mächtigen Trusts, außerstaatlichen Organisationen insgesamt, ganz und gar abhängig seien. Gegenüber der Willkür der Eisenbahnen in der Festsetzung der Tarife für die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Lagerhäuser bei der Entscheidung über deren Gradierung und Preis versagte die vermeintliche Freiheit vollständig: die Gestaltung ihres Einkommens und damit ihrer ganzen Lebensbedingungen lagen tatsächlich in fremden Händen.

So bildete sich denn allgemach die Überzeugung heraus, daß die Bauern einfach um ihren rechtmässigen Lohn betrogen würden.

Die Statistik erwies, daß die Elevatoren von Minneapolis im Laufe von zwei Jahren — vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 — etwa 5 1/2 Mill. hl. erstklassigen Weizen übernommen, während desselben Zeitraumes aber 7 Mill. hl. Weizen gleicher Qualität verkauft hatten — ohne daß doch vorher irgend ein Quantum eingelagert gewesen wäre, während andererseits am Schlusse der Kampagne noch etwa 40 000 hl. erübrigten. Von zweitgradigem Weizen hatten dieselben Lagerhäuser im gleichen Zeitraum 7 Mill. hl übernommen und fast 8 Mill. auf den Markt bringen können. Wie hatte dies anders geschehen können, als daß die überschüssigen Mengen erster und zweiter Qualität den von den Farmern eingelagerten entnommen waren, die also falsch gradiert, d. h. als minderwertig ausgegeben und demgemäß nicht zu ihrem vollen Werte bezahlt wurden? Ganz ähnlich war der Vorgang bei den Elevatoren von Duluth und die Farmerbevölkerung des Nordwestens vermochte auszurechnen, daß sie durch diese falsche Gradierung des Weizens alljährlich um 3—400 Mill. Mark betrogen wurde.

Ähnlichen betrügerischen Manipulationen kam man auch in den Berechnungen der Frachtspesen auf den Bahnen und auf anderen Gebieten auf die Spur. Und gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß dieselben Kompagnien, die sich so auf Kosten der bäuerlichen Arbeit bereicherten, fast keine Staatssteuern zahlten, so daß die Bauern noch dazu die ganze Schwere der Steuerlast tragen mußten. Nicht genug daran gestalteten sich die Prämien, welche die großen Versicherungsgesellschaften forderten, unmäßig hart und nicht weniger unberechtigt hoch wurde der Darlehenszins empfunden. Der Theorie und den Gesetzen nach sollte in all den genannten Beziehungen freie Konkurrenz herrschen, tatsächlich aber merkten die Bauern, daß sie es immer und überall mit einer und derselben Geldmacht zu tun hatten, daß sie überall auf den gleichen organisierten Kapitalismus stießen und daher ihm gegenüber stets den kürzeren ziehen müßten, wenn nichts unternommen würde, um diese Gebundenheit zu brechen, unter der sie so sehr litten.

Aus dieser sich immer mehr vertiefenden Erkenntnis heraus entbrannte der Kampf, und sein Ablauf war ein ganz typischer.

Die Farmer begriffen, daß sie ihrerseits sich ebenfalls organi-

Der Überschuß dieser Produkte wird gröstenteils nach den großen Märkten in Minnesota, namentlich nach Minneapolis und Duluth ausgeführt. Doch hat man während der letzten Jahre immer mehr begonnen, die Rohprodukte innerhalb des Staates selbst zu bearbeiten. Besonders in der Stadt Grand Forks sind große Mühlen entstanden und auch andere Industrien, für die die einheimische Urproduktion die nötigen Rohstoffe bietet, sind im Aufblühen. Insbesondere fehlt es auch nicht an Kohlen und Petroleum. Das Land wird bereits nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen; und so entwickelt sich neben der Bauern- eine immer zahlreichere Arbeiterklasse.

Lange hatten sich die Bauern ökonomisch und politisch als freie Herren im Lande gefühlt. Sie hatten den Boden kostenfrei erhalten, er warf bedeutenden Ertrag ohne großen Aufwand an Arbeit und Kapital ab und die Erzeugnisse fanden leicht und sicher Absatz. Allmählich aber wurde es anders. Es zeigten sich die Schwierigkeiten, die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu sein pflegen. Der Betrieb forderte immer mehr Arbeit, immer mehr Maschinen, immer mehr Geld, Kredit mußte in Anspruch genommen werden, und im Jahre 1910 war bereits mehr als die Hälfte der Farmen hypothekarisch belastet. Früher schon hatten viele Wirte von der eigenen Scholle weichen müssen und 1910 wurde bereits ein Siebentel aller bäuerlicher Betriebe von Nichteigentümern bewirtschaftet. In dem Maße, in dem die Farmer in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaft hineingezogen wurden, drängte sich ihnen immer stärker die Erkenntnis auf, daß sie keineswegs so frei und selbständig lebten, wie sie sich eingebildet hatten, daß sie vielmehr von den großen Eisenbahngesellschaften und den mächtigen Trusts, außerstaatlichen Organisationen insgesamt, ganz und gar abhängig seien. Gegenüber der Willkür der Eisenbahnen in der Festsetzung der Tarife für die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Lagerhäuser bei der Entscheidung über deren Gradierung und Preis versagte die vermeintliche Freiheit vollständig: die Gestaltung ihres Einkommens und damit ihrer ganzen Lebensbedingungen lagen tatsächlich in fremden Händen.

So bildete sich denn allgemach die Überzeugung heraus, daß die Bauern einfach um ihren rechtmässigen Lohn betrogen würden.

Die Statistik erwies, daß die Elevatoren von Minneapolis im Laufe von zwei Jahren — vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 — etwa 5 1/2 Mill. hl. erstklassigen Weizen übernommen, während desselben Zeitraumes aber 7 Mill. hl. Weizen gleicher Qualität verkauft hatten — ohne daß doch vorher irgend ein Quantum eingelagert gewesen wäre, während andererseits am Schlusse der Kampagne noch etwa 40 000 hl. erübrigten. Von zweitgradigem Weizen hatten dieselben Lagerhäuser im gleichen Zeitraum 7 Mill. hl übernommen und fast 8 Mill. auf den Markt bringen können. Wie hatte dies anders geschehen können, als daß die überschüssigen Mengen erster und zweiter Qualität den von den Farmern eingelagerten entnommen waren, die also falsch gradiert, d. h. als minderwertig ausgegeben und demgemäß nicht zu ihrem vollen Werte bezahlt wurden? Ganz ähnlich war der Vorgang bei den Elevatoren von Duluth und die Farmerbevölkerung des Nordwestens vermochte auszurechnen, daß sie durch diese falsche Gradierung des Weizens alljährlich um 3—400 Mill. Mark betrogen wurde.

Ähnlichen betrügerischen Manipulationen kam man auch in den Berechnungen der Frachtspesen auf den Bahnen und auf anderen Gebieten auf die Spur. Und gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß dieselben Kompagnien, die sich so auf Kosten der bäuerlichen Arbeit bereicherten, fast keine Staatssteuern zahlten, so daß die Bauern noch dazu die ganze Schwere der Steuerlast tragen mußten. Nicht genug daran gestalteten sich die Prämien, welche die großen Versicherungsgesellschaften forderten, unmäßig hart und nicht weniger unberechtigt hoch wurde der Darlehenszins empfunden. Der Theorie und den Gesetzen nach sollte in all den genannten Beziehungen freie Konkurrenz herrschen, tatsächlich aber merkten die Bauern, daß sie es immer und überall mit einer und derselben Geldmacht zu tun hatten, daß sie überall auf den gleichen organisierten Kapitalismus stießen und daher ihm gegenüber stets den kürzeren ziehen müßten, wenn nichts unternommen würde, um diese Gebundenheit zu brechen, unter der sie so sehr litten.

Aus dieser sich immer mehr vertiefenden Erkenntnis heraus entbrannte der Kampf, und sein Ablauf war ein ganz typischer.

Die Farmer begriffen, daß sie ihrerseits sich ebenfalls organi-

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. Townley. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

274. H. MERZ, Armut u. Christentum. Bilder u. Winke zum christlichen Kommunismus und Sozialismus. Stuttgart 1849.

275. E. D. FABRY, Der Notstand unserer Zeit und seine Hebung. Leipzig 1850.

276. HARKORT, Anklage, Verteidigung u. Freisprechung d. erst. Bürger- u. Bauernbriefes vor d. kgl. Kriminalgerichte z. Berlin. Elberfeld 1851.

277. C. W. HOFFMANN, Die Wohnungen der Arbeiter und Armen. Berlin 1852.

Die neueste Sozialpolitik in North Dakota.

Von

Halvdan Koht (Kristiania).

Sozialismus ist beinahe ein verpöntes Wort in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Staate New York sind die sozialistischen Mitglieder aus der Legislatur eben jüngst verwiesen worden, aus keiner anderen Ursache als weil sie ihren Sozialismus offen bekennen. Der Weltkrieg ist schuld daran, daß die Sozialisten wie wahre Landesfeinde betrachtet werden, weil sie dem Eintreten Amerikas in den Krieg prinzipiellen Widerstand entgegengesetzt haben; deswegen befinden sich die sozialistischen Führer, so z. B. auch der Präsidentschaftskandidat Eugene V. Debs, augenblicklich im Zuchthaus, und die sozialistische Agitation wird in jeder Weise gehemmt und verfolgt. Es ist aber auch leicht verständlich, daß der Sozialismus von vornherein der amerikanischen Gesellschaft und Denkweise fremd und feindselig gegenübertrat. Die gesamte Entwicklung hat dem Charakter des amerikanischen Volkes einen Zug starken Individualismus aufgeprägt und fast nirgends ist dem Kapitalismus so freier Spielraum gewährt worden wie in Amerika. Die organisierte sozialistische Bewegung hat darum dort mit überaus großen Schwierigkeiten kämpfen müssen und ist nur spät und langsam herangewachsen. Dennoch wagte ich es, als ich vor zehn Jahren, nach längerem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten, die dortigen gewaltigen Gegensätze zwischen Großkapital und Arbeit schilderte[1]), darauf hinzuweisen, daß sozialistische Ideen tatsächlich in hohem Maß die innere Politik der Staaten beherrschen, und zu prophezeien, daß die Sozialisierung in Amerika vielleicht rascher in Erscheinung treten möchte als in manchen anderen Ländern. In der Tat erzielten damals im nächstfolgenden Herbste die Sozialisten einen bei den Staatswahlen bedeutenden Erfolg, und

---

[1]) Vgl. mein Buch: Pengemagt og arbeid i Amerika, Kristiania 1910.

als noch bemerkenswerter erschien mir, daß der Gedanke öffentlicher Regelung der kapitalistischen Wirtschaft in den alten Parteien, besonders bei den Republikanern, immer kräftigeren Widerhall fand. Geschichtlich ist es ja weniger wichtig, daß die Menschen sich Sozialisten nennen, als daß sie sozialistisch handeln. In meiner Geschichte der Sozialdemokratie [1]) glaubte ich dann auch, gestützt auf die späteren Ereignisse, wiederholen zu können, daß der Sozialismus — wenngleich nicht unter dieser Etikette — in der aktuellen amerikanischen Politik stetig bedeutsamer hervortritt und den Problemen der Gegenwart sein Gepräge aufdrückt. Ich habe nun ein neues Geschehnis zu verzeichnen, das diese meine Auffassung zu bestätigen scheint und das eben aus diesem Gesichtspunkte lebhaftes Interesse gewinnt. Ich meine die Bauernpolitik von North Dakota.

Dieser Staat, einer der jüngsten innerhalb der Union, weil erst seit einem Menschenalter, seit 1889, konstituiert, hat auf besondere Teilnahme von europäischer Seite Anspruch, da mehr als zwei Drittel seiner Bevölkerung direkt europäischer (darunter zu 30 % norwegischer, zu 15 % deutscher) Herkunft sind. Die Deutschen wie die Skandinavier bilden in Amerika im allgemeinen ein stark konservatives Element der Gesellschaft. Man sollte also meinen, daß ihr Konservatismus noch Steigerung erfahren müßte, wo sie sich, wie in North Dakota, als Bauern niedergelassen haben. Geschichtliche Erfahrung lehrt aber, wie ich glaube, daß eine bäuerliche Gesellschaft, gerade kraft ihres natürlichen Konservatismus, unter gewissen Bedingungen zu einer ausgesprochenen radikalen Politik hingetrieben wird; dann nämlich, wenn sie sich gegen fremde Wirtschaftsformen, besonders gegen einen städtischen Kapitalismus, wehren muß. Eine derartige Umwandlung des bäuerlichen Konservatismus tritt uns z. B. gleichermaßen im alten Attika wie im modernen Norwegen entgegen, in besonders scharfer Ausprägung aber in Amerika.

Während des letzten halben Jahrhunderts sind über die Vereinigten Staaten mächtige Wellen eines Radikalismus gerollt, der Forderungen mehr oder weniger sozialistischen Gehaltes erhoben hat, und die Träger solcher Forderungen sind eben die

1) Sosialdemokratie, historisk yversyn, Kristiania 1915.

Bauern gewesen. Ich erinnere an die Grange-Bewegung der 70er Jahre, die Farmer's-Alliance der 80er, die Populisten der 90er. Alle diese Strömungen zogen ihre Stärke hauptsächlich aus der bäuerlichen Bevölkerung, namentlich des Nordwestens, und richteten sich offenkundig gegen den vordringenden Kapitalismus, die Eisenbahnkompagnien und die mächtigen Trustkorporationen. Zu ihren Zielen gehörten die Überleitung aller Kommunikationsmittel in den Besitz der Regierung, die gesetzliche Regelung der Preise der industriellen Massenartikel, die Rettung der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft aus den Wirbeln der Spekulation, sei es durch öffentliche Kaufpflicht und öffentliche Niederlagen, sei es durch freiwillige Kooporation. Tatsächlich gelang es auch, diese Forderungen teilweise durchzusetzen: einige durch Unionsgesetze (wie den Interstate Commerce Act von 1887), einige wieder durch staatliche Maßnahmen. Allerdings jedoch nur teilweise. Niemals ist es gelungen, eine neue politische Partei auf Grund solcher radikaler Wirtschaftspolitik mit Dauercharakter zu organisieren und innerhalb der alten Parteien siegte immer wieder der soziale Konservatismus, der kapitalistische Freiheitsbegriff. All die geplanten Eingriffe in das Wirtschaftsleben erschienen als allzu sozialistisch und als gar zu un-amerikanisch. Der Kampf gegen den Kapitalismus hat jedoch immer aufs neue die Bauern auf den Plan gerufen. Während der letzten fünf Jahre hat er in North Dakota ein neues Zentrum gefunden, und die dortigen Bauern haben bewüßt ein Bündnis mit den Arbeitern für ihre radikale Politik gesucht.

North Dakota ist ein fast reiner Bauernstaat. Die Quelle seines Reichtums ist hauptsächlich der Weizenbau und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus selbständigen Farmern. Der prächtige Ackerboden, besonders im Red River-Tal, hat einen steten Strom von Einwanderern angelockt und die Einwohnerzahl ist in den zwei Jahrzehnten von 1890 bis 1910 von kaum 180 000 auf 580 000 angewachsen, hat sich also mehr als verdreifacht. Der Gesamtwert der Höfe hat im Jahre 1910 fast 1 Milliarde Dollars erreicht, und ihr Ertrag wurde gleichzeitig mit 180 Mill. Dollars angeschlagen, wovon auf den Weizen 109, auf den Hafer 24 und auf den Leinsamen 15½ Mill. entfielen.

Der Überschuß dieser Produkte wird gröstenteils nach den großen Märkten in Minnesota, namentlich nach Minneapolis und Duluth ausgeführt. Doch hat man während der letzten Jahre immer mehr begonnen, die Rohprodukte innerhalb des Staates selbst zu bearbeiten. Besonders in der Stadt Grand Forks sind große Mühlen entstanden und auch andere Industrien, für die die einheimische Urproduktion die nötigen Rohstoffe bietet, sind im Aufblühen. Insbesondere fehlt es auch nicht an Kohlen und Petroleum. Das Land wird bereits nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen; und so entwickelt sich neben der Bauern- eine immer zahlreichere Arbeiterklasse.

Lange hatten sich die Bauern ökonomisch und politisch als freie Herren im Lande gefühlt. Sie hatten den Boden kostenfrei erhalten, er warf bedeutenden Ertrag ohne großen Aufwand an Arbeit und Kapital ab und die Erzeugnisse fanden leicht und sicher Absatz. Allmählich aber wurde es anders. Es zeigten sich die Schwierigkeiten, die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu sein pflegen. Der Betrieb forderte immer mehr Arbeit, immer mehr Maschinen, immer mehr Geld, Kredit mußte in Anspruch genommen werden, und im Jahre 1910 war bereits mehr als die Hälfte der Farmen hypothekarisch belastet. Früher schon hatten viele Wirte von der eigenen Scholle weichen müssen und 1910 wurde bereits ein Siebentel aller bäuerlicher Betriebe von Nichteigentümern bewirtschaftet. In dem Maße, in dem die Farmer in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaft hineingezogen wurden, drängte sich ihnen immer stärker die Erkenntnis auf, daß sie keineswegs so frei und selbständig lebten, wie sie sich eingebildet hatten, daß sie vielmehr von den großen Eisenbahngesellschaften und den mächtigen Trusts, außerstaatlichen Organisationen insgesamt, ganz und gar abhängig seien. Gegenüber der Willkür der Eisenbahnen in der Festsetzung der Tarife für die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Lagerhäuser bei der Entscheidung über deren Gradierung und Preis versagte die vermeintliche Freiheit vollständig: die Gestaltung ihres Einkommens und damit ihrer ganzen Lebensbedingungen lagen tatsächlich in fremden Händen.

So bildete sich denn allgemach die Überzeugung heraus, daß die Bauern einfach um ihren rechtmässigen Lohn betrogen würden.

Die Statistik erwies, daß die Elevatoren von Minneapolis im Laufe von zwei Jahren — vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 — etwa 5 1/2 Mill. hl. erstklassigen Weizen übernommen, während desselben Zeitraumes aber 7 Mill. hl. Weizen gleicher Qualität verkauft hatten — ohne daß doch vorher irgend ein Quantum eingelagert gewesen wäre, während andererseits am Schlusse der Kampagne noch etwa 40 000 hl. erübrigten. Von zweitgradigem Weizen hatten dieselben Lagerhäuser im gleichen Zeitraum 7 Mill. hl übernommen und fast 8 Mill. auf den Markt bringen können. Wie hatte dies anders geschehen können, als daß die überschüssigen Mengen erster und zweiter Qualität den von den Farmern eingelagerten entnommen waren, die also falsch gradiert, d. h. als minderwertig ausgegeben und demgemäß nicht zu ihrem vollen Werte bezahlt wurden? Ganz ähnlich war der Vorgang bei den Elevatoren von Duluth und die Farmerbevölkerung des Nordwestens vermochte auszurechnen, daß sie durch diese falsche Gradierung des Weizens alljährlich um 3—400 Mill. Mark betrogen wurde.

Ähnlichen betrügerischen Manipulationen kam man auch in den Berechnungen der Frachtspesen auf den Bahnen und auf anderen Gebieten auf die Spur. Und gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß dieselben Kompagnien, die sich so auf Kosten der bäuerlichen Arbeit bereicherten, fast keine Staatssteuern zahlten, so daß die Bauern noch dazu die ganze Schwere der Steuerlast tragen mußten. Nicht genug daran gestalteten sich die Prämien, welche die großen Versicherungsgesellschaften forderten, unmäßig hart und nicht weniger unberechtigt hoch wurde der Darlehenszins empfunden. Der Theorie und den Gesetzen nach sollte in all den genannten Beziehungen freie Konkurrenz herrschen, tatsächlich aber merkten die Bauern, daß sie es immer und überall mit einer und derselben Geldmacht zu tun hatten, daß sie überall auf den gleichen organisierten Kapitalismus stießen und daher ihm gegenüber stets den kürzeren ziehen müßten, wenn nichts unternommen würde, um diese Gebundenheit zu brechen, unter der sie so sehr litten.

Aus dieser sich immer mehr vertiefenden Erkenntnis heraus entbrannte der Kampf, und sein Ablauf war ein ganz typischer.

Die Farmer begriffen, daß sie ihrerseits sich ebenfalls organi-

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. Townley. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

ihres Programms durchzusetzen, und dieser reicht aus, um den Geist ihrer Politik mit genügender Deutlichkeit hervortreten zu lassen.

Auf gewisse Punkte dieser neuen Gesetzgebung, wie z. B. auf jene über das Frauenwahlrecht, Schulwesen, Wegbau und Bauwesen, Verbesserung des Zivilprozeßverfahrens u. dgl., soll und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Manches davon ist zwar sicherlich auch Mittel im Kampfe gegen das Großkapital, andere Beschlüsse aber kennzeichnen diesen Kampf und die Art, wie er geführt wurde und wird, noch besser.

Vor allem galt es, die Tyrannei der Eisenbahnkompagnien zu brechen und diese zur Rücksicht auf das gemeine Wohl zu zwingen: sie wurden verpflichtet, unterschiedslos allen Verfrächtern die Waggons in gleicher Art zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden den nötigen Platz auch für andere als ihre eigenen Elevatoren einzuräumen, damit also auch fortan die Geschäfte der Kooperativgenossenschaften nicht mehr zu hemmen. Ein besonderes Gesetz sichert und fördert noch die geschäftlichen Rechte der letzteren. Weitere Gesetze stellten den Betrieb von Elevatoren und einigen anderen bäuerlichen Großgeschäften unter staatliche Konzession und regelten die Behandlung des Getreides innerhalb des Staates. Eine Steuerreform unterwarf für die Zukunft Eisenbahnen, Expreßkompagnien, Banken und die sonstigen gleichartigen Großunternehmungen einer ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Steuerpflicht und auferlegte ihnen also die Selbsttragung ihres verhältnismäßigen Anteils an der staatlichen Steuerlast. Eine besondere Wegerhaltungssteuer wurde für Automobile eingeführt und die Steuersätze nach der Schwere der Kraftwagen abgestuft. Große Vermögen trifft fortan eine 15 %ige Erbschaftssteuer. Eine staatliche Kommission unter dem Vorsitz einer Frau wurde ernannt, um die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder zu überwachen. Die Sonntagsarbeit wurde verboten. Die Lohnansprüche der Arbeiter erhielten strengeren Schutz und die Arbeiter wurden ausgiebiger als vorher gegen Betriebsunfälle gesichert.

Diese reiche gesetzgeberische Tätigkeit von zwei Monaten zeigte klärlich die neue Richtung, in der sich nunmehr die Politik des Staates bewegte. Aber all das war nur ein bescheidener Anfang. Im Monat November 1918 schritt das Volk neuerdings

zu den Wahlurnen und wieder errang die Nonpartisan League einen überwältigenden Sieg. Diesmal fiel ihr die Mehrheit auch im Senat zu, so daß sie in der Legislaturperiode vom Januar 1919 die gesetzgebende Gewalt vollständig in ihren Händen hatte. Wie sie diese nun benützt und was sie nun durchgesetzt hat, das darf man getrost als tiefgreifende Revolution bezeichnen. Und es hat seinen guten Sinn und volle Berechtigung, wenn die bezeichnete Regierung die Sammlung der neuen Gesetze unter dem Titel „The New Day in North Dakota" veröffentlicht hat.

Die siegreiche Bauernpolitik zeichnet sich durch eine Reihe Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse aus. Eines dieser Gesetze, dessen erster Artikel lautet: „Der Staat North Dakota verkündigt hiermit, daß das Wohl des Staates in hohem Maße von dem Wohlergehen der Lohnarbeiter abhängt", hat endlich eine öffentliche Arbeiterunfallversicherung eingeführt. Amerika ist überhaupt mit dieser Reform spät nachgehinkt und erst während der letzten sechs oder sieben Jahre ist sie in den meisten Staaten der Union durchgedrungen. Das zitierte neue Gesetz von North Dakota ist nach dem Muster der einschlägigen Gesetzgebung Deutschlands und New Zealands abgefaßt und unzweifelhaft vom Standpunkte der Arbeiter eines der vorteilhaftesten in Amerika. — Ferner ist nunmehr der achtstündige Arbeitstag für Frauen festgelegt, u. zw. in der Weise, daß sie nicht mehr als 48 Stunden in der Woche und 8 ½ Stunden im Tage arbeiten dürfen. Dieses Gesetz gilt jedoch nur für die Städte. Die Kommission für die Unfallversicherung ist aber ermächtigt, alle Frauenarbeit zu regeln und auch ein Lohnminimum für Frauen festzustellen. — Die Gewerkschaften sind öffentlich anerkannt, indem der Staat sich verpflichtet hat, alle staatliche Druckereiarbeit durch ihre Mitglieder besorgen zu lassen, und besonders wichtig ist es, daß nunmehr den Gerichtshöfen verboten ist, gegen Streiks mit ihren Injunktions einzugreifen. Von weittragender Bedeutung im Interesse der Arbeiter ist endlich das Gesetz zur öffentlichen Unterstützung des Hausbauens. Es geht in seinen Hilfebestimmungen zwar nicht so weit, wie manche europäische Gesetze, z. B. wie das norwegische, es bezeichnet jedoch einen offenen Bruch mit der bisherigen amerikanischen Praxis und erweitert das Gebiet der sozialen Tätigkeit des

Staates um ein bedeutendes, ist somit in dieser Hinsicht prinzipiell von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit.

Hat man es bei all dem mit Maßnahmen zu tun, die wesentlich mittelbar gegen das Großkapital sich richten, so kommt den neuen Steuergesetzen direkter Kampfcharakter zu. Die Erbschaftssteuer ist so erhöht worden, daß sie für große Vermögen bis 20% ansteigen kann; neu eingeführt ist eine staatliche Einkommensteuer mit einer Progression von 1/4 bis 10% und mit höheren Sätzen für Kapital- als für Arbeitseinkommen.

Der Schwerpunkt der neuen Gesetzgebung liegt aber in den eigentlichen Bauerngesetzen. Im Interesse der Farmer hat der Staat die — gerade in jenen Gegenden besonders wichtige — Hagelversicherung übernommen und es wird behauptet, daß die Farmer von North Dakota schon im Herbste 1919 etwa 15 Mill. Mark ersparten: dank der hierdurch eingetretenen Verminderung der Versicherungsprämien im Vergleich mit deren Ansetzung durch die privaten Versicherungsgesellschaften. Von gleichem volkswirtschaftlichen Nutzen ist ferner die Errichtung einer neuen Staatsbank, die alle öffentlichen Geldmittel sammelt und die Bauern mit billigem Kredit versieht. Ein staatliches Büro ist nun mit der Durchführung der Getreidegradierung betraut und sichert so den bäuerlichen Erzeugern den vollen Preis ihrer Erzeugnisse. Die Frachttarife der Eisenbahnen sind gesetzlich festgelegt, d. h. tatsächlich effektiv verringert worden.

Schon diese obengenannten Maßregeln entspringen einer neuen, bisher ganz „un-amerikanischen" volkswirtschaftspolitischen Auffassung und tragen in hohem Maße staatssozialistisches Gepräge. Noch mehr aber gilt dies von den neuen Gesetzen über den Getreidehandel. Zur Einführung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols ist es freilich nicht gekommen. Wohl aber ist nunmehr der Betrieb des Getreide*großhandels* an staatliche Konzession gebunden und deren Erteilung erscheint an Garantien für eine loyale Behandlung der Produzenten geknüpft. Außerdem ist eine staatliche Mühlen- und Elevatorengesellschaft mit einem Grundkapital von 20 Mill. Mark ins Leben gerufen worden, die das Getreide kauft und verkauft und Mühlen betreibt. Ihre sowohl wie auch der Staatsbank Leitung erfolgt durch *the Industrial Commission*, die sich aus dem Gouverneur des

Staates, dem Staatsadvokaten und dem Minister für Landwirtschaft und Arbeit zusammensetzt. Die Bildung dieser Getreidehandelsgesellschaft wurde natürlich von den Vertretern des privaten Getreidehandels als rein sozialistische Maßregel verschrien und angefochten. Der betreffende Beschluß der Legislative mußte daher, um in Kraft treten zu können, vorerst die Volksabstimmung passieren. Diese fand am 26. Juni 1919 statt und ergab die Bestätigung des Gesetzes mit großer Mehrheit, so daß dann die neue Gesellschaft im darauffolgenden September ihre Geschäfte beginnen konnte. Es braucht kaum betont zu werden, daß die privaten Getreidehandelskompagnien alles getan haben, um die Verwirklichung des öffentlichen Handels zu hindern und zu stören. Dies hat aber nur den Plan der Nonpartisan League gezeitigt, im Anschluß an die frühere Maßregel öffentliche Absatzagenturen in Minnesota und anderen Staaten einzurichten. So schließt sich kraft innerer Folgerichtigkeit an das eine Glied der Kette ein neues an.

Der Kampf in North Dakota ist noch nicht zu Ende. Für die bevorstehenden Wahlen im nächsten Herbst ist bereits eine heiße Agitation entbrannt, und die Liga der Parteilosen wird von ihren Gegnern nacheinander als sozialistisch, anarchistisch, bolschewistisch und deutschfreundlich verdächtigt. Mehr ins Gewicht als diese Angriffe von feindlicher Seite fällt aber, daß auch innerhalb der Nonpartisan League selbst gewisse Gegensätze zutage treten. Angesichts dieser Spaltungsmöglichkeiten erhoffen daher die Gegner bei den Herbstwahlen den Sieg. Welcher Seite immer nun dieser sich auch zuneigen möge, unzweifelhaft ist jedenfalls, daß die bisher so erfolgreiche Bewegung der Nonpartisan League ein deutlicher Beweis für das Vordringen neuer stark sozialistisch gefärbter Ideen in der nordamerikanischen Union ist.

Übrigens ist die Bewegung längst nicht mehr auf North Dakota allein beschränkt. Seit Neujahr 1917 hat sie sich über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt und im Herbste 1919 bestanden bereits in dreizehn Staaten Tochterorganisationen der Nonpartisan League mit zusammen 230 000 Mitgliedern. Ein Jahr zuvor, im Dezember 1918, wurde ein allgemeiner Kongreß in St. Paul abgehalten, auf dem ein gemeinsames Programm zur Annahme

gelangte. Es richtet sich gegen Spekulation und Kapitalismus; es bezielt die Überführung sämtlicher Kommunikationsmittel in öffentlichen Besitz; es fordert, daß Post, Telegraphen und Telephon, das Bankwesen und die Expreßkompagnien allen Spekulationsgeschäften verschlossen werden; es erstrebt die Herabsetzung aller Frachttarife; es verlangt endlich die Aufhebung aller Einschränkungen und alles Zwanges, die während des Krieges der Arbeiterklasse auferlegt worden sind.

Das Schicksal dieser neuen Partei ist im Augenblicke sehr ungewiß. Sicher aber ist, daß die Bewegung, der sie entsprungen ist, in starker Zunahme sich befindet, und besonders scharf zeigt sich das Streben, die Bauern und die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus zu vereinigen. Am 12. Februar 1920 hat eine all-amerikanische Zusammenkunft von Bauern und Arbeitern in Chicago stattgefunden. Die Hauptverbände, die hier vertreten waren, waren die Assoziation der Farmers von Nebraska und die Gewerkschaft der Lokomotivführer. Der nächste Zweck dieser Zusammenkunft war, die Grundlage für eine große Kooperativgenossenschaft zu schaffen, um durch sie die Produzenten und die Konsumenten einander näherzubringen. In den Debatten trat eine merkwürdige Einheitlichkeit bei der Interessentengruppen in den Anklagen gegen den Kapitalismus und dessen Verurteilung zutage und dies führte unwillkürlich von den Fragen der Kooperation zu solchen der Politik hinüber. Man forderte Gesetze und staatliche Maßnahmen zugunsten der Kooperation, d. h. man betrat denselben Weg, den die Farmer von North Dakota schon früher eingeschlagen hatten. Von „Sozialismus“ wollte freilich niemand etwas hören und wissen. Tatsächlich aber ist er bereits in den Herzen aller lebendig.

Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847—1848.

Eingeleitet und herausgegeben
von
Carl Grünberg (Wien).

Inhaltsübersicht: Vorbemerkung S. 249. I. Die Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Manifests S. 252. II. Die Kommunistische Zeitschrift S. 283. III. Entwurf eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses der Zentralbehörde des Bundes der Gerechten S. 330. IV. Die Statuten des Bundes der Kommunisten vom 8. Dezember 1847 S. 334. V. Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland S. 339.

Vorbemerkung.

Unsere Kenntnis von der äußeren Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Manifests hat lange ausschließlich auf den kargen Mitteilungen seiner Verfasser [1]) und auf den WERMUTH-STIEBERschen Auszügen aus den Polizeiakten [2]) beruht. Sie hat dann durch MEHRINGS ausgezeichnete Arbeiten [3]) grundlegende Förderung und Vertiefung erfahren, sowie nach ihm weitere Bereicherung durch BERNSTEIN, ANDLER und GUSTAV MAYER [4]) —

1) Vgl. KARL MARX, Herr Vogt. London 1860. S. 34 f. — Derselbe, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln. Neuer Abdruck mit Einleitung von FRIEDRICH ENGELS und Dokumenten. Hottingen-Zürich 1885. Zit. nach dem IV. Abdruck mit Einleitung und Anmerkungen von FRANZ MEHRING. Berlin 1914. S. 29/41.

2) WERMUTH und STIEBER, Die Kommunistenverschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. 2 Teile. Berlin 1853.

3) F. MEHRING, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2 Teile. Stuttgart 1897. I, 58/283; Einleitung und Anmerkungen zu seiner Ausgabe von Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. 4 Bde. Ebenda 1902. II; Biographische Einleitung und Anmerkungen zur Jubiläumsausgabe von WILHELM WEITLING, Garantien der Harmonie und Freiheit. Berlin 1908. S. XXXIV ff.; Karl Marx, Geschichte seines Lebens. Leipzig 1918. S. 54/156.

4) FRIEDRICH ENGELS, Grundsätze des Kommunismus. Eine gemeinverständliche Darstellung. Aus dem Nachlaß herausg. von EDUARD BERNSTEIN. Berlin 1914. — CHARLES ANDLER, Le Manifeste Communiste. 2 vol. I. Traduction nouvelle, avec les articles de F. ENGELS dans La Réforme (1847 à 1848). II. Introduction historique et Commentaire. Paris 1901. — GUSTAV MAYER, Friedrich Engels in seiner Frühzeit 1820—1851. Berlin 1920. S. 104/310.

Der Überschuß dieser Produkte wird gröstenteils nach den großen Märkten in Minnesota, namentlich nach Minneapolis und Duluth ausgeführt. Doch hat man während der letzten Jahre immer mehr begonnen, die Rohprodukte innerhalb des Staates selbst zu bearbeiten. Besonders in der Stadt Grand Forks sind große Mühlen entstanden und auch andere Industrien, für die die einheimische Urproduktion die nötigen Rohstoffe bietet, sind im Aufblühen. Insbesondere fehlt es auch nicht an Kohlen und Petroleum. Das Land wird bereits nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen; und so entwickelt sich neben der Bauern- eine immer zahlreichere Arbeiterklasse.

Lange hatten sich die Bauern ökonomisch und politisch als freie Herren im Lande gefühlt. Sie hatten den Boden kostenfrei erhalten, er warf bedeutenden Ertrag ohne großen Aufwand an Arbeit und Kapital ab und die Erzeugnisse fanden leicht und sicher Absatz. Allmählich aber wurde es anders. Es zeigten sich die Schwierigkeiten, die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu sein pflegen. Der Betrieb forderte immer mehr Arbeit, immer mehr Maschinen, immer mehr Geld, Kredit mußte in Anspruch genommen werden, und im Jahre 1910 war bereits mehr als die Hälfte der Farmen hypothekarisch belastet. Früher schon hatten viele Wirte von der eigenen Scholle weichen müssen und 1910 wurde bereits ein Siebentel aller bäuerlicher Betriebe von Nichteigentümern bewirtschaftet. In dem Maße, in dem die Farmer in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaft hineingezogen wurden, drängte sich ihnen immer stärker die Erkenntnis auf, daß sie keineswegs so frei und selbständig lebten, wie sie sich eingebildet hatten, daß sie vielmehr von den großen Eisenbahngesellschaften und den mächtigen Trusts, außerstaatlichen Organisationen insgesamt, ganz und gar abhängig seien. Gegenüber der Willkür der Eisenbahnen in der Festsetzung der Tarife für die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Lagerhäuser bei der Entscheidung über deren Gradierung und Preis versagte die vermeintliche Freiheit vollständig: die Gestaltung ihres Einkommens und damit ihrer ganzen Lebensbedingungen lagen tatsächlich in fremden Händen.

So bildete sich denn allgemach die Überzeugung heraus, daß die Bauern einfach um ihren rechtmässigen Lohn betrogen würden.

Die Statistik erwies, daß die Elevatoren von Minneapolis im Laufe von zwei Jahren — vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 — etwa 5 1/2 Mill. hl. erstklassigen Weizen übernommen, während desselben Zeitraumes aber 7 Mill. hl. Weizen gleicher Qualität verkauft hatten — ohne daß doch vorher irgend ein Quantum eingelagert gewesen wäre, während andererseits am Schlusse der Kampagne noch etwa 40 000 hl. erübrigten. Von zweitgradigem Weizen hatten dieselben Lagerhäuser im gleichen Zeitraum 7 Mill. hl übernommen und fast 8 Mill. auf den Markt bringen können. Wie hatte dies anders geschehen können, als daß die überschüssigen Mengen erster und zweiter Qualität den von den Farmern eingelagerten entnommen waren, die also falsch gradiert, d. h. als minderwertig ausgegeben und demgemäß nicht zu ihrem vollen Werte bezahlt wurden? Ganz ähnlich war der Vorgang bei den Elevatoren von Duluth und die Farmerbevölkerung des Nordwestens vermochte auszurechnen, daß sie durch diese falsche Gradierung des Weizens alljährlich um 3—400 Mill. Mark betrogen wurde.

Ähnlichen betrügerischen Manipulationen kam man auch in den Berechnungen der Frachtspesen auf den Bahnen und auf anderen Gebieten auf die Spur. Und gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß dieselben Kompagnien, die sich so auf Kosten der bäuerlichen Arbeit bereicherten, fast keine Staatssteuern zahlten, so daß die Bauern noch dazu die ganze Schwere der Steuerlast tragen mußten. Nicht genug daran gestalteten sich die Prämien, welche die großen Versicherungsgesellschaften forderten, unmäßig hart und nicht weniger unberechtigt hoch wurde der Darlehenszins empfunden. Der Theorie und den Gesetzen nach sollte in all den genannten Beziehungen freie Konkurrenz herrschen, tatsächlich aber merkten die Bauern, daß sie es immer und überall mit einer und derselben Geldmacht zu tun hatten, daß sie überall auf den gleichen organisierten Kapitalismus stießen und daher ihm gegenüber stets den kürzeren ziehen müßten, wenn nichts unternommen würde, um diese Gebundenheit zu brechen, unter der sie so sehr litten.

Aus dieser sich immer mehr vertiefenden Erkenntnis heraus entbrannte der Kampf, und sein Ablauf war ein ganz typischer.

Die Farmer begriffen, daß sie ihrerseits sich ebenfalls organi-

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. Townley. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

ihres Programms durchzusetzen, und dieser reicht aus, um den Geist ihrer Politik mit genügender Deutlichkeit hervortreten zu lassen.

Auf gewisse Punkte dieser neuen Gesetzgebung, wie z. B. auf jene über das Frauenwahlrecht, Schulwesen, Wegbau und Bauwesen, Verbesserung des Zivilprozeßverfahrens u. dgl., soll und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Manches davon ist zwar sicherlich auch Mittel im Kampfe gegen das Großkapital, andere Beschlüsse aber kennzeichnen diesen Kampf und die Art, wie er geführt wurde und wird, noch besser.

Vor allem galt es, die Tyrannei der Eisenbahnkompagnien zu brechen und diese zur Rücksicht auf das gemeine Wohl zu zwingen: sie wurden verpflichtet, unterschiedslos allen Verfrächtern die Waggons in gleicher Art zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden den nötigen Platz auch für andere als ihre eigenen Elevatoren einzuräumen, damit also auch fortan die Geschäfte der Kooperativgenossenschaften nicht mehr zu hemmen. Ein besonderes Gesetz sichert und fördert noch die geschäftlichen Rechte der letzteren. Weitere Gesetze stellten den Betrieb von Elevatoren und einigen anderen bäuerlichen Großgeschäften unter staatliche Konzession und regelten die Behandlung des Getreides innerhalb des Staates. Eine Steuerreform unterwarf für die Zukunft Eisenbahnen, Expreßkompagnien, Banken und die sonstigen gleichartigen Großunternehmungen einer ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Steuerpflicht und auferlegte ihnen also die Selbsttragung ihres verhältnismäßigen Anteils an der staatlichen Steuerlast. Eine besondere Wegerhaltungssteuer wurde für Automobile eingeführt und die Steuersätze nach der Schwere der Kraftwagen abgestuft. Große Vermögen trifft fortan eine 15 %ige Erbschaftssteuer. Eine staatliche Kommission unter dem Vorsitz einer Frau wurde ernannt, um die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder zu überwachen. Die Sonntagsarbeit wurde verboten. Die Lohnansprüche der Arbeiter erhielten strengeren Schutz und die Arbeiter wurden ausgiebiger als vorher gegen Betriebsunfälle gesichert.

Diese reiche gesetzgeberische Tätigkeit von zwei Monaten zeigte klärlich die neue Richtung, in der sich nunmehr die Politik des Staates bewegte. Aber all das war nur ein bescheidener Anfang. Im Monat November 1918 schritt das Volk neuerdings

zu den Wahlurnen und wieder errang die Nonpartisan League einen überwältigenden Sieg. Diesmal fiel ihr die Mehrheit auch im Senat zu, so daß sie in der Legislaturperiode vom Januar 1919 die gesetzgebende Gewalt vollständig in ihren Händen hatte. Wie sie diese nun benützt und was sie nun durchgesetzt hat, das darf man getrost als tiefgreifende Revolution bezeichnen. Und es hat seinen guten Sinn und volle Berechtigung, wenn die bezeichnete Regierung die Sammlung der neuen Gesetze unter dem Titel „The New Day in North Dakota“ veröffentlicht hat.

Die siegreiche Bauernpolitik zeichnet sich durch eine Reihe Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse aus. Eines dieser Gesetze, dessen erster Artikel lautet: „Der Staat North Dakota verkündigt hiermit, daß das Wohl des Staates in hohem Maße von dem Wohlergehen der Lohnarbeiter abhängt“, hat endlich, eine öffentliche Arbeiterunfallversicherung eingeführt. Amerika ist überhaupt mit dieser Reform spät nachgehinkt und erst während der letzten sechs oder sieben Jahre ist sie in den meisten Staaten der Union durchgedrungen. Das zitierte neue Gesetz von North Dakota ist nach dem Muster der einschlägigen Gesetzgebung Deutschlands und New Zealands abgefaßt und unzweifelhaft vom Standpunkte der Arbeiter eines der vorteilhaftesten in Amerika. — Ferner ist nunmehr der achtstündige Arbeitstag für Frauen festgelegt, u. zw. in der Weise, daß sie nicht mehr als 48 Stunden in der Woche und 8½ Stunden im Tage arbeiten dürfen. Dieses Gesetz gilt jedoch nur für die Städte. Die Kommission für die Unfallversicherung ist aber ermächtigt, alle Frauenarbeit zu regeln und auch ein Lohnminimum für Frauen festzustellen. — Die Gewerkschaften sind öffentlich anerkannt, indem der Staat sich verpflichtet hat, alle staatliche Druckereiarbeit durch ihre Mitglieder besorgen zu lassen, und besonders wichtig ist es, daß nunmehr den Gerichtshöfen verboten ist, gegen Streiks mit ihren Injunktions einzugreifen. Von weittragender Bedeutung im Interesse der Arbeiter ist endlich das Gesetz zur öffentlichen Unterstützung des Hausbauens. Es geht in seinen Hilfebestimmungen zwar nicht so weit, wie manche europäische Gesetze, z. B. wie das norwegische, es bezeichnet jedoch einen offenen Bruch mit der bisherigen amerikanischen Praxis und erweitert das Gebiet der sozialen Tätigkeit des

Staates um ein bedeutendes, ist somit in dieser Hinsicht prinzipiell von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit.

Hat man es bei all dem mit Maßnahmen zu tun, die wesentlich mittelbar gegen das Großkapital sich richten, so kommt den neuen Steuergesetzen direkter Kampfcharakter zu. Die Erbschaftssteuer ist so erhöht worden, daß sie für große Vermögen bis 20% ansteigen kann; neu eingeführt ist eine staatliche Einkommensteuer mit einer Progression von 1/4 bis 10% und mit höheren Sätzen für Kapital- als für Arbeitseinkommen.

Der Schwerpunkt der neuen Gesetzgebung liegt aber in den eigentlichen Bauerngesetzen. Im Interesse der Farmer hat der Staat die — gerade in jenen Gegenden besonders wichtige — Hagelversicherung übernommen und es wird behauptet, daß die Farmer von North Dakota schon im Herbste 1919 etwa 15 Mill. Mark ersparten: dank der hierdurch eingetretenen Verminderung der Versicherungsprämien im Vergleich mit deren Ansetzung durch die privaten Versicherungsgesellschaften. Von gleichem volkswirtschaftlichen Nutzen ist ferner die Errichtung einer neuen Staatsbank, die alle öffentlichen Geldmittel sammelt und die Bauern mit billigem Kredit versieht. Ein staatliches Büro ist nun mit der Durchführung der Getreidegradierung betraut und sichert so den bäuerlichen Erzeugern den vollen Preis ihrer Erzeugnisse. Die Frachttarife der Eisenbahnen sind gesetzlich festgelegt, d. h. tatsächlich effektiv verringert worden.

Schon diese obengenannten Maßregeln entspringen einer neuen, bisher ganz „un-amerikanischen“ volkswirtschaftspolitischen Auffassung und tragen in hohem Maße staatssozialistisches Gepräge. Noch mehr aber gilt dies von den neuen Gesetzen über den Getreidehandel. Zur Einführung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols ist es freilich nicht gekommen. Wohl aber ist nunmehr der Betrieb des Getreide*groß*handels an staatliche Konzession gebunden und deren Erteilung erscheint an Garantien für eine loyale Behandlung der Produzenten geknüpft. Außerdem ist eine staatliche Mühlen- und Elevatorengesellschaft mit einem Grundkapital von 20 Mill. Mark ins Leben gerufen worden, die das Getreide kauft und verkauft und Mühlen betreibt. Ihre sowohl wie auch der Staatsbank Leitung erfolgt durch *the Industrial Commission*, die sich aus dem Gouverneur des

stellungskreis in wesentlich nationalem Rahmen[21]). Ganz anders im gewaltigen Emporium an der Themse.

Im industrialisierten England war die großbetriebliche Entwicklung der Produktionsweise unendlich vorgeschrittener als auf dem Kontinent, Frankreich nicht ausgenommen; war das Proletariat zur zahlreichsten Bevölkerungsgruppe geworden; waren die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit längst nicht mehr bloß latent, sondern zu schroffer, stetig sich steigernden Ausbildung gelangt, allgemein sichtbar und allgemein wahrgenommen; tobte der Kampf der Arbeiterschaft um politische Gleichberechtigung und soziale Besserstellung; war bereits in vielen der Gedanke lebendig, daß die politische Parteibildung durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt werde. Wie das alles auf Kopf und Herz des jungen ENGELS wirkte, nachdem er im Spätherbst 1842 englischen Boden betreten und auch mit englischen Sozialisten und mit Chartistenführern Beziehungen angeknüpft hatte; wie es ihn reifte; wie es ihm die Einsicht in die wahre Natur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sowie in deren Verhältnis zum Staat erschloß und ihn so zum revolutionären Kommunismus, zum wissenschaftlichen Sozialismus hin führte: das wissen wir jetzt in allen Einzelheiten aus GUSTAV MAYERS liebevoller Schilderung von ENGELS' politischen und sozialen Lehrjahren in England[22]). Natürlich aber blieben auch die Londoner Gerechten von den Eindrücken aus ihrer Umwelt her nicht unbeeinflußt, wenngleich es ihnen nicht wie dem ENGELSschen Genius gegeben war, sich aus eigener Kraft zu voller Klarheit über ihre Bedeutung durchzuringen. Der Augenblick mußte kommen, in dem sie sich von der Lehre, der sie anhingen und die nacheinander sämtliche Phasen des französischen und englischen Kommunismus und Sozialismus, sowie der deutschen Philosophie durchlief, weg und jener von MARX und ENGELS zuwandten. Dieser Prozeß wurde noch dadurch

21) So lautet § 1 der Statuten des Bundes der Geächteten: „Der Bund ist ein aus deutschen Männern bestehender Bund; Deutsche sind alle der deutschen Sprache und Sitte angehörende Männer.“ — Freilich war der „Zweck des Bundes Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands und Verwirklichung der in der Erklärung der Menschenrechte ausgesprochenen Grundsätze.“ Vgl. WERMUTH-STIEBER a. a. O. I, 177.

22) A. a. O. S. 124/181.

vorbereitet und beschleunigt, daß sich das personale Gefüge des Bundes allmählich wandelte und daß er aus einer deutschen zu einer internationalen Vereinigung wurde.

Diese Entwicklung setzte zunächst im Londoner Arbeiterbildungsverein ein, in dem sich je länger je mehr Angehörige der verschiedensten Nationen — Schweizer, Elsässer, Holländer, Skandinavier, österreichische Slawen, Russen, Ungarn — zusammenfanden, die sich im Verkehr mit Ausländern vorwiegend der deutschen Sprache als Verständigungsmittel zu bedienen gewöhnt waren, und griff bald auch auf den Bund selbst über, der ja die tüchtigsten Kräfte aus den Bildungsvereinen an sich zu ziehen und sich aus ihnen zu ergänzen pflegte. Bedeutsam wurde auch der engere und enge Zusammenhang der führenden Männer des Bundes mit den Gruppen andersnationaler, namentlich französischer und der demokratischen polnischen Flüchtlinge sowie mit den radikalen englischen Vereinigungen und mit hervorragenden Chartistenführern. Auf den an revolutionären Gedenktagen veranstalteten Versammlungen und Banketten begegnen wir stets auch MOLL und SCHAPPER; der letztere war auch an der Anfang 1845 erfolgten Gründung von The Democratic Friends of All Nations beteiligt, deren — erste — „Address to the Friends of Humanity and Justice among the Nations" LOVETT zum Verfasser hatte[23]); und neben dem Chartisten G. JULIAN HARNEY, dem Franzosen JEAN A. MICHELOT, dem Schweizer HENRI HUBERT, dem Skandinavier PETER HOLM und dem Ungarn A. NEMETH, befanden sich auch MOLL und SCHAPPER, jener als Präsident, an der Spitze der auf HARNEYS Initiative im Herbst 1845 gestifteten Gesellschaft der Fraternal Democrats[24]). Anläßlich der damals wegen des Oregongebiets drohenden kriegerischen Verwicklungen zwischen Großbritannien und der nordamerikanischen Union und dann wieder des Krieges zwischen dieser und Mexiko[25]) wendeten sich die Brüderlichen Demokraten

23) Vgl. (die Neuausgabe von) Life and struggles of WILLIAM LOVETT, with an introduction by R. H. TAWNEY (Bohns Popular Library, Social-Economic Section LXXXII/LXIII). 2 vol. London 1920. II, 314 f.

24) Vgl. TH. ROTHSTEIN, Aus der Vorgeschichte der Internationale (Ergänzungshefte der Neuen Zeit XVII). Stuttgart 1913. S. 4 ff.; M. BEER, Geschichte d. Sozialismus in England. Ebenda 1913. S. 407.

25) Vgl. auch Anm. 109.

Die neueste Sozialpolitik in North Dakota.

Von

Halvdan Koht (Kristiania).

Sozialismus ist beinahe ein verpöntes Wort in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Staate New York sind die sozialistischen Mitglieder aus der Legislatur eben jüngst verwiesen worden, aus keiner anderen Ursache als weil sie ihren Sozialismus offen bekennen. Der Weltkrieg ist schuld daran, daß die Sozialisten wie wahre Landesfeinde betrachtet werden, weil sie dem Eintreten Amerikas in den Krieg prinzipiellen Widerstand entgegengesetzt haben; deswegen befinden sich die sozialistischen Führer, so z. B. auch der Präsidentschaftskandidat Eugene V. Debs, augenblicklich im Zuchthaus, und die sozialistische Agitation wird in jeder Weise gehemmt und verfolgt. Es ist aber auch leicht verständlich, daß der Sozialismus von vornherein der amerikanischen Gesellschaft und Denkweise fremd und feindselig gegenübertrat. Die gesamte Entwicklung hat dem Charakter des amerikanischen Volkes einen Zug starken Individualismus aufgeprägt und fast nirgends ist dem Kapitalismus so freier Spielraum gewährt worden wie in Amerika. Die organisierte sozialistische Bewegung hat darum dort mit überaus großen Schwierigkeiten kämpfen müssen und ist nur spät und langsam herangewachsen. Dennoch wagte ich es, als ich vor zehn Jahren, nach längerem Aufenthalte in den Vereinigten Staaten, die dortigen gewaltigen Gegensätze zwischen Großkapital und Arbeit schilderte [1]), darauf hinzuweisen, daß sozialistische Ideen tatsächlich in hohem Maß die innere Politik der Staaten beherrschen, und zu prophezeien, daß die Sozialisierung in Amerika vielleicht rascher in Erscheinung treten möchte als in manchen anderen Ländern. In der Tat erzielten damals im nächstfolgenden Herbste die Sozialisten einen bei den Staatswahlen bedeutenden Erfolg, und

---

[1]) Vgl. mein Buch: Pengemagt og arbeid i Amerika, Kristiania 1910.

als noch bemerkenswerter erschien mir, daß der Gedanke öffentlicher Regelung der kapitalistischen Wirtschaft in den alten Parteien, besonders bei den Republikanern, immer kräftigeren Widerhall fand. Geschichtlich ist es ja weniger wichtig, daß die Menschen sich Sozialisten nennen, als daß sie sozialistisch handeln. In meiner Geschichte der Sozialdemokratie[1]) glaubte ich dann auch, gestützt auf die späteren Ereignisse, wiederholen zu können, daß der Sozialismus — wenngleich nicht unter dieser Etikette — in der aktuellen amerikanischen Politik stetig bedeutsamer hervortritt und den Problemen der Gegenwart sein Gepräge aufdrückt. Ich habe nun ein neues Geschehnis zu verzeichnen, das diese meine Auffassung zu bestätigen scheint und das eben aus diesem Gesichtspunkte lebhaftes Interesse gewinnt. Ich meine die Bauernpolitik von North Dakota.

Dieser Staat, einer der jüngsten innerhalb der Union, weil erst seit einem Menschenalter, seit 1889, konstituiert, hat auf besondere Teilnahme von europäischer Seite Anspruch, da mehr als zwei Drittel seiner Bevölkerung direkt europäischer (darunter zu 30 % norwegischer, zu 15 % deutscher) Herkunft sind. Die Deutschen wie die Skandinavier bilden in Amerika im allgemeinen ein stark konservatives Element der Gesellschaft. Man sollte also meinen, daß ihr Konservatismus noch Steigerung erfahren müßte, wo sie sich, wie in North Dakota, als Bauern niedergelassen haben. Geschichtliche Erfahrung lehrt aber, wie ich glaube, daß eine bäuerliche Gesellschaft, gerade kraft ihres natürlichen Konservatismus, unter gewissen Bedingungen zu einer ausgesprochenen radikalen Politik hingetrieben wird; dann nämlich, wenn sie sich gegen fremde Wirtschaftsformen, besonders gegen einen städtischen Kapitalismus, wehren muß. Eine derartige Umwandlung des bäuerlichen Konservatismus tritt uns z. B. gleichermaßen im alten Attika wie im modernen Norwegen entgegen, in besonders scharfer Ausprägung aber in Amerika.

Während des letzten halben Jahrhunderts sind über die Vereinigten Staaten mächtige Wellen eines Radikalismus gerollt, der Forderungen mehr oder weniger sozialistischen Gehaltes erhoben hat, und die Träger solcher Forderungen sind eben die

1) Sosialdemokratie, historisk yversyn, Kristiania 1915.

Bauern gewesen. Ich erinnere an die Grange-Bewegung der 70er Jahre, die Farmer's-Alliance der 80er, die Populisten der 90er. Alle diese Strömungen zogen ihre Stärke hauptsächlich aus der bäuerlichen Bevölkerung, namentlich des Nordwestens, und richteten sich offenkundig gegen den vordringenden Kapitalismus, die Eisenbahnkompagnien und die mächtigen Trustkorporationen. Zu ihren Zielen gehörten die Überleitung aller Kommunikationsmittel in den Besitz der Regierung, die gesetzliche Regelung der Preise der industriellen Massenartikel, die Rettung der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft aus den Wirbeln der Spekulation, sei es durch öffentliche Kaufpflicht und öffentliche Niederlagen, sei es durch freiwillige Kooporation. Tatsächlich gelang es auch, diese Forderungen teilweise durchzusetzen: einige durch Unionsgesetze (wie den Interstate Commerce Act von 1887), einige wieder durch staatliche Maßnahmen. Allerdings jedoch nur teilweise. Niemals ist es gelungen, eine neue politische Partei auf Grund solcher radikaler Wirtschaftspolitik mit Dauercharakter zu organisieren und innerhalb der alten Parteien siegte immer wieder der soziale Konservatismus, der kapitalistische Freiheitsbegriff. All die geplanten Eingriffe in das Wirtschaftsleben erschienen als allzu sozialistisch und als gar zu un-amerikanisch. Der Kampf gegen den Kapitalismus hat jedoch immer aufs neue die Bauern auf den Plan gerufen. Während der letzten fünf Jahre hat er in North Dakota ein neues Zentrum gefunden, und die dortigen Bauern haben bewüßt ein Bündnis mit den Arbeitern für ihre radikale Politik gesucht.

North Dakota ist ein fast reiner Bauernstaat. Die Quelle seines Reichtums ist hauptsächlich der Weizenbau und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus selbständigen Farmern. Der prächtige Ackerboden, besonders im Red River-Tal, hat einen steten Strom von Einwanderern angelockt und die Einwohnerzahl ist in den zwei Jahrzehnten von 1890 bis 1910 von kaum 180 000 auf 580 000 angewachsen, hat sich also mehr als verdreifacht. Der Gesamtwert der Höfe hat im Jahre 1910 fast 1 Milliarde Dollars erreicht, und ihr Ertrag wurde gleichzeitig mit 180 Mill. Dollars angeschlagen, wovon auf den Weizen 109, auf den Hafer 24 und auf den Leinsamen 15½ Mill. entfielen.

Der Überschuß dieser Produkte wird gröstenteils nach den großen Märkten in Minnesota, namentlich nach Minneapolis und Duluth ausgeführt. Doch hat man während der letzten Jahre immer mehr begonnen, die Rohprodukte innerhalb des Staates selbst zu bearbeiten. Besonders in der Stadt Grand Forks sind große Mühlen entstanden und auch andere Industrien, für die die einheimische Urproduktion die nötigen Rohstoffe bietet, sind im Aufblühen. Insbesondere fehlt es auch nicht an Kohlen und Petroleum. Das Land wird bereits nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen; und so entwickelt sich neben der Bauern- eine immer zahlreichere Arbeiterklasse.

Lange hatten sich die Bauern ökonomisch und politisch als freie Herren im Lande gefühlt. Sie hatten den Boden kostenfrei erhalten, er warf bedeutenden Ertrag ohne großen Aufwand an Arbeit und Kapital ab und die Erzeugnisse fanden leicht und sicher Absatz. Allmählich aber wurde es anders. Es zeigten sich die Schwierigkeiten, die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu sein pflegen. Der Betrieb forderte immer mehr Arbeit, immer mehr Maschinen, immer mehr Geld, Kredit mußte in Anspruch genommen werden, und im Jahre 1910 war bereits mehr als die Hälfte der Farmen hypothekarisch belastet. Früher schon hatten viele Wirte von der eigenen Scholle weichen müssen und 1910 wurde bereits ein Siebentel aller bäuerlicher Betriebe von Nichteigentümern bewirtschaftet. In dem Maße, in dem die Farmer in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaft hineingezogen wurden, drängte sich ihnen immer stärker die Erkenntnis auf, daß sie keineswegs so frei und selbständig lebten, wie sie sich eingebildet hatten, daß sie vielmehr von den großen Eisenbahngesellschaften und den mächtigen Trusts, außerstaatlichen Organisationen insgesamt, ganz und gar abhängig seien. Gegenüber der Willkür der Eisenbahnen in der Festsetzung der Tarife für die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Lagerhäuser bei der Entscheidung über deren Gradierung und Preis versagte die vermeintliche Freiheit vollständig: die Gestaltung ihres Einkommens und damit ihrer ganzen Lebensbedingungen lagen tatsächlich in fremden Händen.

So bildete sich denn allgemach die Überzeugung heraus, daß die Bauern einfach um ihren rechtmässigen Lohn betrogen würden.

Die Statistik erwies, daß die Elevatoren von Minneapolis im Laufe von zwei Jahren — vom Herbst 1910 bis zum Herbst 1912 — etwa 5 1/2 Mill. hl. erstklassigen Weizen übernommen, während desselben Zeitraumes aber 7 Mill. hl. Weizen gleicher Qualität verkauft hatten — ohne daß doch vorher irgend ein Quantum eingelagert gewesen wäre, während andererseits am Schlusse der Kampagne noch etwa 40 000 hl. erübrigten. Von zweitgradigem Weizen hatten dieselben Lagerhäuser im gleichen Zeitraum 7 Mill. hl übernommen und fast 8 Mill. auf den Markt bringen können. Wie hatte dies anders geschehen können, als daß die überschüssigen Mengen erster und zweiter Qualität den von den Farmern eingelagerten entnommen waren, die also falsch gradiert, d. h. als minderwertig ausgegeben und demgemäß nicht zu ihrem vollen Werte bezahlt wurden? Ganz ähnlich war der Vorgang bei den Elevatoren von Duluth und die Farmerbevölkerung des Nordwestens vermochte auszurechnen, daß sie durch diese falsche Gradierung des Weizens alljährlich um 3—400 Mill. Mark betrogen wurde.

Ähnlichen betrügerischen Manipulationen kam man auch in den Berechnungen der Frachtspesen auf den Bahnen und auf anderen Gebieten auf die Spur. Und gleichzeitig konnte festgestellt werden, daß dieselben Kompagnien, die sich so auf Kosten der bäuerlichen Arbeit bereicherten, fast keine Staatssteuern zahlten, so daß die Bauern noch dazu die ganze Schwere der Steuerlast tragen mußten. Nicht genug daran gestalteten sich die Prämien, welche die großen Versicherungsgesellschaften forderten, unmäßig hart und nicht weniger unberechtigt hoch wurde der Darlehenszins empfunden. Der Theorie und den Gesetzen nach sollte in all den genannten Beziehungen freie Konkurrenz herrschen, tatsächlich aber merkten die Bauern, daß sie es immer und überall mit einer und derselben Geldmacht zu tun hatten, daß sie überall auf den gleichen organisierten Kapitalismus stießen und daher ihm gegenüber stets den kürzeren ziehen müßten, wenn nichts unternommen würde, um diese Gebundenheit zu brechen, unter der sie so sehr litten.

Aus dieser sich immer mehr vertiefenden Erkenntnis heraus entbrannte der Kampf, und sein Ablauf war ein ganz typischer.

Die Farmer begriffen, daß sie ihrerseits sich ebenfalls organi-

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. Townley. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. TOWNLEY. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

ihres Programms durchzusetzen, und dieser reicht aus, um den Geist ihrer Politik mit genügender Deutlichkeit hervortreten zu lassen.

Auf gewisse Punkte dieser neuen Gesetzgebung, wie z. B. auf jene über das Frauenwahlrecht, Schulwesen, Wegbau und Bauwesen, Verbesserung des Zivilprozeßverfahrens u. dgl., soll und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Manches davon ist zwar sicherlich auch Mittel im Kampfe gegen das Großkapital, andere Beschlüsse aber kennzeichnen diesen Kampf und die Art, wie er geführt wurde und wird, noch besser.

Vor allem galt es, die Tyrannei der Eisenbahnkompagnien zu brechen und diese zur Rücksicht auf das gemeine Wohl zu zwingen: sie wurden verpflichtet, unterschiedslos allen Verfrächtern die Waggons in gleicher Art zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden den nötigen Platz auch für andere als ihre eigenen Elevatoren einzuräumen, damit also auch fortan die Geschäfte der Kooperativgenossenschaften nicht mehr zu hemmen. Ein besonderes Gesetz sichert und fördert noch die geschäftlichen Rechte der letzteren. Weitere Gesetze stellten den Betrieb von Elevatoren und einigen anderen bäuerlichen Großgeschäften unter staatliche Konzession und regelten die Behandlung des Getreides innerhalb des Staates. Eine Steuerreform unterwarf für die Zukunft Eisenbahnen, Expreßkompagnien, Banken und die sonstigen gleichartigen Großunternehmungen einer ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Steuerpflicht und auferlegte ihnen also die Selbsttragung ihres verhältnismäßigen Anteils an der staatlichen Steuerlast. Eine besondere Wegerhaltungssteuer wurde für Automobile eingeführt und die Steuersätze nach der Schwere der Kraftwagen abgestuft. Große Vermögen trifft fortan eine 15 %ige Erbschaftssteuer. Eine staatliche Kommission unter dem Vorsitz einer Frau wurde ernannt, um die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder zu überwachen. Die Sonntagsarbeit wurde verboten. Die Lohnansprüche der Arbeiter erhielten strengeren Schutz und die Arbeiter wurden ausgiebiger als vorher gegen Betriebsunfälle gesichert.

Diese reiche gesetzgeberische Tätigkeit von zwei Monaten zeigte klärlich die neue Richtung, in der sich nunmehr die Politik des Staates bewegte. Aber all das war nur ein bescheidener Anfang. Im Monat November 1918 schritt das Volk neuerdings

tarier vom Handwerker? Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Manufakturarbeiter? Was waren die nächsten Folgen der industriellen Revolution und der Scheidung der Gesellschaft in Bourgeois und Proletarier? Was waren die weiteren Folgen der industriellen Revolution? Was folgt aus diesen sich regelmäßig wiederholenden Handelskrisen?

Auf dem Kongreß vom 1. Juni konnte MARX nicht erscheinen. Geldmangel hinderte ihn daran. An seiner Stelle kam für die Brüsseler Gemeinde WILHELM WOLFF. Als Vertreter der Pariser Gemeinden nahm ENGELS an den Verhandlungen teil.

Von den letzteren und den gefaßten Beschlüssen läßt sich nun ein inhaltlich getreues Bild rekonstruieren.

Man besprach die Grundzüge einer Statutenrevision. Der Bund der Gerechten streifte durch sie die alten konspiratorischen Eierschalen bis auf geringe Reste ab und wandelte sich in eine demokratisch organisierte Propagandagesellschaft, den Bund der Kommunisten, die sich von Gemeinden über Kreise und Leitende Kreise zum Kongreß und zur Zentralbehörde aufbaute und deren gewählte Organe jederzeit von ihren Wählern absetzbar sein sollten. Als Zweck des Bundes aber wurde angegeben: „Der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen ohne Klassen und ohne Privateigentum." Zu einer Beschlußfassung über das neue Statut kam es jedoch nicht. Nicht allein, weil es — wie ENGELS fast vier Jahrzehnte später aus der Erinnerung erzählt — erst den Gemeinden zur Diskussion vorgelegt werden sollte, sondern vor allem, weil sich zweifellos auch nicht geringe Widerstände gegen die erwähnte Zweckumschreibung geregt haben. Sonst wären ja wohl, da diese durchaus in der Richtung der MARX-ENGELSschen Auffassungen sich bewegte, die beiden Freunde sofort mit der Abfassung des kommunistischen Glaubensbekenntnisses betraut worden.

Das war jedoch bekanntlich nicht der Fall. Über diesen, den wichtigsten Punkt der Tagesordnung giengen vielmehr die

Staates um ein bedeutendes, ist somit in dieser Hinsicht prinzipiell von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit.

Hat man es bei all dem mit Maßnahmen zu tun, die wesentlich mittelbar gegen das Großkapital sich richten, so kommt den neuen Steuergesetzen direkter Kampfcharakter zu. Die Erbschaftssteuer ist so erhöht worden, daß sie für große Vermögen bis 20 % ansteigen kann; neu eingeführt ist eine staatliche Einkommensteuer mit einer Progression von 1/4 bis 10 % und mit höheren Sätzen für Kapital- als für Arbeitseinkommen.

Der Schwerpunkt der neuen Gesetzgebung liegt aber in den eigentlichen Bauerngesetzen. Im Interesse der Farmer hat der Staat die — gerade in jenen Gegenden besonders wichtige — Hagelversicherung übernommen und es wird behauptet, daß die Farmer von North Dakota schon im Herbste 1919 etwa 15 Mill. Mark ersparten: dank der hierdurch eingetretenen Verminderung der Versicherungsprämien im Vergleich mit deren Ansetzung durch die privaten Versicherungsgesellschaften. Von gleichem volkswirtschaftlichen Nutzen ist ferner die Errichtung einer neuen Staatsbank, die alle öffentlichen Geldmittel sammelt und die Bauern mit billigem Kredit versieht. Ein staatliches Büro ist nun mit der Durchführung der Getreidegradierung betraut und sichert so den bäuerlichen Erzeugern den vollen Preis ihrer Erzeugnisse. Die Frachttarife der Eisenbahnen sind gesetzlich festgelegt, d. h. tatsächlich effektiv verringert worden.

Schon diese obengenannten Maßregeln entspringen einer neuen, bisher ganz „un-amerikanischen“ volkswirtschaftspolitischen Auffassung und tragen in hohem Maße staatssozialistisches Gepräge. Noch mehr aber gilt dies von den neuen Gesetzen über den Getreidehandel. Zur Einführung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols ist es freilich nicht gekommen. Wohl aber ist nunmehr der Betrieb des Getreide*großhandels* an staatliche Konzession gebunden und deren Erteilung erscheint an Garantien für eine loyale Behandlung der Produzenten geknüpft. Außerdem ist eine staatliche Mühlen- und Elevatorengesellschaft mit einem Grundkapital von 20 Mill. Mark ins Leben gerufen worden, die das Getreide kauft und verkauft und Mühlen betreibt. Ihre sowohl wie auch der Staatsbank Leitung erfolgt durch *the Industrial Commission*, die sich aus dem Gouverneur des

Staates, dem Staatsadvokaten und dem Minister für Landwirtschaft und Arbeit zusammensetzt. Die Bildung dieser Getreidehandelsgesellschaft wurde natürlich von den Vertretern des privaten Getreidehandels als rein sozialistische Maßregel verschrien und angefochten. Der betreffende Beschluß der Legislative mußte daher, um in Kraft treten zu können, vorerst die Volksabstimmung passieren. Diese fand am 26. Juni 1919 statt und ergab die Bestätigung des Gesetzes mit großer Mehrheit, so daß dann die neue Gesellschaft im darauffolgenden September ihre Geschäfte beginnen konnte. Es braucht kaum betont zu werden, daß die privaten Getreidehandelskompagnien alles getan haben, um die Verwirklichung des öffentlichen Handels zu hindern und zu stören. Dies hat aber nur den Plan der Nonpartisan League gezeitigt, im Anschluß an die frühere Maßregel öffentliche Absatzagenturen in Minnesota und anderen Staaten einzurichten. So schließt sich kraft innerer Folgerichtigkeit an das eine Glied der Kette ein neues an.

Der Kampf in North Dakota ist noch nicht zu Ende. Für die bevorstehenden Wahlen im nächsten Herbst ist bereits eine heiße Agitation entbrannt, und die Liga der Parteilosen wird von ihren Gegnern nacheinander als sozialistisch, anarchistisch, bolschewistisch und deutschfreundlich verdächtigt. Mehr ins Gewicht als diese Angriffe von feindlicher Seite fällt aber, daß auch innerhalb der Nonpartisan League selbst gewisse Gegensätze zutage treten. Angesichts dieser Spaltungsmöglichkeiten erhoffen daher die Gegner bei den Herbstwahlen den Sieg. Welcher Seite immer nun dieser sich auch zuneigen möge, unzweifelhaft ist jedenfalls, daß die bisher so erfolgreiche Bewegung der Nonpartisan League ein deutlicher Beweis für das Vordringen neuer stark sozialistisch gefärbter Ideen in der nordamerikanischen Union ist.

Übrigens ist die Bewegung längst nicht mehr auf North Dakota allein beschränkt. Seit Neujahr 1917 hat sie sich über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt und im Herbste 1919 bestanden bereits in dreizehn Staaten Tochterorganisationen der Nonpartisan League mit zusammen 230 000 Mitgliedern. Ein Jahr zuvor, im Dezember 1918, wurde ein allgemeiner Kongreß in St. Paul abgehalten, auf dem ein gemeinsames Programm zur Annahme

gelangte. Es richtet sich gegen Spekulation und Kapitalismus; es bezielt die Überführung sämtlicher Kommunikationsmittel in öffentlichen Besitz; es fordert, daß Post, Telegraphen und Telephon, das Bankwesen und die Expreßkompagnien allen Spekulationsgeschäften verschlossen werden; es erstrebt die Herabsetzung aller Frachttarife; es verlangt endlich die Aufhebung aller Einschränkungen und alles Zwanges, die während des Krieges der Arbeiterklasse auferlegt worden sind.

Das Schicksal dieser neuen Partei ist im Augenblicke sehr ungewiß. Sicher aber ist, daß die Bewegung, der sie entsprungen ist, in starker Zunahme sich befindet, und besonders scharf zeigt sich das Streben, die Bauern und die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus zu vereinigen. Am 12. Februar 1920 hat eine all-amerikanische Zusammenkunft von Bauern und Arbeitern in Chicago stattgefunden. Die Hauptverbände, die hier vertreten waren, waren die Assoziation der Farmers von Nebraska und die Gewerkschaft der Lokomotivführer. Der nächste Zweck dieser Zusammenkunft war, die Grundlage für eine große Kooperativgenossenschaft zu schaffen, um durch sie die Produzenten und die Konsumenten einander näherzubringen. In den Debatten trat eine merkwürdige Einheitlichkeit bei der Interessentengruppen in den Anklagen gegen den Kapitalismus und dessen Verurteilung zutage und dies führte unwillkürlich von den Fragen der Kooperation zu solchen der Politik hinüber. Man forderte Gesetze und staatliche Maßnahmen zugunsten der Kooperation, d. h. man betrat denselben Weg, den die Farmer von North Dakota schon früher eingeschlagen hatten. Von „Sozialismus“ wollte freilich niemand etwas hören und wissen. Tatsächlich aber ist er bereits in den Herzen aller lebendig.

sten Gegenreden bei den Arbeitern", sondern auch auf die Opposition von HESS, durch welche jene erst eigentlich genährt wurden. In den Gemeinden war überhaupt „gegen diesen flauen Kohl durchzugreifen nicht möglich". Sie stimmten einem von HESS „gottvoll verbesserten Glaubensbekenntnis" zu, das der Mentalität von Handwerksgesellen besser entsprach. ENGELS vermochte es erst in der Kreisberatung zu Fall zu bringen, worauf er vom Kreise mit der Abfassung eines neuen betraut wurde. So kam jener Vorentwurf zustande, dessen katechetische Form mit der eines Manifestes zu vertauschen ENGELS unmittelbar vor seiner Abreise nach London MARX vorschlug[57]). Um den zu erwartenden Widerspruch innerhalb der Gemeinden zu vermeiden, wurde der — nicht ungefährliche — Ausweg gewählt, diese überhaupt nicht nochmals zu befragen, sondern die Programmfrage unmittelbar im Kreise zu erledigen[58]). Aber mit einigem Widerstand auch in diesem mußte ENGELS trotzdem rechnen[59]); und seine Wahl zum Kongreßdelegierten erfolgte ebenfalls nicht ohne Opposition[60]).

Immerhin, und darauf kam es wesentlich an, waren nun die

---

57) Ebenda I, 84 (24. November 1847): „Überlege Dir doch das Glaubensbekenntnis etwas. Ich glaube, wir tun am besten und lassen die Katechismusform weg und titulieren das Ding: Kommunistisches Manifest. Da darin mehr oder weniger Geschichte erzählt werden muß, paßt die bisherige Form gar nicht. Ich bringe das hiesige mit, das ich gemacht habe, es ist einfach erzählend, aber miserabel redigiert, in fürchterlicher Eile. Ich fange an: Was ist der Kommunismus? und dann gleich das Proletariat . . ."

58) Ebenda I, 78/79: „Dem Mosi habe ich, ganz unter uns, einen höllischen Streich gespielt. Er hatte richtig ein gottvoll verbessertes Glaubensbekenntnis durchgesetzt. Vorigen Freitag nun nahm ich dies im Kreise vor, Frage für Frage, und war noch nicht an der Hälfte vorgekommen, als die Leute sich für satisfaits erklärten. Ohne alle Opposition ließ ich mich beauftragen, ein neues zu entwerfen, was nun nächsten Freitag im Kreis wird diskutirt und hinter dem Rücken der Gemeinden nach London geschickt werden. Das darf aber natürlich kein Teufel merken, sonst werden wir alle abgesetzt, und es gibt einen Mordskandal."

59) Ebenda: „Das hiesige ist noch nicht ganz zur Bestätigung vorgelegt, aber ich denke, bis auf einige ganz kleine Kleinigkeiten es so durchzusetzen, daß wenigstens nichts gegen unsere Absichten darin steht."

60) Ebenda I, 81 (15. November 1847): „Gestern Abend war Deputirtenwahl. Nach einer höchst konfusen Sitzung wurde ich mit zwei Drittel gewählt. Die Opposition war blos scheinbar."

sieren müßten. So schufen sie denn kooporative Genossenschaften, die ihre eigenen Elevatoren bei den Bahnhöfen errichteten. Sie erreichten damit, daß sie ihren Weizen in größeren Partien verkaufen konnten und die Lagerhausausgaben verminderten. Damit war aber die ökonomische Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht. Denn nach wie vor waren sie gezwungen, ihren Weizen an die Trusts in Minneapolis und Duluth zu verkaufen und blieben also den Gradierungspraktiken der dortigen Elevatoren ausgesetzt. Dies zeitigte den Plan, eigene Elevatoren bei den großen Endbahnhöfen zu errichten, um so das Getreidegeschäft ganz in eigene Hände zu bringen. Wie aber das dazu erforderliche Kapital beschaffen? Diese Lösung dieser entscheidend wichtigen Frage schien nur mit Staatshilfe möglich. So wurde mit innerer Notwendigkeit die Forderung laut: der Staat solle den Kooperativgenossenschaften Kredit zur Verfügung stellen und die Bewegung erhielt dadurch bereits politischen Charakter.

Sofort aber stieß sie auf ein früher nicht in Betracht gezogenes Hindernis: die ganz im altliberalistischen Geiste aufgebaute Verfassung des Staates verbot die Gewährung öffentlichen Kredits in der angestrebten Art. Es galt demnach zunächst, die Verfassung zu revidieren. Eine nicht leichte Sache und jedenfalls zeitraubende Sache! Nach der Verfassung von North Dakota tritt die Legislatur nur alle zwei Jahre je im Monat Januar und auch da nur für eine Session von nicht mehr als sechzig Tagen zusammen. Wie in den übrigen Unionsstaaten herrscht auch in North Dakota das Zweikammersystem. Das Abgeordnetenhaus wird alle zwei Jahre, und zwar je im November, völlig neugewählt, der Senat hingegen wird immer nur je zur Hälfte erneuert. Eine Verfassungsänderung aber setzt nicht nur die Zustimmung beider Häuser voraus, sondern muß auch noch durch direkte Volksabstimmung bestätigt werden. Es darf also nicht wundernehmen, daß es eines vierjährigen Kampfes bedurfte, bis die für die Bestrebungen der Farmerbevölkerung notwendige Verfassungsänderung durchgesetzt werden konnte. Im Jahre 1913 lagen endlich die Beschlüsse der Legislatur vor und sie wurden vom Volke mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreditbeistellung an die bäuerlichen Kooperativgenossenschaften stand nun grundsätzlich nichts mehr im Wege.

Allein die Kreditbeträge selbst konnten nicht vor dem Zusammentritt der neuen Legislatur im Januar 1915 angesprochen werden. Diese Legislatur aber lehnte die Bewilligung solcher Kredite ab — trotz alles politischen Drucks der Kooperativgenossenschaften, den diese zu üben nun schon ganz wohl gewöhnt waren und verstanden. Die Republikaner in den gesetzgebenden Körpern betrieben ihre eigenen Geschäfte, die Demokraten desgleichen, und der einzige Sozialist konnte vollends nichts ausrichten. Das Resultat vieljähriger schwerster Kämpfe schien damit nullifiziert und der Volkswille zur Ohnmacht verurteilt gegenüber den alten politischen Organisationen.

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache war naheliegend: die Macht der alten Parteien mußte gebrochen und in die Hände des Volkes übergeleitet werden, dieses mußte selbst die Verwaltung übernehmen. Der Mann, der diesen Gedanken der Verwirklichung zuführte, hieß A. C. Townley. Er war ein wohlhabender Farmer gewesen, hatte aber im Herbste 1914 nach einer Mißernte von Haus und Hof weichen müssen und sein ganzer Haß wendete sich daher gegen die organisierte Geldmacht, die ihn aus seinem Heim vertrieben hatte, dieselbe Geldmacht, die er uneingeschränkt auch die Politik beherrschen sah. Im Frühjahr 1915 begann er eine heftige Agitation gegen diese Zustände. Er rief eine neue politische Organisation ins Leben: the Nonpartisan League, die sich das Ziel stellte, die politische Gewalt zu erobern. Mitglieder der parteilosen Liga sollten nur Bauern werden können, sie sollte aber zugleich mit den Organisationen der Arbeiter fest zusammenstehen: im Bunde miteinander sollten Bauern und Arbeiter den Staat beherrschen. Die programmatischen Forderungen der Liga wurden von einer Delegiertenversammlung im April 1916 formuliert und bei den Staatswahlen vom Monat November errangen ihre Kandidaten einen überaus glänzenden Sieg. Es gelang ihnen nicht allein, den Gouverneurposten und fast alle übrigen Staatsämter mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, sie eroberten auch 87 von den 113 Sitzen des Abgeordnetenhauses, und 18 von den 25 zu besetzenden Mandaten des Senats. In diesem verfügten sie nun allerdings noch nicht über die Mehrheit, immerhin aber waren sie schon stark genug, um in der Legislaturperiode von 1917 einen Teil

ihres Programms durchzusetzen, und dieser reicht aus, um den Geist ihrer Politik mit genügender Deutlichkeit hervortreten zu lassen.

Auf gewisse Punkte dieser neuen Gesetzgebung, wie z. B. auf jene über das Frauenwahlrecht, Schulwesen, Wegbau und Bauwesen, Verbesserung des Zivilprozeßverfahrens u. dgl., soll und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Manches davon ist zwar sicherlich auch Mittel im Kampfe gegen das Großkapital, andere Beschlüsse aber kennzeichnen diesen Kampf und die Art, wie er geführt wurde und wird, noch besser.

Vor allem galt es, die Tyrannei der Eisenbahnkompagnien zu brechen und diese zur Rücksicht auf das gemeine Wohl zu zwingen: sie wurden verpflichtet, unterschiedslos allen Verfrächtern die Waggons in gleicher Art zur Verfügung zu stellen und auf ihrem Boden den nötigen Platz auch für andere als ihre eigenen Elevatoren einzuräumen, damit also auch fortan die Geschäfte der Kooperativgenossenschaften nicht mehr zu hemmen. Ein besonderes Gesetz sichert und fördert noch die geschäftlichen Rechte der letzteren. Weitere Gesetze stellten den Betrieb von Elevatoren und einigen anderen bäuerlichen Großgeschäften unter staatliche Konzession und regelten die Behandlung des Getreides innerhalb des Staates. Eine Steuerreform unterwarf für die Zukunft Eisenbahnen, Expreßkompagnien, Banken und die sonstigen gleichartigen Großunternehmungen einer ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Steuerpflicht und auferlegte ihnen also die Selbsttragung ihres verhältnismäßigen Anteils an der staatlichen Steuerlast. Eine besondere Wegerhaltungssteuer wurde für Automobile eingeführt und die Steuersätze nach der Schwere der Kraftwagen abgestuft. Große Vermögen trifft fortan eine 15 %ige Erbschaftssteuer. Eine staatliche Kommission unter dem Vorsitz einer Frau wurde ernannt, um die Arbeitsverhältnisse der Frauen und Kinder zu überwachen. Die Sonntagsarbeit wurde verboten. Die Lohnansprüche der Arbeiter erhielten strengeren Schutz und die Arbeiter wurden ausgiebiger als vorher gegen Betriebsunfälle gesichert.

Diese reiche gesetzgeberische Tätigkeit von zwei Monaten zeigte klärlich die neue Richtung, in der sich nunmehr die Politik des Staates bewegte. Aber all das war nur ein bescheidener Anfang. Im Monat November 1918 schritt das Volk neuerdings

zu den Wahlurnen und wieder errang die Nonpartisan League einen überwältigenden Sieg. Diesmal fiel ihr die Mehrheit auch im Senat zu, so daß sie in der Legislaturperiode vom Januar 1919 die gesetzgebende Gewalt vollständig in ihren Händen hatte. Wie sie diese nun benützt und was sie nun durchgesetzt hat, das darf man getrost als tiefgreifende Revolution bezeichnen. Und es hat seinen guten Sinn und volle Berechtigung, wenn die bezeichnete Regierung die Sammlung der neuen Gesetze unter dem Titel „The New Day in North Dakota" veröffentlicht hat.

Die siegreiche Bauernpolitik zeichnet sich durch eine Reihe Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse aus. Eines dieser Gesetze, dessen erster Artikel lautet: „Der Staat North Dakota verkündigt hiermit, daß das Wohl des Staates in hohem Maße von dem Wohlergehen der Lohnarbeiter abhängt", hat endlich eine öffentliche Arbeiterunfallversicherung eingeführt. Amerika ist überhaupt mit dieser Reform spät nachgehinkt und erst während der letzten sechs oder sieben Jahre ist sie in den meisten Staaten der Union durchgedrungen. Das zitierte neue Gesetz von North Dakota ist nach dem Muster der einschlägigen Gesetzgebung Deutschlands und New Zealands abgefaßt und unzweifelhaft vom Standpunkte der Arbeiter eines der vorteilhaftesten in Amerika. — Ferner ist nunmehr der achtstündige Arbeitstag für Frauen festgelegt, u. zw. in der Weise, daß sie nicht mehr als 48 Stunden in der Woche und 8 $^1/_2$ Stunden im Tage arbeiten dürfen. Dieses Gesetz gilt jedoch nur für die Städte. Die Kommission für die Unfallversicherung ist aber ermächtigt, alle Frauenarbeit zu regeln und auch ein Lohnminimum für Frauen festzustellen. — Die Gewerkschaften sind öffentlich anerkannt, indem der Staat sich verpflichtet hat, alle staatliche Druckereiarbeit durch ihre Mitglieder besorgen zu lassen, und besonders wichtig ist es, daß nunmehr den Gerichtshöfen verboten ist, gegen Streiks mit ihren Injunktions einzugreifen. Von weittragender Bedeutung im Interesse der Arbeiter ist endlich das Gesetz zur öffentlichen Unterstützung des Hausbauens. Es geht in seinen Hilfebestimmungen zwar nicht so weit, wie manche europäische Gesetze, z. B. wie das norwegische, es bezeichnet jedoch einen offenen Bruch mit der bisherigen amerikanischen Praxis und erweitert das Gebiet der sozialen Tätigkeit des

Staates um ein bedeutendes, ist somit in dieser Hinsicht prinzipiell von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit.

Hat man es bei all dem mit Maßnahmen zu tun, die wesentlich mittelbar gegen das Großkapital sich richten, so kommt den neuen Steuergesetzen direkter Kampfcharakter zu. Die Erbschaftssteuer ist so erhöht worden, daß sie für große Vermögen bis 20 % ansteigen kann; neu eingeführt ist eine staatliche Einkommensteuer mit einer Progression von 1/4 bis 10 % und mit höheren Sätzen für Kapital- als für Arbeitseinkommen.

Der Schwerpunkt der neuen Gesetzgebung liegt aber in den eigentlichen Bauerngesetzen. Im Interesse der Farmer hat der Staat die — gerade in jenen Gegenden besonders wichtige — Hagelversicherung übernommen und es wird behauptet, daß die Farmer von North Dakota schon im Herbste 1919 etwa 15 Mill. Mark ersparten: dank der hierdurch eingetretenen Verminderung der Versicherungsprämien im Vergleich mit deren Ansetzung durch die privaten Versicherungsgesellschaften. Von gleichem volkswirtschaftlichen Nutzen ist ferner die Errichtung einer neuen Staatsbank, die alle öffentlichen Geldmittel sammelt und die Bauern mit billigem Kredit versieht. Ein staatliches Büro ist nun mit der Durchführung der Getreidegradierung betraut und sichert so den bäuerlichen Erzeugern den vollen Preis ihrer Erzeugnisse. Die Frachttarife der Eisenbahnen sind gesetzlich festgelegt, d. h. tatsächlich effektiv verringert worden.

Schon diese obengenannten Maßregeln entspringen einer neuen, bisher ganz „un-amerikanischen“ volkswirtschaftspolitischen Auffassung und tragen in hohem Maße staatssozialistisches Gepräge. Noch mehr aber gilt dies von den neuen Gesetzen über den Getreidehandel. Zur Einführung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols ist es freilich nicht gekommen. Wohl aber ist nunmehr der Betrieb des Getreide*großhandels* an staatliche Konzession gebunden und deren Erteilung erscheint an Garantien für eine loyale Behandlung der Produzenten geknüpft. Außerdem ist eine staatliche Mühlen- und Elevatorengesellschaft mit einem Grundkapital von 20 Mill. Mark ins Leben gerufen worden, die das Getreide kauft und verkauft und Mühlen betreibt. Ihre sowohl wie auch der Staatsbank Leitung erfolgt durch *the Industrial Commission*, die sich aus dem Gouverneur des

Staates, dem Staatsadvokaten und dem Minister für Landwirtschaft und Arbeit zusammensetzt. Die Bildung dieser Getreidehandelsgesellschaft wurde natürlich von den Vertretern des privaten Getreidehandels als rein sozialistische Maßregel verschrien und angefochten. Der betreffende Beschluß der Legislative mußte daher, um in Kraft treten zu können, vorerst die Volksabstimmung passieren. Diese fand am 26. Juni 1919 statt und ergab die Bestätigung des Gesetzes mit großer Mehrheit, so daß dann die neue Gesellschaft im darauffolgenden September ihre Geschäfte beginnen konnte. Es braucht kaum betont zu werden, daß die privaten Getreidehandelskompagnien alles getan haben, um die Verwirklichung des öffentlichen Handels zu hindern und zu stören. Dies hat aber nur den Plan der Nonpartisan League gezeitigt, im Anschluß an die frühere Maßregel öffentliche Absatzagenturen in Minnesota und anderen Staaten einzurichten. So schließt sich kraft innerer Folgerichtigkeit an das eine Glied der Kette ein neues an.

Der Kampf in North Dakota ist noch nicht zu Ende. Für die bevorstehenden Wahlen im nächsten Herbst ist bereits eine heiße Agitation entbrannt, und die Liga der Parteilosen wird von ihren Gegnern nacheinander als sozialistisch, anarchistisch, bolschewistisch und deutschfreundlich verdächtigt. Mehr ins Gewicht als diese Angriffe von feindlicher Seite fällt aber, daß auch innerhalb der Nonpartisan League selbst gewisse Gegensätze zutage treten. Angesichts dieser Spaltungsmöglichkeiten erhoffen daher die Gegner bei den Herbstwahlen den Sieg. Welcher Seite immer nun dieser sich auch zuneigen möge, unzweifelhaft ist jedenfalls, daß die bisher so erfolgreiche Bewegung der Nonpartisan League ein deutlicher Beweis für das Vordringen neuer stark sozialistisch gefärbter Ideen in der nordamerikanischen Union ist.

Übrigens ist die Bewegung längst nicht mehr auf North Dakota allein beschränkt. Seit Neujahr 1917 hat sie sich über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt und im Herbste 1919 bestanden bereits in dreizehn Staaten Tochterorganisationen der Nonpartisan League mit zusammen 230 000 Mitgliedern. Ein Jahr zuvor, im Dezember 1918, wurde ein allgemeiner Kongreß in St. Paul abgehalten, auf dem ein gemeinsames Programm zur Annahme

Das Manifest begnügte sich mit der Formulierung „despotischer Eingriffe in das Privateigentum und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse ... als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise“ in der Richtung zum Kommunismus hin. Es setzte also die bereits erfolgte Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nach Überwindung der Bourgeoisie als herrschender Klasse voraus. Ein analoges Detailprogramm dagegen für die Haltung des Proletariats in der geschichtlichen Phase des Übergangs erst zur Vollentfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, zur Herrschaftsantretung der Bourgeoisie und während ihrer Herrschaft fehlt im Manifest. Zum Zukunftsprogramm gesellten sich nun die siebzehn Punkte als Gegenwartsprogramm.

Die Umgestaltung Deutschlands zu einer einigen unteilbaren Republik, die Einführung des allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrechts und von Abgeordnetendiäten, die allgemeine unentgeltliche Volkserziehung, die allgemeine Volksbewaffnung (1, 2, 3, 4, 17) sollten ebenso dem fürstlichen Absolutismus und seiner Hauptstütze, der Kleinstaaterei, ein Ende machen und der formalen politischen Demokratie die Wege bahnen, wie die entschädigungslose Grundentlastung mit dem Feudalismus, die Trennung von Kirche und Staat mit der Machtstellung der ersteren aufräumen (6, 13). Aber auch sozial und wirtschaftlich sollten die alten Mächte, einschließlich der Bureaukratie, an der Wurzel getroffen werden: durch die Verstaatlichung aller „fürstlichen und anderen feudalen Landgüter (7), die Verstaatlichung der Grundrente von allem Pachtboden (9), die Differenzierung der Besoldung sämtlicher Kategorien von Staatsbeamten einzig nach Maßgabe des durch den Familienstand bestimmten Bedürfnisses (12).

Mit nicht geringerer Wucht als gegen die sozialen Gewalten aus der Vergangenheit kehrten sich die „Forderungen“ gegen die neuen, die industrielle und die Finanzbourgeoisie. Denn sie sehen vor: die Verstaatlichung aller Bergwerke, aller Transportwege und -mittel, aller Hypotheken auf Bauernland, des gesamten Bank- und Kreditwesens bei gleichzeitiger Ersetzung der Gold- und Silberzirkulation durch Staatspapiergeld (7, 8, 10, 11); ferner die Beschränkung des Erbrechts und die vollständige Verdrängung der Verbrauchsabgaben durch starke Progressivsteuern (14, 15).

Die dem Staate durch all das zufließenden Einnahmen sollten ermöglichen: eine Herabsetzung der öffentlichen Lasten von Bauern und Kleinpächtern (9); Unentgeltlichkeit der Rechtspflege (5), der Schule (17/I) und der Benützung der Verkehrsanstalten durch Unbemittelte (11); darüber hinaus aber auch eine Umorganisierung der Volkswirtschaft durch modernst-großbetriebliche Ausgestaltung auf den verstaatlichen Gütern (7), die Verwendung der Armeen auch als produktiv-tätige Arbeiterheere (4), die Garantierung des Rechts auf Existenz bei Arbeitsfähigkeit in Nationalwerkstätten, bei Arbeitsunfähigkeit aber durch Versorgung von Staats wegen.

Man sieht, die siebzehn Punkte sind ausführlicher als der einschlägige Teil des Kommunistischen Manifests, auch soweit sie rein wirtschaftspolitischer Natur sind; in einigem bleiben sie hinter ihm zurück, in anderem decken sie sich mit ihm oder sie gehen weiter; auffällig ist das Fehlen jedes Hinweises auf gewerblich-industriellen Arbeiterschutz. In vielem erinnern sie lebhaft an Maßnahmen der bolschewistischen Revolution nach dem 9. November 1917 — nicht zum wenigsten in der Begründung der Konfiskation des Grundrentenbezuges von Pachtboden mit dem alten „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" oder im Wortlaut der „Forderungen": Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil, seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch (9/III). Wie sie waren, mußten aber die siebzehn Punkte den schärfsten Widerstand aller besitzenden Klassen herausfordern, während ihnen die Massen, namentlich die ländlichen, geringe Ausnahmen abgerechnet, vollkommen verständnislos gegenüberstanden. In dem vom zweiten Demokratenkongreß in Berlin am 30. Oktober 1848 beschlossenen Programm taucht zwar ein großer Teil von ihnen auf — bezeichnenderweise, ohne daß ihrer Herkunft mit einem Wort gedacht würde[74] —, aber gerade bei den wichtigsten und verhältnismäßig leichtest praktikablen erscheint die Spitze entweder abgebrochen oder umgebogen[75].

---

74) Vgl. Lüders a. a. O. S. 89.

75) Abgelehnt wurden: die Verstaatlichung der bäuerlichen Hypotheken; die Minderung der Abgabepflicht von Bauern und Kleinpächtern; die Forderung unentgeltlicher Benutzung der Transportmittel durch Mittellose; die Kennzeichnung des Drohnencharakters nicht selbstwirtschaftender und großer

des Briefwechsels zwischen MARX und ENGELS[5]) nicht zu vergessen. In jüngster Zeit endlich hat ERNST DRAHN sich um die Erforschung des alten Problems durch Ausgrabung zweier vollkommen verschollener Urkunden von größter Wichtigkeit verdient gemacht[6]). Immer noch aber hatte man es mit Stücken bloß einer zerrissenen Kette zu tun, zu deren vollständiger Zusammensetzung das Schlußglied fehlte. Nun hat auch dieses sich gefunden. Im Frühjahr 1920 hat es mir, bei Gelegenheit anderweitiger Studien in der meiner Leitung unterstehenden ANTON MENGER-Bibliothek, ein glücklicher Zufall in die Hände gespielt. Allerdings nicht als Erstem, wie ich mehrere Monate später aus der Lektüre der vortrefflichen ENGELS-Biographie GUSTAV MAYERS ersah: MAYER hat das — erste und einzige — Heft der Londoner Kommunistischen Zeitschrift, das im September 1847 schon, ein halbes Jahr vor dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests, das Motto: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" an der Stirne trug, vor mir, auf dem Berliner geheimen Staatsarchiv, entdeckt[7]). Übrigens ist es, wenigstens dem Titel nach, auch bisher nicht unbekannt gewesen. GEORG ADLER erwähnt es bereits vor mehr als einem Menschenalter[8]) — allerdings ohne es zu Gesicht bekommen zu haben und offenbar nach einem von WELLER herrührenden „Wegweiser auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur" [9]); und MAX NETTLAU

5) Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883. Herausg. von A. BEBEL und ED. BERNSTEIN. 4 Bde. Stuttgart 1913.

6) DRAHN, Zur Vorgeschichte des Kommunistischen Manifests und der Arbeiterinternationale, in Die neue Zeit XXXVII/2 (1919), 131/138. Es handelt sich um zwei — ursprünglich in Demokratisches Taschenbuch für 1848 (Leipzig, Verlag von E. O. WELLER 1847), S. 282/299 erschienene — Adressen des Bundes der Gerechten vom November 1846 und Februar 1847. — DRAHN hat sich mit ihrem einfachen Wiederabdruck begnügt — die erste Adresse übrigens auch nur gekürzt reproduziert. Das von ihm weggelassene Stück findet sich unten in der Anmerkung 90.

7) Vgl. MAYER a. a. O. S. 298, 420.

8) Vgl. GEORG ADLER, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Breslau 1885. Anhang S. IV, Anm. 1.

9) Anhang zu E. WELLER, Die Freiheitsbestrebungen der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert, dargestellt in Zeugnissen ihrer Literatur. II. Aufl. Leipzig 1848. S. 2. Vgl. auch ADLER a. a. O. VII und IV.

zitiert 1899 nebst dem vollständigen Titel auch das Inhaltsverzeichnis des Hefts, auch er übrigens ohne dessen Inhalt zu kennen [9a]).

Wichtiger jedoch als diese durch publizistische Gewissenhaftigkeit gebotene Feststellung ist ein anderes. Die neu aufgefundene Zeitschrift, an sich schon eine der interessantesten Urkunden aus der Frühzeit des modernen Kommunismus, gestattet im Zusammenhalt mit anderen von früher her bekannten, eine nunmehr lückenlose Schilderung der Vorgänge, welche die Entstehung des MARX-ENGELSschen Manifests gezeitigt haben, und eröffnet so das Verständnis auch für vieles, was bisher gar nicht oder nur schwer zu erklären war. Sie in einer unverkürzten Neuausgabe wieder allgemein zugänglich zu machen, erscheint daher nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten.

Mit ihr zugleich veröffentliche ich noch einige andere Urkunden aus den Jahren 1847/1848, die mit ihr organisch zusammenhängen. Vor allem den von der Zentralbehörde des Bundes der Gerechten ausgearbeiteten Entwurf eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses; sodann die Statuten des Bundes der Kommunisten von Ende 1847, die nur in dem — heute kaum noch aufzutreibenden — Buche von WERMUTH-STIEBER [10]) zu finden sind; endlich die Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland nach Ausbruch der Februarrevolution. Sie sind nach dem Revolutionsjahr vollständig verschollen und erst 1885 hat sie ENGELS einer weiteren Öffentlichkeit wieder bekannt gemacht [11]). Merkwürdigerweise jedoch nur teilweise. Vollständig sind sie erst 1909 wieder publiziert worden — an einer Stelle aber, an der sie erst recht unbeachtet geblieben sind [12]) und ohne daß sie ihrer eigentlichen Bedeutung nach erkannt worden wären — ja, ohne daß ihre eigentliche Bedeutung damals auch

---

9 a) Vgl. NETTLAU (die handschriftliche, in bloß 50 Exemplaren autokopierte) Bakunin-Biographie. London 1898/1900. II, Anm. 1784; ferner dessen Marxanalekten, im Arch. f. Gesch. d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung. VIII, 394, Anm. 2.

10) A. a. O. I, 239/243, Anlage X.

11) Einleitung zum Kommunistenprozeß a. a. O. S. 41. Vgl. auch MEHRING, Gesch. d deutsch. Soz.Dem. I, 361.

12) In der Doktordissertation von GUSTAV LÜDERS, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848 (Abhandlungen z. mittl. u. neueren Geschichte XI). Berlin und Leipzig 1909. S. 158/160.

nur hätte voll erkannt werden können. In der Gegenwart aber, in der der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft niemandem mehr als bloße Phantasmagorie erscheint, da überall Sozialisierungspläne und Sozialisierungsbestrebungen an der Tagesordnung sind, da in Sowjetrußland die Diktatur des Proletariats aufgerichtet worden ist, heischt gerade jener Teil der „Forderungen“, den ENGELS seinerzeit nicht mitgeteilt hat, besondere Aufmerksamkeit.

I.

Die Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Manifests[13]).

Die französische Revolution hat die ökonomischen und rechtsphilosophischen Voraussetzungen für den Sozialismus formuliert; und sie auch schon hat den ersten Versuch zu dessen Verwirklichung nach vorausgegangener Erringung der politischen Macht gesehen. Dieser verfrühte Versuch mußte mißlingen. Nachdem GRACCHUS BABOEUF und DARTHÉ ihn am 27. Mai 1797 mit dem Tode gebüßt hatten und sieben andere Verschworene zur Deportation verurteilt worden waren, verschwand jede kommunistische Regung von der Bildfläche. Im napoleonischen Frankreich war noch kein Raum für eine solche. Erst mußte das „System der natürlichen Freiheit“ und die moderne kapitalistische Produktionsweise zu vollerer Entfaltung gelangen, damit die Kritik ihrer Segnungen und in weiterer Folge die Negation der geschichtlichen Privateigentumsgrundlage in Gesellschaft, Wirtschaft und Recht in den Massen Widerhall finden und eine selbständige proletarisch-kommunistische Bewegung emporkommen konnte. Wir begegnen denn auch den Anfängen einer solchen erst an der Wende von den dreißiger zu den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wurde ja überdies ihre organische Entstehung durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse nach dem Sturze des Kaiserreichs mehr als ein halbes Menschenalter hindurch gestaut.

Indem die bourbonische Restauration die Errungenschaften

13) Vgl. zum folgenden die in den Anm. 1, 3, 4 und 8 zit. Literatur; ferner GRÜNBERG, Art. „Sozialdemokratie“ und „Sozialismus“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft (III. Aufl. Jena 1911), II 800 f., 804.

der großen bürgerlichen Revolution von 1789 in Frage stellen zu wollen schien, einigte sie nochmals den „Dritten Stand“ zu gemeinsamem Kampfe wider sich. Aber auch nach der Julirevolution und der endgültigen Ergreifung der Macht durch die Großbourgeoisie gingen noch die bürgerliche Demokratie und das Proletariat einige Zeit zusammen: „nicht eins zwar, aber doch vereinigt“ im Ziele der Herstellung der Republik als der nicht nur an sich besten Staatsform, sondern als derjenigen auch, die imstande sei, allen Übeln und Beschwerden abzuhelfen. Wo man daher damals einer Arbeiterbewegung, oder besser: einer Bewegung auch unter Arbeitern begegnete, stand sie im Dienste des Republikanismus. Dies gilt ebensowohl von den beiden Kristallisationspunkten der republikanischen Agitation zwischen 1830 und 1834, der Société des Amis du Peuple und der Société des Droits de l'Homme, wie von den wiederholten, in diese Jahre fallenden republikanischen Emeuten.

Wandel hierin brachte erst die strenge Repression des „Bürgerkönigtums“ gegen den Republikanismus nach dem Lyon-Pariser Aufstande von 1834. Sie drängte die republikanische Agitation aus der Öffentlichkeit in geheime Gesellschaften. In diesen aber gewannen — vermöge ihrer gegen früher notwendig demokratischeren Organisation — naturgemäß allmählich die proletarischen Interessen und Aspirationen die Oberhand. Ihr Ziel ward nicht mehr die Republik allein, sondern auch die Ausdehnung des Egalitätsprinzips auf das wirtschaftliche Gebiet. Damit langte die Entwicklung auf demselben Punkte wieder an wie die von Gracchus Baboeuf geleitete „Verschwörung für die Gleichheit“, deren Geschichte kurz zuvor Baboeufs einstiger Genosse, Philippe Buonarroti, ans Licht gebracht hatte[14]) (1828), und der „Babouvismus“ feierte seine Auferstehung. Seine Führer aber, Armand Barbès und Louis-Auguste Blanqui, übernahmen mit den Zielen des Meisters auch dessen Taktik, gründeten erst die Société des familles und nach deren polizeilicher Sprengung (1835) die Société des Saisons, verbreiteten aufrührerische Flugblätter mit der Aufforderung zu sozialer Revolution und zu politischem Mord und versuchten am 12.

14) Ph. Buonarroti, Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf. 2 vol. Bruxelles 1828.

lateinischen Sprache Kinder, Nachkommen; die Proletarier bildeten also die Klasse der Bürger, welche Nichts besassen, als ihre Arme und Kinder. —

Seitdem nun die heutige Gesellschaft sich ihrem höchsten Punkte der Civilisation nähert, seitdem die Maschinen erfunden und grosse Fabriken errichtet wurden, seitdem das Eigenthum immer mehr in die Händen einzelner Personen gelangt, hat sich auch das Proletariat bei uns immer mehr entwickelt. Eine geringe Anzahl Privilegirter besitzt alles Eigenthum, die grosse Masse des Volks Nichts, als ihre Arme und Kinder. — Gerade wie im römischen Staat werden wir Proletarier und unsere Söhne in Soldatenkittel gesteckt, zu Maschinen dressirt, die ihre eigenen Unterdrücker beschützen und auf den Wink derselben ihr Blut verspritzen müssen. Gerade wie damals müssen unsere Schwestern und Töchter dazu dienen, die viehischen Begierden reicher Wollüstlinge zu befriedigen. Gerade wie damals zeigt sich der Hass der unterdrückten Armen gegen die reichen Unterdrücker. Doch steht das Proletariat unserer Gesellschaft auf einem ganz anderen und besseren Standpunkt als das römische. Die römischen Proletarier hatten weder die Mittel, noch die nöthige Bildung, um sich befreien zu können; es blieb ihnen nichts übrig, als sich zu rächen und im Rachekampf unterzugehen. Viele der heutigen Proletarier besitzen schon, Dank der Buchdruckerkunst, einen hohen Grad von Bildung und die übrigen erheben sich jeden Tag mehr durch ihr Streben nach Vereinigung, und während sich dieselben stets mehr erheben und fester an einander schliessen, zeigt uns die privilegirte Klasse das Bild des furchtbarsten Egoismus, der scheusslichsten Sittenlosigkeit. — Die heutige Civilisation bietet Mittel genug dar, um alle Menschen der Gesellschaft glücklich zu machen; der Zweck der heutigen Proletarier ist daher nicht bloss zu zerstören, sich zu rächen, und im Tode Befreiung zu finden, sondern dahin zu wirken, dass eine Gesellschaft gegründet werde, in der Alle als freie und glückliche Menschen leben können. Proletarier der heutigen Gesellschaft sind Alle, die nicht von ihrem Kapital leben können; der Arbeiter so gut als der Gelehrte, der Künstler wie der kleine Bourgeois; und wenn auch die kleine Bourgeoisie noch einiges Vermögen besitzt, so geht sie doch augenscheinlieh mit Riesenschritten, durch die furchtbare Konkurrenz, die ihr das

grosse Kapital macht, dem Zustande entgegen, der sie den übrigen Proletariern völlig gleich stellen wird. Wir können sie daher jetzt schon zu uns zählen, denn sie hat eben so grosses Interesse, sich vor dem Zustande der gänzlichen Besitzlosigkeit zu hüten, als wir haben aus demselben herauszukommen. Vereinigen wir uns daher und es kann beiden Theilen geholfen werden.

Für die Befreiung des Proletariats zu wirken, und damit dieselbe so bald als möglich zu Stande komme, alle Unterdrückten zur Vereinigung aufzumuntern, soll die Aufgabe dieses Blattes sein.

Wir nennen das Blatt „kommunistische Zeitschrift,“ weil wir überzeugt sind und wissen, dass diese Befreiung nur durch eine gänzliche Umgestaltung der jetzt existirenden Eigenthums-Verhältnisse bewirkt werden, mit einem Wort, nur in einer auf die Gemeinschaft gegründeten Gesellschaft Statt finden kann. Es war unsere Absicht hier ein kurzes und für Alle leicht fassliches kommunistisches Glaubensbekenntniss einzuschalten, und der Entwurf eines solchen ist auch bereits geschrieben. Da dieses Glaubensbekenntniss nun künftighin unserer Propaganda als Richtschnur dienen soll, folglich von der höchsten Wichtigkeit ist, so hielten wir es für unsere Pflicht, diesen Entwurf unseren Freunden auf dem Festlande zuerst zuzuschicken, um ihre Ansichten darüber zu vernehmen. So bald wir die Antworten von unseren Freunden erhalten haben, werden wir die nöthigen Abänderungen und Zusätze machen und es in die folgende Nummer einrücken.

Die kommunistische Bewegung wird von Vielen so falsch aufgefasst, von Andern absichtlich so verläumdet und entstellt, dass wir nicht umhin können, hier einige Worte über dieselbe, so weit wir sie kennen und Theil daran nehmen, zu sagen. Wir wollen uns hauptsächlich darauf beschränken, hier zu erklären, was wir nicht sind, um dadurch zum Voraus etwaigen Verläumdungen zu begegnen, welche man gegen uns vorbringen könnte.

Wir sind keine Systemkrämer; wir wissen aus Erfahrung wie unsinnig es ist, über die in einer zukünftigen Gesellschaft zu treffenden Einrichtungen zu diskutiren und zu grübeln und dabei alle Mittel, welche uns zu derselben führen können, ausser Acht zu lassen. Mögen Philosophen und Gelehrten Systeme für die Einrichtung einer künftigen Gesellschaft aufstellen, wir finden das für gut und nützlich; aber wenn wir Proletarier ganz ernsthaft

Sektionen, die sich den polizeilichen Nachspürungen mit Erfolg zu entziehen wußten.

Die Zentralbehörde hatte seit 1840 ihren Sitz in London. Hier lag auch der Schwerpunkt der Mitgliedschaften, seitdem die Kommunistenverfolgung in der Schweiz eingesetzt hatte und WEITLING selbst nach fast einjähriger Haft am 21. Mai 1844, für fünf Jahre Landes verwiesen, über die deutsche Grenze geschafft worden war. Dieser örtliche Zusammenhang konnte auf die Dauer nicht ohne tiefgehenden Einfluß auf die Londoner Bundessektionen und die oberste Bundesleitung bleiben.

Auf dem Festlande hatten sich die Mitglieder fast zur Gänze rekrutiert und rekrutierten sich auch noch in den vierziger Jahren aus wandernden Handwerksgesellen. Von Kleinmeistern ausgebeutet, erhofften und erstrebten sie doch selbst die Meisterschaft und so von zünftigen Vorstellungen und Vorurteilen befangen, hatten sie weder Blick noch Verständnis für die immer siegreicher hervortretende kapitalistische Welt und daher auch nicht für das eigentliche Wesen ihrer Klassenlage[20]). Dazu kam, daß die gewohnte Enge der heimatlichen Verhältnisse für sie auch in der Fremde nicht aufhörte. Überall lebten sie national aneinandergeschlossen; und erleichterte dies die gegenseitige Übermittlung von Kritik gegen die Gegenwart und von Wünschen, Hoffnungen und Bestrebungen für die Zukunft sowie die revolutionäre Agitation von landsmannschaftlicher Seite her, so hielt es doch anderseits den wirtschaftlichen und politischen Vor-

---

20) Vgl. auch Briefwechsel I, 40: „Mit den Straubingern hier denke ich durchzukommen. Die Kerle sind freilich gräßlich unwissend und durch ihre Lebenslage gar nicht präpariert. Konkurrenz unter ihnen gibt es gar nicht. Der Lohn hält sich immer auf einem und demselben Niveau, der Kampf mit dem Meister dreht sich gar nicht um Lohn, sondern um den Gesellenhochmut usw. . . .“ (ENGELS an MARX, Oktober 1846); I, 88: „. . . Die Weitlingerei und Proudhonisterei sind wirklich der kompletteste Ausdruck der Lebensverhältnisse dieser Esel . . . Die Einen sind echte Straubinger, alternde Knoten, die Anderen angehende Kleinbürger . . .“ (ENGELS an MARX, 14. Januar 1848). Ganz ähnlich stand es natürlich auch innerhalb der französischen Handwerksgesellenschaft. Vgl. (die Neuausgabe von) AGRICOL PERDIGUIER, Mémoires d'un Compagnon. Préface par DANIEL HALÉVY. Editions des Cahiers du Centre, Moulins 1914.

lutionäre ausschreien, so wird uns wenig daran gelegen sein. Wir wenigstens wollen dem Volk keinen Sand in die Augen streuen, sondern ihm die Wahrheit sagen und es auf den herannahenden Sturm aufmerksam machen, damit es seine Vorkehrungen treffen kann. — Wir sind keine Verschwörer, welche an einem bestimmten Tage eine Revolution anfangen oder Fürsten umbringen wollen; wir sind aber auch keine geduldigen Schafe, die ohne zu murren, ihr Kreuz auf sich nehmen. Wir wissen recht gut, dass auf dem Festlande zwischen den aristokratischen und demokratischen Elementen es zum Kampf kommen muss — unsere Feinde wissen es auch und rüsten sich; es ist daher die Pflicht eines jeden Mannes sich vorzubereiten, damit man uns nicht unversehens angreife und vernichte. — Es wird noch ein letzter und ernster Kampf gekämpft werden, und wenn unsere Partei denselben siegreich bestanden, dann erst wird die Zeit kommen, in welcher wir die Waffen hoffentlich für immer bei Seite legen können.

Wir sind keine Kommunisten, welche glauben, dass gleich nach siegreich bestandenem Kampfe die Gütergemeinschaft wie durch einen Zauber eingeführt werden kann. Wir wissen, dass die Menschheit keine Sprünge macht, sondern nur Schritt für Schritt vorwärts geht. Wir können nicht über Nacht aus einer unharmonischen in eine harmonische Gesellschaft eingehen; es bedarf hierzu einer nach Umständen längeren oder kürzeren Uebergangsperiode. Das Privateigenthum kann nur nach und nach in gesellschaftliches Eigenthum umgewandelt werden.

Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine grosse Kaserne oder ein grosses Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit, die nach ihrer Meinung der Harmonie im Wege steht, leugnen und aufheben wollen; wir aber haben keine Lust die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen. Wir sind überzeugt und werden es in unseren folgenden Nummern zu beweisen suchen, dass in keiner Gesellschaft die persönliche Freiheit grösser sein kann, als in derjenigen, welche sich auf Gemeinschaft gründet.

Wir haben nun erklärt, was wir nicht sind; in unserm Glaubensbekenntniss werden wir erklären, was wir sind und was wir wollen. Es bleibt uns nur noch übrig einige Worte an die Prole-

vorbereitet und beschleunigt, daß sich das personale Gefüge des Bundes allmählich wandelte und daß er aus einer deutschen zu einer internationalen Vereinigung wurde.

Diese Entwicklung setzte zunächst im Londoner Arbeiterbildungsverein ein, in dem sich je länger je mehr Angehörige der verschiedensten Nationen — Schweizer, Elsässer, Holländer, Skandinavier, österreichische Slawen, Russen, Ungarn — zusammenfanden, die sich im Verkehr mit Ausländern vorwiegend der deutschen Sprache als Verständigungsmittel zu bedienen gewöhnt waren, und griff bald auch auf den Bund selbst über, der ja die tüchtigsten Kräfte aus den Bildungsvereinen an sich zu ziehen und sich aus ihnen zu ergänzen pflegte. Bedeutsam wurde auch der engere und enge Zusammenhang der führenden Männer des Bundes mit den Gruppen andersnationaler, namentlich französischer und der demokratischen polnischen Flüchtlinge sowie mit den radikalen englischen Vereinigungen und mit hervorragenden Chartistenführern. Auf den an revolutionären Gedenktagen veranstalteten Versammlungen und Banketten begegnen wir stets auch Moll und Schapper; der letztere war auch an der Anfang 1845 erfolgten Gründung von The Democratic Friends of All Nations beteiligt, deren — erste — „Address to the Friends of Humanity and Justice among the Nations" Lovett zum Verfasser hatte[23]); und neben dem Chartisten G. Julian Harney, dem Franzosen Jean A. Michelot, dem Schweizer Henri Hubert, dem Skandinavier Peter Holm und dem Ungarn A. Nemeth, befanden sich auch Moll und Schapper, jener als Präsident, an der Spitze der auf Harneys Initiative im Herbst 1845 gestifteten Gesellschaft der Fraternal Democrats[24]). Anläßlich der damals wegen des Oregongebiets drohenden kriegerischen Verwicklungen zwischen Großbritannien und der nordamerikanischen Union und dann wieder des Krieges zwischen dieser und Mexiko[25]) wendeten sich die Brüderlichen Demokraten

23) Vgl. (die Neuausgabe von) Life and struggles of William Lovett, with an introduction by R. H. Tawney (Bohns Popular Library, Social-Economic Section LXXXII,LXIII). 2 vol. London 1920. II, 314 f.

24) Vgl. Th. Rothstein, Aus der Vorgeschichte der Internationale (Ergänzungshefte der Neuen Zeit XVII). Stuttgart 1913. S. 4 ff.; M. Beer, Geschichte d. Sozialismus in England. Ebenda 1913. S. 407.

25) Vgl. auch Anm. 109.

mit zwei Aufrufen, vom 4. März und 4. Juli 1845, „An die arbeitenden Klassen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten“ und darüber hinaus an „die Arbeiter aller Länder“ mit der Mahnung: „Freiheit und Gerechtigkeit und zuletzt Friede und Glück stehen euch bevor, wenn ihr lernen wollt, euch über nationale Antipathien und nationale Vorurteile hinwegzusetzen. Thuet für euch selbst, was die Regierungen nicht für euch thun wollen!“ Eine Mahnung, deren Ausklang: „Auf Nationen, knüpft das heilige Band, Einigt euch mit Herz und Hand [26])!“ an das „Grouppons nous et demain L'Internationale sera le genre humain“ erinnert. Die Losung der Fraternal Democrats: „Alle Menschen sind Brüder“ war fortan auch auf den Mitgliedskarten des Arbeiterbildungsvereins „in wenigstens zwanzig Sprachen zu lesen, wenn auch hier und da nicht ohne Sprachfehler“ (ENGELS).

Immerhin blieb der internationale Charakter des Bundes zunächst noch rein äußerlich. Allein er verinnerlichte sich in demselben Maße, als sich einerseits der Einfluß der MARX-ENGELSschen Anschauungen bemerkbarer machte und andererseits aus den Erfahrungen mit den Konspirationen und Putschversuchen seit 1830 die Überzeugung sich aufdrängte, „daß jede Revolution, um siegreich zu sein, europäisch sein müsse“ und daß sie, um europäisch zu werden, nicht in konspiratorischem Schatten sich bereiten dürfe, sondern an das Licht öffentlich-propagandistischer Parteibildung zu treten habe.

ENGELS war bereits 1843 mit SCHAPPER und BAUER in Berührung gekommen. Ihre Einladung, dem Bunde beizutreten, hatte er jedoch folgerichtig abgelehnt. Auch MARX hatte während seines ersten Aufenthalts in Paris — November 1843 bis Januar 1845 — „persönlichen Verkehr mit den dortigen Leitern des ‚Bundes‘ wie mit den Führern der meisten französischen geheimen Arbeitergesellschaften (gepflegt), ohne jedoch in eine dieser Gesellschaften einzutreten“ [27]). Zuviel Trennendes lag noch zwischen den beiden Freunden und den Gerechten, zuviel Mißtrauen auch obwaltete noch zwischen ihnen. Seit 1845 wurde es jedoch allmählich anders.

---

26) Demokr. Taschenbuch f. 1848. S. 264/272.
27) MARX, Herr Vogt. S. 35.

Am 11. Januar dieses Jahres war Marx auf Andrängen der preußischen Regierung wegen seiner Mitarbeit am Pariser Vorwärts von Guizot aus Frankreich verwiesen worden und hatte sich nach Belgien, dem damals auf dem Kontinent verhältnismäßig sichersten politischen Asyl, gewandt. Hier ließ er sich in Brüssel nieder, wo sich ihm kurz darauf Engels zugesellte, seit dem Herbst 1843 mit ihm in unzerreißbarer Freundschaft zu gemeinsamer Lebensarbeit für die Sache des Proletariats verbunden. Gleich im Sommer 1845 unternahmen sie dann beide eine sechswöchentliche Reise nach England, wo Marx erstmals einen tieferen Einblick in die englische ökonomische Literatur gewann und mit den Männern vom linken Flügel des Chartismus in Fühlung trat, während Engels seine alten Verbindungen mit ihnen auffrischte und die Wiederaufnahme regelmäßiger Mitarbeit am Northern Star verabredete. Daß sie damals auch mit den Häuptern der Londoner Gerechten nicht außer Verkehr geblieben sind, darf wohl als selbstverständlich angenommen werden.

Nach ihrer Rückkehr nach Brüssel finden wir sie die nächsten paar Jahre mit der Vollendung ihrer Selbstverständigung und der Herausarbeitung des Gegensatzes ihrer Ansicht gegen die ideologische der deutschen Philosophie, mit dem Aufbau und der Fundamentierung der materialistischen Geschichtsauffassung und damit befaßt, diese rücksichtslos gegen frühere Freunde und alte wie neue Widersacher zu verfechten und sie gerade in Arbeiterkreisen zu propagieren. Denn wichtiger, als die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Forschung „in dicken Büchern ausschließlich der ‚gelehrten‘ Welt zuzuflüstern“, erschien ihnen die Gewinnung zunächst des deutschen und darüber hinaus des europäischen Proletariats für ihre Weltanschauung als der ihrer Überzeugung nach einzig zuverlässigen Basis für die Revolutionierung der Gesellschaft.

Allmählich hatten sich im Laufe dieser zwei Jahre eine Reihe von alten und neuen Freunden und Anhängern in Brüssel eingefunden: Moses Hess; der spätere Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung Ernst Dronke; der Schlesier Wilhelm Wolff; der einstige Artillerieleutnant Josef Weydemeyer; der jüngere Bruder von Marxens Gattin, Edgar von Westphalen; der ehe-

malige preußische Aktuar und eifrige Weitlingianer SEBASTIAN SEILER[28]); schließlich auch WEITLING selbst, der nach seiner Vertreibung aus der Schweiz über den preußischen Schub nach Hamburg und von dort, im August 1844, nach London gelangt war, wo er mit einiger Unterbrechung die nächsten siebzehn Monate verlebte — anfänglich zwar sehr gefeiert, aber in seine „Systemfängerei" eingesponnen, unfähig zu weiterer Entwicklung sowie zu dauernder Verständigung und fruchtbarer Zusammenarbeit mit den über ihn hinausgewachsenen SCHAPPER, MOLL und BAUER, daher denn auch in höchstem Maße enttäuscht und verbittert. Die belgische Hauptstadt wurde so der Mittelpunkt der von MARX und ENGELS neu entfachten kommunistischen Bewegung, der sich auch einige Brüsseler, Kölner und Pariser anschlossen. Bis zum Erscheinen der — von ADALBERT VON BORNSTEDT seit Beginn des Jahres 1847 zweimal wöchentlich herausgegebenen — Deutschen Brüsseler Zeitung ohne Organ für eine öffentliche Wirksamkeit, suchten MARX und ENGELS Ersatz in einem regelmäßigen Korrespondenzverkehr mit den Führern des Kommunismus und politischen Radikalismus in den europäischen Zentren und richteten zu diesem Zweck das Kommunistische Korrespondenzkomitee in Brüssel ein. Diesem Verkehr schloß sich auch die Zentralbehörde des Bundes der Gerechten an. Daß eine gleichgerichtete Verbindung mit den Engländern bereits durch den Londoner Aufenthalt der beiden Freunde praktisch angebahnt war, haben wir gesehen. So galt es denn nun auch und vor allem, die Franzosen für sie zu interessieren, indem man ihnen begreiflich machte, daß hinter der ziffermäßig so winzigen Gruppe um MARX lebendige Kräfte stünden, die bei keinem politischen Kalkül vernachlässigt werden dürften.

Zu diesem Zwecke verlegte ENGELS in der zweiten Augusthälfte 1846 seinen Wohnsitz nach Paris. Aber auch aus einem

28) Verfasser der Schriften: „Das Eigentum in Gefahr! oder was haben Deutschland und die Schweiz vom Kommunismus und Vernunftglauben zu fürchten?" Bern, bei Jenni, 1843, sowie „Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich. Eine Verteidigungsschrift, die bereits gesetzt war, aber vom Walliser Staatsrat unterdrückt, jetzt für das Publikum geboten wird". Ebenda 1843.

dass 20 bis 30,000 Kommunisten bereit sein werden ihm zu folgen, um in einem andern Welttheil eine kommunistische Kolonie zu gründen. Wohin Cabet auszuwandern gedenkt, hat er noch nicht erklärt; wahrscheinlich sind es jedoch die Nordamerikanischen Freistaaten, oder Texas, oder vielleicht das vor kurzer Zeit von den Amerikanern eroberte Californien, wo er sein Jcarien zu gründen beabsichtigt[81]).

Wie gewiss alle Kommunisten, so erkennen auch wir mit Freuden an, dass Cabet mit unermüdlichem Eifer, mit bewunderungswürdiger Ausdauer für die Sache der leidenden Menschheit gekämpft und mit Erfolg gekämpft hat, dass er durch seine Warnung gegen alle Konspirationen dem Proletariat einen unermesslichen Dienst geleistet, dieses Alles kann uns jedoch nicht bewegen, da wo Cabet, unserer Meinung nach, einen falschen Weg einschlägt, ihn ruhig weiter gehen zu lassen. — Wir achten die Person des Bürgers Cabet, bekämpfen aber seinen Auswanderungsplan und sind überzeugt, dass, wenn die von ihm vorgeschlagene Aus-

---

81) Der erwähnte — in der gewöhnlichen großsprecherischen Manier CABETS abgefaßte — Aufruf erschien im Mai 1847 in der CABETschen Zeitschrift Le Populaire u. d. T. „Allons en Icarie"; gleichzeitig mit ihm auch eine Broschüre: „Réalisation de la Communauté d'Icarie". Das Reiseziel war weder in dieser noch in jenem angegeben. Erst sieben Monate später wurde das Geheimnis gelüftet. Die Dezembernummer des Populaire verkündete, daß die Fahrt nach Texas gehe, und zugleich: „Nous avons déjà plus d'un million d'acres de terre le long de la Rivière-Rouge, beau fleuve navigable jusqu'à notre établissement et nous pouvons nous étendre indéfiniment." Am 3. Februar 1848 verließ dann eine erste Abteilung der Ikarier, 69 Personen stark, Le Havre, der in der Zeit vom 3. Juni bis 18. Dezember einige weitere von zusammen 415 Personen folgten.

CABET sandte seinen Aufruf auch an den Londoner Arbeiterbildungsverein und kam bald darauf persönlich nach London, vergeblich bemüht, diesen für seine Pläne zu gewinnen. Wie FRIEDRICH LESSNER (a. a. O. S. 107, bzw. in der engl. Ausgabe S. 11) berichtet, „dauerte die Diskussion über (CABETS) Vorschlag eine ganze Woche".

Das Nähere über das Schicksal und den sachlichen und persönlichen Zusammenbruch des ikarischen Unternehmens vgl. bei PROUDHOMMEAUX a. a. O. S. 219/416 und LUX a. a. O. S. 204 f.

Es mag vielleicht die Feststellung interessieren, daß dieses ein halbes Jahrhundert später PAUL ADAM veranlaßt hat, es in einem utopischen Roman: Lettres de Malaisie. Paris 1898 (neue Titelausgabe: La cité prochaine. Paris 1908) unter der Voraussetzung völligen Gelingens zu behandeln.

wanderung zu Stande kommt, dem Prinzip des Kommunismus der grösste Schaden zugefügt wird, dass die Regierungen triumphiren und die letzten Tage Cabets durch bittere Täuschungen getrübt werden. —

Die Gründe für unsere Meinung sind folgende:

1) Weil wir glauben, dass, wenn in einem Lande die schändlichsten Bestechungen an der Tagesordnung sind, wenn das Volk auf die gemeinste Weise unterdrückt und ausgebeutet wird, wenn Recht und Gerechtigkeit nicht mehr gelten, wenn die Gesellschaft anfängt sich in Anarchie aufzulösen, wie dieses gegenwärtig in Frankreich der Fall ist, jeder Streiter der Gerechtigkeit und Wahrheit es sich zur Pflicht machen muss, im Lande zu bleiben, das Volk aufzuklären, den Sinkenden neuen Muth einzuflössen, den Grund zu einer neuen gesellschaftlichen Organisation zu legen und den Spitzbuben kühn die Stirne zu bieten. — Wenn die rechtschaffenen Männer, wenn die Kämpfer für die bessere Zukunft fortziehen und den Finsterlingen und Spitzbuben das Feld überlassen wollen, so wird und muss Europa fallen; — Europa, welches gerade derjenige Welttheil ist, in welchem schon aus statistischen und ökonomischen Gründen die Gütergemeinschaft am ersten und leichtesten eingeführt werden kann — und der armen Menschheit wird eine noch Jahrhunderte lang dauernde neue Feuer- und Elendsprobe auferlegt werden.

2) Weil wir überzeugt sind, dass der Plan Cabets in Amerika ein Icarien, d. h. eine auf die Grundsätze der Gütergemeinschaft sich basirende Kolonie zu gründen, jetzt noch nicht durchgeführt werden kann, und zwar:

a) Weil Alle, welche mit Cabet auswandern wollen, zwar eifrige Kommunisten sein mögen, allein noch durch ihre Erziehung zu sehr mit den Fehlern und Vorurtheilen der heutigen Gesellschaft behaftet sind, um dieselben bei ihrem Eintritt in Icarien auf der Stelle ablegen zu können;

b) weil dadurch nothwendigerweise gleich Anfangs in der Kolonie Streitigkeiten und Reibungen entstehen müssen, welche durch die äussere mächtige und feindliche Gesellschaft, sowie auch durch Spione der europäischen Regierungen noch mehr angefacht werden, bis sie zu einer völligen Auflösung der kommunistischen Gesellschaft führen;

c) weil die meisten Auswandernden Handwerker sind, dort aber zuallererst kräftige Ackerbauer zur Urbarmachung und Bebauung des Bodens gebraucht werden und ein Arbeiter nicht so leicht in einen Bauern umgewandelt wird, als Manche sich wohl vorstellen mögen;

d) weil die Entbehrungen und die Krankheiten, welche der Wechsel des Klimas mit sich bringt, Viele muthlos machen und zum Austritt bewegen werden. — Jetzt sind Viele für den Plan, dessen schöne Seite sie nur sehen, enthusiastisch eingenommen, wenn aber die rauhe Wirklichkeit eintritt, wenn Entbehrungen aller Art gefordert werden, wenn alle die kleinen Annehmlichkeiten der Civilisation, welche auch der ärmste Arbeiter sich noch in Europa zuweilen verschaffen kann, wegfallen, dann wird auch bei Vielen die grösste Muthlosigkeit an die Stelle des Enthusiasmus treten;

e) weil für die Kommunisten, welche das Prinzip der persönlichen Freiheit anerkennen, und das thun auch gewiss die Icarier, eine Gütergemeinschaft ohne Uebergangsperiode, und zwar ohne demokratische Uebergangsperiode, in welcher das persönliche Eigenthum erst nach und nach in gesellschaftliches umgewandelt wird, eben so unmöglich ist, als für den Landmann eine Erndte ohne Aussaat.

3) Weil durch das Misslingen eines Versuchs, wie Cabet ihn vorhat, zwar das kommunistische Prinzip nicht unterdrückt oder die praktische Einführung desselben für immer verhindert werden kann, aber doch viele tausende Kommunisten muthlos gemacht aus unseren Reihen austreten werden, und dadurch wahrscheinlich das gedrückte Proletariat noch eine oder mehrere Generationen länger im Elend schmachten muss, und endlich

4) weil von einigen hundert oder tausend Personen überhaupt keine Gütergemeinschaft errichtet und aufrecht erhalten werden kann, ohne dass dieselbe einen völlig ausschliessenden, einen sektenartigen Charakter annimmt, wie z. B. die des Rapp[82]*) in Ame-*

---

82) GEORG RAPP (1757—7. VIII. 1847), geb. in Iptingen (Württemberg), Gründer der kommunistischen Gemeinschaft der Harmonisten in Nordamerika: erst in Pennsylvanien (1805), dann in Indiana (1814) und seit 1824 wieder in Pennsylvanien. Vgl. den Art. Rapp im Handbuch des Sozialismus von C. STEGMANN und C. HUGO. Zürich 1807. S. 675/78.

rika etc. Eine solche Gütergemeinschaft zu errichten ist aber weder unsere Absicht, noch auch, wie wir hoffen, die der Icarier.

Wir haben ausserdem noch nicht der Verfolgungen erwähnt, denen die Icarier in Amerika, wenn sie mit der äussern Gesellschaft im Verkehr bleiben wollen, wahrscheinlich, ja fast gewiss ausgesetzt sind. — Möge Jeder, welcher mit Cabet nach Amerika gehen will, zuerst einen Bericht über die Verfolgungen lesen, denen die Mormonen, eine religiös-kommunistische Sekte, dort ausgesetzt waren und noch sind.

Dieses sind die Gründe, warum wir den Vorschlag Cabet's, Auszuwandern, für verderblich halten und den Kommunisten in allen Ländern zurufen: Brüder lasst uns hier im alten Europa auf der Bresche bleiben, lasst uns hier wirken und kämpfen, denn nur hier in Europa sind jetzt schon alle Elemente für die Gründung einer Gütergemeinschaft vorhanden, und dieselbe wird auch hier oder nirgends zuerst errichtet werden.

Der preussische Landtag und das Proletariat in Preussen, wie überhaupt in Deutschland.

Seit 1815 kämpfte die Bourgeoisie, das Bürgerthum, in Deutschland mit den mittelalterlichen Grundbesitzern und dem unbeschränkten Regierungssystem, dem System „von Gottes Gnaden", um die Herrschaft. Durch die immer grössere Umgestaltung aller Industrie- und Verkehrs-Verhältnisse in andern Ländern, denen Deutschland in bescheidener, langsamer Weise nachhinkte, war jener Kampf nothwendig geworden. Die neuen Zustände verlangten neue Formen; die wachsende Macht des Bürgerstandes, die auf dem Kapital und freier Konkurrenz beruht, wollte und konnte nicht länger eine stumme, untergeordnete Rolle spielen. Einem schnellen Siege trat aber nicht blos die der deutschen Bourgeoisie eigenthümliche Feigheit, sondern noch weit mehr ihre Zersplitterung und Zusammenhanglosigkeit als Hinderniss in den Weg. In 38 Theile oder Staaten gesondert, die sich fremd, oft eifersüchtig gegenüber standen, mühte sich die Bourgeoisie bald in diesem, bald in jenem unserer deutschen Vaterländer in vereinzelten Anstrengungen ab, das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen. Es gelang ihr an mehreren Orten Verträge — Konstitutionen oder

Verfassungen genannt — zu Stande zu bringen und einen mehr oder minder grossen Antheil an der Regierung und Verwaltung der Landesangelegenheiten bewilligt zu erhalten. Das Bewilligte blieb indess der Hauptsache nach — auf dem Papier; in der Wirklichkeit war es noch immer das System „von Gottes Gnaden“, und die mit ihm verbündete Grundaristokratie und Beamtenschaar, welche das grosse und entscheidende Wort führten.

Letzteres geschah, weil die deutschen Fürsten dem uneinigen, zerspaltenen Bürgerthum, den vereinzelten Bemühungen und isolirten Angriffen, eine enggeschlossene Schlachtreihe entgegensetzten, die der Leitung des Erzschufts M e t t e r n i c h willig gehorchte und mittelst dieser Einigkeit über alle Widerstandsversuche und Anfechtungen im Allgemeinen zu triumphiren wusste. Der deutsche Bundestag, aus den Kreaturen und Söldlingen der deutschen Fürsten zusammengesetzt, war die Zwickmühle, die einzig dazu benutzt wurde, dasjenige wieder zu zermalmen, was die Uebermacht der Bourgeoisie in dem einen oder andern deutschen Lande oder Ländchen zeitweilig durchgesetzt hatte. Der betreffende „Landesvater“ erlangte dadurch den Vortheil, dass er jedesmal heuchlerisch versichern konnte, er selbst sei ungemein liberal und er würde gern Alles bewilligen und alles Versprochene halten; allein zu seiner Betrübniss gestatte ihm dies der Bundestag nicht. Sein Land sei zu klein und schwach, um dem mächtigen Preussen, dem mächtigen Oestreich, die Stirne zu bieten. Man müsse sich daher fügen, was er für seine Person ernstlich bedaure. Dabei lacht sich natürlich der „Landesvater“ Eins in's Fäustchen.

Eben darum ist die jetzt in Preussen vor sich gehende politische Bewegung von ausserordentlicher Wichtigkeit. Preussen mit seinen 16 Millionen Einwohnern legt ein Gewicht in die deutsche Wagschale, das den Ausschlag geben muss und das eine ganz andere Bedeutung hat, als wenn blos von einem deutschen Vaterlande mit vier oder drei Millionen, oder gar mit nur 6000 Seelen (wie das Fürstenthum Lichtenstein-Vaduz) die Rede ist. Die 16 Millionen Einwohner Preussens sagen mehr, als die noch übrigen 28 Millionen, die in 33 Staaten zerspalten sind. Jeder Sieg des Bürgerthums in Preussen ist zugleich ein Sieg für das Bürgerthum der übrigen 28 Millionen Deutschlands. Versteht es die Bourgeoisie in Preussen ihrem „christlich-germanischen“ Könige

zu Potsdam die Mucken auszutreiben und ihn durch derbe Züchtigung ihrem Willen gehorsam zu machen, so erhält auch die Bourgeoisie im übrigen Deutschland sofort freie Hand. Dann ist der Absolutismus des deutschen Bundestags gebrochen. Die ganze Bourgeoisie in Deutschland reicht sich allmählig die Hände zum vereinigten Wirken, und die Herren „von Gottes Gnaden" und die Herren des mittelalterlichen Grundbesitzes werden von ihr zum Teufel geschickt und können fernerhin nur noch als Vertreter und Mitglieder des Bürgerthums Sitz und Stimme haben.

Werfen wir auf die Arbeiten des preussischen Landtags einen kurzen Blick. Aus den Vorgängen im weissen Saale zu Berlin wird der jetzige Stand der Parteien in Preussen klar werden und die Wichtigkeit der politischen Bewegung in Preussen für das ganze übrige Deutschland hervortreten. Wir können indess das Verfahren des Landtags nur dann verstehen, wenn wir uns zuvor über den Grund seiner Einberufung Rechenschaft geben. Wie kam es, dass der Potsdamer König sich endlich zu einer Massregel verstand, gegen die er sich seit seiner Thronbesteigung bis in die allerletzte Zeit so wüthend und bestimmt erklärt hatte? Wurde nicht jede in preussischen Zeitungen versuchte Darlegung der Nothwendigkeit von Reichsständen, jede Berufung auf die vor mehr als 20 Jahren gemachten königlichen Versprechungen von der Censur unbarmherzig durchstrichen und verhindert? Verklagte und bestrafte man nicht Jeden als Hochverräter, der in öffentlicher Rede die Forderung von Reichsständen vertheidigte? Und nun auf einmal wird der Potsdamer Herrscher an sich selbst zum Hochverräther, straft seine Vergangenheit Lügen und thut, was er niemals thun zu wollen so häufig und so steif versichert hatte! Was trieb ihn denn nun zu diesem Widerspruch mit sich selbst?

Nichts anderes als ein ganz leerer Staatsschatz und die Unmöglichkeit, ihn ohne Mithülfe der Reichsstände wieder zu füllen. Trotz eines 30jährigen Friedens, trotz der jährlich steigenden Einnahmen, trotz der erdrückenden Steuern aller Art, die das arbeitende Volk aufbringen muss, waren doch endlich durch die ungeheuren Verschwendungen des Königs und des Hofes, durch die ruinirende Höhe der Ausgaben für das Militär, die schamlosen Pensionen für ohnehin reiche Offiziere und Civilbeamte und

Die unmittelbare Folge hiervon war: daß MARX und ENGELS der an sie ergangenen Einladung folgten, daß sich das Brüsseler Korrespondenzkomitee in eine Bundessektion der Gerechten umwandelte und daß die Zentralbehörde — nunmehr im Einvernehmen mit den beiden Freunden — den angesagten Bundeskongreß mit Adresse von (Ende) Februar 1847[40]) auf den 1. Juni verschob.

Motiviert wurde die Vertagung damit, daß „unerwartet Umstände eingetreten sind, welche besondere Vorsichtsmaßregeln nötig machen". Ob damit die Verfolgung französischer Kommunisten im Anschluß an die durch die Mißernte von 1846 und die Teuerung hervorgerufenen Hungerkrawalle[41]) und die dadurch ausgelöste besondere Bösartigkeit der Pariser Polizei gemeint war[42]), ist nicht festzustellen. Sicherlich aber ist auf den Vertagungsbeschluß auch die Verhandlung mit MARX von entscheidendem Einfluß gewesen. Nicht nur der im Vergleich mit der vorangegangenen Adresse weitaus schärfere und bestimmtere Ton derjenigen vom Februar weist darauf hin, sondern viel mehr noch die Umschreibung der Tagesordnung für den Kongreß und die Aufstellung neuer programmatischer Fragepunkte, welche den Gemeinden zu vorbereitender Erörterung empfohlen wurden.

Als Gegenstände der Tagesordnung wurden festgesetzt:

1. Rechenschaftsbericht der abtretenden Zentralbehörde; Neuwahlen; Bestimmung des künftigen Sitzes der Zentralbehörde.
2. Statutenrevision.
3. Formulierung eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses.
4. Schaffung eines öffentlichen offiziellen Parteiorgans.
5. Organisations- und Propagandafragen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man namentlich die Punkte 1, 2, 4, 5 auf Wünsche von MARX-ENGELS zurückführt. Und

---

40) Daß die Adresse vom „Februar 1847" erst geraume Zeit nach der Zusammenkunft MOLLS mit MARX ergangen ist, ergibt sich aus der Bemerkung in ihr: „Wir haben in Frankreich und Belgien provisorisch von Neuem organisirt."

41) Vgl. über diese: EUGÈNE FOURNIÈRE, Le règne de Louis Philippe 1830—1848 (Hist. socialiste, sous la direct. de JAURÈS VIII). Paris, S. 538/540.

42) Vgl. Briefwechsel I, 59 (ENGELS an MARX, 9. März 1847).

nicht minder dürfte in der Ergänzung der ursprünglichen drei Fragepunkte auf sechs ein Niederschlag der Unterredung Molls mit Marx zu erblicken sein.

Diese sechs Fragen bilden den Ausgangspunkt für das Frageschema im Engelsschen Vorentwurf des Kommunistischen Manifests, den uns Bernstein zugänglich gemacht hat. Sie erklären zugleich die Katechismusform dieses Entwurfs. Nicht Engels hat sie gewählt. Sie rührte von der Zentralbehörde her und auch Engels hat sich, wie alle anderen, in der Diskussion der Pariser Gemeinden an sie gehalten. Es ist daher sicherlich von Interesse, die analogen Fragen hier und dort einander gegenüberzustellen. Sie lauten

in den Bundesadressen[43]):	bei Engels[43]):
1. *Was ist Kommunismus und was wollen die Kommunisten:*	1. *Was ist Kommunismus?* 14. *Welcher Art wird die neue Gesellschaftsordnung sein müssen?* 15. *Die Abschaffung des Privateigentums war also früher nicht möglich?* 20. *Was werden die Folgen der schließlichen Beseitigung des Privateigentums sein?* 21. *Welchen Einfluß wird die kommunistische Gesellschaftsordnung auf die Familie ausüben?* 22. *Wie wird die kommunistische Organisation sich zu den bestehenden Nationalitäten verhalten?* 23. *Wie wird sie sich zu den bestehenden Religionen verhalten?*
2. *Was ist Sozialismus und was wollen die Sozialisten?*	24. *Wie unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialisten?*
3. *Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden?* *Kann sie ohne weiteres eingeführt werden; oder müssen wir eine Übergangsperiode annehmen, um während dieser Zeit das Volk zuerst zu erziehen, und wenn, wie lange soll dieselbe dauern?*	16. *Wird die Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege möglich sein?* 17. *Wird die Abschaffung des Privateigentums mit einem Schlage möglich sein?* 18. *Welchen Entwicklungsgang wird diese Revolution nehmen?* 19. *Wird diese Revolution in einem*

43) Die Fragen 5, 6, 7 der Zentralbehörde wurden im November 1846, die anderen: 1, 2, 4 im Februar 1847 gestellt. Die Numerierung bei Engels nach dessen Vorentwurf a. a. O.

fahren, mein Belieben und meine Laune im Namen des Himmels auch fernerhin walten zu lassen und meiner getreuen Unterthanenheerde die Wolle ausrupfen, wie bisher, — nach Herzenslust.“ So sprach der Potsdamer Herrscher im Kreise seiner Vertrauten. Was antwortete der Landtag.

Der Landtag antwortete damit, dass er alle Geldanträge zurückwies, dass er die Gesetzvorschläge wegen der Landrentenbanken und wegen der Anleihe zum Bau der Berlin-Königsberger Eisenbahn ablehnte und dabei erklärte, man werde der Regierung nur dann Gelder bewilligen, wenn sie die in den Patenten vom 3. Februar geschmälerten Rechte des Landes wiederherstelle, die Reichsstände regelmässig einberufe, ihnen vollständige Rechnung ablege über die Verwendung der Staatseinnahmen und wenn sie, mit einem Wort, ihre lächerlichen Ansprüche „von Gottes Gnaden“ für immer fahren lasse und dafür in die konstitutionelle, verfassungsmässige, Bahn übertrete. Ein ähnliches Schicksal — das der Verwerfung — erlitt der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung einer Einkommensteuer. Die hierbei entscheidenden Gründe waren theils die obigen, theils der Widerwille reicher Deputirten mehr, als bisher, zu den Staatslasten beizutragen. Als solche zeichneten sich besonders eine grosse Zahl Mitglieder der Herrenkurie aus, unter ihnen die reichsten Prinzen des königlichen Hauses (z. B. der Prinz Albrecht u. A.) und die meisten hochadeligen Grundbesitzer des Landes. Ausserdem stimmten viele Deputirte mit „Nein,“ weil sie zu gut die Brutalität, den Hochmuth und die schamlose Tyrannei des preussischen Beamtenthums kannten, als dass sie diesem, so lange es vom Bürgerthum unabhängig blos die Livree „von Gottes Gnaden“ trägt, eine neue Inquisitionsgewalt in Betreff des Einkommens der Bürger hätten einräumen sollen.

Nach allen diesen Vorgängen hätte man erwarten können, der Landtag werde auch bis auf's Aeusserste bei dem beharren, was er so oft und bestimmt als das Recht der Stände in Anspruch genommen. Er hat es nicht gethan. Kurz vor dem am 26. Juli erfolgten Schluss seiner Sitzungen wurde ihm die Antwort des Königs kund gemacht. Der Potsdammer gibt darin einigen Forderungen der „getreuen“ Stände nach, andere von grösserer Wichtigkeit vertagt er bis nach „reiflicher Ueberlegung,“ noch andere

tarier vom Handwerker? Wodurch unterscheidet sich der Proletarier vom Manufakturarbeiter? Was waren die nächsten Folgen der industriellen Revolution und der Scheidung der Gesellschaft in Bourgeois und Proletarier? Was waren die weiteren Folgen der industriellen Revolution? Was folgt aus diesen sich regelmäßig wiederholenden Handelskrisen?

Auf dem Kongreß vom 1. Juni konnte MARX nicht erscheinen. Geldmangel hinderte ihn daran. An seiner Stelle kam für die Brüsseler Gemeinde WILHELM WOLFF. Als Vertreter der Pariser Gemeinden nahm ENGELS an den Verhandlungen teil.

Von den letzteren und den gefaßten Beschlüssen läßt sich nun ein inhaltlich getreues Bild rekonstruieren.

Man besprach die Grundzüge einer Statutenrevision. Der Bund der Gerechten streifte durch sie die alten konspiratorischen Eierschalen bis auf geringe Reste ab und wandelte sich in eine demokratisch organisierte Propagandagesellschaft, den Bund der Kommunisten, die sich von Gemeinden über Kreise und Leitende Kreise zum Kongreß und zur Zentralbehörde aufbaute und deren gewählte Organe jederzeit von ihren Wählern absetzbar sein sollten. Als Zweck des Bundes aber wurde angegeben: „Der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen ohne Klassen und ohne Privateigentum.“ Zu einer Beschlußfassung über das neue Statut kam es jedoch nicht. Nicht allein, weil es — wie ENGELS fast vier Jahrzehnte später aus der Erinnerung erzählt — erst den Gemeinden zur Diskussion vorgelegt werden sollte, sondern vor allem, weil sich zweifellos auch nicht geringe Widerstände gegen die erwähnte Zweckumschreibung geregt haben. Sonst wären ja wohl, da diese durchaus in der Richtung der MARX-ENGELSschen Auffassungen sich bewegte, die beiden Freunde sofort mit der Abfassung des kommunistischen Glaubensbekenntnisses betraut worden.

Das war jedoch bekanntlich nicht der Fall. Über diesen, den wichtigsten Punkt der Tagesordnung giengen vielmehr die

für das Staatsschuldenwesen und die „Ausschüsse“ befinden sich in einer Lage, dass sie der Regierung keinen von den Diensten leisten können, um welche es der letzteren zu thun war. Sie dürfen es nicht wagen, der öffentlichen Meinung zum Trotz, das den Reichsständen zukommende Recht mit Füssen zu treten. Allein selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, dass sich die Mehrheit in der Deputation wie in den Ausschüssen für die Regierung erklärte, dass die liberalen Mitglieder überstimmt wurden: selbst dann ist das absolute Königthum noch um keinen Schritt weiter. So einfältig wird kein Kapitalist sein, dass er nach den auf dem Landtage vorgekommenen Verhandlungen, nach den wiederholten Verwahrungen der Opposition und gegenüber dem Wortlaut früherer, bis jetzt unerfüllter, Gesetze sein Geld in die Hände der Regierung lieferte. Thäte er es dennoch, so dürfte er sich nicht beklagen, wenn ihm alle seine Forderungen binnen kurzer Zeit rundweg durchstrichen würden — und zwar von Rechtswegen.

Es handelt sich hier vor allen Dingen um Geld. Da das Königthum dessen nicht mehr genug hat und es doch unumgänglich braucht, so wird und muss die Bourgeoisie ihre Forderungen durchsetzen. Der angeblich „ungeschwächte“ Thron ist fernerhin ausser Stande, den unterminirenden Wogen des modernen „Zeitgeistes“ zu widerstehen. Die ungemeine Wichtigkeit des preussischen Landtages ist nicht nach den Erklärungen zu bemessen, die ihm Herr Friedrich Wilhelm zum Schlusse zugehen liess. Die Wichtigkeit seiner Verhandlungen beruht darauf, dass die öffentliche Meinung in Preussen während der 11 Wochen einen Fortschritt gemacht hat, zu welchem ohne den Landtag viele Jahre erforderlich gewesen wären. Zum ersten Mal kämpfte hier das preussische Bürgerthum mit der Bureaukratie und der unbeschränkten Monarchie gleichsam vor den Augen des Publikums und versetzte seinen beiden Feinden so harte Schläge, brachte ihnen eine solche unzweifelhafte Niederlage bei, dass sich die Besiegten in kurzer Zeit an ihre Sieger auf Gnade und Ungnade werden ergeben müssen. Ein Minister galt bisher in Preussen für ein in jeder Beziehung so hochstehendes Wesen, dass ein gewöhnlicher Bürger kaum zu ihm hinauf zu blicken wagte. Diese eingebildete Grösse ist vor dem Landtag in den Staub gesunken. Kein Einziger unter den Ministern hat an den Debatten Theil

Tagen der klingende Ruf auf und hallt seither durch die Welt: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Wir begegnen ihm, wie schon erwähnt wurde, erstmals als Motto auf dem Probeheft der Kommunistischen Zeitschrift im September 1847.

Die nötigen Geldmittel für das Blatt waren durch Sammlungen in den beiden Londoner Bildungsvereinen aufgebracht worden; die Setzerarbeit leisteten die vereinszugehörigen Schriftsetzer unentgeltlich; und man dachte sogar an die Anschaffung einer eigenen Presse und an die Begründung einer eigenen Buchdruckerei, um „auch noch andere das Proletariat verteidigende Broschüren drucken zu können". Die Redaktion führte SCHAPPER[49]).

Dieser und im allgemeinen die Männer der Zentralbehörde waren nun allerdings bereits sehr stark von den neukommunistischen Anschauungen beeinflusst — aber doch immer noch mehr negativ als positiv. Dies tritt denn auch in fast allen Artikeln des Hefts zutage, jenen mit der Überschrift: „Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen, wie überhaupt in Deutschland" ausgenommen, den man beinahe mit Gewißheit ENGELS zuschreiben kann[50]), als einem der „Gelehrten, die ihre Mitwirkung versprachen." Der schwierigere Teil der Arbeit blieb also MARX und ENGELS noch zu tun übrig.

Sogar in Brüssel war die Sache weniger einfach, als es auf den ersten Blick scheinen mochte. Hier hatte MARX Ende August

49) Der Veteran des Kommunismus FRIEDRICH LESSNER hat das ausdrücklich M. BEER gegenüber bestätigt, wie dieser G. MAYER sowohl als auch mir mitgeteilt hat. — In seinen „Erinnerungen eines alten Kommunisten. Vor 1848 und nachher" (in PERNERSTORFERS Deutsche Worte XVIII (1898) — englische Ausgabe u. d. T. „Sixty Years in the Social-Democratic Movement. Befor 1848 and after. Recollections of an old Communist. London 1907) erwähnt LESSNER allerdings die Kommunist. Zeitschrift nicht, obschon er einen größeren auf CABET bezüglichen Absatz aus ihr reproduziert. Vgl. unten Anm. 81.

50) MAYER (a. a. O. S. 287) zieht ebenfalls ENGELS' Autorschaft in Erwägung, um sie jedoch schließlich zu verneinen und anzunehmen: „daß der Beitrag, nach den eingehenden Gesprächen, die sie mit (ENGELS) hatten, von SCHAPPER, MOLL oder einem ihrer jüngeren Genossen verfaßt worden sei." Dagegen spricht jedoch die vielfach zwieschlächtige Art der übrigen Artikel, während der hier fragliche aus einem Guß ist und vom Boden der materialistischen Geschichtsauffassung aus mit Sicherheit abgefaßt erscheint.

die auf die Rücken der Minister fielen, trafen auch den Potzdammer Herrscher. Nie ist eine Thronrede so verhöhnt worden, als die seinige in fast jeder Sitzung des Landtages. Man nannte sie nicht, aber die Debatten selbst waren nur ein fortlaufender Protest gegen das, was der „christliche“ König am 11. April ausgesprochen — ein Protest, dem es weder an satyrischer noch ernster Begründung fehlte. Da nun die Verhandlungen eine vollständige Oeffentlichkeit erhielten, durch Hunderte von Blättern mitgetheilt, erörtert und beleuchtet wurden, so geschah es, dass eine Teilnahme an den Staatsangelegenheiten unter dem Publikum erweckt wurde, von der früher nur an einzelnen Orten, namentlich in den grösseren Städten eine Spur zu finden war. Sie hat sich jetzt über das ganze Land verbreitet, sie hat Personen erfasst, die sonst kaum über ihre vier Wände oder die Grenzmarken ihrer Kommune hinausdachten. Ja in ganz Deutschland ist man den Vorgängen in Berlin mit derselben Spannung gefolgt, wie in Preussen selbst. Man hat gefühlt, dass jeder Sieg des Bürgerthums in Preussen ein Sieg des deutschen Bürgerthums überhaupt ist, dass Alles, was in Preussen durchgesetzt wird, auch sehr bald in allen übrigen Staaten des deutschen Bundes zur Geltung kommen muss.

Aber, höre ich Viele unter uns ausrufen, welches Interesse haben wir Proletarier an den Kämpfen der Bourgeoisie? Sind nicht gerade die Bourgeois unsere schlimmsten Feinde? Haben sie nicht eben wieder auf dem preussischen Landtag ihre Verachtung gegen uns hinreichend an den Tag gelegt und bei den Petitionen, welche sich mit der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigten, ihren entschiedenen bösen Willen kund gegeben? Was geht es uns an, ob das Bürgerthum, die Bourgeoisie, zur Herrschaft kommt oder nicht? Ja, ist es nicht vielmehr nothwendig und nützlich für uns, ihren Sieg zu verhindern und eher für als gegen die Regierung zu streiten?

Solche Fragen und Ansichten können nur von Denjenigen unter uns ausgehen, die von dem übrigens ganz gerechtfertigten Hass gegen die Bourgeoisie blind gemacht, weder die gegenwärtige Lage des Proletariats, noch die Mittel zu seiner gründlichen Befreiung in's Auge gefasst haben.

Unbestreitbar ist die Bourgeoisie unser Feind; sie stützt ihre

ganze Macht auf das Privateigenthum, auf das Kapital und was sonst damit zusammenhängt. Wir Proletarier können uns nur befreien, wenn wir das Privateigenthum aufheben, mithin die Klasse der Bourgeoisie vernichten und damit überhaupt allen Klassen-Unterschieden für immer ein Ende machen. Zwischen ihr und Uns gilt es daher einen Kampf auf Leben und Tod, nicht blos mit dem Wort, sondern mit der Faust und der Muskete.

Allein, sind wir Proletarier in Deutschland so weit, dass wir die gesellschaftliche Unordnung vollständig in unserem Interesse umgestalten, d. h. die Bourgeoisie so fort über den Haufen werfen und die Grundsätze des Kommunismus verwirklichen können? Haben wir nicht neben und noch vor der Bourgeoisie einen andern Feind uns gegenüber, der erst überwältigt werden muss, wenn wir mit ihr fertig werden wollen? Jener andere Feind, — es ist das absolute, unbeschränkte Königthum, das sich „von Gottes Gnaden“ nennt, uns im Namen des Himmels ausbeutet, in den Klauen mittelalterlicher Grundbesitzer festhält, das uns in den „christlich-germanischen“ Staat einschnürt und dem Kapital jedesmal seine Polizei, Gensdarmen, Pfaffen und Kanonen zur Hilfe schickt, wenn wir von den Sklavenketten wund gedrückt, sie abzuschütteln versuchen. Oder hätte es wirklich Anspruch auf unsere Dankbarkeit, auf unsern Beistand gegen die Bourgeoisie? Was hat es gethan, um es sich jene und diesen bei uns zu verdienen? Es hat — um blos die neueste Zeit zu berücksichtigen — in 30 Friedensjahren 850 Millionen Thaler auf's Militär verwandt, mit den von uns bezahlten Steuern Ballettänzerinnen und königliche Huren) unterhalten, auf unsere Kosten ein immer grösseres und immer gröberes Beamtenheer gefüttert, an ohnehin reiche Leute schamlos-hohe Pensionen gezahlt, aus den sogenannten Gnadenfonds liederliche Rittergutsbesitzer unterstützt, den Adel mehr und mehr bevorzugt, unser Leben tief unter das des herrschaftlichen Wildes erniedrigt, unsere Personen der polizeilichen Willkür überantwortet, Prügelmaschinen und Zuchthäuser für uns erbaut, unsere Arbeit dem Kapital und der freien Konkurrenz überlassen, den Rest unseres Verdienstes mittelst einer kunstreichen Abgabepumpe aus unseren Taschen herausgeholt und unseren Magen auf den*

**) Doch nicht Friedrich Wilhelm IV., was könnte denn der mit Frauenzimmern anfangen? Anm. d. Red.*

formalen Voraussetzungen für den Kongreß erfüllt[60a]) und am 27. November trafen MARX und ENGELS in Ostende zusammen, um tags darauf gemeinsam die Überfahrt über den Kanal anzutreten. Hierbei hatten sie ausreichende Gelegenheit zu nochmaligem gründlichem Gedankenaustausch über ihre auf dem Kongreß zu beobachtende Haltung und natürlich auch über den ENGELSschen Vorentwurf. Daß auch MARX einen solchen ausgearbeitet haben sollte, ist nicht anzunehmen. Innere und äußere Gründe sprechen gleichmäßig dagegen. Nicht bloß, daß der Briefwechsel keine Hindeutung darauf enthält — es sei denn eine negative[61]): schwerer fällt ins Gewicht, daß MARXens ganze Art nicht darnach war, sich in eine ähnliche katechisierende Beantwortung des zentralbehördlichen Frageschemas einzulassen wie ENGELS. War ja übrigens auch dieser dazu nur durch die besonderen, traditionell gegebenen Verhältnisse innerhalb der Pariser Mitgliedschaft gezwungen gewesen, und der von ihm abgefaßte Katechismus sollte nicht als seine persönliche Meinungsäußerung vor die Konferenz gelangen, sondern als eine kollektive der Pariser Bundessektion. Für MARX aber lagen die Dinge in der im Frühjahr 1847 aus dem Korrespondenzkomitee rasch gebildeten Brüsseler Sektion anders. Sie bestand vorwiegend aus Intellektuellen und zählte auch einige sehr vorgeschrittene, persönlich hochbegabte Arbeiter in ihrer Mitte. Hier war etwa einige persönliche Eifersüchtelei, aber keine innerliche Gebundenheit wie bei der Masse der Pariser Schneider- und Schreinergesellen zu überwinden. Hier galt vielmehr und entschied MARXens Wort und ist daher überhaupt keine besondere kollektive Stellungnahme der Brüsseler Mitgliedschaft als solcher zum zentralbehördlichen Entwurf des kommunistischen Glaubensbekenntnisses erfolgt. Was aber MARX persönlich zu diesem dem

60a) Ob der zentralbehördliche Entwurf auch in den Londoner Gemeinden Gegenstand besonderer Erörterung gewesen ist, bleibt im Dunkeln. Wahrscheinlich ist es nicht. Die Debatten im Arbeiter-Bildungsverein während der Monate Oktober und November 1847, von denen NETTLAU (Marxanalekten, i. Arch. f. Gesch. d. Sozialism. VIII, 393 f.) berichtet, sprechen nicht dafür, der ausdrückliche Hinweis der Zentralbehörde (Komm. Ztschr. s. unten S. 287, Abs. 2), dass sie den Entwurf den festländischen Freunden zur Begutachtung übermittelt habe, dagegen.

61) Vgl. Anmerkung 57.

Kongreß vorzutragen hatte, das hatte er der Zentralbehörde wiederholt schon seit 1846 in seinen „Pamphlets“ und neuerdings wieder in den Verhandlungen mit MOLL sowie nachher auseinandergesetzt: „daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien“ [62]). Und diesen Grundgedanken seines späteren Manifestes sowie die taktischen Folgerungen hieraus hat er auf dem Kommunistenkongreß, an dem Vertreter der Mitgliedschaften von Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Belgien und England teilnahmen, in zehntägigen heißen Debatten verfochten und durchgesetzt.

Sie dauerten bis zum 8. Dezember und endeten mit der Annahme der neuen Statuten, sowie damit, daß MARX und ENGELS einstimmig beauftragt wurden, das „Manifest der kommunistischen Partei“ auszuarbeiten.

Mit der Fortsetzung seiner Propaganda in Brüssel und mit den Vorträgen über Lohnarbeit und Kapital im dortigen deutschen Arbeiterverein beschäftigt, wohl auch infolge anderer Hemmungen und der räumlichen Trennung von ENGELS mußte MARX erst nochmals an die Erfüllung dieses Auftrages gemahnt werden [63]). In den ersten Februartagen 1848 aber kam er ihm nach und drei Wochen darauf verließ die weltgeschichtliche Urkunde die Presse — gleich unvergänglich durch Inhalt, formschönen Aufbau und erschütternd suggestive Kraft. Fortan hatte das Proletariat mit der Theorie, die ihm unaufhaltsamen Aufstieg und den

62) ENGELS, Vorwort zur III. autoris. deutschen Ausgabe des Manifests von 1883.

63) Vgl. MEHRING, Einleitung zum Kommunistenprozeß S. 14.

endgültigen Sieg verbürgte, seine Charte, sein taktisches Programm, seinen Schlachtruf.

„Wir erhielten das Manifest gleichzeitig mit der Kunde vom Ausbruch der Februarrevolution in Paris," erzählt FRIEDRICH LESSNER in seinen Erinnerungen. In der Tat, das Gewitter, das solange drohend am Himmel gestanden, hatte sich entladen. Paris war wieder einmal der Mittelpunkt alles revolutionären Geschehens und wieder schlug in ihm das Herz Frankreichs nicht nur, sondern Europas. Sollte gehandelt werden, so mußte es von dort aus geschehen. Sofort löste sich die Londoner Zentralbehörde auf und übertrug ihre Befugnisse auf die dem Schauplatz der Ereignisse nähere Brüsseler Kreisbehörde. In der belgischen Hauptstadt war jedoch inzwischen der Ausnahmezustand proklamiert worden und hatte eine wilde polizeiliche Hetze gegen die politischen Flüchtlinge, vor allem gegen die deutschen, eingesetzt. Auch MARX — ohnehin im Begriff, einer Einladung der Pariser provisorischen Regierung zur Rückkehr nach Frankreich zu folgen — erhielt am 3. März einen Ausweisungsbefehl. So löste sich denn am gleichen Tage auch die Brüsseler Kreisbehörde auf und bevollmächtigte MARX zu diskretionärer Leitung der Bundesgeschäfte, sowie zur Konstituierung einer neuen Zentralbehörde in Paris nach freier Wahl[64]). Diese erfolgte denn auch einige Tage später unter Heranziehung von SCHAPPER, MOLL und BAUER, die ebenfalls aus England herbeigeeilt waren, sowie von ENGELS, WILHELM WOLFF und WALLAU (der jedoch nachher wieder ausschied). MARX wurde zum Präsidenten, SCHAPPER zum Sekretär bestellt[65]).

Von vornherein hatten die Verfasser des Kommunistischen Manifests ihr Hauptaugenmerk auf die für Deutschland erwartete bürgerliche Revolution gerichtet, „weil es diese unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen sein kann" [66]). Aus allen Kräften

64) Vgl. den Wortlaut des Beschlusses bei BERTRAND a. a. O. S. 206.

65) Vgl. Briefwechsel I, 92 (MARX an ENGELS, März 1848).

66) Kommunistisches Manifest IV.

Proletarier uns nicht verbinden, nicht organisieren, nicht mit vereinter Kraft auf völlige Umgestaltung unserer Lage hinarbeiten: so lange vermögen wir auch weder gegen das „väterliche“ Regierungssystem, noch gegen die Bourgeoisie etwas Erkleckliches durchzusetzen. Bis jetzt haben wir in Deutschland weder Pressfreiheit, um unsere Interessen zu verfechten, noch besitzen wir das Recht, uns öffentlich zu versammeln, um uns gegenseitig über die gesellschaftlichen Verhältnisse, über die Lage der Besitzlossen und Besitzenden, kurz über alle das Proletariat angehende Fragen auszusprechen und aufzuklären. Ohne Zweifel machen die genannten politischen Freiheiten das Befreiungswerk leichter, mittelst ihrer Hilfe kann sich das Proletariat schneller organisiren und darum ist die jetzige politische Bewegung, die auch auf Pressfreiheit und freies Assoziationsrecht hinsteuert für uns von grosser Bedeutung. Allein seien wir nicht so thöricht, unterdess die Hände ruhig in den Schooss zu legen und abzuwarten, bis jene Rechte erlangt sind. Was uns jetzt gesetzlich verboten ist, thuen wir's gegen das Gesetz. Das Gesetz ist von unseren Feinden gemacht, von der „väterlichen“ Regierung im Interesse der Reichen und Besitzenden; uns Besitzlosen kann es nur so weit binden, als wir zu schwach sind, es sofort umzustossen. Was man uns öffentlich untersagt, das lasst uns im Geheimen thun; hier muss das Ungesetzliche unser Gesetz sein. Je grössere Schwierigkeiten uns in den Weg gelegt werden, desto mehr Energie und Thätigkeit müssen wir entwickeln, um ihnen zum Trotz uns zu organisiren und uns zum gemeinschaftlichen Handeln verabreden. „Selbst ist der Mann,“ sagt ein altes Sprüchwort; und wahrlich uns Proletarier wird und kann Niemand befreien, wenn wir nicht selbst es thun.

Welche Furcht jagen wir nicht jetzt schon sowohl dem Königthum „von Gottes Gnaden“, wie der Bourgeoisie ein, jetzt, wo wir fast noch ohne Zusammenhang dastehen, als Einzelne, die sich oft sogar unter einander bekämpfen und zerfleischen, als Leute, die nicht wissen, welche Kraft in der Einigkeit liegt! Haben nicht einige Hundert Proletarier in Berlin, die ohne Plan, ohne Uebereinstimmung, ohne gemeinsamen Zweck an dem Brodtumulte Theil nahmen, die ganze Hauptstadt erzittern gemacht, sämmtliche höchste und allerhöchste Behörden einen halben Tag lang um alle Besinnung gebracht? Haben nicht zwei hohe Ministerial-Beamte selbst

eingestanden, dass Berlin trotz aller Truppen in die Gewalt der Proletarier gefallen wäre, wenn diese nur einigermassen ihre Kraft zu benutzen und gemeinsam zu handeln verstanden hätten? Ja Berlin war sogar 5 Stunden lang in den Händen des Volks, nur dass es dies selber nicht wusste. Aehnlich ist es an vielen anderen Orten Preussens, wie im übrigen Deutschland hergegangen. Vermögen schon einzelne, unbedeutende Proletarier-Haufen, die ohne Plan und Verabredung handeln, das Bestehende in solche Gefahr zu bringen, so liegt es auf der Hand, dass, wenn wir erst organisirt, vereinigt, Alle als Ein Mann auftreten, uns keine Macht den Sieg entreissen kann. V e r e i n z e l t sind und bleiben wir schwache Sklaven, der Noth und dem Elend, dem Hochmuth und der Gnade der Vornehmen und Reichen preisgegeben; o r g a n i s i r t und v e r e i n i g t zerbrechen wir wie dürre Weidenruthen die Fesseln, die das Privateigenthum oder eine „christlich-germanische" Regierung uns angeschmiedet haben. [: :]

D i e d e u t s c h e n A u s w a n d e r e r.

Schon in alten Zeiten strebten die Menschen nach einer besseren, einer neuen Welt, wo sie hofften, glücklich zu werden, und ihr Streben ist heute noch dasselbe. — Leider ist trotz allem Streben noch wenig erreicht worden, da man lange die bessere Welt dort suchte, wo sie nicht zu finden war; und Wenige noch heute wissen und begreifen, dass diese bessere Welt uns nahe genug liegt, dass es nur einer Vereinigung der Unterdrückten, einer kräftigen Anstrengung bedarf, um sie zu erreichen. — Freilich diejenigen, welche glauben, man brauche nur zu suchen, nach Amerika zu wandern, um in die bessere Welt zu gelangen, irren gewaltig. Die bessere Welt findet man nicht, sie muss erkämpft werden, und nur wenn wir fest zusammenstehen und uns selbst helfen, so wird uns der Himmel helfen. —

Einst stürmten Millionen Europäer nach Osten, um sich der Tyrannei ihrer Feudalherren zu entziehen, um sich durch die Eroberung des heiligen Grabes den Himmel zu verdienen, und weil sie hofften an den Orten, wo ihr Erlöser gewandelt, schon auf dieser Erde den Vorgeschmack der himmlischen Freuden zu empfinden; aber nur Wenige erreichten das vorgesteckte Ziel, die

Meisten fielen, ehe sie nur Jerusalem gesehen, durch Krankheiten und das Schwert der Türken. —

Jetzt strömen Millionen Europäer nach Westen, weil sie dort ein freies Land und eine glückliche Zukunft für sich und ihre Familien zu finden glauben; aber die Hoffnung der Meisten wird bitter getäuscht. Tausende werden schon in den überfüllten Schiffen durch Krankheiten dahin geraff't, ehe sie das amerikanische Ufer gesehen haben. Tausende sterben, freilich nicht durch ein Türkenschwert, aber von Betrügern und Spitzbuben aller Habe beraubt, körperlich und geistig zu Grunde gerichtet, an den Strassen-Ecken oder in den Arbeitshäusern der Union; Tausende, welche der amerikanischen Bourgeoisie ihre Arme anbieten müssen, um ihre Existenz zu erhalten, werden dort eben so sehr und noch mehr exploitirt als sie es in Europa wurden, und müssen, wenn ihre Kräfte schwinden, sich ganz wie in Europa glücklich schätzen, in einem Hospitale oder Arbeitshause sterben zu dürfen, und nur Wenigen gelingt es ihre und ihrer Familien Existenz zu gründen.

Die guten Deutschen, denen es freilich in ihrem mit vier und dreissig souveränen Fürsten und Fürstlein gesegneten einigen und freien Deutschland nicht gar wohl zu Muthe sein mag, hat ein besonderer Auswanderungstaumel ergriffen, und leider werden von allen Auswanderern keine so betrogen, herumgeworfen, ausgezogen und misshandelt als gerade die Deutschen.

In den Städten Deutschlands, Hollands, Belgiens, in London, New-York, wie überhaupt an allen Orten, wo deutsche Auswanderer abreisen oder ankommen, hat sich eine eigene Klasse Menschen gebildet, welche darauf ausgehen, diese meistens unerfahrenen Leute um das Ihrige zu betrügen. Die Engländer nennen diese Menschen Land-Haie (land sharks), ein höchst passender Name, denn mit gleicher Gierde verschlingen sie den Kreuzer der Armen und die Dukaten der Wohlhabenderen. So bald z. B. hier in Londen Auswanderer ankommen, werden sie von diesen Menschen umgeben, nach gewissen Wohnungen gebracht und selten aus den Händen gelassen, so lange sie noch Etwas besitzen. Glücklich sind noch diejenigen, welche ihre Ueberfahrt im Voraus bezahlt haben, sie kommen doch noch wenigstens nach Amerika, die Andern müssen zurückbleiben und legen sich am Ende nothgedrungen darauf, ihre

Das Manifest begnügte sich mit der Formulierung „despotischer Eingriffe in das Privateigentum und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse ... als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise“ in der Richtung zum Kommunismus hin. Es setzte also die bereits erfolgte Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nach Überwindung der Bourgeoisie als herrschender Klasse voraus. Ein analoges Detailprogramm dagegen für die Haltung des Proletariats in der geschichtlichen Phase des Übergangs erst zur Vollentfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, zur Herrschaftsantretung der Bourgeoisie und während ihrer Herrschaft fehlt im Manifest. Zum Zukunftsprogramm gesellten sich nun die siebzehn Punkte als Gegenwartsprogramm.

Die Umgestaltung Deutschlands zu einer einigen unteilbaren Republik, die Einführung des allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrechts und von Abgeordnetendiäten, die allgemeine unentgeltliche Volkserziehung, die allgemeine Volksbewaffnung (1, 2, 3, 4, 17) sollten ebenso dem fürstlichen Absolutismus und seiner Hauptstütze, der Kleinstaaterei, ein Ende machen und der formalen politischen Demokratie die Wege bahnen, wie die entschädigungslose Grundentlastung mit dem Feudalismus, die Trennung von Kirche und Staat mit der Machtstellung der ersteren aufräumen (6, 13). Aber auch sozial und wirtschaftlich sollten die alten Mächte, einschließlich der Bureaukratie, an der Wurzel getroffen werden: durch die Verstaatlichung aller „fürstlichen und anderen feudalen Landgüter (7), die Verstaatlichung der Grundrente von allem Pachtboden (9), die Differenzierung der Besoldung sämtlicher Kategorien von Staatsbeamten einzig nach Maßgabe des durch den Familienstand bestimmten Bedürfnisses (12).

Mit nicht geringerer Wucht als gegen die sozialen Gewalten aus der Vergangenheit kehrten sich die „Forderungen“ gegen die neuen, die industrielle und die Finanzbourgeoisie. Denn sie sehen vor: die Verstaatlichung aller Bergwerke, aller Transportwege und -mittel, aller Hypotheken auf Bauernland, des gesamten Bank- und Kreditwesens bei gleichzeitiger Ersetzung der Gold- und Silberzirkulation durch Staatspapiergeld (7, 8, 10, 11); ferner die Beschränkung des Erbrechts und die vollständige Verdrängung der Verbrauchsabgaben durch starke Progressivsteuern (14, 15).

Die dem Staate durch all das zufließenden Einnahmen sollten ermöglichen: eine Herabsetzung der öffentlichen Lasten von Bauern und Kleinpächtern (9); Unentgeltlichkeit der Rechtspflege (5), der Schule (17/I) und der Benützung der Verkehrsanstalten durch Unbemittelte (11); darüber hinaus aber auch eine Umorganisierung der Volkswirtschaft durch modernst-großbetriebliche Ausgestaltung auf den verstaatlichen Gütern (7), die Verwendung der Armeen auch als produktiv-tätige Arbeiterheere (4), die Garantierung des Rechts auf Existenz bei Arbeitsfähigkeit in Nationalwerkstätten, bei Arbeitsunfähigkeit aber durch Versorgung von Staats wegen.

Man sieht, die siebzehn Punkte sind ausführlicher als der einschlägige Teil des Kommunistischen Manifests, auch soweit sie rein wirtschaftspolitischer Natur sind; in einigem bleiben sie hinter ihm zurück, in anderem decken sie sich mit ihm oder sie gehen weiter; auffällig ist das Fehlen jedes Hinweises auf gewerblich-industriellen Arbeiterschutz. In vielem erinnern sie lebhaft an Maßnahmen der bolschewistischen Revolution nach dem 9. November 1917 — nicht zum wenigsten in der Begründung der Konfiskation des Grundrentenbezuges von Pachtboden mit dem alten „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ oder im Wortlaut der „Forderungen“: Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil, seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch (9/III). Wie sie waren, mußten aber die siebzehn Punkte den schärfsten Widerstand aller besitzenden Klassen herausfordern, während ihnen die Massen, namentlich die ländlichen, geringe Ausnahmen abgerechnet, vollkommen verständnislos gegenüberstanden. In dem vom zweiten Demokratenkongreß in Berlin am 30. Oktober 1848 beschlossenen Programm taucht zwar ein großer Teil von ihnen auf — bezeichnenderweise, ohne daß ihrer Herkunft mit einem Wort gedacht würde [74]) —, aber gerade bei den wichtigsten und verhältnismäßig leichtest praktikablen erscheint die Spitze entweder abgebrochen oder umgebogen [75]).

74) Vgl. Lüders a. a. O. S. 89.

75) Abgelehnt wurden: die Verstaatlichung der bäuerlichen Hypotheken; die Minderung der Abgabepflicht von Bauern und Kleinpächtern; die Forderung unentgeltlicher Benutzung der Transportmittel durch Mittellose; die Kennzeichnung des Drohnencharakters nicht selbstwirtschaftender und großer

Evangelische Gesellschaften, um die Proletarier vor dem Gift des Atheismus und Kommunismus zu schützen und sie in den grossen Stall des „christlich-germanischen“ Staates einzutreiben; die andern schicken zuweilen Spione in die Arbeitervereine und gehen ihrem Vergnügen nach. —

Wer wird sich auch um Proletarier bekümmern, und noch dazu um Proletarier, die Republikaner werden wollen.

A propos Kamaraden! wie wäre es, wenn Ihr einmal, anstatt nach der fernen Republik Amerika zu ziehen, und Euch dabei auf der Reise herumhuntzen und ausbeuten zu lassen, in Deutschland ein wenig die Köpfe zusammenlegtet, dem „christlich-germanischen“ Unsinn ein Ende machtet, Euren allergnädigsten Landesvätern entbieten liesset, nach mildern Himmelsstrichen zu reisen (etwa nach Texas oder Central-Afrika, wohin Euch die frommen Brüder so gerne schicken möchten), oder ein für ihre Constitutionen passenderes Klima (etwa Russland) auszusuchen und in Deutschland eine Republik errichtetet, in der jeder, der arbeiten will, seine Existenz findet. — Na! was meint Ihr dazu? Der Versuch wäre wohl der Mühe werth; es würde viel Zeit und Geld erspart, und gewiss würden dabei zehnmal weniger Opfer fallen, als auf dem Zug nach der neuen Welt zu Grunde gehen. —

Proletarier denkt mal darüber nach.

Politische und soziale Revue.

Eine kurze Uebersicht der politischen und sozialen Zustände aller civilisirten Länder, und zwar vom kommunistischen Standpunkt aus betrachtet, wird in unseren folgenden Nummern erscheinen; heute gestattet uns der beschränkte Raum unseres Blattes nur einige der Hauptbegebenheiten der letzten Zeit anzuführen. —

Portugal. Eine wortbrüchige Königin wird von den Engländern, Franzosen und Spaniern mit Gewalt wieder auf den Thron gesetzt, von welchem sie schon durch die allgemeine und gerechte Entrüstung des portugiesischen Volkes heruntergestossen war[91]*. — Den Proletariern in den Städten gehen die Augen auf*

91) Maria II. da Gloria. Unter ihrer Regierung, seit 1834, dauerten die inneren Kämpfe zwischen den Radikalen oder „Septembristen“, den An-

und sie bilden republikanische und kommunistische Vereine. —

Spanien. Hier ist grosser Scandal am Hofe. Die junge Königin Isabella, welcher der alte Seelenverkäufer in Paris ein unmannhaftes Wesen zum Gemahl aufgedrungen hat, sucht sich bei kräftigen Liebhabern zu entschädigen, und da ihr dieses ihre Minister nicht erlauben wollen, so droht sie mit Abdankung[92]*). — Die Staatskassen sind leer, das Land wird von Räuberbanden durchzogen, der Handel und die Geschäfte stocken — wie lange wird sich das spanische Volk noch misshandeln lassen? —*

Frankreich. Das System des Louis Philippe liegt in den letzten Zügen und verbreitet, da es schon in Fäulniss übergegangen, über ganz Frankreich einen grässlichen Gestank. Gaudiebe, Räuber und Mörder treiben ihr Handwerk beinahe öffentlich, — Ehre und Gerechtigkeit

---

hängern einer Wiederherstellung der von JOHANN VI. durch einen absolutistischen Staatsstreich beseitigten demokratischen Verfassung vom 23. September 1822, und den „Cartisten", den Anhängern der von JOHANN VI. Nachfolger, Dom PEDRO, erteilten Verfassung vom 29. April 1826 (Carta da lei) fort. Nach einer neuen Revolution im Jahre 1846 rief die Königin auf Grund der Quadrupelallianz die allierten Mächte gegen die radikale Opposition an, worauf ein englisches Geschwader im Mai 1847 einen Teil der aufständischen Truppen gefangen nahm, während ein spanisches Hilfskorps den Aufstand vollends unterdrückte und am 30. Juli 1847 Oporto besetzte. Vgl. ALFRED STERN a. a. O. VI, 110 ff.

92) ISABELLA II., im Oktober 1843, dreizehnjährig zur Regierung gelangt. — Seit der Restauration der Bourbonen mit der Rückkehr FERDINAND VII. im Mai 1814 war das Land, ebenso wie Portugal, der Schauplatz ununterbrochener Bürgerkriege und Verfassungskämpfe. ISABELLA selbst war der Thron durch den Sieg der konstitutionellen Partei unter ESPARTERO über die absolutistischen Carlisten gesichert worden. 1845 wurde jedoch die Verfassung von 1837 revidiert, das Prinzip der Volkssouveränität gestrichen, das Wahlrecht und die Preßfreiheit beschränkt, die Nationalgarde abgeschafft. Am 10. Oktober 1846 fand die Doppelvermählung statt: der Königin mit dem zeugungsunfähigen — Don FRANZ D'ASSISI und ihrer Schwester, Donna LOUISA, mit LOUIS PHILIPPS Sohn, dem Herzog VON MONTPENSIER — ein großer diplomatischer Erfolg des französischen Königs, da so mittelbar seinem Hause die Thronfolge in Spanien gesichert wurde. Bald trat offene Entzweiung zwischen ISABELLA und ihrem Gatten ein. Ihre ebenso sittenlose wie durch skandalöse Mißwirtschaft hervorragende Regierung endete erst mit ihrer Verjagung durch die Revolution von 1868. Vgl. ALFRED STERN a. a. O. VI, 87 ff.

kurzer Zeit wieder zu Grunde; entweder schritt die ***Polizei*** *ein, und vertrieb die Redaktoren, oder es mangelten die* ***zur*** *Fortsetzung nöthigen Geldmittel; die Proletarier konnten* ***nicht*** *helfen, die Bourgeois wollten nicht. Nach allen diesen missglückten Unternehmungen wurden wir schon seit längerer Zeit von* ***vielen*** *Seiten her aufgefordert, einen neuen Versuch zu wagen, da* ***hier in*** *England völlige Pressfreiheit existire, und wir folglich* ***keine*** *Verfolgungen der Polizei zu fürchten hätten.*

Gelehrte und Arbeiter versprachen ihre Mitwirkung, ***aber*** *noch zögerten wir, weil wir befürchteten, dass auch bei uns* ***nach*** *kurzer Zeit die zur Fortsetzung des Blattes nöthigen Geldmittel fehlen würden. Endlich wurde der Vorschlag gemacht,* ***eine*** *eigene Druckerei anzuschaffen, um auf diese Weise ein zu gründendes Blatt sicher zu stellen. Eine Subscription wurde* ***eröffnet,*** *die Mitglieder beider Bildungsvereine für Arbeiter in London thaten, was in ihren Kräften stand — ja mehr als in ihren Kräften stand, und in kurzer Zeit wurden £ 25 zusammengebracht. Mit diesem Geld liessen wir von Deutschland die nöthigen Schriften kommen; die Schriftsetzer unserer Vereine setzten unentgeltlich, und so erscheint nun die erste Nummer unseres Blattes, dessen Existenz noch mit einiger Hülfe vom Kontinent völlig gesichert wird. Es fehlt uns noch eine Presse, und so bald wir die zum Ankauf derselben nöthigen Mittel besitzen, wird unsere Druckerei völlig im Stande sein, in welcher wir dann auch ausser unserer*

---

gründeten Monatsschrift Der Hilferuf der deutschen Jugend. Genf 1841. (4 Hefte). — Die fröhliche Botschaft von der religiösen und sozialen Bewegung. Monatsschrift. Red. v. AUG. BECKER. Lausanne 1845. (8 Hefte). — Blätter der Gegenwart für soziales Leben. Monatsschrift. Red. v. WILH. MARR. 1844/45. (8 Hefte.) — Vorwärts! Pariser Deutsche Zeitschrift. 2mal wöchentl. Hrsg. v. HEINR. BÖRNSTEIN und LAZARUS BERNAYS. 1844. — Blätter der Zukunft. Monatsschrift. Paris 1846. (4 Hefte.) — Der Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart. Monatsschrift. Red. v. M. HESS. Elberfeld Juli 1845—Juni 1846. (12 Hefte.)

Die vorstehenden Angaben nach dem Wegweiser im Anhang zu WELLER a. a. O., sowie GEORG ADLER a. a. O. — Über den Pariser Vorwärts insbesondere vgl. GUSTAV MAYER, Der Untergang der Deutsch-französischen Jahrbücher und des Pariser Vorwärts, im Arch. f. d. Gesch. d. Sozial. u. d. Arbeiterbewegung III, 415/37.

Zeitschrift noch andere das Proletariat vertheidigende Broschüren drucken können. Da wir uns vorgenommen haben, völlig sicher zu gehen, so werden wir erst diese Probe-Nummer versenden, und abwarten, welche Mittel wir von Aussen erhalten, ehe wir mit dem Druck fortfahren. Gegen Ende dieses Jahres werden wir hoffentlich die nöthigen Antworten erhalten haben, und es wird sich dann entscheiden, ob das Blatt alle 14 oder alle 8 Tage erscheinen kann. Das monatliche Fortbestehen des Blattes wird beinahe durch London allein gesichert. Der Preis jeder Nummer ist vorläufig auf 2 Pens, 4 Sous, 2 Silbergr., oder 6 Kreuzer festgesetzt, so bald jedoch die Abonnentenzahl auf 2000 gestiegen ist, kann derselbe bedeutend verringert werden.

Und nun, Proletarier, ist es an Euch zu wirken. Schickt uns Aufsätze, abonnirt Euch, wenn es nur irgend in Euren Kräften steht, verbreitet das Blatt, wo sich irgend Gelegenheit darbietet, es gilt für eine heilige, gerechte Sache — für die Sache der Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit, für die Sache der Unterdrückten gegen die Unterdrücker; wir stehen im Kampf für die Wahrheit gegen den Aberglauben, gegen die Lüge. Was wir hier thun, dafür wollen wir keine Belohnung, keine Bezahlung, denn wir thun nur unsere Pflicht. Proletarier, wollt Ihr frei werden, so erhabt Euch aus Euerm Schlaf und schliesst Euch fest aneinander! Die Menschheit verlangt von jedem Manne, dass er seine Pflicht thue.

Proletarier!

Da die Herkunft und Bedeutung des Wortes, mit welchem wir Euch anreden, Vielen unter Euch nicht bekannt sein mag, so wollen wir hier eine kleine Erklärung desselben vorausschicken.

Als einst der römische Staat mächtig wurde, als er sich dem höchsten Punkte seiner Civilisation nahte, zerfielen die Bürger desselben in zwei Classen: die Besitzenden und die Nichtbesitzenden. Die Besitzenden zahlten dem Staate direkte Steuern, die Nichtsbesitzenden gaben ihm ihre Kinder, welche gebraucht wurden, um die Reichen zu beschützen, und die auf zahllosen Schlachtfeldern ihr Blut verspritzen mussten, um die Macht und das Eigenthum der besitzenden Klasse noch zu vermehren. Proles bedeutet in der

*lateinischen Sprache Kinder, Nachkommen; die **Proletarier** bildeten also die Klasse der Bürger, welche Nichts **besassen**, als ihre Arme und Kinder. —*

*Seitdem nun die heutige Gesellschaft sich **ihrem höchsten** Punkte der Civilisation nähert, seitdem die **Maschinen erfunden** und grosse Fabriken errichtet wurden, seitdem das **Eigenthum** immer mehr in die Händen einzelner Personen **gelangt, hat** sich auch das Proletariat bei uns immer mehr entwickelt. **Eine geringe** Anzahl Privilegirter besitzt alles Eigenthum, die grosse **Masse** des Volks Nichts, als ihre Arme und Kinder. — **Gerade wie** im römischen Staat werden wir Proletarier und unsere **Söhne** in Soldatenkittel gesteckt, zu Maschinen dressirt, die **ihre eigenen** Unterdrücker beschützen und auf den Wink derselben **ihr Blut** verspritzen müssen. Gerade wie damals müssen unsere **Schwestern** und Töchter dazu dienen, die viehischen Begierden reicher **Wollüstlinge** zu befriedigen. Gerade wie damals zeigt sich der **Hass** der unterdrückten Armen gegen die reichen Unterdrücker. **Doch steht** das Proletariat unserer Gesellschaft auf einem ganz **anderen und** besseren Standpunkt als das römische. Die römischen **Proletarier** hatten weder die Mittel, noch die nöthige Bildung, um **sich befreien** zu können; es blieb ihnen nichts übrig, als sich **zu rächen** und im Rachekampf unterzugehen. Viele der heutigen **Proletarier** besitzen schon, Dank der Buchdruckerkunst, einen hohen **Grad** von Bildung und die übrigen erheben sich jeden Tag mehr **durch** ihr Streben nach Vereinigung, und während sich dieselben **stets** mehr erheben und fester an einander schliessen, zeigt uns die **privilegirte** Klasse das Bild des furchtbarsten Egoismus, der **scheusslichsten** Sittenlosigkeit. — Die heutige Civilisation bietet **Mittel** genug dar, um alle Menschen der Gesellschaft **glücklich zu machen**; der Zweck der heutigen Proletarier ist daher nicht bloss zu zerstören, sich zu rächen, und im Tode Befreiung zu finden, sondern dahin zu wirken, dass eine Gesellschaft gegründet werde, in der Alle als freie und glückliche Menschen leben können. Proletarier der heutigen Gesellschaft sind Alle, die nicht von ihrem Kapital leben können; der Arbeiter so gut als der Gelehrte, der Künstler wie der kleine Bourgeois; und wenn auch die kleine Bourgeoisie noch einiges Vermögen besitzt, so geht sie doch augenscheinlieh mit Riesenschritten, durch die furchtbare Konkurrenz, die ihr das*

grosse Kapital macht, dem Zustande entgegen, der sie den übrigen Proletariern völlig gleich stellen wird. Wir können sie daher jetzt schon zu uns zählen, denn sie hat eben so grosses Interesse, sich vor dem Zustande der gänzlichen Besitzlosigkeit zu hüten, als wir haben aus demselben herauszukommen. Vereinigen wir uns daher und es kann beiden Theilen geholfen werden.

Für die Befreiung des Proletariats zu wirken, und damit dieselbe so bald als möglich zu Stande komme, alle Unterdrückten zur Vereinigung aufzumuntern, soll die Aufgabe dieses Blattes sein.

Wir nennen das Blatt „kommunistische Zeitschrift," weil wir überzeugt sind und wissen, dass diese Befreiung nur durch eine gänzliche Umgestaltung der jetzt existirenden Eigenthums-Verhältnisse bewirkt werden, mit einem Wort, nur in einer auf die Gemeinschaft gegründeten Gesellschaft Statt finden kann. Es war unsere Absicht hier ein kurzes und für Alle leicht fassliches kommunistisches Glaubensbekenntniss einzuschalten, und der Entwurf eines solchen ist auch bereits geschrieben. Da dieses Glaubensbekenntniss nun künftighin unserer Propaganda als Richtschnur dienen soll, folglich von der höchsten Wichtigkeit ist, so hielten wir es für unsere Pflicht, diesen Entwurf unseren Freunden auf dem Festlande zuerst zuzuschicken, um ihre Ansichten darüber zu vernehmen. So bald wir die Antworten von unseren Freunden erhalten haben, werden wir die nöthigen Abänderungen und Zusätze machen und es in die folgende Nummer einrücken.

Die kommunistische Bewegung wird von Vielen so falsch aufgefasst, von Andern absichtlich so verläumdet und entstellt, dass wir nicht umhin können, hier einige Worte über dieselbe, so weit wir sie kennen und Theil daran nehmen, zu sagen. Wir wollen uns hauptsächlich darauf beschränken, hier zu erklären, was wir nicht sind, um dadurch zum Voraus etwaigen Verläumdungen zu begegnen, welche man gegen uns vorbringen könnte.

Wir sind keine Systemkrämer; wir wissen aus Erfahrung wie unsinnig es ist, über die in einer zukünftigen Gesellschaft zu treffenden Einrichtungen zu diskutiren und zu grübeln und dabei alle Mittel, welche uns zu derselben führen können, ausser Acht zu lassen. Mögen Philosophen und Gelehrten Systeme für die Einrichtung einer künftigen Gesellschaft aufstellen, wir finden das für gut und nützlich; aber wenn wir Proletarier ganz ernsthaft

über die Einrichtungen der Werkstätten, der Verwaltungsform in der kommenden Gütergemeinschaft diskutiren, uns zanken würden über den Kleiderschnitt, oder die beste Methode die Abtritte auszufegen etc., so würden wir uns dadurch nur lächerlich machen und mit Recht den Namen unpraktische Träumer verdienen, den man uns so oft beigelegt hat. Die Aufgabe unserer Generation ist, die Baumaterialien aufzufinden und herbeizuschaffen, welche zur Errichtung des neuen Gebäudes erforderlich sind; die Aufgabe der nachfolgenden Generationen wird sein, dasselbe aufzubauen, und seien wir überzeugt, es wird auch dann an Baumeistern nicht fehlen.

Wir sind keine Kommunisten, welche Alles mit der Liebe ausführen wollen. Wir weinen keine bitteren Thränen beim Mondenscheine über das Elend der Menschen, und erheben uns dann wieder zur höchsten Entzückung bei dem Gedanken an die goldene Zukunft. Wir wissen, dass unsere Zeit ernst ist, dass sie der ganzen Anstrengung eines jeden Mannes bedarf, und dass diese Liebesduselei weiter nichts als eine Art geistiger Selbstschwächung ist, die Jeden, der sich ihr ergibt, aller Thatkraft unfähig macht[78]).

Wir sind keine Kommunisten, welche jetzt schon den ewigen Frieden predigen, während sich unsere Gegner an allen Orten zum Kampfe rüsten. Wir wissen recht gut, dass wir nirgends, etwa mit Ausnahme Englands und der Nordamerikanischen Freistaaten, in die bessere Welt eingehen können, ohne uns zuvor unsere politischen Rechte mit Gewalt erkämpft zu haben. Mögen es nun auch Leute geben, welche uns hierin verdammen und als Revo-

---

78) Diese Bemerkung bezieht sich auf den „Liebesapostel" Hermann Kriege (1820—1850), der im Frühjahr 1845 nach New York auswanderte und dort ein deutsches Blatt, Der Volkstribun, herausgab. Gegen dessen „für die kommunistische Partei in Europa im höchsten Maße kompromittirende, ... unter dem Namen Kommunismus (gepredigte) phantastische Gemütsschwärmerei" richtete sich ein von Marx verfaßtes Zirkular der Brüsseler Kommunisten vom 11. Mai 1846, dem nur Weitling seine Zustimmung verweigerte. Vgl. hierüber und über Kriege im allgemeinen: Liter. Nachlaß II, 414/428: Der Volkstribun, redigiert von Hermann Kriege in New York (und dazu Mehring, ebenda 367/369); Ed. Bernstein und Peter Struve, Marx und der wahre Sozialismus, in die Neue Zeit XIV/2 (1896), 216/220; ferner Mehring, Nochmals Marx und der wahre Sozialismus, ebenda 395/401.

lutionäre ausschreien, so wird uns wenig daran gelegen sein. Wir wenigstens wollen dem Volk keinen Sand in die Augen streuen, sondern ihm die Wahrheit sagen und es auf den herannahenden Sturm aufmerksam machen, damit es seine Vorkehrungen treffen kann. — Wir sind keine Verschwörer, welche an einem bestimmten Tage eine Revolution anfangen oder Fürsten umbringen wollen; wir sind aber auch keine geduldigen Schafe, die ohne zu murren, ihr Kreuz auf sich nehmen. Wir wissen recht gut, dass auf dem Festlande zwischen den aristokratischen und demokratischen Elementen es zum Kampf kommen muss — unsere Feinde wissen es auch und rüsten sich; es ist daher die Pflicht eines jeden Mannes sich vorzubereiten, damit man uns nicht unversehens angreife und vernichte. — Es wird noch ein letzter und ernster Kampf gekämpft werden, und wenn unsere Partei denselben siegreich bestanden, dann erst wird die Zeit kommen, in welcher wir die Waffen hoffentlich für immer bei Seite legen können.

Wir sind keine Kommunisten, welche glauben, dass gleich nach siegreich bestandenem Kampfe die Gütergemeinschaft wie durch einen Zauber eingeführt werden kann. Wir wissen, dass die Menschheit keine Sprünge macht, sondern nur Schritt für Schritt vorwärts geht. Wir können nicht über Nacht aus einer unharmonischen in eine harmonische Gesellschaft eingehen; es bedarf hierzu einer nach Umständen längeren oder kürzeren Uebergangsperiode. Das Privateigenthum kann nur nach und nach in gesellschaftliches Eigenthum umgewandelt werden.

Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine grosse Kaserne oder ein grosses Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit, die nach ihrer Meinung der Harmonie im Wege steht, leugnen und aufheben wollen; wir aber haben keine Lust die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen. Wir sind überzeugt und werden es in unseren folgenden Nummern zu beweisen suchen, dass in keiner Gesellschaft die persönliche Freiheit grösser sein kann, als in derjenigen, welche sich auf Gemeinschaft gründet.

Wir haben nun erklärt, was wir nicht sind; in unserm Glaubensbekenntniss werden wir erklären, was wir sind und was wir wollen. Es bleibt uns nur noch übrig einige Worte an die Prole-

tarier zu richten, welche anderen politischen oder sozialen Parteien angehören. Wir kämpfen Alle gegen die heutige Gesellschaft an, welche uns unterdrückt und im Elend schmachten lässt; anstatt aber dieses zu bedenken und uns zu vereinigen, bekämpfen wir uns leider nur zu häufig, zum grossen Vergnügen unserer Unterdrücker, unter einander selbst. Anstatt Alle vereinigt Hand an's Werk zu legen, um einen demokratischen Staat zu errichten, in dem jede Partei suchen kann, durch Wort und Schrift die Majorität für sich zu gewinnen, feinden wir uns an über das, was geschehen und nicht geschehen soll, wenn wir einmal gesiegt haben. Es fällt uns hierbei unwillkürlich die Fabel von den Bärenjägern ein, welche sich um das Fell des Bären prügelten, ehe sie noch denselben gesehen hatten. Es ist jetzt wahrhaftig an der Zeit unsere Feindseligkeiten bei Seite zu legen und uns Alle zur gemeinschaftlichen Vertheidigung die Hände zu reichen. Damit dieses aber geschehen könne, müssen die Schriftsteller der verschiedenen Parteien aufhören, andere Meinungen auf das bitterste zu bekämpfen und die Anhänger derselben mit den gemeinsten Schimpfwörtern zu belegen. Wir unsererseits achten jeden Mann, auch den Aristokraten und Pietisten, welcher eine Meinung hat und dieselbe, weil er sie für Recht hält, mit Ausdauer und Entschlossenheit vertheidigt, nur Denjenigen verschonen wir nicht, welcher unter der Maske irgend einer politischen oder sozialen Partei oder der Religion, blos sein eigenes schmutziges Ich im Auge hat. Solche Heuchler so schnell als möglich zu entlarven, sie in ihrer ganzen Scheusslichkeit bloss zu stellen ist die Pflicht eines jeden Ehrenmannes. Es kann Jemand eine irrige Meinung vertheidigen, aber so lang er sie für gerecht hält und treu zu ihrer Fahne steht, darf man ihn nicht verachten. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, hatte z. B. Carl Heinzen kein Recht die Kommunisten auf die Weise anzugreifen, wie er es in seiner zweiten Nummer des „Tribun“ gethan hat[79]*). Carl Hein-*

---

79) KARL HEINZEN (22. II. 1809—12. XI. 1880), bürgerlicher Föderativ-Republikaner. Als preußischer Steuerbeamter korrespondierte er für radikale Blätter und kam so auch in Beziehungen zu MARX als Herausgeber der Rheinischen Zeitung. Wegen seiner 1844 in Darmstadt erschienenen Schrift gegen „Die preußische Büreaukratie“ unter Anklage gestellt, flüchtete er erst nach Belgien und dann in die Schweiz. Hier gab er einen, im wesentlichen

zen scheint entweder den Kommunismus gar nicht zu kennen oder er hat sich durch persönliche Feindschaft, welche zwischen ihm

---

gegen den „teutschen Kommunismus" gerichteten Sammelband: Die Opposition (Mannheim 1846) heraus, zu dem er selbst u. a. auch den Artikel „Gegen die Kommunisten" beisteuerte (S. 42/88). In diesem warf er den letzteren vor: „Einseitigkeit und Verblendung", „ideallosen Materialismus und Verwerfung des Begriffes der zügelnden Sittlichkeit", sowie die durch den Mangel an Wirklichkeitssinn bedingte politische Abstinenz, „maßlosen persönlichen Dünkel", urteilslose Parteinahme für das Proletariat, „als sei der Proletarier nicht wie jeder andere Mensch, sobald er nicht mehr Proletarier ist, und als gehöre allein Denen die Zukunft, welchen die Vergangenheit nicht gehört hat." — Diese Angriffe wiederholte er in noch maßloserer Form im zweiten (letzten) Heft seiner Zeitschrift Der deutsche Tribun (1847; Art. „Kommunistisches", S. 96/132), und hierauf bezieht sich die Zurückweisung der Kommunistischen Zeitung.

Was an ihr zumeist auffällt, ist zunächst rein formal: die entgegenkommende Milde HEINZEN gegenüber und materiell: die Feststellung fast vollständiger Identität — wenigstens für die Übergangszeit — zwischen den Forderungen der Kommunisten und HEINZENS Neun Punkten (D. deutsche Tribun, S. 125/128). Denn in diesen wurde verlangt: die Beseitigung des Königtums durch Gewalt — ferner die Herstellung der Deutschen Republik — welche „das materielle Wohl ihrer Bürger gleichmäßig wie das politische sichert" — die Erklärung der Erde als „allgemeines Eigentum der Menschheit, d. h. der Staaten, aus welchen (diese) besteht" — die Sicherung der „freien Einzelexistenz als Folge und Erfordernis der Einzelperson", d. h. „des Einzelerwerbs und Einzelbesitzes des Erworbenen" — im Wege staatlicher Festlegung eines Vermögensmaximums — und staatlicher Lieferung eines Minimums an Mitteln an die mündigen Bürger „zur Sicherung und Verbesserung der Existenz, welche das freie Werk des Einzelnen bleiben muß" — durch Funktionierung endlich des Staates „als schlichtende dritte Person bei allen streitenden Interessen".

Die Auffassung der Redaktion stand aber in schroffem Widerspruch zu derjenigen von MARX-ENGELS und ihres Kreises, wie sie allerdings erst nach dem Erscheinen der Probenummer unserer Zeitschrift öffentlich zum Ausdruck gebracht worden ist, da MARX und ENGELS sich lange um den prahlerischen Schreier, dem das Wesen ihrer Lehre vollkommen fremd blieb, gar nicht kümmerten. Erst als dieser den Kampf in die Deutsche Brüsseler Zeitung verlegte (26. September 1847), erwiderten ihm in deren Spalten ENGELS am 3. und 7. Oktober und sodann, am 28. und 31. Oktober, sowie am 11., 18. und 25. November MARX selbst u. d. T.: „Die moralisirende Kritik und die kritische Moral. Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte. Gegen Karl Heinzen." — ENGELS Art. sind, mit einer Einleitung von N. RJASANOFF, wiederabgedruckt im Wiener Kampf VII (1914), 508/519; der MARXsche bei MEHRING, Aus dem liter. Nachlaß II, 452/477. Vgl. auch ebenda, S. 384f.,

und mehreren Kommunisten besteht, hinreissen lassen, eine grosse Partei, die in der vordersten Reihe der demokratischen Armee steht, zu beschimpfen. Als wir seine Angriffe gegen die Kommunisten durchlasen, waren wir höchst erstaunt; denn treffen konnten uns seine Beleidigungen nicht, da solche Kommunisten, wie er sie beschreibt, nicht existiren und wahrscheinlich seine Einbildungskraft dieselben erst erschaffen hat, um sie dann wieder zu vernichten. Wir sagen, wir waren erstaunt, weil wir nicht begreifen konnten wie es einem Demokraten möglich war, so die Fackel der Zwietracht in die Reihen seiner eigenen Waffengefährten zu werfen; noch weit höher aber stieg unser Erstaunen, als wir am Ende seiner Schrift seine neun Punkte fanden und ersahen, dass er beinahe ganz dasselbe verlangt, was auch die Kommunisten verlangen. Der einzige Unterschied zwischen uns ist, dass Bürger Carl Heinzen seine neun Punkte als die Grundlagen der neuen Gesellschaft ansieht; wir hingegen als die Grundlagen einer Uebergangsperiode, die uns zur völligen Gemeinschaft führen soll. Es wäre daher vernünftig, wenn wir uns Alle vereinigten, um das von Carl Heinzen Verlangte zu erreichen; sind wir da angekommen und das Volk ist damit zufrieden und will stehen bleiben, so wollen wir uns seinem Willen unterwerfen; will es dann aber mit den Kommunisten weiter schreiten, so wird wohl Bürger Heinzen auch nichts dagegen haben. Wir wissen, dass Bürger Heinzen von unseren Unterdrückern auf alle mögliche Weise verfolgt, verläumdet und verlästert wird und sich daher in einem gereitzten Zustande befindet; wir wollen daher

die Vorbemerkungen von MEHRING; ferner GUST. MAYER a. a O. S. 276/280. Auch STEPHAN BORN hat mit einer — mir nicht zugänglichen pseudonymen — Broschüre: „Der Heinzensche Staat." Eine Kritik von STEPHAN. Bern 1847 (WELLER a. a. O., Anhang S. 8) in den Streit gegen HEINZEN eingegriffen. Vgl. seine „Erinnerungen eines Achtundvierzigers. II. Aufl. Leipzig 1898. S. 60/63.

HEINZEN seinerseits hat dann noch seine Polemiken gegen das „Kulturgespenst" des Kommunismus in seiner Broschüre: Die Helden des teutschen Kommunismus dem Herrn Karl Marx gewidmet (Bern 1848), zusammengefaßt und sich in einem Nachwort gegen jedes Zusammengehen der Republikaner mit den Kommunisten ausgesprochen, da „was die Kommunisten unter Republik verstehen, nichts als eine Anstalt (sei), in welcher einem teutschen Blanqui der Sessel bereitet werden soll für die kommunistische Diktatur" (S. 98).

keines Wegs Ihn auch noch angreifen; im Gegentheil, wir werden die Hand zur Vereinigung nicht ausschlagen. Einigkeit macht stark und sie nur allein kann uns zum Ziele führen.

Darum Proletarier aller Länder vereinigen wir uns — öffentlich, wo das Gesetz es erlaubt, denn unsere Handlungen brauchen das Licht nicht zu scheuen, im Geheimen hingegen, wo die Willkür der Tyrannen es uns verbietet. — Sogenannte Gesetze, welche den Menschen verbieten, sich zu versammeln, um die Fragen der Zeit zu besprechen und ihre Rechte zu verlangen, sind Machtsprüche der Tyrannen; wer solche achtet und hält, handelt feig und unehrenhaft, wer sie aber verachtet und bricht, handelt männlich und ehrenhaft.

Zuletzt noch erklären wir, dass die Spalten unserer Zeitschrift nicht hergegeben werden, um persönliche Streitigkeiten auszufechten, oder einzelne Personen, welche ihre Pflicht thun, zu lobpreisen. Wenn aber Proletarier unterdrückt und misshandelt werden, so mögen sie sich nur an uns wenden, wir werden unverzagt für sie in die Schranken treten und die Namen ihrer Unterdrücker dem Fluch der öffentlichen Meinung übergeben, vor welcher auch die verstocktesten Tyrannen schon zu zittern anfangen.

Der Auswanderungsplan des Bürgers Cabet[80]).

Bürger Cabet in Paris erlässt einen Aufruf an die französischen Kommunisten, worin er sagt: Da wir hier von der Regierung, den Priestern, der Bourgeoisie, ja sogar von den revolutionären Republikanern verfolgt, verläumdet und verlästert werden, da man selbst sucht uns die Existenz abzuschneiden, und uns so physisch und moralisch zu Grunde zu richten, so lasst uns Frankreich verlassen, lasst uns nach Icarien gehen; und er hofft,

80) 'Etienne Cabet (1. I. 1788—8. XI. 1856), der bekannte Kommunist, Verfasser der erstmals u. d. T. „Voyage et aventures de Lord Villiam Carisdale en Icarie, traduit de l'anglais de Francis Adams par Th. Dufruit, Maître de langues," 2 vol. Paris 1840, pseudonym erschienenen und nachmals wiederholt aufgelegten, bereits 1847 von Wendel Hippler (Hermann Ewerbeck) verdeutschen Utopie. Vgl. über ihn: H. Lux, Etienne Cabet und der ikarische Kommunismus. Stuttgart 1894, und Jules Proudhommeaux, Icarie et son fondateur Etienne Cabet. Paris 1907.

was Männer vermögen, die frei sein wollen. —

Türkei. Der Sultan hat die Sklaverei abgeschafft und huldigt dem Fortschritt. — O Du, der Du mit Deinem Haus dem Herrn dienest[107]*, Du stehst unter den Türken. —*

Griechenland. Der bairische Otto hat seinen getreuen Ständen erklärt: er sei in der scheusslichsten Geldverlegenheit und kein Teufel wolle ihm pumpen. — O Rothschild erbarme dich seiner![108]

Nordamerika. Die Nordamerikaner sind noch immer mit den Mexikanern in Krieg verwickelt. — Hoffentlich werden die ersteren den grössten Theil Mexicos erhalten, und das Land besser benutzen als die Mexicaner gethan haben[109]*. Die*

---

von Eichenlaub gebunden und mit weißen und roten Bändern, den polnischen Farben, verknüpft, die Opfer zu bewerfen und ihren Weg zu bestreuen. . . . Frauen küßten den Boden, über welchen W. ging". In den Kirchen wurden Totenandachten abgehalten und die Gräber immer wieder mit Blumen geschmückt.

Der Präsident der Polizeihofstelle, Graf SEDLNITZKY, tröstete sich über diese Berichte seiner Organe damit, daß nun doch „Gelegenheit geboten worden, die Freunde und Anhänger der Revolutionspartei, selbst jene, die bisher mit ihren wahren Gesinnungen hinter dem Berg gehalten und ihre eigentliche Stimmung zu veroffenbaren sich scheuten, näher kennenzulernen", und ordnete die strenge Überwachung und Verfolgung der allzu Unvorsichtigen an.

Vgl. GRÜNBERG, Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien. Leipzig 1894, I, S. 368 f.; ANT. SPRINGER a. a. O., I, 582 ff. Die Schilderung der Vorgänge vor und bei der Hinrichtung: nach den Akten der Polizeihofstelle im Wiener Archiv d. Staatsamtes d. Innern, 82 u. 136 ex 1847.

107) Vgl. oben Anm. 97.

108) OTTO I. nach der Befreiung Griechenlands von den Schutzmächten auf den Thron berufen, 1862 durch einen Aufstand gezwungen, das Land zu verlassen, und durch den dänischen Prinzen GEORG I. ersetzt.

109) Der Krieg war durch die Aufnahme von Texas in die nordamerikanische Union entstanden. Die Texaner, meist Auswanderer aus den Vereinigten Staaten, hatten sich von Mexiko losgerissen und einen Freistaat gebildet, dessen Unabhängigkeit sowohl von der Union als auch von den europäischen Großmächten anerkannt worden war. Seinen Anschluß an die erstere wollte jedoch Mexiko nicht zulassen. Außerdem war die Westgrenze von Texas streitig. Im Sommer 1845 kam es deshalb zum Kriege zwischen Mexiko und der Union. Er endete mit dem Frieden von Guadelupe Hidalgo vom 2. Februar 1848, der den Vereinigten Staaten — gegen eine Entschädigung

wanderung zu Stande kommt, dem Prinzip des Kommunismus der grösste Schaden zugefügt wird, dass die Regierungen triumphiren und die letzten Tage Cabets durch bittere Täuschungen getrübt werden. —

Die Gründe für unsere Meinung sind folgende:

1) Weil wir glauben, dass, wenn in einem Lande die schändlichsten Bestechungen an der Tagesordnung sind, wenn das Volk auf die gemeinste Weise unterdrückt und ausgebeutet wird, wenn Recht und Gerechtigkeit nicht mehr gelten, wenn die Gesellschaft anfängt sich in Anarchie aufzulösen, wie dieses gegenwärtig in Frankreich der Fall ist, jeder Streiter der Gerechtigkeit und Wahrheit es sich zur Pflicht machen muss, im Lande zu bleiben, das Volk aufzuklären, den Sinkenden neuen Muth einzuflössen, den Grund zu einer neuen gesellschaftlichen Organisation zu legen und den Spitzbuben kühn die Stirne zu bieten. — Wenn die rechtschaffenen Männer, wenn die Kämpfer für die bessere Zukunft fortziehen und den Finsterlingen und Spitzbuben das Feld überlassen wollen, so wird und muss Europa fallen; — Europa, welches gerade derjenige Welttheil ist, in welchem schon aus statistischen und ökonomischen Gründen die Gütergemeinschaft am ersten und leichtesten eingeführt werden kann — und der armen Menschheit wird eine noch Jahrhunderte lang dauernde neue Feuer- und Elendsprobe auferlegt werden.

2) Weil wir überzeugt sind, dass der Plan Cabets in Amerika ein Icarien, d. h. eine auf die Grundsätze der Gütergemeinschaft sich basirende Kolonie zu gründen, jetzt noch nicht durchgeführt werden kann, und zwar:

a) Weil Alle, welche mit Cabet auswandern wollen, zwar eifrige Kommunisten sein mögen, allein noch durch ihre Erziehung zu sehr mit den Fehlern und Vorurtheilen der heutigen Gesellschaft behaftet sind, um dieselben bei ihrem Eintritt in Icarien auf der Stelle ablegen zu können;

b) weil dadurch nothwendigerweise gleich Anfangs in der Kolonie Streitigkeiten und Reibungen entstehen müssen, welche durch die äussere mächtige und feindliche Gesellschaft, sowie auch durch Spione der europäischen Regierungen noch mehr angefacht werden, bis sie zu einer völligen Auflösung der kommunistischen Gesellschaft führen;

c) weil die meisten Auswandernden Handwerker ***sind,*** *dort aber zuallererst kräftige Ackerbauer zur Urbarmachung und Bebauung des Bodens gebraucht werden und ein Arbeiter nicht so leicht in einen Bauern umgewandelt wird, als Manche sich wohl vorstellen mögen;*

d) weil die Entbehrungen und die Krankheiten, welche der Wechsel des Klimas mit sich bringt, Viele muthlos machen und zum Austritt bewegen werden. — Jetzt sind Viele für den Plan, dessen schöne Seite sie nur sehen, enthusiastisch eingenommen, wenn aber die rauhe Wirklichkeit eintritt, wenn Entbehrungen aller Art gefordert werden, wenn alle die kleinen Annehmlichkeiten der Civilisation, welche auch der ärmste Arbeiter sich noch in Europa zuweilen verschaffen kann, wegfallen, dann wird auch bei Vielen die grösste Muthlosigkeit an die Stelle des Enthusiasmus treten;

e) weil für die Kommunisten, welche das Prinzip der persönlichen Freiheit anerkennen, und das thun auch gewiss die Icarier, eine Gütergemeinschaft ohne Uebergangsperiode, und zwar ohne demokratische Uebergangsperiode, in welcher das persönliche Eigenthum erst nach und nach in gesellschaftliches umgewandelt wird, eben so unmöglich ist, als für den Landmann eine Erndte ohne Aussaat.

3) Weil durch das Misslingen eines Versuchs, wie ***Cabet*** *ihn vorhat, zwar das kommunistische Prinzip nicht unterdrückt oder die praktische Einführung desselben für immer verhindert werden kann, aber doch viele tausende Kommunisten muthlos gemacht aus unseren Reihen austreten werden, und dadurch wahrscheinlich das gedrückte Proletariat noch eine oder mehrere Generationen länger im Elend schmachten muss, und endlich*

4) weil von einigen hundert oder tausend Personen überhaupt keine Gütergemeinschaft errichtet und aufrecht erhalten werden kann, ohne dass dieselbe einen völlig ausschliessenden, einen sektenartigen Charakter annimmt, wie z. B. die des ***Rapp***[82]*) in Ame-*

---

82) GEORG RAPP (1757—7. VIII. 1847), geb. in Iptingen (Württemberg), Gründer der kommunistischen Gemeinschaft der Harmonisten in Nordamerika: erst in Pennsylvanien (1805), dann in Indiana (1814) und seit 1824 wieder in Pennsylvanien. Vgl. den Art. Rapp im Handbuch des Sozialismus von C. STEGMANN und C. HUGO. Zürich 1807. S. 675/78.

[Antwort: fehlt][113]).

5. *Frage: Welches ist die Stellung des Proletariats der hohen und niederen Bourgeoisie gegenüber? Ist eine Annäherung an die radikale oder niedere Bourgeoisie von unserer Seite rathsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtestsn und sichersten zu bewirken?*

Antwort: Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien etc. trennt sich die radikale Partei öffentlich von dem alten, seichten Liberalismus und pflanzt seine eigene Fahne auf. Die kleine Bourgeoisie, welche täglich mehr durch die wachsende hohe Geldaristokratie verdrängt wird und die ihren Ruin mit Riesenschritten herrannahen sieht, bildet hauptsächlich diese Partei und, sie sind einer Sozialreform nicht allein nicht abgeneigt, sondern erkennen auch die Notwendigkeit derselben öffentlich an. Eine Annäherung des Proletariats an diese Partei ist unserer Meinung nach jetzt wünschenswert und notwendig. Wir glauben daher, dass wir überall suchen sollen, mit den Radikalen in Verbindung zu treten, ohne jedoch von unseren Grundsätzen etwas nachzulassen; dass wir uns bestreben sollen, ihnen zu zeigen, dass der Tag nicht mehr fern ist, wo sie ebenfalls in die Reihen der Proletarier zurückgestossen werden, und dass sie ihrem Ruin nur durch eine Sozialreform vorbeugen können. — Sind wir imstande, eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariate zustande zu bringen, so wird bald eine neue Periode beginnen, die so grossartig sein wird, wie nur die Geschichte aufzuweisen hat.

6. *Frage: Welches ist die Stellung des Proletariers den verschiedenen religiösen Parteien gegenüber? Ist eine Annäherung an die eine oder andere Partei möglich und ratsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtesten und sichersten zu bewirken?*

Antwort: Die Hoffnungen, welche sich manche Kommunisten von den Deutsch-Katholiken und Lichtfreunden machten, scheinen sich nicht zu verwirklichen. Wir hielten nie etwas darauf

---

113) Vgl. die Ausführungen über die Mittel zur Erreichung des Kommunismus und die Notwendigkeit eines längeren Übergangszustandes ebenda, Seite 288 f. 296.

— ein altes, morsches Gebäude ausbessern zu wollen, ist vergebliche Mühe. — Sucht daher diejenigen, welche bisher ihr Streben dahin richteten, wieder auf die rechte Bahn zurückzuführen. — Sehen wir nicht zu viel auf das Alte, glauben wir ja nicht, dass die den Geist und das menschliche Herz einschränkenden Formen der alten Welt mit in die neue hinübergenommen werden können, das geht nicht.

Die Anhänger der christlich-germanisch-preussischen Partei der protestantischen Jesuiten sind die Finsterlinge der Gegenwart; nicht imstande, das junge, kräftige Streben mit ihren geist- und herzlosen Lehren zu bekämpfen, aber entschlossen, um jeden Preis die Völker in der Sklaverei zu erhalten, rufen sie überall Polizei, Polizei! und wenn sie das nicht können, suchen sie durch Entstellung der sozialen Grundsätze oder durch Verdächtigung der Personen, die diese Lehre verbreiten, ihren Zweck zu erreichen. Diesen Geschöpfen muss die Maske, die sie vornehmen, abgerissen werden, damit die Leute sie in ihrer wahren Gestalt sehen und vor ihnen zurückschaudern. Ihr ganzes Streben geht jetzt dahin, sich unter den Proletariern Anhang zu verschaffen, Uneinigkeit unter uns hervorzurufen und im Fall einer Umwälzung eine Volksarmee zu errichten, die wie die Vendeer im Jahre 1792 im Namen Gottes und des Erlösers den Ideen der Gerechtigkeit den Krieg erklärt.

7. Frage: Welches ist unsere Stellung in Beziehung auf die sozialen und kommunistischen Parteien? Ist es wünschenswert und möglich, eine allgemeine Vereinigung aller Sozialisten zustande zu bringen, und wenn, auf welche Weise kann diese Vereinigung am schnellsten und sichersten herbeigeführt werden?

Antwort: Wir fordern euch auf, überall, wo (die Fourieristen) diese seichten Menschen sich zeigen, ihnen kräftig entgegenzutreten. — Sie sind an und für sich nicht gefährlich, aber sie haben Geld, schicken überall Emissäre hin und bemühen sich hauptsächlich, den Kommunismus zu entstellen; deshalb dürfen wir sie nicht länger ignorieren, sondern müssen sie öffentlich angreifen. Ihr lächerliches Streben, sich als die wahren Christen hinzustellen, ihre militärischen Einrichtungen und Unzahl Gesetze, ihre Kapitalsassoziation, die Arbeit anziehend zu machen, bieten

zu Potsdam die Mucken auszutreiben und ihn durch derbe Züchtigung ihrem Willen gehorsam zu machen, so erhält auch die Bourgeoisie im übrigen Deutschland sofort freie Hand. Dann ist der Absolutismus des deutschen Bundestags gebrochen. Die ganze Bourgeoisie in Deutschland reicht sich allmählig die Hände zum vereinigten Wirken, und die Herren „von Gottes Gnaden“ und die Herren des mittelalterlichen Grundbesitzes werden von ihr zum Teufel geschickt und können fernerhin nur noch als Vertreter und Mitglieder des Bürgerthums Sitz und Stimme haben.

Werfen wir auf die Arbeiten des preussischen Landtags einen kurzen Blick. Aus den Vorgängen im weissen Saale zu Berlin wird der jetzige Stand der Parteien in Preussen klar werden und die Wichtigkeit der politischen Bewegung in Preussen für das ganze übrige Deutschland hervortreten. Wir können indess das Verfahren des Landtags nur dann verstehen, wenn wir uns zuvor über den Grund seiner Einberufung Rechenschaft geben. Wie kam es, dass der Potsdamer König sich endlich zu einer Massregel verstand, gegen die er sich seit seiner Thronbesteigung bis in die allerletzte Zeit so wüthend und bestimmt erklärt hatte? Wurde nicht jede in preussischen Zeitungen versuchte Darlegung der Nothwendigkeit von Reichsständen, jede Berufung auf die vor mehr als 20 Jahren gemachten königlichen Versprechungen von der Censur unbarmherzig durchstrichen und verhindert? Verklagte und bestrafte man nicht Jeden als Hochverräter, der in öffentlicher Rede die Forderung von Reichsständen vertheidigte? Und nun auf einmal wird der Potsdamer Herrscher an sich selbst zum Hochverräther, straft seine Vergangenheit Lügen und thut, was er niemals thun zu wollen so häufig und so steif versichert hatte! Was trieb ihn denn nun zu diesem Widerspruch mit sich selbst?

Nichts anderes als ein ganz leerer Staatsschatz und die Unmöglichkeit, ihn ohne Mithülfe der Reichsstände wieder zu füllen. Trotz eines 30jährigen Friedens, trotz der jährlich steigenden Einnahmen, trotz der erdrückenden Steuern aller Art, die das arbeitende Volk aufbringen muss, waren doch endlich durch die ungeheuren Verschwendungen des Königs und des Hofes, durch die ruinirende Höhe der Ausgaben für das Militär, die schamlosen Pensionen für ohnehin reiche Offiziere und Civilbeamte und

IV.

Statuten des Bundes der Kommunisten.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Abschnitt I. Der Bund.

Art. 1. Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft, ohne Klassen und ohne Privateigentum.

Art. 2. Die Bedingungen der Mitglieder sind:

a) diesem Zweck entsprechende Lebensweise und Wirksamkeit;

b) revolutionäre Energie und Eifer der Propaganda;

c) Bekennung des Kommunismus;

d) Enthaltung der Teilnahme an jeder kommunistischen, politischen oder nationalen Gesellschaft und Anzeige der Teilnahme an irgendwelcher Gesellschaft bei der vorgesetzten Behörde;

e) Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes;

f) Verschwiegenheit über das Bestehen aller Angelegenheiten des Bundes;

g) einstimmige Aufnahme in eine Gemeinde.

Wer diesen Bedingungen nicht mehr entspricht, wird ausgewiesen (Siehe Abschnitt VIII).

Art. 3. Alle Mitglieder sind gleich und Brüder und als solche sich Hilfe in jeder Lage schuldig.

Art. 4. Die Mitglieder führen Bundesnamen.

Art. 5. Der Bund ist organisiert in Gemeinden, Kreisen, leitenden Kreisen, Zentralbehörde und Kongresse.

Abschnitt II. Die Gemeinde.

Art. 6. Die Gemeinde besteht aus wenigstens drei und höchstens zwanzig Mitgliedern.

Art. 7. Jede Gemeinde wählt einen Vorstand und einen Bei-

stand. Der Vorstand leitet die Sitzung, der Beistand führt die Kasse und vertritt den Vorstand im Falle der Abwesenheit.

Art. 8. Die Aufnahme neuer Mitglieder geschieht durch den Gemeindevorstand und das vorschlagende Mitglied unter vorheriger Zustimmung der Gemeinde.

Art. 9. Gemeinden verschiedener Art sind sich gegenseitig unbekannt und führen keine Korrespondenz miteinander.

Art. 10. Die Gemeinden führen unterscheidende Namen.

Art. 11. Jedes Mitglied, welches seinen Wohnort verändert, hat zuvor seinen Vorstand davon in Kenntnis zu setzen.

Abschnitt III. Der Kreis.

Art. 12. Der Kreis umfasst wenigstens zwei und höchstens zehn Gemeinden.

Art. 13. Die Vorstände und Beistände der Gemeinde bilden die Kreisbehörde. Diese wählt sich einen Vorsteher aus ihrer Mitte. Sie steht in Korrespondenz mit ihren Gemeinden und dem leitenden Kreise.

Art. 14. Die Kreisbehörde ist die vollziehende Gewalt für sämtliche Gemeinden des Kreises.

Art. 15. Einzelstehende Gemeinden haben sich entweder an einen schon vorhandenen Kreis anzuschliessen oder mit anderen einzelnen Gemeinden einen neuen Kreis zu bilden.

Abschnitt IV. Der leitende Kreis.

Art. 16. Die verschiedenen Kreise eines Landes oder einer Provinz stehen unter einem leitenden Kreis.

Art. 17. Die Einteilung der Kreise des Bundes in Provinzen und die Ernennung der leitenden Kreise geschieht vom Kongress auf Vorschlag der Zentralbehörde.

Art. 18. Der leitende Kreis ist die vollziehende Gewalt für sämtliche Kreise seiner Provinz. Er steht in Korrespondenz mit diesen Kreisen und der Zentralbehörde.

Art. 19. Neu entstehende Kreise schliessen sich dem nächsten leitenden Kreise an.

Art. 20. Die leitenden Kreise sind provisorisch der Zentralbehörde und in letzter Instanz dem Kongress Rechenschaft schuldig.

Abschnitt V. Die Zentralbehörde.

Art. 21. Die Zentralbehörde ist die vollziehende Gewalt des ganzen Bundes und als solche dem Kongress Rechenschaft schuldig.

Art. 22. Sie besteht aus wenigstens fünf Mitgliedern und wird gewählt von der Kreisbehörde des Orts, an den der Kongress ihren Sitz verlegt hat.

Art. 23. Die Zentralbehörde steht in Korrespondenz mit den leitenden Kreisen. Sie stattet alle drei Monate einen Bericht über den Zustand des ganzen Bundes ab.

Abschnitt VI. Gemeinsame Bestimmungen.

Art. 24. Die Gemeinden und Kreisbehörden, sowie die Zentralbehörde versammeln sich wenigstens alle vierzehn Tage einmal.

Art. 25. Die Mitglieder der Kreisbehörde und der Zentralbehörde sind auf ein Jahr gewählt, wieder wählbar und von ihren Wählern jederzeit absetzbar.

Art. 26. Die Wahlen finden im Monat September statt.

Art. 27. Die Kreisbehörden haben die Diskussionen der Gemeinden dem Zwecke des Bundes gemäss zu leiten.

Scheint der Zentralbehörde die Diskussion gewisser Fragen von allgemeinem und unmittelbarem Interesse, so hat sie den ganzen Bund zur Diskussion derselben aufzufordern.

Art. 28. Einzelne Bundesmitglieder haben in wenigstens dreimonatlicher, einzelne Gemeinden in wenigstens monatlicher Korrespondenz mit ihrer Kreisbehörde zu bleiben.

Jeder Kreis muss wenigstens alle zwei Monate an den leitenden Kreis, jeder leitende Kreis wenigstens alle drei Monate einmal an die Zentralbehörde über seinen Bezirk berichten.

Art. 29. Jede Bundesbehörde ist verpflichtet, die für die Sicherheit und das kräftige Wirken des Bundes gehörigen Massregeln innerhalb der Statuten unter ihrer Verantwortlichkeit und unter sofortiger Anzeige an die höhere Behörde zu treffen.

Abschnitt VII. Der Kongress.

Art. 30. Der Kongress ist die gesetzgebende Gewalt des ganzen Bundes. Alle Vorschläge über Abänderung in den Statuten werden der Zentralbehörde durch die leitenden Kreise eingesandt und von ihr dem Kongress vorgelegt.

Art. 31. Jeder Kreis sendet einen Abgeordneten.

Art. 32. Jeder einzelne Kreis unter 30 Mitglieder sendet einen Abgeordneten, unter 60 zwei, unter 90 drei usw. Die Kreise können sich durch Bundesmitglieder, die ihren Lokalitäten nicht angehören, vertreten lassen.

In diesem Falle haben sie aber ihrem Deputierten ein ausführliches Mandat zu übersenden.

Art. 33. Der Kongress versammelt sich im Monat August jedes Jahres. In dringenden Fällen beruft die Zentralbehörde einen ausserordentlichen Kongress.

Art. 34. Der Kongress bestimmt jedesmal den Ort, an dem die Zentralbehörde für das kommende Jahr ihren Sitz haben soll und den Ort, an dem der Kongress sich zunächst versammeln wird.

Art. 35. Die Zentralbehörde hat im Kongress Sitz aber keine entscheidende Stimme.

Art. 36. Der Kongress erlässt nach jeder Session ausser seinem Rundschreiben ein Manifest im Namen der Partei.

Abschnitt VIII. Vergehen gegen den Bund.

Art. 37. Wer die Bedingungen der Mitgliedschaft verletzt (Art. 2) wird je nach den Umständen aus dem Bunde entfernt oder ausgestossen.

Die Ausstossung schliesst die Wiederaufnahme aus.

Art. 38. Über Ausscheidung entscheidet nur der Kongress.

Art. 39. Einzelne Mitglieder kann der Kreis oder die einzelstehende Gemeinde unter sofortiger Anzeige an die höhere Behörde entfernen. Der Kongress entscheidet auch hierüber in letzter Instanz.

Art. 40. Die Wiederaufnahme entfernter Mitglieder geschieht durch die Zentralbehörde auf Antrag des Kreises.

Art. 41. Über Verbrechen gegen den Bund richtet die Kreisbehörde und sorgt für Vollstreckung des Urteils.

Art. 42. Die entfernten oder ausgestossenen Individuen, sowie verdächtige Subjekte überhaupt sind von Bundes wegen zu überwachen und unschädlich zu machen. Umtriebe solcher Individuen sind sofort der betreffenden Gemeinde anzuzeigen.

für das Staatsschuldenwesen und die „Ausschüsse“ befinden sich in einer Lage, dass sie der Regierung keinen von den Diensten leisten können, um welche es der letzteren zu thun war. Sie dürfen es nicht wagen, der öffentlichen Meinung zum Trotz, das den Reichsständen zukommende Recht mit Füssen zu treten. Allein selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, dass sich die Mehrheit in der Deputation wie in den Ausschüssen für die Regierung erklärte, dass die liberalen Mitglieder überstimmt wurden: selbst dann ist das absolute Königthum noch um keinen Schritt weiter. So einfältig wird kein Kapitalist sein, dass er nach den auf dem Landtage vorgekommenen Verhandlungen, nach den wiederholten Verwahrungen der Opposition und gegenüber dem Wortlaut früherer, bis jetzt unerfüllter, Gesetze sein Geld in die Hände der Regierung lieferte. Thäte er es dennoch, so dürfte er sich nicht beklagen, wenn ihm alle seine Forderungen binnen kurzer Zeit rundweg durchstrichen würden — und zwar von Rechtswegen.

Es handelt sich hier vor allen Dingen um Geld. Da das Königthum dessen nicht mehr genug hat und es doch unumgänglich braucht, so wird und muss die Bourgeoisie ihre Forderungen durchsetzen. Der angeblich „ungeschwächte“ Thron ist fernerhin ausser Stande, den unterminirenden Wogen des modernen „Zeitgeistes“ zu widerstehen. Die ungemeine Wichtigkeit des preussischen Landtages ist nicht nach den Erklärungen zu bemessen, die ihm Herr Friedrich Wilhelm zum Schlusse zugehen liess. Die Wichtigkeit seiner Verhandlungen beruht darauf, dass die öffentliche Meinung in Preussen während der 11 Wochen einen Fortschritt gemacht hat, zu welchem ohne den Landtag viele Jahre erforderlich gewesen wären. Zum ersten Mal kämpfte hier das preussische Bürgerthum mit der Bureaukratie und der unbeschränkten Monarchie gleichsam vor den Augen des Publikums und versetzte seinen beiden Feinden so harte Schläge, brachte ihnen eine solche unzweifelhafte Niederlage bei, dass sich die Besiegten in kurzer Zeit an ihre Sieger auf Gnade und Ungnade werden ergeben müssen. Ein Minister galt bisher in Preussen für ein in jeder Beziehung so hochstehendes Wesen, dass ein gewöhnlicher Bürger kaum zu ihm hinauf zu blicken wagte. Diese eingebildete Grösse ist vor dem Landtag in den Staub gesunken. Kein Einziger unter den Ministern hat an den Debatten Theil

genommen ohne seine Unfähigkeit ins hellste Licht zu setzen. Nach einander sind die Minister während der 11 Wochen Spiessruthen gelaufen; für ihren Hochmuth, für ihre Hohlheit, mittelalterliche Anmassung und schlechte Verwaltung der Landesangelegenheiten sind sie bald mit bitterem Spott, bald mit Verachtung, bald mit Ausdrücken gerechter Entrüstung bestraft worden. 'Armseligere Rollen sind noch nie gespielt worden, als von diesen „Räthen der Krone.“ Der lämmelbrudernde Eichhorn ist vor dem Landtage mit seinem „christlichen Staate“ kläglich durchgefallen; Der unhistorische Savigny musste seinen historischen Unsinn beschämt in die Tasche zurückstecken; seine altfränkische Waare fand keinen Abnehmer, desto mehr Verhöhnung. In gleicher Weise erging es dem Thile, Duesberg, Boyen u. s. w. Selbst Bodelschwingh's Unverschämtheit war nicht im Stande, auch nur einen Rest von dem Heiligenscheine, der sonst das Ministerium umschwebt hatte, in Sicherheit zu bringen[86]. *Und alle Schläge,*

86) Joh. Alb. Friedr. Eichhorn (1779—1856), seit 1811 Syndikus der neuerrichteten Berliner Universität, später bei der Schaffung des Zollvereins hervorragend wirksam. Nach Altensteins Tod (1840) als dessen Nachfolger Minister für Kultus und Unterricht, bewährte er sich kirchlich und politisch gleichermaßen als Reaktionär — trotzdem oder wohl weil er in früheren Jahren dem König Friedrich Wilhelm III. als Liberaler verdächtigt worden und ihm „der Schmerz misverständlicher Zurücksetzung nicht erspart“ geblieben war.

Friedrich Carl von Savigny (1779—1861), der berühmte Rechtslehrer und Haupt der historischen Rechtsschule, seit dem 28. Februar 1842 Minister für Gesetzgebungsangelegenheiten. Besonders bekannt ist sein Buch „Vom Berufe unserer Zeit zur Gesetzgebung“ (1814), in dem er gegenüber des Wortführers der Philosophischen Rechtsschule Thibaut Programmschrift „Ueber die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland“ (1814) seiner Zeit die Fähigkeit zu einer solchen allgemeinen Kodifikation absprach.

Ludw. Gust. v. Thiele (1781—1852), General der Infanterie, seit 1841 Schatzminister. Er hatte zwar 1846 für die Notwendigkeit einer allgemeinen Ständeversammlung gestimmt, sprach sich aber im Jahre darauf gegen jedes Zugeständnis in der Richtung ihrer Periodizität aus.

Leop. Herm. Ludw. v. Boyen (1771—1848), seit 1841 Kriegsminister und Chef des Staatsministeriums.

Franz v. Duesberg (1793—1872), seit dem 16. Aug. 1846 Finanzminister.

Ernst v. Bodelschwingh (1794—1854), seit 1841 Kabinettsminister und Minister des Innern.

Die biographischen Daten nach der Allgemeinen Deutschen Biographie.

7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben u. s. w. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Grossen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Kaufschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

[*Alle diese unter 6, 7, 8 und 9 angegebenen Massnahmen werden gefasst, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden.*]

[*Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein blosser Missbrauch.*]

[*10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.*]

[*Diese Massregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der grossen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach aussen hin wirken zu lassen. Diese Massregel ist schliesslich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeoisie an die Revolution festzuschmieden.*]

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege etc., nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur [*unentgeltlichen*] *Verfügung gestellt.*

ganze Macht auf das Privateigenthum, auf das Kapital und was sonst damit zusammenhängt. Wir Proletarier können uns nur befreien, wenn wir das Privateigenthum aufheben, mithin die Klasse der Bourgeoisie vernichten und damit überhaupt allen Klassen-Unterschieden für immer ein Ende machen. Zwischen ihr und Uns gilt es daher einen Kampf auf Leben und Tod, nicht blos mit dem Wort, sondern mit der Faust und der Muskete.

*Allein, sind wir Proletarier in Deutschland so weit, dass wir die gesellschaftliche Unordnung vollständig in unserem Interesse umgestalten, d. h. die Bourgeoisie so fort über den Haufen werfen und die Grundsätze des Kommunismus verwirklichen können? Haben wir nicht neben und noch vor der Bourgeoisie einen andern Feind uns gegenüber, der erst überwältigt werden muss, wenn wir mit ihr fertig werden wollen? Jener andere Feind, — es ist das absolute, unbeschränkte Königthum, das sich „von Gottes Gnaden“ nennt, uns im Namen des Himmels ausbeutet, in den Klauen mittelalterlicher Grundbesitzer festhält, das uns in den „christlich-germanischen“ Staat einschnürt und dem Kapital jedesmal seine Polizei, Gensdarmen, Pfaffen und Kanonen zur Hilfe schickt, wenn wir von den Sklavenketten wund gedrückt, sie abzuschütteln versuchen. Oder hätte es wirklich Anspruch auf unsere Dankbarkeit, auf unsern Beistand gegen die Bourgeoisie? Was hat es gethan, um es sich jene und diesen bei uns zu verdienen? Es hat — um blos die neueste Zeit zu berücksichtigen — in 30 Friedensjahren 850 Millionen Thaler auf's Militär verwandt, mit den von uns bezahlten Steuern Ballettänzerinnen und königliche Huren**) *unterhalten, auf unsere Kosten ein immer grösseres und immer gröberes Beamtenheer gefüttert, an ohnehin reiche Leute schamlos-hohe Pensionen gezahlt, aus den sogenannten Gnadenfonds liederliche Rittergutsbesitzer unterstützt, den Adel mehr und mehr bevorzugt, unser Leben tief unter das des herrschaftlichen Wildes erniedrigt, unsere Personen der polizeilichen Willkür überantwortet, Prügelmaschinen und Zuchthäuser für uns erbaut, unsere Arbeit dem Kapital und der freien Konkurrenz überlassen, den Rest unseres Verdienstes mittelst einer kunstreichen Abgabepumpe aus unseren Taschen herausgeholt und unseren Magen auf den*

*) *Doch nicht Friedrich Wilhelm IV., was könnte denn der mit Frauenzimmern anfangen?* *Anm. d. Red.*

Sonnenschein als die wohlfeilste Nahrung angewiesen. Konnte das absolute Königthum etwa mehr für uns Proletarier thun? Allerdings! Denn Hr. Friedrich Wilhelm zu Potsdam, auch der Vierte genannt, hat den Beweis geliefert, dass die „väterliche“ Regierungskunst auch dem Proletarier gegenüber Fortschritte zu machen weiss. Durch die Polizei-Gewerbeordnung von 1845 sind die arbeitenden Klassen noch mehr als früher in die Hände der Kapitalisten und Arbeitsherrn gegeben[87]*. Jeder Versuch sich zu vereinigen und dadurch Kraft zu erlangen, entweder der Herabsetzung des Lohnes zu widerstehen oder ein besseres Lohn zu erhalten, das wenigstens für die dringendsten Bedürfnisse ausreiche; jeder solcher Versuch wird nach diesem neuen Gesetz mit hohen Strafen geahndet. Den Kapitalisten aber, so lange sie es nur mit der Regierung halten, ist gegen den Arbeiter jede Freiheit gestattet. In der neuen Gesindeordnung erlaubt die „väterliche“ Regierung den Brodherrschaften, das Gesinde nicht blos mit allen möglichen Schimpfnamen zu belegen, sondern auch zu prügeln, wofern der Geprügelte nicht zum Krüppel wird*[88]*. So lange Letzteres nicht der Fall, wird der zum Dienen Gezwungene mit jeder Beschwerde oder Klage abgewiesen. In einer geheimen Kabinetsordre vom 14. Juni 1844 befahl der „christliche“ König zu Potsdam den Censoren, in den Zeitschriften jede Besprechung des Verhältnisses der besitzlosen zu den besitzenden Klassen, die*

---

87) Die preuß. Gewerbeordnung von 1845 hat die Koalitionsverbote der älteren Zeit aufrechterhalten. Insbesondere bedrohte sie mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr die Arbeitnehmer, die durch Verabredung einer Einstellung oder Verhinderung der Arbeit „die Gewerbetreibenden selbst oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu verleiten suchen“ würden. Sie untersagte ferner bei hohen Strafen die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen und setzte auf eigenmächtiges Verlassen der Arbeit, groben Ungehorsam oder beharrliche Widerspenstigkeit Geldbußen bis zu 20 Thl. oder Gefängnis bis zu 14 Tagen. (Vgl. den Art. Koalition und Koalitionsverbote von W. STIEDA, i. Handwörterb. d. Staatsw. III. Aufl. V, 898 f.)

88) Gesindeordnung vom 19. August 1844 für das nichtlandwirtschaftliche Gesinde (die Verhältnisse des ländlichen waren durch die Ges.Ordg. vom 9. November 1810 geregelt). Das I. Heft des Gesellschaftsspiegels von HESS reproduzierte eine Petition „An die Stände des rheinischen Provinziallandtages“ um die Wiederaufhebung der eben eingeführten Ges.Ordg, da sie zugunsten der Herrschaften das Prinzip der Rechtsgleichheit aufhebe.

Lage der Arbeiter gegenüber den mittelalterlichen Grundherren und der Bourgeoisie zu unterdrücken. Als 1844 Tausende von Webern des schlesischen Gebirges, durch Elend und Verzweiflung getrieben, sich gegen die Fabrikherren erhoben, da liess sie der „gnädige" König theils wie Hunde niederschiessen und mit dem Bajonett erstechen, theils sie einfangen und mit Zuchthaus bestrafen, den Meisten aber auch zugleich mit 20 bis 40 Hieben den Rücken zerfleischen[89]*). Solche Wohlthaten verdanken wir Proletarier dem „christlich-germanischen" Königthum.*

Das Nothjahr 1847 hat uns davon weitere Proben geliefert. Während Tausende von Proletariern in der Rheinprovinz, Westphalen, Schlesien, Posen und Ostpreussen dem Hunger und den Hungerfiebern erlagen, schwelgte das „christlich-germanische" Königthum und seine Kreaturen nach wie vor in allen Genüssen, auf die Ueppigkeit und Müssigkeit nur immer verfallen kann. Endlich fiel es aber ihm ein, dass es sich doch einmal so stellen müsse, als wolle es den Nothleidenden zu Hülfe kommen. Daher das Gesetz wegen Verbots der Verwendung von Kartoffeln in Brennereien und ein paar ähnliche Verordnungen, mit denen man der arbeitenden Klasse Sand in die Augen zu streuen suchte. Die Furcht vor den Proletariern wuchs, besonders als in Berlin und anderwärts Brodunruhen ausgebrochen waren. In der Angst machte die „väterliche" Regierung eine neue Anstrengung „zum Wohl der arbeitenden Klassen". Worin bestand diese? Darin, dass ein Regierungsrath von Berlin nach Bremen geschickt wurde mit dem Auftrage so schnell als möglich und unter jeder Bedingung 6000 Last Getreide zu kaufen und ohne Verzug nach Berlin etc. zu spediren. Der Regierungsrath wandte sich an das Haus Delius in Bremen, dem er seine Vollmacht zeigte. Da man auf jeden Preis hin die 6000 Last haben wollte, so stürmten die Getreidemäckler nach allen Richtungen hin; binnen 2 Stunden hatte die Last schon um 40 Thaler Gold aufgeschlagen. Die Preise gingen noch höher. In Bremen waren nur 1500 Last

---

89) Vgl. über die Hungeraufstände während der 40er Jahre, vornehmlich in den schlesischen Weberdörfern Peterswaldau und Langenbielau, MEHRING, Gesch. d. deutschen Soz.Dem. I, 184/88; WILH. WOLFF, Das Elend und der Aufruhr in Schlesien, in dessen Ges. Schriften hrsg. von MEHRING. Berlin 1907. S. 38/63.

aufzutreiben. Für den Rest gaben die dortigen Getreidehändler Anweisungen auf ihr in Stettin, Danzig etc. gekauftes und noch dort befindliches Getreide, das sie nun zu den enormen, durch den preussischen Regierungsrath hervorgerufenen Preisen losschlugen. Dieses Hinaufgehen der Preise in Bremen hatte die Folge, dass binnen einigen Tagen die Getreidepreise in ganz Norddeutschland auf dieselbe Höhe stiegen, dass die arbeitenden Klassen nun ihr Brod um ein Drittheil theurer bezahlen und den Verlust, welcher aus dem von der Regierung so ungeschickt betriebenen Getreidegeschäft erwuchs, als Steuerzahlende noch obendrein ertragen mussten. Das heisst man auf Deutsch: „väterlich regieren", und als ungeschwächter König „von Gottes Gnaden" herrschen, beruht darauf, dass die verhungernden Arbeiter, wenn sie, wie in Berlin, Stettin u. s. w. sich zusammenrotten, niedergehauen und geschossen werden, während der „gnädige" König aus dem Gelde der arbeitenden Klasse Schilde über eine halbe Million im Werth anfertigen lässt, und seinem Pathen, einem Knaben, der sich kaum erst die Nase wischen kann, zu einem königlichen Spielzeug nach London sendet.

Das ganze Sündenregister des „unbeschränkten" Königthums anzuführen, wäre zu lang; mögen daher diese wenigen Beispiele genügen. Es geht aus ihnen schon so viel klar hervor, dass jenes Königthum mindestens eben so sehr unser Feind ist, als die Bourgeoisie für sich allein genommen. Bedenken wir aber, dass die Bourgeoisie zur Begründung ihrer Herrschaft politische Freiheiten braucht, die das „absolute" Königthum beharrlich verweigert, und dass wir Proletarier alsdann jene grösseren politischen Freiheiten als Hebel zum schnellern Umsturz des Bestehenden benutzen können, so ergibt sich, dass wir allerdings ein Interesse an der jetzigen politischen Bewegung haben, dass es unser Vortheil erheischt, die Beseitigung jenes Königthums beschleunigen zu helfen. Bis dahin und nicht weiter gehen unsere Wege zusammen! Ist der Feind „von Gottes Gnaden", der „christliche" Polizeistaat, die „väterliche" Regierung vernichtet, dann haben wir es nur noch mit dem letzten Gegner, mit der Bourgeoisie, zu thun; dann ist der Kampfplatz leichter zu überschauen und der Schlachtplan mit Sicherheit zu entwerfen.

So lange wir freilich uns nicht näher treten, so lange wir

Proletarier uns nicht verbinden, nicht organisieren, nicht mit vereinter Kraft auf völlige Umgestaltung unserer Lage hinarbeiten: so lange vermögen wir auch weder gegen das „väterliche“ Regierungssystem, noch gegen die Bourgeoisie etwas Erkleckliches durchzusetzen. Bis jetzt haben wir in Deutschland weder Pressfreiheit, um unsere Interessen zu verfechten, noch besitzen wir das Recht, uns öffentlich zu versammeln, um uns gegenseitig über die gesellschaftlichen Verhältnisse, über die Lage der Besitzlossen und Besitzenden, kurz über alle das Proletariat angehende Fragen auszusprechen und aufzuklären. Ohne Zweifel machen die genannten politischen Freiheiten das Befreiungswerk leichter, mittelst ihrer Hilfe kann sich das Proletariat schneller organisiren und darum ist die jetzige politische Bewegung, die auch auf Pressfreiheit und freies Assoziationsrecht hinsteuert für uns von grosser Bedeutung. Allein seien wir nicht so thöricht, unterdess die Hände ruhig in den Schooss zu legen und abzuwarten, bis jene Rechte erlangt sind. Was uns jetzt gesetzlich verboten ist, thuen wir's gegen das Gesetz. Das Gesetz ist von unseren Feinden gemacht, von der „väterlichen“ Regierung im Interesse der Reichen und Besitzenden; uns Besitzlosen kann es nur so weit binden, als wir zu schwach sind, es sofort umzustossen. Was man uns öffentlich untersagt, das lasst uns im Geheimen thun; hier muss das Ungesetzliche unser Gesetz sein. Je grössere Schwierigkeiten uns in den Weg gelegt werden, desto mehr Energie und Thätigkeit müssen wir entwickeln, um ihnen zum Trotz uns zu organisiren und uns zum gemeinschaftlichen Handeln verabreden. „Selbst ist der Mann,“ sagt ein altes Sprüchwort; und wahrlich uns Proletarier wird und kann Niemand befreien, wenn wir nicht selbst es thun.

Welche Furcht jagen wir nicht jetzt schon sowohl dem Königthum „von Gottes Gnaden“, wie der Bourgeoisie ein, jetzt, wo wir fast noch ohne Zusammenhang dastehen, als Einzelne, die sich oft sogar unter einander bekämpfen und zerfleischen, als Leute, die nicht wissen, welche Kraft in der Einigkeit liegt! Haben nicht einige Hundert Proletarier in Berlin, die ohne Plan, ohne Uebereinstimmung, ohne gemeinsamen Zweck an dem Brodtumulte Theil nahmen, die ganze Hauptstadt erzittern gemacht, sämmtliche höchste und allerhöchste Behörden einen halben Tag lang um alle Besinnung gebracht? Haben nicht zwei hohe Ministerial-Beamte selbst

eingestanden, dass Berlin trotz aller Truppen in die Gewalt de Proletarier gefallen wäre, wenn diese nur einigermassen ihre Kraft zu benutzen und gemeinsam zu handeln verstanden hätten? Ja Berlin war sogar 5 Stunden lang in den Händen des Volks, nur dass es dies selber nicht wusste. Aehnlich ist es an vielen andern Orten Preussens, wie im übrigen Deutschland hergegangen. Vermögen schon einzelne, unbedeutende Proletarier-Haufen, die ohne Plan und Verabredung handeln, das Bestehende in solche Gefahr zu bringen, so liegt es auf der Hand, dass, wenn wir erst organisirt, vereinigt, Alle als Ein Mann auftreten, uns keine Macht den Sieg entreissen kann. Vereinzelt sind und bleiben wir schwache Sklaven, der Noth und dem Elend, dem Hochmuth und der Gnade der Vornehmen und Reichen preisgegeben; organisirt und vereinigt zerbrechen wir wie dürre Weidenruthen die Fesseln, die das Privateigenthum oder eine „christlich-germanische“ Regierung uns angeschmiedet haben. [: :]

Die deutschen Auswanderer.

Schon in alten Zeiten strebten die Menschen nach einer besseren, einer neuen Welt, wo sie hofften, glücklich zu werden, und ihr Streben ist heute noch dasselbe. — Leider ist trotz allem Streben noch wenig erreicht worden, da man lange die bessere Welt dort suchte, wo sie nicht zu finden war; und Wenige noch heute wissen und begreifen, dass diese bessere Welt uns nahe genug liegt, dass es nur einer Vereinigung der Unterdrückten, einer kräftigen Anstrengung bedarf, um sie zu erreichen. — Freilich diejenigen, welche glauben, man brauche nur zu suchen, nach Amerika zu wandern, um in die bessere Welt zu gelangen, irren gewaltig. Die bessere Welt findet man nicht, sie muss erkämpft werden, und nur wenn wir fest zusammenstehen und uns selbst helfen, so wird uns der Himmel helfen. —

Einst stürmten Millionen Europäer nach Osten, um sich der Tyrannei ihrer Feudalherren zu entziehen, um sich durch die Eroberung des heiligen Grabes den Himmel zu verdienen, und weil sie hofften an den Orten, wo ihr Erlöser gewandelt, schon auf dieser Erde den Vorgeschmack der himmlischen Freuden zu empfinden; aber nur Wenige erreichten das vorgesteckte Ziel, die

Meisten fielen, ehe sie nur Jerusalem gesehen, durch Krankheiten und das Schwert der Türken. —

Jetzt strömen Millionen Europäer nach Westen, weil sie dort ein freies Land und eine glückliche Zukunft für sich und ihre Familien zu finden glauben; aber die Hoffnung der Meisten wird bitter getäuscht. Tausende werden schon in den überfüllten Schiffen durch Krankheiten dahin gerafft, ehe sie das amerikanische Ufer gesehen haben. Tausende sterben, freilich nicht durch ein Türkenschwert, aber von Betrügern und Spitzbuben aller Habe beraubt, körperlich und geistig zu Grunde gerichtet, an den Strassen-Ecken oder in den Arbeitshäusern der Union; Tausende, welche der amerikanischen Bourgeoisie ihre Arme anbieten müssen, um ihre Existenz zu erhalten, werden dort eben so sehr und noch mehr exploitirt als sie es in Europa wurden, und müssen, wenn ihre Kräfte schwinden, sich ganz wie in Europa glücklich schätzen, in einem Hospitale oder Arbeitshause sterben zu dürfen, und nur Wenigen gelingt es ihre und ihrer Familien Existenz zu gründen.

Die guten Deutschen, denen es freilich in ihrem mit vier und dreissig souveränen Fürsten und Fürstlein gesegneten, einigen und freien Deutschland nicht gar wohl zu Muthe sein mag, hat ein besonderer Auswanderungstaumel ergriffen, und leider werden von allen Auswanderern keine so betrogen, herumgeworfen, ausgezogen und misshandelt als gerade die Deutschen.

In den Städten Deutschlands, Hollands, Belgiens, in London, New-York, wie überhaupt an allen Orten, wo deutsche Auswanderer abreisen oder ankommen, hat sich eine eigene Klasse Menschen gebildet, welche darauf ausgehen, diese meistens unerfahrenen Leute um das Ihrige zu betrügen. Die Engländer nennen diese Menschen Land-Haie (land sharks), ein höchst passender Name, denn mit gleicher Gierde verschlingen sie den Kreuzer der Armen und die Dukaten der Wohlhabenderen. So bald z.B. hier in London Auswanderer ankommen, werden sie von diesen Menschen umgeben, nach gewissen Wohnungen gebracht und selten aus den Händen gelassen, so lange sie noch Etwas besitzen. Glücklich sind noch diejenigen, welche ihre Ueberfahrt im Voraus bezahlt haben, sie kommen doch noch wenigstens nach Amerika, die Andern müssen zurückbleiben und legen sich am Ende nothgedrungen darauf, ihre

nachkommenden Landsleute eben so auszuziehen, wie sie ausgezogen wurden. — Verwundert wird man fragen: Schreitet denn in solchen Fällen die Polizei nicht ein? Die Antwort ist einfach: Das englische Gesetz sagt: „Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.“ Da nun die armen Deutschen der Sprache nicht mächtig sind, auch sich in dieser Riesenstadt nicht auskennen, und sich kaum Jemand ihrer annimmt, so gelingt es ihnen höchst selten, die Personen, welche sie bestohlen haben, auszufinden und den Gerichten zu überliefern. Die Land-Haie brauchen nur von einem Schlupfwinkel in den andern zu ziehen, und sich dort verborgen zu halten, bis das Schiff mit den Bestohlenen abgefahren ist, dann können sie wieder hervorkommen und ihr Geschäft von Neuem betreiben. Gelingt es aber einem Auswanderer einen Land-Hai der Polizei zu überliefern, so hat er noch nichts gewonnen; der Dieb wird zwar nach dem Criminal-Gefängniss geschickt, aber das gestohlene Gut findet sich nicht vor, und ehe die Assissen anfangen, fährt das Schiff ab, der Bestohlene muss fort, kein Kläger erscheint und der Land-Hai wird freigelassen. Wie hier in London so geht es Tausenden in Havre, Antwerpen, Rotterdam etc., und die noch so glücklich sind, etwas mit nach New-York zu bringen, fallen meistens den Haien dort in die Hände. Fast unglaubliche Schandthaten, die man an den deutschen Auswanderern verübt, sind uns erzählt worden, und wir werden in der folgenden Nummer unseres Blattes mehrere derselben zur allgemeinen Warnung für Auswanderer anführen. Wir bitten unsere Freunde im Osten der Stadt die Redaction von allen an den Auswandern verübten Betrügereien, die ihnen zu Ohren gekommen, in Kenntniss zu setzen.

In Deutschland werden Viele fragen: Wir haben ja viele Gesandte und Konsuln in London, nehmen sich denn die der Auswanderer nicht an?

Die Engländer und Franzosen finden überall, mögen sie nun Reisende oder Auswanderer sein, bei den Konsuln und Gesandten ihrer Nationen Schutz, Rath und Unterstützung, nicht so die Deutschen, und am allerwenigsten die deutschen Proletarier, so bald dieselben aus dem sogenannten Unterthanen-Verband ausgetreten; so bald sie Deutschland verlassen haben, bekümmert sich kein Deutscher Gesandte oder Konsul mehr um sie. — Die deut-

für ihn, die das ganze M.sche Buch durchzieht, spricht selbst eine andere Sprache.

Man betrachte nur die ENGELSsche Jugendschrift, die er noch kaum beeinflußt von MARX schrieb, seine „Lage der arbeitenden Klasse in England". Sie enthält bereits alle Keime der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie erklärt die Psyche des Proletariats aus seinen Lebensbedingungen; sie leitet die historischen Aufgaben des Proletariats aus der ökonomischen Entwicklung ab und proklamiert bereits die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus. Wenn ein Jüngling von 24 Jahren in dieser kühnen und fruchtbaren Art über die bisherige Erkenntnis hinausschreitet, sollte man doch diesem Genie nicht Originalität und Schöpferkraft und die Fähigkeit absprechen, „selbständig die von einer voraufgegangenen Generation herüberkommenden Erkenntnismassen aufzulösen und neu zu binden". Man kann nur sagen, daß ENGELS dies Auflösen und Binden in anderer Weise vornahm wie MARX. Er hätte sicher nie das „Kapital" geschaffen, nie den kapitalistischen Produktionsprozeß in dieser allumfassenden, nach allen Konsequenzen aufs tiefste durchdachten und durchforschten Weise als ein geschlossenes System darzustellen gewußt. Aber er hätte die ihm und MARX eigentümliche neue Denkweise des dialektischen Materialismus vertieft und vervollkommnet durch ihre umfassendste Anwendung auf die verschiedensten konkreten Probleme und so auf anderem Wege unsere Einsicht in den ökonomischen Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise und die Gesetze der historischen Entwicklung erweitert, auf manchen Gebieten vielleicht in höherem Grade, als MARX es tat.

Daß ENGELS in hohem Grade die Fähigkeit besaß, die „von einer voraufgegangenen Generation herüberkommenden Erkenntnismassen aufzulösen und neu zu binden", bezeugt an verschiedenen Stellen seines Buches M. selbst.

So sagte er (S. 308): *„Bei der großen Zurückhaltung, mit der Engels stets von seinem Anteil an der Herausarbeitung ihrer Lehre und damit auch an der Entstehung des Kommunistischen Manifestes gesprochen hat, tun wir gut, das Ergebnis unserer Darstellung in der Erinnerung zu behalten, daß er noch früher als Marx den modernen Kapitalismus begriffen, die Stellung des Proletariats ihm gegenüber umschrieben, die Synthese zwischen deutscher Philosophie und englischer Nationalökonomie versucht, zum Kommunismus sich bekannt und den internationalen Zusammenschluß der Kommunisten gefordert und gefördert hat."*

Angesichts solcher Äußerungen scheint es mir, daß in der Einschätzung der ENGELSschen Begabung die Differenz zwischen M. und mir nicht so groß ist, als sie nach den früher zitierten erscheinen mag. Da aber die hier kritisierten Äußerungen des M.schen Buchs leicht der bereits vorher in manchen Kreisen eingerissenen Unterschätzung ENGELS' neue Nahrung zuführen könnten, halte ich es für notwendig, hier meine Bedenken gegen sie zum Ausdruck zu bringen.

Daß ENGELS auf dem ihm kongenialen Wege nicht so Umwälzendes zu leisten vermochte, wie MARX auf dem seinen, liegt weniger an dem Unterschied ihrer Begabungen, als ihrer Lebenslagen. MARX war stets und aus-

Evangelische Gesellschaften, um die Proletarier vor dem Gift des Atheismus und Kommunismus zu schützen und sie in den grossen Stall des „christlich-germanischen“ Staates einzutreiben; die andern schicken zuweilen Spione in die Arbeitervereine und gehen ihrem Vergnügen nach. —

Wer wird sich auch um Proletarier bekümmern, und noch dazu um Proletarier, die Republikaner werden wollen.

A propos Kamaraden! wie wäre es, wenn Ihr einmal, anstatt nach der fernen Republik Amerika zu ziehen, und Euch dabei auf der Reise herumhuntzen und ausbeuten zu lassen, in Deutschland ein wenig die Köpfe zusammenlegtet, dem „christlich-germanischen“ Unsinn ein Ende machtet, Euren allergnädigsten Landesvätern entbieten liesset, nach mildern Himmelsstrichen zu reisen (etwa nach Texas oder Central-Afrika, wohin Euch die frommen Brüder so gerne schicken möchten), oder ein für ihre Constitutionen passenderes Klima (etwa Russland) auszusuchen und in Deutschland eine Republik errichtetet, in der jeder, der arbeiten will, seine Existenz findet. — Na! was meint Ihr dazu? Der Versuch wäre wohl der Mühe werth; es würde viel Zeit und Geld erspart, und gewiss würden dabei zehnmal weniger Opfer fallen, als auf dem Zug nach der neuen Welt zu Grunde gehen. —

Proletarier denkt mal darüber nach.

Politische und soziale Revue.

Eine kurze Uebersicht der politischen und sozialen Zustände aller civilisirten Länder, und zwar vom kommunistischen Standpunkt aus betrachtet, wird in unseren folgenden Nummern erscheinen; heute gestattet uns der beschränkte Raum unseres Blattes nur einige der Hauptbegebenheiten der letzten Zeit anzuführen. —

Portugal. Eine wortbrüchige Königin wird von den Engländern, Franzosen und Spaniern mit Gewalt wieder auf den Thron gesetzt, von welchem sie schon durch die allgemeine und gerechte Entrüstung des portugiesischen Volkes heruntergestossen war[91]. *— Den Proletariern in den Städten gehen die Augen auf*

91) MARIA II. DA GLORIA. Unter ihrer Regierung, seit 1834, dauerten die inneren Kämpfe zwischen den Radikalen oder „Septembristen“, den An-

Die Zeit aber, in der sich Marx seiner großen systematischen Arbeit widmen durfte, war eben jene, in der Engels durch seinen kaufmännischen Beruf am meisten an systematischer Arbeit verhindert war.

Wenn Engels Marx gegenüber kleiner erscheint, als dem wirklichen Unterschied ihrer Fähigkeiten entspricht, liegt das vor allem an seiner beispiellosen Bescheidenheit und Freundschaft, aber auch an seiner ungeheuren Hingebung für ihre große Sache, der gegenüber ihm seine eigene Persönlichkeit ganz gleichgültig wurde. Weil er selbst groß war, vermochte er früher als alle andern Marx' Größe völlig zu begreifen, wurde es ihm zur heiligen Pflicht, Marx für die Sache der Wissenschaft und des Proletariats arbeitsfähig zu erhalten, um jeden Preis, selbst um den der Einschränkung des eigenen wissenschaftlichen Wirkens durch kaufmännische Erwerbsarbeit. Kaum jemals hat ein Denker der Wissenschaft ein so ungeheures Opfer gebracht.

Diese Seite Engelsscher Größe hat M. sehr gut erfaßt und mit Recht verneint er deshalb auch die Frage, ob Engels sich durch die Marxsche Überlegenheit nicht bedrückt fühlte, ob nicht „auf dem Grunde seiner Seele diese schmerzhafte Stelle brannte, daß dort unten eine tragische Note mitklang". (S. 188.)

Jedes Gefühl des Neides oder der Eifersucht war Engels fremd. Durch die Größe des Freundes fühlt er sich nicht bedrückt, sondern erhoben. Was konnte es für ihn Freudigeres geben, als von diesem Genie, das er so hoch verehrte, als ebenbürtiger Mitarbeiter anerkannt zu werden! Marx hatte vor Engels' Begabung und Wissen den größten Respekt und es wäre ihm nicht eingefallen, bei seinem Freunde einen „gewissen Dilletantismus, zumal in der Philosophie" zu entdecken.

Marx und Engels wuchsen beide miteinander, einer durch den andern. Keiner von ihnen hätte das, was er leistete, erreicht, ohne den Freund. Wie hätte sich in diese freudige und stolze Arbeitsgemeinschaft ein tragischer Ton einschleichen können!

Vortrefflich ist es, wie M. das Verhältnis der Marxschen und Engelsschen Begabung für praktische politische Arbeit kennzeichnet. Er tut dies bei der Darstellung der revolutionären Ereignisse von 1848, die überhaupt zu den gelungensten Partien des Werkes gehört und uns gerade in der jetzigen Situation durch ihre aktuellen Parallelen fesselt.

Der betreffende Passus sei vollständig wiedergegeben. M. berichtet über die Tätigkeit der beiden Freunde in der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" und fährt dann fort:

„Bei diesem eng verbundenen Wirken für eine gemeinsame Aufgabe, die an jeden Tag Forderungen stellte, die keinen Aufschub duldeten, zeigte sich ihnen immer von neuem, in wie seltenem Maße ihre Naturen sich ergänzten. Selbst von mancherlei Hemmungen und Schwankungen der Stimmung geplagt, bewundert Marx, wie Engels ‚arbeitsfähig zu jeder Stunde des Tages und der Nacht, voll oder nüchtern, im Schreiben quick und unvergleichlich rasch in der Auffassung, seine Artikel aufs Papier schleuderte, wie leicht und sicher er die englischen und französischen, die belgischen und

dänischen, die italienischen, spanischen und österreichischen Blätter überwachte und mit wie unheimlicher Schnelligkeit er das herangeholte Material ihren gemeinsamen großen Gesichtspunkten dienstbar zu machen wußte. Weil aber ihm selbst diese den Tagesschriftstellern so nötige Begabung abging, mußte Marx, wenn er, was öfters vorkam, einen ganzen Tag über einem Artikel gehockt und sich beim Ziselieren der Sätze nicht hatte genug tun können, sich von dem Freunde den Vorwurf, der ihn nicht verletzen konnte, gefallen lassen, daß er zum Journalisten nicht geboren sei.“

„Dafür erwies er sich freilich als der überlegene politische Stratege. Wo Engels sich leichter hinreißen ließ, eine Situation so zu bewerten, wie es seinen eigenen Wünschen am besten entsprach, da bewahrte Marx die größere Kühle und Sicherheit seines Urteils vor übereilten Schlüssen. Den ‘Überblick, mit dem er im gegebenen Moment, wo rasch gehandelt werden mußte, stets das Richtige traf und sofort auf den entscheidenden Punkt losging‘, vermißte Engels bei sich selbst. In ruhigen Zeiten, gestand er später, sei es wohl vorgekommen, daß die Ereignisse einmal auch ihm Marx gegenüber recht gegeben hätten, aber in revolutionären Momenten war sein Urteil fast unanfechtbar‘. In der Hitze des täglichen Kampfes bewährte sich ihr Bündnis ebenso wie vorher bei dem Aufbau ihrer neuen Geschichtsauffassung, deren Tragkraft es nun zum erstenmal an einer großen weltgeschichtlichen Situation zu erproben galt.“ (S. 322.)

Sie hat die Probe glänzend bestanden und den Freunden eine große Überlegenheit über die Illusionäre der Revolution von 1848 verschafft. Freilich nicht immer.

Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns aufs beste die Aufgaben der Gegenwart sowie die Richtung der Wege erkennen, die von ihr in die Zukunft führen. Doch gibt es leider noch keine wissenschaftliche Methode, die uns die Länge des Weges ermessen ließe, der vor uns liegt. Auch die größte wissenschaftliche Einsicht in die Gesetze der Gesellschaft und in ihre augenblickliche Struktur schließt Irrtümer über das Tempo der Entwicklung nicht aus. Da versagt die wissenschaftliche Basis, die der Politik durch die materialistische Geschichtsauffassung gegeben wurde, da kann noch der Wunsch der Vater des Gedankens sein. In dieser Beziehung haben auch Marx und Engels noch sehr häufig geirrt.

Das Jahr 1848 war dazu besonders geeignet. Wohl erkannten Marx und Engels genau die Rückständigkeit des Proletariats. Nicht ihm, sondern der Bourgeoisie gehörte die nächste Zukunft. Nicht dem Kommunismus galt ihr ganzes Wirken während der Revolution, sondern der Eroberung und Sicherung der Demokratie. Jedoch erwarteten sie, die Revolution werde länger dauern, und in ihrem Verlauf werde sich das Proletariat rasch zum entscheidenden politischen Faktor entwickeln; es werde schließlich die Staatsgewalt erobern und sie seiner ökonomischen Befreiung dienstbar machen.

Was sie erwarteten, war im wesentlichen nichts anderes, als eine Wiederholung des Ganges der großen französischen Revolution, aber mit einem

weiter entwickelten Proletariat, das dafür sorgen sollte, daß die Herrschaft der proletarischen Minderheit nicht wieder, wie 1794, mit einem Zusammenbruch endete.

Jedoch gerade der Fortgang der Entwicklung seit der französischen Revolution hatte Verhältnisse geschaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge von 1789 bis 1794 ausschlossen. Schon von Anfang an fühlte sich diesmal die Bourgeoisie vom Proletariat bedroht; sie ließ ihm keine Zeit, sich zu sammeln und an Kraft und Einsicht zu gewinnen. Sofort provozierte sie die Entscheidungsschlacht. Waren in der ersten großen Revolution Frankreichs von der Erstürmung der Bastille bis zum 9. Thermidor 5 Jahre verflossen (14. VII. 1789—27. VII. 1794), so dauerte im Jahre 1848 der Zwischenraum zwischen dem Ausbruch der Revolution und der entscheidenden Niederlage des Proletariats nicht einmal ebenso viele Monate (24. II.—23. VI.).

Diese rasche Katastrophe hatten MARX und ENGELS nicht vorausgesehen. Ihre ganze Prognose verlor dadurch ihren realen Boden. Von der Junischlacht an begann der unaufhaltsame Niedergang der Revolution.

Doch ENGELS war zu sehr Kämpfer, als daß er diese furchtbare Tatsache sofort hätte anerkennen können, die seine heißesten Erwartungen und Wünsche zerschmetterte. Um der Revolution nicht untreu zu werden, wurde er seiner eigenen Geschichtsauffassung untreu und verfiel den ausschweifendsten Illusionen. Jede Niederlage, die die Massen entmutigte, betrachtete er als Peitschenschlag, der sie aufrütteln, ihre Kraft verdoppeln, sie mit erneuter Wut in den Kampf treiben mußte. Er begeisterte sich nun für den Terrorismus, sprach jenen slawischen Nationalitäten, die auf Seite der Konterrevolution standen, jedes Recht auf Selbstbestimmung, auf Existenz überhaupt ab.

Merkwürdigerweise sind gerade die ENGELSschen Äußerungen aus dieser Zeit — und MARX dachte damals ebenso — in den letzten Jahren von manchen Leuten, die als Marxisten gelten wollen, angerufen worden. Einerseits von CUNOW und seinen Leuten, um die österreichisch-deutsche Kriegspolitik gegenüber Serbien zu beschönigen, und anderseits von Kommunisten des neuesten Schlags, um die revolutionäre Kraft jeder eigenen Niederlage darzutun und den Terrorismus zu rechtfertigen.

Die Leidenschaft des Kampfes hatte MARX und ENGELS getrieben, sich der Erkenntnis der Wirklichkeit zu verschließen, sobald diese anfing, trostlos zu werden. Diese Erkenntnis kam ihnen jedoch sofort wieder, als der Kampf eingestellt werden mußte. Als Flüchtlinge in England von Herbst 1849 an, vermeinten sie anfangs noch, die Ereignisse der letzten Zeit hätten nur den Anfang der Revolution bedeutet, die bald wieder von neuem ausbrechen müsse. Doch einige Monate des Aufenthalts in England und des Studiums der ökonomischen Situation genügten, sie zur Erkenntnis zu bringen, daß die Revolution zunächst zu Ende und ein neuer Ausbruch nicht so rasch zu erwarten sei. Als sie das aussprachen, isolierten sie sich damit unter den Revolutionären, denen die ökonomischen Bedingungen des politischen Kampfes höchst gleichgültig waren und der bloße Wille als das einzige Triebrad der Geschichte erschien. Aber schließlich haben MARX und ENGELS recht be-

halten, und das, nicht der Augenblickserfolg, entscheidet in der Geschichte, wie in der Wissenschaft.

Mit der gleichen Leidenschaft, wie gegen die Konterrevolution wendete sich ENGELS nun gegen diejenigen Emigranten, die für nichts anderes Sinn hatten, als für die Revolution, die die Revolution unter allen Umständen betrieben, mochten diese revolutionär sein oder nicht, die Revolutionäre von Beruf waren und jeden andern verschmähten:

„Gegen die Verschwörer von Profession, gegen die ‚dissoluten Gewohnheiten' einer im Ausland herumbummelnden Emigration, eines Instituts, ‚worin jeder notwendig ein Narr, ein Esel, ein gemeiner Schurke wird, der sich nicht ganz von ihr zurückzieht', gegen die Romantiker der Revolution, die, ohne tieferen Einblick in das Zusammenspielen der die Geschichte bestimmenden Faktoren, den Umsturz, den sie herbeisehnten, durch spontane Verschwörungen bewerkstelligen zu können glaubten, empfand Engels eine unüberwindliche Abneigung." (S. 395.)

Um sich und MARX das Schicksal zu ersparen, in dieser Schichte unterzugehen, entschloß sich ENGELS, als er das Ende der Revolution erkannt hatte, in die Spinnerei seines Vaters in Manchester einzutreten, Ende 1850. Damit endet die erste Periode in ENGELS' Leben. Bis hierher reicht der vorliegende Band der M.schen Biographie.

In der Tat bildet das Jahr 1850 nicht bloß in den äußerlichen Lebensbedingungen, sondern auch in den inneren für ENGELS die ausgesprochene Grenze zweier großer, streng geschiedener Abschnitte.

Mit Recht bezeichnet M. den Abschnitt bis 1850 als die ENGELSschen Wanderjahre. Von da an beginnen die Meisterjahre. Doch noch in einem anderen Sinne sind die beiden Abschnitte getrennt. In dem ersten erwarteten MARX und ENGELS die bürgerliche Revolution als Mittel, die Demokratie zu verwirklichen, gleichzeitig aber auch das Proletariat aufs rascheste zu entwickeln und zur Herrschaft im Staate zu befähigen. In dem zweiten Abschnitt erscheint ihnen die Revolution in der Regel nicht so nahe, daß sie ihr ganzes Dichten und Trachten auf sie konzentrieren. Die physische und intellektuelle Wiedergeburt des Proletariats wird jetzt für sie eine Aufgabe, der das sozialistische Wirken sich auch unter nicht revolutionären Bedingungen anzupassen hat. Die MARXsche Internationale, die 1864 ersteht, sie dient zunächst nicht der Revolution, sondern der Erhebung des Proletariats und der Verbesserung seiner Kampfesbedingungen durch Schaffung von Massenorganisationen, durch Massenpropaganda, durch Wahlrechtskämpfe und Erringung sozialer Reformen. Die bürgerlich-demokratische Revolution als Vorbedingung der proletarischen tritt immer weiter zurück, je mehr das Proletariat sich kräftigt. Immer mehr wird das Ziel der Entwicklung die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ohne das Zwischenstadium einer bürgerlichen Revolution und in diesem Sinne die direkte proletarische Revolution, die aber ganz andere Formen annehmen muß, als die früheren bürgerlichen Revolutionen.

ENGELS in diesem Stadium zu verfolgen, wird die Aufgabe der weiteren

Berlin macht Verordnungen über die Schnurrbärte und lässt die edlen Polen, die ihr unglückliches Vaterland befreien wollten, verurtheilen[96]. — *Die preussische Bourgeoisie marschirt langsam Vorwärts und der dicke Fritz wird wohl bald mit seinem Haus neben dem Herrn auch noch den Geldsäcken dienen*[97]. — *Ferdinand in Wien zählt die Fensterscheiben seines Palastes und Metternich lechzt nach mehr Blut*[98]. — *Die übrigen deutschen Landesväter machen Lustreisen, und das deutsche Volk — nagt am Hungertuch.*

Belgien und Holland. Man sagt die Könige von Holland und Belgien fänden die Last ihrer Kronen zu schwer, wollten abdanken und auf Reisen gehen. Bon voyage[99].

---

sie zur Gräfin von Landesfeld erheben wollte, das ultramontane Ministerium Abel aber sich dieser Standeserhöhung widersetzte, wurde dieses entlassen und durch das gefügige „Lola-Ministerium" Wallerstein-Öttingen ersetzt. Vgl. Müller a. a. O., S. 221, Stern a. a. O. VI, 284/288.

96) Im Zusammenhang mit dem polnischen Aufstande vom Frühjahr 1846 (s. unten Anm. 106) wurde — nebst anderen Verschworenen — auch der Leiter der Erhebung, General Ludwig von Mieroslawski (1814—1878), am 12. Februar 1846 in Posen verhaftet und zum Tode verurteilt, jedoch zu einer Gefängnisstrafe begnadigt. Durch die Berliner Revolution im März 1848 befreit, führte er im darauffolgenden Jahre den Oberbefehl über die Revolutionsarmee in Baden. Vgl. N. Rjasanoff, Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage, im Arch. f. d. Gesch. d. Sozial. u. der Arbeiterbewegung VI, 1̈75 f.

97) Anspielung auf die Worte Friedrich Wilhelms IV.: „Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen," in der Thronrede vom 11. April 1847 (s. oben Anm. 84). Vgl. die Karrikatur, mit der Engels diese Redeblume in der Deutschen Brüsseler Zeitung verhöhnte, im Ergänzungsband zu Gustav Mayer, Friedrich Engels, S. 208.

98) Der geistesschwache und körperlich schwer kranke Ferdinand I., „der Gütige", seit dem 2. März 1835; da die Einsetzung einer Regentschaft, namentlich mit Rücksicht auf das ungarische Staatsrecht inopportun erschien, so führte die Staatskonferenz die tatsächliche Vormundschaft. Vgl. Anton Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809. Leipzig 1863. I, 441 ff. (Vgl. unten Anm. 104 und Anm. 106.)

99) In Belgien konzentrierte sich seit 1842 das politische Leben in den Kämpfen zwischen Katholiken und Liberalen. Die Verfassung sicherte einer zensitären Oligarchie von nicht einmal 50000 Bürgern die Herrschaft im Parlament und in der Exekutive. Wie schon das Jahr 1846 so war denn auch 1847 das Land von einer heftigen Bewegung zugunsten einer Demokratisierung der Konstitution und Erlangung des allgemeinen Wahlrechts erfüllt. Insbe-

Grossbritanien. Der Land-plan des bekannten Chartisten	*Feargus O'Connor* [100]) *macht grosses Aufsehen und die Theil-*

sondere war der König LEOPOLD I. Gegenstand schärfster persönlicher Angriffe in Versammlungen und in der Presse — die zwar gerichtlich verfolgt wurden, aber ungesühnt blieben, weil die Geschworenen konsequent die Angeklagten freisprachen. Vgl. BERTRAND a. a. O. I, 250 ff.

Ähnlich lagen die Dinge in Holland, wo das persönliche Regiment bis 1848 andauerte und wo die Staatsschulden — infolge des Krieges gegen das abgefallene Belgien und die persönlichen Ausgaben des Königs Wilhelm I. sich binnen kurzer Zeit um 375 Mill. Gulden vermehrt hatten. Hier war ebenfalls seit 1844 — unter Führung des Leidener Staatsrechtslehrers THORBECKE — eine Verfassungsreform-Kampagne im Gange, die sich 1847 besonders lebhaft gestaltete. Vgl. SEIGNOBOS, Histoire polit. de l'Europe contemporaine. Paris 1897. S. 387.

100) FEARGUS O'CONNOR (1794—30. VIII. 1855), der bekannteste Chartistenführer. Im Gegensatz zum Sekretär der London Working Men's Association, WILLIAM LOVETT (8. V. 1800—1877), der die Durchsetzung der „Volkscharte" (the Peoples charter), d. h. des — übrigens rein politischen — Programms der „sechs Punkte" (Universal Suffrage, Annual Parliaments. Vote by Ballot, No Property Qualification, Payment of Members an Equal Electoral Districts [allgemeines, gleiches, geheimes, aktives und passives Wahlrecht jür jeden erwachsenen Mann; jährliche Parlamentserneuerung; gleichmäßige Wahlbezirkseinteilung; Abgeordnetendiäten]) von der Gewinnung der öffentlichen Meinung und deren Druck auf die Gesetzgebung erwartete, war O'CONNOR Anhänger der Putschtaktik. Diese erlangte in der Bewegung das Übergewicht, nachdem das Parlament am 12. Juli 1839 über Massenpetitionen um die Charte zur Tagesordnung übergegangen war. Es kam zu gewaltsamen Erhebungen und dem Versuch eines allgemeinen Arbeitsausstandes, der am 5. August 1839 beginnen und einen „heiligen Monat" hindurch dauern sollte. Natürlich wurden jene unterdrückt, dieser aber scheiterte kläglich am Widerstand der Gewerkvereine und beide zeitigten eine energische Repression von seiten der Regierung. Schon im nächsten Jahre jedoch flackerte die Bewegung wieder auf. Neuerdings wurde ein Generalstreik versucht (August 1842). Er brach auch diesmal zusammen. Damit begann dann der eigentliche Abstieg des Chartismus.

O'CONNOR sucht ihn durch seinen „Landplan" (Land Scheme) aufzuhalten. Er knüpfte damit an ältere Gedanken des Owenismus und des christlichen Sozialismus an, die seit Beginn der chartistischen Bewegung in vielen ihrer Führer lebendig waren und die er selbst schon 1838 öffentlich vertreten hatte, indem er ankündigte: er werde nicht eher ruhen, als bis jedem Mann im Königreiche ein Stück Land zu mäßigem Pachtschilling zugänglich würde. Die Verwirklichung der Forderung „Das Land den Arbeitern!" sollte gleichermaßen das Mittel sein zur Abschwächung und Aufhebung der selbstmörderischen Konkurrenz um Arbeitgelegenheit und Lohn; zur Beseitigung der

nahme, welche derselbe findet, zeigt, dass das Volk ernstlich

die Befreiung des Bodens will. Leider gründet sich O'Connor's

---

Überproduktion; zur Eindämmung der tödlichen Wirkungen des Maschinismus. Der Arbeitsmarkt würde durch Rückführung eines großen Teils der Industriearbeiterschaft in die Landwirtschaft entlastet, die landwirtschaftlich Tätigen der Abhängigkeit von der Maschine ledig und einer natürlichen Lebensweise als Selbsterzeuger und -Verzehrer wiedergegeben, die industrielle Reservearmee eingedämmt, die Nachfrage nach Konsumartikeln von zwei Seiten her: der höher und ausreichend entlohnten Industriearbeiter sowie der Dank ihrer Überschußproduktion kaufkräftigen Kleinlandwirte gesteigert. Um die Schaffung von selbständigen Wirtschaften also handelte es sich und nicht um ein small alottement system zur Mußebeschäftigung von Industriearbeitern.

Auf die Wandlung in den Vorschlägen zur praktischen Erreichung dieses Zieles kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel sei festgestellt, daß — auf Grund der Beschlüsse der chartistischen Nationalkonvention von Ende April 1845 — am 19. Mai dieses Jahres die Chartist Land Cooperative Company (seit dem März 1847 hieß sie National Land Company) gegründet wurde — eine Aktiengesellschaft mit einem auf 2000 Anteilscheine zerlegten Kapital von 5000 Pfund. Sie sollte in den fruchtbarsten Teilen des Landes guten Ackerboden — zu $18^3/_4$ £ pro acre — ankaufen und in Losen zu 2 acres an die Mitglieder gegen einen jährlichen Pachtschilling von 5 £ austun. Zunächst sollten 60 Wirte angesiedelt werden. Der Kaufpreis für die hierzu nötigen 120 acres stellte sich demnach erstmals auf 2250, das Erfordernis für die Gebäude, zu je 30 £, auf 1800 £, so daß noch 950 disponibel blieben. Der Jahrespachtschilling ergab für die 60 Stellen 300 £ — was auf der Basis von 5% kapitalisiert 6000 £ entsprach. Dieses Kapital sollte entweder im Wege des Hypothekarkredits oder des Abverkaufs der Stellen an die Pächter flüssig gemacht und sodann neuerdings die gleiche Operation mit dem um den Gewinn von 1000 £ vergrößerten Aktienkapital — natürlich nun auch für eine entsprechend größere Siedlerzahl wiederholt werden. In steter Fortsetzung hoffte O'Connor so „innerhalb weniger Jahre einen großen Teil der ‚überschüssigen Arbeiterbevölkerung' auf heimatlichem Boden ansiedeln und ihm Glück und Wohlstand bringen" zu können. Eine Landbank (National Land and Labour Bank) sollte als Sparinstitut für die Mitglieder der Land Company dienen und so in den Stand gesetzt werden, jene, die bereits Stellen zugewiesen erhalten hätten, mit dem nötigen Kredit zu deren eigentümlichen Erwerbung auszustatten. Wie groß der Glaube an O'Connor — trotz aller Angriffe gegen ihn auch von Seite angesehener chartistischer Führer wie Thomas Cooper und Bronterre-O'Brien — war, lehrte der außerordentliche Zulauf, den die Siedlergesellschaft fand: bis zum Frühjahr 1848 waren ihr 75000 Personen beigetreten und 96000 £ eingeflossen.

Der Erfolg des Landplans selbst freilich war nur sehr gering: im Jahre 1847 wurde ein erstes Gut angekauft und parzelliert, im darauffolgenden

Plan auf Gütervertheilung und nicht auf Gütergemeinschaft [101]). *Ein Weiteres hierüber in unserer nächsten Nummer. Die Wahlen*

Jahre zwei weitere, und im ganzen wurden 230 Personen angesiedelt! Kurzum, es war die echte und rechte Milchtopfrechnung und es dauerte nicht lange, bis der Milchtopf zerbrach. Das Wiederaufflackern der Bewegung für die Charte unter dem Einfluß der Pariser Februarrevolution drängte das Interesse für den Landplan in den Hintergrund und nach dem Mißerfolg der großen Demonstration vom 10. April 1848 führte der Chartismus überhaupt nur noch ein Scheindasein, bis er endgültig verschwand. O'CONNOR selbst starb im Irrenhause.

Sein Land Scheme hatte natürlich mit Kommunismus nichts zu schaffen. Die Notiz im Text formuliert den entscheidenden Grund hierfür ebenso kurz wie treffend. Das Interesse, das die Kommunistische Zeitschrift am O'CONNORschen Experiment zeigt, entsprang aber denselben Erwägungen, denen wir zwei Jahre zuvor bei ENGELS in seinem — Mitte März 1845 abgeschlossenen — Buche über Die Lage der arbeitenden Klassen in England begegnen: „Der Chartismus ist wesentlich sozialer Natur... Es gibt keine bloßen Politiker mehr unter den Chartisten. Und wenn auch ihr Sozialismus noch sehr wenig entwickelt ist, wenn bis jetzt ihr Hauptmittel gegen das Elend in der Parzellierung des Grundbesitzes besteht, die doch schon durch die Industrie überwunden wurde..., wenn überhaupt ihre meisten praktischen Vorschläge dem Scheine nach reaktionärer Natur sind, so ... bestimmt es der jetzige unklare Zustand des Chartismus, die Lostrennung von der rein politischen Partei, daß gerade die unterscheidenden Merkmale des Chartismus, die in seiner sozialen Seite liegen, weiter entwickelt werden müssen. Die Annäherung an den Sozialismus kann nicht ausbleiben" (a. a. O. II. Aufl. Stuttgart 1892. S. 238).

Vgl. zum vorstehenden: BEER a. a. O. S. 399/402; 'EDOUARD DOLLÉANS, Le Chartisme 1830—1848. 2 vol. Paris 1913. II, 271/389; HERM. SCHLÜTER, Die Chartistenbewegung. New York 1916. S. 172/175. Vgl. auch den von ANDLER a. a. O. I, 80/84 veröffentlichten und ENGELS zugeschriebenen Artikel: Sur le programme agraire du Chartisme, aus FLOCONS und LEDRU-ROLLINS La Réforme vom 1. November 1847 (deutsch in ED. BERNSTEINS Dokumente d. Sozialismus I (1902), 221/224). Über 2½ Jahre jünger als Die Lage der arbeitenden Klassen, zeigt er sich dem Landplan gegenüber weit weniger kritisch, wenn nicht geradezu unkritisch. Daß er von ENGELS herstammt, scheint mir daher durchaus unwahrscheinlich.

101) Viel schroffer als in dieser — für eine weitere Öffentlichkeit bestimmten — Äußerung lautet die Ablehnung des O'CONNORschen Landplanes in der ein halbes Jahr älteren Adresse des Bundes der Gerechten vom Februar 1847: „... Einen Bericht über das Wirken der englischen Chartisten und den Landplan O'CONNORS, mit dem wir, nebenbei bemerkt, keineswegs einverstanden sind, sondern ihn im Gegenteil für abscheulichen Unsinn und eine kannibalische Dummheit halten, das nächstemal" (Demokr. Taschenb. S. 296).

für das neue Parlament sind beendigt und manche tüchtige Männer gewählt worden. Die Königin und Prinz Albert machen Lustreisen und die Proletarier schmachten im fürchterlichsten Elend. Tout comme chez nous.

Scandinavien. In Schweden findet die Lehre der Gemeinschaft gute Aufnahme unter dem Volk. Wie überall so sind auch hier die Geistlichen die ärgsten Feinde des Kommunismus. Die Gleichheit dieser Herren ist nicht von dieser Welt. Eure Anstrengungen sind vergebens ihr schwarzen Finsterlinge, bemüht euch nicht[102]).

Schweiz. Die Jesuiten und ihre Getreuen machen fürchterlichen Lärm; Metternich schickt ihnen Kriegsbedarf und sie vernichten gegenwärtig alle Radikalen mit — dem Maul; wenn aber die eidgenössischen Truppen anrücken, was hoffentlich bald der Fall sein wird, so werden wahrscheinlich die Herren Sonderbündler unter das Hasenpanier treten[103]).

Italien. Pabst Pius IX hat

---

102) Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts und insbesondere in den 40er Jahren erwachte in Schweden unter dem Einfluß der französischen Aufklärungsliteratur, sowie der Lehren der Großen Revolution und sodann der Schriften SAINT-SIMONS, FOURIERS, CABETS und PROUDHONS erst Kritik von Staat, Patriotismus und bürgerlicher Gesellschaftsordnung mit sozialistischer Färbung, sodann aber auch der Privateigentumsverteilung, des Erbrechts und der Familie. Neben solchen von Intellektuellen ausgesprochenen Ideen wurden sozialistische und kommunistische Lehren auch durch zugewanderte Handwerksgesellen verbreitet. — Ausführliche Mitteilungen hierüber enthalten: G. HENRIKSON-HOLMBERG, Socialismen i Sverige 1770 bis 1886. Stockholm 1913, und IVAR WENNERSTRÖM, Den svenska Socialismens historia. I. Svenska Utopister. Ebenda 1913. Vgl. die eingehende und lichtvolle Besprechung der erstgenannten Schrift von PONTUS FAHLBECK, im Arch. f. d. Geschichte d. Sozialism. u. d. Arbeiterbeweg. VII, 455/459.

Über den älteren norwegischen Sozialismus vgl. den Art. Die 48er Arbeiterbewegung in Norwegen von HALVDAN KOHT, ebenda II, 237/274.

103) In den vierziger Jahren gruppierten sich in der Schweiz die politischen Kräfte ohne Unterschied der Kantone in zwei Parteien: die Katholiken und deren Gegner, die einander auf das Heftigste bekämpften. Die Aufhebung einer Reihe von Klöstern durch die Aargauer protestantische Regierung und deren Antrag bei der Tagsatzung auf Ausweisung der Jesuiten, die Bildung von Freiwilligenbataillonen, die — erfolglos — die katholische Luzerner Regierung zu stürzen versuchten (1844), der Abschluß eines Sonderbunds durch die sieben katholischen (Ur)kantone (Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Luzern, Freiburg, Wallis), die sich zu gemeinsamer Verteidigung ihrer

die Fahne der Freiheit und des Fortschrittes erhoben und das italienische Volk hat sich ihm mit wahrer Begeisterung angeschlossen. Der blutdürstige Metternich, hiermit unzufrieden, wollte im Kirchenstaat eine zweite Auflage der gallizischen Mordscenen veranstalten; da ihm dieses nicht gelungen, so scheint er Gewalt brauchen zu wollen, um in Italien Alles hübsch finster zu erhalten. Der Pabst soll jedoch erklärt haben, wenn Metternich ihn angreife so wolle er zu Pferde steigen und an der Spitze seines Volkes den östreichischen Söldnern entgegen ziehen. Bravo! Dieses Mal könnte sich doch der schlaue Metternich verrechnet haben [104]).

Ungarn. Auch hier in dem

Souveränitäts- und Territorialrechte sowie gegen Angriffe, sei es auch nur auf einen von ihnen verpflichteten (1845), offenbarten und vertieften die Spaltung innerhalb der Eidgenossenschaft. Die Radikalen forderten auf der Tagsatzung die Jesuitenaustreibung und die Auflösung des Sonderbundes und setzten einen Beschluß in diesem Sinne durch. Die Sonderbundkantone widerstanden. Das bedeutete den Krieg. Die vier kontinentalen Großmächte Österreich, Preußen, Rußland und das Frankreich LOUIS PHILIPPS versprachen den Sonderbündlern ihre Intervention und unterstützten sie mit Geld- und mit Waffenlieferungen. England aber verständigte die Tagsatzung von den Interventionsabsichten, worauf diese den General DUFOUR mit der Niederwerfung des Sonderbunds beauftragte (November 1847). Sie gelang überraschend schnell. Der Sonderbundskrieg dauerte kaum drei Wochen und zeitigte die Umgestaltung der Schweizer Eidgenossenschaft aus einem Staatenbund souveräner Kantone in einen Bundesstaat. Vgl. ALFRED STERN a. a. O. VI, 465 ff.; ferner ENGELS, Der Schweizer Bürgerkrieg, i. Lit. Nachlaß II, 446/453, sowie die Vorbemerkuugen von MEHRING, ebenda, 381/383.

Äußerlich ein Sturm im Glase Wasser, wurde der Sonderbundskrieg in der öffentlichen Meinung Europas als Kampf zwischen politischem Liberalismus und Reaktion empfunden und gewertet. STERN (a. a. O.) zitiert folgenden aus Deutschland stammenden Gruß an die Sonderbundskantone:

„Du kämpfest für Europas Throne
Und für der Ordnung heil'ges Gut;
Es fließt im Kampf der Urkantone
Für Recht und Ruhe treues Blut.
Ein Riesenschicksal wird entschieden:
Entweder Radikalentum
Und Knechtschaft oder Gottesfrieden
Und alte Rechte, alter Ruhm.

Vgl. auch Anm. 104.

104) Mit der französischen Julirevolution setzte in Italien das Risorgimento ein. Seit der Revolution von 1831 im Kirchenstaate und in den Herzogtümern Modena und Parma, die mit österreichischer Waffenhilfe niedergeschlagen wurde, kamen die auf Erreichung der nationalen Einheit gerichteten Bestrebungen nicht mehr zur Ruhe. Von 1846 an schien sie — neben dem König von Sardinien und dem Großherzog von Toskana — auch der

Organs überein. Die Beschimpfungen und Verleumdungen verhinderten aber nicht, daß dieses auf seinem Standpunkte beharrte.

Ohne irgendwelchen Parteicharakter sammelt „Ljetopisj" um sich die ausgesprochen internationalistischen Elemente und wird zum Kampforgane des sozusagen „legalen Internationalismus". Es kommen hier außer den besprochenen Arbeiten von SUCHANOFF insbesondere Aufsätze von W. BASAROFF, A. BOGDANOFF, A. GERMANSKY, L. MARTOFF in Betracht.

Die großangelegte Arbeit von BOGDANOFF über die „Weltkrisen, die friedlichen und militärischen" (Nr. 3—5) hat wesentlich theoretischen Charakter und ist noch nicht abgeschlossen. — MARTOFF gibt ein interessantes Charakterbild „des Bürgers GUSTAV HERVÉ" (Nr. 6) und weist die Versuche PLECHANOFFS zurück, sich auf KANTS kategorischen Imperativ gegen den Internationalismus zu stützen. (Nr. 3: „Kant mit Hindenburg, Marx mit Kant"). — BASAROFF bekämpft die beschränkten und veralteten organisatorischen und politischen Methoden der Demokratie. Soll diese — führt er aus — überhaupt ihre geschichtliche Mission (den Militarismus aus der Welt zu schaffen) erfüllen — und davon hängt nicht nur das Wohl einer Klasse, sondern das der gesamteuropäischen Kultur ab —, so wird sie dies erst durch die radikale Änderung der alten Taktik erreichen. „Die Einteilung in Gegenwartsforderungen und Endziele ist zu einem offenbaren Anachronismus geworden. Zum einzigen ‚Ziel' wird die allseitige Demokratisierung des ökonomischen, vom Imperialismus geschaffenen Systems und seine Umwandlung ... aus der ‚Erwerbswirtschaft' in die ‚Bedarfsdeckungswirtschaft' ... Diese Aufgabe kann aber von Niemandem nur bei sich daheim gelöst werden ... Den zersetzenden Tendenzen des modernen Kapitalismus muß die unzerstörbare Solidarität der Demokratie (BASAROFF sollte besser sagen: der Arbeiterklasse!), der feste Zusammenschluß ihrer Organisationen, die planmäßige Übereinstimmung in ihren Bemühungen" entgegengestellt werden. (Nr. 5, S. 178—9).

* * *

In der Literatur der Sozial-Nationalen ist noch weniger Neues zu verzeichnen.

PLECHANOFF gibt wieder sein „Tagebuch" (6) heraus, das er schon seit Jahren eingestellt hatte. „Es ist heute unmöglich zu schweigen", schreibt er. Er will der Auffassung der soz.dem. Dumafraktion entgegentreten, die Isolierung der Reaktion und das Zusammenwirken mit der bürgerlichen Linken, mit allen „Kräften des Fortschrittes" propagieren (S. 5—9). Der erste Artikel des „Tagebuchs" beschuldigt den Vorsitzenden der Fraktion, TSCHEIDSE, des Utopismus, weil er am 10. II. 1916 in der Reichsduma den Frieden ohne Kontributionen und Annexionen gefordert und auf einen Zwischenruf aus dem Hause geantwortet hat: „Wir (Sozialisten) werden die Sache selbst übernehmen und mit den Deutschen selbst sprechen." „Ja, aber bis dahin," fragt PLECHANOFF, „bis zum Ende der Besprechungen? Sollen wir etwa unsere Hände in den Schoß legen und die Schläge geduldig ertragen, die uns der schonungslose Eroberer versetzen wird?" (S. 15). Bejaht TSCHEIDSE diese

zien) erlitten zwei edle Männer, Theophil Wisniowski und Joseph Kapuscinsky, den Martyrertod. Sie starben als Helden mit den Worten: „Es lebe Polen!" und „Männer! lernt von uns, wie man für eine gerechte Sache stirbt." Auf dem Weg zum Schaffot warf ihnen das Volk von allen Seiten Blumenkränze zu. — Noch ist Polen nicht verloren[106]). —

---

verständlich. Wie groß die Furcht der Regierung vor den „kommunistischen Emissären" war, werde ich demnächst in einer in Vorbereitung befindlichen Schrift darstellen. Wie absolut unfruchtbar aber der ungarische Boden für sozialistische Lehren noch in der 48er Revolution war, zeigt ERWIN SZABÓ, Aus den Parteien- und Klassenkämpfen in der ungarischen Revolution, im Arch. f. d. Gesch. d. Sozialism. u. d. Arbeiterbeweg., VIII, 258/307.

106) Im Februar 1846 kam in Galizien ein polnisch-nationaler Aufstand zum Ausbruch. Von langer Hand her vorbereitet, war er bestimmt, die gleichzeitige und gleichgeartete Bewegung in Posen und die Revolution in Krakau — damals noch Freistaat — zu unterstützen und so die Voraussetzungen für die Führung des Hauptschlages in Russisch-Polen zu schaffen. Er brach jedoch gleich in seinen Anfängen in der kläglichsten Weise zusammen. Nicht etwa infolge der Rührigkeit der österreichischen Polizei oder besonderer Energie der Regierungsbehörden überhaupt, sondern in erster Linie, weil ihm jeder Rückhalt im Volke fehlte. Die Revolutionsarmee, welche die Leiter der aufständischen Bewegung auf die Beine bringen zu können gehofft hatten, litt allerdings an Führern keinen Mangel: die Edelleute und deren Wirtschaftsbeamte hätten ihrer mehr als genug gestellt. Allein es waren Offiziere ohne Mannschaft. Diese hätte sich nur aus der bäuerlichen Bevölkerung rekrutieren können. Die Bauern dachten aber nicht im Entferntesten daran, sich dem Aufstand anzuschließen. Das lag auch ganz in der Natur der Sache. So schwach auch immer der Schutz sein mochte, den die österreichische Regierung und die österreichischen Behörden ihnen der Herrenklasse gegenüber gewähren mochten: er war immerhin der einzige, der ihnen zuteil geworden war und die Erinnerung an das alte polnische Junkerregiment war in ihnen zu lebendig — im Osten mehr noch als im westlichen Teile des Landes. Wurden sie ja, trotz des Bauernschutzes, noch immer von ihren Herren genugsam ausgebeutet. Es darf daher nicht wunder nehmen, daß die Hoffnung der Insurgenten: die bäuerlichen Massen durch das Versprechen alsbaldiger Aufhebung von Untertänigkeit, Frondiensten und Abgaben sowie der Einführung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu gewinnen, in keiner Art verfingen und daß wenn die ländliche Bevölkerung sich bewaffnete, dies in den Aufständischen feindseliger Absicht geschah. Als die letzteren gar im Tarnower Kreise die Bauernhaufen gewaltsam zum Anschluß an die Revolution zu zwingen versuchten, fielen dieselben über sie her und schlugen alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Nichts was den Namen eines Edelmanns trug, war vor den Bauern

mit jenen auseinandersetzen, die die „Bewegung", die „praktischen" Interessen über die Endziele stellen, wie auch mit jenen, die seiner Meinung nach „die Interessen der Gegenwart der entfernten Zukunft" opfern wollen, und jene zu vergessen auffordern, da sie so kleinlich und belanglos im Vergleich mit den schönen Aussichten dieser erscheinen. Dies seien die Utopisten, die den „Frieden um jeden Preis" fordern. Sie verkennen die Gefahr der ökonomischen Ausbeutung des militärisch unterliegenden Landes durch das siegreiche. (S. 7—12 passim.) Die Interessen der nationalen Verteidigung seien die Interessen der Gegenwart und sie widersprächen in Wirklichkeit nicht den Aufgaben des Internationalismus, die den Interessen der Zukunft dienten. Die Verkennung aber der Gegenwartsinteressen mache das Endziel unerreichbar. Das sei, glaubt MASSLOFF, der Standpunkt des Marxismus, den aber die Marxisten sehr schwer zu erfassen schienen.

Auch das Buch von POTRESSOFF stellt eine S.A. seiner früheren Artikel dar. Die zwei ersten erschienen in „Nascha Sarja" und „Nasche Djelo" (gezeichnet von „A. P—FF." (Vgl. dieses „Archiv" VII, 67); der dritte bildet den interessantesten Teil der sozialnationalen Kollektivarbeit „Samosaschtita" (Selbstverteidigung). Dieser Kundgebung, die 18 Monate nach Kriegsausbruch erschien und gut erwogen ist, darf man Bedeutung nicht absprechen. Eine der ältesten Marxistinnen Rußlands, WERA SASSULITSCH, POTRESSOFF, einer der besten russischen Gewerkschaftler, K. DMITRIEFF, P. MASSLOFF, der Führer der kaukasischen Sozialdemokratie, der Georgier AN, und einige hervorragende Arbeiter haben hierzu Beiträge geliefert. Andere recht bedeutende Parteiführer sagten für weitere Hefte ihre Mitarbeit zu. Jedoch vermißt man unter diesen Namen viele, die immer als die eigentlichen Führer der „Menschewiki" galten. Weder AXELROD, noch MARTOFF, weder J. DAN, noch A. MARTYNOFF haben sich an diesem Werke beteiligt. Dadurch schon wird der sozialpatriotische Geist gekennzeichnet, der seine sämtlichen Teile durchdringt. Das Bekenntnis zur „Vaterlandsverteidigung", zum Patriotismus — ob zwar nur zum „Abwehr-" und nicht zum „Angriffspatriotismus" — bildet das einigende Band zwischen den sonst nicht unbedingt einmütigen Autoren.

WERA SASSULITSCH erklärt: sie „wünsche vom Anfang des Krieges an die möglichst vollständige Niederlage Deutschlands", u. z. „nicht nur aus Liebe zu meinem Vaterlande" — folgt ein Bekenntnis zu entsprechenden Anschauungen über das Schicksal der Demokratie usw. im Falle des deutschen Sieges. WERA SASSULITSCH erklärt „die Gleichgültigkeit eines Teiles der (russischen) Arbeiter gegenüber der Landesverteidigung" durch die politischen Verhältnisse und dadurch, daß die Arbeiterschaft noch im unklaren über den Unterschied „zwischen dem Vaterland und der Polizeistube" ist (S. 1—3). Auch der begabte Verf. des Romans „Zum breiten Wege", der Metallarbeiter A. BIBIK, erklärt die internationale Gesinnung der russischen Arbeiterschaft durch das rückständige politische Regime Rußlands [1]). Mit unverkennbarem

1) Der Georgier AN will diese Auffassung auf die Höhe einer soziologischen Theorie bringen. In Rußland wird noch der Kampf um politische Reformen geführt, deren alle demokratischen Gruppen bedürfen. In diesem

Schmerz und mit Sehnsucht nach einer Heimat klagt er: „Dort (für die westeuropäischen Arbeiter) existiert die ‚Heimat‘, die breite Verallgemeinerung des Kulturbegriffes, der Sprache und der Lebensgewohnheiten, der vergangenen Leiden und der neuen Hoffnungen ... Die ‚Heimat‘ war da eine unbestrittene Wahrheit, eine Tatsache, aus der es nur entsprechende Schlüsse zu ziehen galt.“ (S. 121.) Anderseits meint W. Wolsky: „Der Abwehrpatriotismus ist schon längst zu einer anerkannten Tatsache der aufblühenden und erstarkenden Arbeiterbewegung geworden ... Die Anerkennung des Werts des Vaterlandes, die Feststellung des Rechts und der Pflicht, es gegen Angriffe von außen zu schützen, sind Axiome für die europäischen Sozialisten.“

Die theoretische Begründung des „Rechts auf Patriotismus“ liefert der schon erwähnte Aufsatz von Potressoff. Es sei wohl wahr, meint dieser, daß es eben die „Vaterlandsidee“ war, die zu Beginn des Krieges die Einheit der Arbeiterklasse sprengte. Das sei aber nur deshalb möglich gewesen, weil die Internationalität bisher nicht als internationales Bewußtsein für sich, sondern nur als nationales Bewußtsein, das von internationalen Normen regiert wurde, bestand. Künftighin müsse sich ein mächtiger internationaler Wille bilden. Sein Inhalt aber und seine Gestalt würden durch zweierlei Umstände bestimmt werden. Einerseits enthielten die Kräfte des nationalstaatlichen Zusammenlebens, die heute noch nicht entfernt erschöpft seien, Elemente von dauerhaftem Werte für das Proletariat und die gesamte Weltentwicklung. Dies sei die individuelle national-staatliche Kultur. Auch werde der Klassenkampf in national-staatlichem Rahmen geführt, und daher habe das Proletariat sein eigenes „Kapital“ an geistig-psychologischen Werten in den Vaterlandsgrenzen angehäuft, so daß dieses Kapital auch individuell, das heißt national-staatlich gefärbt sei. Wenn also einst Marx in seinem Manifest in einem gewissen Sinne habe behaupten dürfen, die Arbeiterklasse habe kein Vaterland, sie habe nichts zu verlieren als ihre Ketten, so sei es jetzt ganz anders geworden (S. 8). Und darum werde der Patriotismus begreiflich, der mit Kriegsbeginn überall in den Arbeiterklassen sich gezeigt habe. Die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa sei nicht nur von der Differenzierung der Gesellschaft und der Verschärfung des Klassenkampfes begleitet, sondern auch von der Umwandlung des Untertanen in Staatsbürger. Die steigende Aktivität, die Selbstbestätigung und Freiheit der Bevölkerung

---

gemeinsamen Kampfe werden die Klassen voneinander gegenseitig beeinflußt und so wird auch das Proletariat und die Sozialdemokratie von den kleinbürgerlichen Vorurteilen angesteckt. Daher sollen auch viele Sozialisten die Kriegsfragen von dem engen Standpunkte „ihres politischen Kirchturmes“ beurteilen. Ihr Internationalismus besteht danach in dem geistreichen Gedankengange: „Was haben wir ..., die Entrechteten und zum Schweigen Verurteilten, mit dem Kriege zu tun? Wir interessieren uns für Fragen der Freiheit und nicht für die Kriegsfragen“. Also, alle sozialen Vorgänge, auch der Krieg, werden angeblich vom Standpunkte innerer politischer Freiheit behandelt (S. 71, 78 passim). Nach dem in meinem ersten Art. Dargelegten erübrigt es sich freilich, auf diese Unterschiebung einzugehen.

mache „den vormaligen ‚Menschenstaub' zu dem in Klassen und Gruppen eingeteilten und doch festen Gewebe des modernen sozialen Organismus". Der daraus entspringende Patriotismus der Arbeiterschaft unterscheide sich von dem „agressiv-bürgerlichen Patriotismus" durch seine Uneigennützigkeit und seine „Verteidigungsfärbung". „Nur dort aber, wo das Menschenmaterial die Schule des bürgerlichen Bewußtseins im national-staatlichen Rahmen durchgemacht hat, nur dort — unter gewissen geschichtlichen Voraussetzungen — kann auch das sozial-internationale Bewußtein und das sozial-internationale Empfinden entstehen." (S. 11.) Der Internationalismus, der nichts als die Weiterentwicklung des Patriotismus darstelle, vertrage sich also vollständig mit dem letzteren, insofern er als proletarisch-demokratisch erscheint. Nun sei es aber klar, daß die Internationalität unbedingt an der Individualität jedes Landes eine Grenze finden müsse. Das habe auch die Internationale durch das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkannt. Das erste Gebot der Internationalität bestehe demnach darin, daß man die Landesindividualität in ihren Handlungen zwar beschränken, aber sie selbst im Interesse der Gesamtentwicklung, keineswegs vernichten oder in sie eingreifen dürfe. In einem solchen Fall sei die Vaterlandsverteidigung als Pflicht der organisieten Arbeiterschaft begründet, und der proletarische Patriotismus, der die Internationale sprengte, wird in vollem Maße für berechtigt erklärt [1]).

Dies stellt nach Potressoff das „negative Programm" der Internationalität dar. Dieses „Programm" begründet aber nur den „Selbstverteidigungsstandpunkt. Diesen will der Verf. durch einen weiteren ergänzen, indem er das „Parteiergreifen" im Kriege zu rechtfertigen sucht. Der „mächtige internationale Wille", der nun zu entstehen habe, werde sich doch selbstverständlich durchzusetzen bestreben, indem er den Sozialismus schleunigst herbeizuführen suchen werde. Auf diesem Wege werde er Hindernisse aus der Welt schaffen müssen, die nicht immer im eigenen Lande der betreffenden proletarischen Truppenabteilung liegen. Dadurch werde ein breites positives Programm der Internationalität vorgezeichnet. Um es vollziehen zu können, bedürfe das Proletariat einer erfolgreichen Taktik, und diese sei die „erprobte Taktik der Ausnützung der Ungleichartigkeit der bürgerlichen Welt, ihrer miteinander kämpfenden Kräfte im Interesse des Proletariats . . . Das Proletariat müßte heute die eine, morgen die andere von diesen Klassen in ihrem Kampfe gegen ihre Feinde unterstützen, um so dem Ziele immer näher zu rücken. Diese oder jene ‚Orientierung' erscheine also völlig berech-

1) Martoff ist bekanntlich anderer Meinung. Neulich schrieb er im Samaraer „Nasch Golos " (Nr. 4 (18) vom 24. I. 1916): „Man kann die politische Beteiligung an der Landesverteidigung erst dann durch die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung motivieren, wenn man das Prinzip der Internationalität selbst aufgibt, die Arbeiterdemokratie als organisches Ganzes zu betrachten aufhört, endlich sich mit beiden Füssen auf den Boden der nationalen Arbeiterbewegung stellt*).

*) Von Martoff selbst gesperrt.

III.

Entwurf eines Kommunistisches Glaubensbekenntnis der Zentralbehörde des Bundes des Gerechten[111]).

1. *Frage: Was ist Kommunismus und was wollen die Kommunisten?*

Antwort: Der Kommunismus ist ein System, nach welchem die Erde das Gemeingut der Menschen sein, nach welchem jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten, „produziren", und jeder nach seinen Kräften geniessen, „konsumiren" soll. Die Kommunisten wollen also die ganze gesellschaftliche Ordnung einreissen und eine völlig neue an ihre Stelle setzen[112]).

2. *Frage: Was ist der Proletarier?*

Antwort: Siehe Abs. 2 und 3 des Aufrufs „Proletarier!" in der Kommunistischen Zeitschrift, oben S. 285 f.

3. *Frage: Was ist Sozialismus und was wollen die Sozialisten?*

Antwort: Der Sozialismus, der seinen Namen von dem lateinischen Wort socialis, „die Gesellschaft betreffend", herleitet, beschäftigt sich, wie schon sein Name anzeigt, mit der Einrichtung der Gesellschaft, mit dem Verhältnis des Menschen zum Menschen; er stellt aber kein neues Sistem auf, sondern sein Geschäft ist hauptsächlich, an dem alten Gebäude zu flicken, die durch die Zeit entstandenen Risse wieder zuzukleben und dem Auge zu verbergen, oder höchstens, wie die Fourieristen, auf dem alten, vermoderten Fundamente, Kapital genannt, ein neues Stockwerk aufzubauen. Der Begriff Sozialismus ist so wenig scharf bezeichnend, dass man alle Gefängnis-Verbesserungs-Erfinder, Armenhäuser-, Spitäler- und Suppenanstalten-Errichter unter die Sozialisten zählen kann.

4. *Frage: Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden?*

---

111) Aus den Bundesadressen von 1847 in wörtlicher Übernahme zusammengestellt. Vgl. Demokr. Taschenb. zu Frage und Antwort 1, 3, 4: S. 297; zu 5: S. 289, 283/284; zu 6: S. 289, 284, 285/286; zu 7: S. 290, 285, 298/299.

112) Vgl. auch die negative Abgrenzung, in der Kommunistischen Zeitschrift, oben S. 287, Abs. 5 ff.

[Antwort: fehlt][113]).

5. *Frage: Welches ist die Stellung des Proletariats der hohen und niederen Bourgeoisie gegenüber? Ist eine Annäherung an die radikale oder niedere Bourgeoisie von unserer Seite rathsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtestsn und sichersten zu bewirken?*

Antwort: Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien etc. trennt sich die radikale Partei öffentlich von dem alten, seichten Liberalismus und pflanzt seine eigene Fahne auf. Die kleine Bourgeoisie, welche täglich mehr durch die wachsende hohe Geldaristokratie verdrängt wird und die ihren Ruin mit Riesenschritten herrannahen sieht, bildet hauptsächlich diese Partei und, sie sind einer Sozialreform nicht allein nicht abgeneigt, sondern erkennen auch die Notwendigkeit derselben öffentlich an. Eine Annäherung des Proletariats an diese Partei ist unserer Meinung nach jetzt wünschenswert und notwendig. Wir glauben daher, dass wir überall suchen sollen, mit den Radikalen in Verbindung zu treten, ohne jedoch von unseren Grundsätzen etwas nachzulassen; dass wir uns bestreben sollen, ihnen zu zeigen, dass der Tag nicht mehr fern ist, wo sie ebenfalls in die Reihen der Proletarier zurückgestossen werden, und dass sie ihrem Ruin nur durch eine Sozialreform vorbeugen können. — Sind wir imstande, eine Vereinigung der radikalen Bourgeoisie mit dem Proletariate zustande zu bringen, so wird bald eine neue Periode beginnen, die so grossartig sein wird, wie nur die Geschichte aufzuweisen hat.

6. *Frage: Welches ist die Stellung des Proletariers den verschiedenen religiösen Parteien gegenüber? Ist eine Annäherung an die eine oder andere Partei möglich und ratsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtesten und sichersten zu bewirken?*

Antwort: Die Hoffnungen, welche sich manche Kommunisten von den Deutsch-Katholiken und Lichtfreunden machten, scheinen sich nicht zu verwirklichen. Wir hielten nie etwas darauf

113) Vgl. die Ausführungen über die Mittel zur Erreichung des Kommunismus und die Notwendigkeit eines längeren Übergangszustandes ebenda, Seite 288 f. 296.

— ein altes, morsches Gebäude ausbessern zu wollen, ist vergebliche Mühe. — Sucht daher diejenigen, welche bisher ihr Streben dahin richteten, wieder auf die rechte Bahn zurückzuführen. — Sehen wir nicht zu viel auf das Alte, glauben wir ja nicht, dass die den Geist und das menschliche Herz einschränkenden Formen der alten Welt mit in die neue hinübergenommen werden können, das geht nicht.

Die Anhänger der christlich-germanisch-preussischen Partei der protestantischen Jesuiten sind die Finsterlinge der Gegenwart; nicht imstande, das junge, kräftige Streben mit ihren geist- und herzlosen Lehren zu bekämpfen, aber entschlossen, um jeden Preis die Völker in der Sklaverei zu erhalten, rufen sie überall Polizei, Polizei! und wenn sie das nicht können, suchen sie durch Entstellung der sozialen Grundsätze oder durch Verdächtigung der Personen, die diese Lehre verbreiten, ihren Zweck zu erreichen. Diesen Geschöpfen muss die Maske, die sie vornehmen, abgerissen werden, damit die Leute sie in ihrer wahren Gestalt sehen und vor ihnen zurückschaudern. Ihr ganzes Streben geht jetzt dahin, sich unter den Proletariern Anhang zu verschaffen, Uneinigkeit unter uns hervorzurufen und im Fall einer Umwälzung eine Volksarmee zu errichten, die wie die Vendeer im Jahre 1792 im Namen Gottes und des Erlösers den Ideen der Gerechtigkeit den Krieg erklärt.

7. Frage: Welches ist unsere Stellung in Beziehung auf die sozialen und kommunistischen Parteien? Ist es wünschenswert und möglich, eine allgemeine Vereinigung aller Sozialisten zustande zu bringen, und wenn, auf welche Weise kann diese Vereinigung am schnellsten und sichersten herbeigeführt werden?

Antwort: Wir fordern euch auf, überall, wo (die Fourieristen) diese seichten Menschen sich zeigen, ihnen kräftig entgegenzutreten. — Sie sind an und für sich nicht gefährlich, aber sie haben Geld, schicken überall Emissäre hin und bemühen sich hauptsächlich, den Kommunismus zu entstellen; deshalb dürfen wir sie nicht länger ignorieren, sondern müssen sie öffentlich angreifen. Ihr lächerliches Streben, sich als die wahren Christen hinzustellen, ihre militärischen Einrichtungen und Unzahl Gesetze, ihre Kapitalsassoziation, die Arbeit anziehend zu machen, bieten

genug Stoff dar, sie zu bekämpfen. In ihrer albernen Fourier- und Selbstverehrung erkennen sie nicht, dass ihre Regulation aller Lebensverhältnisse der Menschen dieselben gänzlich der Freiheit beraubt und zu Treibhauspflanzen macht, aus denen nichts Gutes kommen kann; sie erkennen nicht, dass das ganze Streben der jetzigen Zeit dahin geht, sich von den unzähligen Gesetzes- und Regulationsfesseln loszumachen, in denen wir wie Fliegen in einem Spinnengewebe herumzappeln, und wollen uns noch stärker in Fesseln schlagen. Die Armen sprechen von Mitteln, die Arbeit anziehend zu machen, und scheinen nicht zu wissen, dass in einer auf die Naturgesetze gegründeten Gesellschaft die Arbeit, welche die Betätigung des Lebens, des Individuums ist, wahrlich keiner anziehenden Mittel bedarf, dass die Arbeit selbst das Anziehendste ist, was es geben kann.

Es ist nötig, dass wir fest an dem Wort Kommunismus halten und es kühn auf unsere Fahne aufpflanzen und dann die Streiter zählen, welche sich unter derselben versammeln; wir dürfen nicht schweigen, wenn man erklärt, wie es in neuerer Zeit oft geschehen ist: Kommunismus und Sozialismus seien im Grunde ganz dasselbe, und uns auffordert, den Namen Kommunisten, an den sich noch manche schwache Geister stiessen, für den Namen Sozialisten zu vertauschen, sondern müssen kräftigen Protest gegen solchen Unsinn einlegen [114]).

Die Zeiten werden eisern, wir bedürfen kräftiger Männer und keiner mondsüchtigen Schwärmer, die anstatt über das Elend der Menschheit zu fluchen und zum Schwert zu greifen, es nur bis zu weibischen Thränen bringen. Zuletzt noch ein Wort: Hütet euch vor Emeuten, Konspirationen, Waffenankäufen und dergleichen Unsinn mehr; unsere Feinde werden alles aufbieten, um Strassenaufläufe etc. hervorzurufen, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, einzuschreiten und, wie sie sagen, die Ordnung wiederherzustellen und ihre teuflischen Pläne auszuführen. Eine ernste ruhige Haltung zwingt die Tirannen ihre Masken abzunehmen, und dann Sieg oder Tod!

---

114) Vgl. noch in d. Kommunist. Zeitschr. oben S. 287, Abs. 3.

IV.

Statuten des Bundes der Kommunisten.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Abschnitt I. Der Bund.

Art. 1. Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft, ohne Klassen und ohne Privateigentum.

Art. 2. Die Bedingungen der Mitglieder sind:

a) diesem Zweck entsprechende Lebensweise und Wirksamkeit;
b) revolutionäre Energie und Eifer der Propaganda;
c) Bekennung des Kommunismus;
d) Enthaltung der Teilnahme an jeder kommunistischen, politischen oder nationalen Gesellschaft und Anzeige der Teilnahme an irgendwelcher Gesellschaft bei der vorgesetzten Behörde;
e) Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes;
f) Verschwiegenheit über das Bestehen aller Angelegenheiten des Bundes;
g) einstimmige Aufnahme in eine Gemeinde.

Wer diesen Bedingungen nicht mehr entspricht, wird ausgewiesen (Siehe Abschnitt VIII).

Art. 3. Alle Mitglieder sind gleich und Brüder und als solche sich Hilfe in jeder Lage schuldig.

Art. 4. Die Mitglieder führen Bundesnamen.

Art. 5. Der Bund ist organisiert in Gemeinden, Kreisen, leitenden Kreisen, Zentralbehörde und Kongresse.

Abschnitt II. Die Gemeinde.

Art. 6. Die Gemeinde besteht aus wenigstens drei und höchstens zwanzig Mitgliedern.

Art. 7. Jede Gemeinde wählt einen Vorstand und einen Bei-

stand. Der Vorstand leitet die Sitzung, der Beistand führt die Kasse und vertritt den Vorstand im Falle der Abwesenheit.

Art. 8. Die Aufnahme neuer Mitglieder geschieht durch den Gemeindevorstand und das vorschlagende Mitglied unter vorheriger Zustimmung der Gemeinde.

Art. 9. Gemeinden verschiedener Art sind sich gegenseitig unbekannt und führen keine Korrespondenz miteinander.

Art. 10. Die Gemeinden führen unterscheidende Namen.

Art. 11. Jedes Mitglied, welches seinen Wohnort verändert, hat zuvor seinen Vorstand davon in Kenntnis zu setzen.

Abschnitt III. Der Kreis.

Art. 12. Der Kreis umfasst wenigstens zwei und höchstens zehn Gemeinden.

Art. 13. Die Vorstände und Beistände der Gemeinde bilden die Kreisbehörde. Diese wählt sich einen Vorsteher aus ihrer Mitte. Sie steht in Korrespondenz mit ihren Gemeinden und dem leitenden Kreise.

Art. 14. Die Kreisbehörde ist die vollziehende Gewalt für sämtliche Gemeinden des Kreises.

Art. 15. Einzelstehende Gemeinden haben sich entweder an einen schon vorhandenen Kreis anzuschliessen oder mit anderen einzelnen Gemeinden einen neuen Kreis zu bilden.

Abschnitt IV. Der leitende Kreis.

Art. 16. Die verschiedenen Kreise eines Landes oder einer Provinz stehen unter einem leitenden Kreis.

Art. 17. Die Einteilung der Kreise des Bundes in Provinzen und die Ernennung der leitenden Kreise geschieht vom Kongress auf Vorschlag der Zentralbehörde.

Art. 18. Der leitende Kreis ist die vollziehende Gewalt für sämtliche Kreise seiner Provinz. Er steht in Korrespondenz mit diesen Kreisen und der Zentralbehörde.

Art. 19. Neu entstehende Kreise schliessen sich dem nächsten leitenden Kreise an.

Art. 20. Die leitenden Kreise sind provisorisch der Zentralbehörde und in letzter Instanz dem Kongress Rechenschaft schuldig.

Abschnitt V. Die Zentralbehörde.

Art. 21. Die Zentralbehörde ist die vollziehende Gewalt des ganzen Bundes und als solche dem Kongress Rechenschaft schuldig.

Art. 22. Sie besteht aus wenigstens fünf Mitgliedern und wird gewählt von der Kreisbehörde des Orts, an den der Kongress ihren Sitz verlegt hat.

Art. 23. Die Zentralbehörde steht in Korrespondenz mit den leitenden Kreisen. Sie stattet alle drei Monate einen Bericht über den Zustand des ganzen Bundes ab.

Abschnitt VI. Gemeinsame Bestimmungen.

Art. 24. Die Gemeinden und Kreisbehörden, sowie die Zentralbehörde versammeln sich wenigstens alle vierzehn Tage einmal.

Art. 25. Die Mitglieder der Kreisbehörde und der Zentralbehörde sind auf ein Jahr gewählt, wieder wählbar und von ihren Wählern jederzeit absetzbar.

Art. 26. Die Wahlen finden im Monat September statt.

Art. 27. Die Kreisbehörden haben die Diskussionen der Gemeinden dem Zwecke des Bundes gemäss zu leiten.

Scheint der Zentralbehörde die Diskussion gewisser Fragen von allgemeinem und unmittelbarem Interesse, so hat sie den ganzen Bund zur Diskussion derselben aufzufordern.

Art. 28. Einzelne Bundesmitglieder haben in wenigstens dreimonatlicher, einzelne Gemeinden in wenigstens monatlicher Korrespondenz mit ihrer Kreisbehörde zu bleiben.

Jeder Kreis muss wenigstens alle zwei Monate an den leitenden Kreis, jeder leitende Kreis wenigstens alle drei Monate einmal an die Zentralbehörde über seinen Bezirk berichten.

Art. 29. Jede Bundesbehörde ist verpflichtet, die für die Sicherheit und das kräftige Wirken des Bundes gehörigen Massregeln innerhalb der Statuten unter ihrer Verantwortlichkeit und unter sofortiger Anzeige an die höhere Behörde zu treffen.

Abschnitt VII. Der Kongress.

Art. 30. Der Kongress ist die gesetzgebende Gewalt des ganzen Bundes. Alle Vorschläge über Abänderung in den Statuten werden der Zentralbehörde durch die leitenden Kreise eingesandt und von ihr dem Kongress vorgelegt.

Art. 31. Jeder Kreis sendet einen Abgeordneten.

Art. 32. Jeder einzelne Kreis unter 30 Mitglieder sendet einen Abgeordneten, unter 60 zwei, unter 90 drei usw. Die Kreise können sich durch Bundesmitglieder, die ihren Lokalitäten nicht angehören, vertreten lassen.

In diesem Falle haben sie aber ihrem Deputierten ein ausführliches Mandat zu übersenden.

Art. 33. Der Kongress versammelt sich im Monat August jedes Jahres. In dringenden Fällen beruft die Zentralbehörde einen ausserordentlichen Kongress.

Art. 34. Der Kongress bestimmt jedesmal den Ort, an dem die Zentralbehörde für das kommende Jahr ihren Sitz haben soll und den Ort, an dem der Kongress sich zunächst versammeln wird.

Art. 35. Die Zentralbehörde hat im Kongress Sitz aber keine entscheidende Stimme.

Art. 36. Der Kongress erlässt nach jeder Session ausser seinem Rundschreiben ein Manifest im Namen der Partei.

Abschnitt VIII. Vergehen gegen den Bund.

Art. 37. Wer die Bedingungen der Mitgliedschaft verletzt (Art. 2) wird je nach den Umständen aus dem Bunde entfernt oder ausgestossen.

Die Ausstossung schliesst die Wiederaufnahme aus.

Art. 38. Über Ausscheidung entscheidet nur der Kongress.

Art. 39. Einzelne Mitglieder kann der Kreis oder die einzelstehende Gemeinde unter sofortiger Anzeige an die höhere Behörde entfernen. Der Kongress entscheidet auch hierüber in letzter Instanz.

Art. 40. Die Wiederaufnahme entfernter Mitglieder geschieht durch die Zentralbehörde auf Antrag des Kreises.

Art. 41. Über Verbrechen gegen den Bund richtet die Kreisbehörde und sorgt für Vollstreckung des Urteils.

Art. 42. Die entfernten oder ausgestossenen Individuen, sowie verdächtige Subjekte überhaupt sind von Bundes wegen zu überwachen und unschädlich zu machen. Umtriebe solcher Individuen sind sofort der betreffenden Gemeinde anzuzeigen.

Abschnitt IX. Bundesgelder.

Art. 43. Der Kongress setzt für jedes Land ein Minimum des Beitrages fest, welches jedes Mitglied zahlen muss.

Art. 44. Dieser Beitrag geht zur Hälfte an die Zentralbehörde, die andere Hälfte bleibt in der Kreis- oder Gemeindekasse.

Art. 45. Die Fonds der Zentralbehörde werden verwandt:

1. *zur Deckung der Korrespondenz- und Verwaltungskosten;*
2. *zum Druck und zur Verbreitung propagandistischer Flugschriften;*
3. *zur Aussendung von Emissären der Zentralbehörde zu bestimmten Zwecken.*

Art. 46. Die Fonds der Lokalbehörden werden verwandt:

1. *zur Deckung der Korrespondenzkosten;*
2. *zum Druck und zur Verbreitung propagandistischer Flugschriften;*
3. *zur Aussendung von gelegentlichen Emissären.*

Art. 47. Den Gemeinden und Kreisen, die sechs Monate lang ihre Beiträge für die Zentralbehörde nicht entrichtet haben, wird von der Zentralbehörde die Entfernung aus dem Bunde angezeigt.

Art. 48. Die Kreisbehörden haben längstens alle drei Monate ihren Gemeinden Rechenschaft über Ausgabe und Einnahme vorzulegen. Die Zentralbehörde legt dem Kongress Rechnung ab über die Verwaltung der Bundesgelder und den Bestand der Bundeskasse. Jede Veruntreuung der Bundesgelder wird mit der strengsten Strafe verfolgt.

Art. 49. Ausserordentliche und Kongresskosten werden durch ausserordentliche Beiträge bestritten.

Abschnitt IX. Aufnahme.

Art. 50. Der Gemeindevorstand liest dem Aufzunehmenden Art. 1—49 vor, erläutert sie, hebt mit besonderem Nachdruck in einer kurzen Anrede die Verpflichtungen hervor, die der Eintretende übernimmt, und legt ihm hierauf die Frage vor: „Willst Du nun in diesen Bund eintreten!“ Beantwortet er sie mit „Ja!“, so nimmt der Vorstand ihm sein Ehrenwort ab, dass er die Verpflichtungen eines Bundesmitgliedes erfüllen will, erklärt

besiegen können, wenn wir ihm eine gleiche Vereinigung der sozialen Kräfte und der Mittel der Technik entgegenzustellen vermögen" (ebenda S. 479). Die Wahlen sollten auf die vier größeren Industriestädte (?) beschränkt bleiben und an ihnen nur die Arbeiter jener Unternehmungen teilnehmen, die für die Landesverteidigung arbeiteten. Selbstverständlich sollte indirekt gewählt werden und auf je 500 Arbeiter ein Wahlmann entfallen. Die so zustande gekommene städtische Wahlmännerversammlung sollte sodann die Komiteedelegierten bestimmen. Später entschied man sich, die Arbeiterschaft auch anderer Gegenden für die Teilnahme an den lokalen Kriegskomitees zu gewinnen. Nicht überall aber war das Verhalten der Industriellen und Regierungsorgane zu der Arbeiterbeteiligung gleich „wohlwollend" und der Ssamaraer „Nasch Goloss" weiß darüber manches Interessante zu berichten.

„Auf diese Weise — lesen wir im „Utro" (Nr. 2: „Von Reden zur Tat") — wurde die Frage der K. I. K. für die Arbeiter gelöst. Wie stellten sich aber die Arbeiter sebst zu ihr? In den Arbeiterkreisen obwalten sehr verschiedene Auffassungen, die Arbeitermassen aber kümmern sich gar nicht um die Sache und haben keine bestimmte Meinung". Die erste Nummer des Blattes legt nun die verschiedenen Auffassungen unter den aufgeklärteren Arbeitern dar. Danach lehnten die einen die Vorschläge des Zehnerkommitees schroff ab, weil die Arbeiter mit ihm nichts gemein hätten, da schon ihre Stellungnahme zu der von Gutschkow und Konowaloff geleiteten Aktion von Grund aus verschieden sei, d. h. daß sie den Verteidigungsstandpunkt selbst verwerfen und international seien. Andere verhielten sich auch vom Verteidigungsstandpunkte aus der Arbeit der Kriegskomitees gegenüber höchst skeptisch, die von Gutschkow selbst „vielleicht eine letzte Täuschung" genannt wurden und für die und ihren eventuellen Mißerfolg man keine Verantwortung übernehmen dürfe. Eine weitere Ansicht geht dahin, daß man „unabhängig von der Beantwortung der allgemeinen Frage über die Landesverteidigung" sich für die Beteiligung aussprechen könne, „um eigene Interessen schützen zu können", die vielfach von der Tätigkeit der Kriegskomitees berührt würden. So mit Bezug auf den Arbeiterschutz, die Einfuhr ausländischer Arbeiter, die Militarisierung der Industrie usw., wozu noch allgemeinere Aufgaben, wie Bekämpfung der Teuerung, Flüchtlingsfürsorge usw., kämen. Die Redaktion des „Utro" wollte seine Spalten einer eingehenden Diskussion eröffnen, ohne deren Ergebnisse vorwegzunehmen und sofort ihren eigenen Standpunkt zu formulieren. Da aber das Blatt nach seiner zweiten Nummer eingestellt wurde, so blieb diese Absicht unausgeführt. Von den Diskussionsartikeln erschien nur der eines bekannten Gewerkschaftlers. Dieser glaubte, die Stellungnahme zur Landesverteidigung sei im konkreten Falle nicht bestimmend. „Die K. I. K. sind keineswegs bloß kriegstechnische Einrichtungen, sie sind nicht als Industriegesellschaften anzusehen, die mit Erzeugung der Munition beschäftigt sind . . . Die Ausschüsse sind als Ausfluß zu betrachten des in die beunruhigten bürgerlichen Schichten eingedrungenen Verständnisses für die Unzulänglichkeit der leitenden politischen Kreise und als Versuch, die Ordnung zu erhalten und jene Elemente zu ersetzen, die nunmehr von der Geschichte als untauglich be-

7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben u. s. w. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Grossen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Kaufschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

[*Alle diese unter 6, 7, 8 und 9 angegebenen Massnahmen werden gefasst, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden.*]

[*Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumtion ist daher ein blosser Missbrauch.*]

[*10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.*]

[*Diese Massregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der grossen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach aussen hin wirken zu lassen. Diese Massregel ist schliesslich notwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeoisie an die Revolution festzuschmieden.*]

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege etc., nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur [*unentgeltlichen*] *Verfügung gestellt.*

[12. *In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt, als der, dass diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die Uebrigen.*]

[13. *Völlige Trennung von Kirche und Staat. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.*]

14. *Beschränkung des Erbrechtes.*

15. *Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.*

16. *Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantirt allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.*

17. *Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.*

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Massregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Anzahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichthums, gebührt.

Das Comité:

Karl Marx. Karl Schapper. H. Bauer. F. Engels.
J. Moll. W. Wolff.

Das dritte der von denselben Kreisen, wie die beiden besprochenen, geleiteten Petrograder Blätter, „Rabotscheje Utro“ (20) sollte schon im September 1915 erscheinen. Die von der Zensur und Regierung bereiteten „außerordentlichen Schwierigkeiten“ verzögerten aber die Herausbringung der 1. Nummer bis zum 15. X. 1915. Nach der 7. Nummer wurde die Zeitung sistiert. Ihr kurzer Lebenslauf fiel mit dem längeren des Ssamaraorgans derselben Richtung „Nasch Goloss“ zusammen, das sich aber viel freier bewegen konnte und daher in jeder Beziehung viel inhaltsreicher ist. Ich begnüge mich daher hier mit einer allgemeinen Charakteristik des „Rab. Utro“ und werde die weitere Besprechung mit der des „Nasch Goloss“ (19) verbinden. Am „Rab. Utro“ nun ist am interessantesten, daß in ihm zweifellos die „sozial-nationale“ Richtung die Oberhand gewann. Freilich hatte keines der früher besprochenen Blätter so viel Zensurflecke aufzuweisen wie „Rab. Utro“, die zugelassenen Artikel aber sind, sofern sie die heiklen Fragen überhaupt berühren, insgesamt ausgesprochen und ohne jeden redaktionellen Vorbehalt sozial-patriotischen Charakters. Sie sind auch meist mit den uns schon aus „Nascha Sarja“ bekannten Namen, denen wir noch in „Samosaschtita“ begegnen werden, signiert. Auch sonst herrscht in den Spalten des „Rab. Utro“ der Geist des Opportunismus. Das Blatt erblickte den augenblicklichen politischen Mittelpunkt im Kampf der Bourgeoisie, die sich um den progressiven Block sammelte. In der Stellung, die es ihm gegenüber einnahm, war aber wenig von revolutionärem und sozialistischem Geist zu spüren. MARTOFF, den man gewiss nicht der Voreingenommenheit gegenüber diesem publizistischen Unternehmen der Petrograder Anhänger des Augustblockes beschuldigen kann, kennzeichnete dessen politische Richtlinien folgendermaßen: „Die Verkennung des imperialistischen Wesens der Vereinigung der Bürgerlichen im progressiven Block, die Verkennung der Tatsache, daß er nicht nur an der Überwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Unbemittelten, sondern auch an der Verlängerung des Krieges selbst und der Niederhaltung jeder Bewegung zugunsten einer Einstellung der Schlächterei und an der militärischen und chauvinistischen Aufhetzung interessiert ist, führt zur Tendenz, die Selbständigkeit der sozialistisch-demokratischen Stellung zum Kampf des Blockes gegen die Reaktion auf den Kampf gegen die politische Beschränktheit und den antidemokratischen Charakter des Blockes zu begrenzen“ — statt die prinzipiell-selbständige Linie auf dem Gebiete der aus auswärtigen Politik einzuhalten und sich scharf von dem Verteidigungsstandpunkte des progressiven Blockes zu scheiden („Iswestija“ 3, S. 5 „Der Kampf der Tendenzen im Augustblocke“)[1].

---

1) MARTOFF schildert (ebenda) die damaligen Verhältnisse in den Reihen des Augustblocks. „Der Aufstieg ermöglichte den Verteidigungsstimmungen im Augustblock, sich politisch zu formieren, und schuf dadurch die Voraussetzung für eine aktive Politik, die sich auf das Bekenntnis zum Kriege stützt und die aktive Beteiligung des Proletariats an der Fortsetzung des Krieges und am Kampfe für die Anpassung des Staatsmechanismus an diese Aufgabe herbeiführt. Wenn diese Verteidigungspolitik noch nicht zu vollendeten

Die bisher besprochenen Blätter erschienen sämtlich in Petrograd und litten ungeheuer unter der Präventivzensur. Insofern war die Lage des in Ssamara herausgegebenen „Nasch Goloss“ günstiger[1]), der sich noch eines weiteren Vorteiles erfreuen konnte. Es war nämlich im besonderen Maße ein Arbeiterblatt, nicht von den Zentralinstanzen, sondern vielmehr von den — meist aus den beiden Hauptstädten ausgewiesenen — geschulten Arbeitern gegründet. Anfänglich wollte es bloß den lokalen Bedürfnissen der Bewegung dienen. Die erste Nummer erschien in 2000 Exemplaren, wovon nur etwa $^1/_5$ außerhalb Ssamaras und dabei noch größtenteils in anderen Städten des Wolgagebietes abgesetzt wurde. Dann aber ward „Nasch Goloss“ allmählich zum Organe einer Arbeiterrichtung ganz Rußlands. Von der 10. Nummer wurden schon 11 000, von der 20ten 15 000, von der 21ten 19 500 Exemplare gedruckt, von denen in Ssamara selbst nur etwa 1 500 blieben. Das Blatt wurde in 260 Ortschaften gelesen und enthielt in Nr. 1—25: 823 Korrespondenzen aus 76 Orten, sowie 150 Glückwünsche, worunter 140 von Arbeitergruppen und nur 10 von Intellektuellen- und gemischten Gruppen; während der 7 Monate, über die die 25 Nummern sich erstrecken, wurden zur Unterstützung des Blattes von den Arbeitern verschiedener Gegenden 2896 Rubel aufgebracht — lauter Zahlen, die dem westeuropäischen Leser nicht besonders auffallen mögen, die jedoch eine rege und wachsende Verbindung mit den Arbeitermassen bezeugen. Und dies macht die Schwankungen und Wandlungen des Blattes besonders interessant. Denn sie vermitteln uns vielleicht

---

und konsequenten Formen gelangt ist . . ., so treten doch ihre Grundlinien schon deutlich genug hervor. Indes ist, wie es scheint, die Energie der Internationalisten innerhalb des Augustblocks durch den plötzlichen politischen Aufstieg, der unter der Fahne der Volksverteidigung seinen Anfang nahm, gelähmt worden . . . Dem Programm der Anhänger der Verteidigung in bezug auf die Ausnützung der revolutionären Lage beeilen sie sich nicht, ein eben so entschiedenes Programm eigener Ausnützung im Geiste der internationalistischen Kampfpolitik entgegenzustellen, die mit den Erklärungen der Dumafraktion und der Abordnung auf dem Moskauer Julikongreß (zur Bekämpfung der Teuerung) eingeleitet wurde.

Die angezogene Erklärung der Arbeiterordnung auf dem letztgenannten Kongreß schloß mit den Worten: „Unser Banner ist das Banner der Einigung der Arbeiter aller Länder. Die Organisation der Kriegführung ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist die Verwirklichung des Friedens durch Festigung der internationalen proletarischen Einigkeit.“ Vgl. „Bulletin für die I(ntern.) S(oz.) K(ommission) zu Bern“, Nr. 2, S. 7.

1) Das soll nicht besagen, daß das Blatt unbehelligt erscheinen konnte: auch ihm blieben Haussuchungen, Verhaftungen, Geldstrafen nicht erspart. So büßte es eine Geldstrafe von 200 Rubel, weil es eine Reihe — angeblich militärische Angelegenheiten behandelnder — Artikel nicht der Militärzensur vorgelegt hatte, darunter auch die Wiedergabe der Erklärung des Abgeordneten Paul Hirsch im Preußischen Landtage vom 7. I. 1916 (Nr. 15, 31. I. 1916).

Wendungen herbeiführen oder verhindern könne.“ (S. 342.) M. zitiert hierfür (S. 147) auch das Zeugnis des alten Chartistenführers Harney:

„*Engels sei mit 72 Jahren ebenso bescheiden und ebenso geneigt gewesen, sich selbst in den Hintergrund treten zu lassen, wie damals, als er, zweiundzwanzigjährig, auf dem Northern Star vorsprach.*“ Und nicht anders lautet das Urteil Wilhelm Liebknechts:

„*Von Engels' Kaltblütigkeit und Verachtung jeder Gefahr (im badischen Aufstand 1849) war noch lange die Rede bei allen, die ihn damals im Feuer gesehen haben. Engels selbst fand es nicht der Mühe wert, davon zu reden.*“ (S. 368.)

Diese Zurückhaltung war nicht etwa auf Kleinheitswahn zurückzuführen. Engels war sich seines Wertes wohl bewußt und er trug kein Bedenken, wenn der Zweck es gebot, einem Gegner gegenüber das Bewußtsein seiner eigenen Überlegenheit zum Ausdruck zu bringen. Seine Bescheidenheit war nur ein Ergebnis völliger Gleichgültigkeit für das Ansehen seiner eigenen Person.

Damit ist aber für denjenigen, der die Entwicklung dieser Persönlichkeit darstellen will, die Erfüllung seiner Aufgabe sehr erschwert worden. Engels hat selten, auch zu seinen Freunden, über sich selbst gesprochen und von der Zeit an, wo seine Werke für ihn reden, sind sie mit denen seines großen Freundes in engste Gemeinschaft gebracht.

Obgleich mir das Glück zuteil wurde, zu Engels' vertrautesten Freunden im letzten Jahrzent seines Lebens zu zählen, habe ich doch über seine Jugendzeit fast nichts erfahren. Im Jahre 1887 ersuchten mich die Brünner Genossen, ihnen für ihren Arbeiterkalender eine Engelsbiographie zu schreiben. Ich lebte damals in London und ersuchte Engels, mir einige Daten über seine erste Jugend zu geben. Ich verwendete alles, was er mir mitteilte, in dem Artikel. Wie wenig es war, kann jeder in dem Separatabdruck nachlesen, den 1895, nach Engels' Tod, der Verlag des Berliner „Vorwärts“ herausgab. Nun mag man die Schuld an der Dürftigkeit des Materials mir beimessen. Ich war in bezug auf die persönlichen Verhältnisse meiner Freunde stets ein schlechter Frager. Aber auch andere Genossen, die Engels nahe standen, haben nicht mehr von ihm erfahren. Wie wenig selbst die Marxschen Kinder über den Engelsschen Anteil an den Publikationen ihres Vaters unterrichtet waren, bezeugt die Tatsache, daß Eleanor Marx die Artikelserie der New York Tribune über „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ als eine Marxsche Schrift herausgab. Erst der Marx-Engelssche Briefwechsel zeigte uns, daß Engels der Verfasser sei.

M. fand unter diesen Umständen fast gar keine Vorarbeiten vor. Um so anerkennenswerter, daß seine Arbeit so gelungen und auch für den Engels sehr Nahestehenden, mit seiner Person und seinen Werken Vertrauten völlig einwandsfrei ist, ja, reichen Gewinn bietet, da sie uns das Bild des teuren Toten nicht nur getreu und anschaulich reproduziert, sondern auch dem, was wir über ihn wußten, noch manches bisher Unbekannte oder völlig Vergessene hinzufügt, zum Teil auf Grund der Engelsschen Familienkorrespondenz, die

dem Biographen von der Familie bereitwillig zugänglich gemacht wurde. Dieses Patriziergeschlecht scheint jetzt doch auf den aus seinem Schoße hervorgegangenen Verfechter der plebejischen Sache stolz zu sein, so sehr es ihn in seinen jüngeren Jahren als verlorenen Sohn oder gar als dunklen Flecken auf dem Ehrenschild des Hauses betrauerte.

M. ist es gelungen, ENGELS vollkommen gerecht zu werden, obwohl er, wie schon eingangs erwähnt, seinen Standpunkt keineswegs vollkommen teilt. So groß seine Sympathie für die Persönlichkeit und für ihr Ziel, die Befreiung der arbeitenden Menschheit, ist, so kann er doch nicht verhehlen, daß er z. B. dem ENGELSschen Materialismus, seiner Stellung in nationalen Gegensätzen und auch seinen sozialistischen Erwartungen recht kritisch gegenübersteht. Doch geschieht das mit so großer Zurückhaltung, daß man sehr genau zusehen muß, um es überhaupt zu bemerken.

So zitiert M. z. B. einmal aus einer Streitschrift HEINZENS gegen den Kommunismus folgenden Satz: *„Ist der Kommunismus eine Bewegung, eine Bewegung nach einem Ziele . . ., so steht bei seiner Verwirklichung natürlich die Bewegung still oder sie muß dann in eine neue Bewegung übergehen. Der Kommunismus ist also am Ende, sobald er verwirklicht ist.“* Dazu bemerkt M.: *„Das waren in der Tat Einwände, welche an die chiliastische Wurzel der Marx-Engelsschen Geschichtsausdeutung griffen, die auf den Punkt hinwiesen, wo selbst bei ihnen der Glauben anfing, weil das Wissen hier mit Notwendigkeit versagen mußte.“ (S. 280.)*

Man hört öfter vom MARX-ENGELSschen „Chiliasmus“ reden, aber mir ist nie recht klar geworden, was man darunter versteht. MARX und ENGELS erwarteten, das Proletariat werde an Zahl, an intellektueller und moralischer Kraft durch die ökonomische Entwicklung und den Klassenkampf so sehr erstarken, daß es schließlich fähig wird, die politische Macht zu erobern und den kapitalistischen Großbetrieb seinen Interessen gemäß zu gestalten. Man mag diese Ansicht für richtig oder falsch halten, aber chiliastisch ist sie doch nicht. Unter Chiliasmus verstehe ich die Erwartung eines Gesellschaftszustandes vollkommenster Glückseligkeit, der jede weitere gesellschaftliche Entwicklung überflüssig oder gar unmöglich macht. Derart waren die Erwartungen der utopistischen Sozialisten, MARX und ENGELS haben sie nie geteilt, ihnen vielmehr mit dem Utopismus ein Ende gemacht. Soweit solche chiliastische Erwartungen heute noch bestehen, haben sie sich aus der utopischen Zeit trotz der „MARX-ENGELSschen Geschichtsausdeutung“, nicht durch sie erhalten.

Der Sozialismus ist nach MARX und ENGELS notwendig, um das Proletariat zu befreien, um dem Elend ein Ende zu machen, das der Kapitalismus mit sich bringt; um die Errungenschaften des kapitalistischen Zeitalters aus dem Monopol einer kleinen Schar von Glückspilzen in Gemeingut zu verwandeln. Wir Sozialisten erwarten davon sicher eine Vermehrung des menschlichen Glücks, aber gerade MARX und ENGELS haben uns, im Gegensatz zu den anderen Sozialisten, gelehrt, uns vor ungemessenen Erwartungen zu hüten.

der jetzige Krieg habe kein Präzedens in der Vergangenheit. „Wir können ihn der alten Schablone nach nicht erfassen, die Taktik ändert sich, unverändert bleibt nur das Ideal.“ Und ein anderer: „Für die Entwickelung der Internationale ist die Entwickelung der nationalen Parteien unentbehrlich. Die Internationale hat nie die Vaterlandsverteidigung abgelehnt. Die russische Arbeiterschaft soll daher an der Organisierung des Sieges teilnehmen und sie fördern, indem sie nicht in ‚unterirdischen‘ Organisationen steckenbleibt, sondern in die Kriegsindustriekomitees eintritt“. Ihre Aufgabe in den letzteren bestehe darin, „öffentlich zu erklären: mit den Geschossen allein könne man das Land nicht erretten, dies sei nur durch das freie, sich selbstregierende Volk möglich und daher seien politische Reformen und vor allem die Einberufung eines Reichsarbeiterkongresses erforderlich“. In gleicher Art begründeten die Sozialisten-Revolutionären die Notwendigkeit der Teilnahme an den Kriegskomitees, wobei sie von Protestrufen unterbrochen, den „Bolschewiki“ die Beschuldigung ins Gesicht schleuderten; diese erstrebten die Niederlage Rußlands. „Unser Vaterland, d. h. die arbeitenden Klassen, ist in Gefahr, ruft ein Redner aus. Um aber den äußeren Feind zu besiegen, bedürfen wir günstigerer Verhältnisse innerhalb des Landes, dazu wieder der Organisation, und zu diesem Zwecke sind auch die Kriegskomitees auszunützen.“

Dieser Bericht zeigt uns also die Menschewisten auf ausgesprochen sozial-nationalem Standpunkt[1]). Da er nicht aus bolschewistischen Kreisen stammt, so ist er auch nicht durch Voreingenommenheit und das Bestreben zu erklären: die Menschewisten insgesamt als von der nationalistischen Seuche angesteckt darzustellen. Doch sei auf eine Andeutung im Artikel „Vergeßt nicht die Lehren der nahen Vergangenheit!“ des „Nasch Goloss“ (Nr. 16) hingewiesen: die Petrograder menschewistische Gruppe habe etwas andere als die tatsächlich zum Ausdruck gelangte Stellungnahme zum Kriege vorgesehen, diese internationalistischen Elemente der Menschewismus hätten aber schließlich „wenn nicht in der wichtigsten Frage der Gegenwart, so in den Fragen der Organisierung der breiten Massen“ Berührungspunkte mit den anderen sozial-nationalen gefunden. Die Auffassung dieser internationalistischen Elemente aber gibt folgender Aufruf der Petrograder Gruppe wieder:

„Wir haben jetzt Vertreter in den Kriegsindustriekomitees. Diese Komitees sind von den Unternehmern gegründet worden, um den Krieg zu fördern, der uns fremd ist. Die Mehrheit dieser Komitees besteht aus unseren Klassenfeinden. . . . Wir Sozialdemokraten menschewistischer Rich-

---

1) „Sie fühlen sich beleidigt, wenn wir sie als Gegner des Internationalismus und Chauvinisten unter der Larve des Sozialismus bezeichnen. Ihre Reden in der Versammlung waren aber in dieser Hinsicht so offen, daß es nur zu bedauern ist, daß sie nicht stenographiert wurden“, schreibt ein Teilnehmer der Versammlung im Soz.-Dem. (Nr. 50, 18. II. 16: „Arbeiter und die Kriegs-Industriekomitees. Brief aus Petrograd.“)

tung haben beschlossen, daß die Arbeiter in diese Komitees ihre Vertreter entsenden sollen; nicht aber, um mit der Bourgeoisie gemeinsam zu arbeiten, sondern um gegen jeden Versuch, die Ausbeutung zu verstärken, zu protestieren, um die Forderungen der Arbeiter laut zu verkünden . . . Vor den Wahlen wurde eine Resolution vorgelesen, beraten und angenommen, und ebenso Instruktionen für die Gewählten. . . In ihnen ist gesagt, daß die Interessen der Arbeiter in allen Ländern die gleichen sind, daß die Arbeiter jeden Krieg für verwerflich halten, daß sie diesen Krieg für einen Eroberungs- und Versklavungskrieg halten, daß sie den Ausweg nur im Kampfe für den Frieden ohne Annexionen und für die Freiheit der Selbstbestimmung der Nationen sehen . . . In der Resolution ist gesagt, daß die Hauptschuld an diesem Kriege und den Leiden, die er gebracht hat, bei dem Zarismus liegt. Die Resolution fordert alle Arbeiter und das ganze Volk auf, für den Übergang der Staatsgewalt in die Hände des Volkes, für die Einberufung der allgemeinen konstituierenden Volksversammlung, für alle politischen Freiheiten, für den Achtstundentag, für die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern, für die unverzügliche Amnestie zu kämpfen. . . Die Resolution legt die Verantwortung für das, was uns durch den Krieg beschieden worden ist, auch auf die Bourgeoisie, die die Regierung unterstützt . . . Die Instruktionen sagen klar und unzweideutig, daß die Arbeiter nicht zwecks der Landesverteidigung in die Komitees gehen, denn für diese übernehmen sie keine Verantwortung . . . Wir fordern euch auf, ihr möchtet euch um die Arbeitervertreter in den Kriegsindustriekomitees vereinigen. Nützt diese Vertretung aus, um eine große organisierte Macht zu schaffen, für einen verstärkten Kampf gegen die Regierung und gegen die Bourgeoisie, für den Frieden, für die Freiheit, für bessere Bedingungen der Arbeit . . . — Bereitet euch zu einem schweren Kampf mit Feinden vor, die außerhalb der Arbeiterklasse stehen — mit der Regierung, mit der Bourgeoisie . . . Die Organisation der Menschewiki ruft euch zum Kampfe für den Frieden, für die Freiheit, für den Sozialismus [1]).“

Ein Vertreter der Sozial-Revolutionären wieder führte nach dem Berichte des „Nasch Goloss“ „die gewöhnliche boykotistische Taktik“ durch.

Der bolschewistische endlich bekämpfte die sozial-patriotischen Elemente. Er beschuldigte sie, minder konsequent zu sein wie PLECHANOFF und dessen Anhänger. „Sie (wollten) taktisch die Quadratur des Zirkels, indem sie die Verteidigung ihres Landes in einem imperialistischen Kriege, von Koalitionen, die sich durch ganz Europa und Asien ziehen, mit dem revolutionären Kampfe in Rußland verquicken . . . Ihre Parole: ‚Die Revolution zu Zwecken der Landesverteidigung!‘ (könne) auf die Arbeiterschaft nicht anders als verwirrend wirken!“ Jede revolutionäre Aktion müsse doch die militärische Widerstandskraft des Landes lähmen. „Sie (aber) streben eine bessere Organisation der Verteidigung an, und dabei ist ihnen eine bessere Organisation der Industrie und des Rückens erwünscht, daher wollen sie auch in die

1) Bulletin, I. S. K. zu Bern, Nr. 4, S. 16.

Kriegskomitees eintreten. Wir aber sind Proletarier-Revolutionäre, daher desorganisieren wir während der Revolution unumgänglich sowohl die Industrie, als auch das Rückgrat der Armee ... Diese wird entbehren müssen und erlahmen, *obwohl dies keineswegs von uns angestrebt wird und unsere Aufgabe bildet*. Wie können wir also in die Kriegskomitees eintreten?"[1][2][3][4] Nach Anführung der Stuttgarter Resolution forderte der Redner schließlich auf, die alten internationalistischen Parolen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und „Proletarier haben kein Vaterland!" so laut zu proklamieren, daß sie auch jenseits der Grenzen vernommen werden könnten[5].

---

1) „Der Kampf um Macht — schreibt auch Martoff (Die Internationale und der Krieg, S. 113) — kann, wenn er mit Erfolg gekrönt wird, wohl auch eine bessere Gestaltung der Verteidigung zur Folge haben, insofern die Klasse, die von der Macht Besitz ergreift, eine höhere militärische Organisation schaffen kann. Solange aber dieser Kampf geführt wird, bringt er die Organisation ins Wanken, und während dieser Periode ist *zwischen* der Verteidigung und dem Kampfe, *zwischen* der Versorgung der Heerführer mit neuen Kriegsmitteln und ihrer Enthebung von der Verfügung über die schon vorhandenen zu wählen."

2) Soz.-Dem. Nr. 53, zit. Art.

3) Dieser Brief aus Petrograd stammt — nach einer Mitteilung der Redaktion der Soz.-Dem. (ebenda) — von einem Genossen, der eifrigst in der Wahlkampagne tätig war und in der Wahlversammlung eine höchst bedeutende Rolle spielte.

4) Die durchschossen gesetzten Stellen im Original gesperrt.

5) „Nasch Goloss", Nr. 8. — Das Petrograder Komitee der S. D. A. P. R. (Bolschewistische Richtung) hat eine Instruktion abgefaßt, die dann bei den Wahlmännerwahlen von den Arbeitern vielfach ihren Vertretern als Imperativmandat mitgegeben wurde. Sie führt, nach einer Auseinandersetzung über die Schuldfrage und den Verteidigungsstandpunkt aus: „Das sozialistische Gebot der Stunde besteht im internationalen Klassenkampf gegen die nationale imperialistische Völkervernichtung. Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Lande, der Feind des russischen Volkes ist der russische Absolutismus, sind die Anhänger der Leibeigenschaft, die Feudalen und die Bourgeoisie. Das russische Volk hat die Pflicht, diesen Feind im eigenen Lande zu bekämpfen und sich dabei mit dem Proletariate der anderen Länder zu vereinigen, das seine Schläge gegen die eigenen Imperialisten, gegen die eigenen Regierungen richten wird ... Die Parole: ‚Nieder mit dem Kriege!' soll das Proletariat durch den Ruf ‚Es lebe die soziale Revolution!' vertiefen." Die aufgeklärte Arbeiterschaft soll die Neigung breiter Volksschichten zum Frieden in den sozialistischen Strom überlenken. „Das Proletariat könnte die Friedensbedingungen erst diktieren, wenn die Macht in seinen und nicht in den Händen der Geheimdiplomatie läge. Die Bemühungen des Proletariats sind auf die Eroberung der Macht im Bürgerkriege zu richten". Seien in Westeuropa die objektiven Voraussetzungen für die

Nach Schluß der Debatte gelangten die Resolution und die Instruktion der Anhänger der Beteiligung an den K. I. K. zur Verlesung, aber freilich nicht auch zur Abstimmung. Sie betont die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und besagt ferner: „Indem die russischen Arbeiter dieses Ziel (baldigen Friedens ohne Annexionen usw.) durch internationale Verständigung der Arbeiterdemokratie zu erreichen streben, liegt ihnen mehr als anderen Volksschichten an der Errettung des Landes vor der Zertrümmerung." Die Hauptursache der schwierigen Lage Rußlands sei in den inneren politischen Zuständen zu erblicken. Daher werden zur Aufgabe, die neue Ordnung ein-

---

sozialistische Revolution reif, so habe Rußland noch die Aufgabe vor sich, die Demokratisierung des Staates zu erzwingen. Daran liege nicht allein dem Proletariat, sondern auch dem Bauerntum und den anderen Schichten der bürgerlichen Demokratie. Daher wende sich das Proletariat an sie, um mit ihrer Unterstützung den Zarismus niederzukämpfen und die provisorische Regierung zu schaffen, die eine Konstituante einberufen soll. „Von diesem Standpunkte aus kann 1. keine Rede von Beteiligung der Arbeiter an den K. I. K. sein, bedeutete 2. eine solche Beteiligung die Fälschung des proletarischen Willens, den Verrat an der revolutionären internationalistischen Fahne, und sollen daher 3. die Arbeiter jede Beteiligung an den Einrichtungen ablehnen, die den Krieg fördern wollen."

Einige Mitgliedschaften faßten eigene Instruktionen ab, so die Putilower Werke und die Werke im Stadtteil an den Moskauer Toren.

Die längeren Ausführungen dieser Instruktionen über Charakter und Ursprung des Krieges usw. stimmen völlig mit den vorstehenden des Petrograder Komitees überein. Von Interesse sind aber detaillierte politische Forderungen und praktische Schritte, die die Putilower Arbeiter der Arbeiterschaft vorzeichnen wollten. Danach soll das Proletariat, um seine Aufgaben zu erfüllen: 1. Gleichzeitig jede Arbeit in allen Unternehmungen einstellen; 2. eine bewaffnete Volksmiliz errichten; 3. sich mit Gewalt in den Besitz der Fabriken und Werke, Regierungsveranstaltungen, Eisenbahnen, Warenlager und größeren Laden setzen; 4. die Lebensmittel und übrigen Sachgüter allererster Notwendigkeit beschlagnahmen und die Versorgung der Bevölkerung mit ihren Gegenständen durchführen; 5. die Gemeindewahlen auf demokratischer Grundlage veranstalten und demokratische Selbstverwaltung einführen; 6. allgemeine Wahlen in die provisorische Regierung und die Konstituante vorbereiten; 7. die Reservisten, Soldaten und Offiziere einladen, sich bewaffnet dem revolutionären Volk anzuschließen. — Was aber unmittelbar die K. I. K. anbetrifft, so wurde vorgeschlagen: „Die Delegiertenwahlen in allen Unternehmungen durchzuführen, die Delegiertenversammlung zu bevollmächtigen, sich als Arbeiterrat (Ssowjet rabotschich deputatow) zu konstituieren und sie zu veranlassen, unter Leitung zentraler und lokaler Organisationen der S. D. A. P. R. die aufgezählten Schritte des entschlossenen Massenauftretens des Proletariats und der Demokratie gegen den Absolutismus zu unternehmen." (Diese Beschlüsse sind mir freundlichst aus den Materialien der Z. K. d. S. D. A. P. R. mitgeteilt worden. G. T.)

schließlich nichts als Intellektueller, im höchsten Sinne des Wortes nichts anderes, als Denker und Forscher. ENGELS dagegen war zeitweise auch als Kaufmann tätig, und bei seiner Gewissenhaftigkeit sicher in recht intensiver Weise. Und gerade in den zwei Jahrzehnten von 1850 bis 1870, in denen sich der MARXsche Genius am großartigsten zu betätigen vermochte, indem er das „Kapital" schuf, war ENGELS an das Fabrikkontor zu Manchester gefesselt; gefesselt nicht zum wenigsten durch seine Freundschaft für MARX. Denn um seinen großen Freund nicht untergehen zu lassen und ihm die Muße für sein Werk zu schaffen, arbeitete ENGELS als Kaufmann nicht nur für sich, sondern für ihn. M. selbst erzählt: *„Wenn Engels trotz der Leichtigkeit, mit der er schuf und schrieb, auf eine ungebundene geistige Betätigung jetzt (d. i. von 1850 an) freiwillig Verzicht leistete, 'Nebel und Rauch in Masse' in Manchester von neuem in Kauf nahm und in das Kontor, das er nicht liebte, zurückkehrte, so tat er es weit mehr in Gedanken an Marx als an sich selbst." (S. 397.)*

Die Zeit von 1850 bis 1870 hätte wie für MARX (und für LASSALLE, der 1858 sein Buch über Heraklit und 1861 sein „System der erworbenen Rechte" herausgab) auch für ENGELS' Schaffen die fruchtbarste werden können. Die Stille der Reaktionszeit hielt über ein Jahrzehnt lang jede ernstliche Störung durch aktuelle Politik von ihnen fern. Und diese für wissenschaftliche Sammlung so günstige Periode setzte gerade ein, als beide zu vollständiger Klarheit über ihre Methode und ihren Standpunkt gekommen waren. Unter diesen Umständen hätte auch ENGELS, ebenso wie MARX, Tiefes und Großes geschaffen, wenn auch, wie schon gesagt, auf anderem Wege. Aber sein Unstern wollte es, daß gerade in diese Zeit seine intensivste Betätigung als Kaufmann fiel.

Um ENGELS' Inferiorität MARX gegenüber zu bezeugen, weist M. unter anderem darauf hin, daß ENGELS gewöhnlich nur unter dem Zwang der Polemik zu seinen theoretischen Darlegungen kam: *„Der Zwang zu polemischer Auseinandersetzung mußte sich erst von außen oder auch von innen her seiner bemächtigt haben, um ihn zu vollbewußter verstandesmäßiger Kritik aufzurütteln." (S. 186.)* Aber wenn ENGELS mehr die Polemik pflegte und weniger die systematische Zusammenfassung und Darstellung als MARX, so liegt das nicht zum wenigsten an der Arbeitsteilung, die beide vorgenommen hatten, wonach der eine mehr die Vertretung der Theorie nach außen, der andere ihre Weiterentwicklung übernahm. Es liegt aber auch an dem schon erwähnten Unterschied ihrer Lebenslagen. Solange die Reaktion nicht herrschte, die Zeit mehr den Kampf als stilles Forschen begünstigte, da geschah bei MARX genau so wie bei ENGELS die Darstellung ihrer Ideen fast nur in polemischer Form. Als dann von 1870 an ENGELS wieder die volle Muße zu seinem Schaffen gewann, gebot die Zeit wieder Anteilnahme an praktischen und theoretischen Kämpfen. Wenn damals ENGELS allein die Polemik führte und MARX gar nicht, so rührte das vornehmlich daher, daß dieser körperlich schon gebrochen war, so daß er sich literarisch überhaupt nicht mehr betätigte, auch zur Fertigstellung des „Kapital" nicht mehr kam.

Die Zeit aber, in der sich Marx seiner großen systematischen Arbeit widmen durfte, war eben jene, in der Engels durch seinen kaufmännischen Beruf am meisten an systematischer Arbeit verhindert war.

Wenn Engels Marx gegenüber kleiner erscheint, als dem wirklichen Unterschied ihrer Fähigkeiten entspricht, liegt das vor allem an seiner beispiellosen Bescheidenheit und Freundschaft, aber auch an seiner ungeheuren Hingebung für ihre große Sache, der gegenüber ihm seine eigene Persönlichkeit ganz gleichgültig wurde. Weil er selbst groß war, vermochte er früher als alle andern Marx' Größe völlig zu begreifen, wurde es ihm zur heiligen Pflicht, Marx für die Sache der Wissenschaft und des Proletariats arbeitsfähig zu erhalten, um jeden Preis, selbst um den der Einschränkung des eigenen wissenschaftlichen Wirkens durch kaufmännische Erwerbsarbeit. Kaum jemals hat ein Denker der Wissenschaft ein so ungeheures Opfer gebracht.

Diese Seite Engelsscher Größe hat M. sehr gut erfaßt und mit Recht verneint er deshalb auch die Frage, ob Engels sich durch die Marxsche Überlegenheit nicht bedrückt fühlte, ob nicht „auf dem Grunde seiner Seele diese schmerzhafte Stelle brannte, daß dort unten eine tragische Note mitklang". (S. 188.)

Jedes Gefühl des Neides oder der Eifersucht war Engels fremd. Durch die Größe des Freundes fühlt er sich nicht bedrückt, sondern erhoben. Was konnte es für ihn Freudigeres geben, als von diesem Genie, das er so hoch verehrte, als ebenbürtiger Mitarbeiter anerkannt zu werden! Marx hatte vor Engels' Begabung und Wissen den größten Respekt und es wäre ihm nicht eingefallen, bei seinem Freunde einen „gewissen Dilletantismus, zumal in der Philosophie" zu entdecken.

Marx und Engels wuchsen beide miteinander, einer durch den andern. Keiner von ihnen hätte das, was er leistete, erreicht, ohne den Freund. Wie hätte sich in diese freudige und stolze Arbeitsgemeinschaft ein tragischer Ton einschleichen können!

Vortrefflich ist es, wie M. das Verhältnis der Marxschen und Engelsschen Begabung für praktische politische Arbeit kennzeichnet. Er tut dies bei der Darstellung der revolutionären Ereignisse von 1848, die überhaupt zu den gelungensten Partien des Werkes gehört und uns gerade in der jetzigen Situation durch ihre aktuellen Parallelen fesselt.

Der betreffende Passus sei vollständig wiedergegeben. M. berichtet über die Tätigkeit der beiden Freunde in der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" und fährt dann fort:

„Bei diesem eng verbundenen Wirken für eine gemeinsame Aufgabe, die an jeden Tag Forderungen stellte, die keinen Aufschub duldeten, zeigte sich ihnen immer von neuem, in wie seltenem Maße ihre Naturen sich ergänzten. Selbst von mancherlei Hemmungen und Schwankungen der Stimmung geplagt, bewundert Marx, wie Engels ‚arbeitsfähig zu jeder Stunde des Tages und der Nacht, voll oder nüchtern, im Schreiben quick und unvergleichlich rasch in der Auffassung, seine Artikel aufs Papier schleuderte, wie leicht und sicher er die englischen und französischen, die belgischen und

dänischen, die italienischen, spanischen und österreichischen Blätter überwachte und mit wie unheimlicher Schnelligkeit er das herangeholte Material ihren gemeinsamen großen Gesichtspunkten dienstbar zu machen wußte. Weil aber ihm selbst diese den Tagesschriftstellern so nötige Begabung abging, mußte Marx, wenn er, was öfters vorkam, einen ganzen Tag über einem Artikel gehockt und sich beim Ziselieren der Sätze nicht hatte genug tun können, sich von dem Freunde den Vorwurf, der ihn nicht verletzen konnte, gefallen lassen, daß er zum Journalisten nicht geboren sei.“

„Dafür erwies er sich freilich als der überlegene politische Stratege. Wo Engels sich leichter hinreißen ließ, eine Situation so zu bewerten, wie es seinen eigenen Wünschen am besten entsprach, da bewahrte Marx die größere Kühle und Sicherheit seines Urteils vor übereilten Schlüssen. Den ‘Überblick, mit dem er im gegebenen Moment, wo rasch gehandelt werden mußte, stets das Richtige traf und sofort auf den entscheidenden Punkt losging‘, vermißte Engels bei sich selbst. In ruhigen Zeiten, gestand er später, sei es wohl vorgekommen, daß die Ereignisse einmal auch ihm Marx gegenüber recht gegeben hätten, aber in revolutionären Momenten war sein Urteil fast unanfechtbar‘. In der Hitze des täglichen Kampfes bewährte sich ihr Bündnis ebenso wie vorher bei dem Aufbau ihrer neuen Geschichtsauffassung, deren Tragkraft es nun zum erstenmal an einer großen weltgeschichtlichen Situation zu erproben galt.“ (S. 322.)

Sie hat die Probe glänzend bestanden und den Freunden eine große Überlegenheit über die Illusionäre der Revolution von 1848 verschafft. Freilich nicht immer.

Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns aufs beste die Aufgaben der Gegenwart sowie die Richtung der Wege erkennen, die von ihr in die Zukunft führen. Doch gibt es leider noch keine wissenschaftliche Methode, die uns die Länge des Weges ermessen ließe, der vor uns liegt. Auch die größte wissenschaftliche Einsicht in die Gesetze der Gesellschaft und in ihre augenblickliche Struktur schließt Irrtümer über das Tempo der Entwicklung nicht aus. Da versagt die wissenschaftliche Basis, die der Politik durch die materialistische Geschichtsauffassung gegeben wurde, da kann noch der Wunsch der Vater des Gedankens sein. In dieser Beziehung haben auch MARX und ENGELS noch sehr häufig geirrt.

Das Jahr 1848 war dazu besonders geeignet. Wohl erkannten MARX und ENGELS genau die Rückständigkeit des Proletariats. Nicht ihm, sondern der Bourgeoisie gehörte die nächste Zukunft. Nicht dem Kommunismus galt ihr ganzes Wirken während der Revolution, sondern der Eroberung und Sicherung der Demokratie. Jedoch erwarteten sie, die Revolution werde länger dauern, und in ihrem Verlauf werde sich das Proletariat rasch zum entscheidenden politischen Faktor entwickeln; es werde schließlich die Staatsgewalt erobern und sie seiner ökonomischen Befreiung dienstbar machen.

Was sie erwarteten, war im wesentlichen nichts anderes, als eine Wiederholung des Ganges der großen französischen Revolution, aber mit einem

weiter entwickelten Proletariat, das dafür sorgen sollte, daß die Herrschaft der proletarischen Minderheit nicht wieder, wie 1794, mit einem Zusammenbruch endete.

Jedoch gerade der Fortgang der Entwicklung seit der französischen Revolution hatte Verhältnisse geschaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge von 1789 bis 1794 ausschlossen. Schon von Anfang an fühlte sich diesmal die Bourgeoisie vom Proletariat bedroht; sie ließ ihm keine Zeit, sich zu sammeln und an Kraft und Einsicht zu gewinnen. Sofort provozierte sie die Entscheidungsschlacht. Waren in der ersten großen Revolution Frankreichs von der Erstürmung der Bastille bis zum 9. Thermidor 5 Jahre verflossen (14. VII. 1789—27. VII. 1794), so dauerte im Jahre 1848 der Zwischenraum zwischen dem Ausbruch der Revolution und der entscheidenden Niederlage des Proletariats nicht einmal ebenso viele Monate (24. II.—23. VI.).

Diese rasche Katastrophe hatten Marx und Engels nicht vorausgesehen. Ihre ganze Prognose verlor dadurch ihren realen Boden. Von der Junischlacht an begann der unaufhaltsame Niedergang der Revolution.

Doch Engels war zu sehr Kämpfer, als daß er diese furchtbare Tatsache sofort hätte anerkennen können, die seine heißesten Erwartungen und Wünsche zerschmetterte. Um der Revolution nicht untreu zu werden, wurde er seiner eigenen Geschichtsauffassung untreu und verfiel den ausschweifendsten Illusionen. Jede Niederlage, die die Massen entmutigte, betrachtete er als Peitschenschlag, der sie aufrütteln, ihre Kraft verdoppeln, sie mit erneuter Wut in den Kampf treiben mußte. Er begeisterte sich nun für den Terrorismus, sprach jenen slawischen Nationalitäten, die auf Seite der Konterrevolution standen, jedes Recht auf Selbstbestimmung, auf Existenz überhaupt ab.

Merkwürdigerweise sind gerade die Engelsschen Äußerungen aus dieser Zeit — und Marx dachte damals ebenso — in den letzten Jahren von manchen Leuten, die als Marxisten gelten wollen, angerufen worden. Einerseits von Cunow und seinen Leuten, um die österreichisch-deutsche Kriegspolitik gegenüber Serbien zu beschönigen, und anderseits von Kommunisten des neuesten Schlags, um die revolutionäre Kraft jeder eigenen Niederlage darzutun und den Terrorismus zu rechtfertigen.

Die Leidenschaft des Kampfes hatte Marx und Engels getrieben, sich der Erkenntnis der Wirklichkeit zu verschließen, sobald diese anfing, trostlos zu werden. Diese Erkenntnis kam ihnen jedoch sofort wieder, als der Kampf eingestellt werden mußte. Als Flüchtlinge in England von Herbst 1849 an, vermeinten sie anfangs noch, die Ereignisse der letzten Zeit hätten nur den Anfang der Revolution bedeutet, die bald wieder von neuem ausbrechen müsse. Doch einige Monate des Aufenthalts in England und des Studiums der ökonomischen Situation genügten, sie zur Erkenntnis zu bringen, daß die Revolution zunächst zu Ende und ein neuer Ausbruch nicht so rasch zu erwarten sei. Als sie das aussprachen, isolierten sie sich damit unter den Revolutionären, denen die ökonomischen Bedingungen des politischen Kampfes höchst gleichgültig waren und der bloße Wille als das einzige Triebrad der Geschichte erschien. Aber schließlich haben Marx und Engels recht be-

halten, und das, nicht der Augenblickserfolg, entscheidet in der Geschichte, wie in der Wissenschaft.

Mit der gleichen Leidenschaft, wie gegen die Konterrevolution wendete sich ENGELS nun gegen diejenigen Emigranten, die für nichts anderes Sinn hatten, als für die Revolution, die die Revolution unter allen Umständen betrieben, mochten diese revolutionär sein oder nicht, die Revolutionäre von Beruf waren und jeden andern verschmähten:

„Gegen die Verschwörer von Profession, gegen die ‚dissoluten Gewohnheiten' einer im Ausland herumbummelnden Emigration, eines Instituts, ‚worin jeder notwendig ein Narr, ein Esel, ein gemeiner Schurke wird, der sich nicht ganz von ihr zurückzieht', gegen die Romantiker der Revolution, die, ohne tieferen Einblick in das Zusammenspielen der die Geschichte bestimmenden Faktoren, den Umsturz, den sie herbeisehnten, durch spontane Verschwörungen bewerkstelligen zu können glaubten, empfand Engels eine unüberwindliche Abneigung." (S. 395.)

Um sich und MARX das Schicksal zu ersparen, in dieser Schichte unterzugehen, entschloß sich ENGELS, als er das Ende der Revolution erkannt hatte, in die Spinnerei seines Vaters in Manchester einzutreten, Ende 1850. Damit endet die erste Periode in ENGELS' Leben. Bis hierher reicht der vorliegende Band der M.schen Biographie.

In der Tat bildet das Jahr 1850 nicht bloß in den äußerlichen Lebensbedingungen, sondern auch in den inneren für ENGELS die ausgesprochene Grenze zweier großer, streng geschiedener Abschnitte.

Mit Recht bezeichnet M. den Abschnitt bis 1850 als die ENGELSschen Wanderjahre. Von da an beginnen die Meisterjahre. Doch noch in einem anderen Sinne sind die beiden Abschnitte getrennt. In dem ersten erwarteten MARX und ENGELS die bürgerliche Revolution als Mittel, die Demokratie zu verwirklichen, gleichzeitig aber auch das Proletariat aufs rascheste zu entwickeln und zur Herrschaft im Staate zu befähigen. In dem zweiten Abschnitt erscheint ihnen die Revolution in der Regel nicht so nahe, daß sie ihr ganzes Dichten und Trachten auf sie konzentrieren. Die physische und intellektuelle Wiedergeburt des Proletariats wird jetzt für sie eine Aufgabe, der das sozialistische Wirken sich auch unter nicht revolutionären Bedingungen anzupassen hat. Die MARXsche Internationale, die 1864 ersteht, sie dient zunächst nicht der Revolution, sondern der Erhebung des Proletariats und der Verbesserung seiner Kampfesbedingungen durch Schaffung von Massenorganisationen, durch Massenpropaganda, durch Wahlrechtskämpfe und Erringung sozialer Reformen. Die bürgerlich-demokratische Revolution als Vorbedingung der proletarischen tritt immer weiter zurück, je mehr das Proletariat sich kräftigt. Immer mehr wird das Ziel der Entwicklung die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ohne das Zwischenstadium einer bürgerlichen Revolution und in diesem Sinne die direkte proletarische Revolution, die aber ganz andere Formen annehmen muß, als die früheren bürgerlichen Revolutionen.

ENGELS in diesem Stadium zu verfolgen, wird die Aufgabe der weiteren

Phase der Kampagne mit zwei Flugblättern (am 1. XII. 1915 und 1. I. 1916) ab, worin es sich an das Petrogarder Proletariat wendete und den begangenen Verrat rügte. Den patriotischen Redewendungen stellte es die Erklärung entgegen, „der Feind stehe im eigenen Lande“, und predigte daher den

---

nur einer in das Z. K. eingetreten ist, daß er aber sofort aus der Petrograder Parteigruppe und damit auch aus der Partei ausgeschlossen wurde“. Die Nr. 16 (15. XII.) des „N. G.“ berichtet über Versammlungen verschiedener Arbeitergruppen, die die Berichte über die Wahlversammlung entgegennahmen und sich dazu aussprachen. Ein Teil forderte die unverzügliche Zurückziehung der Arbeitervertreter aus den Komitees, der andere wollte aber einen engen Zusammenschluß aller Petrograder Arbeiter, die jede Organisation vermissen ließen, um eine neue Organisationszelle herzustellen. —

In einem „Dem Verstande zu Trotz“ überschriebenen Artikel sagte die volkstümliche „Narodnaja Gaseta“ über die zweite Wahlkampagne: Hier in Petrograd, wo die Kampagne sich breit entfaltete, „waren die Arbeiter durchaus imstande, sich damit vertraut zu machen, was die K. I. K., was ihre Endziele und ihre nächsten praktischen Aufgaben sind“. In der Wahlversammlung siegte jene Richtung, die schroff ablehnend der Beteiligung an den Komitees gegenübersteht. „Dies war der Wille der Petrograder Arbeiter. Man mag Beweise für die Irrtümlichkeit dieser Entscheidung erbringen, ihr jede praktische Zweckmäßigkeit absprechen usw. Man darf aber die Arbeiterschaft nicht ihres Rechtes auf eine eigene Meinung berauben ... Und wer die Klassensolidarität achtet ..., soll sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen. — „N. Gas.“ meint, daß, wenn die ‚über jedes Maß eifrige Minderheit‘ sich damit nicht zufrieden geben wolle, so müßte sie sich an die Massen wenden und durch neue Wahlen der Wahlmänner, also durch neue Umfrage bei den Urwählern, die Frage zur Entscheidung bringen. Statt dessen erlangte sie bei der Administration eine neue Versammlung der alten Wahlmänner, ohne ihre Befugnisse erneuert zu haben. Nach dem Verlassen des Saales durch die Internationalisten blieben bloß 45 % der Wahlmänner, die ihrerseits (auch nicht entfernt einstimmig) ihre Entscheidung fällten. „Mit überraschender Kühnheit urteilte so eine winzige Zahl der Wahlmänner in einer Frage, durch die die gesamte Petrograder Arbeiterschaft bewegt wurde und noch jetzt bewegt wird. Sie haben den ausdrücklichen Willen ihrer Kameraden übertreten, die Rechte ihrer Wähler mißachtet, die einfachsten Regeln der demokratischen Wahlen verletzt.“ (Wiedergeg. in „Nasche Slowo“ Nr. 34 (421), 10. II. 1916: Sozialpatriotismus in Rußland I. Sein Sieg.)

Ich habe keine einzige Nummer der „Narodnaja Gaseta“ gesehen. „Nasche Slowo“ charakterisiert sie folgendermaßen: „Nas. Gas.“ bekannte sich zu aktiver Beteiligung der Arbeiterklasse an der nationalen Verteidigung. Sie malte bewundernd aus, wie es die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Belgiens verstanden hätten, durch weise demokratische Politik die nationale Einigkeit zu sichern. Immerhin wahrte sie einen anständigen Ton“ (ebenda).

„Bürgerkrieg". — Es ist noch von Interesse, hinzuzufügen, daß die Wahlen der Arbeitervertreter in den Versicherungsrat, die Ende Januar unter der Parole: Gegen Gwosdjoff und Genossen, gegen Beteiligung! stattfanden, einen vollständigen Sieg der bolschewistischen Richtung brachten.

Am 3./16. XII. 1915 verlas Gwosdjoff in der Plenarsitzung des Z. K. I. K. eine Erklärung, die wegen des Zensurverbotes zwar nicht in ihrem vollen Umfange veröffentlicht werden konnte, jedoch in der Nr. 15 des „N. G." in Auszügen wiedergegeben wurde. Manches darunter wird in einem Aufrufe erläutert, mit dem sich die Arbeitergruppe des Z. K. I. K. an die Arbeiter Rußlands am 2./15. I. 1916 wendete (N. G. Nr. 4 [18]). Es heißt darin: „Im vollen Bewußtsein unserer internationalen proletarischen Pflichten wie auch unserer ungeheuren Verantwortung sowohl der Arbeiterklasse Rußlands als auch dem gesamten Lande gegenüber treten wir an unsere Tätigkeit als Vertreter der Petrograder und vorläufig der sämtlichen Arbeiter Rußlands in den Z. K. I. K. heran ... Wir fühlen uns verpflichtet, darzulegen, wie wir die heutige Lage auffassen:

1. Die Arbeiter Rußlands ... haben immer anerkannt und anerkennen auch heute, daß die Interessen der arbeitenden Klassen in allen kapitalistischen Ländern gleich sind, daß es keineswegs der Brudermord ist, der die Befreiung der internationalen Arbeiterschaft von der Lohnsklaverei näherbringen kann. — 2. Von Anfang an erachten die Arbeiter den Krieg als schädlich für die Befreiung des Landes und den Kampf der Arbeiterklasse. Sie sprechen diesem Kriege jede Berechtigung ab, Befreiungskrieg zu heißen, da er einfach ein Eroberungskrieg um neue Märkte und Weltherrschaft ist ... Indem die klassenbewußten Arbeiter Rußlands auf ihrem internationalen Standpunkte beharren, können sie jedoch nicht gleichgültig der gegenwärtigen Lage des Landes gegenüberstehen. Am innigsten, mehr als den bemittelten Klassen, liegt es der Arbeiterklasse daran, daß das Land vor Zertrümmerung und Niedergang gerettet werde." Diese Errettung des Landes „von den drohenden vielartigen Gefahren", heißt es weiter, „wird von den Arbeitern als doppelte Aufgabe betrachtet, u. zw. als die Aufgabe, die äußeren und die inneren Hindernisse zu überwinden". — Sodann wendet sich die Erklärung gegen das reaktionäre Regime sowie gegen die Charakterlosigkeit der Reichsduma und fordert die vollkommene Demokratisierung des Landes als einziges Mittel und unentbehrliche Voraussetzung seiner Errettung. „Daher kann die Arbeiterklasse, ohne sich selbst und das Volk zu täuschen, jetzt die Verantwortung für die Verteidigung nicht übernehmen ..." Auch die Verantwortung für die Tätigkeit des Z. K. I. K. wird abgelehnt, da die K. I. K. im Grunde genommen großindustrielle Organisationen und von den erprobten Führern der kapitalistischen Kampfvereinigungen geleitet seien. Die Arbeitervertreter könnten darin nur eine unbedeutende Minderheit bilden. „Die Arbeiterschaft und die Demokratie überhaupt kann keineswegs sicher sein, daß selbst die sehr eng aufgefaßten und auf die technische Mobilmachung der Industrie beschränkten Verteidigungsaufgaben von ihnen ohne Schädigung der Landesinteressen werden gelöst werden. Dieses Mißtrauen wird wohl von der gesamten Tätigkeit des

Z. K. I. K., insbesondere aber von seiner Arbeiterpolitik, genährt." Wenn so, warum beteiligen sich dann doch die Arbeitervertreter an diesen Unternehmerorganisationen? Weil „die Arbeiter sich verpflichtet fühlen, in diesen Einrichtungen, die dank den außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit eine besondere Rolle spielen, die eigene Auffassung der Landesinteressen und der Wege zur Errettung des Landes zu vertreten. Sie stellen sich auch die Aufgabe, die Arbeiterinteressen vor jedwedem Attentate zu schützen und mit allen Mitteln die Organisierung der Arbeiterschaft zu fördern ... Wir verlangen, daß das Z. K. I. K. von vornherein die Berechtigung unserer Forderung nach Einberufung des Arbeiterkongresses und Sicherung der Fühlung der Abordnung mit den Wählern anerkenne. Wir verlangen, daß es alles einsetze, um die Hindernisse aus der Welt zu schaffen, die diesen Ansprüchen im Wege stehen ... Würden aber unsere Forderungen nicht erfüllt und die Tätigkeit der Abordnung von der (bürgerlichen G. T.) Presse systematisch totgeschwiegen oder entstellt, und erweist es sich, daß man bloß Statisten für die Einigungskomödie, nicht aber wirkliche Vertreter der Arbeiterschaft Rußlands haben wollte, die den drückendsten Teil der Not trägt — dann werden wir zu unsern Wählern zurückkehren und mit ihnen zusammen jenen Schluß ziehen, der uns dann als einzig möglich erscheinen wird" — was wahrscheinlich eine Drohung mit dem Austritt der Abordnung aus dem Komitee bedeuten sollte.

Das Z. K. I. K. schloß sich dem Wunsche der Arbeiterabordnung nach Einberufung des Arbeiterkongresses an und bewilligte ihr die erwünschte Selbständigkeit.[1]) Diese erhielt einen Sekretär, den sie sich selbst wählte, für dessen Besoldung aber das Z. K. aufkam.

Noch sei zum Schluß das Programm der nächsten Tätigkeit wiedergegeben, daß die Abordnung im Z. K. I. K. in dem oft zitierten Aufrufe darlegt. Die Vorbereitung des Arbeiterkongresses, die Organisierung der Arbeiterschaft für die Aufgaben, die ihr die Beteiligung an den K. I. K. diktiert, erscheinen Gwosdjoff und Genossen als dringlichste Aufgaben. Dann

1) Im zit. Aufruf an die Arbeiter Rußlands wurde diese Absonderung damit begründet, „daß die Arbeiter eigene Klasseninteressen haben und die Aufgaben der Arbeiterschaft im Z. K. I. K. sich schroff von denen unterscheiden, die dessen Mehrheit verfolgt", sowie damit, daß „jene gemeinsamen Arbeiten, die wir Arbeiter zeitweilig mit der Mehrheit des Z. K. haben können, am besten von den koordinierten Bemühungen selbständiger Gesellschaftsgruppen zu erfüllen sind" (N. G. Nr. 4—18). — Was anderseits die Gründe des Entgegenkommens von seiten des Z. K. betrifft, so wurden sie in dem Moskauer Landes-K. I. K. vom Vizepräsidenten der Association de l'industrie et du commerce Poplawskij folgenderweise erklärt: „Die Verselbständigung der Arbeitergruppe im Z. K. I. K. ist das Ergebnis einer Abmachung zwischen den Führern des Komitees und den Arbeitern, mit dem Zweck, diese ins Komitee zu verlocken." Dabei wies er auf die Fruchtlosigkeit der Arbeit der Petrograder Gruppe hin: „Alle ihre Berichte und Referate müssen der Kriegszensur vorgelegt werden. Mitteilungen an die Wähler sind in der Anwesenheit der Polizei zu machen usw. (N. G. Nr. 5, 19/31. I. 1916). —

aus zufälligen Gründen in Broschürenform erschienen und stellt eigentlich einen Zeitungsartikel dar. —

Das Buch von MAJSKY (4) enthält eine Reihe von Abhandlungen, die über die Politik und die soziale Struktur Deutschlands in deren Zusammenhange mit dem Krieg unterrichten. Der Verf. kennt die deutschen Verhältnisse gut; er stand vor dem Kriege in enger Fühlung mit den deutschen Partei- und Gewerkschaftsführern. Ein Kapitel des Buches beschäftigt sich mit der soz.-dem. Partei, ein anderes mit den Gewerkschaften. Im letzten Kapitel werden die durch den Krieg geschaffene Lage und die Bemühungen der Gewerkschaften zur Überwindung der ungeheuren Schwierigkeiten geschildert. Was die Stellungnahme der Sozialdemokratie in Deutschland betrifft, so bemüht sich MAJSKY — abweichend von ENSIS (s. unten) — nicht so sehr um die Darstellung der „Neuorientierung" selbst als um die Untersuchung ihrer Ursachen. Er sagt dabei nichts, was wir nicht schon von AXELROD, LENIN, MARTOW, TROTZKY u. a. wüßten.

Das Büchlein von ENSIS (3) ist insofern belehrender, als es die Vorgänge in der deutschen Partei seit Kriegsbeginn zusammenfassend schildert. ENSIS steht keineswegs auf dem Boden der Mehrheitspolitik, die er gelegentlich einer nicht gerade milden Kritik unterzieht. Diese Kritik gilt allerdings dem Sozialpatriotismus überhaupt, wo dieser auch seinen Sitz haben mag. Wenn ENSIS z. B. den „ausschließlich nationalen Standpunkt" der Erklärung vom 4. August betont und sie verurteilt, weil in ihr „die Augenblicksmotive die Motive von allgemeiner Tragweite überwiegen", so bekämpft er damit auch die nationale Beschränktheit, die sich in den Reihen der Ententesozialisten geltend macht. Auch das, was er über einen „ausschließlichen Verteidigungskrieg" oder über die Einschätzung des „vorteilhaftesten Kriegsergebnisses" sagt, ist von ganz allgemeiner Bedeutung.

Der Auseinandersetzungen SUCHANOFFS mit den „nationalen" Sozialisten Rußlands wurde bereits in diesem Archiv (VII, 62, 69) gedacht. Seitdem ist die II. und III. Ausgabe seines Büchleins über die „Linksgruppen und den Krieg" erschienen. Auch seine neue Broschüre „Zur Krise des Sozialismus" (9) liegt bereits in II. Auflage vor. Sein Kampf gegen die Chauvinisten sans phrase und gegen die Sozialnationalen machte ihn zum Ziel bösester Angriffe und Verleumdungen von seiten seiner Gegner. Er setzt aber seine aufklärende Tätigkeit unbeirrt fort, wobei er sich tunlichst der neuen, M. GORKIJ sehr nahestehenden Zeitschrift „Ljetopisj" (12) bedient.

SUCHANOFFS Schrift „Zur Krise" stellt, wenn ich nicht irre, den S. A. eines Artikels aus der — seither eingegangenen — Zeitschrift „Ssowremennik" vom April 1915 dar. Das war, wie es scheint, die erste entschiedene und grundsätzliche Kritik des sozialnationalen, oder, wie ihn SUCHANOFF nennt, des „national-staatlichen" Standpunktes, die offen, in den „legalen" Veröffentlichungen geübt wurde. In den Gedankengängen PLECHANOFFS sieht SUCHANOFF keine individuelle Entgleisung. PLECHANOFF ebne den Weg einer neuen sozialistischen Ideologie, die übrigens, wie SUCHANOFF glaubt, bei den nationalen Sektionen der zweiten Internationale guten Kredit hat. PLECHA-

innerhalb des Komitees zu bilden. Das Moskauer Landeskomitee berief sich dabei auf den „Geist der breiten öffentlichen Organisation", der ihm nicht erlaube, in seinem Schoße Klassenorganisationen zu dulden. Der schon erwähnte POPLAWSKIJ erklärte bei dieser Gelegenheit: Wollen die Arbeiter nicht darauf eingehen, sich mit den Vertretern anderer Klassen auf dem Boden praktischer Arbeit, der Erzeugung von Stiefeln usw., zusammenzuschließen, so werde die Arbeit deshalb noch nicht stocken. Das Komitee im ganzen war aber nicht so entschlossen und mahnte in seiner Resolution zur Eintracht.

Der Standpunkt der Moskauer Gruppe war unverhüllt sozialnational. Ihre Erklärung erregte durch die starke Betonung des „Verteidigungsmomentes" das Mißfallen auch jener Elemente, die die etwas verwischte Fassung der Petrograder Erklärung durchaus billigten (N. G. Nr. 13). (Red.-Artikel: „Erste Schritte"). Sie lautet auszugsweise: „Wir glauben, daß die Interessen unseres Landes, wie auch unsere Arbeiterinteressen unsere Beteiligung an den K. I. K. erfordern. Es ist Bürgerpflicht der Arbeiterklasse, das bedrohte Vaterland gegen die feindliche Invasion zu wahren, die zu allererst und im höchsten Maße die arbeitenden Schichten des Volkes ruiniert. Beteiligen wir uns aber an der Verteidigung unseres Landes und kämpfen wir gegen die Verletzung seiner Selbständigkeit, gegen seine Niederdrückung und Eroberung durch andere Staaten, so treten wir auch der Selbständigkeit und Freiheit anderer Vaterländer nicht nahe. Während wir Rußland verteidigen, werden wir jede Eroberung fremder Länder und Vergewaltigung fremder Völker, mit denen wir in Eintracht leben wollen, bekämpfen. Wir wünschen den von den Arbeitern aller Länder ersehnten Frieden, bei dem kein Volk der Eroberung und Vergewaltigung in irgendwelcher Form ausgesetzt werden kann. Gemeinsam mit den Arbeitern anderer Länder werden wir jeden Schritt zu einem solchen Frieden unterstützen." Zum Schluß kommt die sakramentale Erklärung, daß „die Verteidigung und Errettung Rußlands erst dann erfolgreich sein könne, wenn das gesamte Volk zur freien Betätigung aufgerufen und die Sache der Verteidigung von der auf alle Klassen und Völker sich stützenden Volksvertretung übernommen wird". Wie die Umgestaltung des russischen Staatslebens und seine Demokratisierung, so leitet die Erklärung auch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Arbeiterschutzes aus den Bedürfnissen der Verteidigung her. „Die erfolgreiche Verteidigung des Vaterlandes fordert, daß die Arbeiter, die alles, für das Heer Notwendige erzeugen, in menschenwürdige Verhältnisse gestellt seien und daß ihre Familien nicht verhungern" — wird hier zur Begründung gesagt (N. G. Nr. 12).

Interessant ist der Verlauf der Kampagne in Samara. Freilich leiden die Berichte des „N. G." besonders stark an Einseitigkeit und Voreingenommenheit. Wenn z. B. die Argumente der „Boykottisten" ebenfalls mitgeteilt werden, geschieht dies mit so viel Überhebung und Spott, daß es kaum möglich wäre, sie auch nur annähernd herauszuschälen, wenn sie uns nicht sonst bekannt wären. Die Kampagne wurde am 5. IX. 1915 durch eine gemeinsame Sitzung des Arbeitsbureaus des Kriegskomitees und der neuen Vertreter der Krankenkassen wie auch anderer Arbeiterorganisationen ein-

geleitet. Die Arbeitervertreter beschlossen eine Erklärung, in der es hieß, daß sie „die Augen gegenüber der schwierigen Lage des Vaterlandes nicht verschließen“ und die ungeheuren Folgen nicht übersehen, welche die eine oder die andere Beantwortung der Frage der Beteiligung haben wird“. Die Entscheidung dieser Frage setzt aber die Versammlungs- und Diskussionsfreiheit voraus. Vor deren Bewilligung lehnen es daher die Arbeitervertreter ab, in eine Besprechung der Wahlordnung einzugehen. Das K. I. K. setzte denn auch daraufhin beim Gouverneur ein gewisses Versammlungsrecht für die Arbeiter in Samara durch, das sie seit 1906 vermißten, und nunmehr wurde die Kampagne planmäßig von einer Arbeiterkommission geführt, die in einer von über 100 Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen und sachkundigen Beratern besuchten Versammlung der ersten Samaraer Krankenkasse ernannt wurde. Der Vorsitzende bezeichnete als Aufgabe dieser Versammlung nicht die Entscheidung der Frage selbst, sondern die Besprechung der Mittel, um die Kampagne so breit wie möglich zu entfalten. Die Arbeiterkommission arbeitete einen Plan aus, wonach in den bedeutendsten Werken Versammlungen stattfinden sollten. Er wurde auch, wenngleich nicht ohne Reibungen und Schwierigkeiten durchgeführt, da es mit der Bewilligung der Versammlungen haperte und Werksverwaltungen es auch mitunter versuchten, die Wahlen ohne Vorversammlungen und ohne Beteiligung von Vertretern der Arbeiterkommission durchführen zu lassen. Diese trat dem aber energisch entgegen und erklärte ohne ihre Zustimmung keine Wahlen zuzulassen. „Verteilen sie ohne unser Wissen die Wahllisten, so sabotieren sie eben die Wahlen bewußt, da wir sie gewarnt haben“ (N. G. Nr. 8). Ende September beschloß die Arbeiterkommission nach stürmischen Debatten, an den Wahlmännerwahlen teilzunehmen, ohne sich dadurch in bezug auf die Wahl in das Komitee selbst irgendwie zu binden. Vorläufig wolle man nur die Wahlkampagne möglichst breit entfalten und in die Länge ziehen. Die Ansichten waren aber in der Kommission geteilt, und die Minderheit wollte, wie aus den ständigen Klagen hervorgeht, von vornherein die Wahlmänner zur Wahlenthaltung verpflichten. Die Kommission verbot daher der Minderheit, in den Versammlungen mit Instruktionen aufzutreten, die der kommissionell empfohlenen Resolution widersprachen. Das half freilich nicht viel. Aber die Zeit verging und man mußte endlich einen Entschluß für oder gegen die Entsendung von Komiteevertretern fassen. Durchblättert man das Blatt, so gewinnt man eigentlich den Eindruck, daß die Sache wenigstens für die Führer bereits längst entschieden war und es ihnen nur aus taktischen Gründen inopportun erschien, die Kampagne offen unter der Parole der Beteiligung zu führen, da sie hiervon eine Einschränkung ihrer Breite befürchteten. Eine Konferenz der in der Arbeiterbewegung von Samara tätigen Menschewisten faßte mit über $^2/_3$-Mehrheit den Beschluß, der ebenso wie in Petrograd und Moskau die endgültige Entscheidung dem Arbeiterkongresse überließ, vorläufig aber feststellte, daß die Arbeiter in die K. I. K. eintreten müssen, um darin dauernde politische Arbeit zu leisten und die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen. Die „positive Arbeit“ in den K. I. K. wurde hingegen einstimmig abgelehnt. Ein winziger Teil sprach sich gegen die

Beteiligung aus, ein anderer wollte sie bis zur Entscheidung des Arbeiterkongresses auf demonstrative Erklärungen beschränken (N. G. Nr. 12.). In einem „Man muß wählen!" überschriebenen Artikel des N. G. (Nr. 16) heißt es: „Nun, nach langem und hartnäckigem Kampfe, nach der Erfahrung anderer Städte, nach der kurzen Arbeit im Z. K. I. K. ist uns die Stellung klar, die der Arbeiterklasse die beste Gelegenheit bieten kann, ihre Desorganisiertheit zu überwinden ... Es gilt aus der Anarchie und Atomisierung zu Aktivität und Organisiertheit überzugehen."

Am 25. II. 1916 fanden die Wahlen statt. 89 Wahlmänner waren erschienen, 4 fehlten. Der Vorsitzende des K. I. K. lud nach Eröffnung der Versammlung die Arbeiter ein, alten Parteistreit zu vergessen. Der Vertreter der Handelsangestellten, B. Wassiljeff, hielt ihm, scheint es, die abweichenden Anschauungen der Arbeiter über die K. I. K. und Klasseneinigkeit entgegen. 52 Wahlmänner erklärten sich darauf für die Wahlbeteiligung zu Zwecken der politischen Arbeit, 23 aber verlasen eine „boykottistische" Erklärung und verließen den Saal. Die Resolution und Instruktion werden aus Zensurrücksichten nicht publiziert, ebensowenig die Erklärung der Arbeitergruppe im K. I. K. (N. G. Nr. 9—23).

Die Gruppe hatte geplant, sich nach Petrograder Muster als selbständige Abteilung zu konstituieren. Dies gelang ihr aber nicht im vollen Umfange. Das Präsidium des K. I. K. verzichtete auf eine sachliche Erörterung der Arbeitererklärung und erklärte sich nur bereit, die Selbständigkeit der Arbeitergruppe anzuerkennen, insofern diese in Übereinstimmung mit dem Komitee handeln wird". Die Gruppe wollte sich zwar damit nicht zufriedengeben, eine weitere Erörterung wurde aber durch die Einmischung des Gouverneurs verhindert, der der Hälfte der Arbeitervertreter als Ausgewiesenen und unter Polizeiaufsicht Stehenden die Tätigkeit im K. I. K. verbieten wollte. Dieses Verbot hielt das letztere zwar für ungesetzmäßig, wollte jedoch dem Vorschlage der Arbeitergruppe, die Komiteearbeit unbeirrt fortzusetzen, nicht Folge leisten und zog es vor, einen telegraphischen Protest an das Z. K. I. K. zu richten, vorläufig aber die Plenarsitzungen einzustellen, um weder die Rechte der Arbeitervertretung noch die Forderungen des Gouverneurs zu verletzen. Damit war auch die Entscheidung über die Ansprüche der Arbeitervertretung verschoben. Inzwischen wurden am 27. IV. fünf Mitglieder der Gruppe und späterhin noch einige andere verhaftet.

Kiew, scheint es, ist die einzige Stadt, wo unter den Wahlmännern sich auch Vertreter der Schwarzen Hundert befanden[1]). Die Kampagne wurde

1) Die jüdischen Arbeiter Kiews, die Mitglieder des jüdischen Bundes, boykottierten die Wahlen. Darüber erzählt ein Brief aus Petrograd vom 26. II. 1916 (Bulletin des Auslandkomitees des Bundes, vom IX. 1916): „Der Wahlkampf verlief hier offen unter der Losung für und wider die Verteidigung ... Es erwies sich, daß die Mehrheit unserer führenden Arbeitergruppe für die Verteidigung und für die Beteiligung war ... Die Minderheit drohte aber mit formeller Spaltung, und diese Drohung erreichte es, daß die Mehrheit auf die Beteiligung verzichtete."

von der Verwaltung sehr geschickt inszeniert. „Am 27. XII. fand sie ihren glücklichen Abschluß, schreibt ein Korrespondent des N. G. (Nr. 3, 17. 1. 1916), ohne Abhaltung von Vorversammlungen ohne Unruhe und ohne Proteste ... Unternehmer und die Verwaltungsbehörden trafen alle Vorkehrungen, und die Kampagne verlief ganz glatt." Von den 14 824 Wahlberechtigten stimmten 9333 = 62,8 % ab. Es wurden auch Frauen gewählt. Die Anmaßungen der Schwarzen Hundert, die sofortige debattelose Vornahme der Wahlen forderten, wurden von den Wahlversammlungen zurückgewiesen. Eine Gruppe von 16 Wahlmännern verlangte neue Wahlen unter Leitung einer speziellen Arbeiterkommission nach vorangehenden Brancheversammlungen. Die Mehrheit aber hielt die Erlangung besserer Bedingungen für keinerdings vorhanden, während der Kontakt mit den Massen ohnehin nicht schwer herzustellen sei. Die Resolution enthält, außer den bereits zur Genüge bekannten politischen und organisatorischen Erwägungen und Forderungen, folgende erwähnenswerte zwei Sätze: 1. „Die Verteidigung des Vaterlandes widerspricht nicht der traditionellen Taktik der Arbeiterklasse. Die Abwehr des austro-deutschen Imperialismus ist durch die Gefahren, denen Rußland ausgesetzt ist, gerechtfertigt. Daher sollen sich die russischen Arbeiter aktiv an den Arbeiten des K. I. K. beteiligen ... 3. Die Arbeitervertreter sollen, wenn entsprechende Verhältnisse eintreten, den Friedensschluß anstreben, wobei sie jede Eroberungsgelüste, woher sie auch stammen mögen, zurückweisen und die Unversehrtheit und Selbständigkeit der Völker wahren" (N. G. Nr. 3–17).

Die vom K. I. K. als selbständige Abteilung anerkannte Arbeitergruppe bildete zwei Kommissionen: für Ernährungsangelegenheiten und für die Kontrolle der Unternehmungen, welch letztere auch unmittelbar technisch an den Heereslieferungen des K. I. K. mitwirken sollte. Anfang Januar wurden 2 Mitglieder in die Unternehmungen mit dem Auftrage delegiert, die Ursachen der Produktionsstörungen zu untersuchen[1]. „Die Gruppe — wird weiter

---

Es sei hier erwähnt, daß im Frühjahr 1916 eine Parteikonferenz des Bundes stattfand, auf der Minsk, Gomel, Kiew, Charkow, Krementschug, Ekaterinoslaw, Petrograd und außerdem der Zentralvorstand vertreten waren, und die sich in einer konfusen Resolution **für** die Beteiligung aussprach. Dieser Beschluß wird mit durch innerpolitische Erwägungen begründet, u. zw. mit der Notwendigkeit, den Einfluß der Arbeiterklasse zu stärken und „die Kräfte jener Gesellschaftsschichten zu koordinieren, die allen Eroberungsplänen der herrschenden Klassen fernstehen und den Kampf der Arbeiterklasse für Freiheit und Demokratie unterstützen können" (Abs. 2—3 des II. Teils der Resolution: „Über unsere politischen Aufgaben").

1) Es ist wohl von Interesse, daß sie feststellten: die Ursachen der Produktionsstockung „liegen nicht so sehr in ungenügender Ausrüstung der Unternehmungen, als in unzulässigen Arbeitsverhältnissen. Es gibt Unternehmungen, die absichtlich die Arbeiter durch höchst unbillige Arbeitsbedingungen abschrecken, um dann unter Berufung auf Arbeitermangel **billige Arbeitskräfte** — nämlich Kriegsgefangene — zu erhalten" (N. G. Nr. 6—20).

berichtet — besprach die Mittel zur Kontrolle der Munitionserzeugung und beschloß, die Plenarsitzung auf die Notwendigkeit, die Wahlmännerversammlung zu diesem Zweck zusammenzurufen, aufmerksam zu machen. Es wurde auch beschlossen, an der Kontrolle der Zurückstellungen militärpflichtiger Arbeiter teilzunehmen, wobei zunächst geprüft werden sollte, inwiefern die schon bewilligten Zurückstellungen den wirklichen Bedürfnissen der Produktion entsprechen. Das Komitee wurde aufgefordert, die Listen der militärpflichtigen Arbeiter, die schon einen Aufschub erhalten haben, wie jener, für die ein solcher bei der nächsten Einberufung beansprucht werden soll, vorzulegen“ (ebenda). —

In Orenburg befanden sich die Arbeiter unter den Stiftern des Komitees selbst. Bei der Beurteilung der folgenden Mitteilungen ist nicht zu vergessen, daß Orenburg kein Industriezentrum sondern eine kleinere Provinzstadt ist und daher, wie es scheint, der aufgeklärten großindustriellen Arbeiterschaft entbehrt. Schon Mitte Juli 1915 fand hier eine Versammlung der „deklassierten Elemente“ (der Intellektuellen?) statt. Es ward ein Bürgerkomitee gewählt, darunter einige Arbeiter. Dasselbe rief dann eine Schmiedeversammlung ein, zu der freilich statt Schmiede 5—600 Arbeiter verschiedener Berufe erschienen. Der Stellvertreter des Bürgermeisters, Iwanoff, beglückwünschte hierbei die Arbeiter zur Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit (!). Die Polizei war aber nur ferngeblieben, weil sie von der Versammlung nichts wußte (!). Die Stimmung war begeistert patriotisch. Ein Redner erklärte sogar: „Wenn man die Arbeiterschaft verhindert, das Vaterland zu verteidigen, so wird ihre organisierte Macht alle Hindernisse . . . niederreißen und ihre Mission erfüllen.“ Die beschlossene Resolution forderte zum Zweck erfolgreicher Verteidigung des Landes die unverzügliche Verwirklichung der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Gewissensfreiheit. „Der Krieg soll bis zur Besiegung der deutschen Regierung geführt werden. Seine Beendigung und die Friedensbedingungen sind von einer speziell dazu gewählten Reichseinrichtung (scil. einer Konstituante) zu bestimmen.“ Dann begrüßte diese Arbeiterversammlung telegraphisch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, das Heer und die Reichsduma. Sie wie die weiteren Berufsversammlungen wählten Vertreter, aus denen sich dann das Komitee des „Kriegsarbeiterverbandes“ zusammensetzte. Der Kuriosität halber sei die Aufforderung des schon erwähnten Spießbürgers Iwanoff an die Arbeiter angeführt: „sich nach deutschem Muster in die soz.dem. Partei zusammenzuschließen, da diese Partei nämlich sehr gut sei und nun der Regierung gute Dienste leiste.“ Mit der Sozialdemokratie hatte dieser Herr absolut nichts gemein. — Später vereinigte sich der Kriegsarbeiterverband mit einer ganzen Reihe bürgerlicher Organisationen und bildete so das „Vereinigte K. I. K.“ Zwischen den Arbeitern einerseits und den bürgerlichen und demokratischen Vereinigungen andererseits entstanden sogleich Reibungen und Streitigkeiten, nicht jedoch etwa als Folge von Klassengegensätzen, oder Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsziele, sondern bloß infolge von Uneinigkeit über die beste Organisation der Munitionserzeugung. Bei-

Schmerz und mit Sehnsucht nach einer Heimat klagt er: „Dort (für die westeuropäischen Arbeiter) existiert die ‚Heimat‘, die breite Verallgemeinerung des Kulturbegriffes, der Sprache und der Lebensgewohnheiten, der vergangenen Leiden und der neuen Hoffnungen ... Die ‚Heimat‘ war da eine unbestrittene Wahrheit, eine Tatsache, aus der es nur entsprechende Schlüsse zu ziehen galt.“ (S. 121.) Anderseits meint W. Wolsky: „Der Abwehrpatriotismus ist schon längst zu einer anerkannten Tatsache der aufblühenden und erstarkenden Arbeiterbewegung geworden ... Die Anerkennung des Werts des Vaterlandes, die Feststellung des Rechts und der Pflicht, es gegen Angriffe von außen zu schützen, sind Axiome für die europäischen Sozialisten.“

Die theoretische Begründung des „Rechts auf Patriotismus“ liefert der schon erwähnte Aufsatz von Potressoff. Es sei wohl wahr, meint dieser, daß es eben die „Vaterlandsidee“ war, die zu Beginn des Krieges die Einheit der Arbeiterklasse sprengte. Das sei aber nur deshalb möglich gewesen, weil die Internationalität bisher nicht als internationales Bewußtsein für sich, sondern nur als nationales Bewußtsein, das von internationalen Normen regiert wurde, bestand. Künftighin müsse sich ein mächtiger internationaler Wille bilden. Sein Inhalt aber und seine Gestalt würden durch zweierlei Umstände bestimmt werden. Einerseits enthielten die Kräfte des nationalstaatlichen Zusammenlebens, die heute noch nicht entfernt erschöpft seien, Elemente von dauerhaftem Werte für das Proletariat und die gesamte Weltentwicklung. Dies sei die individuelle national-staatliche Kultur. Auch werde der Klassenkampf in national-staatlichem Rahmen geführt, und daher habe das Proletariat sein eigenes „Kapital“ an geistig-psychologischen Werten in den Vaterlandsgrenzen angehäuft, so daß dieses Kapital auch individuell, das heißt national-staatlich gefärbt sei. Wenn also einst Marx in seinem Manifest in einem gewissen Sinne habe behaupten dürfen, die Arbeiterklasse habe kein Vaterland, sie habe nichts zu verlieren als ihre Ketten, so sei es jetzt ganz anders geworden (S. 8). Und darum werde der Patriotismus begreiflich, der mit Kriegsbeginn überall in den Arbeiterklassen sich gezeigt habe. Die Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa sei nicht nur von der Differenzierung der Gesellschaft und der Verschärfung des Klassenkampfes begleitet, sondern auch von der Umwandlung des Untertanen in Staatsbürger. Die steigende Aktivität, die Selbstbestätigung und Freiheit der Bevölkerung

---

gemeinsamen Kampfe werden die Klassen voneinander gegenseitig beeinflußt und so wird auch das Proletariat und die Sozialdemokratie von den kleinbürgerlichen Vorurteilen angesteckt. Daher sollen auch viele Sozialisten die Kriegsfragen von dem engen Standpunkte „ihres politischen Kirchturmes“ beurteilen. Ihr Internationalismus besteht danach in dem geistreichen Gedankengange: „Was haben wir ..., die Entrechteten und zum Schweigen Verurteilten, mit dem Kriege zu tun? Wir interessieren uns für Fragen der Freiheit und nicht für die Kriegsfragen“. Also, alle sozialen Vorgänge, auch der Krieg, werden angeblich vom Standpunkte innerer politischer Freiheit behandelt (S. 71, 78 passim). Nach dem in meinem ersten Art. Dargelegten erübrigt es sich freilich, auf diese Unterschiebung einzugehen.

Konferenzen der Arbeiterorganisationen (G. T.) nahmen an 42 Personen teil, in der Mehrheit Internationalisten. Der erwähnte Aufruf fand hier selbstverständlich keinen Anklang. Selbst die Anhänger PLECHANOFFS in der Frage der Vaterlandsverteidigung sprachen sich ... schroff gegen die Vertuschung der Klassenstellung wie gegen den zeitweiligen Verzicht auf den Schutz eigener Interessen aus. Die Beteiligung an der Verteidigung setzt zu allererst die Organisationsfreiheit voraus, meinten sie. PLECHANOFF solle begreifen, daß man die des Lichts und der Luft beraubte Arbeiterschaft nicht in einem Augenblicke zum Schweigen mahnen darf, wo rings die Organisation ihrer Klassengegner im Wachsen begriffen ist." Was die Stellungnahme zu den K. I. K. betrifft, so war die Mehrheit entschieden gegen die Beteiligung, aber auch die Minderheit von 16 Mitgliedern wollte nur die Wahlmänner ernennen, damit sie die politischen Forderungen der Arbeiterschaft proklamieren und bis zu deren Verwirklichung den K. I. K. fernbleiben. „Auch hier — bemerkt melancholisch der Berichterstatter — hatte der freilich etwas modifizierte Boykottismus die Oberhand."

Zweifellos wurde diese Haltung der Saratower Arbeiter von internationalistischen Erwägungen diktiert. Der endgültige Sieg fiel aber den entschiedenen Internationalisten ohne Kampf zu. Die sehr rührige Minderheit entfaltete eine heftige Agitation und beschloß eine Reihe Resolutionen zugunsten der Wahldurchführung und des Eintritts in die K. I. K. Eine Gruppe von Marxisten der Stadt Saratoff begrüßte die Arbeitergruppen der K. I. K. in den Hauptstädten und gab der Hoffnung Ausdruck, diese würden auch ihre Bestrebungen gegen die Boykottisten unterstützen (Nr. 14, 25. XII. 1916). Die Begründung unterscheidet sich in nichts von ähnlichen Kundgebungen. Die Urheber der Kampagne kümmern sich nicht viel um die akuten Fragen der Arbeiterbewegung. Nur die der Opportunität sollen erörtert, die grundsätzlichen der Vaterlandsverteidigung und der Internationalität dagegen den Arbeiterkongressen überlassen werden [1]). Aber alle Bemühungen waren um-

---

Standpunkt der internationalen Grundsätze aus" perhorresziert und für eine Fälschung des Willens des klassenbewußten Proletariats und einen Verrat am internationalen Banner erklärt (Mater. d. Z. K. d. S. D. A. P. R.).

1) Im Absatze 9 rügen sie die Moskauer Gruppe wegen der Hervorhebung ihres entschiedenen Verteidigungsstandpunktes in der Erklärung (s. oben S. 395). Diese Rechnung sei ein taktischer Fehler. „Es ist für die Moskauer Vertreter kein Geheimnis, doß dieser Standpunkt auf starken Protest auch bei den Anhängern der Beteiligung stößt. Daher sollten die Moskauer Arbeitervertreter, die keine Möglichkeit hatten, die Meinung ihrer Wähler über Krieg und Frieden zu erfragen, ihren Eintritt in das K. I. K. im Interesse der Massensammlung durch die Organisationsaufgaben des Proletariats und politische und ökonomische Erwägungen begründen, die bei den Militanten der Arbeiterbewegung beinahe keinen Einwendungen begegnen." Als Muster empfehlen die „Saratower Marxisten" die Petrograder Abordnung, welche angeblich aus ihrer Erklärung alle Streitpunkte beseitigteund jene vorschob, die um die Abordnung das gesamte russische Proletariat sammeln können.

sonst. Die Versammlung der Vertreter einiger Arbeiterorganisationen, die in der Sache zu entscheiden hatte, gab wieder den „Boykottisten“ recht. Einer von den Anhängern der „Gruppe von Marxisten“, die die Entscheidung in der wichtigsten taktischen Frage ohne jede Rücksicht auf die prinzipielle Stellungnahme, ja gar durch deren direkte und absichtliche Ausschaltung herbeiführen wollte, gibt folgende nicht uninteressante Schilderung der Vorgänge in dieser Versammlung: „Wie oft wegen der Jugendlichkeit unserer Bewegung gewann die Demagogie Oberhand über die konsequente Klassenpolitik der Arbeiterschaft ... Es wurden ein Referat von einem Anhänger, ein zweites von einem Gegner der Beteiligung gehalten. In den Debatten sprachen nur zwei Anhänger und mehrere Gegner. Die Argumente der letzteren — bemerkt der höchst ‚objektive‘ Verfasser — waren völlig unannehmbar für jeden der das Abc der Arbeiterbewegung und die Frage wenigstens von der taktischen Seite aus kennt“ [1]).

A. Martynoff faßt folgendermaßen verschiedene Gründe zusammen, die im Gange der Kampagne für die Beteiligung bei verschiedenen Gruppen mitgesprochen haben: „Der äußerste rechte Flügel ... verteidigte die Beteiligung nicht so sehr aus nationalistischen als aus opportunistischen Gründen. Da sie die revolutionäre Kraft des Proletariats überaus skeptisch einschätzen und sich von seinen Mißerfolgen — der politischen Niederlage des russischen Proletariats i. J. 1905 und von der moralischen des deutschen während des Krieges — bedrückt fühlen, so sind sie geneigt, um so größere Hoffnungen auf jeden bürgerlichen Feldzug gegen die Reaktion zu setzen, mag es der angebliche Feldzug der englisch-französischen Bourgeoisie gegen das deutsche Junkertum oder russischer bürgerlicher Patrioten gegen die Bureaukratie sein ... Eine weit radikalere Stellung ... nimmt die große Mehrheit der Anhänger der Beteiligung ein. Haben sie auch mit dem historisch veralteten Verteidigungsstandpunkt noch nicht abgerechnet, so hegen sie doch keine Illusionen in bezug auf die Rolle der westeuropäischen und der russischen Bourgeoisie im gegenwärtigen Kriege. Sie empfehlen den Arbeitern, in die Kriegskomitees einzutreten, die in der Organisierung begriffene Macht des Proletariats der organisierten Kraft der Bourgeoisie entgegenzustellen, den Krieg gegen den Absolutismus bis zum Ende durchzusetzen und den reinen Verteidigungscharakter des Krieges gegen Deutschland zu bewahren. Von links her schließen sich endlich den Anhängern der Beteiligung die entschiedenen Internationalisten an, die jedes Bekenntnis zur Verteidigung in gegenwärtigen Verhältnissen grundsätzlich ablehnen. Sie schlagen es vor, in den K. I. K. der Parole der militärischen Verteidigung die des internationalen

---

1) Nach dem Bericht des Z. K. I. K. gab es am 25. IV. 1916 239 I. K. K. Für etwa 70 waren Arbeiterwahlen unternommen, aber nur für 36 wirklich durchgeführt. Für die übrigen kamen die Wahlen entweder wegen Weigerung der Arbeiter oder wegen formeller Schwierigkeiten nicht zustande (Djelo Soz. pol. Rundschau S. 67).

Kampfes für den Frieden entgegenzustellen" (Patriotische Epopöe. Iswestija Nr. 3, 6. II. 1916)[1]).

Zur letzten Kategorie gehört auch einer der einflußreichsten Führer der Menschewiki, der seine Zuschrift im „N. G." mit durchsichtigem Pseudonym NAD fertigte. NAD begrüßte die ablehnende Entscheidung der Petrograder Arbeiter, insofern sie eine bestimmte Stellungnahme bedeutete. „Diese Entscheidung ist heute, da man in die Arbeiterschaft nicht wenig Kontrabande einschmuggelt und heimlich hochwertige Ladung ins Wasser wirft, die mit größter Mühe von ganzen proletarischen Generationen aller Länder angehäuft wurden, deutlich und kennzeichnend genug ... Handelte es sich nur darum, seinen Ansichten Ausdruck zu geben, so könnte man gegen diese Entscheidung nichts einwenden." Aber die Zeit ist dazu wenig geeignet, sich mit Proklamierung seiner Ansichten zu begnügen. „Es handelt sich nicht nur, ja gar nicht so sehr darum, diese Ansichten bekanntzugeben, sondern darum, ihnen konform zu handeln ... Von diesem Standpunkt aus ist die Entscheidung offensichtlich unzulänglich, da sie passiv und auf die Erklärung, nicht aber auf das Handeln berechnet ist ... Es ist wohl möglich, daß die Arbeiter in den K. I. K. außerstande sein werden, selbständige Politik zu treiben. Sollte das aber auch der Fall sein, so ist es nie zu spät, auszutreten." (N. G. Nr. 10—17. XI. 1915). Das Moment der Organisation war es, das alle „Antiboykottisten", wie sie sich auch sonst zur Hauptfrage, zum Kriege, verhalten mögen, zusammenhielt. — „(Diese) Taktik des Fernhaltens vom Leben trug wieder einen Sieg über die Taktik des aktiven Sicheinmischens in das soziale Leben und dessen Beeinflussung davon, schreibt einer der „Nationalen", W. LEWITZKY. Diese Taktik ist die des Selbstmordes ... Man mag verschiedentlich zu der Vaterlandsverteidigung stehen, sich zu ihr bekennen oder sie vorbehaltlos ablehnen, sie unter gewissen Bedingungen anerkennen oder unter anderen verwerfen: jedem sollte aber klar sein, daß in den K. I. K. Fragen behandelt und entschieden werden sollen, die sowohl unmittelbar die Arbeiterschaft angehen, wie auch große öffentliche Bedeutung besitzen ... Während die Vertreter anderer Klassen und Gruppen sich über alle diese Probleme aussprechen und ihre Entscheidung beeinflussen werden, geben die Vertreter der Arbeiterschaft freiwillig ihre Stimme und ihren Einfluß auf. Nicht genug daran, noch lassen die Petrograder Arbeiter, indem sie auf die Wahlen verzichten, sich einer Organisation berauben, die

1) In einem Leitartikel des N. Sl (Nr. 270), 19. XII. 1915) heißt es anläßlich der Petrograder Wahlen: „Nicht alle 81 Wahlmänner bekennen sich zur nationalen Einigung und zur allseitigen und bedingungslosen Beteiligung an der Landesverteidigung (Einstellung des Klassenkampfes, Bewilligung der Kriegskredite usw.) ... In diesem Blocke befanden sich zweifellos alle Schattierungen von der PLECHANOFFS bis zur eklektisch-internationalistischen. Da sie aber dem andern internationalistischen Lager gegenüberstanden und dies nicht aus Zufall, so stellten sie sich alle der öffentlichen Meinung des Proletariats und der herrschenden Klassen als Anhänger sowohl der Beteiligung wie auch der Verteidigung des Vaterlandes vor."

ihr im Falle der Beteiligung in die Hände fiele ..." (Triumph des Boykottismus: N. G. Nr. 8, 27. X. 1915). Und ein anderer Opportunist und ausgesprochener Sozialpatriot, Th. Bulkin, betont: „Ein neues Gebiet politischer und organisatorischer Arbeit liegt der Arbeiterklasse in den K. I. K offen, dem diese kein Recht hat, den Rücken zu drehen." Darin stimmen mit beiden Nationalen auch andere Anhänger der Beteiligung überein. Interessant ist das Urteil des hervorragendsten menschewistischen Schriftstellers L. Martoff über diese Fragestellung: „Versuche, die Frage unter dem Gesichtswinkel der organisatorischen Ausnützung neuer Stellungen zu beantworten, wobei die prinzipielle Stellungnahme der Arbeiterschaft im Schatten bleibt oder ausgeschaltet wird, muß, statt den Organisationsprozeß zu fördern, die Desorganisierung der Arbeiterschaft zeitigen ... Es ist undenkbar, sich erfolgreich um die Organisierung des Proletariats als selbständige politische Macht zu bemühen, wenn man die Parole des Organisierens von den Aufgaben des revolutionären Kampfes losreißt, der dem Proletariate bevorsteht — des Kampfes für den Frieden und für die Demokratie ... Auf der Schwelle der revolutionären Periode der Geschichte Rußlands muß sich die Arbeiterklasse möglichst klar sein, um was für Ziele und mit welchen Methoden sie im Revolutionsprozesse ringen wird. Sie soll wissen, wofür und in wessen Namen sie ihre Kräfte sammelt" (Die Internationale u. d. Krieg, S. 123, vgl. Archiv VII, 82 f.). Hier leuchtet der Unterschied zwischen jenen ein, für die die Bewegung alles und das Ziel nichts ist, und jenen, für die die Bewegung erst im Lichte des Zieles mächtig und unbeirrt vor sich gehen kann. Jene, die nach den Zielen fragten und jede Beteiligung an den mit der Kriegsführung verbundenen und den Krieg fördernden Einrichtungen zurückwiesen, erklärten die Anhänger der Beteiligung für unverbesserliche Boykottisten, die sich nur von Passivität und Trägheit bewegen ließen. — Selbst Nad, der sich im Unterschied von anderen nicht scheute, die Prinzipientreue der Gegner der Beteiligung zu preisen, sprach ihrer Taktik jede Tatenlust ab. — Treffend bemerkt dazu A. Martynoff in dem zit. Artikel, vom freilich rechtesten Flügel (Lewitzky und Tscherewanin): „Dieser Opportunismus scheint ihnen logischerweise aus den antiboykottistischen Überlieferungen des Menschewismus zu folgen, als ob die Festhaltung völliger geistiger und politischer Selbständigkeit des Proletariats für den Menschewismus nicht eine Conditio sine qua non jeder Ausnützung der bürgerlichen Bewegung bildete" (Isw. Nr. 3). — Unter diesem Gesichtswinkel der Klassenselbständigkeit des Proletariats unterzieht einer der besten menschewistischen Publizisten (er signiert „Elmar") in den beiden letzten Nummern des „N. G." die ganze Unternehmung einer abschließenden Kritik.

Es wurde von der Arbeiterabordnung in den K. I. K. einigermaßen Bilanz auf der zweiten Tagung des Kriegskomitees (Ende Februar 1916 in Petrograd) gezogen. „Dieser Kongreß, der unter zahlreicher und eifriger Teilnahme der Arbeitergruppe stattfand, stellt eine Erscheinung dar, die bereits der ganzen Welt erlaubt, die Bedeutung der Arbeiterbeteiligung nicht mehr nach den Motiven, sondern nach den Resultaten zu beurteilen", schreibt Elmar (Nr. 14—28, 1. V. 1916). Bezeichnenderweise fehlt im „N. G." ein Bericht über

trotz aller ihrer Verworrenheit nicht wenig zur Klärung beigetragen und verdient daher ausführlichere Darstellung.

Das erste während des Krieges in Rußland offen erschienene Arbeiterblatt war „Ssewernyj Goloss“ (18) — ein ziemlich umfangreiches Blatt, das jeden Samstag ausgegeben werden sollte, aber bereits nach der 8. Nummer verboten wurde. Die Geburtszeit des Blattes war für sein Gedeihen nicht sehr günstig. Die drückenden Erlebnisse der ersten Kriegsmonate hatten erst wenig von ihrer Stärke verloren. Beinahe alle öffentlichen Arbeiterorganisationen waren von der Regierung aufgelöst, die überlebenden aber samt den geheimen Parteiorganisationen durch die Einberufungen und vielleicht noch mehr durch direkte Verfolgung hart betroffen. Diese, im Verein mit dem Zensurschrecken, haben auch dieses „Eintagsblatt“ zu blasser Existenz verurteilt. Der Briefkasten der Redaktion ist von Mitteilungen überfüllt: daß „von der Redaktion unabhängige Umstände“ die Veröffentlichung eingesandter Beiträge hinderten. Trotz dieser vorsichtigen Redaktionsführung konnte keine einzige Nummer unbehelligt erscheinen. Alle enthalten oft recht ansehnliche weiße Flecke. So begreift man, daß auch eine ganz klare Beurteilung der Tageserscheinungen nicht so leicht zutage treten konnte. Vielleicht ist aber die gewisse Harmlosigkeit des Blattes auch dem Kompromiß zuzuschreiben, unter dem es zustande kam. Es wurde nämlich von den dem Organisationskomitee nahestehenden Kreisen geleitet, denen aber nicht nur die internationalistischen Elemente angehören, sondern auch die sozialpatriotisch orientierten, die sich um „Nascha Sarja“ und „Nasche Djelo“ gruppieren. Auch den Namen letzterer Richtung begegnet man in der Zeitung, ohne freilich in den von ihnen gefertigten Artikeln sozialpatriotische Ausführungen zu finden. Da nun die Zensur solche schwerlich gehindert hätte, so darf man schließen, daß die Redaktionsmehrheit auf dem internationalen Standpunkte, etwa auf dem der Dumafraktion, beharrte.

Der Leitartikel der 1. Nummer — und damit wahrscheinlich der Versuch einer Prinzipienerklärung — wurde in vollem Umfange unterdrückt. In sämtlichen 8 Nummern sind nur zwei Artikel zu verzeichnen, die sich überhaupt mit prinzipiellen Betrachtungen befassen und sich in bestimmter Art gegen die sozialpatriotischen Anschauungen richten. Sie sind „Die deutsche Vergewaltigung“ und „Die chinesische Mauer“ überschrieben und bekämpfen die ziemlich verbreitete Begründung des Sozialpatriotismus mit ökonomischen Argumenten, nämlich mit der Notwendigkeit, die russische Industrie vor dem deutschen Joche zu schützen. Das Blatt war bemüht, die Arbeiterschaft von den Ereignissen in den Bruderparteien möglichst zu unterrichten, wobei es freilich auf die Mitteilungen der bürgerlichen Presse angewiesen war. Es wirkte auch selbstverständlich dem rohen bürgerlichen Chauvinismus entgegen, indem es z. B. in einem Artikel die gehässigsten Versuche verhöhnte, die deutsche Philosophie, Kunst und Kultur als am Kriege schuldig und dem Scherbengericht verfallen, hinzustellen. Der Verfasser eines anderen Artikels, der sich später mit einem Beitrag an der sozial-patriotischen Kundgebung „Samosaschtita“ beteiligt hat, setzt sich mit dem hochpatriotischen Schau-

keit halber mehrmals umgearbeitet, erzählt Nasch Goloss (ebenda). Aber auch dieser Kongreß wagte es nicht, den Kampf um die Macht klar und entschieden als Tagesaufgabe hinzustellen[1]). Die Arbeiter brachten daher eine eigene Resolution ein, die aber nicht zur Abstimmung zugelassen wurde. Sie enthielten sich daher der Stimme und die Mehrheitsresolution wurde durch Akklamation angenommen. Aber auch in dieser unvollkommenen Resolution sowohl wie in den anderen ging der Kongreß viel weiter als der progressive Block, meint Nasch Goloss.

„Daß die Kongreßmehrheit — schreibt Elmar — auch innerpolitisch radikaler war als die kapitalistische Bourgeoisie, ist klar . . . Die imperialistisch-kapitalischen Elemente gaben dieser linksoppositionellen Strömung offensichtlich nach. Aber auf welcher Basis äußerte sich dieser Druck des kleinbürgerlichen und des intellektuellen Radikalismus auf das Großbürgertum und umgekehrt dessen Entgegenkommen der kleinbürgerlichen Demokratie gegenüber?“ Die Basis bildete die Tatsache, daß diese Demokratie die außenpolitischen Aufgaben, die in Wirklichkeit die der kapitalistischen Bourgeoisie sind, für ihre eigenen und für die nationalen erklärte. „Welche Stellung nahm nun die Arbeitergruppe diesen Kräften gegenüber ein? Sie schob die kleinbürgerliche Demokratie und mit ihr auch den Gesamtkongreß vorwärts zu modernster entschiedener Opposition, indem sie den bürgerlichen Zensitenliberalismus zu gewissen demokratischen Zugeständnissen zwang. Sie nützte diese ihre Rolle auch dazu aus, um vom Kongresse maximale Zugeständnisse in der Fassung der Probleme zu erzwingen, die die Arbeiterklasse unmittelbar berühren. Sie erreichte aber all das, indem sie auf dem mit dem Kongresse gemeinsamen, von vornherein gegebenen Boden der Übereinstimmung in der Auffassung der außenpolitischen Aufgaben verblieb . . .“ Ihre Erklärung stellte sich vollständig auf den Boden der „kleinbürgerlichen nationalistischen Auffassung des imperialistischen Krieges“. „Ihre Vorbehalte sind ohne prinzipielle Bedeutung; sie bezeichnen bloß jene Verhältnisse, die für die Russen die Politik der Scheidemänner legitimieren sollen. Die Beteiligung an dem K. I. K. wird zum Mittel geistiger Annäherung an die nationalistische und imperialistische Bourgeoisie, zum Mittel geistiger Absonderung von der proletarischen Avantgarde anderer Länder . . . Dieser Schritt ist ein Schritt rückwärts von der marxistischen, konsequenten Klassenpolitik zur Politik der Halbheit und des Opportunismus“ (Nasch Goloss, Nr. 15—29, 8. V. 1916)[2]).

1) Gleichzeitig tagten auch der Städte- und der Semstwoverband. Die Arbeiter sind in keinem der Verbände vertreten, da die Abordnung in sie auf Grund eines undemokratischen Zensuswahlrechts erfolgt. Die Verbandsbeschlüsse sind denn auch viel schüchterner.

2) In „Ljetopisj“ (Nr. 4, 1916, S. 320—21) zieht A. Jermansky folgende Bilanz der Mobilmachung der Arbeitervertreter auf dem zweiten Kongreß der K. I. K.: „Die Arbeitergruppe beabsichtigte, die Arbeiterschaft um sich zu vereinigen — sie spaltete sie nur. Sie wich von der Linie der Dumafraktion ab, — die sich allen Anzeichen nach wirklich der Sympathie der Arbeiteravantgarde erfreut. Schließlich wollte sie die proletarischen Bemühungen

Und Elmar ruft zur Revision der folgenschweren Entscheidung, zum Austritt aus den K. I. K. auf.

Die Stimmen gegen die Beteiligung an den Komitees haben sich wahrscheinlich vermehrt, da wir in „Goloss Truda“ (Nr. 2, 8. VII. 1916)[1]) eine Verteidigungsrede unter dem charakteristischen Titel „Unter Beschießung“ finden. Sie klingt viel pessimistischer als die früheren, der Wert der Beteiligung wird viel bescheidener eingeschätzt. Ohne auf die Bewertung der Tätigkeit verschiedener Gruppen einzugehen, sei anzuerkennen, daß die Arbeitergruppen nebst der eingeengten und entstellten Dumavertretung dennoch die Arbeiter Ganzrußlands vereinigen, lediglich durch die Tatsache ihrer Existenz, nicht gestatten, daß die Arbeiterfrage von der Tagesordnung verschwinde, das Recht der Arbeiterschaft auf aktive Beteiligung am sozialen Leben festigen usw.

Dieselbe Nummer enthält aber auch eine Erklärung, die dahin lautet, daß es unter den nächsten Mitarbeitern des Blattes eine Minderheit gibt, die „in der kardinalen Frage der Beteiligung an den K. I. K. der Auffassung ist, diese Beteiligung sei unzulässig, weil im Widerspruch mit der internationalen Klassensolidarität“. Eine Minderheit gegen die Beteiligung gab es übrigens auch früher. Diese Ablehnung war aber nichts weniger als prinzipieller Natur, sondern fußte vollständig auf dem Boden der Verteidigungsideologie. Sie war daher auch nicht besonders fest und wurde schon während der Wahlen von ihrem Hauptvertreter aufgegeben, der selbst ein Mandat annahm. Der internationalistischen Ablehnung der Beteiligung begegnen wir also in den Reihen der Redaktion zum ersten Male[2]). —

---

mit denen der fortschrittlichen bürgerlichen Schicht koordinieren, die praktisch-politische Koordinierung gelang ihr aber nicht, und es wurde nur eine Illusion der Einigkeit geschaffen. Es ergab sich also nicht die Koordinierung des Handelns, sondern die Desorganisierung des Bewußtseins jener Elemente, auf welche die Abordnung sich stützte ...“

1) An Stelle des Nasche Goloss, deren letzte Nummer (15—29) am 8. V. 1916 erschienen ist und zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen veranlaßte. Die neue Zeitung erschien erstmals am 2. VI.

2) Ich möchte hier noch eine von den legalen Blättern in Rußland veröffentlichte Charakteristik der Arbeiterpolitik in den K. I. K. anführen. Sie bildet einen Teil des umfangreichen — in Nr. 133 (579 der) Nasch Slow. vom 8. VI. 1916 reproduzierten — Berichtes über die sozialistische Bewegung in Rußland und im Auslande, der vom Polizeidepartement im März 1916 dem Ministerpräsidenten Stürmer vorgelegt wurde. Die Spitzeln teilen darin mit, daß sowohl in Rußland wie auch im Auslande die sozialistische Bewegung zu Beginn des zweiten Kriegsjahres bedeutend erstarkte und dabei einen grell antimilitaristischen Charakter annahm. Die Richtung, deren Vertreter für Rußland Plechanoff ist — wird weiter berichtet — erwecke in den Arbeiterkreisen, keine besondere Sympathie. Immer größeren Erfolges hingegen erfreue sich eine andere Richtung, die zwar formell zwischen sich und den Anhängern des Niederlagestandpunktes („Poražentschestwo“) eine Grenze

tritt des senilen Goremykin von der Ministerpräsidentschaft und seiner Ersetzung durch den reaktionären Bureaukraten Stürmer ihre Lösung fand.

Die geschilderte Unruhe auf der politischen Bühne fand ihr Gegenstück im Moskauer Pogrom gegen deutsche und nicht-deutsche Firmen. Dann folgten Unruhen in verschiedenen Teilen Rußlands infolge des Mangels an Scheidemünzen. Die aufgeklärten Arbeiter suchten dem reaktionären, teilweise durch Provokation hervorgerufenen Pogrom entgegenzuwirken. Und der redaktionelle Artikel des „Utro“ vom 19. VIII. 1915, mit dem bezeichnenden Titel „Ruhe, Kraft, Organisation“, hält den Augenblick für angebracht, „. . . die Stimmung der Massen durch Versammlungen in allen Werkstätten und Fabriken zu vereinheitlichen . . ., ein Arbeiterkomitee zur Beruhigung der aufgeregten Arbeitermassen zu wählen . . ., vom Gemeinderat Versammlungs- und Arbeitsräume für dieses Komitee zu verlangen. Zurückhaltung, die Wahrung eigener Kraft, Verachtung der Provokationen von außen her, Warnung der Arbeitermassen vor blindem Zorn und Racheausbrüchen, Ruhe, klares Bewußtsein der eigenen Macht . ., Verständnis für die Geschehnisse, die sozial-politischen Verhältnisse, die näheren Aufgaben und die Endziele, die Organisation, das Zusammenfassen der zerstreuten Massen in ein mächtiges Ganzes, die Ausnützung jedes Weges und jeder Gelegenheit zur Vereinigung — dies ist der Weg, den die russische Arbeiterschaft beschreiten wird.“ Praktische Wirkungen hat dieses Programm nicht gehabt, aber für die Stimmung des Augenblicks ist es sehr charakteristisch.

Neben dieser Erregtheit der breiten Schichten ist aber auch eine andere Erscheinung zu verzeichnen: das unzweifelhafte Erwachen der Arbeiter zu politischer und organisatorischer Betätigung. Wie immer man die Stimmungen beurteilen mag, die sich in einem Teile der erwachenden Massen geltend machen und von denen noch später die Rede sein wird. — Eins ist sicher, der tote Punkt war überwunden. „Haben es die Arbeiter im ersten Kriegsjahre unterlassen, ihr Recht auf Organisation zu behaupten, so ist es jetzt anders geworden“, heißt es im „Utro“ (Nr. 1), der zugleich von lebhaften Erörterungen unter den Metall- und Textilarbeitern über die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Gewerkschaften berichtet und diese Bestrebungen zum Ausgangspunkt einer breiten allgemeinen Bewegung im Interesse des Koalitionsrechtes zu machen sucht.

Es scheint, daß „Utro“ von hier aus auch die Frage einer Beteiligung an den Kriegsindustriekomitees gestellt hat. Die betreffenden Ausführungen sind insofern interessant, als sie die erste Phase der Frage widerspiegeln. Zunächst aber kurze Bemerkungen über Wesen und Entstehungsgeschichte dieser Organisationen.

Dem erwähnten Charakter der bürgerlichen Bewegung jener Zeit entsprach auch ihre organisatorische Form. Da in den Niederlagen in hohem Masse die industrielle und technische Rückständigkeit Rußlands zum Ausdruck kam, so wurde auch die Organisation der Industrie, die industrielle Mobilmachung zum Ausgangspunkt der neuen Bewegung. In der Übertürzung der ersten Zeit dachte man sogar an vollständige Umgestaltung

der Industrie, wobei alles den Kriegsbedürfnissen angepaßt werden sollte. „Die Bedürfnisse des Marktes und der Privaten sind in den Hintergrund zu schieben — schrieb damals das Leiborgan der Moskauer Industriellen mit RJABUSCHINSKY als Führer —, jede für den Krieg notwendige Unternehmung soll durch die Maschinen jener Unternehmungen verstärkt werden, die für die Verteidigung nicht arbeiten. Alle Arbeiter sollen mobilgemacht, in Kriegszustand überführt und in jene Werke abgeordnet werden, wo sie nötig sind, da heutzutage die Arbeit an der Arbeitsbank ebenso verantwortungsvoll und unentbehrlich ist wie die Wacht auf den Vorposten" („Utro Rossii", 23. V. 1915, abgedruckt im „Jahrbuche des Tageblattes Rjetsch" 1915 S. 472 f.).

Schließlich wurde man jedoch etwas gemäßigter, gab den Gedanken an eine allumfassende Mobilmachung der gesamten Industrie auf und beschränkte die Aufgabe auf die Munitionserzeugung, in der bekanntlich SUCHOMLINOW völlig versagte, die er aber auf alle Art der Kontrolle und Mitarbeit der „Gesellschaft", der Reichsduma und der Industriellenorganisationen entzog. Der IX. Tag der Industrie- und Handelsvertreter (26.—29. V. 1915) „rief die russische Industrie zur Vereinigung und zur gemeinschaftlichen Arbeit im Dienste der Kriegsbedürfnisse auf". Die provinzialen Handels- und Industrievereinigungen wurden aufgefordert, Distriktskomitees zu bilden, die untersuchen sollten, inwieweit es möglich sei, die vorhandenen Unternehmungen in den Dienst der Heereslieferungen zu stellen, um sodann die Tätigkeit aller Werke in dieser Richtung zu regulieren. Um diese Arbeit der Distriktskomitees zu koordinieren, beschloß der Kongreß ein Zentralkomitee in Petrograd zu errichten und betraute mit dessen Bildung die „Association de l'industrie et du commerce de la Russie". Diese Kampforganisation der russischen Industriellen sollte auch für Hinzuziehung von technisch-wissenschaftlichen Kräften, Vertretern verschiedener Handels- und Industrievereinigungen, der Eisenbahn- und der Schiffahrtsgesellschaften sowie der Landes- und Städteverbände zum Komitee und ebenso für die Aufteilung der Aufträge und Bestellungen unter die lokalen Komitees sorgen (ebenda S. 473/75).

Am 25. VII. 1915 fand in Petrograd die erste Tagung der Kriegsindustriekomitees statt. Hier wurde die ausführliche Instruktion abgefaßt, die später gesetzliche Sanktion erhielt. Als Ziel des Komitees wurde im Art. 1 die „Mithilfe bei der Versorgung des Heeres und der Flotte mit allen notwendigen Ausrüstungs- und Ernährungsmitteln" festgelegt. Nach Art. 2 setzt sich das Zentralkomitee zusammen aus: dem Präsidenten und Vizepräsidenten, welche der Kongreß der Kriegskomitees ernennt; ferner aus: 10 Vertretern der „Association de l'industrie et du commerce", je 3 Vertretern der Landeskriegskomitees, den Vorsitzenden der Abteilungen des Zentralkomitees, je 3 Vertretern des Städte- und Semstwoverbandes, je 2 Vertretern der Petrograder und Moskauer Stadtverwaltung, den Vertretern der Ressortregierungsämter, 5 Vertretern des Komitees der technischen Hilfe, 2 Vertretern der Reichs-Landwirtschaftskammer, 10 Vertretern der Arbeiterschaft und endlich —

hervorragender menschewistischer Führer gedacht, die im großen und ganzen mit der redaktionellen Beurteilung der Frage zusammenfallen, darunter eines — von uns bereits wiedergegebenen — mit NAD signierten Aufsatzes, dem die Redaktion augenscheinlich besondere Bedeutung beimaß, da sie ihn als ersten und, im Gegensatz zu dem übrigen, beinahe im vollen Umfange brachte. Er weicht, wie gezeigt, von allem, was im Goloss über die K. I. K.-frage geschrieben wurde, so weit ab, daß er sogar die „boykottistische" Entscheidung der ersten Petrograder Wahlversammlung als Ausdruck von Prinzipientreue und internationalistischer Unentwegtheit teilweise billigt.

NAD macht kein Hehl daraus — und das war sicherlich der Redaktion auch sonst wohl bekannt —, daß er sich keineswegs zum „Verteidigungsstandpunkt" bekennt — der im obzitierten Artikel verfochten ward und mit dem sich die Redaktion solidarisiert hatte. Etwas war jedoch dem Internationalisten NAD und dem Verf. des sozial-nationalen Artikels gemein: beide verwarfen den „Boykottismus" und forderten die Arbeiter auf, sich an den K. I. K. zu beteiligen. Hier liegt auch die Erklärung der sonst ganz unverständlichen Widersprüche. Entscheidend war für die Redaktion nur die Antwort auf die Frage: für oder gegen die Beteiligung. Dem, dem Siege über die „Boykottisten, den sie — ob selbst internationalistisch oder nicht —, bloß im Bunde mit ausgesprochenen Sozial-Nationalen gegen die unversöhnlichen Internationalisten davontragen konnten, haben die Leiter des Nasch Goloss die klare Stellung zum Kriege, der „wichtigsten Zeitfrage" geopfert, und auf diesem Boden verharrte die Zeitung bis zu ihrem Ende.

Immerhin ist eine unverkennbare Klärung in bezug auf die prinzipielle Stellungnahme seit der Ausfechtung des Kampfes um die K. I. K. unverkennbar. Die Erstarkung der internationalistischen Gesinnung der Redaktion war so gewaltig, daß sie selbst schließlich glaubte: sie habe nie anders gedacht und gehandelt.

In dem, mit einem gewissen Stolz „Unter der alten Fahne" überschriebenen redaktionellen Artikel — in der 25. Nummer (30. III. 1916), der einen Rückblick auf den nicht allzulangen Lebenslauf des Blattes enthielt — heißt es: „Vom internationalen Gesichtspunkt in der Klassenbewegung aus haben wir auch die Aufgaben der Arbeiterklasse in der Innenpolitik behandelt und ihm haben wir unsere taktischen Linien untergeordnet ... Unseren Dienst haben wir uns vorgestellt und können wir uns nur vorstellen in den im kommunistischen Manifeste vorgezeichneten Formen ... Wir stellen uns nicht der Arbeiterbewegung entgegen, sondern wir heben jenes Gemeinsame und Grundlegende hervor, was in ihren sämtlichen Formen vorhanden ist. Dies war unser Standpunkt von der ersten Nummer des ‚Nasch Goloss' an". Hier wird also die Richtung der Dumafraktion mit der des Blattes identifiziert.

„Nasch Goloss" bringt dann immer entschiedenere internationalistische Beiträge, deren einige von beinahe der gesamten deutschen Minderheitspresse

besiegen können, wenn wir ihm eine gleiche Vereinigung der sozialen Kräfte und der Mittel der Technik entgegenzustellen vermögen" (ebenda S. 479). Die Wahlen sollten auf die vier größeren Industriestädte (?) beschränkt bleiben und an ihnen nur die Arbeiter jener Unternehmungen teilnehmen, die für die Landesverteidigung arbeiteten. Selbstverständlich sollte indirekt gewählt werden und auf je 500 Arbeiter ein Wahlmann entfallen. Die so zustande gekommene städtische Wahlmännerversammlung sollte sodann die Komiteedelegierten bestimmen. Später entschied man sich, die Arbeiterschaft auch anderer Gegenden für die Teilnahme an den lokalen Kriegskomitees zu gewinnen. Nicht überall aber war das Verhalten der Industriellen und Regierungsorgane zu der Arbeiterbeteiligung gleich „wohlwollend" und der Ssamaraer „Nasch Goloss" weiß darüber manches Interessante zu berichten.

„Auf diese Weise — lesen wir im „Utro" (Nr. 2: „Von Reden zur Tat") — wurde die Frage der K. I. K. für die Arbeiter gelöst. Wie stellten sich aber die Arbeiter sebst zu ihr? In den Arbeiterkreisen obwalten sehr verschiedene Auffassungen, die Arbeitermassen aber kümmern sich gar nicht um die Sache und haben keine bestimmte Meinung". Die erste Nummer des Blattes legt nun die verschiedenen Auffassungen unter den aufgeklärteren Arbeitern dar. Danach lehnten die einen die Vorschläge des Zehnerkommitees schroff ab, weil die Arbeiter mit ihm nichts gemein hätten, da schon ihre Stellungnahme zu der von Gutschkow und Konowaloff geleiteten Aktion von Grund aus verschieden sei, d. h. daß sie den Verteidigungsstandpunkt selbst verwerfen und international seien. Andere verhielten sich auch vom Verteidigungsstandpunkte aus der Arbeit der Kriegskomitees gegenüber höchst skeptisch, die von Gutschkow selbst „vielleicht eine letzte Täuschung" genannt wurden und für die und ihren eventuellen Mißerfolg man keine Verantwortung übernehmen dürfe. Eine weitere Ansicht geht dahin, daß man „unabhängig von der Beantwortung der allgemeinen Frage über die Landesverteidigung" sich für die Beteiligung aussprechen könne, „um eigene Interessen schützen zu können", die vielfach von der Tätigkeit der Kriegskomitees berührt würden. So mit Bezug auf den Arbeiterschutz, die Einfuhr ausländischer Arbeiter, die Militarisierung der Industrie usw., wozu noch allgemeinere Aufgaben, wie Bekämpfung der Teuerung, Flüchtlingsfürsorge usw., kämen. Die Redaktion des „Utro" wollte seine Spalten einer eingehenden Diskussion eröffnen, ohne deren Ergebnisse vorwegzunehmen und sofort ihren eigenen Standpunkt zu formulieren. Da aber das Blatt nach seiner zweiten Nummer eingestellt wurde, so blieb diese Absicht unausgeführt. Von den Diskussionsartikeln erschien nur der eines bekannten Gewerkschaftlers. Dieser glaubte, die Stellungnahme zur Landesverteidigung sei im konkreten Falle nicht bestimmend. „Die K. I. K. sind keineswegs bloß kriegstechnische Einrichtungen, sie sind nicht als Industriegesellschaften anzusehen, die mit Erzeugung der Munition beschäftigt sind . . . Die Ausschüsse sind als Ausfluß zu betrachten des in die beunruhigten bürgerlichen Schichten eingedrungenen Verständnisses für die Unzulänglichkeit der leitenden politischen Kreise und als Versuch, die Ordnung zu erhalten und jene Elemente zu ersetzen, die nunmehr von der Geschichte als untauglich be-

entschieden zurückweist" und „den Zusammenbruch der Internationale sowie die Stellung der deutschen und der französischen Mehrheit und ihrer Anhänger in anderen Ländern mit seiner Autorität sanktioniert". — Nicht minder bezeichnend ist, daß die Redaktion mit keinem Worte ihre Nichtübereinstimmung mit dem Verf. des Artikels „Die Dialektik unserer Zeit" verrät, der im „Bekenntnis" zur Landesverteidigung und in der daraus entspringenden Umwandlung des Krieges in einen „Volkskrieg" nichts als „Selbstverleugnung des Proletariats und eine höchst wertvolle Unterstützung der imperialistischen Sippschaften" erblickt — eine Auffassung, die vom Ruf nach Errettung des Landes ungeheuer abweicht. Die erste Nummer des Goloss Tr. brachte denn auch schon eine — diesmal unzweideutig internationalistische — Erklärung der Redaktion, in der es u. a. heißt: „Mehr als je bildet der Verzicht auf den Burgfrieden, und die Wiederkehr zur Internationalität nicht bloß die Aufgabe des Augenblicks, sondern . . . die unentbehrliche Voraussetzung für die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung. Diese Wiedergeburt wird aber erst dann am schnellsten und schmerzlosesten eintreten, wenn wenigstens die marxistischen Elemente der Arbeiterbewegung auf die brennenden Fragen und insbesondere auf die Hauptfrage der Gegenwart (die Stellung zum Krieg) überall eine selbständige Antwort geben, die prinzipiell gemeinsam ist für die Marxisten aller Länder und prinzipiell verschieden von der Antwort der übrigen sozialen Kräfte". Was aber darunter gemeint ist, wird durch den bekannten Satz aus dem kommunistischen Manifest erläutert, wonach sich „die Kommunisten von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch unterscheiden, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten".

Die Stuttgarter und Basler Resolutionen haben diesen Satz für den Kriegsfall ausgedeutet. Ihre praktische Anwendung und Entwickelung fanden nun diese Beschlüsse in Zimmerwald und Kienthal. Sie sind dadurch nach der Meinung der Redaktion zu „wichtigsten Etappen auf dem breiten Wege des internationalen Klassenkampfes geworden". „Unter der alten Fahne . . . des orthodoxen Marxismus, welche die großen Schlußworte des Marxischen Manifests von 1848 trägt und, nachdem sie den Händen vieler alter und scheinbar erprobter Kämpfer entfallen war, von den internationalen Kongressen in der Schweiz wieder gehißt wurde und mit solcher Würde von der soz.-dem. Dumafraktion hochgehalten wird, . . . wird die Arbeiterbewegung der ganzen Welt die heutige Krise überstehen und zu neuem Leben wiedererwachen; unter dieser Fahne wird auch das russische Proletariat am sichersten und am raschesten zur mächtigen organisierten und bewußten Kraft werden".

Auf die Beteiligung an den K. I. K. will jedoch auch Goloss Tr. nicht verzichten. Daher ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß wir an ihm noch manche Schwankungen erleben werden.

fung der Teuerung. — Wir werden noch weiter sehen, wie in einigen Städten die Entstehung selbst der Kriegskomitees der Anregung der Arbeiterschaft zu verdanken war.

Zeugen diese Vorgänge von einer ziemlich regen Initiative, so auch davon, daß diese gewisse Belebung im Fahrwasser der Arbeiterbewegung, wenigstens insofern sie sich auf legalem Boden und in legalen Formen äußerte, sich sozialpatriotisch zu färben begann. In der zweitgenannten Tatsache tritt der Eindruck der Niederlagen zutage, der also nichts mit dem gemein hat, was die Mehrheitspolitiker für die Friedensstimmung der Arbeiterschaft in den feindlichen Ländern davon erwarten.

„Utro“ machte diese Umlernung nicht mit. Der einzige von der Zensur teilweise durchgelassene Leitartikel brachte ihr Bekenntnis „zur selbständigen Arbeiterpolitik, wie sie heute von den verantwortlichen Elementen der Demokratie aufgefaßt wird“, — wobei unter diesen Elementen wohl die sozialdemokratische Dumafraktion zu verstehen ist. In demselben Artikel wurde auch freudig der Prozeß festgestellt, der „sich auf der europäischen Bühne überhaupt, wie innerhalb den verschiedenen Staaten insbesondere bemerkbar macht. Haben die erschütternden Kriegsereignisse die Weltdemokratie stark getroffen und sie samt ihren nationalen Sektionen schwer zerrüttet, . . . so wurden doch auch gesunde, prinzipientreue Elemente wirksam, indem sie ihre Kräfte sammelten und sich neue reale Aufgaben stellen“. Mit diesem etwas vagen Bekenntnis zum Internationalismus glaubt aber „Utro“: „sie werde nur besser ihrem eigenen Standpunkte dienen“, wenn sie ihre Spalten auch Andersdenkenden offenhalte, insofern sie „von den Übertreibungen und Lastern der heutigen Atmosphäre frei seien“. Das soll etwa heißen, daß das Blatt gegen jede Splitterung sei und daß es auch Beiträge von „Oboronzy“, d. h. Anhängern des Verteidigungsstandpunktes („Nascha Sarja“) dulden werde.

Neben der Aufgabe, an der Ausarbeitung der prinzipiellen Stellungnahme teilzunehmen, bezielte „Utro“ noch eine andere, nämlich „die allseitige Mitwirkung an der Wiederherstellung und Entwickelung der Arbeiterorganisationen, sowie ihrer sozialpolitischen Selbstbetätigung“. Sie wollte organisierendes Zentrum hierfür werden. Unter diesem Gesichtspunkt verdienen die interessanten Kundgebungen für das Blatt in Nr. 2 Erwähnung. „Wir arbeiten in kleinen Werkstätten,“ schreibt eine Gruppe von Zimmerern und Parkettarbeitern. . „Seitdem unsere Organisationen zertrümmert sind, haben wir keine Verbindungen mehr (mit den Parteigenossen) und können keine Gelegenheit finden, der Arbeitersache zu dienen. Das ganze Jahr durch waren wir gezwungen, dem blutigen Weltdrama passiv zuzuschauen. Nun hören wir freudigst, daß die Fabrikarbeiter wieder energisch an der Wiederherstellung der vermittelnden Organisationen sind. Wir beglückwünschen Sie, teure Genossen, und bitten, uns die Möglichkeit zu geben, uns mit der Masse der unerschrockenen Kämpfer zu vereinigen und mit ihnen alles zu teilen, was die Zukunft bereitet.“

* *

Das dritte der von denselben Kreisen, wie die beiden besprochenen, geleiteten Petrograder Blätter, „Rabotscheje Utro“ (20) sollte schon im September 1915 erscheinen. Die von der Zensur und Regierung bereiteten „außerordentlichen Schwierigkeiten“ verzögerten aber die Herausbringung der 1. Nummer bis zum 15. X. 1915. Nach der 7. Nummer wurde die Zeitung sistiert. Ihr kurzer Lebenslauf fiel mit dem längeren des Ssamaraorgans derselben Richtung „Nasch Goloss“ zusammen, das sich aber viel freier bewegen konnte und daher in jeder Beziehung viel inhaltsreicher ist. Ich begnüge mich daher hier mit einer allgemeinen Charakteristik des „Rab. Utro“ und werde die weitere Besprechung mit der des „Nasch Goloss“ (19) verbinden. Am „Rab. Utro“ nun ist am interessantesten, daß in ihm zweifellos die „sozial-nationale“ Richtung die Oberhand gewann. Freilich hatte keines der früher besprochenen Blätter so viel Zensurflecke aufzuweisen wie „Rab. Utro“, die zugelassenen Artikel aber sind, sofern sie die heiklen Fragen überhaupt berühren, insgesamt ausgesprochen und ohne jeden redaktionellen Vorbehalt sozial-patriotischen Charakters. Sie sind auch meist mit den uns schon aus „Nascha Sarja“ bekannten Namen, denen wir noch in „Samosaschtita“ begegnen werden, signiert. Auch sonst herrscht in den Spalten des „Rab. Utro“ der Geist des Opportunismus. Das Blatt erblickte den augenblicklichen politischen Mittelpunkt im Kampf der Bourgeoisie, die sich um den progressiven Block sammelte. In der Stellung, die es ihm gegenüber einnahm, war aber wenig von revolutionärem und sozialistischem Geist zu spüren. MARTOFF, den man gewiss nicht der Voreingenommenheit gegenüber diesem publizistischen Unternehmen der Petrograder Anhänger des Augustblockes beschuldigen kann, kennzeichnete dessen politische Richtlinien folgendermaßen: „Die Verkennung des imperialistischen Wesens der Vereinigung der Bürgerlichen im progressiven Block, die Verkennung der Tatsache, daß er nicht nur an der Überwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Unbemittelten, sondern auch an der Verlängerung des Krieges selbst und der Niederhaltung jeder Bewegung zugunsten einer Einstellung der Schlächterei und an der militärischen und chauvinistischen Aufhetzung interessiert ist, führt zur Tendenz, die Selbständigkeit der sozialistisch-demokratischen Stellung zum Kampf des Blockes gegen die Reaktion auf den Kampf gegen die politische Beschränktheit und den antidemokratischen Charakter des Blockes zu begrenzen“ — statt die prinzipiell-selbständige Linie auf dem Gebiete der aus auswärtigen Politik einzuhalten und sich scharf von dem Verteidigungsstandpunkte des progressiven Blockes zu scheiden („Iswestija“ 3, S. 5 „Der Kampf der Tendenzen im Augustblocke“)[1].

---

1) MARTOFF schildert (ebenda) die damaligen Verhältnisse in den Reihen des Augustblocks. „Der Aufstieg ermöglichte den Verteidigungsstimmungen im Augustblock, sich politisch zu formieren, und schuf dadurch die Voraussetzung für eine aktive Politik, die sich auf das Bekenntnis zum Kriege stützt und die aktive Beteiligung des Proletariats an der Fortsetzung des Krieges und am Kampfe für die Anpassung des Staatsmechanismus an diese Aufgabe herbeiführt. Wenn diese Verteidigungspolitik noch nicht zu vollendeten

Die bisher besprochenen Blätter erschienen sämtlich in Petrograd und litten ungeheuer unter der Präventivzensur. Insofern war die Lage des in Ssamara herausgegebenen „Nasch Goloss“ günstiger [1]), der sich noch eines weiteren Vorteiles erfreuen konnte. Es war nämlich im besonderen Maße ein Arbeiterblatt, nicht von den Zentralinstanzen, sondern vielmehr von den — meist aus den beiden Hauptstädten ausgewiesenen — geschulten Arbeitern gegründet. Anfänglich wollte es bloß den lokalen Bedürfnissen der Bewegung dienen. Die erste Nummer erschien in 2000 Exemplaren, wovon nur etwa $^1/_5$ außerhalb Ssamaras und dabei noch größtenteils in anderen Städten des Wolgagebietes abgesetzt wurde. Dann aber ward „Nasch Goloss“ allmählich zum Organe einer Arbeiterrichtung ganz Rußlands. Von der 10. Nummer wurden schon 11 000, von der 20ten 15 000, von der 21ten 19 500 Exemplare gedruckt, von denen in Ssamara selbst nur etwa 1 500 blieben. Das Blatt wurde in 260 Ortschaften gelesen und enthielt in Nr. 1—25: 323 Korrespondenzen aus 76 Orten, sowie 150 Glückwünsche, worunter 140 von Arbeitergruppen und nur 10 von Intellektuellen- und gemischten Gruppen; während der 7 Monate, über die die 25 Nummern sich erstrecken, wurden zur Unterstützung des Blattes von den Arbeitern verschiedener Gegenden 2896 Rubel aufgebracht — lauter Zahlen, die dem westeuropäischen Leser nicht besonders auffallen mögen, die jedoch eine rege und wachsende Verbindung mit den Arbeitermassen bezeugen. Und dies macht die Schwankungen und Wandlungen des Blattes besonders interessant. Denn sie vermitteln uns vielleicht

---

und konsequenten Formen gelangt ist . . ., so treten doch ihre Grundlinien schon deutlich genug hervor. Indes ist, wie es scheint, die Energie der Internationalisten innerhalb des Augustblocks durch den plötzlichen politischen Aufstieg, der unter der Fahne der Volksverteidigung seinen Anfang nahm, gelähmt worden . . . Dem Programm der Anhänger der Verteidigung in bezug auf die Ausnützung der revolutionären Lage beeilen sie sich nicht, ein eben so entschiedenes Programm eigener Ausnützung im Geiste der internationalistischen Kampfpolitik entgegenzustellen, die mit den Erklärungen der Dumafraktion und der Abordnung auf dem Moskauer Julikongreß (zur Bekämpfung der Teuerung) eingeleitet wurde.

Die angezogene Erklärung der Arbeiterordnung auf dem letztgenannten Kongreß schloß mit den Worten: „Unser Banner ist das Banner der Einigung der Arbeiter aller Länder. Die Organisation der Kriegführung ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist die Verwirklichung des Friedens durch Festigung der internationalen proletarischen Einigkeit.“ Vgl. „Bulletin für die I(ntern.) S(oz.) K(ommission) zu Bern“, Nr. 2, S. 7.

1) Das soll nicht besagen, daß das Blatt unbehelligt erscheinen konnte: auch ihm blieben Haussuchungen, Verhaftungen, Geldstrafen nicht erspart. So büßte es eine Geldstrafe von 200 Rubel, weil es eine Reihe — angeblich militärische Angelegenheiten behandelnder — Artikel nicht der Militärzensur vorgelegt hatte, darunter auch die Wiedergabe der Erklärung des Abgeordneten PAUL HIRSCH im Preußischen Landtage vom 7. I. 1916 (Nr. 15, 31. I. 1916).

Ist man erst einmal so weit, so ist das Hauptmotiv für Rüstungen verschwunden".

Als eine der ökonomischen Folgen dieses Krieges erwartet van Kol einen wilder als je auflodernden Klassenkampf, denn alle Versuche, die stets stärker drückenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (die Bezahlung der Ausgaben und der Verwüstungen des Krieges, die Wiederherstellung der unterbrochenen Handelsbeziehungen und der Schiffahrt) zu beseitigen, „werden nur Flickmittel bleiben, die jedoch auf die Arbeiterklasse schwer drücken werden" (S. 21); die Regierungen werden auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse mit aller Kraft eingreifen und von den Unternehmern Opfer fordern müssen ... Der Staatssozialismus sei im Anzug, eine Reihe von Unternehmungen werden, auch angesichts der fiskalen Nöte, von Staatswegen betrieben werden müssen (S. 22); es sei die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie, beim Zustandekommen des Friedens ihren Einfluß mit aller Macht geltend zu machen zur Verhütung, daß dem Krieg mit den Waffen noch ein ökonomischer folgt, dem wieder einer mit den Waffen folgen würde (S. 31).

In einem Schlußwort heißt es, die sozialistische Kritik der heutigen gesellschaftlichen Ordnung habe sich als richtig erwiesen, „denn in letzter Instanz — sieht man von allen Nebendingen ab — liegt die Ursache dieses Weltkriegs in den wirtschaftlichen Klassengegensätzen der kapitalistischen Länder" (S. 32); in der prinzipiellen Haltung der Sozialdemokratie brauche also nichts verändert zu werden (S. 33); einige noch wenig behandelte Fragen solle sie jedoch untersuchen: u. a. die Kolonialpolitik, einen der am tiefsten eingreifenden Faktoren in der Weltgeschichte der nächsten Zukunft (S. 35), und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung (S. 36).

Troelstra (vgl. Archiv VI S. 315, 319, 320, 326, 330, 332, 334—336) hielt am 26. Oktober 1917 in einer Versammlung der Amsterdamer Föderation der S. D. A. P. eine Rede über das Werk von Stockholm, obwohl der Augenblick noch nicht gekommen sei, um eine erschöpfende Geschichte dieser Konferenz zu schreiben, wovon jedoch die Daten alle bestehen (I S. 7). Er teilt mit, daß in Bälde die Memoranden erscheinen werden und daß ein objektiver Zentralrapport aus den Rapporten der Parteien verschiedener Länder zusammengestellt ist; außerdem habe das führende Komitee nach eigener Ansicht aus diesen verschiedenen Memoranden eine Art Programm für einen Verständigungsfrieden destilliert, nicht als eine Reihe feststehender Formeln, sondern als geeignete Grundlage zur Verständigung zwischen den Sozialisten; „Abänderung dieser Formeln ist also sehr möglich" (I S. 9 und 14).

Bei der Beantwortung der Frage, welche nun die Resultate von Stockholm gewesen seien, behauptet der Redner erstens, der sogenannte Tod der Internationale sei zu einem Märchen erklärt worden (I S. 10); weiter habe Stockholm für den Frieden Großes geleistet; zwar seien (sehr natürlich!) noch nicht alle Parteien wieder zum brüderlichen Zusammenarbeiten gebracht

---

sprießenden Interessengemeinschaft dem feindlichen Ausland gegenüber wird hier m. E. vom Verf. beträchtlich unterschätzt. Für die Entstehung der schweizerischen Einheit scheint mir dieser Faktor wichtig. v. B.

worden, aber es habe sich doch schon etwas geändert, die Befreiung der Geister habe schon angefangen, die Politik in den voranstehenden kriegführenden Ländern sei beeinflußt und neue Kräfte gegen Imperialismus und Annexionismus seien überall mobilisiert worden (I S. 12); für Rußland habe Stockholm die Hoffnung des Friedens gebracht, dessen die russische Revolution an allererster Stelle bedürfe (I S. 13). Stockholm sei nicht mißlungen, aber gelungen ist es in Betreff des zustandezubringenden Friedens ebensowenig und ob es gelingen wird, dafür habe die nächste Zukunft den Beweis zu erbringen (I S. 13). Das Prinzip der Sicherstellung des Lebens und der Autonomie jeder Nationalität im Staate wird ausdrücklich betont (I S. 18). Der Hauptpunkt eines dauerhaften Friedens sei jedoch ökonomischer Natur (S. 19) und mit den Interessengegensätzen zwischen den Völkern (Beschaffung von Rohmaterialien, Absatzmärkte) solle durch die internationale Sicherstellung der ökonomischen Expansionsmöglichkeit jedweder Nation aufgeräumt werden (I S. 20). Der absolute Antimilitarismus wird, angesichts der geographischen Lage Hollands, zwischen schwer bewaffneten Großmächten, abgelehnt (I S. 21).

Im allgemeinen seien die Forderungen Stockholms derart gefaßt, daß auch die Mehrheitsparteien für dieselben zu gewinnen sind; daher werde z. B. nicht die Revolution vor dem Frieden gefordert; Revolution sei auch etwas anderes als Aufstand, sie sei ein politischer Begriff, die allmähliche Gewinnung der Macht über Staat und Gesellschaft durch das die Stelle der herrschenden, besitzenden Klasse übernehmende Proletariat (I S. 23). Bisher sei diese Grundlage Stockholms reell; es sei aber im voraus nicht zu sagen, wie lange dies dauern kann; „Stockholm ist nicht ein Ding, das auf der Ewigkeit gebaut ist; wenn es möglich sein wird, soll es bald geschehen"; sonst drohen Revolution, Anarchie, Konterrevolution (I S. 27, 28).

Die Broschüre enthält als Beilage das Manifest der Delegationen der neutralen Länder in Stockholm an die der Internationale angeschlossenen Parteien.

Die zweite Arbeit TROELSTRAS besteht aus einer Reihe von Aufsätzen, die in der Socialistische Gids von März bis August 1919 erschienen sind und die der Verf. Dezember 1918 zu schreiben anfing; mit der Veröffentlichung wurde erst ein Beginn gemacht, nachdem Dr. T. der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern (Februar 1919) beigewohnt hatte. Die Aufsätze haben den Zweck, die moderne Arbeiterbewegung in Holland geistig vorzubereiten auf die Konsequenzen, die von der europäischen Revolution auch für dieses Land zu erwarten seien. Inzwischen hat der Osternkongreß 1919 der S. D. A. P. demgegenüber schon Stellung genommen in einer, mit der gleichzeitig von der französischen sozialistischen Partei genehmigten Resolution sachlich übereinstimmenden, Einheitsresolution („eenheidsmotie"). Man könne daher diese Aufsätze als einen (zwar persönlichen) Kommentar dieser Resolution betrachten (II Vorwort S. 1).

der jetzige Krieg habe kein Präzedens in der Vergangenheit. „Wir können ihn der alten Schablone nach nicht erfassen, die Taktik ändert sich, unverändert bleibt nur das Ideal.“ Und ein anderer: „Für die Entwickelung der Internationale ist die Entwickelung der nationalen Parteien unentbehrlich. Die Internationale hat nie die Vaterlandsverteidigung abgelehnt. Die russische Arbeiterschaft soll daher an der Organisierung des Sieges teilnehmen und sie fördern, indem sie nicht in ‚unterirdischen‘ Organisationen steckenbleibt, sondern in die Kriegsindustriekomitees eintritt“. Ihre Aufgabe in den letzteren bestehe darin, „öffentlich zu erklären: mit den Geschossen allein könne man das Land nicht erretten, dies sei nur durch das freie, sich selbstregierende Volk möglich und daher seien politische Reformen und vor allem die Einberufung eines Reichsarbeiterkongresses erforderlich“. In gleicher Art begründeten die Sozialisten-Revolutionären die Notwendigkeit der Teilnahme an den Kriegskomitees, wobei sie von Protestrufen unterbrochen, den „Bolschewiki“ die Beschuldigung ins Gesicht schleuderten; diese erstrebten die Niederlage Rußlands. „Unser Vaterland, d. h. die arbeitenden Klassen, ist in Gefahr, ruft ein Redner aus. Um aber den äußeren Feind zu besiegen, bedürfen wir günstigerer Verhältnisse innerhalb des Landes, dazu wieder der Organisation, und zu diesem Zwecke sind auch die Kriegskomitees auszunützen.“

Dieser Bericht zeigt uns also die Menschewisten auf ausgesprochen sozial-nationalem Standpunkt[1]). Da er nicht aus bolschewistischen Kreisen stammt, so ist er auch nicht durch Voreingenommenheit und das Bestreben zu erklären: die Menschewisten insgesamt als von der nationalistischen Seuche angesteckt darzustellen. Doch sei auf eine Andeutung im Artikel „Vergeßt nicht die Lehren der nahen Vergangenheit!“ des „Nasch Goloss“ (Nr. 16) hingewiesen: die Petrograder menschewistische Gruppe habe etwas andere als die tatsächlich zum Ausdruck gelangte Stellungnahme zum Kriege vorgesehen, diese internationalistischen Elemente der Menschewismus hätten aber schließlich „wenn nicht in der wichtigsten Frage der Gegenwart, so in den Fragen der Organisierung der breiten Massen“ Berührungspunkte mit den anderen sozial-nationalen gefunden. Die Auffassung dieser internationalistischen Elemente aber gibt folgender Aufruf der Petrograder Gruppe wieder:

„Wir haben jetzt Vertreter in den Kriegsindustriekomitees. Diese Komitees sind von den Unternehmern gegründet worden, um den Krieg zu fördern, der uns fremd ist. Die Mehrheit dieser Komitees besteht aus unseren Klassenfeinden. . . . Wir Sozialdemokraten menschewistischer Rich-

1) „Sie fühlen sich beleidigt, wenn wir sie als Gegner des Internationalismus und Chauvinisten unter der Larve des Sozialismus bezeichnen. Ihre Reden in der Versammlung waren aber in dieser Hinsicht so offen, daß es nur zu bedauern ist, daß sie nicht stenographiert wurden“, schreibt ein Teilnehmer der Versammlung im Soz.-Dem. (Nr. 50, 18. II. 16: „Arbeiter und die Kriegs-Industriekomitees. Brief aus Petrograd.“)

tung haben beschlossen, daß die Arbeiter in diese Komitees ihre Vertreter entsenden sollen: nicht aber, um mit der Bourgeoisie gemeinsam zu arbeiten, sondern um gegen jeden Versuch, die Ausbeutung zu verstärken, zu protestieren, um die Forderungen der Arbeiter laut zu verkünden ... Vor den Wahlen wurde eine Resolution vorgelesen, beraten und angenommen, und ebenso Instruktionen für die Gewählten... In ihnen ist gesagt, daß die Interessen der Arbeiter in allen Ländern die gleichen sind, daß die Arbeiter jeden Krieg für verwerflich halten, daß sie diesen Krieg für einen Eroberungs- und Versklavungskrieg halten, daß sie den Ausweg nur im Kampfe für den Frieden ohne Annexionen und für die Freiheit der Selbstbestimmung der Nationen sehen ... In der Resolution ist gesagt, daß die Hauptschuld an diesem Kriege und den Leiden, die er gebracht hat, bei dem Zarismus liegt. Die Resolution fordert alle Arbeiter und das ganze Volk auf, für den Übergang der Staatsgewalt in die Hände des Volkes, für die Einberufung der allgemeinen konstituierenden Volksversammlung, für alle politischen Freiheiten, für den Achtstundentag, für die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern, für die unverzügliche Amnestie zu kämpfen... Die Resolution legt die Verantwortung für das, was uns durch den Krieg beschieden worden ist, auch auf die Bourgeoisie, die die Regierung unterstützt ... Die Instruktionen sagen klar und unzweideutig, daß die Arbeiter nicht zwecks der Landesverteidigung in die Komitees gehen, denn für diese übernehmen sie keine Verantwortung ... Wir fordern euch auf, ihr möchtet euch um die Arbeitervertreter in den Kriegsindustriekomitees vereinigen. Nützt diese Vertretung aus, um eine große organisierte Macht zu schaffen, für einen verstärkten Kampf gegen die Regierung und gegen die Bourgeoisie, für den Frieden, für die Freiheit, für bessere Bedingungen der Arbeit ... — Bereitet euch zu einem schweren Kampf mit Feinden vor, die außerhalb der Arbeiterklasse stehen — mit der Regirrung, mit der Bourgeoisie ... Die Organisation der Menschewiki ruft euch zum Kampfe für den Frieden, für die Freiheit, für den Sozialismus[1]."

Ein Vertreter der Sozial-Revolutionären wieder führte nach dem Berichte des „Nasch Goloss" „die gewöhnliche boykotistische Taktik" durch.

Der bolschewistische endlich bekämpfte die sozial-patriotischen Elemente. Er beschuldigte sie, minder konsequent zu sein wie PLECHANOFF und dessen Anhänger. „Sie (wollten) taktisch die Quadratur des Zirkels, indem sie die Verteidigung ihres Landes in einem imperialistischen Kriege, von Koalitionen, die sich durch ganz Europa und Asien ziehen, mit dem revolutionären Kampfe in Rußland verquicken ... Ihre Parole: ‚Die Revolution zu Zwecken der Landesverteidigung!' (könne) auf die Arbeiterschaft nicht anders als verwirrend wirken!" Jede revolutionäre Aktion müsse doch die militärische Widerstandskraft des Landes lähmen. „Sie (aber) streben eine bessere Organisation der Verteidigung an, und dabei ist ihnen eine bessere Organisation der Industrie und des Rückens erwünscht, daher wollen sie auch in die

1) Bulletin, I. S. K. zu Bern, Nr. 4, S. 16.

Kriegskomitees eintreten. Wir aber sind Proletarier-Revolutionäre, daher desorganisieren wir während der Revolution unumgänglich sowohl die Industrie, als auch das Rückgrat der Armee ... Diese wird entbehren müssen und erlahmen, *obwohl dies keineswegs von uns angestrebt wird und unsere Aufgabe bildet.* Wie können wir also in die Kriegskomitees eintreten?“ [1] [2] [3] [4] Nach Anführung der Stuttgarter Resolution forderte der Redner schließlich auf, die alten internationalistischen Parolen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ und „Proletarier haben kein Vaterland!“ so laut zu proklamieren, daß sie auch jenseits der Grenzen vernommen werden könnten [5].

---

1) „Der Kampf um Macht — schreibt auch Martoff (Die Internationale und der Krieg, S. 113) — kann, wenn er mit Erfolg gekrönt wird, wohl auch eine bessere Gestaltung der Verteidigung zur Folge haben, insofern die Klasse, die von der Macht Besitz ergreift, eine höhere militärische Organisation schaffen kann. Solange aber dieser Kampf geführt wird, bringt er die Organisation ins Wanken, und während dieser Periode ist *zwischen* der Verteidigung und dem Kampfe, *zwischen* der Versorgung der Heerführer mit neuen Kriegsmitteln und ihrer Enthebung von der Verfügung über die schon vorhandenen zu wählen.“

2) Soz.-Dem. Nr. 53, zit. Art.

3) Dieser Brief aus Petrograd stammt — nach einer Mitteilung der Redaktion der Soz.-Dem. (ebenda) — von einem Genossen, der eifrigst in der Wahlkampagne tätig war und in der Wahlversammlung eine höchst bedeutende Rolle spielte.

4) Die durchschossen gesetzten Stellen im Original gesperrt.

5) „Nasch Goloss“, Nr. 8. — Das Petrograder Komitee der S. D. A. P. R. (Bolschewistische Richtung) hat eine Instruktion abgefaßt, die dann bei den Wahlmännerwahlen von den Arbeitern vielfach ihren Vertretern als Imperativmandat mitgegeben wurde. Sie führt, nach einer Auseinandersetzung über die Schuldfrage und den Verteidigungsstandpunkt aus: „Das sozialistische Gebot der Stunde besteht im internationalen Klassenkampf gegen die nationale imperialistische Völkervernichtung. Der Hauptfeind jedes Volkes steht im eigenen Lande, der Feind des russischen Volkes ist der russische Absolutismus, sind die Anhänger der Leibeigenschaft, die Feudalen und die Bourgeoisie. Das russische Volk hat die Pflicht, diesen Feind im eigenen Lande zu bekämpfen und sich dabei mit dem Proletariate der anderen Länder zu vereinigen, das seine Schläge gegen die eigenen Imperialisten, gegen die eigenen Regierungen richten wird ... Die Parole: ‚Nieder mit dem Kriege!‘ soll das Proletariat durch den Ruf ‚Es lebe die soziale Revolution!‘ vertiefen.“ Die aufgeklärte Arbeiterschaft soll die Neigung breiter Volksschichten zum Frieden in den sozialistischen Strom überlenken. „Das Proletariat könnte die Friedensbedingungen erst diktieren, wenn die Macht in seinen und nicht in den Händen der Geheimdiplomatie läge. Die Bemühungen des Proletariats sind auf die Eroberung der Macht im Bürgerkriege zu richten“. Seien in Westeuropa die objektiven Voraussetzungen für die

Nach Schluß der Debatte gelangten die Resolution und die Instruktion der Anhänger der Beteiligung an den K. I. K. zur Verlesung, aber freilich nicht auch zur Abstimmung. Sie betont die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und besagt ferner: „Indem die russischen Arbeiter dieses Ziel (baldigen Friedens ohne Annexionen usw.) durch internationale Verständigung der Arbeiterdemokratie zu erreichen streben, liegt ihnen mehr als anderen Volksschichten an der Errettung des Landes vor der Zertrümmerung." Die Hauptursache der schwierigen Lage Rußlands sei in den inneren politischen Zuständen zu erblicken. Daher werden zur Aufgabe, die neue Ordnung ein-

---

sozialistische Revolution reif, so habe Rußland noch die Aufgabe vor sich, die Demokratisierung des Staates zu erzwingen. Daran liege nicht allein dem Proletariat, sondern auch dem Bauerntum und den anderen Schichten der bürgerlichen Demokratie. Daher wende sich das Proletariat an sie, um mit ihrer Unterstützung den Zarismus niederzukämpfen und die provisorische Regierung zu schaffen, die eine Konstituante einberufen soll. „Von diesem Standpunkte aus kann 1. keine Rede von Beteiligung der Arbeiter an den K. I. K. sein, bedeutete 2. eine solche Beteiligung die Fälschung des proletarischen Willens, den Verrat an der revolutionären internationalistischen Fahne, und sollen daher 3. die Arbeiter jede Beteiligung an den Einrichtungen ablehnen, die den Krieg fördern wollen."

Einige Mitgliedschaften faßten eigene Instruktionen ab, so die Putilower Werke und die Werke im Stadtteil an den Moskauer Toren.

Die längeren Ausführungen dieser Instruktionen über Charakter und Ursprung des Krieges usw. stimmen völlig mit den vorstehenden des Petrograder Komitees überein. Von Interesse sind aber detaillierte politische Forderungen und praktische Schritte, die die Putilower Arbeiter der Arbeiterschaft vorzeichnen wollten. Danach soll das Proletariat, um seine Aufgaben zu erfüllen: 1. Gleichzeitig jede Arbeit in allen Unternehmungen einstellen; 2. eine bewaffnete Volksmiliz errichten; 3. sich mit Gewalt in den Besitz der Fabriken und Werke, Regierungsveranstaltungen, Eisenbahnen, Warenlager und größeren Laden setzen; 4. die Lebensmittel und übrigen Sachgüter allererster Notwendigkeit beschlagnahmen und die Versorgung der Bevölkerung mit ihren Gegenständen durchführen; 5. die Gemeindewahlen auf demokratischer Grundlage veranstalten und demokratische Selbstverwaltung einführen; 6. allgemeine Wahlen in die provisorische Regierung und die Konstituante vorbereiten; 7. die Reservisten, Soldaten und Offiziere einladen, sich bewaffnet dem revolutionären Volk anzuschließen. — Was aber unmittelbar die K. I. K. anbetrifft, so wurde vorgeschlagen: „Die Delegiertenwahlen in allen Unternehmungen durchzuführen, die Delegiertenversammlung zu bevollmächtigen, sich als Arbeiterrat (Ssowjet rabotschich deputatow) zu konstituieren und sie zu veranlassen, unter Leitung zentraler und lokaler Organisationen der S. D. A. P. R. die aufgezählten Schritte des entschlossenen Massenauftretens des Proletariats und der Demokratie gegen den Absolutismus zu unternehmen." (Diese Beschlüsse sind mir freundlichst aus den Materialien der Z. K. d. S. D. A. P. R. mitgeteilt worden. G. T.)

zuführen und Rußland zu demokratisieren, „die demokratischen Schichten und alle jene (aufgerufen), die wirklich die Rettung des Landes anstreben". In der Instruktion wieder werden die Arbeitervertreter aufgefordert, dem Zentralkomitee mitzuteilen, daß die Petrograder Arbeiter jede Verantwortung für seine Arbeit ablehnen, und dies sowohl wegen der Art seiner Zusammensetzung als auch weil es der Arbeiterklasse unmöglich sei, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen eine Verantwortung für die Landesverteidigung zu übernehmen[1]).

Die Wahlmänner protestierten ferner gegen die unzulängliche aus dem Gesetze des 3. Juni abgeschriebene Wahlordnung und erklärten die Einberufung des Arbeiterkongresses für unentbehrlich, um die Frage der Beteiligung endgültig zu entscheiden und die Stellung der Arbeiterklasse zu den gewaltigen Aufgaben des Augenblickes zu klären. In organisatorischer Beziehung wird die Bildung einer selbständigen Gruppe innerhalb des Komitees gefordert. Die Abgeordneten sollen ferner die Fortdauer des Wahlmännerkollegiums als ständiger Einrichtung und Verbindungsglieds zwischen der Abordnung und der Arbeiterschaft bewirken, tunlichst die Wiedergeburt der Gewerkschaften und der Bildungsorganisationen sowie der Arbeiterpresse fördern und sich kräftigst für die Einberufung des Arbeiterkongresses einsetzen, endlich die Wahlmännerversammlung wieder einberufen und ihr über die Stellungnahme des Zentralkomitees zu allen diesen Fragen berichten („Nasch Goloss", Nr. 15).

Die Frage, ob Vertreter in das Zentral- und Landeskomitee zu entsenden seien, wurde hierauf von der Versammlung mit 90 gegen 81 Stimmen verneint, die Abstimmung über die Resolutionen aber wegen der vorgeschrittenen Zeit unterlassen. Die Minderheit verließ hierauf den Saal, wobei freilich der Vorsitzende GWOSDJOFF sich ihnen zu folgen weigerte, da die Abstimmung ordnungsgemäß durchgeführt war und kein Anlass zu Protesten vorlag (Soz.-Demokrat, Nr. 50). Zuletzt beschloß die Versammlung, dem Zentral- und dem Kriegsindustriekomitee mitzuteilen: „Die Mehrheit der Wähler halte die

1) „Dieser Vorbehalt: ‚Unter den gegenwärtigen Verhältnissen' bedeutet aber das Kompromis mit dem sozusagen ‚bedingten Bekenntnis zur Landesverteidigung' (‚Uslownoe oborontschestwo') und die moralische Unterstützung der Kooperation mit der imperialistischen Bourgeoisie auf dem Boden der Organisation des militärischen Sieges, da diese Politik von diesem Standpunkte aus von vornherein für jene Länder sanktioniert wird, wo die Macht von den ROMANOFFS und CHWOSTOFFS schon zu GUTSCHKOFF und MILJUKOFF übergegangen ist; anderseits stellt sich der Vorbehalt als Weigerung dar, den von ZIMMERWALD vorgezeichneten internationalen proletarischen Kampf für den Frieden in allen Ländern ohne Rücksicht auf ihre augenblickliche militärische Lage moralisch zu unterstützen" („Iswestija" Nr. 3: S. SJEMKOWSKY, Die Kriegsindustriekomitees und die Taktik der Sozialdemokratie). Meines Erachtens ist im Vorbehalt nicht ein Kompromis, sondern eine völlige Kapitulation der Internationalisten, die der Erklärung beitraten, zu erblicken.

ungeheuere Steigerung erfahren werden. Auf diese utopische Gründung der materialistischen Geschichtsauffassung weist G. besonders hin. Gerade an diesem Punkte ist die Parallele zwischen Marxismus und Chiliasmus, der Hinweis auf den „sündenlosen Menschen“ und das „Paradies auf Erden“, von großem Interesse. Diese Parallele führt G. auch sonst zu wertvollen Einsichten. Er zeigt als die Person des vom Marxismus verheißenen Erlösers das Proletariat auf. Und man muß tatsächlich zugeben, daß in der marxistischen Ideologie — sehr im Widerspruch freilich zu den „wissenschaftlichen“ Tendenzen MARXens — die Personifikation und Hypostasierung dieser ökonomischen Kategorie des Proletariates bis zu einem Grade gediehen ist und vor allem mit einer solchen ethischen Wertbetonung auftritt, daß der Vergleich mit dem Messias nicht abzuweisen ist. Zumal in den populären Darstellungen, die sich an die breite Masse wenden. Auch was G. über den Ursprung der Erlöserkraft dieses Messias und seiner Fähigkeit für das Erlöserwerk sagt, enthält manches Zutreffende für die Psychologie des Marxismus. Speziell, wenn auf die eigenartige Gefühlsbetonung aufmerksam gemacht wird, in der die Worte „Revolution“ und „revolutionär“ auftreten. „Sie sind geradezu an Stelle des Begriffs der religiösen Erleuchtung und der religiös Erleuchteten getreten, nach Analogie der ‚Heiligen‘ der großen englischen Revolution. Die ‚Revolution‘ ist eine mystische Kraft, ein Zustand der ekstatischen, d. h. erhobenen Seele . . ., d. h. die Ekstase ist der Seelenzustand, aus dem heraus die neue Zeit gestaltet werden soll, deshalb haben das revolutionäre Proletariat und überhaupt alle revolutionär Denkenden ein Vorrecht vor den anderen Menschen. Was revolutionäres Denken inhaltlich ist, wissen weder diejenigen, die es tun, noch ist es sonstwie ergründlich. Es ist eben die Ekstase, in der die Erleuchtung zuströmt. Wer ihrer teilhaftig ist, hat auch teil an der aus der naturgesetzlichen Entwicklung stammenden Erlöserkraft des Heilands Proletariat. Es ist deshalb auch berechtigt zur Diktatur“ (a. a. O. S. 34).

Deutlicher als in den klug zurückhaltenden Werken von MARX selbst tritt der chiliastische Charakter des Kommunismus in den mehr auf den temperamentvolleren ENGELS gestützten Schriften der Bolschewiki zum Ausdruck. G. führt hier zusammenfassend aus: „LENIN stellt uns also vor die folgende Sachlage. Er glaubt, d. h. er weiß nach der MARXschen ‚Voraussehung‘, nämlich Offenbarung über den Gang der Menschheitsentwicklung, daß der Heiland Proletariat eines Tages aufstehen und das Paradies auf Erden — ‚die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft‘ — aufrichten werde. Den Zeitpunkt dieser Errichtung des Paradieses auf Erden weiß er allerdings nicht. Nur kennt er den, der es herbeiführen wird, nämlich den Diktator Proletariat. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß er ganz gewiß. — Der christliche Chiliasmus weiß, daß der Heiland Christus eines Tages wiederkommen und das Paradies auf Erden, das Tausendjährige Reich, aufrichten wird. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, weiß er nicht. Dagegen weiß er, daß der Heiland Christus als Herrscher ein irdisches Reich der Seligkeit aufrichten wird. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß auch er ganz gewiß“.

Sehr interessant ist auch der Vergleich, den G. zwischen dem individualistisch-anarchistisch orientierten Kommunismus LANDAUERS, dem „schwärmerischen“ Sozialismus, und der Ideenwelt der christlichen Schwärmerkirchen speziell mit Bezug auf die Lehre vom erneuerten Pfingstwunder durchführt. Der Appell an das innere Erlebnis, an den „Geist“, der den einzelnen mit Sozialismus erfüllen soll, die Ablehnung des Staates und jeglicher Zwangsordnung, das steht in vollkommener Parallele zu der Ausgießung des göttlichen Geistes, zur Ablehnung jeglicher Zwangskirche bei den christlichen Schwärmern.

Daß eine politische Theorie wie der kommunistische Sozialismus in ihren psychologischen Voraussetzungen zahlreiche Berührungspunkte mit religiösen, insbesondere mit sozial-religiösen Bewegungen, wie der Chiliasmus, haben muß, ist schließlich nicht verwunderlich. Der Vergleich würde viel von seiner paradoxen Wirkung verlieren, wenn man, umgekehrt, den Chiliasmus als einen sozialistischen Kommunismus aufzuzeigen versuchte. Immerhin ist die Parallele in der Ideologie, in der Begriffsbildung beider Systeme auffallend genug. Der tiefere Grund dafür — und in dieser Richtung wäre die wertvolle Arbeit G.s zu ergänzen — liegt darin, daß zwischen politischem und religiös-theologischem Denken überhaupt, und zwar speziell nach der logisch erkenntnistheoretischen Seite hin, weitgehende Verwandtschaft besteht. Das zeigt sich vor allem bei den Zentralbegriffen beider Systeme: Staat und Gott. Personifikationen von Ordnungen, der Gesellschaft die eine, der Natur überhaupt die andere, drängen beide — in der naiven Anschauung der breiten Massen — zur Hypostasierung, werden beide zu rätselhaften, geheimnisvollen Wesenheiten, mit denen Staats-(Rechts)-lehre oder Theologie ihr Begriffsspiel treiben. Dafür, daß die Probleme der Theologie, wie sich leicht zeigen läßt, nur in einer geänderten Terminologie in der Staats-(Rechts-)lehre wiederkehren, liefern G.s Untersuchungen eine willkommene Bestätigung, wenn sie auffallende Übereinstimmung zwischen einer speziellen politischen und einer religiös-theologischen Doktrin aufzeigen. Indem sich aber die Parallele G.s nur als ein besonderer Fall einer ganz allgemeinen Analogie von Politik und Religion, Staatslehre und Theologie herausstellt, verliert sie auch die polemische Spitze, die der Verf. gegen die MARX-LENINsche Lehre richten wollte. HANS KELSEN (Wien).

Mitteilung.

An der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin ist auf Anordnung des Ministeriums für Volksbildung eine Auskunftsstelle für Sozialistische und Revolutions-Literatur eingerichtet worden. Die Auskünfte werden daselbst (Unter den Linden, 2 Treppen, in der Kriegssammlung) erteilt von **Ernst Drahn** Dienstags und Freitags 12—2 Uhr oder auch schriftlich nach auswärts bei Einsendung des Portos für die Antwort.

Millionen russischer Arbeiter und Bauern zum Ziele machen — und dies um so mehr, als das Z. K. I. K. in seinen Beschlüssen deutlich die Absicht zeigte, die Klassenbewegung des Proletariats niederzudrücken, es zu desorganisieren und seiner Solidarität zu berauben. Da es jedoch einem Häuflein Unbefugter gelungen ist, den Kuhhandel mit der Bourgeoisie zu schließen und die heutige Versammlung zusammenzuberufen, so erklären wir, daß wir alle jene, die bei dieser Hintertreppenabmachung behilflich waren, für Verräter halten und mit ihnen den unversöhnlichsten Kampf in den Arbeiterreihen aufnehmen werden, wo es für die Verräter keinen Platz gibt." (Soz.Dem. Nr. 53.) Nach der Verlesung beider Erklärungen verließen die Anhänger der Abstinenz den Saal, indem nur einige zu Kontrollzwecken blieben. Nach einer erregten Szene entfernten sich aber auch diese. Die Gesamtzahl der Abstentionisten wird von den beiden Hauptgruppen verschieden geschätzt. Der Verf des Petrograder Briefes in „Nasch Gol." beziffert sie mit 72, die Bolschiwiki rechnen mit 84.

Die patriotische Ansprache GUTSCHKOFFS wurde vom Vorsitzenden GWOSDJOFF beantwortet. Dieser stellt jede nationale Einigung in Abrede, der Klassenkampf gehe fort. Selbst wenn die Arbeiter ihn einstellen wollten, vermöchten sie es nicht, da die Angreifer die Kapitalisten sind. Die Arbeiterschaft strebe für Niemand die Zertrümmerung an, zu der sie GUTSCHKOFF begeistern wollte; sie sei in allen Ländern solidarisch. Die Reden zur Begründung der Beteiligung wurden diesmal in „Nasch Gol." nur summarisch wiedergegeben. Ich ergänze sie nach einem ausführlichen Berichte der Pressevertreter, der aber nicht veröffentlicht werden konnte, und der mir aus den Materialien des Z. K. d. S. D. A. P. R. zur Verfügung gestellt worden ist. Danach sagte GWOSDJOFF noch: „Wir sind für die Verteidigung, aber nicht für den Angriff und die Zerschmetterung. Unsere Selbstverteidigung darf keineswegs in einen Angriff gegen Deutschland umgewandelt werden. Das Gebot der Stunde bildet nun die Organisierung sämtlicher lebendigen Kräfte Rußlands zum Kampf gegen das angreifende Deutschland und gegen den nicht weniger furchtbaren inneren Feind — gegen den Absolutismus. Zur Erreichung dieser beiden Ziele ist aktive Beteiligung der Arbeiterschaft an den K. I. K. notwendig. Die soziale Revolution steht heute nicht auf der Tagesordnung ... Vorläufig soll die Macht von der Regierung auf die Bourgeoisie übergehen. Wir sind am Vorabend der sozialen Revolution, und wir müssen zu dieser eine verständige Stellung einnehmen ..." Ein Redner legte den Standpunkt PLECHANOFFS dar, wobei er von zwei weiteren unterstützt wird, die aktive Beteiligung an der Landesverteidigung forderten. Zwei Soz.-Rev. sprachen sich prinzipiell gegen die Wahlen aus. Aus verschiedenen Gründen aber — darunter vornehmlich, weil den Arbeitern sonst nirgends möglich sei, ein Wort zu äußern, und weil eine allgemeine Offensive gegen ihre ökonomischen Stellungen eingeleitet sei — erklärten sie sich bereit, an den Wahlen teilzunehmen. In den Ausführungen der Hauptredner spielten diesmal Motive der inneren Politik die Hauptrolle. „Wir müssen in die Organisationen, wo wir anderen Klassen begegnen, da es den eigenen Kräften des Proletariats

allein nicht gelingen kann, alle die Reformen zu erzwingen, die für das Proletariat und für das ganze Land unentbehrlich sind. Die Arbeiterschaft soll sich Verbündete suchen und versuchen, die bürgerlichen Elemente auf das oppositionelle Geleise zu überführen" („N. G." Nr. 12). Dem eben erwähnten unveröffentlichten Presseberichte zufolge sagte BREIDO u. a.: „Wir sind desorganisiert und atomisiert; unsere innerpolitischen Feinde wie unsere zeitweisen Mitläufer dagegen sind organisiert. Bürgerliche Organisationen wollen heute unsere feudalen ersetzen. Wie sollen wir uns in diesem Augenblick verhalten? Es geht nicht, sich in einem solchen Augenblick auf ein ‚Wir sind gegen alles' zu beschränken, da die Entscheidung in den Existenzfragen des Staates fällt... Wenn die Bourgeoisie auch nur einen Schimmer von Freiheitsbestrebungen besitzt, so ist sie zu unterstützen... Die Reaktionäre klammern sich an alles, um sich zu retten... Wir müssen gemeinsam mit der Bourgeoisie den schwarzen Block stürzen... und alles tun, um das Land zu befreien." Dann bezeichnet BREIDO die Beschuldigung: er und seine Anhänger bemühten sich, die Gegensätze zu verkleistern, als bewußt unwahr. „Unausgesetzt halten wir das proletarische Banner hoch... Zwischen uns und der Bourgeoisie gibt es eine Grenze, die von unseren Delegierten nicht überschritten werden wird..."

In einer großen Rede (ebenda) polemisierte YEMELJANOFF gegen die Kennzeichnung der Anhänger der Beteiligung als Nationalisten. „Unsere prinzipielle Auffassung geht dahin, daß dieser Krieg wie auch jeder andere ausschließlich im Interesse der Bourgeoisie, nicht aber der Arbeiterschaft geführt wird." Er sei mit Zimmerwald für „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen", wolle aber diesen Frieden gemeinsam mit sämtlichen lebendigen Kräften der Gesellschaft erreichen. Und dann, die Errettung des Landes bestünde nicht in der „technischen" Verteidigung, sondern in der radikalen Umwälzung des gesamten Lebens zugunsten der Demokratie. „Nun sind wir mit den Gegnern der Wahlbeteiligung in der Einschätzung der treibenden Kräfte uneinig. Sie rechnen für die Revolution einzig und allein auf die eigene Kraft. Wir aber streben die Zusammenschließung aller Schichten der russischen Gesellschaft an, die die Demokratisierung des sozialen Lebens wünschen und für sie kämpfen wollen. Daher die Beteiligung..., die es erlaubt, die Arbeiterschaft zu sammeln und zu organisieren... Unser Ziel ist die Besiegung des inneren Feindes, die Abwehr der deutschen Heere und Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen."

Die wieder eingebrachte (S. 385 zit.) Resolution wurde nun bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. Auch der Instruktion wurde zugestimmt. Mit der Ernennung von 10 Vertretern in das Z. K. I. K. und von 6 in das Landeskomitee schloß die Versammlung. Unter den Gewählten befanden sich auch 2—3 Unparteiische und Soz.-Dem. sowie Soz.-Rev. Nähere Angaben über die Zusammensetzung der gewählten Vertretung nach der Parteistellung fehlen [1]). Das bolschewistische Petrograder Komitee seinerseits schloß diese

1) Der Bericht der internationalen Richtung der Soz.-Rev. (Bullet. d. I. S. B. zu Bern 5, S. 6) teilt mit, daß „von den Vertretern der Soz.-Rev.

Phase der Kampagne mit zwei Flugblättern (am 1. XII. 1915 und 1. I. 1916) ab, worin es sich an das Petrogarder Proletariat wendete und den begangenen Verrat rügte. Den patriotischen Redewendungen stellte es die Erklärung entgegen, „der Feind stehe im eigenen Lande", und predigte daher den

---

nur einer in das Z. K. eingetreten ist, daß er aber sofort aus der Petrograder Parteigruppe und damit auch aus der Partei ausgeschlossen wurde". Die Nr. 16 (15. XII.) des „N. G." berichtet über Versammlungen verschiedener Arbeitergruppen, die die Berichte über die Wahlversammlung entgegennahmen und sich dazu aussprachen. Ein Teil forderte die unverzügliche Zurückziehung der Arbeitervertreter aus den Komitees, der andere wollte aber einen engen Zusammenschluß aller Petrograder Arbeiter, die jede Organisation vermissen ließen, um eine neue Organisationszelle herzustellen. —

In einem „Dem Verstande zu Trotz" überschriebenen Artikel sagte die volkstümliche „Narodnaja Gaseta" über die zweite Wahlkampagne: Hier in Petrograd, wo die Kampagne sich breit entfaltete, „waren die Arbeiter durchaus imstande, sich damit vertraut zu machen, was die K. I. K., was ihre Endziele und ihre nächsten praktischen Aufgaben sind". In der Wahlversammlung siegte jene Richtung, die schroff ablehnend der Beteiligung an den Komitees gegenübersteht. „Dies war der Wille der Petrograder Arbeiter. Man mag Beweise für die Irrtümlichkeit dieser Entscheidung erbringen, ihr jede praktische Zweckmäßigkeit absprechen usw. Man darf aber die Arbeiterschaft nicht ihres Rechtes auf eine eigene Meinung berauben ... Und wer die Klassensolidarität achtet ..., soll sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen. — „N. Gas." meint, daß, wenn die ‚über jedes Maß eifrige Minderheit' sich damit nicht zufrieden geben wolle, so müßte sie sich an die Massen wenden und durch neue Wahlen der Wahlmänner, also durch neue Umfrage bei den Urwählern, die Frage zur Entscheidung bringen. Statt dessen erlangte sie bei der Administration eine neue Versammlung der alten Wahlmänner, ohne ihre Befugnisse erneuert zu haben. Nach dem Verlassen des Saales durch die Internationalisten blieben bloß 45% der Wahlmänner, die ihrerseits (auch nicht entfernt einstimmig) ihre Entscheidung fällten. „Mit überraschender Kühnheit urteilte so eine winzige Zahl der Wahlmänner in einer Frage, durch die die gesamte Petrograder Arbeiterschaft bewegt wurde und noch jetzt bewegt wird. Sie haben den ausdrücklichen Willen ihrer Kameraden übertreten, die Rechte ihrer Wähler mißachtet, die einfachsten Regeln der demokratischen Wahlen verletzt." (Wiedergeg. in „Nasche Slowo" Nr. 34 (421), 10. II. 1916: Sozialpatriotismus in Rußland I. Sein Sieg.)

Ich habe keine einzige Nummer der „Narodnaja Gaseta" gesehen. „Nasche Slowo" charakterisiert sie folgendermaßen: „Nas. Gas." bekannte sich zu aktiver Beteiligung der Arbeiterklasse an der nationalen Verteidigung. Sie malte bewundernd aus, wie es die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Belgiens verstanden hätten, durch weise demokratische Politik die nationale Einigkeit zu sichern. Immerhin wahrte sie einen anständigen Ton" (ebenda).

„Bürgerkrieg“. — Es ist noch von Interesse, hinzuzufügen, daß die Wahlen der Arbeitervertreter in den Versicherungsrat, die Ende Januar unter der Parole: Gegen Gwosdjoff und Genossen, gegen Beteiligung! stattfanden, einen vollständigen Sieg der bolschewistischen Richtung brachten.

Am 3./16. XII. 1915 verlas Gwosdjoff in der Plenarsitzung des Z. K. I. K. eine Erklärung, die wegen des Zensurverbotes zwar nicht in ihrem vollen Umfange veröffentlicht werden konnte, jedoch in der Nr. 15 des „N. G.“ in Auszügen wiedergegeben wurde. Manches darunter wird in einem Aufrufe erläutert, mit dem sich die Arbeitergruppe des Z. K. I. K. an die Arbeiter Rußlands am 2./15. I. 1916 wendete (N. G. Nr. 4 [18]). Es heißt darin: „Im vollen Bewußtsein unserer internationalen proletarischen Pflichten wie auch unserer ungeheuren Verantwortung sowohl der Arbeiterklasse Rußlands als auch dem gesamten Lande gegenüber treten wir an unsere Tätigkeit als Vertreter der Petrograder und vorläufig der sämtlichen Arbeiter Rußlands in den Z. K. I. K. heran ... Wir fühlen uns verpflichtet, darzulegen, wie wir die heutige Lage auffassen:

1. Die Arbeiter Rußlands ... haben immer anerkannt und anerkennen auch heute, daß die Interessen der arbeitenden Klassen in allen kapitalistischen Ländern gleich sind, daß es keineswegs der Brudermord ist, der die Befreiung der internationalen Arbeiterschaft von der Lohnsklaverei näherbringen kann. — 2. Von Anfang an erachten die Arbeiter den Krieg als schädlich für die Befreiung des Landes und den Kampf der Arbeiterklasse. Sie sprechen diesem Kriege jede Berechtigung ab, Befreiungskrieg zu heißen, da er einfach ein Eroberungskrieg um neue Märkte und Weltherrschaft ist ... Indem die klassenbewußten Arbeiter Rußlands auf ihrem internationalen Standpunkte beharren, können sie jedoch nicht gleichgültig der gegenwärtigen Lage des Landes gegenüberstehen. Am innigsten, mehr als den bemittelten Klassen, liegt es der Arbeiterklasse daran, daß das Land vor Zertrümmerung und Niedergang gerettet werde.“ Diese Errettung des Landes „von den drohenden vielartigen Gefahren“, heißt es weiter, „wird von den Arbeitern als doppelte Aufgabe betrachtet, u. zw. als die Aufgabe, die äußeren und die inneren Hindernisse zu überwinden“. — Sodann wendet sich die Erklärung gegen das reaktionäre Regime sowie gegen die Charakterlosigkeit der Reichsduma und fordert die vollkommene Demokratisierung des Landes als einziges Mittel und unentbehrliche Voraussetzung seiner Errettung. „Daher kann die Arbeiterklasse, ohne sich selbst und das Volk zu täuschen, jetzt die Verantwortung für die Verteidigung nicht übernehmen ...“ Auch die Verantwortung für die Tätigkeit des Z. K. I. K. wird abgelehnt, da die K. I. K. im Grunde genommen großindustrielle Organisationen und von den erprobten Führern der kapitalistischen Kampfvereinigungen geleitet seien. Die Arbeitervertreter könnten darin nur eine unbedeutende Minderheit bilden. „Die Arbeiterschaft und die Demokratie überhaupt kann keineswegs sicher sein, daß selbst die sehr eng aufgefaßten und auf die technische Mobilmachung der Industrie beschränkten Verteidigungsaufgaben von ihnen ohne Schädigung der Landesinteressen werden gelöst werden. Dieses Mißtrauen wird wohl von der gesamten Tätigkeit des

Z. K. I. K., insbesondere aber von seiner Arbeiterpolitik, genährt." Wenn so, warum beteiligen sich dann doch die Arbeitervertreter an diesen Unternehmerorganisationen? Weil „die Arbeiter sich verpflichtet fühlen, in diesen Einrichtungen, die dank den außerordentlichen Verhältnissen der Kriegszeit eine besondere Rolle spielen, die eigene Auffassung der Landesinteressen und der Wege zur Errettung des Landes zu vertreten. Sie stellen sich auch die Aufgabe, die Arbeiterinteressen vor jedwedem Attentate zu schützen und mit allen Mitteln die Organisierung der Arbeiterschaft zu fördern ... Wir verlangen, daß das Z. K. I. K. von vornherein die Berechtigung unserer Forderung nach Einberufung des Arbeiterkongresses und Sicherung der Fühlung der Abordnung mit den Wählern anerkenne. Wir verlangen, daß es alles einsetze, um die Hindernisse aus der Welt zu schaffen, die diesen Ansprüchen im Wege stehen ... Würden aber unsere Forderungen nicht erfüllt und die Tätigkeit der Abordnung von der (bürgerlichen G. T.) Presse systematisch totgeschwiegen oder entstellt, und erweist es sich, daß man bloß Statisten für die Einigungskomödie, nicht aber wirkliche Vertreter der Arbeiterschaft Rußlands haben wollte, die den drückendsten Teil der Not trägt — dann werden wir zu unsern Wählern zurückkehren und mit ihnen zusammen jenen Schluß ziehen, der uns dann als einzig möglich erscheinen wird" — was wahrscheinlich eine Drohung mit dem Austritt der Abordnung aus dem Komitee bedeuten sollte.

Das Z. K. I. K. schloß sich dem Wunsche der Arbeiterabordnung nach Einberufung des Arbeiterkongresses an und bewilligte ihr die erwünschte Selbständigkeit.[1]) Diese erhielt einen Sekretär, den sie sich selbst wählte, für dessen Besoldung aber das Z. K. aufkam.

Noch sei zum Schluß das Programm der nächsten Tätigkeit wiedergegeben, daß die Abordnung im Z. K. I. K. in dem oft zitierten Aufrufe darlegt. Die Vorbereitung des Arbeiterkongresses, die Organisierung der Arbeiterschaft für die Aufgaben, die ihr die Beteiligung an den K. I. K. diktiert, erscheinen GWOSDJOFF und Genossen als dringlichste Aufgaben. Dann

1) Im zit. Aufruf an die Arbeiter Rußlands wurde diese Absonderung damit begründet, „daß die Arbeiter eigene Klasseninteressen haben und die Aufgaben der Arbeiterschaft im Z. K. I. K. sich schroff von denen unterscheiden, die dessen Mehrheit verfolgt", sowie damit, daß „jene gemeinsamen Arbeiten, die wir Arbeiter zeitweilig mit der Mehrheit des Z. K. haben können, am besten von den koordinierten Bemühungen selbständiger Gesellschaftsgruppen zu erfüllen sind" (N. G. Nr. 4—18). — Was anderseits die Gründe des Entgegenkommens von seiten des Z. K. betrifft, so wurden sie in dem Moskauer Landes-K. I. K. vom Vizepräsidenten der Association de l'industrie et du commerce POPLAWSKIJ folgenderweise erklärt: „Die Verselbständigung der Arbeitergruppe im Z. K. I. K. ist das Ergebnis einer Abmachung zwischen den Führern des Komitees und den Arbeitern, mit dem Zweck, diese ins Komitee zu verlocken." Dabei wies er auf die Fruchtlosigkeit der Arbeit der Petrograder Gruppe hin: „Alle ihre Berichte und Referate müssen der Kriegszensur vorgelegt werden. Mitteilungen an die Wähler sind in der Anwesenheit der Polizei zu machen usw. (N.G.Nr.5, 19/31.I.1916). —

kommen diese Aufgaben selbst: der Arbeiterschutz, der durch die Kriegsmaßnahmen gefährdet wird, die Einrichtung der paritätischen Arbeitsnachweise, die Einführung der Minimallöhne und der speziellen Schlichtungskommissionen, die Maßnahmen zur Milderung der Ernährungsnot. In einem speziellen Aufrufe unterbreitete dann die Arbeitergruppe folgenden Tagesordnungsentwurf für den Arbeiterkongreß der öffentlichen Diskussion: 1. Stellungnahme der Arbeiterschaft zur gegenwärtigen Lage des Landes; 2. Teuerung und Ernährungskrise; 3. Lage der Arbeiterklasse und der Arbeiterschutz; 4. Arbeiter als Kriegsopfer (Flüchtlinge, Krüppel); 5. Stellungnahme zu den K. I. K. und deren Aufgaben; 6. Wahlen der Vertreter in das Z. K. I. K. —

Das Z. K. wollte nichts gegen den Plan des Arbeiterkongresses einwenden, und die Arbeitergruppe machte sich an die Sache ganz praktisch heran, indem sie in demselben Aufrufe schon von dem Statutenentwurfe zu berichten wußte, der den zuständigen Behörden zur Bestätigung vorgelegt werden sollte.

Die Moskauer Wahlen verliefen auch nicht entfernt so lebendig und dramatisch, wie die Petrograder. Die Beteiligung war viel geringer. Von den 90 000 Stimmberechtigten gaben nur etwa 46 000 als gültig anerkannte Stimmen ab. In einzelnen Werken war die Beteiligung noch geringer. So stimmten in den Fabriken:

Schröder	von	1105	Arbeitern	nur	59,
Žiro	„	3268	„	„	198,
Dynamo	„	1500	„	„	74,
Postawschtik	„	8557	„	„	295,
Moskauer Metallfabrik	„	3048	„	„	128

(„Nar. Gas.“, wiedergegeben im zitierten Berichte der Soz.-Rev. Bull. Nr. 5). Keine vorbereitende und aufklärende Arbeit wurde zugelassen, keine Vorversammlungen fanden statt. „Die Moskauer Arbeiterschaft — erzählt das eben erwähnte sozialpatriotische Blatt — wählte ihre Vertreter in eine Einrichtung, von der sie absolut nichts wußte ... Liest (sie) nun von den ersten Schritten ihrer angeblichen Vertreter, so kann sie nur sagen: man hat mich ohne mich selbst verheiratet“ (Nr. 10, wiedergegeben in „N. Sl.“ Nr. 35, 11. II. 1916). Im Grunde genommen wird die Kampagne nicht anders auch von einem der opportunistischesten Vertreter der russischen „Sozialnationalen“ (diesmal zeichnet er Wolde) geschildert (ebenda Nr. 15, 5. I. 1916: Moskauer Briefe). 1/4 der Wahlmänner verließ die Versammlung unter Protest gegen die Unvollkommenheit der Kampagne (N. Sl. Nr. 35, 422). Der Sieg der Sozial-Nationalen wurde ihnen dadurch etwas verbittert, daß dieselbe Versammlung, die ihnen Recht gab, ein vom Führer der Moskauer Unternehmer Rjabuschinski abgefaßtes hurrapatriotisches Telegramm an die französischen und englischen Arbeiter annahm. Der Schneiderverband lehnte es ab, die gewählten Vertreter der Moskauer Arbeiterschaft anzuerkennen. Gleiches beschloß auch der Kellner-Verband. Unter den Metallarbeitern liefen Gerüchte um, man wolle die ins Komitee gewählten Mitglieder aus dem Verbande ausschließen (N. H. Nr. 15, zitierter „Brief“ von Wolde).

Der Moskauer Vertretung war nicht vergönnt, eine selbständige Gruppe

innerhalb des Komitees zu bilden. Das Moskauer Landeskomitee berief sich dabei auf den „Geist der breiten öffentlichen Organisation“, der ihm nicht erlaube, in seinem Schoße Klassenorganisationen zu dulden. Der schon erwähnte POPLAWSKIJ erklärte bei dieser Gelegenheit: Wollen die Arbeiter nicht darauf eingehen, sich mit den Vertretern anderer Klassen auf dem Boden praktischer Arbeit, der Erzeugung von Stiefeln usw., zusammenzuschließen, so werde die Arbeit deshalb noch nicht stocken. Das Komitee im ganzen war aber nicht so entschlossen und mahnte in seiner Resolution zur Eintracht.

Der Standpunkt der Moskauer Gruppe war unverhüllt sozialnational. Ihre Erklärung erregte durch die starke Betonung des „Verteidigungsmomentes“ das Mißfallen auch jener Elemente, die die etwas verwischte Fassung der Petrograder Erklärung durchaus billigten (N. G. Nr. 13). (Red.-Artikel: „Erste Schritte“). Sie lautet auszugsweise: „Wir glauben, daß die Interessen unseres Landes, wie auch unsere Arbeiterinteressen unsere Beteiligung an den K. I. K. erfordern. Es ist Bürgerpflicht der Arbeiterklasse, das bedrohte Vaterland gegen die feindliche Invasion zu wahren, die zu allererst und im höchsten Maße die arbeitenden Schichten des Volkes ruiniert. Beteiligen wir uns aber an der Verteidigung unseres Landes und kämpfen wir gegen die Verletzung seiner Selbständigkeit, gegen seine Niederdrückung und Eroberung durch andere Staaten, so treten wir auch der Selbständigkeit und Freiheit anderer Vaterländer nicht nahe. Während wir Rußland verteidigen, werden wir jede Eroberung fremder Länder und Vergewaltigung fremder Völker, mit denen wir in Eintracht leben wollen, bekämpfen. Wir wünschen den von den Arbeitern aller Länder ersehnten Frieden, bei dem kein Volk der Eroberung und Vergewaltigung in irgendwelcher Form ausgesetzt werden kann. Gemeinsam mit den Arbeitern anderer Länder werden wir jeden Schritt zu einem solchen Frieden unterstützen.“ Zum Schluß kommt die sakramentale Erklärung, daß „die Verteidigung und Errettung Rußlands erst dann erfolgreich sein könne, wenn das gesamte Volk zur freien Betätigung aufgerufen und die Sache der Verteidigung von der auf alle Klassen und Völker sich stützenden Volksvertretung übernommen wird“. Wie die Umgestaltung des russischen Staatslebens und seine Demokratisierung, so leitet die Erklärung auch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Arbeiterschutzes aus den Bedürfnissen der Verteidigung her. „Die erfolgreiche Verteidigung des Vaterlandes fordert, daß die Arbeiter, die alles, für das Heer Notwendige erzeugen, in menschenwürdige Verhältnisse gestellt seien und daß ihre Familien nicht verhungern“ — wird hier zur Begründung gesagt (N. G. Nr. 12).

Interessant ist der Verlauf der Kampagne in Samara. Freilich leiden die Berichte des „N. G.“ besonders stark an Einseitigkeit und Voreingenommenheit. Wenn z. B. die Argumente der „Boykottisten“ ebenfalls mitgeteilt werden, geschieht dies mit so viel Überhebung und Spott, daß es kaum möglich wäre, sie auch nur annähernd herauszuschälen, wenn sie uns nicht sonst bekannt wären. Die Kampagne wurde am 5. IX. 1915 durch eine gemeinsame Sitzung des Arbeitsbureaus des Kriegskomitees und der neuen Vertreter der Krankenkassen wie auch anderer Arbeiterorganisationen ein-

geleitet. Die Arbeitervertreter beschlossen eine Erklärung, in der es hieß, daß sie „die Augen gegenüber der schwierigen Lage des Vaterlandes nicht verschließen“ und die ungeheuren Folgen nicht übersehen, welche die eine oder die andere Beantwortung der Frage der Beteiligung haben wird“. Die Entscheidung dieser Frage setzt aber die Versammlungs- und Diskussionsfreiheit voraus. Vor deren Bewilligung lehnen es daher die Arbeitervertreter ab, in eine Besprechung der Wahlordnung einzugehen. Das K. I. K. setzte denn auch daraufhin beim Gouverneur ein gewisses Versammlungsrecht für die Arbeiter in Samara durch, das sie seit 1906 vermißten, und nunmehr wurde die Kampagne planmäßig von einer Arbeiterkommission geführt, die in einer von über 100 Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen und sachkundigen Beratern besuchten Versammlung der ersten Samaraer Krankenkasse ernannt wurde. Der Vorsitzende bezeichnete als Aufgabe dieser Versammlung nicht die Entscheidung der Frage selbst, sondern die Besprechung der Mittel, um die Kampagne so breit wie möglich zu entfalten. Die Arbeiterkommission arbeitete einen Plan aus, wonach in den bedeutendsten Werken Versammlungen stattfinden sollten. Er wurde auch, wenngleich nicht ohne Reibungen und Schwierigkeiten durchgeführt, da es mit der Bewilligung der Versammlungen haperte und Werksverwaltungen es auch mitunter versuchten, die Wahlen ohne Vorversammlungen und ohne Beteiligung von Vertretern der Arbeiterkommission durchführen zu lassen. Diese trat dem aber energisch entgegen und erklärte ohne ihre Zustimmung keine Wahlen zuzulassen. „Verteilen sie ohne unser Wissen die Wahllisten, so sabotieren sie eben die Wahlen bewußt, da wir sie gewarnt haben“ (N. G. Nr. 8). Ende September beschloß die Arbeiterkommission nach stürmischen Debatten, an den Wahlmännerwahlen teilzunehmen, ohne sich dadurch in bezug auf die Wahl in das Komitee selbst irgendwie zu binden. Vorläufig wolle man nur die Wahlkampagne möglichst breit entfalten und in die Länge ziehen. Die Ansichten waren aber in der Kommission geteilt, und die Minderheit wollte, wie aus den ständigen Klagen hervorgeht, von vornherein die Wahlmänner zur Wahlenthaltung verpflichten. Die Kommission verbot daher der Minderheit, in den Versammlungen mit Instruktionen aufzutreten, die der kommissionell empfohlenen Resolution widersprachen. Das half freilich nicht viel. Aber die Zeit verging und man mußte endlich einen Entschluß für oder gegen die Entsendung von Komiteevertretern fassen. Durchblättert man das Blatt, so gewinnt man eigentlich den Eindruck, daß die Sache wenigstens für die Führer bereits längst entschieden war und es ihnen nur aus taktischen Gründen inopportun erschien, die Kampagne offen unter der Parole der Beteiligung zu führen, da sie hiervon eine Einschränkung ihrer Breite befürchteten. Eine Konferenz der in der Arbeiterbewegung von Samara tätigen Menschewisten faßte mit über $^{2}/_{3}$-Mehrheit den Beschluß, der ebenso wie in Petrograd und Moskau die endgültige Entscheidung dem Arbeiterkongresse überließ, vorläufig aber feststellte, daß die Arbeiter in die K. I. K. eintreten müssen, um darin dauernde politische Arbeit zu leisten und die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen. Die „positive Arbeit“ in den K. I. K. wurde hingegen einstimmig abgelehnt. Ein winziger Teil sprach sich gegen die

Beteiligung aus, ein anderer wollte sie bis zur Entscheidung des Arbeiterkongresses auf demonstrative Erklärungen beschränken (N. G. Nr. 12.). In einem „Man muß wählen!" überschriebenen Artikel des N. G. (Nr. 16) heißt es: „Nun, nach langem und hartnäckigem Kampfe, nach der Erfahrung anderer Städte, nach der kurzen Arbeit im Z. K. I. K. ist uns die Stellung klar, die der Arbeiterklasse die beste Gelegenheit bieten kann, ihre Desorganisiertheit zu überwinden ... Es gilt aus der Anarchie und Atomisierung zu Aktivität und Organisiertheit überzugehen."

Am 25. II. 1916 fanden die Wahlen statt. 89 Wahlmänner waren erschienen, 4 fehlten. Der Vorsitzende des K. I. K. lud nach Eröffnung der Versammlung die Arbeiter ein, alten Parteistreit zu vergessen. Der Vertreter der Handelsangestellten, B. WASSILJEFF, hielt ihm, scheint es, die abweichenden Anschauungen der Arbeiter über die K. I. K. und Klasseneinigkeit entgegen. 52 Wahlmänner erklärten sich darauf für die Wahlbeteiligung zu Zwecken der politischen Arbeit, 23 aber verlasen eine „boykottistische" Erklärung und verließen den Saal. Die Resolution und Instruktion werden aus Zensurrücksichten nicht publiziert, ebensowenig die Erklärung der Arbeitergruppe im K. I. K. (N. G. Nr. 9—23).

Die Gruppe hatte geplant, sich nach Petrograder Muster als selbständige Abteilung zu konstituieren. Dies gelang ihr aber nicht im vollen Umfange. Das Präsidium des K. I. K. verzichtete auf eine sachliche Erörterung der Arbeitererklärung und erklärte sich nur bereit, die Selbständigkeit der Arbeitergruppe anzuerkennen, insofern diese in Übereinstimmung mit dem Komitee handeln wird". Die Gruppe wollte sich zwar damit nicht zufriedengeben, eine weitere Erörterung wurde aber durch die Einmischung des Gouverneurs verhindert, der der Hälfte der Arbeitervertreter als Ausgewiesenen und unter Polizeiaufsicht Stehenden die Tätigkeit im K. I. K. verbieten wollte. Dieses Verbot hielt das letztere zwar für ungesetzmäßig, wollte jedoch dem Vorschlage der Arbeitergruppe, die Komiteearbeit unbeirrt fortzusetzen, nicht Folge leisten und zog es vor, einen telegraphischen Protest an das Z. K. I. K. zu richten, vorläufig aber die Plenarsitzungen einzustellen, um weder die Rechte der Arbeitervertretung noch die Forderungen des Gouverneurs zu verletzen. Damit war auch die Entscheidung über die Ansprüche der Arbeitervertretung verschoben. Inzwischen wurden am 27. IV. fünf Mitglieder der Gruppe und späterhin noch einige andere verhaftet.

Kiew, scheint es, ist die einzige Stadt, wo unter den Wahlmännern sich auch Vertreter der Schwarzen Hundert befanden[1]). Die Kampagne wurde

---

1) Die jüdischen Arbeiter Kiews, die Mitglieder des jüdischen Bundes, boykottierten die Wahlen. Darüber erzählt ein Brief aus Petrograd vom 26. II. 1916 (Bulletin des Auslandkomitees des Bundes, vom IX. 1916): „Der Wahlkampf verlief hier offen unter der Losung für und wider die Verteidigung ... Es erwies sich, daß die Mehrheit unserer führenden Arbeitergruppe für die Verteidigung und für die Beteiligung war ... Die Minderheit drohte aber mit formeller Spaltung, und diese Drohung erreichte es, daß die Mehrheit auf die Beteiligung verzichtete."

von der Verwaltung sehr geschickt inszeniert. „Am 27. XII. fand sie ihren glücklichen Abschluß, schreibt ein Korrespondent des N. G. (Nr. 3, 17. 1. 1916), ohne Abhaltung von Vorversammlungen ohne Unruhe und ohne Proteste... Unternehmer und die Verwaltungsbehörden trafen alle Vorkehrungen, und die Kampagne verlief ganz glatt.“ Von den 14824 Wahlberechtigten stimmten 9333 = 62,8 % ab. Es wurden auch Frauen gewählt. Die Anmaßungen der Schwarzen Hundert, die sofortige debattelose Vornahme der Wahlen forderten, wurden von den Wahlversammlungen zurückgewiesen. Eine Gruppe von 16 Wahlmännern verlangte neue Wahlen unter Leitung einer speziellen Arbeiterkommission nach vorangehenden Brancheversammlungen. Die Mehrheit aber hielt die Erlangung besserer Bedingungen für keinerdings vorhanden, während der Kontakt mit den Massen ohnehin nicht schwer herzustellen sei. Die Resolution enthält, außer den bereits zur Genüge bekannten politischen und organisatorischen Erwägungen und Forderungen, folgende erwähnenswerte zwei Sätze: 1. „Die Verteidigung des Vaterlandes widerspricht nicht der traditionellen Taktik der Arbeiterklasse. Die Abwehr des austro-deutschen Imperialismus ist durch die Gefahren, denen Rußland ausgesetzt ist, gerechtfertigt. Daher sollen sich die russischen Arbeiter aktiv an den Arbeiten des K. I. K. beteiligen... 3. Die Arbeitervertreter sollen, wenn entsprechende Verhältnisse eintreten, den Friedensschluß anstreben, wobei sie jede Eroberungsgelüste, woher sie auch stammen mögen, zurückweisen und die Unversehrtheit und Selbständigkeit der Völker wahren“ (N. G. Nr. 3–17).

Die vom K. I. K. als selbständige Abteilung anerkannte Arbeitergruppe bildete zwei Kommissionen: für Ernährungsangelegenheiten und für die Kontrolle der Unternehmungen, welch letztere auch unmittelbar technisch an den Heereslieferungen des K. I. K. mitwirken sollte. Anfang Januar wurden 2 Mitglieder in die Unternehmungen mit dem Auftrage delegiert, die Ursachen der Produktionsstörungen zu untersuchen[1]. „Die Gruppe — wird weiter

---

Es sei hier erwähnt, daß im Frühjahr 1916 eine Parteikonferenz des Bundes stattfand, auf der Minsk, Gomel, Kiew, Charkow, Krementschug, Ekaterinoslaw, Petrograd und außerdem der Zentralvorstand vertreten waren, und die sich in einer konfusen Resolution für die Beteiligung aussprach. Dieser Beschluß wird mit durch innerpolitische Erwägungen begründet, u. zw. mit der Notwendigkeit, den Einfluß der Arbeiterklasse zu stärken und „die Kräfte jener Gesellschaftsschichten zu koordinieren, die allen Eroberungsplänen der herrschenden Klassen fernstehen und den Kampf der Arbeiterklasse für Freiheit und Demokratie unterstützen können“ (Abs. 2—3 des II. Teils der Resolution: „Über unsere politischen Aufgaben“).

1) Es ist wohl von Interesse, daß sie feststellten: die Ursachen der Produktionsstockung „liegen nicht so sehr in ungenügender Ausrüstung der Unternehmungen, als in unzulässigen Arbeitsverhältnissen. Es gibt Unternehmungen, die absichtlich die Arbeiter durch höchst unbillige Arbeitsbedingungen abschrecken, um dann unter Berufung auf Arbeitermangel billige Arbeitskräfte — nämlich Kriegsgefangene — zu erhalten“ (N. G. Nr. 6—20).

berichtet — besprach die Mittel zur Kontrolle der Munitionserzeugung und beschloß, die Plenarsitzung auf die Notwendigkeit, die Wahlmännerversammlung zu diesem Zweck zusammenzurufen, aufmerksam zu machen. Es wurde auch beschlossen, an der Kontrolle der Zurückstellungen militärpflichtiger Arbeiter teilzunehmen, wobei zunächst geprüft werden sollte, inwiefern die schon bewilligten Zurückstellungen den wirklichen Bedürfnissen der Produktion entsprechen. Das Komitee wurde aufgefordert, die Listen der militärpflichtigen Arbeiter, die schon einen Aufschub erhalten haben, wie jener, für die ein solcher bei der nächsten Einberufung beansprucht werden soll, vorzulegen" (ebenda). —

In Orenburg befanden sich die Arbeiter unter den Stiftern des Komitees selbst. Bei der Beurteilung der folgenden Mitteilungen ist nicht zu vergessen, daß Orenburg kein Industriezentrum sondern eine kleinere Provinzstadt ist und daher, wie es scheint, der aufgeklärten großindustriellen Arbeiterschaft entbehrt. Schon Mitte Juli 1915 fand hier eine Versammlung der „deklassierten Elemente" (der Intellektuellen?) statt. Es ward ein Bürgerkomitee gewählt, darunter einige Arbeiter. Dasselbe rief dann eine Schmiedeversammlung ein, zu der freilich statt Schmiede 5—600 Arbeiter verschiedener Berufe erschienen. Der Stellvertreter des Bürgermeisters, Iwanoff, beglückwünschte hierbei die Arbeiter zur Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit (!). Die Polizei war aber nur ferngeblieben, weil sie von der Versammlung nichts wußte (!). Die Stimmung war begeistert patriotisch. Ein Redner erklärte sogar: „Wenn man die Arbeiterschaft verhindert, das Vaterland zu verteidigen, so wird ihre organisierte Macht alle Hindernisse ... niederreißen und ihre Mission erfüllen." Die beschlossene Resolution forderte zum Zweck erfolgreicher Verteidigung des Landes die unverzügliche Verwirklichung der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Gewissensfreiheit. „Der Krieg soll bis zur Besiegung der deutschen Regierung geführt werden. Seine Beendigung und die Friedensbedingungen sind von einer speziell dazu gewählten Reichseinrichtung (scil. einer Konstituante) zu bestimmen." Dann begrüßte diese Arbeiterversammlung telegraphisch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, das Heer und die Reichsduma. Sie wie die weiteren Berufsversammlungen wählten Vertreter, aus denen sich dann das Komitee des „Kriegsarbeiterverbandes" zusammensetzte. Der Kuriosität halber sei die Aufforderung des schon erwähnten Spießbürgers Iwanoff an die Arbeiter angeführt: „sich nach deutschem Muster in die soz.dem. Partei zusammenzuschließen, da diese Partei nämlich sehr gut sei und nun der Regierung gute Dienste leiste." Mit der Sozialdemokratie hatte dieser Herr absolut nichts gemein. — Später vereinigte sich der Kriegsarbeiterverband mit einer ganzen Reihe bürgerlicher Organisationen und bildete so das „Vereinigte K. I. K." Zwischen den Arbeitern einerseits und den bürgerlichen und demokratischen Vereinigungen andererseits entstanden sogleich Reibungen und Streitigkeiten, nicht jedoch etwa als Folge von Klassengegensätzen, oder Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsziele, sondern bloß infolge von Uneinigkeit über die beste Organisation der Munitionserzeugung. Bei-

spielsweise sei angeführt: „Man teilte in einer Kommission der Arbeiter und Ingenieure mit, die Werkstätten der Eisenbahn können unmöglich die Werkbänke für die Munition fertigstellen. Die Arbeiter aber halten auch die Erzeugung der Bänke für möglich. Hieraus entstand ein ziemlich bedeutender Konflikt . . .“, worauf (N. G. Nr. 10, 17. XI. 1915) die Vertreter der Arbeiter und der Handelsangestellten vorläufig aus dem Komitee austraten.

In einem der südrussischen Berg- und Metallindustriezentren, in Charjkoff lehnte es Ende Januar 1916 die Wahlmännerversammlung ab, die Abordnung in das K. I. K. zu wählen. Eine der größten südrussischen Schiffsbauwerften in Nikolajeff (Gouvernement Cherson), „Naval“, sollte drei Vertreter ins K. I. K. entsenden. Statt aber die Wahlen zu veranstalten, verfügte der Direktor: zwei seien von den „Senioren“ [1]) und der dritte von der Krankenkasse zu delegieren. Die Krankenkasse lehnte dies, als über ihre Befugnisse hinausgehend, ab, während die „Senioren“ den Willen des Herrn erfüllten. Unter dem Drucke der Arbeiterschaft traten aber auch diese zurück. So wurden die Wahlen unvermeidlich und, nach langen Beratungen beschlossen die meisten Abteilungen des Werkes sie vorzunehmen, nicht aber etwa zum Zwecke dauernder Mitarbeit im K. I. K., sondern nur, damit die Arbeitervertreter eine Erklärung verlesen und sich dann entfernen. Dieser Beschluß wurde auch von der Wahlmännerversammlung mit 22 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung bestätigt. — Auch im weiten Blagoweschtensk verweigerte die Arbeiterschaft unter den herrschenden Verhältnissen den Eintritt ins K. K. (N. G. Nr. 15, 15. I. 1916.)

In den letzten drei Fällen, Charjkoff, Nikolajeff, Blagoweschtensk, wirken wohl, wenigstens bei einem Teil der Arbeiter, auch mehr oder weniger bewußt prinzipielle Erwägungen mit, [2]) hauptsächlich jedoch zweifellos taktische und praktische. Sie allein sind auch ausdrücklich in den erwähnten Erklärungen hervorgehoben Anders in der Wolgastadt Saratoff. Hier erschien das einzige legale Blatt, das während des Krieges von Anhängern der Bolschewiki geleitet wurde, hier auch jüngst das internationalistische Sammelbuch der Schriftsteller derselben Richtung („Unter der alten Fahne“). Hier siegten auch die „Boykottisten“ über die Anhänger der Wahlbeteiligung. In der Nr. 8 des „N. G.“ beklagt sich einer der letzteren über die „Passivität“ und den „Indifferentismus“ im Gefolge der „boykottistischen“ Stimmung. Die nächstfolgende Nummer des Blattes (Nr. 9, 8. XI. 1915) wußte aber schon von Arbeiterversammlungen zu berichten, die diesen Vorwurf anders beleuchten. „Kürzlich — erzählt der Berichterstatter — fanden zwei Beratungen statt über die Stellung zum Aufruf von Plechanoff und Genossen wie zu den K. I. K. An diesen Beratungen (wie es scheint, einer Art von

1) Ein veralteter und wenig beliebter Ersatz für die Arbeiterorganisationen, der völlig von der Fabrikverwaltung abhängig ist. Die Arbeiter nominieren mit deren Einverständnis Kandidaten, von denen ein Teil, falls die Fabrikverwaltung sie bestätigt, zu „Senioren“ wird.

2) Aus Charjkoff liegt ein Beschluß der städtischen Konferenz der Parteifunktionäre (bolschewistische Richtung) vor, welche die Wahlbeteiligung „vom

Konferenzen der Arbeiterorganisationen (G. T.) nahmen an 42 Personen teil, in der Mehrheit Internationalisten. Der erwähnte Aufruf fand hier selbstverständlich keinen Anklang. Selbst die Anhänger PLECHANOFFS in der Frage der Vaterlandsverteidigung sprachen sich ... schroff gegen die Vertuschung der Klassenstellung wie gegen den zeitweiligen Verzicht auf den Schutz eigener Interessen aus. Die Beteiligung an der Verteidigung setzt zu allererst die Organisationsfreiheit voraus, meinten sie. PLECHANOFF solle begreifen, daß man die des Lichts und der Luft beraubte Arbeiterschaft nicht in einem Augenblicke zum Schweigen mahnen darf, wo rings die Organisation ihrer Klassengegner im Wachsen begriffen ist." Was die Stellungnahme zu den K. I. K. betrifft, so war die Mehrheit entschieden gegen die Beteiligung, aber auch die Minderheit von 16 Mitgliedern wollte n u r d i e W a h l m ä n n e r ernennen, damit sie die politischen Forderungen der Arbeiterschaft proklamieren und bis zu deren Verwirklichung den K. I. K. fernbleiben. „Auch hier — bemerkt melancholisch der Berichterstatter — hatte der freilich etwas modifizierte Boykottismus die Oberhand."

Zweifellos wurde diese Haltung der Saratower Arbeiter von internationalistischen Erwägungen diktiert. Der endgültige Sieg fiel aber den entschiedenen Internationalisten ohne Kampf zu. Die sehr rührige Minderheit entfaltete eine heftige Agitation und beschloß eine Reihe Resolutionen zugunsten der Wahldurchführung und des Eintritts in die K. I. K. Eine Gruppe von Marxisten der Stadt Saratoff begrüßte die Arbeitergruppen der K. I. K. in den Hauptstädten und gab der Hoffnung Ausdruck, diese würden auch ihre Bestrebungen gegen die Boykottisten unterstützen (Nr. 14, 25. XII. 1916). Die Begründung unterscheidet sich in nichts von ähnlichen Kundgebungen. Die Urheber der Kampagne kümmern sich nicht viel um die akuten Fragen der Arbeiterbewegung. Nur die der Opportunität sollen erörtert, die grundsätzlichen der Vaterlandsverteidigung und der Internationalität dagegen den Arbeiterkongressen überlassen werden [1]). Aber alle Bemühungen waren um-

---

Standpunkt der internationalen Grundsätze aus" perhorresziert und für eine Fälschung des Willens des klassenbewußten Proletariats und einen Verrat am internationalen Banner erklärt (Mater. d. Z. K. d S. D. A. P. R.).

1) Im Absatze 9 rügen sie die Moskauer Gruppe wegen der Hervorhebung ihres entschiedenen Verteidigungsstandpunktes in der Erklärung (s. oben S. 395). Diese Rechnung sei ein taktischer Fehler. „Es ist für die Moskauer Vertreter kein Geheimnis, doß dieser Standpunkt a u f s t a r k e n P r o t e s t a u c h b e i d e n A n h ä n g e r n d e r B e t e i l i g u n g s t ö ß t. Daher sollten die Moskauer Arbeitervertreter, die keine Möglichkeit hatten, die Meinung ihrer Wähler über Krieg und Frieden zu erfragen, ihren Eintritt in das K. I. K. im Interesse der Massensammlung d u r c h d i e O r g a n i s a t i o n s a u f g a b e n des Proletariats und politische und ökonomische Erwägungen begründen, die bei den Militanten der Arbeiterbewegung beinahe keinen Einwendungen begegnen." Als Muster empfehlen die „Saratower Marxisten" die Petrograder Abordnung, welche angeblich aus ihrer Erklärung alle Streitpunkte beseitigteund jene vorschob, die um die Abordnung das gesamte russische Proletariat sammeln können.

sonst. Die Versammlung der Vertreter einiger Arbeiterorganisationen, die in der Sache zu entscheiden hatte, gab wieder den „Boykottisten" recht. Einer von den Anhängern der „Gruppe von Marxisten", die die Entscheidung in der wichtigsten taktischen Frage ohne jede Rücksicht auf die prinzipielle Stellungnahme, ja gar durch deren direkte und absichtliche Ausschaltung herbeiführen wollte, gibt folgende nicht uninteressante Schilderung der Vorgänge in dieser Versammlung: „Wie oft wegen der Jugendlichkeit unserer Bewegung gewann die Demagogie Oberhand über die konsequente Klassenpolitik der Arbeiterschaft... Es wurden ein Referat von einem Anhänger, ein zweites von einem Gegner der Beteiligung gehalten. In den Debatten sprachen nur zwei Anhänger und mehrere Gegner. Die Argumente der letzteren — bemerkt der höchst ‚objektive' Verfasser — waren völlig unannehmbar für jeden der das Abc der Arbeiterbewegung und die Frage wenigstens von der taktischen Seite aus kennt" [1]).

A. Martynoff faßt folgendermaßen verschiedene Gründe zusammen, die im Gange der Kampagne für die Beteiligung bei verschiedenen Gruppen mitgesprochen haben: „Der äußerste rechte Flügel... verteidigte die Beteiligung nicht so sehr aus nationalistischen als aus opportunistischen Gründen. Da sie die revolutionäre Kraft des Proletariats überaus skeptisch einschätzen und sich von seinen Mißerfolgen — der politischen Niederlage des russischen Proletariats i. J. 1905 und von der moralischen des deutschen während des Krieges — bedrückt fühlen, so sind sie geneigt, um so größere Hoffnungen auf jeden bürgerlichen Feldzug gegen die Reaktion zu setzen, mag es der angebliche Feldzug der englisch-französischen Bourgeoisie gegen das deutsche Junkertum oder russischer bürgerlicher Patrioten gegen die Bureaukratie sein... Eine weit radikalere Stellung... nimmt die große Mehrheit der Anhänger der Beteiligung ein. Haben sie auch mit dem historisch veralteten Verteidigungsstandpunkt noch nicht abgerechnet, so hegen sie doch keine Illusionen in bezug auf die Rolle der westeuropäischen und der russischen Bourgeoisie im gegenwärtigen Kriege. Sie empfehlen den Arbeitern, in die Kriegskomitees einzutreten, die in der Organisierung begriffene Macht des Proletariats der organisierten Kraft der Bourgeoisie entgegenzustellen, den Krieg gegen den Absolutismus bis zum Ende durchzusetzen und den reinen Verteidigungscharakter des Krieges gegen Deutschland zu bewahren. Von links her schließen sich endlich den Anhängern der Beteiligung die entschiedenen Internationalisten an, die jedes Bekenntnis zur Verteidigung in gegenwärtigen Verhältnissen grundsätzlich ablehnen. Sie schlagen es vor, in den K. I. K. der Parole der militärischen Verteidigung die des internationalen

---

1) Nach dem Bericht des Z. K. I. K. gab es am 25. IV. 1916 239 I. K. K. Für etwa 70 waren Arbeiterwahlen unternommen, aber nur für 36 wirklich durchgeführt. Für die übrigen kamen die Wahlen entweder wegen Weigerung der Arbeiter oder wegen formeller Schwierigkeiten nicht zustande (Djelo Soz. pol. Rundschau S. 67).

Kampfes für den Frieden entgegenzustellen" (Patriotische Epopöe. Iswestija Nr. 3, 6. II. 1916)[1]).

Zur letzten Kategorie gehört auch einer der einflußreichsten Führer der Menschewiki, der seine Zuschrift im „N. G." mit durchsichtigem Pseudonym NAD fertigte. NAD begrüßte die ablehnende Entscheidung der Petrograder Arbeiter, insofern sie eine bestimmte Stellungnahme bedeutete. „Diese Entscheidung ist heute, da man in die Arbeiterschaft nicht wenig Kontrabande einschmuggelt und heimlich hochwertige Ladung ins Wasser wirft, die mit größter Mühe von ganzen proletarischen Generationen aller Länder angehäuft wurden, deutlich und kennzeichnend genug ... Handelte es sich nur darum, seinen Ansichten Ausdruck zu geben, so könnte man gegen diese Entscheidung nichts einwenden." Aber die Zeit ist dazu wenig geeignet, sich mit Proklamierung seiner Ansichten zu begnügen. „Es handelt sich nicht nur, ja gar nicht so sehr darum, diese Ansichten bekanntzugeben, sondern darum, ihnen konform zu handeln ... Von diesem Standpunkt aus ist die Entscheidung offensichtlich unzulänglich, da sie passiv und auf die Erklärung, nicht aber auf das Handeln berechnet ist ... Es ist wohl möglich, daß die Arbeiter in den K. I. K. außerstande sein werden, selbständige Politik zu treiben. Sollte das aber auch der Fall sein, so ist es nie zu spät, auszutreten." (N. G. Nr. 10—17. XI. 1915). Das Moment der Organisation war es, das alle „Antiboykottisten", wie sie sich auch sonst zur Hauptfrage, zum Kriege, verhalten mögen, zusammenhielt. — „(Diese) Taktik des Fernhaltens vom Leben trug wieder einen Sieg über die Taktik des aktiven Sicheinmischens in das soziale Leben und dessen Beeinflussung davon, schreibt einer der „Nationalen", W. LEWITZKY. Diese Taktik ist die des Selbstmordes ... Man mag verschiedentlich zu der Vaterlandsverteidigung stehen, sich zu ihr bekennen oder sie vorbehaltlos ablehnen, sie unter gewissen Bedingungen anerkennen oder unter anderen verwerfen: jedem sollte aber klar sein, daß in den K. I. K. Fragen behandelt und entschieden werden sollen, die sowohl unmittelbar die Arbeiterschaft angehen, wie auch große öffentliche Bedeutung besitzen ... Während die Vertreter anderer Klassen und Gruppen sich über alle diese Probleme aussprechen und ihre Entscheidung beeinflussen werden, geben die Vertreter der Arbeiterschaft freiwillig ihre Stimme und ihren Einfluß auf. Nicht genug daran, noch lassen die Petrograder Arbeiter, indem sie auf die Wahlen verzichten, sich einer Organisation berauben, die

1) In einem Leitartikel des N. Sl (Nr. 270), 19. XII. 1915) heißt es anläßlich der Petrograder Wahlen: „Nicht alle 81 Wahlmänner bekennen sich zur nationalen Einigung und zur allseitigen und bedingungslosen Beteiligung an der Landesverteidigung (Einstellung des Klassenkampfes, Bewilligung der Kriegskredite usw.) ... In diesem Blocke befanden sich zweifellos alle Schattierungen von der PLECHANOFFS bis zur eklektisch-internationalistischen. Da sie aber dem andern internationalistischen Lager gegenüberstanden und dies nicht aus Zufall, so stellten sie sich alle der öffentlichen Meinung des Proletariats und der herrschenden Klassen als Anhänger sowohl der Beteiligung wie auch der Verteidigung des Vaterlandes vor."

ihr im Falle der Beteiligung in die Hände fiele ..." (Triumph des Boykottismus: N. G. Nr. 8, 27. X. 1915). Und ein anderer Opportunist und ausgesprochener Sozialpatriot, Th. Bulkin, betont: „Ein neues Gebiet politischer und organisatorischer Arbeit liegt der Arbeiterklasse in den K. I. K offen, dem diese kein Recht hat, den Rücken zu drehen." Darin stimmen mit beiden Nationalen auch andere Anhänger der Beteiligung überein. Interessant ist das Urteil des hervorragendsten menschewistischen Schriftstellers L. Martoff über diese Fragestellung: „Versuche, die Frage unter dem Gesichtswinkel der organisatorischen Ausnützung neuer Stellungen zu beantworten, wobei die prinzipielle Stellungnahme der Arbeiterschaft im Schatten bleibt oder ausgeschaltet wird, muß, statt den Organisationsprozeß zu fördern, die Desorganisierung der Arbeiterschaft zeitigen ... Es ist undenkbar, sich erfolgreich um die Organisierung des Proletariats als selbständige politische Macht zu bemühen, wenn man die Parole des Organisierens von den Aufgaben des revolutionären Kampfes losreißt, der dem Proletariate bevorsteht — des Kampfes für den Frieden und für die Demokratie ... Auf der Schwelle der revolutionären Periode der Geschichte Rußlands muß sich die Arbeiterklasse möglichst klar sein, um was für Ziele und mit welchen Methoden sie im Revolutionsprozesse ringen wird. Sie soll wissen, wofür und in wessen Namen sie ihre Kräfte sammelt" (Die Internationale u. d. Krieg, S. 123, vgl. Archiv VII, 82 f.). Hier leuchtet der Unterschied zwischen jenen ein, für die die Bewegung alles und das Ziel nichts ist, und jenen, für die die Bewegung erst im Lichte des Zieles mächtig und unbeirrt vor sich gehen kann. Jene, die nach den Zielen fragten und jede Beteiligung an den mit der Kriegsführung verbundenen und den Krieg fördernden Einrichtungen zurückwiesen, erklärten die Anhänger der Beteiligung für unverbesserliche Boykottisten, die sich nur von Passivität und Trägheit bewegen ließen. — Selbst Nad, der sich im Unterschied von anderen nicht scheute, die Prinzipientreue der Gegner der Beteiligung zu preisen, sprach ihrer Taktik jede Tatenlust ab. — Treffend bemerkt dazu A. Martynoff in dem zit. Artikel, vom freilich rechtesten Flügel (Lewitzky und Tscherewanin): „Dieser Opportunismus scheint ihnen logischerweise aus den antiboykottistischen Überlieferungen des Menschewismus zu folgen, als ob die Festhaltung völliger geistiger und politischer Selbständigkeit des Proletariats für den Menschewismus nicht eine Conditio sine qua non jeder Ausnützung der bürgerlichen Bewegung bildete" (Isw. Nr. 3). — Unter diesem Gesichtswinkel der Klassenselbständigkeit des Proletariats unterzieht einer der besten menschewistischen Publizisten (er signiert „Elmar") in den beiden letzten Nummern des „N. G." die ganze Unternehmung einer abschließenden Kritik.

Es wurde von der Arbeiterabordnung in den K. I. K. einigermaßen Bilanz auf der zweiten Tagung des Kriegskomitees (Ende Februar 1916 in Petrograd) gezogen. „Dieser Kongreß, der unter zahlreicher und eifriger Teilnahme der Arbeitergruppe stattfand, stellt eine Erscheinung dar, die bereits der ganzen Welt erlaubt, die Bedeutung der Arbeiterbeteiligung nicht mehr nach den Motiven, sondern nach den Resultaten zu beurteilen", schreibt Elmar (Nr. 14—28, 1. V. 1916). Bezeichnenderweise fehlt im „N. G." ein Bericht über

die Tätigkeit der Arbeitervertreter auf diesem Kongresse. Daher entnehmen wir einiges darüber dem Moskauer liberalen Blatt „Rußkija Wjedomosti“ und dem offiziellen Organ „Nachrichten des Z. K. I. K.“ (Petrograd, erscheint 3 mal wöchentlich.)

Den liberalen „Rußkija Wjedomostji“ Nr. 47, 27. II. 1916) zufolge bekannte sich K. Gwosdjoff in seiner, mit lange andauerndem Beifall aufgenommen Erklärung zunächst „zu den durch die internationalen Kongresse festgelegten Grundsätzen der internationalen Arbeiterbewegung und schilderte sodann die „allgemeine Stellung der Arbeiterklasse in den kriegführenden Ländern zum Kriege. Indem die Arbeiter den Frieden anstrebten, der die freie Entwicklung der Demokratie sichern soll, handeln sie in voller Übereinstimmung mit dem Gedanken der Angriffsabwehr und eifriger Beteiligung des Proletariats an der Verteidigung jener Länder, die durch den Krieg der Gefahr des Zusammenbruches ausgesetzt werden. „Steht aber unseren belgischen und französischen Genossen der Weg zu unbehinderter Verteidigung ihres Vaterlandes frei, so läßt die undurchdringliche Mauer des Feudalismus die russische Arbeiterschaft zur gemeinsamen Selbstverteidigung nicht zu.“ Nach diesem Bekenntnis zum ausgesprochenen Ententesozialismus, das durchaus der Erwartung des Nasch Goloss (Nr. 8, 23. II. 1916), daß die Stellung der Arbeitervertreter auf der Tagung der K. I. K. keine andere sein werde wie in der Duma, widersprach, und nach der Schilderung der politischen Lage proklamierte Gwosdjoff das Recht und den Willen der Arbeiter zu „aktiver Beteiligung an der Lösung komplizierter und schwieriger Aufgaben der Errettung des Landes“. „Die Arbeiterklasse soll den anderen sozialen Schichten ähnlich zur selbständigen Kraft werden. (Ihre) politische sowohl wie gewerkschaftliche Organisation ist die erste Tagesforderung, die Einberufung des Reichsarbeiterkongresses soll den nächsten Schritt bilden ... Die Arbeitermassen haben schon längst eingesehen, auf welchem Wege das Land aus seiner niederdrückenden Lage zu retten ist, und hoffen, daß (er) auch von anderen Schichten erkannt und anerkannt werden wird“.

Das offizielle Organ des Z. K. I. K. (Nr. 64/65 28. II. und 3. III. 1916) reproduziert zwar diese Rede Gwosdjoffs nicht, bespricht sie aber sehr lobend und findet in dem ihr von der Kongreßmehrheit — trotz abweichender Auffassung über die allgemeine Politik und die K. I. K. — gespendeten Beifall „einen erfreulichen Beweis dafür, wie heute Leute verschiedener ökonomischer Interessen eine gemeinsame Sprache finden und sich zu gegenseitigem Verständnis erheben können.“

Ganz so idyllisch verlief aber der Kongreß doch nicht. Vielmehr „endete er mit einem stürmischen Konflikt zwischen den Kapitalisten- und den Arbeitervertretern anläßlich der Frage der schwierigen ökonomischen Lage der Arbeiterklasse“, und dies zeigte „besser als alle Phrasen, wie es in Wirklichkeit mit dem ‚verschwundenen‘ Klassenkampf und der eingetretenen Einigung bestellt ist“ (Nasch Goloss Nr. 10).

Auch in der Frage der politischen Umgestaltung wollte der Kongreß nicht der Arbeitergruppe folgen. „Die politische Resolution wurde der Einig-

keit halber mehrmals umgearbeitet, erzählt Nasch Goloss (ebenda). Aber auch dieser Kongreß wagte es nicht, den Kampf um die Macht klar und entschieden als Tagesaufgabe hinzustellen [1]). Die Arbeiter brachten daher eine eigene Resolution ein, die aber nicht zur Abstimmung zugelassen wurde. Sie enthielten sich daher der Stimme und die Mehrheitsresolution wurde durch Akklamation angenommen. Aber auch in dieser unvollkommenen Resolution sowohl wie in den anderen ging der Kongreß viel weiter als der progressive Block, meint Nasch Goloss.

„Daß die Kongreßmehrheit — schreibt Elmar — auch innerpolitisch radikaler war als die kapitalistische Bourgeoisie, ist klar . . . Die imperialistisch-kapitalischen Elemente gaben dieser linksoppositionellen Strömung offensichtlich nach. Aber auf welcher Basis äußerte sich dieser Druck des kleinbürgerlichen und des intellektuellen Radikalismus auf das Großbürgertum und umgekehrt dessen Entgegenkommen der kleinbürgerlichen Demokratie gegenüber?" Die Basis bildete die Tatsache, daß diese Demokratie die außenpolitischen Aufgaben, die in Wirklichkeit die der kapitalistischen Bourgeoisie sind, für ihre eigenen und für die nationalen erklärte. „Welche Stellung nahm nun die Arbeitergruppe diesen Kräften gegenüber ein? Sie schob die kleinbürgerliche Demokratie und mit ihr auch den Gesamtkongreß vorwärts zu modernster entschiedener Opposition, indem sie den bürgerlichen Zensitenliberalismus zu gewissen demokratischen Zugeständnissen zwang. Sie nützte diese ihre Rolle auch dazu aus, um vom Kongresse maximale Zugeständnisse in der Fassung der Probleme zu erzwingen, die die Arbeiterklasse unmittelbar berühren. Sie erreichte aber all das, indem sie auf dem mit dem Kongresse gemeinsamen, von vornherein gegebenen Boden der Übereinstimmung in der Auffassung der außenpolitischen Aufgaben verblieb . . ." Ihre Erklärung stellte sich vollständig auf den Boden der „kleinbürgerlichen nationalistischen Auffassung des imperialistischen Krieges". „Ihre Vorbehalte sind ohne prinzipielle Bedeutung; sie bezeichnen bloß jene Verhältnisse, die für die Russen die Politik der Scheidemänner legitimieren sollen. Die Beteiligung an dem K. I. K. wird zum Mittel geistiger Annäherung an die nationalistische und imperialistische Bourgeoisie, zum Mittel geistiger Absonderung von der proletarischen Avantgarde anderer Länder . . . Dieser Schritt ist ein Schritt rückwärts von der marxistischen, konsequenten Klassenpolitik zur Politik der Halbheit und des Opportunismus" (Nasch Goloss, Nr. 15—29, 8. V. 1916) [2]).

1) Gleichzeitig tagten auch der Städte- und der Semstwoverband. Die Arbeiter sind in keinem der Verbände vertreten, da die Abordnung in sie auf Grund eines undemokratischen Zensuswahlrechts erfolgt. Die Verbandsbeschlüsse sind denn auch viel schüchterner.

2) In „Ljetopisj" (Nr. 4, 1916, S. 320—21) zieht A. Jermansky folgende Bilanz der Mobilmachung der Arbeitervertreter auf dem zweiten Kongreß der K. I. K.: „Die Arbeitergruppe beabsichtigte, die Arbeiterschaft um sich zu vereinigen — sie spaltete sie nur. Sie wich von der Linie der Dumafraktion ab, — die sich allen Anzeichen nach wirklich der Sympathie der Arbeiteravantgarde erfreut. Schließlich wollte sie die proletarischen Bemühungen

Und ELMAR ruft zur Revision der folgenschweren Entscheidung, zum Austritt aus den K. I. K. auf.

Die Stimmen gegen die Beteiligung an den Komitees haben sich wahrscheinlich vermehrt, da wir in „Goloss Truda“ (Nr. 2, 8. VII. 1916)[1]) eine Verteidigungsrede unter dem charakteristischen Titel „Unter Beschießung“ finden. Sie klingt viel pessimistischer als die früheren, der Wert der Beteiligung wird viel bescheidener eingeschätzt. Ohne auf die Bewertung der Tätigkeit verschiedener Gruppen einzugehen, sei anzuerkennen, daß die Arbeitergruppen nebst der eingeengten und entstellten Dumavertretung dennoch die Arbeiter Ganzrußlands vereinigen, lediglich durch die Tatsache ihrer Existenz, nicht gestatten, daß die Arbeiterfrage von der Tagesordnung verschwinde, das Recht der Arbeiterschaft auf aktive Beteiligung am sozialen Leben festigen usw.

Dieselbe Nummer enthält aber auch eine Erklärung, die dahin lautet, daß es unter den nächsten Mitarbeitern des Blattes eine Minderheit gibt, die „in der kardinalen Frage der Beteiligung an den K. I. K. der Auffassung ist, diese Beteiligung sei unzulässig, weil im Widerspruch mit der internationalen Klassensolidarität“. Eine Minderheit gegen die Beteiligung gab es übrigens auch früher. Diese Ablehnung war aber nichts weniger als prinzipieller Natur, sondern fußte vollständig auf dem Boden der Verteidigungsideologie. Sie war daher auch nicht besonders fest und wurde schon während der Wahlen von ihrem Hauptvertreter aufgegeben, der selbst ein Mandat annahm. Der internationalistischen Ablehnung der Beteiligung begegnen wir also in den Reihen der Redaktion zum ersten Male[2]). —

---

mit denen der fortschrittlichen bürgerlichen Schicht koordinieren, die praktisch-politische Koordinierung gelang ihr aber nicht, und es wurde nur eine Illusion der Einigkeit geschaffen. Es ergab sich also nicht die Koordinierung des Handelns, sondern die Desorganisierung des Bewußtseins jener Elemente, auf welche die Abordnung sich stützte ...“

1) An Stelle des Nasche Goloss, deren letzte Nummer (15—29) am 8. V. 1916 erschienen ist und zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen veranlaßte. Die neue Zeitung erschien erstmals am 2. VI.

2) Ich möchte hier noch eine von den legalen Blättern in Rußland veröffentlichte Charakteristik der Arbeiterpolitik in den K. I. K. anführen. Sie bildet einen Teil des umfangreichen — in Nr. 133 (579 der) Nasch Slow. vom 8. VI. 1916 reproduzierten — Berichtes über die sozialistische Bewegung in Rußland und im Auslande, der vom Polizeidepartement im März 1916 dem Ministerpräsidenten STÜRMER vorgelegt wurde. Die Spitzeln teilen darin mit, daß sowohl in Rußland wie auch im Auslande die sozialistische Bewegung zu Beginn des zweiten Kriegsjahres bedeutend erstarkte und dabei einen grell antimilitaristischen Charakter annahm. Die Richtung, deren Vertreter für Rußland PLECHANOFF ist — wird weiter berichtet — erwecke in den Arbeiterkreisen, keine besondere Sympathie. Immer größeren Erfolges hingegen erfreue sich eine andere Richtung, die zwar formell zwischen sich und den Anhängern des Niederlagestandpunktes („Poražentschestwo“) eine Grenze

Nach der Schilderung des Kampfs um die K. I. K., der vielleicht wichtigsten Erscheinung der russischen Arbeiterbewegung in den verflossenen Monaten, möchte ich hier auch auf die höchst interessante allgemeine Stellung des Samarer Blattes und dessen kaum glaubliche Schwankungen eingehen.

Der redaktionelle Einleitungsartikel („Unsere Aufgaben", Nr. 1) enthält eigentlich nichts, was überhaupt von einer Stellungnahme zu sprechen erlaubte. Er hält den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Macht für das Gebot der Stunde und für die „alltägliche Aufgabe des aktiven Marxismus". Dies kennzeichnet aber keineswegs eine Richtung und selbst die schlimmsten Opportunisten werden Anspruch auf diese Aufgabe erheben. Etwas mehr möchte vielleicht die Behauptung bedeuten, daß die wichstigste Voraussetzung einer Wiederherstellung der Internationale die nun wachsende Erkenntnis des Proletariats ist, daß es „eine selbständige politische Macht, mit ganz besonderen Zielen und Aufgaben" sei. Wie aber ist es andererseits, angesichts der tragischen Tatsache massenhaften „Umlernens" zu verstehen, daß „die Masse der Führer und Teilnehmer . . . der Bewegung, derengleichen die Geschichte nicht kennt", — d. h. der gleichen internationalen sozialistischen Bewegung — „der alten Fahne die Treue bewahrten?"; oder daß „die Ringe

---

zieht, sich aber entschieden für den baldigsten Friedensschluß aussprach, weil der Krieg die Arbeiter von ihren direkten Aufgaben ablenke und die Erstarkung des kapitalistischen Druckes fördere. Diesen Standpunkt machten sich die Zimmerwalder und andere sozialistische ausländische Konferenzen zu eigen, an denen auch russische Sozialisten teilnahmen. Eben diese ausländischen Konferenzen hätten den russischen „unterirdischen" Sozialisten den Gedanken suggeriert, die K. I. K. auszunützen, um die revolutionäre und sozialistische Bewegung in Rußland zu beleben. Danach waren es also die Zimmerwalder, die den Sozialpatrioten Gwosdjoff mit Genossen in die K. I. K. entsandten und sie dort zur „Koordinierung" mit der imperialistischen Bourgeoisie aufforderten!

Der Bericht schildert eingehend die Wahlkampagne und behauptet, in die Arbeiterversammlungen seien unter der Marke von Arbeitern die „Parteisozialisten" (sic!) eingedrungen. Daher hätten sich angeblich beinahe sämtliche Gewählte als versteckte Anhänger des „Poražentschestwo" erwiesen (womit also die Polizei die Spitze der Denunziation Gwosdjoffs gegen diesen selbst und seine Anhänger kehrte!) Die Aufgaben der Arbeitervertreter in K. I. K. lägen der Verteidigung sehr fern. Eine sorgfältige Überwachung habe erwiesen, daß die speziellen Räume der Arbeiterabordnung im Z. K. I. K. zu Parteizwecken benutzt würden. Die Mitglieder der Arbeitergruppe erhielten mehrere Hunderte Rubel monatlich, um die industriellen Bezirke Rußlands zu bereisen, trieben aber dabei Propaganda und förderten den Zusammenschluß der revolutionären und sozialistischen Elemente. Die Arbeitervertreter hätten endlich die Streiks geleitet. „Die K. I. K. dienen also als Grundlage für die revolutionäre und sozialistische Bewegung der Arbeiterschaft . . ."

der Kette" (d. h. die nationalen Abteilungen der Internationale) die aneinanderstießen, dabei „der Kraft der Notwendigkeit gehorchten"? Sollen damit jene, die — wir verfolgen hier einen politischen, nicht einen theoretischen Gedankengang — am Zusammenbruch der Internationale mit ihrer selbständigen Politik und ihren besonderen Aufgaben Schuld tragen, gerechtfertigt werden? Jedenfalls ist dies alles allzu vag.

In Nr. 3 reproduziert „Nasch Goloss" den bekannten Brief PLECHANOFFS, in dem dieser den Abgeordneten BURJANOFF mit Erfolg zur Bewilligung der Kriegskredite zu überreden sucht. Bezeichnend ist nun, daß die Redaktion es für nötig hielt, dem Brief einen polemischen Artikel vorauszuschicken („Einige Tatsachen und einige Gedanken G. W. PLECHANOFFS" von S. KRAMALEWSKY), der ihren Standpunkt feststellte und „eine allgemeine Kritik der Stellung PLECHANOFFS, ALEXINSKYS, JORDANSKYS etc. bringen sollte" (Nr. 4). Leider ist von ihm nur der erste Teil erschienen. Er läßt aber, wie es scheint, den Schluß zu, daß Verf. und Redaktion „die Bedenken P. AXELRODS, MARTOFFS, W. TROTZKYS, des ehemaligen Dumaabgeordneten I. ZERETELLI" gegen die Auffassung PLECHANOFFS und anderer unterstützen wollten.

So blaß sind die ersten 7 Nummern — zweifellos zum Teil wegen der Zensur. Inzwischen entbrannte aber die Kr. I. K.-Kampagne und nun beginnt die ungeheuere Verwirrung. Wir kennen bereits ihren Verlauf in Samara und haben gesehen, daß die Zeitung sich vorbehaltslos an die Seite der „Antiboykottisten" stellte, und das, abgesehen von den bereits dargelegten Erwägungen, aus unverhüllt sozial-nationalen Gründen.

Nr. 8 (27. X. 1915) brachte eine ganze Reihe von Artikeln über die Frage. Alle — auch jener, der im Namen der Redaktionsminderheit gegen die Beteiligung plädierte — erklären sich bereit, „zum Vaterland zu stehen". In einem, mit dem sich die Redaktionsmehrheit ausdrücklich einig erklärte, finden wir die uns wohlbekannten Sätze: „Der Krieg wurde in seinem Verlauf auf unserer Seite zum Verteidigungskrieg. Noch mehr, unser Vaterland ... ist in tödlicher Gefahr, vom preußischen Junkertum ... zertrümmert zu werden. — In einem solchen Augenblick ist es unverantwortlich, sich mit dem schablonenhaften ‚Wir sind dagegen abzufinden'. Das ist auch glücklicherweise nicht geschehen. Das klassenbewußte Proletariat aller Länder, das die internationale Einigkeit anstrebt, anerkennt zugleich das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Daher bekennt es sich zur Landesverteidigung, wenn diesem die Gefahr einer Zerstörung seiner kulturellen und nationalen Schätze und eine Verlangsamung der Entwickelung seiner Produktionskräfte droht". Es bleibt „den Geboten der internationalen sozialistischen Kongresse treu" usw. Kaum 3 Wochen später aber (Nr. 10, 17. XI. 1915) lesen wir, daß die Redaktion den absolut identischen Erwägungen in einem Artikel TH. BULKINS nicht zustimmt, in welchem es heißt: „Die Vaterlandsverteidigung widerspricht nicht nur den Geboten der Internationale nicht, sie wird vielmehr von ihnen diktiert usw." Ja, noch mehr. In derselben redaktionellen Notiz wird einer Reihe von Artikeln aus der Feder

hervorragender menschewistischer Führer gedacht, die im großen und ganzen mit der redaktionellen Beurteilung der Frage zusammenfallen, darunter eines — von uns bereits wiedergegebenen — mit Nad signierten Aufsatzes, dem die Redaktion augenscheinlich besondere Bedeutung beimaß, da sie ihn als ersten und, im Gegensatz zu dem übrigen, beinahe im vollen Umfange brachte. Er weicht, wie gezeigt, von allem, was im Goloss über die K. I. K.-frage geschrieben wurde, so weit ab, daß er sogar die „boykottistische" Entscheidung der ersten Petrograder Wahlversammlung als Ausdruck von Prinzipientreue und internationalistischer Unentwegtheit teilweise billigt.

Nad macht kein Hehl daraus — und das war sicherlich der Redaktion auch sonst wohl bekannt —, daß er sich keineswegs zum „Verteidigungsstandpunkt" bekennt — der im obzitierten Artikel verfochten ward und mit dem sich die Redaktion solidarisiert hatte. Etwas war jedoch dem Internationalisten Nad und dem Verf. des sozial-nationalen Artikels gemein: beide verwarfen den „Boykottismus" und forderten die Arbeiter auf, sich an den K. I. K. zu beteiligen. Hier liegt auch die Erklärung der sonst ganz unverständlichen Widersprüche. Entscheidend war für die Redaktion nur die Antwort auf die Frage: für oder gegen die Beteiligung. Dem, dem Siege über die „Boykottisten, den sie — ob selbst internationalistisch oder nicht —, bloß im Bunde mit ausgesprochenen Sozial-Nationalen gegen die unversöhnlichen Internationalisten davontragen konnten, haben die Leiter des Nasch Goloss die klare Stellung zum Kriege, der „wichtigsten Zeitfrage" geopfert, und auf diesem Boden verharrte die Zeitung bis zu ihrem Ende.

Immerhin ist eine unverkennbare Klärung in bezug auf die prinzipielle Stellungnahme seit der Ausfechtung des Kampfes um die K. I. K. unverkennbar. Die Erstarkung der internationalistischen Gesinnung der Redaktion war so gewaltig, daß sie selbst schließlich glaubte: sie habe nie anders gedacht und gehandelt.

In dem, mit einem gewissen Stolz „Unter der alten Fahne" überschriebenen redaktionellen Artikel — in der 25. Nummer (30. III. 1916), der einen Rückblick auf den nicht allzulangen Lebenslauf des Blattes enthielt — heißt es: „Vom internationalen Gesichtspunkt in der Klassenbewegung aus haben wir auch die Aufgaben der Arbeiterklasse in der Innenpolitik behandelt und ihm haben wir unsere taktischen Linien untergeordnet ... Unseren Dienst haben wir uns vorgestellt und können wir uns nur vorstellen in den im kommunistischen Manifeste vorgezeichneten Formen ... Wir stellen uns nicht der Arbeiterbewegung entgegen, sondern wir heben jenes Gemeinsame und Grundlegende hervor, was in ihren sämtlichen Formen vorhanden ist. Dies war unser Standpunkt von der ersten Nummer des ‚Nasch Goloss' an". Hier wird also die Richtung der Dumafraktion mit der des Blattes identifiziert.

„Nasch Goloss" bringt dann immer entschiedenere internationalistische Beiträge, deren einige von beinahe der gesamten deutschen Minderheitspresse

wiedergegeben wurden, z. B.: die Artikel JA. PILETSKYS („Nach dem Kriege")[1]) in Nr. 11-12 (25—26), der Artikel „Haag und Zimmerwald" von G OSSIPOFF u. a. Die Redaktion bekennt sich ausdrücklich zu Zimmerwald, schüttelt den Sozialpatrioten W. LEWITZKY anläßlich seiner Polemik gegen den Internationalisten ELMAR ab, verhöhnt den französischen Unterstaatssekretär Genossen A. THOMAS anläßlich seiner Reise nach Rußland — soweit es überhaupt möglich ist, gegen ein Mitglied der „befreundeten Regierung" zu polemisieren, ohne von der eigenen getroffen zu werden. Vorbehaltslos bringt Nr. 15 (29) die konsequente und entschiedene Zurückweisung der Anmaßungen PLECHANOFFS und seiner Freunde im Artikel („G. W. PLECHANOFF und die Dumafraktion" in Nr. 15—29) von B. ER. (Pseudonym), der PLECHANOFF den von ihm so gehaßten SCHEIDEMANNS und SÜDEKUMS gleichstellt, „die, indem sie ihre Regierung im Kriege angeblich zum Zwecke der Selbstverteidigung unterstützen, in Wirklichkeit dem Imperialismus ihres Landes dienen".

Am 8. V. 1916 erschien die letzte (15—29) Nummer des „Nasch Goloss. Den am folgenden 21. VI. zum ersten Male erschienenen „Goloss Truda" darf man wohl als seine unmittelbare Fortsetzung betrachten. In dem aber tritt der Klärungsprozeß besonders drastisch in Erscheinung.

Seine beiden ersten Nummern bringen die Kienthaler Beschlüsse über die Friedensfrage und das Internationale Bureau zu Haag. Das Manifest „An die Völker usw." konnte natürlich nicht wiedergegeben werden. Ein Artikel von B. ER.: „Zwei Dokumente" (Nr. 2, 3. VII. 1916), kritisiert ohne redaktionellen Vorbehalt scharf das bekannte Rundschreiben der Haager Exekutive vom 1. V. 1916 an die ausgeschlossenen Parteien und bekennt sich entschieden und konsequent zu Kienthal. „Die Mehrheiten — heißt es darin — können, solange sie alles der Erreichung eines bestimmten militärischen Ergebnisses unterordnen und sich an die Regierungen binden, auf eine Verständigung erst eingehen, wenn das vom militärischen Standpunkte aus angemessen erscheint. Obwaltet auch heute ein Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Mehrheit in bezug auf die internationale Verständigung, so ist er nicht durch größere Internationalität SCHEIDEMANNS im Vergleich mit RENAUDEL, sondern durch die Unterschiede in der Kriegslage und die verschiedene Haltung der entsprechenden Regierungen gegenüber der Friedensfrage zu erklären. Kommt also der Augenblick, in dem die SCHEIDEMANN und RENAUDEL auf die Verständigung eingehen, dabei aber auf ihrem bisherigen Standpunkte beharren, so wird diese Verständigung lediglich die sich anbahnende Verständigung der herrschenden Klassen widerspiegeln und statt als Waffe des internationalen Klassenkampfes zu dienen, einzig die Rolle eines Hilfsmittels der Regierungen und der Diplomatie spielen." Daher verwirft B. ER. den offiziösen Optimismus des Haager Manifests, das „den Ernst der Krise verkennt" und „die Lage beinahe für normal hält", ebendamit aber „alle Bestrebungen, auf die einzelnen Parteien im Geiste der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes einzuwirken,

1) Unter dem Titel: „Die nationale und die internationale Idee in der Arbeiterbewegung", teilweise im „Braunschweiger Volksfreund" vom 18. V. 1916.

entschieden zurückweist" und „den Zusammenbruch der Internationale sowie die Stellung der deutschen und der französischen Mehrheit und ihrer Anhänger in anderen Ländern mit seiner Autorität sanktioniert". — Nicht minder bezeichnend ist, daß die Redaktion mit keinem Worte ihre Nichtübereinstimmung mit dem Verf. des Artikels „Die Dialektik unserer Zeit" verrät, der im „Bekenntnis" zur Landesverteidigung und in der daraus entspringenden Umwandlung des Krieges in einen „Volkskrieg" nichts als „Selbstverleugnung des Proletariats und eine höchst wertvolle Unterstützung der imperialistischen Sippschaften" erblickt — eine Auffassung, die vom Ruf nach Errettung des Landes ungeheuer abweicht. Die erste Nummer des Goloss Tr. brachte denn auch schon eine — diesmal unzweideutig internationalistische — Erklärung der Redaktion, in der es u. a. heißt: „Mehr als je bildet der Verzicht auf den Burgfrieden, und die Wiederkehr zur Internationalität nicht bloß die Aufgabe des Augenblicks, sondern . . . die unentbehrliche Voraussetzung für die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung. Diese Wiedergeburt wird aber erst dann am schnellsten und schmerzlosesten eintreten, wenn wenigstens die marxistischen Elemente der Arbeiterbewegung auf die brennenden Fragen und insbesondere auf die Hauptfrage der Gegenwart (die Stellung zum Krieg) überall eine selbständige Antwort geben, die prinzipiell gemeinsam ist für die Marxisten aller Länder und prinzipiell verschieden von der Antwort der übrigen sozialen Kräfte". Was aber darunter gemeint ist, wird durch den bekannten Satz aus dem kommunistischen Manifest erläutert, wonach sich „die Kommunisten von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch unterscheiden, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten".

Die Stuttgarter und Basler Resolutionen haben diesen Satz für den Kriegsfall ausgedeutet. Ihre praktische Anwendung und Entwickelung fanden nun diese Beschlüsse in Zimmerwald und Kienthal. Sie sind dadurch nach der Meinung der Redaktion zu „wichtigsten Etappen auf dem breiten Wege des internationalen Klassenkampfes geworden". „Unter der alten Fahne . . . des orthodoxen Marxismus, welche die großen Schlußworte des Marxischen Manifests von 1848 trägt und, nachdem sie den Händen vieler alter und scheinbar erprobter Kämpfer entfallen war, von den internationalen Kongressen in der Schweiz wieder gehißt wurde und mit solcher Würde von der soz.-dem. Dumafraktion hochgehalten wird, . . . wird die Arbeiterbewegung der ganzen Welt die heutige Krise überstehen und zu neuem Leben wiedererwachen; unter dieser Fahne wird auch das russische Proletariat am sichersten und am raschesten zur mächtigen organisierten und bewußten Kraft werden".

Auf die Beteiligung an den K. I. K. will jedoch auch Goloss Tr. nicht verzichten. Daher ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß wir an ihm noch manche Schwankungen erleben werden.

Schriften niederländischer Sozialisten über den Krieg.

Besprochen von

D. van Blom (Leiden).

III. (Schluß)[1].

1. M. C. VAN WYHE, Socialisme tegen honger en oorlog. Amsterdam, J. J. BOS, Brochurehandel S. D. P. 1916, 16 S. (3 cent). — 2. W. VAN RAVESTEYN, Wereldoorlog, met een voorwoord van HENRIETTE ROLAND HOLST. Zutphen, W. J. THIEME & Cie, 1916, 286 S. (F. 1.90). — 3. HENRIETTE ROLAND HOLST-VAN DER SCHALK, De revolutionaire massa-aktie, een studie Rotterdam, W. L. & J. BRUSSE, 1918. 429 S. (1.20 F., geb. 1.90 F. — 4. H. H. VAN KOL, De komende vrede en de sociaal-demokratie. Amsterdam, N. V. „Ontwikkeling". 1916, 38 S. (10 cent; auch in deutscher Sprache: Der kommende Frieden und die Sozialdemokratie). — 5. P. J. TROELSTRA, I De Stockholmsche Conferentie, haar werk en beteekenis, met als bylage het manifest der neutrale delegaties aan de socialisten der oorlogvoerende landen. Amsterdam, N. V. „Ontwikkeling", November 1917, 32 S. (12½ cent). — 6. Derselbe II, De revolutie en de S. D. A. P. Ebenda, 1919. 125 S. (F. 1.10).

Die drei erstgenannten Schriften stammen alle aus kommunistischer Feder. Die drei andern sind von zwei Führern der (größeren) S. D. A. P. verfaßt worden.

Die Broschüre VAN WYHES (vgl. Archiv VIII S. 436) betont den absolut antimilitaristischen Standpunkt „kein Mann und kein Heller", der zumal in der Jetztzeit Geltung habe (S. 4), und ruft die Masse auf, erstens der kleinen Bande von Aushungerern, Kriegsdiplomaten und Spekulanten ihre Massenzahl deutlich und zwingend zu zeigen, wie solches auch in der großen Revolution geschah, und zweitens zur Dienstverweigerung überzugehen, überall dort, wo der Imperialismus am verwundbarsten ist: in den Munitionsfabriken, im Transportwesen, in der Kaserne, in der Metallindustrie (S. 14).

Das Buch des Dr. VAN RAVESTEYN (vgl. Archiv VI S. 320, 324, 327), eine Sammlung von während und jedesmal nach Anlaß der Kriegsereignisse geschriebenen Aufsätzen aus der Zeitschrift De Nieuwe Tyd (nebst einigen aus dem Wochen- — später Tageblatt De Tribune) prätendiert, nur Journalistik zu sein (Vorwort S. X). Die Arbeit wird vielleicht am unparteiischsten gewürdigt, wenn aus dem „Wort zur Einführung" der Frau ROLAND

[1] Die Veröffentlichung des II. Stücks dieses Sammelreferats ist während des Krieges durch die Zensur nicht zugelassen und so auch die Abfassung des vorliegenden Stücks aufgehalten worden.

Holst etwas entnommen wird: Diese Aufsätze seien für jeden revolutionären Sozialisten, der zwar den Imperialismus in seinen allgemeinen Tendenzen durchschaut, aber die Einzelheiten seiner Entwicklung und Erscheinung nicht selbständig und gründlich studiert hat, eine Quelle reicher Belehrung; finde man doch in denselben zwei, jedes an sich schon seltene, Dinge vereinigt: den weltpolitischen Gesichtspunkt und die weltpolitischen Ausblicke, wodurch der letzte Krieg jedesmal mit früheren Kriegen der kapitalistischen Ära, insbesondere mit den Kriegen des 18. Jahrhunderts, verglichen wird; der Verf. vereinige in sich die Gaben des Historikers wie Mehring und des Kenners der kolonialen Expansionspolitik, wie Radek; die Aufsätze seien nicht bloß für Sozialdemokraten, sondern für alle diejenigen geschrieben, die die entsetzlichen Ereignisse unserer Zeit mit Hilfe des ökonomischen Determinismus zu begreifen wünschen; der revolutionäre Sozialist jedoch werde noch etwas mehr als besseres Begreifen daraus schöpfen: die Stärkung der Überzeugung, daß nur die sozialistisch gerichtete Massenaktion imstande ist, die Erde vom anti-menschlichen ökonomisch-politischen System des Imperialismus zu befreien.

Das Buch der Frau Roland-Holst selbst (vgl. Archiv VI S. 316, 319, 322, 326, 329, 332, VIII S. 432) bezweckt wohl Ähnliches. Es war schon fertig, als Februar 1918 in Rußland die Revolution schon, in Deutschland jedoch noch nicht stattgefunden hatte. Als Mischung von Geschichtsschreibung und Prophezeiung wäre es wohl am besten von Fachhistorikern zu würdigen. Einem ausführlichen historischen Überblicke, der im späten Mittelalter anfängt und als letztes Ereignis die russische Revolution bespricht, reihen sich Betrachtungen über Bedingungen, Methoden und Zwecke der revolutionären Massenaktion an; die Aussichten derselben finden sich in einem Schlußkapitel.

Es ist fraglich, ob die Verf., die selbst voller Leidenschaft in der Mitte des Kampfes steht und strebt, in gebührendem Maße konsequent geblieben ist. S. 8 gibt sie ein Kriterium zur Unterscheidung zwischen revolutionären und reaktionären Massenaktionen: revolutionär seien dieselben in jedem Falle, wo sie die gesellschaftliche Entwicklung fördern, d. h. die menschliche Herrschaft über die Natur steigern und dazu wirken, um die der sozialen und geistigen Einigkeit der Menschen im Wege stehenden, Scheidungen aufzuheben; im umgekehrten Falle seien sie reaktionär. Dennoch nennt sie die Bauernaufstände des 15. Jahrhunderts revolutionär, obwohl sie dieselben (S. 11 ff.) als massale Taten des Widerstands gegen die angefangene Verdrängung der Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft erklären will.

Ihre Sympathie für revolutionäre Massenaktionen braucht kaum hervorgehoben zu werden. Bemerkenswert ist, daß sie auch deren Fehler sieht: sie spricht vom „Blitzstrahl der historischen Intuition“, der den Massen geschenkt sei, und von der Verstärkung des emotionellen und begehrenden Könnens in der Kollektivpsyche, aber daneben wird von ihr anerkannt, daß die rein vernünftige Kritik und das Räsonnement geschwächt werden; Zweifel würde ja eine kritische und räsonnierende Masse völlig lähmen; nur wo die

logische Urteilskraft in den Hintergrund des Bewußtseins zurückgedrängt ist, gebe es Platz für den revolutionären Elan. Jedoch glaubt sie, dieser Fehler sei im Abnehmen begriffen dadurch, daß je länger, je mehr die Führung der Massen festen ökonomischen oder politischen Verbindungen zufällt, in denen der bewußte Wille und die räsonnierende Vernunft überwiegen (S. 371 ff).

Es seien noch einige Äußerungen dem inhaltsreichen Buche entnommen:

Die Arbeiterklasse soll von der Einsicht durchdrungen werden, die sozialistische Gesellschaftsordnung könne erst dann zustande kommen, wenn die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dem Sozialismus gewonnen ist (S. 406).

Die sozialistische Revolution, „die die organisierte Freiheit ist", könne den Terrorismus nicht gebrauchen, ohne daß sie mit ihren eigenen Prinzipien in Widerspruch gerät (S. 406); die Ausschreitungen des mitlaufenden Lumpenproletariats seien jedoch oft unvermeidlich (S. 408); die Arbeiterschaft könne die neue Welt der Brüderschaft nicht dadurch realisieren, daß sie den Imperialismus in dessen eigenen Gewaltmitteln und Vernichtungsmethoden übertrifft; die Gewalt der Waffen könne daher im Kampf der Arbeiterklasse nur ein akzessorisches Mittel, z. B. zur Prüfung der beiderseitigen Kräfte (wie in der russischen Märzrevolution von 1917) sein (S. 405, 410).

Die Bedeutung der Führer sei in der Übereinstimmung ihres Wollens und Strebens mit denen der Masse verwurzelt, deren Zwecke ihr von den Führern klargemacht werden sollen; der Einfluß der Führer werde also vom organischen Wesen der Masse, von deren bewußten und unbewußten Gedanken, Gefühlen und Gewohnheiten begrenzt. Das Verhältnis zwischen Führer und Masse sei ein solches beiderseitiger Abhängigkeit und fortwährender Wechselwirkung. Niemals könne der Führer unbeschränkt die geistige Orientierung der Masse beeinflussen (S. 390).

In der Broschüre VAN KOLS wird die überraschende Ähnlichkeit zwischen dem Mindestprogramm des „Anti-Oorlogsraad" und der sozialistischen „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" (abgedruckt Archiv VI S. 336) hervorgehoben. „Glaubt man nicht die Resolution des französischen Parteikongresses vom Januar 1915 zu lesen, oder die der Konferenz von Kopenhagen (Januar 1915), der Neutralen zu Stockholm (April 1916), der sozialistischen Parteien der Entente-Länder in London (Februar 1915) und der Deutschlands und Österreichs in Wien (April 1915), sowie . . . der sozialistischen Frauen in Bern, die alle die Gewalt der Waffen internationalen Vereinbarungen und dem Völkerrecht unterordnen wollen?" (S. 9).

Ein Teil dieser Forderungen wird dann vom Verf. kommentiert (keine Annexion S. 9, Freihandel S. 14, obligatorische Schiedsgerichte S. 15). Vom Staatenbund handelt v. K. S. 17 ff., der nicht als Ideologie bezeichnet werden dürfe: habe doch „die Schweiz den Beweis geliefert, wie unter den ungünstigsten Bedingungen, trotz großer Unterschiede in Sprache, Religion, Sitten und wirtschaftlicher Entwicklung, also trotz allerhand zentrifugaler Einflüsse, dennoch ein Bund freier Staaten auf föderativer Grundlage möglich ist[1]) . . .

1) Die zentripetale Kraft der geographischen Lage und der daraus er-

Ist man erst einmal so weit, so ist das Hauptmotiv für Rüstungen verschwunden".

Als eine der ökonomischen Folgen dieses Krieges erwartet VAN KOL einen wilder als je auflodernden Klassenkampf, denn alle Versuche, die stets stärker drückenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (die Bezahlung der Ausgaben und der Verwüstungen des Krieges, die Wiederherstellung der unterbrochenen Handelsbeziehungen und der Schiffahrt) zu beseitigen, „werden nur Flickmittel bleiben, die jedoch auf die Arbeiterklasse schwer drücken werden" (S. 21); die Regierungen werden auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse mit aller Kraft eingreifen und von den Unternehmern Opfer fordern müssen ... Der Staatssozialismus sei im Anzug, eine Reihe von Unternehmungen werden, auch angesichts der fiskalen Nöte, von Staatswegen betrieben werden müssen (S. 22); es sei die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie, beim Zustandekommen des Friedens ihren Einfluß mit aller Macht geltend zu machen zur Verhütung, daß dem Krieg mit den Waffen noch ein ökonomischer folgt, dem wieder einer mit den Waffen folgen würde (S. 31).

In einem Schlußwort heißt es, die sozialistische Kritik der heutigen gesellschaftlichen Ordnung habe sich als richtig erwiesen, „denn in letzter Instanz — sieht man von allen Nebendingen ab — liegt die Ursache dieses Weltkriegs in den wirtschaftlichen Klassengegensätzen der kapitalistischen Länder" (S. 32); in der prinzipiellen Haltung der Sozialdemokratie brauche also nichts verändert zu werden (S. 33); einige noch wenig behandelte Fragen solle sie jedoch untersuchen: u. a. die Kolonialpolitik, einen der am tiefsten eingreifenden Faktoren in der Weltgeschichte der nächsten Zukunft (S. 35), und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung (S. 36).

TROELSTRA (vgl. Archiv VI S. 315, 319, 320, 326, 330, 332, 334—336) hielt am 26. Oktober 1917 in einer Versammlung der Amsterdamer Föderation der S. D. A. P. eine Rede über das Werk von Stockholm, obwohl der Augenblick noch nicht gekommen sei, um eine erschöpfende Geschichte dieser Konferenz zu schreiben, wovon jedoch die Daten alle bestehen (I S. 7). Er teilt mit, daß in Bälde die Memoranden erscheinen werden und daß ein objektiver Zentralrapport aus den Rapporten der Parteien verschiedener Länder zusammengestellt ist; außerdem habe das führende Komitee nach eigener Ansicht aus diesen verschiedenen Memoranden eine Art Programm für einen Verständigungsfrieden destilliert, nicht als eine Reihe feststehender Formeln, sondern als geeignete Grundlage zur Verständigung zwischen den Sozialisten; „Abänderung dieser Formeln ist also sehr möglich" (I S. 9 und 14).

Bei der Beantwortung der Frage, welche nun die Resultate von Stockholm gewesen seien, behauptet der Redner erstens, der sogenannte Tod der Internationale sei zu einem Märchen erklärt worden (I S. 10); weiter habe Stockholm für den Frieden Großes geleistet; zwar seien (sehr natürlich!) noch nicht alle Parteien wieder zum brüderlichen Zusammenarbeiten gebracht

---

sprießenden Interessengemeinschaft dem feindlichen Ausland gegenüber wird hier m. E. vom Verf. beträchtlich unterschätzt. Für die Entstehung der schweizerischen Einheit scheint mir dieser Faktor wichtig. v. B.

worden, aber es habe sich doch schon etwas geändert, die Befreiung der Geister habe schon angefangen, die Politik in den voranstehenden kriegführenden Ländern sei beeinflußt und neue Kräfte gegen Imperialismus und Annexionismus seien überall mobilisiert worden (I S. 12); für Rußland habe Stockholm die Hoffnung des Friedens gebracht, dessen die russische Revolution an allererster Stelle bedürfe (I S. 13). Stockholm sei nicht mißlungen, aber gelungen ist es in Betreff des zustandezubringenden Friedens ebensowenig und ob es gelingen wird, dafür habe die nächste Zukunft den Beweis zu erbringen (I S. 13). Das Prinzip der Sicherstellung des Lebens und der Autonomie jeder Nationalität im Staate wird ausdrücklich betont (I S. 18). Der Hauptpunkt eines dauerhaften Friedens sei jedoch ökonomischer Natur (S. 19) und mit den Interessengegensätzen zwischen den Völkern (Beschaffung von Rohmaterialien, Absatzmärkte) solle durch die internationale Sicherstellung der ökonomischen Expansionsmöglichkeit jedweder Nation aufgeräumt werden (I S. 20). Der absolute Antimilitarismus wird, angesichts der geographischen Lage Hollands, zwischen schwer bewaffneten Großmächten, abgelehnt (I S. 21).

Im allgemeinen seien die Forderungen Stockholms derart gefaßt, daß auch die Mehrheitsparteien für dieselben zu gewinnen sind; daher werde z. B. nicht die Revolution vor dem Frieden gefordert; Revolution sei auch etwas anderes als Aufstand, sie sei ein politischer Begriff, die allmähliche Gewinnung der Macht über Staat und Gesellschaft durch das die Stelle der herrschenden, besitzenden Klasse übernehmende Proletariat (I S. 23). Bisher sei diese Grundlage Stockholms reell; es sei aber im voraus nicht zu sagen, wie lange dies dauern kann; „Stockholm ist nicht ein Ding, das auf der Ewigkeit gebaut ist; wenn es möglich sein wird, soll es bald geschehen"; sonst drohen Revolution, Anarchie, Konterrevolution (I S. 27, 28).

Die Broschüre enthält als Beilage das Manifest der Delegationen der neutralen Länder in Stockholm an die der Internationale angeschlossenen Parteien.

Die zweite Arbeit TROELSTRAS besteht aus einer Reihe von Aufsätzen, die in der Socialistische Gids von März bis August 1919 erschienen sind und die der Verf. Dezember 1918 zu schreiben anfing; mit der Veröffentlichung wurde erst ein Beginn gemacht, nachdem Dr. T. der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern (Februar 1919) beigewohnt hatte. Die Aufsätze haben den Zweck, die moderne Arbeiterbewegung in Holland geistig vorzubereiten auf die Konsequenzen, die von der europäischen Revolution auch für dieses Land zu erwarten seien. Inzwischen hat der Osternkongreß 1919 der S. D. A. P. demgegenüber schon Stellung genommen in einer, mit der gleichzeitig von der französischen sozialistischen Partei genehmigten Resolution sachlich übereinstimmenden, Einheitsresolution („eenheidsmotie"). Man könne daher diese Aufsätze als einen (zwar persönlichen) Kommentar dieser Resolution betrachten (II Vorwort S. 1).

Literaturbericht.

PONTUS FAHLBECK, Klasserna och Samhället. Stockholm, P. A. Norstedt & Söners Förlag 1920. 8°. XI—419 S. (18 Kronen).

Der Altmeister der schwedischen Staatswissenschaften, der Gründer und vieljährige Leiter der „Statsvetenskaplig Tidskrift“, Professor PONTUS FAHLBECK in Lund, hat ein groß angelegtes Werk über Natur und Ursprung der Klassen und ihre gesellschaftlichen Funktionen angefangen. Der jetzt erschienene erste Teil behandelt den Ursprung der Klassen und ihre Entwickelung in einem ersten Zyklus, der mit der Antike sein Ende findet; in einem weiteren zweiten Bande sollen die parallelen Vorgänge des Mittelalters und der neueren Zeit dargestellt werden und endlich in einem dritten Schlußbande die heutige Klassengesellschaft und die Zukunftsaussichten der Klassen analysiert werden.

Schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert hat F. in dem kleinen Buche „Stände und Klassen“ („Stånd och klasser“, Lund, 1892) eine erste Orientierung auf dem schwierigen und wenig behandelten Gebiete versucht; jetzt will er mehr als nur einen Versuch, er will eine wirkliche Theorie und Geschichte der Klassen geben.

Unter „Klasse“ versteht F. dabei ein Zwiefaches. Erstens ist ihm die Klasse ein Genusbegriff für alle festen, sozialen Schichtungen; zweitens aber auch ein Speziesbegriff, der eine bestimmte Art der sozialen Schichtung darstellt, etwas was sich von „Stand“ und „Kaste“ deutlich unterscheidet. Dieser zwiefache Gebrauch des Wortes hat aber schwere Übelstände herbeigeführt. Der Verf. ist zu einer klaren, einheitlichen Definition des Begriffes nicht gekommen. Man fragt sich immerfort: was bedeutet jetzt eigentlich „Klasse?“, und aus dieser Verschwommenheit erwachsen nicht nur Schwierigkeiten für den Leser; auch der Verf. selbst und die ganze Anlage des Buches leidet unter dieser Unklarheit.

So findet F. im Priesterstande der primitiven Gesellschaft die erste „Klasse“, die weit älter als der Adel sein soll. Die ersten Ansätze zu Klassenbildung entspringen demnach nicht etwa ökonomischen oder politischen Verhältnissen, sondern religiösen. Dies mag natürlich insoweit richtig sein, als Schamanen oder Angakoks innerhalb ihrer Stämme tatsächlich „eine besondere soziale Stellung einnehmen; eine besondere „Priester*klasse*“ dagegen findet sich nur bei ganz wenigen Völkerschaften. Im allgemeinen entwickelt sich der primitive Priester*stand* nicht zu einer „Klasse“ im prägnanten Sinne des Wortes.

Die rein historische Darstellung, die auf eine genaue begriffliche Analyse verzichtet, ergibt demnach meines Erachtens, daß man aus dem Buche Fs. keine theoretische Förderung bekommt. Eine Fülle feinsinniger Einzelbeobachtungen dagegen macht die Lektüre des Werkes zu einer ungemein genußreichen und lohnenden.

EDV. BULL (Kristiania).

L. D. Aarflot und N. W. Rogstad, Industrilandet Norge. Kristiania, H. Aschehoug & Co. 1919. 151 S. (9 Kronen).

Norwegen war von altersher ein ausgesprochenes Bauernland und erst spät hat die industrielle Entwickelung hier ernstlich eingesetzt, dann aber mit um so größerer Schnelligkeit. Erst die Ausnutzung der mächtigen Wasserkräfte des Landes — hauptsächlich seit dem Jahre 1905 — hat eine wirkliche Industrialisierung der norwegischen Gesellschaft herbeigeführt; in diesem letzten halben Menschenalter aber ist eine ökonomische Revolution von gewaltigem Umfang über das Volk tatsächlich hereingebrochen.

Die Verf. der vorliegenden Schrift sind beide hohe Beamte der größten Arbeitgeberorganisationen des Landes und von festem Glauben an die große industrielle Zukunft Norwegens beseelt. Was sie in ihrem Buche geben wollen, ist eine Darstellung der ungeheuer schnellen industriellen Entwickelung des Landes, der jetzigen industriellen Situation und der Zukunftsmöglichkeiten — alles hauptsächlich zahlenmäßig erfaßt. Daß das Bild in etwas zu hellen Farben gehalten ist, kann nicht wundernehmen; das ließe sich aus den Voraussetzungen der Verf. schon im voraus schließen; in der Hauptsache ist aber, was hier über die Stellung der Industrie gegenüber der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und den Fischereien, über Einfuhr und Ausfuhr usw. gesagt wird, zweifellos richtig und die Bearbeitung des statistischen Materials sachlich und wertvoll. Es wird hier tatsächlich die erste wirkliche Beschreibung des „Industrielandes Norwegen" gegeben; reiche Belehrung kann aus diesen Teilen des Buches geschöpft werden.

Für denjenigen aber, der sich über die Arbeiterverhältnisse in der norwegischen Industrie unterrichten will, ist das Buch so ziemlich wertlos. Die Verf. zeigen eine fast unglaubliche Unkenntnis der Arbeiterbewegung; die ganze sozialistische Ideologie ist ihnen völlig fremd. So wird eine sozialistische Broschüre, die eine kurze Zusammenfassung der Marxschen Preislehre enthält, als eine gänzlich neue und einleuchtend falsche Lehre abgefertigt — und die Darstellung der tatsächlichen Lebensverhältnisse der Arbeiter tendenziös gefärbt; beispielsweise wird es versucht, zu beweisen, daß die Industriearbeiter im letzten Menschenalter eine stetige Besserung ihrer Stellung erlangt haben, indem die Verf. anführen, daß der durchschnittliche Jahreslohn in den Jahren 1897—1915 um 66.4% gestiegen ist; dabei wird aber vergessen, daß nach den Indexzahlen des „Economist" — die im allgemeinen auch für Norwegen Gültigkeit haben — das allgemeine Preisniveau genau dieselbe Steigerung erfahren hat, daß also der Reallohn in diesem Zeitraum tatsächlich nicht gewachsen ist.

Die Verf. bauen ganz naiv auf den gewöhnlichen, privatkapitalistischen Voraussetzungen; ihre Begriffe von Nationalvermögen und Nationaleinkommen sind nicht sozial-ökonomisch durchgedacht; alles wird einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet. Das Buch darf daher nur mit Vorsicht gebraucht werden, kann aber unter dieser Voraussetzung in gewissen Beziehungen gute Dienste leisten. Edv. Bull (Kristiania).

OSWALD SPENGLER, Preußentum und Sozialismus. München (C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1920. 8°. 99 S. (4,20 Mk.)

SP. kennt das Preußentum. Er hat dessen Wesen durchdacht und durchfühlt und liebt es nun in den Tagen des Unglücks mit heißeren Instinkten, als selbst HEINRICH VON TREITSCHKE und GUSTAV VON SCHMOLLER in den Tagen des Glücks es liebten. Für SP. bedeutet das Preußentum den Inbegriff aller deutschen Tugenden: unbeugsamen Pflichtgefühls, selbstlosester Einordnung, klarsten Tatsachensinns, kraftvollster Energie, mannhaftester Selbstzucht, hingebungsvollsten Gemeinsamkeitsgefühls. Es sind dies — wie man sieht — sämtlich Tugenden und Vorzüge, die ein Volk ganz besonders zur Schaffung und Erhaltung eines idealen Staates befähigen und tatsächlich hat ja schon POEHLMANN im preußischen Staate die Erfüllung des Platonischen Staatsideales gesehen. SP. aber erblickt in diesem „Meisterstück von Staat" — mit Recht — die eigenste Schöpfung des deutschen Volkes, ihm ist sein Preußen ein wirklicher Staat in der anspruchvollsten Bedeutung des Wortes, ein Staat, in dem es, strenge genommen, keinen Privatmann gibt, da jeder, der innerhalb des mit der Exaktheit einer guten Maschine arbeitenden Systems lebt, ihm irgendwie als Glied angehört. So nähert sich dies Preußen oder so näherte sich wenigstens das alte Preußen jedenfalls am meisten von allen Staaten dem SP.schen Staatsideal: der sozialistischen Monarchie, „in der jeder nach seinem sozialistischen Rang, seinem Talente zur freiwilligen Disziplin aus innerer Überlegenheit, seinem organisatorischen Können, seiner Arbeitskraft, Gewissenhaftigkeit und Energie, seinem intelligenten Gemeingefühl den ihm zukommenden Platz erhält", der „die allgemeine Arbeitspflicht und daraufhin eine berufsständische Gliederung, die zugleich Verwaltung ist und einen obersten Verwaltungsrat statt des Parlamentes besitzt, wo alle arbeiten, Offiziere, Beamte, Bauern, Bergleute" (S. 66).

Nun erkennt man freilich nicht ohne weiteres, was an dieser sozialistischen Monarchie sozialistisch ist. Denn bisher galten — wie man weiß — als sozialistisch nur jene Theorien und Massenbewegungen, die in bewußtem Gegensatze zum Sondereigentum als der überlieferten Grundlage unserer herrschenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung den Neuaufbau der letzteren auf Basis des Gemeineigentums fordern und anstreben (GRÜNBERG), zum mindesten aber die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Ersatz durch ein irgendwie gemeinschaftlich oder genossenschaftlich organisiertes Eigentum verlangen. (PHILIPPOVICH.) Es könnte daher als sozialistisch doch auch nur jener Staat gelten, in dem wenigstens diese Umwandlung von Privat- ins Gemeineigentum durchgeführt ist.

Für SP. aber liegt die Sache ganz anders. Ihm ist das Werk von KARL MARX nur tote Literatur, die Internationale eine Internationale der Schlagworte. Als Sozialismus aber bezeichnet er — zunächst ganz im allgemeinen — einen nach außen gewandten, politischen, sozialen, wirtschaftlichen Instinkt realistisch angelegter Völker, in dem der alte faustische Wille zur Macht, zum Unendlichen in dem furchtbaren Willen zur unbedingten Weltherrschaft und in der Entschlossenheit weiterlebt, durch die Mittel faustischer

Technik und Erfindung das Gewimmel der Menschheit zu einem Ganzen zu schweißen (S. 23 f.).

Als Träger dieses furchtbaren Machtwillens aber erscheint Sp. eine überpersönliche streng disziplinierte Gemeinschaft, die aufgebaut ist auf dem gestaltenden Gegensatz: Befehlen und Gehorchen, die getragen wird durch das sittliche Gebot: „Tue deine Pflicht, indem du arbeitest", und die sich als Ziel nicht das Glück der einzelnen, sondern das des Ganzen setzt. Und wie die soziale, so ist auch die Wirtschaftsordnung nach diesen Grundsätzen gestaltet. Auch hier, auch bei der Gütererzeugung und Verteilung sind Rechte und Pflichten der einzelnen genau umgrenzt, erhält jeder Arbeiter wie jeder Unternehmer den Charakter eines Beamten; auch hier ist die Arbeit eine Pflicht der Gesamtheit gegenüber, wobei der Lohn für jede Art von Arbeit nach Maßgabe der wirtschaftlichen Gesamtlage ebenmäßig abgestuft und von einem Wirtschaftsrate nach den Interessen des Gesamtstaates bemessen wird; auch hier ist das Ziel nicht die Bereicherung des einzelnen, sondern des Ganzen.

Der Weg zu diesem Ziel scheint Sp. nicht allzu beschwerlich zu sein. Es gilt für ihn nur, unter sorgfältiger Schonung des Eigentums und Erbrechts die gesamte Produktivkraft in ihrer Form der Gesetzgebung zu unterstellen, die persönliche Unternehmungslust, das Talent, die Energie aber wie den Geist eines geübten Schachspielers unter Regeln und mit der Willensfreiheit, die gerade die Beherrschung der Regeln gewährt, arbeiten zu lassen (S. 89). Auf diesem Wege würde sich dann die langsam in Jahrzehnten sich vollendende Verwandlung des Arbeiters in einen Wirtschaftsbeamten, des Unternehmers in einen verantwortlichen Verwaltungsbeamten mit sehr weitgehender Vollmacht, des Eigentums in eine Art erblichen Lehens im Sinne der alten Zeit vollziehen, womit die Sozialisierung im Sinne Sp.s durchgeführt wäre.

Der grundlegende Unterschied zwischem diesem Sp.schen Sozialismus und dem, was man bisher unter Sozialismus verstand, liegt klar zutage. Der Sozialismus alten Stils beruht auf dem im Christentum für alle Zeiten fest verankerten Gedanken der Gleichheit aller Menschen. Sp. aber legt seinem Sozialismus den Gedanken der durch die Verschiedenheit der Anlagen und der Ausbildung begründeten Ungleichheit der Menschen zugrunde. Man kann daher gewiß seine Ideale in dem einen oder dem andern Sozialismus erfüllt sehen, aber man kann nicht den einen dem andern gleichsetzen. Es muß vielmehr zu argen Begriffsverwechslungen führen, wenn man sie mit dem gleichen Namen benennt. Sp. freilich hilft sich mit der Behauptung, daß der Sozialismus in jedem Lande etwas anderes, sein preußischer, sein „autoritativer" Sozialismus aber der einzig wirkliche, der einzige vom Blute des Volkes, das ihn erlebt, genährte sei. Den Beweis für diese Behauptung kann jedoch weder Sp. noch sonst jemand erbringen. Die Zukunft erst kann lehren, ob in Sp.s autoritativem Sozialismus oder in dem, was man bisher Sozialismus nannte, die treibenden Kräfte der weiteren geschichtlichen Entwicklung ruhen. Nicht Preußentum und Sozialismus, Preußentum oder Sozialismus wird dann die Losung sein. JULIUS BUNZEL (Graz).

FRITZ GERLICH, **Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich.** München, Hugo Bruckmann, 1920. 8°. 275 S.

In dieser Schrift wird der Versuch unternommen, den Kommunismus, so wie er von MARX und ENGELS begründet wurde und neuestens von den bolschewistischen Theoretikern vertreten wird, als den letzten Ausläufer jenes philosophischen Chiliasmus zu erklären, der nach G. die Lebensidee des deutschen Volkes bildet und der in den großen Männern der deutschen Klassik: LESSING, KANT, FICHTE, HEGEL, seine bedeutendsten Vertreter findet. Die Geschichtsphilosophie des Marxismus erscheint so als eine bloß „materialisierende Umdeutung der Geschichtsphilosophie, wie sie mit unserer klassischen Zeit einsetzte". Indem G. den Kommunismus als eine Spielart der Lehre vom Tausendjährigen Reich deutet, faßt er ihn als religiöse Bewegung auf, die unmittelbar aus der Seelennot unserer Zeit geboren wurde. Er nennt den Kommunismus geradezu einen „Versuch zu einer neuen Religion".

Der Chiliasmus stammt aus der jüdischen Messiasidee. Er ist der Glaube an eine sichtbare Wiederkunft Christi, der dann ein tausend Jahre dauerndes, irdisches Reich der Guten und Gläubigen, — das „Paradies auf Erden" — aufrichten werde, nachdem er die Herrschaft des Bösen vernichtet hat. Alle Chiliasten, wie die Wiedertäufer, sind Kommunisten und sehen — im Widerspruch zu der christlichen Auffassung von der Immanenz des Bösen, das innerlich zu überwinden sei — in den äußeren Umständen das Werk des Teufels. Sie sind daher prinzipiell Revolutionäre und für den Umsturz der bestehenden äußeren Ordnung. Im Zeitalter des Rationalismus verliert der Chiliasmus sein spezifisch christliches Gewand und wird zu einer philosophischen Entwicklungslehre. „Auf den Schultern dieses philosophischen Chiliasmus des 18. Jahrhunderts, der ihm durch FICHTE, HEGEL, SAINT-SIMON, WEITLING u. a. vermittelt wird, stehen MARX und sein Genosse ENGELS".

G. versucht nun im einzelnen den marxistischen Kommunismus als eine Erlösungsreligion und zwar als eine Erlösungsreligion der Diesseitigkeit, der irdischen Glückseligkeit nachzuweisen. Wie die christliche Lehre an den Anfang der Menschheitsentwicklung das „Paradies" stellt, das am Ende — im Tausendjährigen Reiche — wiederkehrt, so nimmt der Marxismus eine „urwüchsige kommunistische Gesellschaft" an, in der das böse Prinzip, der Klassenkampf noch nicht bestand, um die Menschheitsentwicklung in diesem paradiesischen Zustand der kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft wieder enden zu lassen. Wie die christlichen Chiliasten, so nimmt auch der Marxismus an, daß der Mensch an sich und ursprünglich gut sei, daß nur die äußeren Umstände, der Kapitalismus, ihn schlecht machen, und daß er daher mit Wegfall der kapitalistischen Produktionsweise wieder in den Stand der natürlichen Güte zurückkehren werde. Ohne diese Annahme wäre die Verheißung des Marxismus unmöglich, daß nach Überwindung des Kapitalismus und des auch durch ihn bedingten Staates ein staatsloser Zustand völliger Freiheit, eine von jedem äußeren Zwange befreite Gemeinschaft eintreten werde, deren produktive Kräfte trotz des mangelnden Zwanges eine

ungeheuere Steigerung erfahren werden. Auf diese utopische Gründung der materialistischen Geschichtsauffassung weist G. besonders hin. Gerade an diesem Punkte ist die Parallele zwischen Marxismus und Chiliasmus, der Hinweis auf den „sündenlosen Menschen“ und das „Paradies auf Erden“, von großem Interesse. Diese Parallele führt G. auch sonst zu wertvollen Einsichten. Er zeigt als die Person des vom Marxismus verheißenen Erlösers das Proletariat auf. Und man muß tatsächlich zugeben, daß in der marxistischen Ideologie — sehr im Widerspruch freilich zu den „wissenschaftlichen“ Tendenzen MARXens — die Personifikation und Hypostasierung dieser ökonomischen Kategorie des Proletariates bis zu einem Grade gediehen ist und vor allem mit einer solchen ethischen Wertbetonung auftritt, daß der Vergleich mit dem Messias nicht abzuweisen ist. Zumal in den populären Darstellungen, die sich an die breite Masse wenden. Auch was G. über den Ursprung der Erlöserkraft dieses Messias und seiner Fähigkeit für das Erlöserwerk sagt, enthält manches Zutreffende für die Psychologie des Marxismus. Speziell, wenn auf die eigenartige Gefühlsbetonung aufmerksam gemacht wird, in der die Worte „Revolution“ und „revolutionär“ auftreten. „Sie sind geradezu an Stelle des Begriffs der religiösen Erleuchtung und der religiös Erleuchteten getreten, nach Analogie der ‚Heiligen‘ der großen englischen Revolution. Die ‚Revolution‘ ist eine mystische Kraft, ein Zustand der ekstatischen, d. h. erhobenen Seele . . ., d. h. die Ekstase ist der Seelenzustand, aus dem heraus die neue Zeit gestaltet werden soll, deshalb haben das revolutionäre Proletariat und überhaupt alle revolutionär Denkenden ein Vorrecht vor den anderen Menschen. Was revolutionäres Denken inhaltlich ist, wissen weder diejenigen, die es tun, noch ist es sonstwie ergründlich. Es ist eben die Ekstase, in der die Erleuchtung zuströmt. Wer ihrer teilhaftig ist, hat auch teil an der aus der naturgesetzlichen Entwicklung stammenden Erlöserkraft des Heilands Proletariat. Es ist deshalb auch berechtigt zur Diktatur“ (a. a. O. S. 34).

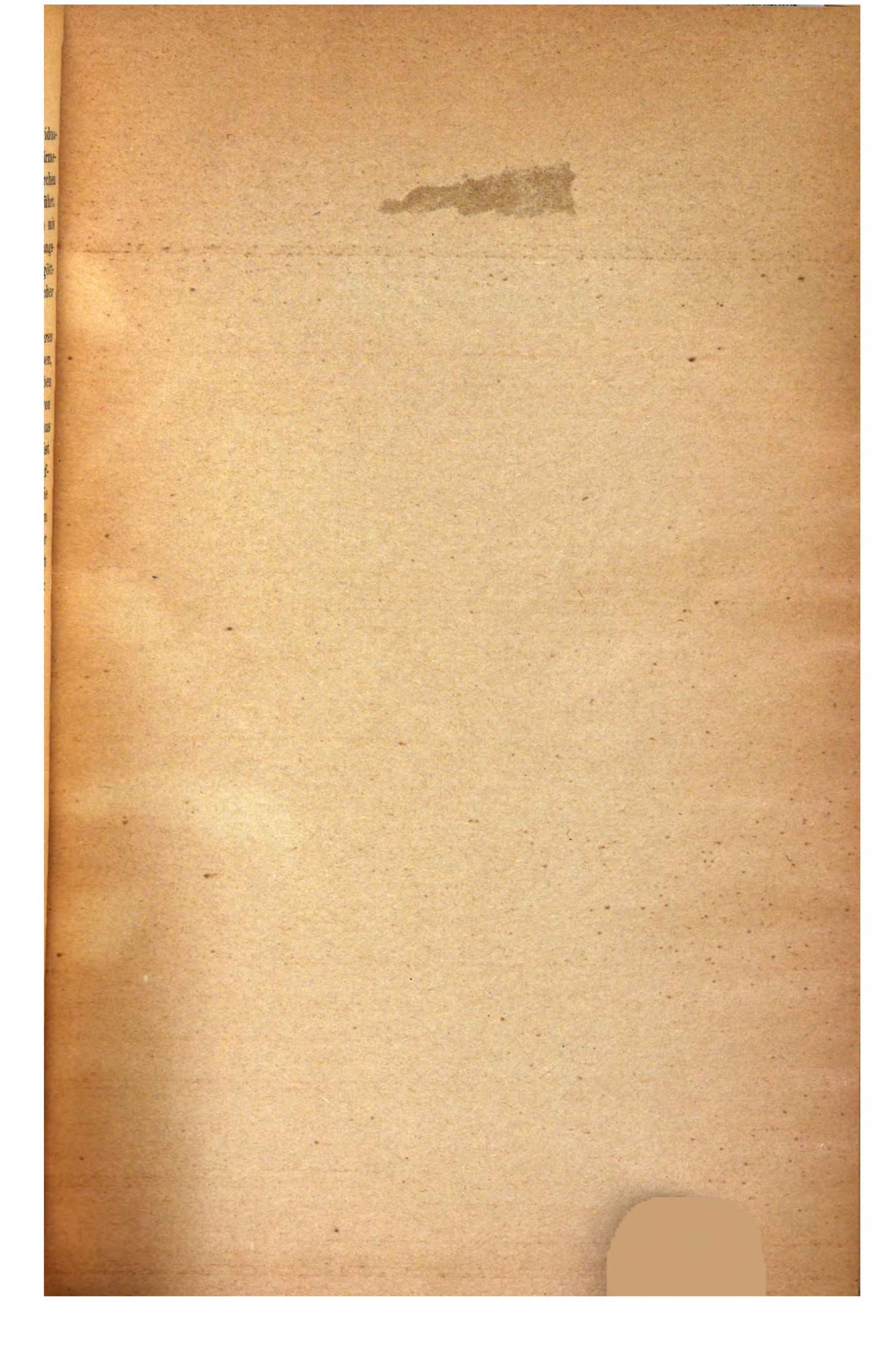
Deutlicher als in den klug zurückhaltenden Werken von MARX selbst tritt der chiliastische Charakter des Kommunismus in den mehr auf den temperamentvolleren ENGELS gestützten Schriften der Bolschewiki zum Ausdruck. G. führt hier zusammenfassend aus: „LENIN stellt uns also vor die folgende Sachlage. Er glaubt, d. h. er weiß nach der MARXschen ‚Voraussehung‘, nämlich Offenbarung über den Gang der Menschheitsentwicklung, daß der Heiland Proletariat eines Tages aufstehen und das Paradies auf Erden — ‚die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft‘ — aufrichten werde. Den Zeitpunkt dieser Errichtung des Paradieses auf Erden weiß er allerdings nicht. Nur kennt er den, der es herbeiführen wird, nämlich den Diktator Proletariat. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß er ganz gewiß. — Der christliche Chiliasmus weiß, daß der Heiland Christus eines Tages wiederkommen und das Paradies auf Erden, das Tausendjährige Reich, aufrichten wird. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, weiß er nicht. Dagegen weiß er, daß der Heiland Christus als Herrscher ein irdisches Reich der Seligkeit aufrichten wird. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß auch er ganz gewiß“.

Sehr interessant ist auch der Vergleich, den G. zwischen dem individualistisch-anarchistisch orientierten Kommunismus LANDAUERS, dem „schwärmerischen" Sozialismus, und der Ideenwelt der christlichen Schwärmerkirchen speziell mit Bezug auf die Lehre vom erneuerten Pfingstwunder durchführt. Der Appell an das innere Erlebnis, an den „Geist", der den einzelnen mit Sozialismus erfüllen soll, die Ablehnung des Staates und jeglicher Zwangsordnung, das steht in vollkommener Parallele zu der Ausgießung des göttlichen Geistes, zur Ablehnung jeglicher Zwangskirche bei den christlichen Schwärmern.

Daß eine politische Theorie wie der kommunistische Sozialismus in ihren psychologischen Voraussetzungen zahlreiche Berührungspunkte mit religiösen, insbesondere mit sozial-religiösen Bewegungen, wie der Chiliasmus, haben muß, ist schließlich nicht verwunderlich. Der Vergleich würde viel von seiner paradoxen Wirkung verlieren, wenn man, umgekehrt, den Chiliasmus als einen sozialistischen Kommunismus aufzuzeigen versuchte. Immerhin ist die Parallele in der Ideologie, in der Begriffsbildung beider Systeme auffallend genug. Der tiefere Grund dafür — und in dieser Richtung wäre die wertvolle Arbeit G.s zu ergänzen — liegt darin, daß zwischen politischem und religiös-theologischem Denken überhaupt, und zwar speziell nach der logisch erkenntnistheoretischen Seite hin, weitgehende Verwandtschaft besteht. Das zeigt sich vor allem bei den Zentralbegriffen beider Systeme: Staat und Gott. Personifikationen von Ordnungen, der Gesellschaft die eine, der Natur überhaupt die andere, drängen beide — in der naiven Anschauung der breiten Massen — zur Hypostasierung, werden beide zu rätselhaften, geheimnisvollen Wesenheiten, mit denen Staats-(Rechts)-lehre oder Theologie ihr Begriffsspiel treiben. Dafür, daß die Probleme der Theologie, wie sich leicht zeigen läßt, nur in einer geänderten Terminologie in der Staats-(Rechts-)lehre wiederkehren, liefern G.s Untersuchungen eine willkommene Bestätigung, wenn sie auffallende Übereinstimmung zwischen einer speziellen politischen und einer religiös-theologischen Doktrin aufzeigen. Indem sich aber die Parallele G.s nur als ein besonderer Fall einer ganz allgemeinen Analogie von Politik und Religion, Staatslehre und Theologie herausstellt, verliert sie auch die polemische Spitze, die der Verf. gegen die MARX-LENINsche Lehre richten wollte. HANS KELSEN (Wien).

Mitteilung.

An der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin ist auf Anordnung des Ministeriums für Volksbildung eine Auskunftsstelle für Sozialistische und Revolutions-Literatur eingerichtet worden. Die Auskünfte werden daselbst (Unter den Linden, 2 Treppen, in der Kriegssammlung) erteilt von **Ernst Drahn** Dienstags und Freitags 12—2 Uhr oder auch schriftlich nach auswärts bei Einsendung des Portos für die Antwort.









Nach der Schilderung des Kampfs um die K. I. K., der vielleicht wichtigsten Erscheinung der russischen Arbeiterbewegung in den verflossenen Monaten, möchte ich hier auch auf die höchst interessante allgemeine Stellung des Samarer Blattes und dessen kaum glaubliche Schwankungen eingehen.

Der redaktionelle Einleitungsartikel („Unsere Aufgaben", Nr. 1) enthält eigentlich nichts, was überhaupt von einer Stellungnahme zu sprechen erlaubte. Er hält den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Macht für das Gebot der Stunde und für die „alltägliche Aufgabe des aktiven Marxismus". Dies kennzeichnet aber keineswegs eine Richtung und selbst die schlimmsten Opportunisten werden Anspruch auf diese Aufgabe erheben. Etwas mehr möchte vielleicht die Behauptung bedeuten, daß die wichstigste Voraussetzung einer Wiederherstellung der Internationale die nun wachsende Erkenntnis des Proletariats ist, daß es „eine selbständige politische Macht, mit ganz besonderen Zielen und Aufgaben" sei. Wie aber ist es andererseits, angesichts der tragischen Tatsache massenhaften „Umlernens" zu verstehen, daß „die Masse der Führer und Teilnehmer . . . der Bewegung, derengleichen die Geschichte nicht kennt", — d. h. der gleichen internationalen sozialistischen Bewegung — „der alten Fahne die Treue bewahrten?"; oder daß „die Ringe

---

zieht, sich aber entschieden für den baldigsten Friedensschluß aussprach, weil der Krieg die Arbeiter von ihren direkten Aufgaben ablenke und die Erstarkung des kapitalistischen Druckes fördere. Diesen Standpunkt machten sich die Zimmerwalder und andere sozialistische ausländische Konferenzen zu eigen, an denen auch russische Sozialisten teilnahmen. Eben diese ausländischen Konferenzen hätten den russischen „unterirdischen" Sozialisten den Gedanken suggeriert, die K. I. K. auszunützen, um die revolutionäre und sozialistische Bewegung in Rußland zu beleben. Danach waren es also die Zimmerwalder, die den Sozialpatrioten Gwosdjoff mit Genossen in die K. I. K. entsandten und sie dort zur „Koordinierung" mit der imperialistischen Bourgeoisie aufforderten!

Der Bericht schildert eingehend die Wahlkampagne und behauptet, in die Arbeiterversammlungen seien unter der Marke von Arbeitern die „Parteisozialisten" (sic!) eingedrungen. Daher hätten sich angeblich beinahe sämtliche Gewählte als versteckte Anhänger des „Poražentschestwo" erwiesen (womit also die Polizei die Spitze der Denunziation Gwosdjoffs gegen diesen selbst und seine Anhänger kehrte!) Die Aufgaben der Arbeitervertreter in K. I. K. lägen der Verteidigung sehr fern. Eine sorgfältige Überwachung habe erwiesen, daß die speziellen Räume der Arbeiterabordnung im Z. K. I. K. zu Parteizwecken benutzt würden. Die Mitglieder der Arbeitergruppe erhielten mehrere Hunderte Rubel monatlich, um die industriellen Bezirke Rußlands zu bereisen, trieben aber dabei Propaganda und förderten den Zusammenschluß der revolutionären und sozialistischen Elemente. Die Arbeitervertreter hätten endlich die Streiks geleitet. „Die K. I. K. dienen also als Grundlage für die revolutionäre und sozialistische Bewegung der Arbeiterschaft . . ."

der Kette“ (d. h. die nationalen Abteilungen der Internationale, die aneinanderstießen, dabei „der Kraft der Notwendigkeit gehorchten“? Sollen damit jene, die — wir verfolgen hier einen politischen, nicht einen theoretischen Gedankengang — am Zusammenbruch der Internationale mit ihrer selbständigen Politik und ihren besonderen Aufgaben Schuld tragen, gerechtfertigt werden? Jedenfalls ist dies alles allzu vag.

In Nr. 3 reproduziert „Nasch Goloss“ den bekannten Brief PLECHANOFFS, in dem dieser den Abgeordneten BURJANOFF mit Erfolg zur Bewilligung der Kriegskredite zu überreden sucht. Bezeichnend ist nun, daß die Redaktion es für nötig hielt, dem Brief einen polemischen Artikel voranzuschicken („Einige Tatsachen und einige Gedanken G. W. PLECHANOFFS“ von S. KRAMALEWSKY), der ihren Standpunkt feststellte und „eine allgemeine Kritik der Stellung PLECHANOFFS, ALEXINSKYS, JORDANSKYS etc. bringen sollte“ (Nr. 4). Leider ist von ihm nur der erste Teil erschienen. Er läßt aber, wie es scheint, den Schluß zu, daß Verf. und Redaktion „die Bedenken P. AXELRODS, MARTOFFS, W. TROTZKYS, des ehemaligen Dumaabgeordneten I. ZERETELLI“ gegen die Auffassung PLECHANOFFS und anderer unterstützen wollten.

So blaß sind die ersten 7 Nummern — zweifellos zum Teil wegen der Zensur. Inzwischen entbrannte aber die Kr. I. K.-Kampagne und mit ihr begann die ungeheuere Verwirrung. Wir kennen bereits ihren Verlauf in Samara und haben gesehen, daß die Zeitung sich vorbehaltslos an die Seite der „Antiboykottisten“ stellte, und das, abgesehen von den bereits dargelegten Erwägungen, aus unverhüllt sozial-nationalen Gründen.

Nr. 8 (27. X. 1915) brachte eine ganze Reihe von Artikeln über die Frage. Alle — auch jener, der im Namen der Redaktionsminderheit gegen die Beteiligung plädierte — erklären sich bereit, „zum Vaterland zu stehen“. In einem, mit dem sich die Redaktionsmehrheit ausdrücklich einig erklärte, finden wir die uns wohlbekannten Sätze: „Der Krieg wurde in seinem Verlauf auf unserer Seite zum Verteidigungskrieg. Noch mehr, unser Vaterland ... ist in tödlicher Gefahr, vom preußischen Junkertum ... zertrümmert zu werden. — In einem solchen Augenblick ist es unverantwortlich, sich mit dem schablonenhaften ‚Wir sind dagegen‘ abzufinden. Das ist auch glücklicherweise nicht geschehen. Das klassenbewußte Proletariat aller Länder, das die internationale Einigkeit anstrebt, anerkennt zugleich das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Daher bekennt es sich zur Landesverteidigung, wenn diesem die Gefahr einer Zerstörung seiner kulturellen und nationalen Schätze und eine Verlangsamung der Entwickelung seiner Produktionskräfte droht“. Es bleibt „den Geboten der internationalen sozialistischen Kongresse treu“ usw. Kaum 3 Wochen später aber (Nr. 10, 17. XI. 1915) lesen wir, daß die Redaktion den absolut identischen Erwägungen in einem Artikel TH. BULKINS nicht zustimmt, in welchem es heißt: „Die Vaterlandsverteidigung widerspricht nicht nur den Geboten der Internationale nicht, sie wird vielmehr von ihnen diktiert usw.“ Ja, noch mehr. In derselben redaktionellen Notiz wird einer Reihe von Artikeln aus der Feder

OSWALD SPENGLER, Preußentum und Sozialismus. München (C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1920. 8°. 99 S. (4,20 Mk.)

SP. kennt das Preußentum. Er hat dessen Wesen durchdacht und durchfühlt und liebt es nun in den Tagen des Unglücks mit heißeren Instinkten, als selbst HEINRICH VON TREITSCHKE und GUSTAV VON SCHMOLLER in den Tagen des Glücks es liebten. Für SP. bedeutet das Preußentum den Inbegriff aller deutschen Tugenden: unbeugsamen Pflichtgefühls, selbstlosester Einordnung, klarsten Tatsachensinns, kraftvollster Energie, mannhaftester Selbstzucht, hingebungsvollsten Gemeinsamkeitsgefühls. Es sind dies — wie man sieht — sämtlich Tugenden und Vorzüge, die ein Volk ganz besonders zur Schaffung und Erhaltung eines idealen Staates befähigen und tatsächlich hat ja schon POEHLMANN im preußischen Staate die Erfüllung des Platonischen Staatsideales gesehen. SP. aber erblickt in diesem „Meisterstück von Staat" — mit Recht — die eigenste Schöpfung des deutschen Volkes, ihm ist sein Preußen ein wirklicher Staat in der anspruchvollsten Bedeutung des Wortes, ein Staat, in dem es, strenge genommen, keinen Privatmann gibt, da jeder, der innerhalb des mit der Exaktheit einer guten Maschine arbeitenden Systems lebt, ihm irgendwie als Glied angehört. So nähert sich dies Preußen oder so näherte sich wenigstens das alte Preußen jedenfalls am meisten von allen Staaten dem SP.schen Staatsideal: der sozialistischen Monarchie, „in der jeder nach seinem sozialistischen Rang, seinem Talente zur freiwilligen Disziplin aus innerer Überlegenheit, seinem organisatorischen Können, seiner Arbeitskraft, Gewissenhaftigkeit und Energie, seinem intelligenten Gemeingefühl den ihm zukommenden Platz erhält", der „die allgemeine Arbeitspflicht und daraufhin eine berufsständische Gliederung, die zugleich Verwaltung ist und einen obersten Verwaltungsrat statt des Parlamentes besitzt, wo alle arbeiten, Offiziere, Beamte, Bauern, Bergleute" (S. 66).

Nun erkennt man freilich nicht ohne weiteres, was an dieser sozialistischen Monarchie sozialistisch ist. Denn bisher galten — wie man weiß — als sozialistisch nur jene Theorien und Massenbewegungen, die in bewußtem Gegensatze zum Sondereigentum als der überlieferten Grundlage unserer herrschenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung den Neuaufbau der letzteren auf Basis des Gemeineigentums fordern und anstreben (GRÜNBERG), zum mindesten aber die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Ersatz durch ein irgendwie gemeinschaftlich oder genossenschaftlich organisiertes Eigentum verlangen. (PHILIPPOVICH.) Es könnte daher als sozialistisch doch auch nur jener Staat gelten, in dem wenigstens diese Umwandlung von Privat- ins Gemeineigentum durchgeführt ist.

Für SP. aber liegt die Sache ganz anders. Ihm ist das Werk von KARL MARX nur tote Literatur, die Internationale eine Internationale der Schlagworte. Als Sozialismus aber bezeichnet er — zunächst ganz im allgemeinen — einen nach außen gewandten, politischen, sozialen, wirtschaftlichen Instinkt realistisch angelegter Völker, in dem der alte faustische Wille zur Macht, zum Unendlichen in dem furchtbaren Willen zur unbedingten Weltherrschaft und in der Entschlossenheit weiterlebt, durch die Mittel faustischer

Technik und Erfindung das Gewimmel der Menschheit zu einem Ganzen zu schweißen (S. 23 f.).

Als Träger dieses furchtbaren Machtwillens aber erscheint Sp. eine überpersönliche streng disziplinierte Gemeinschaft, die aufgebaut ist auf dem gestaltenden Gegensatz: Befehlen und Gehorchen, die getragen wird durch das sittliche Gebot: „Tue deine Pflicht, indem du arbeitest", und die sich als Ziel nicht das Glück der einzelnen, sondern das des Ganzen setzt. Und wie die soziale, so ist auch die Wirtschaftsordnung nach diesen Grundsätzen gestaltet. Auch hier, auch bei der Gütererzeugung und Verteilung sind Rechte und Pflichten der einzelnen genau umgrenzt, erhält jeder Arbeiter wie jeder Unternehmer den Charakter eines Beamten; auch hier ist die Arbeit eine Pflicht der Gesamtheit gegenüber, wobei der Lohn für jede Art von Arbeit nach Maßgabe der wirtschaftlichen Gesamtlage ebenmäßig abgestuft und von einem Wirtschaftsrate nach den Interessen des Gesamtstaates bemessen wird; auch hier ist das Ziel nicht die Bereicherung des einzelnen, sondern des Ganzen.

Der Weg zu diesem Ziel scheint Sp. nicht allzu beschwerlich zu sein. Es gilt für ihn nur, unter sorgfältiger Schonung des Eigentums und Erbrechts die gesamte Produktivkraft in ihrer Form der Gesetzgebung zu unterstellen, die persönliche Unternehmungslust, das Talent, die Energie aber wie den Geist eines geübten Schachspielers unter Regeln und mit der Willensfreiheit, die gerade die Beherrschung der Regeln gewährt, arbeiten zu lassen (S. 89). Auf diesem Wege würde sich dann die langsam in Jahrzehnten sich vollendende Verwandlung des Arbeiters in einen Wirtschaftsbeamten, des Unternehmers in einen verantwortlichen Verwaltungsbeamten mit sehr weitgehender Vollmacht, des Eigentums in eine Art erblichen Lehens im Sinne der alten Zeit vollziehen, womit die Sozialisierung im Sinne Sp.s durchgeführt wäre.

Der grundlegende Unterschied zwischem diesem Sp.schen Sozialismus und dem, was man bisher unter Sozialismus verstand, liegt klar zutage. Der Sozialismus alten Stils beruht auf dem im Christentum für alle Zeiten fest verankerten Gedanken der Gleichheit aller Menschen. Sp. aber legt seinem Sozialismus den Gedanken der durch die Verschiedenheit der Anlagen und der Ausbildung begründeten Ungleichheit der Menschen zugrunde. Man kann daher gewiß seine Ideale in dem einen oder dem andern Sozialismus erfüllt sehen, aber man kann nicht den einen dem andern gleichsetzen. Es muß vielmehr zu argen Begriffsverwechslungen führen, wenn man sie mit dem gleichen Namen benennt. Sp. freilich hilft sich mit der Behauptung, daß der Sozialismus in jedem Lande etwas anderes, sein preußischer, sein „autoritativer" Sozialismus aber der einzig wirkliche, der einzige vom Blute des Volkes, das ihn erlebt, genährte sei. Den Beweis für diese Behauptung kann jedoch weder Sp. noch sonst jemand erbringen. Die Zukunft erst kann lehren, ob in Sp.s autoritativem Sozialismus oder in dem, was man bisher Sozialismus nannte, die treibenden Kräfte der weiteren geschichtlichen Entwicklung ruhen. Nicht Preußentum und Sozialismus, Preußentum oder Sozialismus wird dann die Losung sein. Julius Bunzel (Graz).

FRITZ GERLICH, **Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. München, Hugo Bruckmann, 1920. 8°. 275 S.**

In dieser Schrift wird der Versuch unternommen, den Kommunismus, so wie er von MARX und ENGELS begründet wurde und neuestens von den bolschewistischen Theoretikern vertreten wird, als den letzten Ausläufer jenes philosophischen Chiliasmus zu erklären, der nach G. die Lebensidee des deutschen Volkes bildet und der in den großen Männern der deutschen Klassik: LESSING, KANT, FICHTE, HEGEL, seine bedeutendsten Vertreter findet. Die Geschichtsphilosophie des Marxismus erscheint so als eine bloß „materialisierende Umdeutung der Geschichtsphilosophie, wie sie mit unserer klassischen Zeit einsetzte". Indem G. den Kommunismus als eine Spielart der Lehre vom Tausendjährigen Reich deutet, faßt er ihn als religiöse Bewegung auf, die unmittelbar aus der Seelennot unserer Zeit geboren wurde. Er nennt den Kommunismus geradezu einen „Versuch zu einer neuen Religion".

Der Chiliasmus stammt aus der jüdischen Messiasidee. Er ist der Glaube an eine sichtbare Wiederkunft Christi, der dann ein tausend Jahre dauerndes, irdisches Reich der Guten und Gläubigen, — das „Paradies auf Erden" — aufrichten werde, nachdem er die Herrschaft des Bösen vernichtet hat. Alle Chiliasten, wie die Wiedertäufer, sind Kommunisten und sehen — im Widerspruch zu der christlichen Auffassung von der Immanenz des Bösen, das innerlich zu überwinden sei — in den äußeren Umständen das Werk des Teufels. Sie sind daher prinzipiell Revolutionäre und für den Umsturz der bestehenden äußeren Ordnung. Im Zeitalter des Rationalismus verliert der Chiliasmus sein spezifisch christliches Gewand und wird zu einer philosophischen Entwicklungslehre. „Auf den Schultern dieses philosophischen Chiliasmus des 18. Jahrhunderts, der ihm durch FICHTE, HEGEL, SAINT-SIMON, WEITLING u. a. vermittelt wird, stehen MARX und sein Genosse ENGELS".

G. versucht nun im einzelnen den marxistischen Kommunismus als eine Erlösungsreligion und zwar als eine Erlösungsreligion der Diesseitigkeit, der irdischen Glückseligkeit nachzuweisen. Wie die christliche Lehre an den Anfang der Menschheitsentwicklung das „Paradies" stellt, das am Ende — im Tausendjährigen Reiche — wiederkehrt, so nimmt der Marxismus eine „urwüchsige kommunistische Gesellschaft" an, in der das böse Prinzip, der Klassenkampf noch nicht bestand, um die Menschheitsentwicklung in diesem paradiesischen Zustand der kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft wieder enden zu lassen. Wie die christlichen Chiliasten, so nimmt auch der Marxismus an, daß der Mensch an sich und ursprünglich gut sei, daß nur die äußeren Umstände, der Kapitalismus, ihn schlecht machen, und daß er daher mit Wegfall der kapitalistischen Produktionsweise wieder in den Stand der natürlichen Güte zurückkehren werde. Ohne diese Annahme wäre die Verheißung des Marxismus unmöglich, daß nach Überwindung des Kapitalismus und des auch durch ihn bedingten Staates ein staatsloser Zustand völliger Freiheit, eine von jedem äußeren Zwange befreite Gemeinschaft eintreten werde, deren produktive Kräfte trotz des mangelnden Zwanges eine

ungeheuere Steigerung erfahren werden. Auf diese utopische Gründung der materialistischen Geschichtsauffassung weist G. besonders hin. Gerade an diesem Punkte ist die Parallele zwischen Marxismus und Chiliasmus, der Hinweis auf den „sündenlosen Menschen“ und das „Paradies auf Erden“, von großem Interesse. Diese Parallele führt G. auch sonst zu wertvollen Einsichten. Er zeigt als die Person des vom Marxismus verheißenen Erlösers das Proletariat auf. Und man muß tatsächlich zugeben, daß in der marxistischen Ideologie — sehr im Widerspruch freilich zu den „wissenschaftlichen“ Tendenzen MARXens — die Personifikation und Hypostasierung dieser ökonomischen Kategorie des Proletariates bis zu einem Grade gediehen ist und vor allem mit einer solchen ethischen Wertbetonung auftritt, daß der Vergleich mit dem Messias nicht abzuweisen ist. Zumal in den populären Darstellungen, die sich an die breite Masse wenden. Auch was G. über den Ursprung der Erlöserkraft dieses Messias und seiner Fähigkeit für das Erlöserwerk sagt, enthält manches Zutreffende für die Psychologie des Marxismus. Speziell, wenn auf die eigenartige Gefühlsbetonung aufmerksam gemacht wird, in der die Worte „Revolution“ und „revolutionär“ auftreten. „Sie sind geradezu an Stelle des Begriffs der religiösen Erleuchtung und der religiös Erleuchteten getreten, nach Analogie der ‚Heiligen‘ der großen englischen Revolution. Die ‚Revolution‘ ist eine mystische Kraft, ein Zustand der ekstatischen, d. h. erhobenen Seele . . ., d. h. die Ekstase ist der Seelenzustand, aus dem heraus die neue Zeit gestaltet werden soll, deshalb haben das revolutionäre Proletariat und überhaupt alle revolutionär Denkenden ein Vorrecht vor den anderen Menschen. Was revolutionäres Denken inhaltlich ist, wissen weder diejenigen, die es tun, noch ist es sonstwie ergründlich. Es ist eben die Ekstase, in der die Erleuchtung zuströmt. Wer ihrer teilhaftig ist, hat auch teil an der aus der naturgesetzlichen Entwicklung stammenden Erlöserkraft des Heilands Proletariat. Es ist deshalb auch berechtigt zur Diktatur“ (a. a. O. S. 34).

Deutlicher als in den klug zurückhaltenden Werken von MARX selbst tritt der chiliastische Charakter des Kommunismus in den mehr auf den temperamentvolleren ENGELS gestützten Schriften der Bolschewiki zum Ausdruck. G. führt hier zusammenfassend aus: „LENIN stellt uns also vor die folgende Sachlage. Er glaubt, d. h. er weiß nach der MARXschen ‚Voraussehung‘, nämlich Offenbarung über den Gang der Menschheitsentwicklung, daß der Heiland Proletariat eines Tages aufstehen und das Paradies auf Erden — ‚die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft‘ — aufrichten werde. Den Zeitpunkt dieser Errichtung des Paradieses auf Erden weiß er allerdings nicht. Nur kennt er den, der es herbeiführen wird, nämlich den Diktator Proletariat. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß er ganz gewiß. — Der christliche Chiliasmus weiß, daß der Heiland Christus eines Tages wiederkommen und das Paradies auf Erden, das Tausendjährige Reich, aufrichten wird. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, weiß er nicht. Dagegen weiß er, daß der Heiland Christus als Herrscher ein irdisches Reich der Seligkeit aufrichten wird. Daß aber das Paradies auf Erden kommen wird, das weiß auch er ganz gewiß“.

Sehr interessant ist auch der Vergleich, den G. zwischen dem individualistisch-anarchistisch orientierten Kommunismus LANDAUERS, dem „schwärmerischen“ Sozialismus, und der Ideenwelt der christlichen Schwärmerkirchen speziell mit Bezug auf die Lehre vom erneuerten Pfingstwunder durchführt. Der Appell an das innere Erlebnis, an den „Geist“, der den einzelnen mit Sozialismus erfüllen soll, die Ablehnung des Staates und jeglicher Zwangsordnung, das steht in vollkommener Parallele zu der Ausgießung des göttlichen Geistes, zur Ablehnung jeglicher Zwangskirche bei den christlichen Schwärmern.

Daß eine politische Theorie wie der kommunistische Sozialismus in ihren psychologischen Voraussetzungen zahlreiche Berührungspunkte mit religiösen, insbesondere mit sozial-religiösen Bewegungen, wie der Chiliasmus, haben muß, ist schließlich nicht verwunderlich. Der Vergleich würde viel von seiner paradoxen Wirkung verlieren, wenn man, umgekehrt, den Chiliasmus als einen sozialistischen Kommunismus aufzuzeigen versuchte. Immerhin ist die Parallele in der Ideologie, in der Begriffsbildung beider Systeme auffallend genug. Der tiefere Grund dafür — und in dieser Richtung wäre die wertvolle Arbeit G.s zu ergänzen — liegt darin, daß zwischen politischem und religiös-theologischem Denken überhaupt, und zwar speziell nach der logisch erkenntnistheoretischen Seite hin, weitgehende Verwandtschaft besteht. Das zeigt sich vor allem bei den Zentralbegriffen beider Systeme: Staat und Gott. Personifikationen von Ordnungen, der Gesellschaft die eine, der Natur überhaupt die andere, drängen beide — in der naiven Anschauung der breiten Massen — zur Hypostasierung, werden beide zu rätselhaften, geheimnisvollen Wesenheiten, mit denen Staats-(Rechts)-lehre oder Theologie ihr Begriffsspiel treiben. Dafür, daß die Probleme der Theologie, wie sich leicht zeigen läßt, nur in einer geänderten Terminologie in der Staats-(Rechts-)lehre wiederkehren, liefern G.s Untersuchungen eine willkommene Bestätigung, wenn sie auffallende Übereinstimmung zwischen einer speziellen politischen und einer religiös-theologischen Doktrin aufzeigen. Indem sich aber die Parallele G.s nur als ein besonderer Fall einer ganz allgemeinen Analogie von Politik und Religion, Staatslehre und Theologie herausstellt, verliert sie auch die polemische Spitze, die der Verf. gegen die MARX-LENINsche Lehre richten wollte. HANS KELSEN (Wien).

Mitteilung.

An der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin ist auf Anordnung des Ministeriums für Volksbildung eine Auskunftsstelle für Sozialistische und Revolutions-Literatur eingerichtet worden. Die Auskünfte werden daselbst (Unter den Linden, 2 Treppen, in der Kriegssammlung) erteilt von **Ernst Drahn** Dienstags und Freitags 12—2 Uhr oder auch schriftlich nach auswärts bei Einsendung des Portos für die Antwort.



